

DIE WIEDERVEREINIGUNG EUROPAS



ANTITOTALITÄRER MUT UND POLITISCHE ERNEUERUNG



EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

DIE WIEDERVEREINIGUNG EUROPAS



ANTITOTALITÄRER MUT UND POLITISCHE ERNEUERUNG
LUDGER KÜHNHARDT (ED.)

Die Idee, Schilderungen der Entwicklung jener zehn EU-Mitgliedstaaten im 20. Jahrhundert zu veröffentlichen, die sich Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre von totalitären kommunistischen Regimes befreit haben, kam mir während eines Gesprächs mit einem slowakischen Kollegen Anfang 2007 in Washington. Nach einer Diskussion über die jüngere Vergangenheit der Slowakei und Estlands stellten mein slowakischer Kollege **Miroslav Mikolášik** und ich beide erstaunt fest, wie lückenhaft doch unsere Kenntnisse vom Geschehen unter der totalitären Herrschaft und von der Wiederherstellung der freien Zivilgesellschaft im Land des anderen waren.

Unseren Freunden, den älteren Mitgliedern der Europäischen Union, unsere Erfahrungen mit dem Verlust und der Wiedererlangung der Demokratie zu vermitteln, gestaltet sich sogar noch schwieriger. Nach vier Jahren in einem wiedervereinten Europa wird deutlich, dass die geistige und historische Integration Europas noch nicht vollendet ist. Dazu ist es notwendig, das auf die eigene Region fixierte Denken zu überwinden und die historischen Perspektiven, Traditionen, Vorurteile und auch Ängste der anderen wahrzunehmen und zu verarbeiten. Dazu bedarf es mehr, als sich mit der politischen und wirtschaftlichen Gleichheit zufrieden zu geben. Wir müssen erreichen, dass wir uns intellektuell akzeptieren, offen und tatsächlich. Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, uns darüber im Klaren zu werden, dass jede Nation einen einzigartigen, bereichernden Beitrag zum weiteren Aufbau unseres gemeinsamen europäischen Hauses zu leisten vermag.

Mein aufrichtiger Dank gilt meinen Kollegen, den Leitern der zehn nationalen Delegationen der EVP-Fraktion, die dieses Unterfangen voll und ganz unterstützt und ihre Beiträge zuguliefert haben. Herzlich danken möchten wir dem Präsidium der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament unter dem Vorsitz von **Joseph Daul**, der das Projekt ohne Zögern gebilligt und die notwendigen Mittel für die Herausgabe und Veröffentlichung des Buches bereitgestellt hat. **Auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der EVP-Fraktion möchten wir uns für die geleistete Arbeit bedanken.** Meinem Freund, dem angesehenen Wissenschaftler Prof. Dr. **Ludger Kühnhardt** vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn gilt besonderer Dank dafür, dass er die maßgebliche Aufgabe der Gesamtaufsicht über das Buch übernommen und seine Vorstellungen und Erfahrungen mit eingebracht hat. Abschließend möchte ich mich bei den fleißigen und engagierten Mitarbeiterinnen meines Büros bedanken – bei **Kadri Vanem**, die das Projekt so effizient koordinierte, bei **Kadri Kopli**, meiner Büroleiterin, sowie bei **Kaja Sörg**, unserer EVP-Pressereferentin.

Tunne Kelam MdEP, 2008



Inhaltsverzeichnis

Einführung

Ein Kampf für die Herrschaft der Freiheit: Friedliche Revolutionen und die Helden des Antitotalitären Europas
Ludger Kühnhardt

5

Bulgarien: Fehlstart und erfolgreiche zweite Revolution
Evgenii Dainov

15

Estland: Erfolgreiche Wiedergeburt nach fast völliger Auslöschung
Mart Laar

53

Lettland: Baltisches Schicksal und Wiedergeburt einer Nation
Antonijs Zunda

93

Litauen: Der jahrhundertelange Kampf um die Freiheit
Vytautas Landsbergis

147

Polen: Heimat eines Papstes und der „Solidarność“
Włodzimierz Bernacki

177

Rumänien: Von der Demokratie zum Totalitarismus und zurück
Virgil Tarau

219

Slowakei: Identität und Demokratisierung
Slavomír Michálek

259

Slowenien: Von dreimaliger totalitärer Okkupation zu Freiheit und Unabhängigkeit
Damjan Hančič, Renato Podbersič und Blaž Ivanc

303

Tschechische Republik: Von monolithischer totalitärer Herrschaft zum demokratischen Machtkampf
Hynek Fajmon

345

Ungarn: Ein Jahrhundert schwieriger Wandlungen
György Schöpflin

375

Die Autoren

415



EINFÜHRUNG

EIN KAMPF FÜR DIE HERRSCHAFT DER FREIHEIT: FRIEDLICHE REVOLUTIONEN UND DIE HELDEN DES ANTITOTALITÄREN EUROPAS

Ludger Kühnhardt

I. DIE BEDEUTUNG VON „1989“

Das Jahr 1989 und seine Bedeutung werden Politik und Gesellschaft in Europa noch lange Zeit beeinflussen. 1989 war das Jahr einer Revolution, einer friedlichen Revolution in Europa. Normalerweise gelten Revolutionen als blutige Ereignisse, als abrupte und gewaltsame Umwälzungen der Macht und der gesellschaftlichen Strukturen. Victor Hugo beschrieb Revolutionen als Rückkehr zur Normalität. Hannah Arendt betrachtete Revolutionen als Möglichkeit, zu der ursprünglichen Idee zurückzukehren, die ein Staatswesen ausmacht. Als Nikolaus Kopernikus die Position der Sterne am Himmel analysierte, formulierte er die erste wissenschaftliche Definition von Revolutionen als Prozess, bei dem Sterne an ihre ursprüngliche Position zurückkehren. Die Philosophin Hannah Arendt wandte diese wissenschaftliche Beobachtung auf die Welt der Politik an und kam zu dem Schluss, dass Revolutionen die Rückkehr zur ursprünglichen Freiheit des Menschen darstellen. In dieser Hinsicht, so fügte sie hinzu, müssten sie nicht gewaltsam ablaufen, um als Revolution zu gelten. Der auch als Amerikanische Revolution bezeichnete amerikanische Unabhängigkeitskrieg im 18. Jahrhundert war ebenso eine Revolution wie die Französische Revolution des 18. Jahrhunderts. Aus der einen ging die älteste Verfassung der Welt hervor, die andere bewirkte in der Folge eine Serie von Turbulenzen und Aufständen. In jedem Fall handelt es sich bei Revolutionen um Prozesse, die das Unbekannte in der Geschichte aufdecken. Revolutionen sind Offenbarungen. Die Jahre 1980 - 1990 waren eine derartige Offenbarung für Europa.



Die meisten Menschen, die die politischen Ereignisse von 1989 damals miterlebten oder aus der Entfernung beobachteten, dachten nicht sofort über die Bedeutung des politischen Wandels nach, der sich in ganz Mitteleuropa vollzog. So wurde der Fall der kommunistischen Regimes, die so viele Gesellschaften beherrscht hatten, mit Begeisterung und Freude, zuweilen auch mit Fassungslosigkeit und Sorge aufgenommen. Rückblickend traten jedoch zwei Fakten zutage: 1989 begann nicht 1989 und endete nicht 1989. Vergleicht man den Fall des kommunistischen Regimes in Europa mit der Französischen Revolution von 1789, zeigt sich ganz deutlich: Auch das Jahr 1789 begann nicht 1789 und endete nicht 1789. Die Französische Revolution hatte eine Inkubationszeit durchgemacht, und sie setzte sich über mehrere Perioden der Transformation fort, Perioden der Revolution innerhalb der Revolution, der unerwarteten Ergebnisse und der unbeabsichtigten Folgen. Das Gleiche vollzog sich zwei Jahrhunderte später erneut in Europa.

Als die Teilnehmer der Leipziger Montagsdemonstrationen „Wir sind das Volk“ skandierten, glaubten Optimisten die Hauptforderung der Amerikanischen Revolution zu hören, nämlich „eine Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk“. In verschiedener Abwandlung war diese Losung auch in ganz Mittel- und Südosteuropa zu vernehmen. In der Sowjetunion, dem Zentrum des kommunistischen Imperiums des 20. Jahrhunderts, hatten die Veränderungen als eine Art Revolution von oben begonnen. So erklärte der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow gegenüber der DDR-Führung im Sommer 1989: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“. Damals war seine eigene Perestroika bereits von der Geschichte überholt worden. Gorbatschow wollte den Leninismus durch eine Reform der Basis seiner Ideologie retten. Am Ende verlor er die Sowjetunion. Die Sowjetunion war ein künstlicher Staat, errichtet auf einer Ideologie mit falschen anthropologischen Prämissen und fehlerhaften Wirtschaftstheorien. Ebenso wie die Sowjetunion waren die DDR und Jugoslawien zum Untergang verurteilt, als sie der ideologische Leim nicht länger zusammenhielt. Die friedliche Revolution von 1989 bedeutete eine Rückkehr der Geschichte. Der Fall des kommunistischen Regimes und der Kampf um neue Parameter der Macht und der staatlichen Autorität begannen als friedliche Revolution. In einigen Fällen blieb die Revolution auch friedlich, in anderen schlug sie in Gewalt um. In Rumänien, in Jugoslawien und auch in Russland fraß die Revolution ihre Kinder. Wie Saturn es getan hat.

Doch mit dem Begriff „friedliche Revolution“ wurde oft der Fall der kommunistischen Diktatur in der DDR bezeichnet. Andere Revolutionen im Jahr 1989 oder in den Jahren danach erhielten den Namen „Singende Revolution“, „Orangene Revolution“ oder „Samtene Revolution“. In all

diesen Fällen sollten diese Bezeichnungen politische Ereignisse fundamentaler Größenordnung als fröhlichen, freundlichen, friedlichen Weg der Umwandlung politischer Legitimität und Autorität darstellen. Ungeachtet der konkreten Gegebenheiten eines Landes war das Hauptphänomen dasselbe: Die totalitäre Herrschaft im Namen einer kommunistischen Ideologie und vollzogen durch die Macht- und Terrorstrukturen in einem Ein-Parteien-Staat fand ein Ende. Totalitäre Herrschaft besaß drei prägende Merkmale:

- > das Machtmonopol über Staat und Gesellschaft,
- > das Machtmonopol über die Wirtschaft und alle gesellschaftlichen Kräfte,
- > das Machtmonopol über die Herzen und Köpfe der Menschen.

In der marxistischen Ideologie galt nur der Klassenkampf als Auslöser einer guten und wahrscheinlich sogar unabwendbaren Revolution. Gewalt sei möglicherweise notwendig, und sollte sie unvermeidlich sein, wurde sie als legitim betrachtet. Die Melodie von 1989 war eine grundsätzlich andere: Es handelte sich nicht um den Kampf einer Klasse gegen eine andere. Es handelte sich um einen Kampf für Freiheit, angetrieben von der Idee des Primats der Rechtsstaatlichkeit, des politischen Pluralismus und der Marktwirtschaft. Es war ein Kampf für die Macht des Rechts und nicht für die Macht zur Manipulierung des Rechts. Es war ein Kampf für die Macht der Vielfalt und nicht für die Macht zur Beschneidung der Vielfalt. Es war ein Kampf für die Macht der Freiheit und nicht für die Macht zur Begrenzung der Freiheit. Es war der Kampf für einen Neuanfang. Und auf seine Weise war es ein Kampf, der auf dem Konzept der Vergebung gegenüber jenen basierte, die so viele furchtbare Verbrechen im Namen des totalitären Kommunismus begangen hatten.

1989 war nicht nur eine Freiheitsrevolution. 1989 war auch eine Auflehnung für die „Rückkehr nach Europa“. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Länder Mittel- und Südosteuropas unter die geopolitische und gesellschaftspolitische Kontrolle der Sowjetunion gelangt. Für sie bedeuteten Kalter Krieg, Eiserner Vorhang und totalitäre Diktatur auch eine Abspaltung von „Europa“, von seinem westlichen Teil und seinem gemeinsamen Erbe. Die „Rückkehr nach Europa“ war ein unerfüllter Traum und eine nahe liegende Bestrebung. 1989 öffnete die Türen, die von den Kräften einer tragischen Geschichte zugeschlagen worden waren. 1989 bedeutete das Ende der Ordnung von Jalta. Es bedeutete eine Heimkehr, die Rückkehr zu einer gemeinsamen Kultur der Freiheit, des Rechts und der Demokratie.

1989 geschah nicht über Nacht und endete nicht am nächsten Morgen. Um die Inkubationszeiten besser bewerten zu können, die zur Rebellion gegen die totalitäre Herrschaft führten, haben Analytiker

mehrere Perioden ermittelt. Der Arbeiteraufstand in der DDR 1953, die polnische Revolte 1956, der ungarische Aufstand 1956 und der Prager Frühling 1968 waren die herausragenden Ereignisse, die den ständigen Widerstand gegen eine künstliche und unmenschliche Ordnung belegten. Samisdat-Literatur, Rebellion und Revolte, Migration und Flüchtlinge, Menschenrechtsbewegungen und Solidarność symbolisierten einen kontinuierlichen Strom von Dissidenz und Widerstand. An der Bilanz der Opposition lässt sich erkennen, wie brüchig die moralische Glaubwürdigkeit und politische Autorität der kommunistischen Herrschaft war. Der Kommunismus war ein Machtssystem ohne die Macht der Legitimität. Die kommunistische Herrschaft musste an irgendeinem Punkt scheitern, da sie nie erfolgreich war.

II. DER SCHWIERIGE TRANSFORMATIONSPROZESS

Nach dem Fall des kommunistischen Totalitarismus ging die Umwandlung in allen betreffenden Ländern weiter. Postrevolutionäre Unruhen waren ebenso an der Tagesordnung wie der Kampf mit der alten Nomenklatur und den neuen Vorstellungen von Autorität, Reform und Machtverteilung. Die Revolutionen setzten sich als Prozess der Neukalibrierung staatlicher Autorität fort. Die Staatsgewalt musste neu definiert werden: Freiheit und Autorität bedurften einer neuen Ausrüstung. Die neue, postkommunistische, post-totalitäre Ordnung benötigte eine neue Führung. Neben strukturellen Akten der Transformation kam es im postkommunistischen Europa in erheblichem Umfang zum Austausch der Führungspersonalitäten. Viele der Personen, die in der postkommunistischen Zeit in Führungspositionen gerieten, wären im Falle des Weiterbestehens der totalitären Regimes niemals ins öffentliche Leben getreten. Viele von ihnen waren – und sind es oftmals noch immer – von aufrechter, authentischer Art. Sie lebten das Versprechen eines „Lebens in Wahrheit“, wie Vaclav Havel das Ziel der Befreiung totalitärer Gesellschaften beschrieb. Doch ein Leben in Wahrheit bedeutete auch ein Leben in Koexistenz mit jenen, die Wahrheit für ihren Machtanspruch missbraucht und die Menschenrechte im Namen einer Ideologie verletzt hatten. Leben in Wahrheit war niemals ein abstraktes Absolutum, sondern stets ein relationales Kriterium einer Neudefinition der öffentlichen Moral, des Bürgersinns und des politischen Engagements unter Bedingungen komplexer postkommunistischer Umgestaltungen. Jedes Land Mittel-, Südost- und Osteuropas



durchlebte eine eigene unverfälschte Geschichte. Jede Geschichte erwies sich als anders, und dennoch haben alle Geschichten des Wandels die gleiche Wurzel, nämlich den gemeinsamen Wunsch zur Beseitigung der Reste von totalitärer Herrschaft und Zerstörung. Oftmals handelte es sich um eine moralische Zerstörung, eine intellektuelle Verstümmelung als Folge totalitären Drucks und seiner menschlichen Gegenreaktion.

Die Wiederbelebung des öffentlichen Raums nach dem Ende des kommunistischen Totalitarismus war keine leichte Aufgabe. Zwar hatte der Kampf gegen den Kommunismus viele geeint, doch bewirkte der Einsatz für eine stabile Demokratie vielfache Spaltungen in jeder der genannten Gesellschaften. Hoffnung und Angst, Enttäuschung und Opportunismus, ein neuer moralischer Aufschwung und verdeckte Formen alter Macht gingen Hand in Hand. Die Bemerkung von Alexis de Tocqueville, dass die Französische Revolution den Wunsch nach Freiheit ausgelöst, ihn aber bald wieder mit der Annehmlichkeit der Gleichheit ersetzt hat, klang hier nach. Und dennoch steuerte ein übergeordneter Kompass viele postkommunistische Gesellschaften durch die unübersichtliche Zeit der Transformation und die chaotische Phase des Reformanarchismus und der Restaurationsanachronismen: die Rückkehr nach Europa.

Polen und Ungarn, Tschechien und die Slowakei, Estland und Lettland, Litauen und Slowenien, Rumänien und Bulgarien, und natürlich auch Kroatien und Mazedonien, Albanien, Serbien und Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Montenegro gehörten immer zu Europa. Sie waren nie Länder eines anderen Kontinents. Diejenigen, die die Türkei als europäisches Land definieren, möchten auch dieses EU-Bewerberland zur Liste europäischer Nationen hinzufügen; schließlich gehörte die Türkei zu den Gründungsmitgliedern des Europarates. Was jedoch die postkommunistischen Länder betraf, so drückte ihr Anspruch einer „Rückkehr nach Europa“ den Wunsch der neuen Eliten und der Mehrheit der einfachen Bevölkerung aus, sich dem integrierten Europa so bald wie möglich anzuschließen. Sie beriefen sich auf eine gemeinsame Kultur, um als politisch Gleichgestellte anerkannt zu werden. Das Streben nach Mitgliedschaft in der Europäischen Union war ein politisches Programm auf der Basis kultureller Gemeinsamkeiten. Die Macht der Freiheit und der Solidarität, die in den Revolutionen von 1989 ihren Kulminationspunkt erreichte, wurde als Fundament für die Mitwirkung in der politischen Wertegemeinschaft ausgelegt, die sich in Westeuropa seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 1957 herausbildete. Als die Europäische Gemeinschaft 1993 in Europäische Union umbenannt wurde, hatte es sich herausgestellt, dass sie nur zu einer wirklichen Union werden würde, wenn sie auch wirklich europäisch wird. Die strategische Formel für dieses



zivilisatorische Projekt war die Osterweiterung. Der Osten des Westens sollte in das gemeinsame europäische Haus zurückkehren.

In den Jahren 2004 und 2007 erfüllte sich dieser Traum für zehn postkommunistische Länder: Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, Slowenien, die Slowakei, Estland, Lettland und Litauen traten der EU – zusammen mit Zypern und Malta – zuerst bei, gefolgt von Bulgarien und Rumänien. Der Transformationsprozess, der nach dem Sturz der kommunistischen Diktaturen in diesen Ländern einsetzte, verlief intensiv und mehrdimensional. Die kommunistische Herrschaft hatte die konstitutionellen und institutionellen Strukturen dieser Staaten sowie das wirtschaftliche und soziale Gefüge der Gesellschaften in diesen Ländern verändert. Die Individualität der jeweiligen Gesellschaft und des jeweiligen Landes war gestärkt worden, was bei der Rückkehr zu einem pluralistischen Europa, dessen Einigungsprojekt auf enormer Vielfalt fußte, ebenfalls zu berücksichtigen war. Die Europäische Union bildete den neuen Rahmen für die Positionierung jedes einzelnen Landes und jeder einzelnen Gesellschaft. Sie war jedoch kein zentralistischer Apparat, der die kulturelle und nationale Vielfalt unter sich begraben würde. Im Gegenteil, die Europäische Union bietet den Rahmen für die Entfaltung der Individualität jedes Mitgliedstaats und seiner Vielfalt. Die Europäische Union – so die Erfahrung aller Mitgliedstaaten, die vor weniger als zwei Jahrzehnten den kommunistischen Totalitarismus überwunden hatten – half ihnen, ihre Individualität zu sichern und zu stärken. Die Europäische Union unterstützt und schützt die Vielfalt, angefangen vom Gebrauch der eigenen Muttersprache im Europäischen Parlament.

III. GENERATION 1989

Der Transformationsprozess der Länder und Gesellschaften, die unter totalitären Regimes zu leiden hatten, findet kein leichtes und schnelles Ende. Es wird wohl mehr als eine Generation dauern, bis sich alle Ligaturen des Totalitarismus überlebt haben, besonders in der allgemeinen politischen Kultur der jeweiligen Gesellschaft. Zum Totalitarismus gehört mehr als sein unmittelbares hässliches und autoritäres Gesicht. Totalitarismus zerstört die Seele eines Volkes und manipuliert seine Herzen und Gewohnheiten. Diese Chronik der Verführung und des Terrors zu überwinden, braucht Zeit. Der Heilungsprozess hat zahlreiche Dimensionen, von denen viele weder leicht noch angenehm sind. Mit dem Beitritt zur Europäischen Union jedoch haben die Perspektiven der ehemaligen totalitären Länder, die „nach Europa zurückgekehrt“ sind, einen sicheren Hafen und eine klare Form gefunden.

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist kein abstrakter Prozess. Sie vollzieht sich nicht als anonymere Vorgang. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union wird von politischen Akteuren getragen und gestaltet.

Die Auflehnung gegen die totalitäre Unterdrückung führte viele verschiedene Einzelpersonen und Gruppen zusammen. Nicht alle von ihnen blieben nach dem Fall der jeweiligen kommunistischen Regimes im öffentlichen Leben. Auf der Bühne der postkommunistischen Gesellschaften erschienen viele politische Parteien. Sie wurden Teil des Transformationsprozesses, gestalteten ihn mit und wurden von seinen Ergebnissen geformt. Einige hatten nach 1989 nur kurzen Bestand, andere sind noch immer in der politischen Arena ihrer Länder aktiv. Die gesellschaftlichen Kräfte, die sie vertreten, tragen die Impulse der antitotalitären Wiederbelebung weiter und verkörpern die Perspektiven der Normalität, die sich an die Transformation anschließt. Diejenigen, die in öffentlichen Ämtern in der Verantwortung stehen, widerspiegeln die gebündelten Gedanken und Bestrebungen eines bestimmten Segments der Gesellschaft, in dem sie verwurzelt sind.

Soziale und politische Umwälzungen sind kein mechanischer Prozess, bei dem es nur um Macht und Wiederaufbau geht. Soziale und politische Prozesse sind auch Ausdruck der Entwicklung der Generationen in einer Gesellschaft. So ist die Aufmerksamkeit häufig auf die Rentner als einer Gruppe möglicher „Verlierer“ der postkommunistischen Umgestaltung gelenkt worden. Ihr wirtschaftliches Potenzial war mit dem gescheiterten Wirtschaftssystem verknüpft. In ihrer politischen Sozialisierung spiegelte sich die vergangene totalitäre Ordnung wider. Einige sind mit dieser Ordnung gescheitert, andere fühlten sich befreit und erleichtert, als sie diese Ordnung verschwinden sahen. Viele hatten mit den neuen Realitäten zu kämpfen. Die jüngere Generation befand sich in einer anderen Lage. Die 1989 Geborenen nehmen 2009 erstmals an den Wahlen zum Europäischen Parlament teil. Die Zeiten haben sich geändert, und die Jugend hat sich mit ihnen verändert. Die junge Generation postkommunistischer Gesellschaften in Europa ist Bestandteil einer gefestigten Normalität in der gesamten heutigen Europäischen Union geworden. Ihre Wurzeln berühren jedoch die Strukturen und Spuren der kommunistischen Vergangenheit ihrer Länder, Gesellschaften und Familien.

Zu dieser allgemeinen Erfahrung gehörte der unterdrückerische Charakter des kommunistischen Totalitarismus. Die derzeitige Entwicklung der politischen Kultur in Europa kann und sollte die Erinnerung an dieses historische Übel nicht auslöschen, denn alle, die im Namen einer kommunistischen Ideologie Opfer totalitärer Herrschaft wurden, verdienen es, dass man sich an



sie erinnert. Die nachfolgenden Generationen werden ihr freies Leben noch freier leben, wenn sie dieses dunkle Kapitel ihrer nationalen Geschichte nicht vergessen. Der totalitäre Kommunismus entstand nicht aus dem Nichts und verschwand nicht ohne Folgen. Aus dem gleichen Grund hat die 1989 geborene Generation das Recht zu wissen, was vor ihrer Geburt geschah und warum sie noch immer mit den Folgen dieser Geschichte leben muss. Diesen jungen Leuten, der Generation 1989 in den Ländern Mittel- und Osteuropas, ist dieses Buch gewidmet.

Das Buch enthält Kapitel zu den Ursprüngen, zum Aufbau und zum Untergang des kommunistischen Totalitarismus in Polen und Ungarn, Tschechien und der Slowakei, Estland und Slowenien, Lettland und Litauen, Bulgarien und Rumänien. Es handelt sich um Schilderungen einer dunklen Vergangenheit, die, da sie für immer verschwunden ist, das Leben jetzt und heute in der Europäischen Union leichter macht. Dieses Buch hilft uns jedoch dabei, nicht zu vergessen, was geschehen ist und warum es geschehen ist. Europas Zukunft wird besser sein, wenn wir seine Vergangenheit nicht aus den Augen verlieren. Heute geht es um eine gemeinsame Zukunft in einer gemeinsamen Europäischen Union. Diese Union ist eine Gemeinschaft der Werte nicht zuletzt aufgrund des großen Mutes, der Klugheit und der Weitsicht all jener, die das totalitäre kommunistische System gestürzt und die staatliche Autorität auf der Basis von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Solidarität wiederhergestellt haben. Im Mittelpunkt dieses Buches stehen vor allem jene Männer und Frauen, die die christdemokratischen und konservativen Parteien und Bewegungen in den Reformländern gegründet, ihnen beigetreten und sie gestaltet haben. Ihre Gruppierungen und Parteien sind Teil einer größeren europäischen „politischen Familie“, vereint im Namen christlicher Ethik, Werte und Freiheit, vor allem jedoch im Namen der Menschenwürde, der Rechtsstaatlichkeit, der Freiheit und Solidarität, der Demokratie und der Marktwirtschaft.

In seiner Antrittsrede erklärte der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, am 13. Februar 2007 gegenüber seinen Abgeordnetenkollegen: „Wir selbst werden daran gemessen werden, inwieweit wir die Neubegründung der europäischen Einigung auf eine dauerhaft gute und sichere Bahn gebracht haben. Von uns Politikern wird Führungskraft erwartet... Dabei müssen wir uns auf das Wesentliche konzentrieren... Wir brauchen aber vor allem ein Europa, das an sich selber glaubt, das seine Kraft aus seinen Werten schöpft und das ein guter Partner in der Welt sein will und sein kann.“ Die Kapitel dieses Buches vermitteln einen guten Hintergrund, um zu verstehen, warum diese Worte für jeden Bürger der heutigen Europäischen Union von Bedeutung sind. Ein Europa, das an sich selber glaubt und seine Kraft aus seinen Werten schöpft, ist ein Europa, das

seiner dunklen totalitären Vergangenheit gegenüber sensibel ist und zugleich stolz auf den Sieg der Freiheit. Die Wiedervereinigung Europas ist eine spannende Geschichte, die niemand vergessen darf, und es lohnt sich, sie immer und immer wieder zu erzählen.



BULGARIEN: FEHLSTART UND ERFOLGREICHE ZWEITE REVOLUTION

Evgenii Dainov

Republik Bulgarien - Република България

Fläche: 111 002 km²

Bevölkerung: 7 717 200 (2006)

Hauptstadt: Sofia

Amtssprache: Bulgarisch

Währung: Lew (BGN)

Staatsform: Parlamentarische Republik

EU-Beitritt: 1.1.2007

I. EINLEITUNG

Nach mehreren Fehlstarts Anfang der 1990^{er} Jahre ist Bulgarien zu einer beständigen und berechenbaren parlamentarischen Demokratie geworden, die dank finanzieller Stabilität und kräftiger Wachstumsraten über marktwirtschaftliche Grundlagen verfügt. Ungeachtet der weiter bestehenden Probleme in den Bereichen öffentliche Ordnung, Verwaltungskapazität und Verantwortlichkeit der Regierung hat Bulgarien die turbulenten Zeiten des „Übergangs“ doch erfolgreich gemeistert und seine neue Identität als Vollmitglied der NATO und der EU gefunden. Die demokratische Stabilität des Landes definiert sich über eine Reihe spezifischer Werte.

So ist das Land erstens in keinem nennenswerten Maße nationalistischen und fremdenfeindlichen Versuchungen erlegen, was für die Balkanregion eher untypisch ist. Das demokratische Erwachen begann Mitte der 1980^{er} Jahre mit dem Widerstand gegen die staatliche Unterdrückung der muslimisch-türkischen Minderheit, und im Mittelpunkt der neuen demokratischen politischen Kultur standen von Anbeginn an die politischen Rechte, und nicht ethnische, religiöse oder kulturelle

Rechte. Zweitens ist in diesem Zusammenhang der nationale Konsens über die parlamentarische Demokratie zu nennen. Die Institutionen der Demokratie haben schwache Regierungen, eine immer wiederkehrende Eskalation der organisierten Kriminalität, zwei Wirtschaftskatastrophen und zwei Revolutionen überstanden. Alle wichtigen Fragen der nationalen Agenda werden den Institutionen der repräsentativen Demokratie angetragen und dort auf dem Verfahrenswege gelöst. Drittens verfolgt das Land seit 1997 als wichtigstes nationales Ziel, ein voll integriertes Mitglied der EU und der NATO zu werden. Als während der Krise im benachbarten Kosovo und später, nach 2001, im internationalen Kampf gegen den Terrorismus nationale Opfer gefordert waren, hat dies sowohl in der Regierung als auch in der Öffentlichkeit der prowestlichen Einstellung keinen Abbruch getan. Und viertens gibt es in Bulgarien die dynamischste Zivilgesellschaft in ganz Südosteuropa, verbunden mit einer Fülle von Print- und elektronischen Medien, die auf dem Territorium des ehemaligen Warschauer Paktes wohl kaum ihresgleichen findet. Diese Faktoren bieten eine gewisse Garantie dafür, dass es nie wieder Oligarchie, gänzlich verantwortungslos handelnde Regierungen und Gewohnheitsunrecht geben wird.

II. VON DER UNABHÄNGIGKEIT ZUM TOTALITARISMUS (1870^{er} - 1940^{er} Jahre)

Nachdem Bulgarien im Jahre 681 durch einen Friedensvertrag vom Byzantinischen Reich als unabhängiger Staat anerkannt worden war, durchlebte es mehrere Perioden imperialen Glanzes, bevor es zu Zersplitterungen kam und Ende des 14. Jahrhunderts die einfallenden osmanischen Türken die Herrschaft übernahmen. Nach einigen Jahrhunderten der Irrungen und Wirrungen nahm die bulgarische Gesellschaft Mitte des 19. Jahrhunderts einen wichtigen Platz im Osmanischen Reich ein. Obwohl sie gerade einmal 10 % der Bevölkerung des Reiches ausmachten, beherrschten die umtriebigen Bulgaren nicht weniger als ein Fünftel seines Handels und einen Großteil der Fertigung. Allerdings kam es später im Reich zu einem Niedergang der öffentlichen Ordnung, was sich auch auf die Handels- und Wirtschaftstätigkeit auswirkte. In Anbetracht der wachsenden Unsicherheit stellten die Bulgaren zwei wesentliche politische Grundsätze auf. So würde es erstens eine Sicherheit innerhalb des Reiches nicht geben, und es würde zweitens keine fremde Großmacht angerufen, statt der Osmanen die Herrschaft zu übernehmen. Die Bulgaren würden ihre Sicherheit durch die Bildung eines souveränen Nationalstaates erlangen.

Das Programm der nationalen Befreiung unterschied sich von dem, was sich die umliegenden Nationen vornahm. Es basierte nicht auf den Grundsätzen des Irredentismus, sondern übernahm bewusst die Ideen von Mazzini und Garibaldi. Der Feind war nicht eine ethnische Gruppe, sondern ein politisches Establishment – nicht „die Türken“, sondern das „derzeitige despotisch-tyrannische System“. Die Grundsätze des politischen Lebens in der künftigen Republik seien „Verständigung, Brüderlichkeit und vollständige Gleichheit“. Auf diese Weise schufen sich die Bulgaren eine politische Tradition, die streng demokratisch, unabhängig, bewusst europäisch und nicht fremdenfeindlich ist. So sollten die ethnischen Türken nach der Befreiung tatsächlich in allen demokratischen Parlamenten stark vertreten sein, und sie sind derzeit das zweite Mal hintereinander an der Regierung beteiligt.

Das Befreiungsprogramm war die Grundlage des nationalen Aufstandes von 1876. Er wurde durch türkische Freischärler mit großer Grausamkeit und einem immensen Verlust an Menschenleben niedergeschlagen, was in ganz Europa Empörung auslöste. Russland, das nach seiner Niederlage im Krimkrieg 1854 auf Rache sann, erklärte der Türkei den Krieg, den es dann 1878 mit einiger Mühe auch gewann. Nachfolgende Versuche Russlands, Bulgarien zu seinem Satelliten zu machen, scheiterten, und Bulgarien verfolgte beim Übergang zum 20. Jahrhundert das Ziel, eine mittelgroße europäische Macht zu werden.

In der Wirtschaft zeichneten sich andere Tendenzen ab. Im Zuge der Befreiung stürzte das Land in eine schwere Wirtschaftskrise, da den bulgarischen Händlern und Produzenten geschützte Märkte verloren gingen. Während Unternehmer keinen Zugang zu Krediten hatten, brauchte der Staat große Mengen an Fertigerzeugnissen für den Bau von Schulen, die Ausstattung einer neuen Armee und den Aufbau einer neuen Bürokratie. Der Staat sprang ein und übernahm die Finanzierung von Produzenten. Noch in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts war Bulgariens Wirtschaft bei weitem nicht so modern („europäisch“) wie seine Politik, hing sie doch von staatlichen Aufträgen ab. Statt sich am Markt zu orientieren, gerieten die Wirtschaftsakteure in die Abhängigkeit des Staates, und die Korruption griff um sich. Durch die deformierte Struktur der wirtschaftlichen Anreize wurde es möglich, das Volk in den Bann kollektivistischer und staatlicher Doktrinen zu ziehen, womit die Gesellschaft immer stärker in Richtung Diktatur gedrängt wurde. Der bestehenden politischen Kultur jedoch war es zu verdanken, dass die Bulgaren zwar gelegentlich versucht waren, extremen Idealen zu folgen, sich diese jedoch nie voll und ganz zu eigen machten.

Extreme allerdings machten dem Land in der Zeit zwischen den Kriegen zu schaffen. Zwei Militärputsche (1923 und 1934) unterminierten das Parteiensystem und die repräsentative Demokratie. Unzureichende Repräsentanz führte zu gewaltsamen Unruhen unter der Landbevölkerung und einer gescheiterten

Erhebung 1923. Kommunistische Agitatoren machten sich die Verbitterung der Massen zunutze und proklamierten einen mit terroristischen Mitteln geführten Aufstand. 1925 versuchten sie, den König und sein Gefolge in die Luft zu sprengen. Der König entkam dem Attentat, jedoch wurden bei der Explosion in einer voll besetzten Kirche mehr als 160 Menschen getötet und weitere 500 schwer verletzt. Das sollte bis zum Bombenanschlag in Oklahoma 1995 der weltweit größte terroristische Einzelanschlag bleiben. Die Regierung nahm im Gegenzug mehr als 6000 Verhaftungen vor.

Der Politik gelang es nicht, eine voll und ganz demokratische Richtung einzuschlagen, und auch die Wirtschaft entwickelte sich nicht zu einer modernen Marktwirtschaft. Dank der durch Demokratie und Egalitarismus geprägten Genese jedoch entstanden in Bulgarien weder autoritäre Regimes noch mächtige faschistische oder nazistische Bewegungen.

Die Bulgaren bewahrten auch die Werte einer multikulturellen Gesellschaft, während fast überall in Europa die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung ging. Bulgarien war 1942 ein Verbündeter Deutschlands, weigerte sich jedoch, der Aufforderung der Nazis zu folgen und seine 50 000 Juden in Konzentrationslager in Nordeuropa zu deportieren. Jahre später zitierte Hannah Arendt in ihrem berühmten Buch „Eichmann in Jerusalem“ frustrierte deutsche Berichte aus der damaligen Zeit, in denen beklagt wurde, dass die Bulgaren aber auch gar keine Ahnung vom Judenproblem hätten.

Im Sommer 1944 versuchten verschiedene Koalitionsregierungen, die Achse zu verlassen und einen Frieden mit den Alliierten auszuhandeln, scheiterten jedoch an der unnachgiebigen Haltung der Sowjetunion. Obwohl Bulgarien im September mit Deutschland brach und ihm sogar den Krieg erklärt hatte, lenkte Russland nicht ein und erklärte Bulgarien den Krieg. In der Nacht des 8. September führten prosovjatische Armeeoffiziere einen Staatsstreich durch, und am 9. September 1944 wurde eine Regierung der Vaterländischen Front ausgerufen, in der die Kommunisten die Oberhand hatten.

Die bulgarische Gesellschaft geriet sofort in den Strudel des Totalitarismus. Von September 1944 bis zum Ende jenen Jahres veranlassten die von bewaffneten Kommunisten geleiteten örtlichen Volksgerichte die Ermordung von etwa 18 700 Menschen. An die Stelle dieser Gerichte trat bald ein nationaler Volksgerichtshof, der 1945 10 000 Menschen verurteilte und 2600 Todesurteile verhängte. Zu den Opfern gehörten in erster Linie ehemalige Minister aus vorkommunistischer Zeit, aber auch Journalisten, Intellektuelle, Religionsführer und selbst Unterhaltungskünstler. Weitere 23 500 Menschen wurden in Konzentrationslager gesteckt und etwa 50 000 in abgelegenen Gebieten „interniert“ – bis 1989.



III. DIE FOLGEN DES KOMMUNISMUS (1940^{er} - 1980^{er} Jahre)

Bulgarien war das einzige Land des Warschauer Paktes, auf dessen Territorium nach 1947 keine Einheiten der Roten Armee stationiert waren. Der Kreml hielt Bulgarien für „sicher“, und tatsächlich war dieses Land weniger unruhig als andere sowjetische Satellitenstaaten. Das hatte seine Gründe.

So gab es erstens eine gänzlich beispiellose Terrorwelle in den Jahren 1944 - 1947. Sie brachte nicht nur der Vorkriegselite den Tod, sondern verbreitete auch große Angst unter der Bevölkerung, die in den folgenden Jahren weiterhin geschürt wurde, wie etwa durch die Kollektivierung der Landwirtschaft, von der 80 % der Bevölkerung betroffen waren, die Aufrechterhaltung der Konzentrationslager bis 1963, die ständig drohende Gefahr der „Internierung“ in abgelegenen Gebieten, die Diskriminierung der Kinder „bürgerlicher Elemente“ sowie einen Apparat der politischen Polizei und der Kommunistischen Partei, der gemessen an der Bevölkerungszahl der größte im Sowjetblock war. Zweitens fanden große Teile der bulgarischen Gesellschaft – zumindest anfänglich – ein Programm zur „Modernisierung ohne Kapitalismus“ sehr ansprechend, das seit den 1920^{er} Jahren beträchtliche Unterstützung erfahren hatte.

Der dritte Faktor war eine umfassende direkte Kontrolle durch die Sowjetunion. In allen Ministerien und Einrichtungen des Staates, einschließlich Militär, Geheimdienst und Polizei, wurden ab 1949 „sowjetische Spezialisten“ auf solchen Posten platziert, die eine wirksame Kontrolle ermöglichten. In den 1950^{er} Jahren schließlich hatte man es geschafft, Bulgarien zum unterwürfigsten Satelliten Moskaus zu machen. Das ging soweit, dass Großbritannien 1958 ernsthaft die Schließung seiner Botschaft in Sofia in Betracht zog, da – so wurde argumentiert -Bulgarien praktisch „eine russische Provinz“ sei.

In diesem Klima der Hoffnungslosigkeit zeigten die Bulgaren immer weniger Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten; sie zogen sich ins Privatleben zurück und kämpften mit den chronischen Mängeln der sozialistischen Wirtschaft, die selbst immer stärker zerfiel. Bis zu den 1960^{er} Jahren rangierte Bulgarien nach Ansicht ausländischer Beobachter vor Griechenland, Jugoslawien und Polen, was den wirtschaftlichen Wohlstand, die Infrastruktur und die „allgemeine Ordnung“ anbetraf. Das sowjetische Modell der Industrialisierung wurde jedoch Anfang der 1960^{er} Jahre eingestellt, was eine rasche Verschlechterung der Lebensbedingungen zur Folge hatte. Das Problem war, dass sich das Regime auf westliche und sowjetische Kredite stützte und damit enorme Auslandsschulden anhäufte. Als Moskau Ende der 1950^{er} Jahre sein



Geld verlangte, händigte der damalige bulgarische Staatschef Todor Shiwkow (der das Land von 1953 bis 1989 führte) dem Kreml insgeheim die nationale Goldreserve aus. Damit war das Problem jedoch nicht gelöst, und im Juli 1963 beschloss Shiwkow, der Sache ein Ende zu machen, indem Bulgarien aufgelöst und als sechzehnte Republik in die UdSSR eingegliedert wird. Wohl nur selten hat sich der antinationale Charakter des Kommunismus so deutlich gezeigt wie in dieser Situation. Die sowjetische Führung lehnte einen solchen Schritt ab, da sie geopolitische Probleme befürchtete, aber Shiwkow versuchte es erneut. Als Bulgarien auch Anfang der 1970er Jahre seine Schulden gegenüber Moskau nicht bedienen konnte, bat er 1973 nochmals um die Eingliederung Bulgariens in die UdSSR. Der Kreml hatte jedoch nach wie vor Angst vor den geopolitischen Konsequenzen eines solchen Schrittes und lehnte den Vorschlag wiederum ab. Um jedoch seinen Satelliten liquide zu halten, beschloss er, die Wirtschaft Bulgariens mit jährlich bis zu 600 Millionen Dollar für die Agrarproduktion zu subventionieren und Erdöl zu den innersowjetischen (subventionierten) Preisen zu liefern. Damit wurde Bulgarien im Exportbereich vom sowjetischen Markt abhängig und war auf die billigen sowjetischen Brennstoffe für seine Wirtschaft angewiesen.

Nachdem nunmehr mit Hilfe Moskaus der Bankrott abgewendet worden war, beschloss das bulgarische Regime eine neue Welle spektakulärer Industrialisierungsmaßnahmen. 1987 jedoch konnte Bulgarien erneut seine Schulden gegenüber der UdSSR nicht bedienen. Verschlimmernd kam hinzu, dass unter Führung von Michail Gorbatschow der Kreml sowohl die Subventionen für die Agrarproduktion als auch die Lieferung von billigen Brennstoffen einstellte, was in Bulgarien eine schwerwiegende Benzin- und Stromknappheit zur Folge hatte.

Wenngleich im Lande noch keine revolutionäre Stimmung herrschte, war der Kommunistischen Partei durchaus bewusst, dass sie in Anbetracht der fortschreitenden Verschlechterung der Lebensbedingungen immer mehr an Unterstützung einbüßte. Das Regime war nicht in der Lage, die Wirtschaft neu zu beleben und versuchte daher, die Aufmerksamkeit der Gesellschaft mit der Behauptung abzulenken, der Erbfeind stünde wieder vor den Toren. Im Winter 1986/1987 startete es eine Welle massiver Repression gegen die türkische Minderheit, die ein Achtel der Bevölkerung ausmachte. Der Gebrauch der türkischen Sprache, der Besuch von Moscheen, traditionelle türkische Kleidung, muslimische Rituale – alles wurde verboten. Alle muslimisch klingenden Namen wurden durch slawisch oder christlich klingende Namen ersetzt. Selbst die Toten erhielten neue Namen. Gegenüber dem Ausland hat das Regime alles rundweg geleugnet, innenpolitisch wurde behauptet, die in Bulgarien lebenden Türken seien die „Fünfte Kolonne“ der benachbarten Türkei, die die Annektierung der südlichen Hälfte Bulgariens vorbereite.

Die politischen Zwecke dieser Offensive wurden nicht erreicht. Die Menschen verweigerten der BSP die Gefolgschaft und sympathisierten mit den Türken, wie sie in der Generation davor bereits mit den verfolgten Juden sympathisiert hatten. In Panik versetzt, griff das Regime im Frühjahr 1989 zu einer letzten verzweifelten Maßnahme – der Ausweisung der gesamten türkischen Minderheit über die Grenze in die Türkei. Die daraus resultierenden Veränderungen versetzten der kommunistischen Wirtschaft den Todesstoß, und durch den internationalen Aufruhr, den diese Maßnahme hervorrief, geriet Bulgarien in die Isolation. Am 10. November, als die Berliner Mauer fiel, wurde der langgediente kommunistische Führer Todor Shiwkow vom Zentralkomitee abgesetzt, da in Bulgarien Tausende auf die Straßen gegangen waren und der Ruf nach Freiheit laut wurde. Das sozialistische Experiment hatte zum Bankrott geführt – und dieses Mal endgültig.

IV. WIDERSTAND (1944 - 1989)

Aufgrund der Grausamkeit des Regimes und des Umfangs der ihm in den 1960er Jahren zuteil gewordenen Unterstützung konnte sich der Widerstand nur sporadisch formieren und blieb letztlich unwirksam. Durch eine vollständige Kontrolle des Informationsgeschehens und der historischen Erinnerung wurde sichergestellt, dass zu dem Zeitpunkt, als die Nachkriegsgeneration ins Erwachsenenalter eintrat, die frühen Versuche des Widerstands vergessen waren. Erst jetzt wird uns so richtig bewusst, dass der anfängliche Widerstand gegen das Regime in Bulgarien sehr viel entschlossener geführt wurde als in jedem anderen sozialistischen Land.

Zu jedem Zeitpunkt in der Geschichte sind die Bulgaren in die Berge gegangen, wenn sie sich der Unterdrückung widersetzen wollten. Dort in den Wäldern bildeten sie bewaffnete Gruppen für den Kampf gegen die Unterdrücker. So auch nach der Machtübernahme am 9. September 1944. Tausende suchten in den Wäldern Zuflucht vor der Gewalt und den Mordkommandos. Schon bald fanden sie sich in Gruppen zusammen und erklärten den bewaffneten Widerstand, damit formierte sich die Bewegung der „gorjani“ („Waldmensch“). Die Bewegung war ein Jahrzehnt lang aktiv, und obwohl die genauen Zahlen immer noch diskutiert werden, steht doch fest, dass sich rund 2000 bewaffnete Männer, unterstützt von bis zu 10 000 Helfern, in 28 großen Kommandos und Dutzenden kleineren Einheiten organisiert hatten. Archivmaterial belegt, dass Vertreter des gesamten politischen Spektrums unter den „gorjani“ zu finden waren – Agrarier, Exkommunisten, Trotzisten, Nationalisten, Demokraten und selbst Anarchisten. Ende der 1940er Jahre wurde die Bewegung durch den Zulauf von Bauern verstärkt, die der Kollektivierung entkommen wollten.

Nach 1952, als über die Hälfte der „gorjani“ durch das Regime ermordet worden war, begann die Bewegung zu zerfallen und wurde schließlich 1956 aufgelöst. Das gab dem Regime die Möglichkeit, die zwischenzeitlich eingestellte Landkollektivierung abzuschließen. 1958 wurde auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei der vollständige und unumkehrbare Sieg des „Sozialismus“ in Bulgarien verkündet. Bis Ende der 1950er Jahre war es geschafft, das Land ruhigzustellen. Die Kollektivierung der Landwirtschaft war abgeschlossen, die gesamte bekannte Opposition niedergeschlagen, und zur Vermeidung weiterer Schwierigkeiten begann das Regime mit der Deportation „bürgerlicher“ Familien aus den Städten. Abgesehen davon trugen auch die Ereignisse in der internationalen Arena dazu bei, dass sich die eingeschüchterten Bulgaren in ihr Schicksal ergaben. Der Aufstand in der DDR 1953 und der Volksaufstand 1956 in Ungarn hatten gezeigt, dass „der Westen“ nicht helfen würde.

Der Widerstand zu dieser Zeit beschränkte sich auf individuelle Aktionen, bei denen sich Einzelne für die Sache opferten. 1955 gründete Dr. Iwan Georgiew die bulgarische National-Revolutionäre Partei und kam dafür ins Gefängnis. 1956/1957 war es eine Handvoll Intellektuelle, die Texte zur Unterstützung des ungarischen Volksaufstands in Umlauf brachten und dafür ebenfalls verurteilt wurden. 1968 wurden Studenten eingekerkert, die mit dem „Prager Frühling“ sympathisierten. Dieser individuelle Widerstand setzte sich auch in den 1970er Jahren fort, und ausnahmslos bedeutete das für die Dissidenten Gefängnis. 1985 wurden zwei von ihnen, die sich bereits seit langem als Oppositionelle betätigt hatten, im Gefängnis von Pasardschik umgebracht.

Zu diesem Zeitpunkt jedoch hatte sich die politische Situation verändert. Die nach dem Krieg geborenen jungen Erwachsenen mussten feststellen, dass das Leben unkalkulierbar, unsicher und zunehmend würdelos war. Aus dem Ausland kamen Nachrichten über sowjetische Niederlagen in Afghanistan und verstärkten Widerstand in Polen. In den Augen der Nachkriegsgeneration stellte sich der Sozialismus immer mehr als ein Irrweg dar, und sie wollten Veränderungen. Das Regime jedoch verweigerte Reformen von oben nach dem Modell der sowjetischen Perestroika. In einer Rede im Sommer 1987 erklärte Regierungschef Shiwkow: „Genossen, wir sollten darauf warten, dass der Sturm an uns vorüberzieht und dann darüber nachdenken, ob wir uns an irgendeiner Perestroika beteiligen wollen.“ Damit war unweigerlich gesagt, dass sich jeder, der Veränderungen wollte, außerhalb der Partei orientieren musste.

Als Nächstes kam die Änderung der türkischen Namen, wodurch sich der organisierte Widerstand neu formierte und öffentliche Sympathie für die Opfer der Unterdrückung hervorgerufen wurde. Diese Entwicklungen erschütterten das Regime und machten seine Schwächung deutlich. 1988 entstand der

„Club für Glasnost und Perestroika“, womit der Widerstand schließlich die Hauptstadt erreichte. Seine Mitglieder wurden zwar aus ihren Betrieben entfernt, nicht aber inhaftiert. Das war die Initialzündung, und bis Ende 1988 entstand eine Vielzahl von Organisationen, die gegen das Regime gerichtet waren, darunter auch der Gewerkschaftsbund Podkrepa (Unterstützung), der sich am Vorbild der polnischen Solidarność orientierte. Obwohl all dies in den offiziellen Medien totgeschwiegen wurde, war doch fast überall im Land bekannt, dass Dissidentenorganisationen zu Dutzenden aus dem Boden schossen und das Regime schwach und unentschlossen aussehen ließen. Der erneute Druck auf die Türken brachte wiederum nicht die gewünschten Ergebnisse, und auch andere Versuche des Regimes, seine Muskeln spielen zu lassen, schlugen fehl, wie etwa die Inhaftierung von Schülern, die den Geburtstag von John Lennon gefeiert hatten.

Am 3. November 1989 marschierten mehrere regimiekritische Organisationen gemeinsam zum Parlament, um dort eine Umweltspetition vorzubringen. Sehr schnell änderten sich die Sprechchöre der Zehntausend Mann starken Menge, und aus ökologischen wurden politische Forderungen, wobei in erster Linie der Ruf nach „Freiheit“ erschallte. Die Behörden hatten kein Konzept, wie mit einem Ereignis dieser Größenordnung umzugehen war. Eine Woche später entließ eine in Panik geratene Kommunistische Partei ihren Führer Todor Shiwkow. Am 7. Dezember entstand aus den Dissidentenbewegungen heraus die Union der demokratischen Kräfte (SDS), die sich im Januar bereit erklärte, die Macht von der Kommunistischen Partei zu übernehmen. Dem kommunistischen Regime war es also nicht gelungen, den „Sturm an sich vorüberziehen“ zu lassen. Wie alle anderen wurde es vom Wind der Veränderung hinweggefegt, der durch Europa brauste.

V. REGIMWECHSEL (1989 - 1997)

Bulgarien ist das einzige Land des ehemaligen Warschauer Paktes, das den Übergang nicht in einem einzigen Schritt geschafft hat. Es durchlebte zwei Wirtschaftskrisen, für die mit ehemaligen Kommunisten besetzte Regierungen verantwortlich waren, und führte folglich zwei politische Revolutionen durch – 1989/1990 und 1996/1997.

Die Gründe für diese wechselvolle Entwicklung sind leicht auszumachen. Obwohl politisch die Dinge gut und schnell vorangingen, waren die Bulgaren im Bereich der Wirtschaft wie schon seit den 1920er Jahren nicht bereit, sich in das turbulente Fahrwasser der Marktwirtschaft zu begeben. Die Reformer selbst, sowohl die einheimischen als auch die internationalen, wussten wenig über den damit verbundenen zeitlichen Rahmen. Zudem konnte den gewöhnlichen Bürgern seitens

der Reformer nicht nahegebracht werden, dass die während der Zeit des Sozialismus errichteten Fabriken und Industrieanlagen besser rasch abgerissen und nicht erhalten werden sollten. Während es in Polen einen „Reformschock“ gab und auch die Tschechen alles taten, um rasch nachzuzufolgen, waren die Bulgaren nicht von der Notwendigkeit solch tiefgreifender Änderungen überzeugt.

In den Bereichen Politik und Zivilgesellschaft veränderten sich die Dinge nach dem Fall der Berliner Mauer sehr schnell. Mitte November 1989 waren die Medien frei. Tägliche Massendemonstrationen erschütterten die großen Städte. Ein nationaler Runder Tisch nahm im Januar 1990 seine Arbeit auf. Hier verhandelten die Kommunistische Partei und die SDS über die Einführung der Demokratie. Rasch nahmen die wichtigsten Institutionen der deliberativen Demokratie Form an, und die Gefahr eines Bürgerkrieges war abgewendet.

Die Möglichkeit blutiger Unruhen war jedoch nicht die einzige Gefahr, die auf dem künftigen Weg drohte. Am gefährlichsten war es, so wie die meisten der ehemaligen Sowjetrepubliken der Versuchung nachzugeben, im Namen der „nationalen Einheit“ die Demokratie zu umgehen und stattdessen autoritäre oligarchische Regimes zu installieren, bei denen auf frühere Führungskräfte zurückgegriffen wurde. Das war die Variante, die später als „der dritte Weg“ bekannt wurde und an der die Kommunistische (ab April 1990 Sozialistische) Partei Bulgariens (BKP/BSP) während dieser Zeit festhielt.

Eine weitere Gefahr war die ethnische Konfrontation, und die wurde als erste brisant. Kurz vor Weihnachten 1989 legte das Regime per Dekret fest, dass die Türken ihre muslimischen Namen wieder annehmen können, falls sie dies wünschen. Lokale Beamte, die unmittelbar an den Repressalien gegen die Türken beteiligt gewesen waren, weigerten sich, das zu akzeptieren. Sie waren der Auffassung, dass sie sich allein durch ein nationalistisches Aufbegehren ihrer Verantwortung entziehen konnten, weshalb sie den Slogan „Bulgarien den Bulgaren!“ verbreiteten und täglich Massendemonstrationen durchführten. Überrascht von dieser Rebellion in den eigenen Reihen, hielt sich die Staatsmacht gänzlich zurück, während Teile der Öffentlichkeit und auch einige Medien die Nationalisten unterstützten. Glücklicherweise entschieden sich die neuen demokratischen Organisationen zum Handeln, während die Regierung den „Sturm an sich vorüberziehen“ lassen wollte. Sie führten Gespräche mit allen Seiten und überzeugten sie, ein Komitee für nationale Aussöhnung zu bilden, in dem alle Probleme und Missstände beraten werden konnten. An das demokratische Verfahren gebunden und unter ständiger Beobachtung durch die Medien konnten die nationalistischen Führer nicht überzeugen. Ab dem Ende der ersten Januarwoche, als der Runde Tisch mit der Opposition seine Arbeit aufnahm, waren sie für die Öffentlichkeit nicht mehr von Interesse.



Von diesem Zeitpunkt an waren die Bulgaren nur noch auf den Runden Tisch fixiert, alles andere trat in den Hintergrund. Statt über ethnische Fragen und nationale Größe wurde jetzt über demokratische Verfahren nachgedacht. Auf diese Weise erlagen die Bulgaren nicht der gleichen Versuchung wie die Jugoslawen. Vor dem Runden Tisch stand die Aufgabe, die Möglichkeit des „dritten Weges“ auszuschließen. Die BKP war beim Eintritt in die Gespräche fest entschlossen, die Mehrparteiendemokratie durch „nationale Einheit“ und Marktreforemen zu ersetzen, mit einer „gemischten Wirtschaft“ auf der Grundlage des „gesellschaftlichen Eigentums“. Ihre Absicht war es zweifellos, die Macht auch weiterhin in den Händen der Kommunisten zu konzentrieren. Letztendlich jedoch setzte sich die SDS durch. Bulgarien sollte eine demokratische parlamentarische Republik sein, die sich entsprechend den marktwirtschaftlichen Grundsätzen entwickelt. Im April 1990 stand fest, dass es in Bulgarien weder das jugoslawische Modell des Zerfalls noch das russische Modell eines „dritten Weges“ geben würde, das letztendlich eine Oligarchie mit den alten kommunistischen Führungsschichten zur Folge gehabt hätte. In Bulgarien begann die Zeit des „Übergangs“, dem man sich nicht mehr entziehen wollte.

Ein schwerer Schlag für die Reformer war, dass die Kommunisten, die sich erst kurz zuvor umbenannt hatten, die Wahlen zur Großen Nationalversammlung im Juni 1990 gewannen. In Sofia gingen täglich Scharen von Demonstranten auf die Straße und protestierten gegen dieses Ergebnis. Es gab Besetzungen durch Studenten, immer mehr Leute schlossen sich den Demonstranten an, und am 29. August wurde das Gebäude der Sozialistischen Partei gestürmt und in Brand gesetzt. Da es so gut wie keine Lebensmittel mehr gab und mit dem von der sozialistischen Regierung zur Rationierung eingeführten Coupon-System dem Mangel ebenfalls nicht beizukommen war, wurde ein landesweiter Streik ausgerufen, und Anfang November trat die Regierung zurück. Eine Regierung der „nationalen Rettung“ übernahm die Macht, an der Sozialisten, Agrarier und die SDS beteiligt waren. Sie gab die Preise frei, und nach einigen Preisschocks waren auch wieder Lebensmittel verfügbar. Bis zum Herbst erarbeitete das verfassungsgebende Parlament eine neue Verfassung und löste sich danach auf. Die folgenden Wahlen konnte die SDS ganz knapp gewinnen, und eine Reformregierung unter Führung des jungen Rechtsanwalts Philip Dimitrow übernahm die Macht. Sie wurde von der SDS und der Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS), der neuen Partei der türkischen Minderheit, gebildet und besaß in dieser Konstellation eine hauchdünne Mehrheit.

Wie sich jedoch an den Wahlergebnissen zeigte, verfügte diese Regierung über kein klares Mandat für eine grundlegende Umgestaltung der Wirtschaft. Umfragen in dieser Zeit haben immer wieder deutlich gemacht,

dass die Bulgaren nach wie vor versuchten, den Kapitalismus zu umgehen. Bis Mitte der 1990er Jahre glaubten sie, der Staat habe die Pflicht, seine Bürgern mit einem Arbeitsplatz und einem Gehalt zu versorgen – was so völlig im Widerspruch zu den anderswo in Mitteleuropa stattfindenden Reformen stand.

Was die Reformregierung erreichte, war die Rückgabe verstaatlichten Grundbesitzes und kollektivierter landwirtschaftlicher Flächen an ihre ursprünglichen Eigentümer. Selbst solch kleine Schritte trugen Früchte. Im Herbst 1992 waren die Nachwehen des Zerfalls der (sozialistischen) Wirtschaft weitestgehend abgeklungen. Bulgarien war wieder zahlungsfähig und verfügte über eine Währungsreserve in Rekordhöhe von 1,2 Milliarden Dollar (bei einem Ausgangsniveau von lediglich 150 Millionen Dollar im Jahr 1990). Die Monatslöhne stabilisierten sich bei rund 100 Dollar, in den letzten Monaten des Sozialismus waren es weniger als 80 Dollar gewesen. Im entstehenden privatwirtschaftlichen Sektor wurden allein 1992 ca. 800 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Inflation ging innerhalb eines Jahres von 400 % auf 60 % zurück. Die Regierung war außerdem im Begriff, ein Hilfspaket mit dem IWF zu schnüren und eine umfassende Privatisierung der gesamten Wirtschaft in Gang zu setzen. Bulgarien wurde Mitglied des Europarates und nahm Verhandlungen über eine assoziierte Mitgliedschaft in der EU auf.

Als die ersten Ergebnisse der Reform spürbar wurden, entschied die Öffentlichkeit, dass sie keine weiteren Veränderungen brauche. Der ohnehin schon schwache nationale Konsens bezüglich des „Übergangs“ bröckelte weiter, und im Dezember 1992 verlor die SDS-Regierung die Vertrauensfrage, die sie gestellt hatte, nachdem ihr Verbündeter DPS abtrünnig geworden war. Das Parlament verweigerte die Auflösung und schusterte eine „wechselnde Mehrheit“ für eine „nationale“ Regierung zusammen, statt Neuwahlen auszurufen. Die neue Regierung stoppte die Reformen und Bulgarien schlingerte in Richtung „dritter Weg“. Die Wirtschaft mit ihren ungeklärten Eigentumsverhältnissen wurde von organisierten mafiosen Gruppierungen übernommen. Sie versuchten, möglichst hohe Gewinne aus den Betrieben herauszuholen, und ließen die Steuerzahler für die Verluste aufkommen, die sich zwischen 1992 und 1993 vervierfachten. Das Außenhandelsdefizit stieg im selben Jahr auf das Zehnfache, von 86 Millionen Dollar auf 900 Millionen Dollar. Eine schrumpfende Wirtschaft und die sich immer weiter ausbreitende Mafia hatten zur Folge, dass es 1993 erstmals Bandenmorde gab, die das Klima im kommenden Jahrzehnt bestimmen sollten.

Während all dieser Geschehnisse wurde die BSP Opfer ihrer eigenen Propaganda. Die Partei hatte ihren Wählern seit 1990 erzählt, vor dem Auftauchen der „Demokraten“ habe es lediglich „wirtschaftliche Schwierigkeiten“ gegeben, die leicht zu überwinden gewesen wären, die „Demokraten“ jedoch hätten aus



diesen Schwierigkeiten eine Krise werden lassen. Diese Ansicht hatte sich 1994 in der gesamten Führungsspitze der Partei durchgesetzt, weshalb die BSP ein neues Programm erarbeitete, in der sie erklärte, Demokratie sei nichts anderes als böswillige Zerstörung und Chaos, was die SDS im Dienste ausländischer Interessen wissentlich herbeiführe. Daraus folgte als logische Schlussfolgerung, dass nur durch eine Wiederherstellung der Dominanz des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft zur Normalität zurückgekehrt werden konnte. Bulgarien würde, um es mit einem Wort zu sagen, nicht kapitalistisch werden. Die BSP legte sich außerdem auf eine „Neudefinierung“ der Beziehungen mit dem IWF und der Weltbank fest, deren Zuschüsse die Wirtschaft seit 1990 gestützt hatten. Eine sozialistische Regierung würde diese Institutionen zwingen, von der „finanziellen Stabilisierung“ abzugehen und Geld für die „nationale Produktion“ bereitzustellen. In der Außenpolitik würden Russland und andere Staaten der früheren Sowjetunion Priorität erhalten. Auch versprach die BSP, die Durchdringung mit westlicher Kultur in Grenzen zu halten.

Die Inflation war 1994 zwischenzeitlich über die 100-Prozent-Marke gestiegen, und der Durchschnittslohn auf 65 Dollar gefallen. Die Bevölkerung fühlte schon eine Art Krise herannahen, jedoch zog sie die gleichen Schlüsse wie die BSP, dass nämlich die Reformen die Ursache der Schwierigkeiten seien und die Lösung in der Rückkehr zu einer Art sozialistischer „Normalität“ bestehe. Bei den Wahlen im Dezember 1994 erhielt die BSP doppelt so viele Stimmen wie die SDS.

Normalität jedoch kehrte nicht wieder ein. Als der Staat zu den Preiskontrollen zurückkehrte und die Wirtschaft unter seine Kontrolle nahm, stiegen die Verluste des Bankensektors bis zum Sommer 1995 um 400 Prozent. Wies der Leistungsbilanzsaldo 1994 noch einen Überschuss von 233 Millionen Dollar auf, so bewegte er sich 1996 mit 750 Millionen Dollar im Minus. Mitte 1996 war Getreide knapp und Brot erneut aus den Regalen verschwunden, weshalb wieder Rationierungssysteme eingeführt wurden. Die Durchschnittslöhne, die sich 1994 im Vergleich zu 1992 bereits fast um die Hälfte reduziert hatten, waren Mitte 1996 nochmals um die Hälfte niedriger. Ein Ansturm auf die Banken führte dazu, dass 19 von ihnen in der zweiten Jahreshälfte geschlossen wurden.

Obwohl die sozialistische Regierung einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt hatte, konnte sie 1996 nicht umhin, den „Weltkapitalismus“ für ihr wirtschaftliches Desaster verantwortlich zu machen. Vom Westen finanzierte NRO wurden beschuldigt, das Land politisch zu destabilisieren. Unter Verweis auf ihre vorrangigen Beziehungen zu Russland lehnte es die Regierung ab, die Möglichkeit einer NATO-Mitgliedschaft auch nur zur Debatte zu stellen. Im Spätherbst 1996 gab es außer Brot auch keinen Treibstoff mehr, und der Wechselkurs der nationalen Währung zum US-Dollar stürzte von 70:1 (Januar 1996) auf 3000:1 (Anfang Februar). Die Inflation erreichte Ende Februar 1997 2040 %, und der Monatslohn sank unter 10 Dollar.



Der von den Kommunisten organisierte Sprengstoffanschlag auf die St.-Kral-Kirche in Sofia (1925) war bis zu dem 70 Jahre später verübten Bombenanschlag in Oklahoma City die weltweit verheerendste Terroraktion.



Die bewaffneten Streitkräfte der Kommunisten übernahmen am 9. September 1944 die Macht.



Über mehr als eine Generation wurden bulgarische Bürger aller Berufsgruppen regelmäßig eingezogen, um in den so genannten „Schockbrigaden“ für den Staat unbezahlte Arbeit zu leisten.



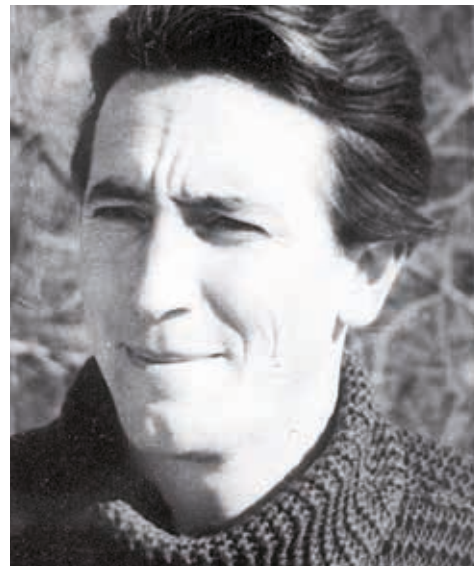
Das kommunistische Regime rühmte sich besonders, dass auch Frauen zu den harten Arbeitseinsätzen in den „Schockbrigaden“ eingezogen wurden.



Bis Ende der 1950er Jahre wurden alle Landwirte gezwungen, den landwirtschaftlichen Genossenschaften beizutreten.



Dr. Nikola Petkov, der Anführer der antikommunistischen Opposition, wurde 1947, sobald die Nachkriegsfriedensverträge mit den Alliierten unterzeichnet waren, erschossen.



Der regimekritische Autor Georgi Markov, das erste Opfer der so genannten „Regenschirmmordanschläge“ auf Mitglieder der bulgarischen Opposition in der Emigration Ende der 1970er Jahre.



Die kommunistische Parteiführung nimmt eine der vielen offiziellen Paraden ab, die jährlich veranstaltet werden.



Der legendäre Kuss zwischen dem kommunistischen Staats- und Parteichef Bulgariens, Todor Schiwkow, und dem Staatsoberhaupt der Sowjetunion, Leonid Breschnew, stand für mehr als nur persönliche Freundschaft. 1971 unterbreitete Todor Schiwkow seinem Freund Breschnew das Angebot, den souveränen Staat Bulgarien aufzulösen und als 16. Unionsrepublik in die UdSSR aufzunehmen.



Mindestens ein halbes Dutzend Mal im Jahr wurden die Bürger Bulgariens zu Massenkundgebungen mobilisiert, auf denen sie der Partei ihre Dankbarkeit bezeugen sollten.



3. Oktober 1989: Die erste Protestkundgebung seit einer Generation.



Petar Beron (Mitte), der Anführer der Umweltbewegung Ecoglasnost, die in Bulgarien die Wende einläutete.



April 1989: In einem letzten Gewaltakt unternahm das kommunistische Regime den Versuch, alle in Bulgarien ansässigen Angehörigen der türkischen Minderheit, damals 750.000 Bürger, auszuweisen.



Am 10. November 1989 entließ die Kommunistische Partei aufgrund wachsender Proteste ihren seit 33 Jahren amtierenden Generalsekretär Todor Schiwkow (rechts).



Im Vorfeld der seit mehr als einem halben Jahrhundert ersten freien Wahlen versammelte sich am 7. Juni 1990 eine Million Antikommunisten, um die (neu gewonnene) Freiheit zu feiern.



*Umbruch und Kontinuität:
Der Dichter Josif Petrow
war der jüngste Abgeordnete des letzten
demokratisch gewählten Parlaments
von 1947. 1990 kehrte er nach Jahrzehnten
als politischer Gefangener des Regimes als ältester
Abgeordneter des ersten postkommunistischen
demokratischen Parlaments zurück.*



*In der Augusthitze des Jahres 1990 riss dem Volk die Geduld –
der Sitz der Kommunistischen Partei in Sofia wurde gestürmt und in Brand gesteckt.*



Nach dem Sturm auf das Gebäude der Kommunistischen Partei wurde schließlich auch der Rote Stern vom Dach gerissen.



Dr. Stelju Schelew (Mitte) war 1989 bis 1990 Vorsitzender der Union der Demokratischen Kräfte (Mitglied der EVP), als er zum ersten demokratisch legitimierten Präsidenten Bulgariens gewählt wurde.



Auf dem Gelände der früheren kommunistischen Arbeitslager finden alljährlich Gedenkveranstaltungen statt.



Trauerfeier zum Gedenken an die Opfer der kommunistischen Herrschaft am Denkmal für die Opfer des Kommunismus in Sofia.



Um die postkommunistische Regierung von den Schaltzentralen der Macht zu verdrängen, bedurfte es 1997 einer zweiten Revolution.



Nadeschda Michailowa (Mitte, mit Blumen), Außenministerin der reformdemokratischen Regierung der Jahre 1997 - 2001, weinte im Parlament, als sie erfuhr, dass bulgarische Bürger - in Vorbereitung auf Bulgariens Beitritt zur EU - fortan ohne Visum in die EU einreisen durften.



Iwan Kostow, Parteivorsitzender der Union der demokratischen Kräfte und Chef der von ihm gestellten Regierung von 1997 bis 2001, gelang es, das Land vom Rande des Zusammenbruchs an die Schwelle des EU-Beitritts und der Aufnahme in die NATO zu führen.



Beim Beitritt Bulgariens zur NATO weht die bulgarische Flagge (im Vordergrund) vor dem Sitz des Verteidigungsbündnisses in Brüssel.

VI. DIE ZWEITE REVOLUTION UND DER WIEDERAUFBAU (1996 - 2007)

Wie sich herausstellte, wiederholten sich beim „sozialistischen Gesellschaftsprojekt“ die schlimmsten Merkmale der Krise von 1989/1990. Die Wirtschaft schrumpfte im Verlaufe des Jahres 1996 um ein Zehntel, das ist mehr als während der Nachkriegskrisen von 1918 und 1945. Anders als bei früheren Bankrotten reagierte das Volk dieses Mal sofort. Es gab eine neue Revolution. Diese war im Gegensatz zu der von 1990 kurz (Dezember 1996 – Februar 1997), massiv (bis zu 800 000 Beteiligte landesweit, unterstützt von drei Vierteln der sieben Millionen Einwohner) und entschlossen. Bis Anfang Februar 1997 wurden in allen Städten wie auch auf den wichtigen Fernverkehrsstraßen, an den Ein- und Ausreisestellen sowie in der Nähe der Flughäfen Barrikaden errichtet. Die Sozialisten kamen am 4. Februar 1997 zu Fall, für April wurden Neuwahlen festgesetzt, und der Präsident, der die Wahlen zwei Monate zuvor für die SDS gewonnen hatte, ernannte eine mit SDS-Mitgliedern besetzte Interimsregierung.

Und diese Regierung ging sehr entschlossen zu Werke. Nach einer rasch abgeschlossenen Vereinbarung mit dem IWF wurde ein Currency Board eingerichtet, wodurch die Inflation innerhalb von drei Wochen auf 12 % gesenkt werden konnte. Die durchschnittlichen Monatslöhne stiegen in zwei Monaten von weniger als 10 Dollar auf 65 Dollar, während im gleichen Zeitraum die nationale Währungsreserve vervierfacht wurde und damit 1,1 Milliarden Dollar betrug. Im Parlament wurde im Rahmen der „Erklärung zur Nationalen Eintracht“ ein neuer Sozialvertrag unterzeichnet. Damit sagte sich die BSP von allen Experimenten zur Durchsetzung des „dritten Weges“ los, stimmte einer Vollmitgliedschaft in der NATO zu und schloss die Grundstücksrückgabe ab, die von den Sozialisten gestoppt worden war.

Bei den Wahlen im April kehrte die SDS mit überwältigender Mehrheit an die Macht zurück, wodurch die Reformer letztendlich ein Mandat für einschneidende Reformen erhielten. Diese wurden von der SDS-Regierung unter Iwan Kostow in Angriff genommen. Er sah sich mit dringenden Problemen und Krisen in allen Bereichen konfrontiert, wozu allerdings die politische Basis der Gesellschaft nicht gehörte. Wie auch schon in anderen entscheidenden Momenten der bulgarischen Geschichte war 1990 die Politik des Landes ziemlich erfolgreich geregelt worden. Dank der klaren politischen und staatlichen Strukturen gelangte die Europäische Kommission bereits 1998 zu der Einschätzung, dass Bulgarien die Kopenhagener Kriterien für die Mitgliedschaft in der EU erfüllt hatte.

Die Dinge lagen bei weitem nicht so einfach in Wirtschaft und Gesellschaft, jedoch ging die Kostow-Regierung zügig und resolut zu Werke. Seit langem überfällige Reformen wurden eingeleitet, die zumindest anfänglich von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wurden. So gab es einen zweiten Anlauf bei der Privatisierung, und die bankrotten Betriebe aus sozialistischen Zeiten wurden endgültig abgewickelt. Die Regierung bekämpfte die Kriminalität und bis 1999 waren die Verbrecherbanden, die die 1990er Jahre so stark geprägt hatten, entweder untergetaucht oder gingen mittlerweile einer legitimen Geschäftstätigkeit nach. Die organisierte Kriminalität ging zurück, und die exotischste Form des Banditentums der 1990er Jahre, die Raubüberfälle auf Landstraßen, verschwand gänzlich. Am Ende der Amtszeit der Kostow-Regierung entfielen mehr als 70 % des BIP auf den privatwirtschaftlichen Sektor, die Schattenwirtschaft machte statt 60 % nur noch weniger als 40 % aus, und Gehälter und Einkommen waren wieder auf dem Vorkrisenniveau.

Die SDS-Regierung von 1997 - 2001, die von Kostow mit starker Hand und unnachgiebig geführt wurde, war diejenige, die den „spürbaren Umschwung“ herbeiführte, auf den die Weltbank in ihrem Bericht 2001 Bezug nahm und dank dem Bulgarien die wirtschaftlichen Katastrophen der Vorjahre hinter sich lassen und den direkten Weg zur Mitgliedschaft in EU und NATO einschlagen konnte. In dieser Zeit wurde die SDS zudem Mitglied der EVP.

Wie andere Länder auch, denen eine vollständige Modernisierung im 20. Jahrhundert nicht gelang, verfolgte Bulgarien bei seinem Übergang einen recht wechselvollen Kurs. Anders jedoch als in anderen ehemals sozialistischen Ländern, in denen der Übergang völlig scheiterte, waren die Veränderungen in Bulgarien von Erfolg gekrönt, da es einige sehr mächtige Antriebskräfte gab.

So bestand erstens eine etablierte politische Kultur, was den Umgang mit den Fragen Repräsentation, Gewaltenteilung und liberale Demokratie sehr viel leichter machte. Zweitens – teilweise auch wegen dieser Kultur – umging die SDS als die führende politische Reformkraft die Fallen des Nationalismus und suchte nicht nach einzigartigen „nationalen Werten“. Beides hätte eine Abkehr von der liberalen Demokratie bedeutet und im Sumpf der Oligarchie geendet. Von Anbeginn stützte sich die SDS (wie auch die anderen antikommunistischen Kräfte) auf die Freiheiten und die Werte des Einzelnen und nicht auf „die Nation“ oder ein anderes imaginäres Kollektiv. Ziemlich rasch entwickelte sich die SDS in Richtung christliche Demokratie und brachte eine Kombination aus Liberalismus und Konservatismus hervor, womit sie die wirtschaftlich aktiven Altersgruppen vertrat. Sie war damit eigentlich schon 1992 zu einer Partei „des Volkes“ geworden. Diese politische Strömung erwies sich als stark genug, um

Bulgarien auch dann noch die für den weiteren Fortschritt erforderlichen Impulse zu geben, als die SDS nach 2001 zerfiel. Sie stand hinter den meisten der wichtigen neuen Parteien, wie etwa der NDSV, und hat auch den Aufschwung der Partei GERB seit 2007 mitgetragen. Beobachter sind zuversichtlich, dass die GERB die Wahlen 2008 gewinnt, so dass Bulgarien wieder christdemokratisch regiert wird.

Die dritte Triebkraft waren die unerschrocken agierenden unabhängigen Medien, die die stärkste Zivilgesellschaft des ehemaligen sozialistischen Blockes geprägt durch ein hohes Bildungsniveau und eine christdemokratische Ausrichtung hinter sich wussten. Diese Triebkräfte hielten das Land von 1989 bis 2007 auf Kurs. Ende der 1990er Jahre jedoch fiel Bulgariens reformfreudigste Regierung dem eigenen Erfolg zum Opfer. Am Anfang stand ein nachlassendes öffentliches Interesse an der Politik. Da 1996/1997 die Entscheidung letztendlich zugunsten von Marktwirtschaft, Demokratie sowie EU- und NATO-Mitgliedschaft gefallen war, schien es nichts Wichtiges mehr zu geben, was auf politischer Ebene zu entscheiden gewesen wäre. Die Bevölkerung verlor das Interesse, und bei den Kommunalwahlen 1999 entfielen auf die „Blauen“ und die „Roten“ zusammen gerade mal ein Drittel der abgegebenen Stimmen. Die Augen der Öffentlichkeit richteten sich mehr und mehr auf Fragen der Staatsführung. So blieb den Menschen nicht verborgen, dass sie die Lasten von Unternehmensschließungen tragen mussten, während führende SDS-Politiker „unerklärlich reich“ wurden, wie der damalige Präsident es formulierte. Korruption wurde zum wichtigsten Diskussionsthema, und das erschütterte nicht nur das Vertrauen in die SDS, sondern in die Politik generell. Eine erneute Hinwendung zu den Sozialisten war jedoch auch nicht möglich, dazu waren die Erinnerungen an die jüngsten Katastrophen einfach noch zu frisch.

Alle diese Entwicklungen sprachen dafür, dass die Bürger nach etwas Neuem in der Politik Ausschau hielten. Attraktive neue Parteien entstanden, jedoch keine hatte soviel Anziehungskraft wie diejenige, die der im Exil lebende Zar Simeon II. ins Leben rief. Die „Nationale Bewegung Simeon II.“ (NDSV) trat im Frühjahr 2001 auf den Plan, gewann die Wahlen im Sommer und bildete eine Regierung, die das Versprechen abgab, innerhalb von 800 Tagen den Lebensstandard auf „europäisches Niveau“ anzuheben.

Die NDSV gab sich eine Mitte-Rechts-Ausrichtung und bekannte sich nachdrücklich zu dem bestehenden Konsens, der folgende Punkte betraf: liberale Demokratie, Marktwirtschaft, Mitgliedschaft in EU und NATO, finanzielle Stabilität und Umstrukturierung der Wirtschaft. Sie bemühte sich sogar um Mitgliedschaft in der EVP, was für die Beständigkeit des Mitte-Rechts-Konsens spricht. Die Regierung konnte jedoch die Reformen aufgrund ungenügender Erfahrungen und mangelnder Kapazitäten nicht wirksam genug umsetzen. Bereits laufende Reformen wurden

fortgeführt, jedoch geplante Veränderungen, wie etwa im Gesundheitswesen, kamen nicht zum Tragen. Bei den Umgestaltungen der „zweiten Generation“, wie etwa Verwaltungsreform, Bildungsreform sowie Reform des Justizwesens und der Strafverfolgungsbehörden, wurde nicht einmal der Versuch unternommen, diese in Gang zu setzen. Die organisierte Kriminalität war wieder auf dem Vormarsch, und die Europäische Kommission verwies im Rahmen ihrer jährlichen Kontrollen auf die fehlende Justizreform.

Die finanzielle Stabilität wurde dennoch erhalten, und der neuen dynamischen Privatwirtschaft gelang es, dem Land Wachstumsraten von jährlich 5 - 6 % zu sichern. Am Ende der Regierungszeit der NDSV im Jahre 2005 waren die Löhne um mehr als ein Drittel gestiegen, die Auslandsinvestitionen hatten sich verdoppelt und im Lande gab es mehr als eine Million Mobiltelefone (bei 6,4 Millionen Einwohnern im Erwachsenenalter). Schätzungen von Wirtschaftsexperten zufolge war der reale Lebensstandard in den Jahren 2005/2006 der höchste in der jüngsten Geschichte des Landes. In der Außenpolitik hielt die Regierung an den früher eingegangenen Verpflichtungen fest. Unter der Regie von Simeon II. wurde Bulgarien Vollmitglied der NATO (29. März 2004) und unterzeichnete im April 2005 den Beitrittsvertrag mit der EU.

Die Bürger setzten jedoch übersteigerte Erwartungen in Simeon, denen er nicht gerecht werden konnte. Auch spürten sie die Auswirkungen der Verlangsamung der Reformen. Das Gesundheitswesen verschlechterte sich immer mehr und fiel der Korruption anheim. Durch die fehlenden Reformen im Justizwesen und bei den Strafverfolgungsbehörden kam es zu einem Wiederaufleben der organisierten Kriminalität. Bandenkriege standen wieder auf der Tagesordnung, und in der Strafverfolgung blühte die Bestechung. Die Korruption griff immer mehr um sich, womit Simeons Zusicherung null und nichtig wurde, dass er in der Politik saubere Verhältnisse und eine „grundlegend neue Moral“ einführen werde.

Bei den Wahlen 2005 ließen die Bürger ihren Frustrationen freien Lauf. Die NDSV erlitt eine Niederlage. Weit abgeschlagen hinter den Sozialisten und nur knapp vor der DPS landete sie auf dem zweiten Platz. Im rechten Spektrum war die SDS nicht regierungsfähig, da sie in nicht weniger als fünf separate Parteien zersplittert war und nur zwei davon – die SDS und die neue Partei DSB unter Führung des ehemaligen Premierministers Iwan Kostow – überhaupt den Einzug ins Parlament schafften. Nach drei Monaten schließlich gab es eine Links-Mitte-Koalition, bestehend aus der BSP, der NDSV des Königs und der DPS. BSP-Vorsitzender Sergej Stanischew wurde neuer Premierminister, der damit zum dritten Mal seit 1989 aus den Reihen der Sozialisten kam.

Befürchtungen, es könnte in Anbetracht von zwei zentristischen Parteien in der Regierung einen Rückfall sozialistischer Prägung geben, erwiesen sich als unbegründet, da die Regierung erklärte, sie werde auf der Politik der beiden vorangegangenen (Rechts-Mitte-)Regierungen aufbauen. So waren zwar die unmittelbaren Befürchtungen zerstreut, jedoch mussten in den ersten Monaten der „Dreierkoalition“, wie die Regierung genannt wurde, noch weitaus grundlegendere Ängste ausgeräumt werden. Zu jedermanns Überraschung und Entsetzen brachten die Wahlen 2005 einen fremdenfeindlichen Flügel in der bulgarischen Politik hervor. Eine eilig zusammengesetzte Partei – Ataka – zog als viertgrößte Fraktion ins Parlament ein. Sie hatte im Vorfeld der Wahlen erklärt, dass sie dafür sorgen wolle, dass „dieses Land nicht länger von Türken, Zigeunern, Juden, Vaterlandsverrätern und Päderasten regiert wird“. Dadurch machten sich Ängste breit, dass die Gesellschaft die ethnische Toleranz, die ihre Geschichte seit langem geprägt hatte, aufgeben könnte und mit einem, welcher Art auch immer, bulgarisch-türkischem Konflikt zu rechnen sei. Diese Gefahr wurde ausgeschaltet, und zwar wieder durch die Zivilgesellschaft. Etwa 86 NRO und Hunderte von Einzelpersonen verklagten den Führer von Ataka wegen „Hassreden“. Er wurde in einer einstweiligen Verfügung aufgefordert, von der Sprache abzulassen, die Ataka ins Parlament gebracht hatte. Die Partei änderte ihren Sprachgebrauch und spaltete sich unverzüglich auf, wobei die eingefleischten Faschisten die Partei verließen und in der politischen Versenkung verschwanden.

Die Sozialisten bekräftigten in Wort und Tat den „prowestlichen“ Kurs des Landes, wobei sie sich beharrlich um den Beitritt zur EU bemühten und neue Kontingente nach Irak, Afghanistan, Bosnien und Kosovo schickten. Innenpolitisch waren nicht so leicht Erfolge zu erringen. Die Regierung ließ sich einfach in die Richtung treiben, die von ihren beiden Vorgängerinnen vorgegeben worden war – ohne Weitblick, politische Energie und Strategie. Die Gesundheitsreform wurde aufgegeben. Die Verwaltungsreform – wenngleich für durchgeführt erklärt – brachte kaum Ergebnisse. Obwohl die Regierung erstmals seit 1989 eine starke Reformstrategie zur Modernisierung der Sekundarbildung vorlegte, konnte sich die Bevölkerung nicht dafür erwärmen. Der wirtschaftliche Aufschwung allerdings ging auch weiterhin rasch voran. 2007 verfügten 60% aller Bürger über einen PKW, und es gab mehr Mobiltelefone als Einwohner. Die Bevölkerung ließ sich davon jedoch offenkundig nicht beeindruckt, da besorgniserregende Entwicklungen in anderen Bereichen vonstatten gingen. Aufgrund einer schlechten Stadtplanung und veralteter Infrastruktur waren die bestehenden Straßen 2007 dem Verkehrsaufkommen nicht mehr gewachsen. Der Zustand der öffentlichen Verkehrsmittel, auch der Eisenbahn, verschlechterte sich rasant. Durch die Schwäche der Regierung erhielten die organisierte Kriminalität und die Korruption wieder neuen Auftrieb, und ihre rasche Verbreitung erinnerte an die Zeit Mitte der 1990er Jahre.

Ihr einziges erklärtes Ziel jedoch erreichte die Regierung. Am 1. Januar 2007 wurde Bulgarien trotz der offensichtlichen Unzulänglichkeiten in Wirtschaft und Justiz zusammen mit Rumänien Vollmitglied der EU. Danach jedoch geriet die Regierung ins Schlingern, war sie doch nicht in der Lage, der Politik eine strategische Orientierung zu geben und diese auch zu verfolgen. Im zeitigen Frühjahr 2008 traf die Europäische Kommission in Anbetracht massiver Korruptionsskandale die Entscheidung, Mittel für ausstehende Heranführungsprogramme auszusetzen.

Da sich die Vertrauenskrise auch in der SDS und ihren Splitterparteien fortsetzte, büßte die gesamte politische Parteienlandschaft in Bulgarien bis 2007 noch einmal deutlich an Vertrauen in der Bevölkerung ein. Die Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2007 war äußerst niedrig, und bei den Kommunalwahlen im November 2007 ging die reichliche Hälfte der abgegebenen Stimmen an lokale Gruppierungen und nicht etwa an die landesweiten Parteien.

Vor diesem Hintergrund erstarkte die von Bojko Borissow, dem charismatischen Bürgermeister Sofias, gegründete Mitte-Rechts-Partei GERB, die auf eine Wiederbelebung der Parteipolitik orientierte. GERB, die Mitglied der EVP ist, konnte sowohl bei den Europa- als auch bei den Kommunalwahlen mehr Stimmen als jede andere Partei auf sich vereinen, womit sie sich eine gute Ausgangsposition für die Parlamentswahlen 2009 und die Bildung einer künftigen Mitte-Rechts-Regierung verschaffte. Es zeigte sich, dass mit dem Zerfall der SDS die öffentliche Unterstützung für die Christdemokraten keineswegs beendet war. Im Gegenteil, durch die GERB stand Bulgarien nach dem Ende der BSP-geführten Regierung offenbar am Beginn einer neuen Mitte-Rechts-Ära.

VII. INTEGRATION IN DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE NATO

Im Vergleich zu anderen mitteleuropäischen Ländern war es für Bulgarien weder selbstverständlich noch einfach, sich für den Beitritt zu EU und NATO zu entscheiden. Der bulgarischen Gesellschaft ist es in der jüngeren Geschichte niemals leicht gefallen, klare geopolitische Entscheidungen zu treffen. Bereits vor 1878, zu Zeiten des Osmanischen Reiches, gab es unter den Befreiungskämpfern keine einheitlichen Vorstellungen von der Zukunft Bulgariens. Neben den Russo-, Germano- und Francophilen gab es die „Levantisten“, die sich für einen Verbleib im Osmanischen Reich einsetzten. Und die nationalgesinnten Kräfte schließlich forderten

eine demokratische Republik, die „gleichberechtigt und zusammen mit den freien Nationen Europas existiert“. Diese „proeuropäische“ Plattform schürte den nationalen Aufstand 1876, jedoch bedeutete das nicht das Ende der Debatten. Eine russlandfreundliche Stimmung gewann die Oberhand, als das Russische Reich gegen die Türken in den Krieg zog, um Bulgarien zu befreien. Die rücksichtslose russische Einmischung jedoch bewirkte eine erneute Hinwendung zum Westen. In den beiden Weltkriegen war Bulgarien Verbündeter Deutschlands, danach allerdings 45 Jahre lang der treueste Satellitenstaat Moskaus.

Spaltungen und Zögerlichkeiten dieser Art wiederholten sich in den 1990^{er} Jahren. Die erste Meinungsumfrage im Frühjahr 1990 ergab, dass die gebildeten jungen Leute Demokratie, Kapitalismus und eine „westliche“ Orientierung wollten, während die älteren und weniger gebildeten Bürger – die zahlenmäßige Mehrheit – „zu viel Freiheit“ fürchteten. Sie bevorzugten eine Art Sozialismus und waren grundsätzlich antiamerikanisch (und stark prorussisch) eingestellt. Als die ersten Reformen Früchte trugen, gewannen prowestliche Einstellungen für kurze Zeit (Herbst 1992 – Frühjahr 1993) die Oberhand. Aus dem Scheitern der Reformen 1993/1994 jedoch zog die Bevölkerung die falschen Schlussfolgerungen. Sie sah in den Reformen und nicht im Mangel an Reformen die Ursache für Not und Chaos, und es wurden wieder verstärkt antikapitalistische, prorussische Einstellungen vertreten. Nach dem Zusammenbruch der bulgarischen Wirtschaft 1996 und der zweiten Entmachtung der ehemaligen Kommunisten wandte sich die Öffentlichkeit von allem ab, was mit der BSP zu tun hatte, einschließlich ihrer prorussischen Position. Für das Land standen nunmehr Reformen, Marktwirtschaft und eine prowestliche Orientierung auf der Tagesordnung.

Auf der Ebene der Politik lagen die Dinge sogar noch weitaus komplizierter. So manifestierte sich die Kluft zwischen SDS und BSP von Anfang an eindeutig als Kluft in den geopolitischen Auffassungen, wobei die SDS prowestlich und die BSP prorussisch eingestellt war. Die ersten Kontakte mit der EU unter dem Gesichtspunkt einer künftigen Mitgliedschaft gab es 1991/1992 unter der Reformregierung von Philip Dimitrow. Nach der Abwahl der Regierung und der Aussetzung der Reformen jedoch wurde auch die Frage der EU-Mitgliedschaft bis 1995 nicht weiter verfolgt. In jenem Jahr gestalteten die wiedergewählten Sozialisten die Debatte „Ost oder West“ wieder größtenteils nach dem alten Muster des kalten Krieges, so dass der Westen zwangsläufig in die Schurkenrolle gedrängt wurde und man sich gleichzeitig zur Wiederherstellung „bevorzugter Beziehungen“ mit Russland verpflichtete. Allerdings musste die BSP erfahren, dass gerade zu diesem Zeitpunkt die sozialistischen Führer Bulgariens in Boris

Jelzins Kreml nicht willkommen waren. Nach dieser Abfuhr bereitete die sozialistische Regierung bis Ende 1995 in aller Stille einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU vor und reichte diesen offiziell ein.

Nach der Revolution 1997 legte die Nationalversammlung im März mit der „Erklärung zur Nationalen Eintracht“ das erste Dokument vor, in dem alle Parteien einer NATO-Mitgliedschaft zustimmten. Die Interimsregierung der SDS stellte bei der NATO unverzüglich einen offiziellen Antrag auf Mitgliedschaft. Von diesem Zeitpunkt an vertrat Bulgarien die Mitgliedschaft in EU und NATO als offiziellen Standpunkt. Da das Land im Verlaufe des Jahres 1997 zur finanziellen und politischen Stabilität zurückfand und die Reformen mit halsbrecherischer Geschwindigkeit wieder aufgenommen wurden, erkannte die Europäische Kommission 1998 die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien durch Bulgarien an, und es begannen die Beitrittsverhandlungen.

Aus technischer Sicht ist die Aufnahme in die NATO sehr viel einfacher als der Beitritt in die EU, weshalb es nicht überraschte, dass die Verhandlungen mit der NATO in den Jahren 1997 und 1998 rasch vorankamen. Dann jedoch wurde die Sache komplizierter, da die Auswirkungen der Kosovo-Krise auch in Bulgarien spürbar wurden. Durch die Bombardements im Kosovo drohte die öffentliche Unterstützung für die NATO-Mitgliedschaft fast zu kippen. Wochenlang mussten die Einwohner Sofias mit anhören, wie auf der anderen Seite der Grenze die Bomben einschlugen. Es wuchs die Angst, in einen Bodenkrieg hineingezogen zu werden, da die Bombenangriffe der NATO nicht zu den gewünschten Ergebnissen zu führen schienen. So lehnten Ende 1999 nicht weniger als 80 % der Bulgaren eine NATO-Mitgliedschaft ab. Als sich die Krise immer mehr verschärfte, hielt sich die BSP nicht länger an ihre Zusage, die Mitgliedschaft in der NATO zu unterstützen, und begann mit der Organisation von Protestveranstaltungen gegen die NATO.

Eine klare Führung durch die Regierung war entscheidend dafür, dass dieser Tendenz Einhalt geboten werden konnte. Präsident Petar Stojanow, der für die SDS ins Amt gewählt worden war, hielt unbeirrt an seiner Auffassung fest, dass „Bulgariens Rückkehr in den Schoß der europäischen Zivilisation“ über die Mitgliedschaft in der NATO erfolgen müsse. Die SDS-Mehrheit im Parlament gestattete der NATO die Nutzung des bulgarischen Luftraumes, während sie Gleiches der russischen Luftwaffe untersagte. Zum Zeitpunkt der Beendigung des Kosovo-Krieges fand die NATO-Mitgliedschaft bei den Bulgaren wieder stärkere Unterstützung.

Mit Nachdruck wurde die These vertreten, dass die Ereignisse des Jahres 1999 im Zusammenhang mit NATO und EU für Bulgarien das Ende der Periode des „Übergangs“ vom Kommunismus

bedeuteten. Am 10. Dezember erhielt Bulgarien zusammen mit der Slowakei, Slowenien, Zypern und den baltischen Republiken von der Europäischen Kommission die offizielle Einladung zu den Verhandlungen über die Vollmitgliedschaft in der EU.

Nachdem somit die politische Debatte beendet war, lag während der Amtszeit der nachfolgenden Regierung der NDSV (2001 - 2005) der Schwerpunkt auf den technischen Fragen des NATO- und EU-Beitritts. Es kann schon als Ironie der Geschichte bezeichnet werden, dass am 29. März 2004 ausgerechnet Solomon Pasi für Bulgarien den Nordatlantikvertrag unterzeichnete. 1990 war er noch ausgelacht worden, als er im Parlament von der NATO-Mitgliedschaft sprach, und 2004 war er der Außenminister, der die Mitgliedschaft Bulgariens in dem Bündnis besiegelte.

2005 kehrten die Sozialisten an die Macht zurück, doch hat die Loyalität Bulgariens gegenüber der NATO dadurch nichts an Nachhaltigkeit und Entschlossenheit eingebüßt. Bulgarien war einer der ersten Beteiligten an der „Koalition der Willigen“ in Irak und ist später nicht dem Beispiel einiger NATO-Mitglieder gefolgt, die ihr Kontingent abgezogen haben.

Der Weg zum EU-Beitritt, der am 1. Januar 2007 erfolgte, gestaltete sich weitaus dramatischer. Obwohl die Verhandlungen mit der EK ab 1999 gute Fortschritte machten, hatte ein Nachlassen der Reformbemühungen bei den Regierungen nach 2001 zur Folge, dass Bulgarien nicht zusammen mit der ersten Gruppe der ehemaligen sozialistischen Länder Europas den Beitritt schaffte. Die Kommission äußerte sich nach wie vor ausgesprochen kritisch über die öffentliche Ordnung, die Justizreform, die organisierte Kriminalität und die Korruption. Außerdem bekamen Öffentlichkeit und Wirtschaft keinen vollständigen Einblick in die Verhandlungen, sodass beide nach dem Beitritt doch über einige der Verpflichtungen verwundert waren, die in ihrem Namen eingegangen worden waren. Die Milchverarbeitende Industrie beispielsweise geriet in eine sehr schwere Krise, als sich herausstellte, dass die Erzeuger nicht über die EU-Vorschriften in Kenntnis gesetzt worden waren.

Im Laufe des Jahres 2007 stellte sich heraus, dass die administrativen Kapazitäten nicht ausreichten, um die neu zur Verfügung stehenden EU-Mittel vollständig in Anspruch zu nehmen. Außerdem ließen Recht und Ordnung nach wie vor zu wünschen übrig, und es kam immer häufiger vor, dass Verpflichtungen, die sich im Umweltschutz aus der EU-Mitgliedschaft ergaben, staatlicherseits vorsätzlich blockiert wurden.

Ganz zweifellos waren private Interessen und Interessen einzelner Bereiche immer noch sehr stark in den staatlichen Strukturen verankert, wodurch es der Regierung nur bedingt möglich war, im Interesse des Gemeinwohls zu handeln. Bis zur Rückkehr einer entschlossen agierenden christdemokratischen Regierung konnten Bulgariens Schwächen demnach nur überwunden



werden, wenn Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und Europäische Kommission gemeinsam einen permanenten Druck auf die Regierung ausübten.

VIII. ERFAHRUNGEN UND NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Bulgarien ist erst spät in der EU angekommen, da es zu Beginn des Übergangs in zweierlei Hinsicht besonders benachteiligt war. So war Bulgarien vor 1945 kein modernes oder vollständig demokratisches Land, und nach 1989 brauchte die Gesellschaft sehr lange, um sich auf Reformen und Umgestaltung einzulassen. Letztendlich hat Bulgarien aber den Übergang geschafft, da es ihm gelungen ist, die tödlichen Gefahren zu umgehen, die auf jedes Land mit ähnlicher Geschichte lauerten, das sich aus den Fängen des Totalitarismus befreien will.

Bulgarien ist es seit 1989 gelungen, zwei Kardinalfehler zu vermeiden, und zwar die Suche nach einem „nationalspezifischen dritten Weg“, wie sie für die meisten der ehemaligen Sowjetrepubliken typisch war, und die Suche nach ethnischer Homogenität, die anderswo im Bürgerkrieg endete oder einen gescheiterten Staat hinterließ.

Bulgarien ist nahezu das einzige Land in der nachkommunistischen Welt, das fast während der gesamten Zeit seit 1989 so etwas wie ein klassisches Zweiparteiensystem gehabt hat, wobei eine Partei dem linken (BSP) und eine dem rechten (SDS) Spektrum angehörte. Neu hinzukommende Parteien richteten sich ebenfalls nach links oder rechts aus. Das gilt insbesondere für die größten dieser Parteien, die Nationale Bewegung Simeon II. (NDSV) und die GERB (Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens). Diese Struktur der Parteienpolitik hat Bulgarien vor autoritären Versuchungen bewahrt.

Auch beim Umgang mit ethnischen Fragen unterscheidet sich Bulgarien deutlich von anderen Ländern. Trotz ethnischer Unterschiede bildeten sich keine nennenswerten nationalistischen oder fremdenfeindlichen politischen Parteien oder Bewegungen. Die Partei Ataka, die es 2005 bis ins Parlament schaffte, ist hier die einzige Ausnahme, sie verliert seitdem jedoch immer mehr an Unterstützung. Der Großteil der muslimischen Bevölkerung des Landes und praktisch die gesamte türkische Minderheit (ein Zehntel der Bevölkerung) sehen sich durch die Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) vertreten.

Das über Generationen hinweg zu beobachtende Schwanken zwischen „Ost“ (Russland) und „West“ (Europa) hatte 1996/1997 schließlich ein Ende, und die Bürger entschieden sich nachdrücklich für die Mitgliedschaft in EU und NATO. Damit konnte in Bulgarien (und großen Teilen des östlichen Balkans) eine explosionsartige Destabilisierung vermieden und zugleich verhindert werden, dass die Unruhen aus dem westlichen Balkan auf das Land überschwappten. Am 29. März 2004 wurde Bulgarien Mitglied der NATO und entsandte als solches Streitkräfte in Krisenregionen wie das ehemalige Jugoslawien, Irak und Afghanistan. Seit 1. Januar 2007 ist Bulgarien Vollmitglied der Europäischen Union.

Die bulgarische Gesellschaft verfügt mittlerweile über umfangreiche Erfahrungen mit der repräsentativen Demokratie und der Zivilgesellschaft, vor allem was die Frage der nationalen Minderheiten anbetrifft. Das „bewährte Verfahren“, das sie in diesem Falle anbieten kann, ist eine effektive und nachhaltige Repräsentation der Minderheiten in Politik und Medien und ihre wirksame Einbeziehung in den Entscheidungsprozess. Bulgarien kann aufstrebenden Demokratien auf ihrem Weg in die EU und die NATO beratend zur Seite stehen – was es in gewissem Maße bereits tut. Im größeren geopolitischen Rahmen verfügt Bulgarien aufgrund seiner Erfahrungen mit egalitärer Demokratie, staatsbürgerlicher Aktivität und Medienpluralismus über wichtige Erkenntnisse im Hinblick auf die Vermeidung der „gelenkten Demokratie“, die gegenwärtig im Osten Gestalt annimmt.

Herausforderungen stellen sich in verschiedenen Problembereichen, mit denen sich die Politik bislang nur sehr wenig befasst hat. So ist die Verwaltungskapazität nach wie vor unzureichend. Die Reform des Bildungswesens ist über die Anfänge nicht hinausgekommen, obwohl der erforderliche Wille der Regierung mittlerweile vorhanden ist und auch die Bevölkerung das notwendige Mindestmaß an Unterstützung gewährt. Die Probleme mit der öffentlichen Ordnung werden solange nicht zu lösen sein, wie private Interessen in den Strukturen des Staates verankert sind und dies durch Korruption aufrechterhalten wird, deren Ausmaß für ein modernes europäisches Land nicht akzeptabel ist. In Bereichen wie dem Gesundheitswesen, wo die Reformen seit 2001 ruhen, werden die vermeidbaren Verschlechterungen von Tag zu Tag mehr. Auch die Effizienz bleibt ein Thema, nimmt doch die Produktivität seit 2006 stetig ab.

Die grundlegenden Einrichtungen der Infrastruktur sind weiterhin sehr primitiv und werden dem Bedarf der Öffentlichkeit wie auch den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung – und selbst den wichtigsten Sicherheitsanforderungen – nicht gerecht. In Bezug auf die Minderheitenproblematik wurden zwar die grundlegenden politischen Fragen definitiv gelöst,



dennoch ist derzeit eine verstärkte Ausgrenzung der Roma zu beobachten. Und schließlich kann sich Bulgarien noch nicht effektiv an der Diskussion und Lösung dringender internationaler Fragen wie Klimawandel, Energieeffizienz und Menschenrechte beteiligen.

Die Triebkräfte des Wandels jedoch – eine starke Christdemokratie, eine engagierte Zivilgesellschaft und einflussreiche Medien – funktionieren noch immer. Sie können selbst unter ungünstigen Bedingungen, d. h. ohne hinreichende Vertretung, dafür Sorge tragen, dass auch bei schwachen und planlos agierenden Regierungen keine zu großen Rückschritte eintreten. Im Idealfall jedoch, wenn sie weiter stimuliert werden und in der Regierung vertreten sind, verfügen sie durchaus über die notwendigen Kapazitäten, um die angeführten Unzulänglichkeiten zu beseitigen und Bulgariens Stellenwert als fester Bestandteil Europas und der demokratischen internationalen Gemeinschaft zu garantieren.

Abkürzungen

UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
SDS	Union der demokratischen Kräfte
BKP	Bulgarische Kommunistische Partei
BSP	Bulgarische Sozialistische Partei
DPS	Bewegung für Rechte und Freiheiten
IWF	Internationaler Währungsfonds
EVP	Europäische Volkspartei
NDSV	Nationale Bewegung Simeon II.
GERB	Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens
DSB	Demokraten für ein starkes Bulgarien



ESTLAND: ERFOLGREICHE WIEDERGEURT NACH FAST VÖLLIGER AUSLÖSCHUNG

Mart Laar

Republik Estland – Eesti Vabariik

Fläche: 45 227 km²

Bevölkerung: 1 342 000 (2007)

Hauptstadt: Tallinn

Amtssprache: Estnisch

Währung: Estnische Krone (EEK)

Politisches System: Parlamentarische Republik

EU-Beitritt: 01.05.2004

I. EINLEITUNG

Ein Vergleich der Rückkehr Estlands nach Europa mit den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern zeigt, dass Estland eines der erfolgreichsten Reformländer ist. Nach Erklärungen für die estnische Erfolgsgeschichte wurde in zahlreichen Analysen gesucht, und immer wieder wurde dabei deutlich, dass eine bloße Betrachtung der historischen, wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen in diesem Fall nicht genügt. Eine maßgebliche Rolle für den Erfolg spielten während der Übergangsphase getroffene Entscheidungen. Eine zunehmende Zahl von Untersuchungen weist in diesem Zusammenhang auf das estnische Erbe antikommunistischen Widerstands und ganz besonders den entscheidenden Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit zu Beginn der Reformen im Jahr 1992 hin. Sehr hilfreich war den Esten dabei unter anderem ihr reichhaltiges nationales und kulturelles Erbe. Eine in Jahrhunderten des Überlebenskampfes entwickelte Beharrlichkeit und eine klar definierte Auffassung von Identität und Nationalstolz erleichterten ihnen sowohl den Weg durch die schmerzhaften ersten Reformjahre bis Mitte der 1990^{er} Jahre

als auch die erforderlichen Schritte bei der Rückkehr nach Europa. Diese bedeutete zugleich auch die Rückkehr Europas nach Estland, das ein Jahrtausend lang fester Bestandteil des gemeinsamen europäischen kulturellen Erbes gewesen war. Sowohl politisch als auch wirtschaftlich Teil des gemeinsamen Hauses Europa zu werden wurde für die Esten zur höchsten nationalen Priorität.

II. ERLANGUNG UND VERLUST DER UNABHÄNGIGKEIT

Estland ist ein kleines, 1,4 Millionen Einwohner zählendes nordeuropäisches Land an der Ostsee. Seine Nachbarstaaten sind Lettland im Süden, Russland im Osten und das jenseits des Finnischen Meerbusens in 80 Kilometern Entfernung gelegene Finnland im Norden. Mit einer Fläche von 45 200 km² ist das dünn besiedelte Land in etwa so groß wie Dänemark oder die Schweiz. Die estnische Sprache gehört zur finno-ugrischen Sprachfamilie (wobei Finnisch dem Estnischen am ähnlichsten ist). Die Vorfahren der Esten siedelten sich vor mehr als 5000 Jahren auf dem heutigen Staatsgebiet an. Zu drastischen Veränderungen im Leben der Esten kam es im 13. Jahrhundert mit der Invasion der Dänen in den nördlichen Landesteil und dem Vordringen der Ritter des Deutschen Ordens entlang der Ostseeküste in einer Reihe von Kreuzzügen zur Eroberung und Christianisierung der Gebiete der heutigen Staaten Estland und Lettland.

Danach stand das Gebiet des heutigen Estlands unter der Herrschaft des Livonischen Ordens und anschließend unter der der Schwedenkönige (1561 - 1710), wobei der südliche Teil des Landes auch von Polen beherrscht wurde (1560 - 1645). Vier est-nische Städte wurden Mitglieder der Hanse (Tallinn im Jahr 1285). Nach dem Sieg Peters des Großen über die Schweden im Großen Nordischen Krieg wurde Estland Teil des Russischen Reiches (1710 - 1918). Die jahrhundertelange Fremdherrschaft bedeutete für das kleine Volk eine ständige Infragestellung seiner kulturellen Identität, ja sogar seines physischen Überlebens. So hatte sich Schätzungen zufolge die Zahl der nach den Verwüstungen des Großen Nordischen Krieges verbliebenen Esten bis 1712 auf unter 150 000 verringert. Dem Estnischen wurde zwischen dem 13. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts der Status als Amtssprache verwehrt, und sowohl die höhere Bildung als auch der Unterricht an weiterführenden Schulen wurden nur in deutscher oder russischer Sprache vermittelt. Zu einer Phase des wirtschaftlichen und kulturellen Wiederauflebens kam es im 19. Jahrhundert. Nachdem im Jahr 1819 auch die letzten leibeigenen Esten die Freiheit erlangt hatten, wurde ihnen in den 1860^{er} Jahren das Recht zum Rückkauf der im Besitz von Großgrundbesitzern befindlichen Ländereien zugestanden. Eine estnische Bildungsschicht entstand,



Estnisch entwickelte sich zu einer Literatursprache, und 1869 fand erstmals ein nationales Sängerfest statt. Im Jahr 1905 wurde durch die literarische Gruppe Junges Estland erstmals ein pro-europäischer Leitspruch veröffentlicht: „Seien wir Esten, aber werden wir auch Europäer!“

Die Gelegenheit zur Verwirklichung der von ihnen angestrebten Selbstbestimmung bot sich den Esten mit dem Ende der Zarenherrschaft in Russland im Februar 1917. Auf Druck der gut organisierten Esten gewährte die russische Provisorische Regierung dem Gouvernement Estland im April 1917 Autonomie und überließ sie der Verwaltung eines vom Volk gewählten estnischen Landtages. Dieser erklärte sich im November 1917 zur obersten Gewalt im Land. Schon bald darauf wurde der estnische Landtag von den Kommunisten, die nach Lenins Staatsstreich in Russland die Macht übernommen hatten, aufgelöst. Von Februar bis November 1918 war Estland von deutschen Truppen besetzt. Zuvor hatte ein Nationales Rettungskomitee am 24. Februar 1918, kurz vor Beginn der deutschen Besetzung, mit Zustimmung des estnischen Landtages die Unabhängigkeit Estlands erklärt. Trotz der Unterdrückung der neu gebildeten provisorischen Regierung unter Konstantin Päts durch die deutschen Behörden setzten die estnischen Politiker ihre diplomatischen und lobbyistischen Bemühungen im Ausland fort. Im Mai 1918 gewährten Großbritannien, Frankreich und Italien der Republik Estland ihre De-facto-Anerkennung. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches im November 1918 gab Lenin der Roten Armee den Befehl zur Invasion Estlands, dessen Unabhängigkeit als Hindernis für die Verbreitung der Weltrevolution von Russland nach Mitteleuropa betrachtet wurde. In dem sich anschließenden Unabhängigkeitskrieg (November 1918 bis Februar 1920) konnten die eiligst zusammengestellten estnischen Truppen die Rote Armee wieder aus dem Land drängen und im Juni 1919 eine aus Lettland eindringende deutsche Freiwilligenarmee (Landeswehr) besiegen, die für eine Wiederherstellung der deutschen Herrschaft kämpfte. Am 2. Februar 1920 wurde der Vertrag von Tartu unterzeichnet, in dem Sowjetrussland die Unabhängigkeit Estlands „ohne Vorbehalt und für alle Zeiten“ anerkannte und im Bezug auf dessen Staatsgebiet und Einwohner freiwillig auf sämtliche Rechte verzichtete. Im Januar 1921 erkannte der Oberste Rat der Alliierten in Paris die Unabhängigkeit Estlands an, im September 1921 wurde Estland Mitglied des Völkerbundes.

Noch während des Unabhängigkeitskrieges wurde im April 1919 eine verfassungsgebende Versammlung gewählt. Im Oktober 1919 wurden in einer tief greifenden Landreform 97 % des Großgrundbesitzes enteignet und an Kleinbauern verteilt; 1920 wurde mit einer liberalen Verfassung eine parlamentarische Republik durchgesetzt. 1922 stellten die Esten mit einer Anzahl von nahezu einer Million 88 % der Bevölkerung, gefolgt von ethnischen Russen (8 %), Deutschen, Schweden und Juden. 1925 wurde

das Gesetz über die kulturelle Autonomie ethnischer Minderheiten verabschiedet, das zu den ersten Gesetzen dieser Art in Europa zählte. Diese zwanzig Jahre währende Phase der Unabhängigkeit war von einer rasanten positiven Entwicklung in allen Bereichen gekennzeichnet. Estlands Pro-Kopf-BIP lag beträchtlich über dem Polens oder Spaniens und erreichte im Wesentlichen das Niveau Finnlands. Die Erfolge jener Zeit sollten fünfzig Jahre später von grundlegender Bedeutung bei der Wiederherstellung der Unabhängigkeit werden. In der Zeit der sowjetischen Besatzung konnten sich die Esten in ihrem Widerstand gegen die Sowjetisierung auf ihre früheren Erfahrungen in Bezug auf zivile Ordnung und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und ein modernes Bildungssystem stützen.

Der Pakt zwischen der Sowjetunion und Nazideutschland (Hitler-Stalin-Pakt) vom 23. August 1939, mit dem die beiden Diktaturen insgeheim ihre Einflussphären in Osteuropa abgrenzten, setzte aller positiven Entwicklung ein Ende. Die geheimen Zusatzprotokolle zu diesem Pakt verletzten in eklatanter Weise sowohl das Völkerrecht als auch frühere Verträge der Unterzeichnerstaaten. Eines der Ergebnisse dieses Paktes war der Beginn des zweiten Weltkriegs, wobei zunächst Hitler von der einen Seite und dann Stalin von der anderen angriff. Am 24. September 1939 beschuldigte Moskau Estland plötzlich, die Sicherheit der Sowjetunion zu gefährden, und forderte Tallinn auf, die Einrichtung von Militärstützpunkten der Roten Armee auf estnischem Boden zuzulassen. International isoliert und angesichts der drohenden Militärintervention gab die estnische Regierung dem Ultimatum nach. Auf der Grundlage eines am 28. September 1939 unterzeichneten „Beistandspaktes“ wurden in Estland sowjetische Marine- und Luftwaffenstützpunkte errichtet, und im Oktober überschritten 25 000 Rotarmisten die estnische Grenze. Zur gleichen Zeit sicherte Stalin Estland den Fortbestand seiner Souveränität und Regierungsform zu. Ende 1939 startete die Sowjetunion in eklatanter Verletzung des Paktes von ihren estnischen Stützpunkten aus einen Aggressionskrieg gegen einen Dritten, nämlich Finnland. Die Übernahme der Kontrolle in Estland durch die Sowjetunion geschah in Abstimmung mit dem anderen Partner des Paktes vom September 1939 – Nazideutschland. Eine Woche vor dem Eintreffen der Roten Armee in Estland befahl Hitler der historisch dort ansässigen deutschen Minderheit, das Land zu verlassen; etwa 17 000 Deutsch-Balten wurden „heim ins Reich geholt“, allerdings nicht nach Deutschland selbst, sondern in die neu eroberten polnischen Gebiete.

Im Frühjahr 1940 begann die sowjetische Regierung mit den Vorbereitungen für die endgültige Besetzung Estlands und der anderen baltischen Staaten. Zur gleichen Zeit besetzte Hitler Frankreich. Am 28. Mai 1940 beschuldigte die offizielle sowjetische Tageszeitung „Prawda“ die politische und wirtschaftliche Elite Estlands plötzlich der Sympathie mit England und „des Hasses gegenüber Deutschland und allem, was deutsch ist“. Ende Mai 1940 begann die Mobilisierung größerer Einheiten der Roten Armee an



der estnischen Grenze. Mitte Juni standen etwa 160 000 Soldaten und 600 Panzer bereit zur Invasion des Landes, dessen See- und Luftverbindungen zur Außenwelt unterbrochen waren. Am 14. Juni 1940, demselben Tag, an dem die Wehrmacht in Paris einmarschierte, stellte die Sowjetunion Litauen ein Ultimatum, dem am 16. Juni ähnliche Ultimaten an Lettland und Estland folgten. Alle drei baltischen Staaten wurden der Verschwörung gegen Moskau und der Verletzung der Beistandspakte bezichtigt. In den Ultimaten wurden die unverzügliche Bildung neuer, sowjetfreundlicher Regierungen und die Stationierung weiterer Truppen der Roten Armee auf den Staatsgebieten dieser Länder gefordert. In den frühen Morgenstunden des 17. Juni begann die vollständige militärische Besetzung Estlands. Weitere 80 000 sowjetische Soldaten marschierten in das Land ein.

Nach dem Völkerrecht war die Republik Estland ab 16. Juni 1940 ein besetztes Land. Am 19. Juni traf Stalins Bevollmächtigter Andrej Schdanow in Tallinn ein. Sein Auftrag war, den zivilrechtlichen Übergang von der rechtmäßigen Regierung zu einem sowjetischen Marionettenregime zu bewerkstelligen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Rote Armee bereits das gesamte Land unter ihre Kontrolle gebracht. Die estnische Armee stand unter Kasernenarrest, der paramilitärische Heimwehrverband musste die Waffen abliefern. Der sowjetische Sicherheitsapparat, das berüchtigte NKWD, begann mit der Festnahme von Personen und Säuberungen in Regierungsstellen, obwohl die Republik Estland offiziell noch immer existierte. Zur Verschleierung der Besetzung befahl Schdanow den estnischen Kommunisten (150 an der Zahl), am 21. Juni eine Demonstration gegen die amtierende Regierung zu organisieren. Bei der Mehrzahl der Teilnehmer handelte es sich um Beschäftigte der sowjetischen Militärstützpunkte, Soldaten in Zivilkleidung sowie Russen aus grenznahen Gebieten, die mit dem Zug nach Tallinn geholt worden waren. Flankiert wurden die prosovjatischen Demonstranten von Panzern der Roten Armee. Präsident Päts, nunmehr praktisch ein politischer Gefangener der Besatzungsbehörden, wurde gezwungen, offiziell der Aufstellung einer prosovjatischen Regierung zuzustimmen, die zunächst die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit unter der Bedingung eines engen Bündnisses mit der Sowjetunion versprach. Das Programm und die Erlasse der neuen Regierung wurden jedoch von Schdanow in der sowjetischen Botschaft entworfen.

Praktisch alle öffentlichen Organisationen wurden aufgelöst, die Kommunisten übernahmen die Kontrolle über die Medien, und die Verfolgung aller unter dem Verdacht der Opposition stehenden Personen setzte ein. Das wichtigste Ziel bestand für den Kreml nun darin, die brutale Unterdrückung der Unabhängigkeit der drei kleinen Nachbarstaaten zu verschleiern. Deshalb ordnete Stalin in allen drei besetzten baltischen

Staaten die Durchführung vorgezogener Neuwahlen binnen Monatsfrist (am 14./15. Juli 1940) an. Es wurde lediglich eine offizielle Wahlliste aufgestellt – die des Verbandes des werktätigen Volkes. Echten politischen Parteien und patriotischen Gruppen gelang es allerdings trotz politischen Drucks und Einschüchterungen, sich zu organisieren und Alternativ-Kandidaten aufzustellen. Dies passte nicht in Schdanows Szenarium – die Alternativ-Kandidaten wurden einfach aus den Listen gestrichen. Die „Wahlen“ vom 14./15. Juli ließen den Menschen keinerlei Entscheidung. Wer den Wahlen fernblieb, drohte als „Volksfeind“ abgestempelt zu werden. Die Wahllokale wurden von der Roten Armee bewacht. Die noch erhaltenen Protokolle der Wahlkreiskomitees belegen, dass es zu extremen Wahlfälschungen kam. Entsprechend gab das Sowjetregime den Stimmanteil für den Verband des werktätigen Volkes mit 92,8 % an – eine Zahl, die weder in Estland noch im Westen irgendjemand für glaubwürdig hielt.

Nachdem Schdanow und seine Mitarbeiter auf diese Weise einen Deckmantel der Rechtmäßigkeit für Moskaus Pläne geschaffen hatten, verstärkten sie die Maßnahmen zur formalen Annexion. Am 21. Juli nahm das widerrechtlich gebildete neue Parlament einen Beschluss zur Umwandlung Estlands in eine Sowjetrepublik an und beantragte die Aufnahme der Estnischen Sowjetrepublik in die Sowjetunion. Die Gesuche aller drei baltischen Marionettenparlamente trugen dieselbe Handschrift und wurden erwartungsgemäß vom Obersten Sowjet in Moskau „angenommen“. Endgültig vollzogen wurde die Annexion Estlands durch die Sowjetunion schließlich am 6. August 1940 in Moskau. Die Widerrechtlichkeit der Machtübernahme in Estland und dessen daraus resultierender Annexion wurde von verschiedenen demokratischen Staaten erkannt und mit offiziellen Reaktionen beantwortet, insbesondere seitens der Vereinigten Staaten von Amerika, die eine Politik der Nichtanerkennung einleiteten und den diplomatischen Vertretungen der baltischen Republiken die Fortsetzung ihrer Tätigkeit gestatteten.

III. DIE SOWJETISCHE OKKUPATION ESTLANDS 1940 - 1941

Das erste Jahr der Herrschaft des Sowjetkommunismus übertraf die schlimmsten Vorhersagen. Kommunistischer Terror verhinderte und unterdrückte jeglichen Protest oder Widerstand und erzeugte ein allgegenwärtiges Gefühl der Angst. Vor allem die nationalen Eliten, Beamten, Unternehmer, Polizisten und das Militär wurden zum Ziel von Vernichtungsmaßnahmen. Diese Vorgehensweise war bereits zuvor von Moskau geplant worden. Noch vor dem widerrechtlichen Anschluss Estlands an



die Sowjetunion hatten die sowjetischen Sicherheitsorgane (NKWD) im Juni 1940 ihre Tätigkeit in dem Land begonnen. So waren am 17. Juni 1940 der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Johan Laidoner, nach Pensa und am 30. Juli Präsident Konstantin Päts mit seiner Familie nach Ufa deportiert worden. Beide wurden 1941 verhaftet und verstarben in sowjetischer Haft (Laidoner 1953, Päts 1956).

Ab August 1940 nahm die Zahl der Verhaftungen rasch zu. Die Gefängnisse füllten sich, zahlreiche Häftlinge erlagen den Folgen von Folterungen. Von elf ehemaligen Ministerpräsidenten wurden vier hingerichtet, fünf starben in Haft, einer beging Selbstmord. Nur einem einzigen gelang die Flucht nach Schweden. Auch in den Arbeitslagern waren Militärgerichte und Hinrichtungen an der Tagesordnung. Von den 1940/41 verhafteten Personen überlebten lediglich einige Hundert (etwa 5 %). Gleichzeitig wurde die estnische Gesellschaft sowjetisiert. Durch eine Zwangsverstaatlichung wurde nahezu das gesamte Hab und Gut der Besitzenden entschädigungslos enteignet. Industriebetriebe, Banken, größere Wohnhäuser und sogar Privatfahrzeuge wurden der staatlichen Kontrolle unterstellt, Bankguthaben beschlagnahmt. Die Größe landwirtschaftlicher Betriebe wurde auf 30 Hektar begrenzt.

Die ersten Massenverbrechen des Sowjetregimes gegen die Menschlichkeit nahmen mit den Deportationen vom 14. Juni 1941 Gestalt an. Die Vorbereitungen für diese Massendeportationen hatten bereits im Winter 1940/41 begonnen. Am 14. Mai 1941 erließen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und die Sowjetregierung eine streng geheime Direktive (Nr. 1299-526). Mit dieser wurden die Sicherheitskräfte zur Unterdrückung von fünf Kategorien von Bürgern ermächtigt, darunter „Aktivisten konterrevolutionärer Parteien“, Mitglieder antisowjetischer und nationalistischer Organisationen, ehemalige Polizisten, Großgrundbesitzer, Fabrikbesitzer, Beamte, ehemalige Armeeeoffiziere und „kriminelle Elemente“. Unter den Begriff „konterrevolutionäre Parteien“ fielen sämtliche nichtkommunistischen Parteien, und als „antisowjetische und nationalistische Organisationen“ galten alle Nichtregierungsorganisationen und patriotischen Zusammenschlüsse, unter anderem die Pfadfinder. Die von Moskau geplanten Deportationen kamen einer groß angelegten politischen Säuberungsaktion unter der Zivilbevölkerung zu Friedenszeiten gleich. Mehr als die Hälfte der etwa 10 000 in Viehwaggons gepfercht Deportierten waren Frauen, Kinder und ältere Menschen. Sie wurden als Gefangene über Tausende von Kilometern abtransportiert und unter primitiven Bedingungen als Zwangsarbeiter Hunger und Kälte ausgesetzt und ihrer grundlegenden Rechte beraubt. Die Männer wurden verhaftet und starben zumeist schon im ersten Winter im Gulag oder wurden erschossen. Weniger als die Hälfte der Deportierten, lediglich 4331 Personen, konnten nach vielen Jahren in die Heimat zurückkehren. Unter den Deportierten des Jahres 1941 befanden sich auch etwa 10 % der jüdischen Gemeinde Estlands.

Zu den schockierendsten erhalten gebliebenen Zeugnissen jener Zeit zählt das Tagebuch des damals zehnjährigen Rein Vare aus den Jahren 1941 - 1944. Mit der Ernsthaftigkeit eines Erwachsenen vermerkt er den Tod seiner Spielgefährten und zeichnet ihre Gräber. Er beschreibt den Beginn der Deportation, den Transport nach Sibirien und seine dortigen Erlebnisse. Ein großer Teil des Tagebuchs ist Reins geliebtem Vater, einem Lehrer aus dem nahe Tallinn gelegenen Sausti, gewidmet, der von seiner Familie getrennt worden war und im Winter 1941/42 verhungerte. Da die Familie nicht über sein Schicksal informiert wurde, lebte der Vater in der Vorstellung und im Tagebuch seines Sohnes fort. Nach Kriegsende durften Rein Vare und seine Schwester 1946 nach Estland zurückkehren und dort bei Verwandten leben. Ihre Mutter floh in dem verzweifelten Versuch, bei ihren Kindern zu sein, aus Sibirien, wurde jedoch, bevor sie Estland erreichen konnte in Leningrad gefasst und zu drei weiteren Jahren im Gulag verurteilt. Im Jahr 1951 wurde der zwanzigjährige Rein Vare, der inzwischen in Estland seine Schulausbildung abgeschlossen hatte, erneut verhaftet. Zunächst wurde er für einige Monate im Patarei-Gefängnis von Tallinn festgehalten, bevor er zurück ins Exil nach Sibirien geschickt wurde. Zwar konnten die verbleibenden Mitglieder der Familie Vare 1958 in ihr Heimatland zurückkehren, doch waren sie nicht mehr dieselben. Rein Vare war verbittert, hatte Schwierigkeiten, einen festen Arbeitsplatz zu behalten, und verfiel dem Alkohol. Er starb einsam als gebrochener Mann in einem Jahr, das durch George Orwell Berühmtheit erlangte: 1984. Sein Tagebuch wurde erst nach seinem Tod entdeckt und im unabhängigen Estland veröffentlicht. Rein Vares Tagebuch kann als estnische Version des Tagebuchs der Anne Frank betrachtet werden.

Das erste Jahr der Herrschaft des Sowjetkommunismus hinterließ bei den Menschen in Estland tiefe Spuren. Die willkürliche Gewalt war in Ausmaß und Grausamkeit dermaßen schockierend und jeglicher normalen Logik zuwiderlaufend, dass die gesamte Nation instinktiv zu ein und demselben Schluss kam: Nichts hätte schlimmer sein können. Noch im Estland der dreißiger Jahre war Deutschland in der öffentlichen Meinung üblicherweise weniger beliebt gewesen als Russland. Nach dem 14. Juni 1941 galt Hitlerdeutschland nun als das kleinere von zwei sehr großen Übeln.

IV. DIE OKKUPATION ESTLANDS DURCH DIE NAZIS 1941 - 1944

Nachdem sie von den westlichen Demokratien vollständig abgeschnitten waren, bestand die letzte Hoffnung der Esten im Ausbrechen eines Krieges zwischen den beiden Aggressoren Stalin und Hitler. Nach Hitlers Invasion vom 22. Juni 1941 betrachtete das kommunistische Regime die einheimische



Bevölkerung als potenziellen Feind. Während des Rückzugs der Roten Armee wurden spezielle Todesschwadronen gebildet, die im Land umherzogen, um mutmaßliche Agenten des Feindes ausfindig zu machen und zu töten und eine Taktik der verbrannten Erde zu verfolgen. Etwa 2400 Menschen wurden von den sowjetischen Todesschwadronen ermordet, die große Mehrzahl von ihnen ohne offizielles Gerichtsurteil. Die größten Massenhinrichtungen von Häftlingen ereigneten sich im Gefängnis von Tartu, in Tallinn und in Kuressaare (dem Verwaltungszentrum von Saaremaa).

Im Verlauf der Zwangsmobilmachung für die Rote Armee wurden mindestens 33 000 Männer nach Russland verbracht. Die meisten der 5600 estnischen Soldaten und Unteroffiziere des in Estland stationierten 22. Territorialkorps (die estnischen Offiziere dieser Einheit waren vorher bereits in Massen verhaftet worden) desertierten während der ersten Gefechte mit den Deutschen oder wurden gefangen genommen. Bis August 1941 wurden die verbleibenden Soldaten zusammen mit Tausenden Einberufenen als „nicht vertrauenswürdige“ Personen in als Arbeitsbataillone geführte Lager im hohen Norden verbracht. Diese Lager unterschieden sich nicht wesentlich von den Gulags, und so starben mindestens 8000 Esten im darauffolgenden Winter in diesen Arbeitsbataillonen an Hunger und unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Angesichts der vorrückenden Deutschen unter Druck geraten, überlegte Stalin es sich später anders, und im September 1942 wurde aus den überlebenden Einberufenen und in der Sowjetunion lebenden Esten das (aus 25 000 bis 30 000 Mann bestehende) estnische Schützenkorps gebildet. Das Korps kämpfte im Krieg an der Seite der Sowjetarmee und wurde 1946 aufgelöst.

Um der neuen Terrorwelle und der Zwangsrekrutierung in die Rote Armee zu entkommen, flüchteten Tausende von Männern in die Wälder und begannen, Selbstverteidigungsgruppen zu bilden. Vielerorts verteidigten Partisaneneinheiten, die als „Waldbrüder“ bezeichnet wurden, ihre Heimatdörfer vor der Zerstörung und versuchten, vom NKWD verhaftete Landsleute zu retten. In mehreren Regionen übernahmen die Waldbrüder die Macht, hissten die Landesfahne und riefen die Republik Estland wieder aus. So wurde Tartu, die zweitgrößte Stadt Estlands, von den Waldbrüdern befreit. Am 28. August 1941 fiel Tallinn in die Hände deutscher und estnischer Einheiten. Die estnischen Patrioten hissten sogar die Flagge in den Landesfarben Blau, Schwarz und Weiß auf „Langen Hermann“, dem Turm am heutigen Parlamentssitz. Am darauffolgenden Tag ersetzten die Deutschen jedoch diese estnische Fahne durch ihr Hakenkreuzbanner.

Es wurde deutlich, dass Hitler kein Interesse an einer auch nur ansatzweisen Wiederherstellung der Unabhängigkeit Estlands hatte. In der Tat hatte lediglich eine ausländische Besatzermacht die andere abgelöst. Am 29. Juli 1941 legte der letzte rechtmäßige Ministerpräsident Estlands, Jüri

Uluots, in seiner Eigenschaft als verfassungsmäßiger Staatspräsident den deutschen Behörden ein Memorandum vor, in dem die Wiederherstellung der estnischen Souveränität gefordert wurde. Sein Appell wurde übergangen. Bald darauf wurde eine estnische Selbstverwaltungsbehörde mit streng begrenzten Befugnissen gebildet. In Wahrheit war das Land vollständig der Kontrolle durch Hitlers Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, die deutsche Armee und den Sicherheitsdienst (SD) unterstellt. Die Strategiepläne der Nazis sahen vor, die baltischen Staaten in deutsches Siedlungsgebiet zu verwandeln, wobei die rassistisch geeigneten Elemente assimiliert und die übrige Bevölkerung nach Russland umgesiedelt werden sollten.

Die deutsche Besatzung ähnelte der sowjetischen in vielerlei Hinsicht. So wurden im ersten Jahr ca. 19 000 Menschen verhaftet. Etwa 45 % von ihnen wurden nach einer Untersuchung wieder freigelassen, 5634 Personen hingerichtet, die Übrigen in Arbeitslager der Nazis verschleppt. Heute sind die Namen der 7 798 Esten, die in den drei Jahren der Naziherrschaft hingerichtet wurden oder in Arbeitslagern umkamen, bekannt. Es wurden 929 Juden und 243 Roma, die in Estland ansässig waren, ermordet. Nachdem sie die einheimischen Juden umgebracht hatten, richteten die deutschen Besatzungsbehörden in Estland mehrere Vernichtungslager ein, in die Juden aus Mittel- und Osteuropa verbracht wurden.

Trotz ihrer Behauptung, gegen den Kommunismus zu sein, gaben die Behörden der Nazis das von den Sowjets beschlagnahmte Eigentum nicht an die rechtmäßigen Besitzer zurück. Die Landwirte konnten zwar ihre Tätigkeit fortsetzen, mussten jedoch hohe Steuern zahlen, und ihre Besitzrechte wurden faktisch außer Kraft gesetzt. Durch diese Entwicklungen wurden die deutschen Besatzer bei den Esten zunehmend unbeliebt. Im Oktober 1943 begannen die deutschen Behörden mit der Zwangsmobilisierung für den Arbeitsdienst und später für die Estnische Legion. Um dem zu entgehen, flüchteten Hunderte junger Männer über die Ostsee nach Finnland. Im Dezember 1943 wurde ein Regiment aus estnischen Freiwilligen innerhalb der finnischen Armee gebildet. Das letztendliche Ziel war dabei der Aufbau eines unabhängig organisierten Militärs als Aktivposten für die künftige Wiederherstellung der Unabhängigkeit.

Im Oktober 1943 begannen demokratische Kräfte damit, sich im Untergrund zu organisieren. Die Hoffnungen der Esten ruhten auf der Atlantik-Charta vom 14. August 1941, in der sich die Regierungschefs der USA und Großbritanniens verpflichtet hatten, allen Völkern die Souveränität zurückzugeben, denen diese im Zuge des Weltkrieges genommen worden war. Ein Nationalkomitee im Untergrund wurde gebildet, das am 14. Februar 1944 erstmals



zusammentrat. Im April desselben Jahres wurden mehrere seiner Mitglieder verhaftet und in Konzentrationslager der Nazis verbracht. Die anderen blieben im Untergrund und setzten ihre Aktivitäten in Zusammenarbeit mit ehemaligen estnischen Diplomaten in Schweden und Finnland fort. Im Juli 1944 gab das Nationalkomitee ein Manifest an das estnische Volk heraus, in dem es die Wiederherstellung der demokratischen Republik vor einer Rückkehr der Roten Armee zu seinem Hauptziel erklärte.

Im Januar 1944 hatte die Rote Armee die estnische Grenze erreicht. Die schreckliche Aussicht auf eine unmittelbar bevorstehende Rückkehr des Sowjetregimes veranlasste die führenden Vertreter des Landes dazu, die von den Deutschen angekündigte totale Mobilmachung zu unterstützen. Tausende Esten, die in die deutsche Armee eingezogen worden waren, nahmen an Kämpfen im Nordosten Estlands teil, durch die eine Invasion der Roten Armee für einige Monate hinausgezögert werden konnte. Nach dem Kriegsausritt Finnlands beschloss Hitler im September 1944 den deutschen Rückzug aus Estland. Die patriotischen Kräfte unternahmen den verzweifelten Versuch, diesen Augenblick zu nutzen. Am 18. September 1944 verkündete Jüri Uluots die Bildung einer Übergangsregierung unter Führung des ehemaligen Ministers Otto Tief. Es kam zu Zusammenstößen zwischen estnischen Soldaten und den Deutschen, und erneut wurde die blau-schwarz-weiße Fahne Estlands auf dem Langen Hermann gehisst. Am 22. September 1944 wurde Tallinn jedoch wieder von sowjetischen Truppen besetzt. Nazisymbole mussten die Russen dabei nicht mehr beseitigen – dies hatten bereits estnische Patrioten getan. Stattdessen begannen sie aber, die estnischen Landesfarben zu entfernen. Die meisten Mitglieder der Übergangsregierung wurden verhaftet. Uluots floh nach Schweden und baute dort eine Exilregierung auf. Die Esten machten sich keine Illusionen bezüglich der bevorstehenden Sowjetherrschaft. Über 80 000 Esten (ein Zwölftel der Bevölkerung) flohen über die Ostsee, so gut sie konnten – zumeist in kleinen Booten. Wer Glück hatte, landete in Schweden. Andere mussten für Jahre in Vertriebenenlagern in Deutschland bleiben, bevor sie in die USA, nach Kanada, Australien oder eines von vielen anderen Ländern auswandern konnten.

V. DIE SOWJETISCHE OKKUPATION ESTLANDS 1944 - 1986

Die erneute Besetzung brachte eine neue und noch umfassendere Terrorwelle mit sich. So wurden in der Nachkriegszeit in Estland mindestens 53 000 Menschen aus politischen Gründen verhaftet. Zwischen

1944 und 1953 wurden 30 000 Menschen zu (im Allgemeinen 25 Jahren) Arbeitslager verurteilt, wo über ein Drittel – etwa 11 000 Personen – umkam. Die estnische Nachkriegsgesellschaft wurde mit der klangvollen Bezeichnung „Estnische Sozialistische Sowjetrepublik“ (ESSR) versehen, unterstand jedoch in allen wichtigen Fragen der zentralisierten Kontrolle durch Moskau. 1946 zählte die Estnische Kommunistische Partei (die zur Kommunistischen Partei der Sowjetunion gehörte) lediglich 7000 Mitglieder. Davon waren 52 % neu ins Land gekommene russische Funktionäre und Zuwanderer, 27 % einheimische Esten und 21 % russifizierte Esten aus der Sowjetunion. Die letztgenannte Gruppe bildete gemeinsam mit Offizieren des estnischen Schützenkorps die lokale herrschende Sowjetklasse. Bereits 1947 waren die kulturellen Eliten von einer Kampagne gegen „bürgerliche Nationalisten“ betroffen, der 1949 - 1951 Säuberungsaktionen gegen die einheimische kommunistische Führung folgten. Alle Kirchen hatten schwer unter Repressionen und der offiziellen atheistischen Politik zu leiden. Von den 260 lutherischen Pastoren, die es vor der Besetzung gegeben hatte, waren 1952 nur noch 63 übrig. Alle anderen waren verhaftet worden oder in den Westen geflohen. Im Ergebnis der von Moskau geplanten Industrialisierung entstanden Betriebe der Schwerindustrie und Schiffswerften in einem Land, dem es an den dafür erforderlichen Rohstoffen und Arbeitskräften fehlte. Fast die Hälfte dieser Anlagen diente dem Bedarf des sowjetischen militärisch-industriellen Komplexes, in dem aus Russland entsandte Techniker und Arbeiter beschäftigt waren. Als Grenzregion war Estland von einem Netz sowjetischer Militärstützpunkte überzogen und wurde von Tausenden Grenzsoldaten bewacht.

Um den Widerstandsgeist zu brechen, begannen die sowjetischen Behörden mit den Vorbereitungen für erneute umfassende Deportationen. Als Vorwand diente die Überwindung des passiven Widerstands der Bauern gegen die Politik der Kollektivierung. Diese wurde offiziell als Liquidierung des Kulakentums (unabhängiger Bauern) als Klasse bezeichnet. Am 25./26. März 1949 wurden etwa 21 000 Personen, die meisten von ihnen Bauern, zusammen mit ihren Familien aus Estland deportiert und in entlegendste Regionen Sibiriens umgesiedelt. Durch diesen Akt des Massenterrors entstanden in Estland innerhalb weniger Monate fast 3000 kollektive Landwirtschaftsbetriebe. Die Bauern mussten ihr Land aufgeben, ihre Landmaschinen und ihr Vieh wurden an das Agrarproletariat übergeben. Die Lebensbedingungen in Sibirien waren stets hart, und die Deportierten wurden offiziell als politisch unzuverlässige Bürger zweiter Klasse behandelt. Besonders tragisch war das Schicksal von 5000 Esten, die in das Gebiet Omsk deportiert und in der Nähe des Atomwaffentestgeländes von Semipalatinsk angesiedelt wurden. In den Jahren von 1949 bis 1956 wurden dort 260 Atom- und Wasserstoffbomben gezündet. Den an der Strahlenkrankheit leidenden Opfern wurden jahrzehntelang keinerlei Informationen oder medizinische Hilfe zuteil.



Schätzungen zufolge verloren während der beiden Besetzungen insgesamt 200 000 Esten ihr Leben – das sind 17 % der Bevölkerung. Noch heute leben in Estland weniger Esten als 1939.

Nach Stalins Tod 1953 zeichneten sich bestimmte Veränderungen im Charakter der Sowjetpolitik ab. Nach der vor allem von Chruschtschow 1956 und 1961 geäußerten Kritik an den Stalinschen Exzessen wurde die Mehrzahl der politischen Häftlinge freigelassen und den Deportierten nach und nach die Rückkehr in ihre Heimat gestattet. Ihr Eigentum erhielten sie allerdings nicht zurück, und vielen wurde zudem nicht gewährt, sich wieder auf ihrem ehemaligen Grund und Boden niederzulassen. Die Menschen, die unter Repressionen gelitten hatten, wurden auch weiterhin als Bürger zweiter Klasse behandelt und von den Sicherheitsorganen überwacht. Die gesamte Bevölkerung befand sich faktisch in kollektiver Geiselhaft mit über einhunderttausend Rotarmisten und sowjetischen Grenzsoldaten als Bewachung – im Durchschnitt einem Soldaten für jeweils 15 Einwohner. Die Inseln und die Ostseeküste waren als spezielle Grenzgebiete oder Sperrzonen vom übrigen Land isoliert. Diese Zonen konnten nur mit einer vom Innenministerium ausgestellten Genehmigung betreten werden.

Wenngleich der willkürliche Terror in der Sowjetunion ab Mitte der fünfziger Jahre zurückging, hatte er sein wichtigstes Ziel erreicht – eine tief verwurzelte Abneigung gegen eigenständiges Handeln jeglicher Art. Da Tausende verhaftete oder deportierte Ehemännern und Ehefrauen auf Jahre getrennt waren, blieben Tausende Kinder ungeboren. Durch die offizielle sowjetische Bevölkerungspolitik wurden die demographischen Probleme der Esten zusätzlich verstärkt. Die nach Sibirien verbannten Esten wurden durch Zehntausende Siedler aus anderen Regionen der UdSSR ersetzt. Während die Bevölkerung 1945 noch zu 88 - 90 % aus Esten bestand, lag dieser Anteil 1989 offiziell bei nur noch 61 %. Inoffizielle Schätzungen gingen sogar von einem noch geringeren Anteil aus. Im Jahr 1979 lag die Zahl der ethnischen Esten (948 000) noch immer unter der, die in der Zeit vor der Okkupation in Estland ermittelt worden war (982 000). In Städten im Nordosten Estlands an der Grenze zu Russland wurden zielgerichtet russische Bevölkerungsmehrheiten von nahezu 100 % errichtet, indem man ehemals Einheimischen die Rückkehr in ihre Häuser verwehrte.

Die noch vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Elemente einer auf Privatbesitz basierenden Gesellschaftsordnung wurden durch die erneute sowjetische Okkupation vollständig eliminiert. Die Verstaatlichung der Wirtschaft machte die Menschen komplett von einem in Eigentum und unter Kontrolle des Staates stehenden System abhängig. Die Zwangskollektivierung erzeugte ein Chaos in der landwirtschaftlichen Produktion, das die Bauern an den Rand des Hungertods brachte

und zu einer Verknappung der Grundnahrungsmittel führte. So war Schätzungen zufolge 1952 die reale Kaufkraft der Einkommen bezogen auf den Lebensmittel-Warenkorb im Vergleich zu 1939 auf ein Drittel gesunken. Ende der 1950^{er} und in den 1960^{er} Jahren ließen Chruschtschows Reformen dann mehr Eigeninitiative auf lokaler Ebene zu, um die Produktivität anzuregen. Der Lebensstandard verbesserte sich allmählich und galt bald als höher als in der übrigen Sowjetunion. All dies ließ die baltischen Republiken mit ihren etwas stärker vorhandenen ausländischen Kontakten und Waren sowie den Überbleibseln einer Vorkriegskultur von der sowjetischen Norm abweichen und zu einem scheinbaren „sowjetischen Westen“ werden, den die Menschen aus anderen Teilen der Sowjetunion gern in Massen besuchten und auch besiedelten.

Ende der 1960^{er} Jahre kamen die Wirtschaftsreformen zum Erliegen. Sowohl Industrie als auch Landwirtschaft waren zunehmend von Gigantismus geprägt, und bei der rücksichtslosen Ausbeutung der Ressourcen spielte Qualität kaum eine oder gar keine Rolle. Durch von Moskau aus geplante großangelegte Industrie- und Bergbauprojekte verschlechterte sich der Zustand der Umwelt dramatisch. Obwohl sich die landwirtschaftliche Produktion verbesserte, wurde über die Hälfte der Erzeugnisse zentral in andere Teile der Sowjetunion umverteilt, die eigentlichen Erzeuger mussten sich mit niedrigen Quoten zufriedengeben. Wirtschaftliche Stagnation und schlechte soziale Bedingungen wurden immer stärker als dem Wesen des kommunistischen Systems entspringend betrachtet. Besonders augenscheinlich wurde dies bei einem Vergleich zwischen Estland und Finnland. Diese waren sich 1939 in Lebensstandard und Lebensweise recht ähnlich gewesen. Nach 1944 führte die Entwicklung in zwei unterschiedlichen Systemen zu wachsenden Unterschieden, und zwar trotz der Tatsache, dass Finnland zehn Jahre lang durch enorme Reparationen, die es an die Sowjetunion zu zahlen hatte, in seiner Entwicklung behindert war. So ging es den Finnen im Hinblick auf grundlegende soziale und wirtschaftliche Merkmale gut, den Esten nicht. Während das Pro-Kopf-BIP 1987 in Finnland bei 14 370 USD lag, betrug es in Estland lediglich ein Siebtel (weniger als 2000 USD) dieses Betrags. Da die allgemeine Wahrnehmung dieser Unterschiede durch zusätzliche Informationen wie beispielsweise in Estland zu empfangende finnische Fernsehsender und zunehmende Reisen verstärkt wurde, schwand zunehmend das Vertrauen in das sowjetische Entwicklungsmodell.

Besonders schlimm wurde die Lage nach 1978, als die Führung um Breschnew die Ideologie des sozialistischen Patriotismus und Internationalismus forcierte, die offiziell eine Verschmelzung der verschiedenen Völker zu einer historisch neuen Russisch sprechenden Einheit, der sowjetischen Nation, zum Ziel hatte. Für nationale „Provinzen“ wie Estland bedeutete dies eine verstärkte



Kampagne gegen „Überreste des Nationalismus“ und „provinziellen Egoismus“ sowie die zwangsweise Russifizierung zu Lasten der lokalen Sprache und Kultur. Zur Überwindung „nationaler Introversion“ und noch vorhandener religiöser Bräuche unternahmen die kommunistischen Behörden den Versuch einer künstlichen Einführung neuer sowjetischer Traditionen mit Gültigkeit in der gesamten Union. Diese Maßnahmen sowie der sowjetische Einmarsch in Afghanistan (wo in den 1980^{er} Jahren Hunderte estnische Wehrpflichtige getötet oder zu Krüppeln gemacht wurden) ließen die Alarmglocken schellen, was die Zukunft der estnischen Nation und ihrer Identität betraf.

VI. DIE WIDERSTANDSBEWEGUNG IN ESTLAND

Die erneute Besetzung durch die Sowjetunion im Jahr 1944 löste eine bewaffnete Widerstandsbewegung aus. Die Anzahl der „Waldbrüder“ wird auf etwa 30 000 geschätzt, was Anfang 1945 nahezu 4 % der Gesamtbevölkerung entsprach. Ein solcher Anteil würde, gemessen an den jeweiligen Bevölkerungszahlen der Vorkriegszeit, in Großbritannien 1,6 Millionen und in den USA über 5 Millionen Partisanen entsprechen. Noch 1949 waren zwei Divisionen der Sowjetarmee (27 650 Soldaten) gegen die Partisanen im Einsatz. Nur die Massendeportation von Bauern in jenem Jahr konnte die Basis des Partisanentums vernichten, wogegen der moralische Widerstand der letzten 700 sich noch in den Wäldern versteckenden Männer erst durch die Niederschlagung der ungarischen Revolution von 1956 gebrochen wurde. Zwischen 1944 und 1953 wurden sowjetischen Aufzeichnungen zufolge 20 351 Widerstandskämpfer „unschädlich gemacht“. Über 2000 von ihnen fielen im Kampf. Die Partisanen töteten ungefähr 2000 Rotarmisten, Funktionäre des NKWD und „sowjetische Aktivisten“.

Schon bald nach Stalins Tod 1953 versuchten oftmals aus Studenten bestehende Untergrundgruppen, den Freiheitsgedanken und das Wissen um die geschichtliche Wahrheit zu verbreiten, um so die kommunistische Diktatur zu untergraben. Die Gruppen verteilten patriotische Flugblätter, hissten an nationalen Feiertagen die verbotene estnische Fahne, horteten Waffen und zerstörten neu errichtete kommunistische Symbole und Denkmäler. Die meisten von ihnen wurden entdeckt und ihre Mitglieder landeten im Gulag.

Die Ära Chruschtschow stellte die Esten vor ein neues Dilemma: entweder die entschlossene geistige Opposition fortzusetzen oder sich mit der kommunistischen Gesellschaft zu arrangieren. Da der

Lebensstandard sich allmählich verbesserte, konnten die Menschen sich stärker auf das Familienleben konzentrieren. Die Tatsache, dass die westlichen Demokratien den Ungarn 1956 keine spürbare Unterstützung zuteil werden lassen hatten, machte alle Hoffnungen für die Zukunft zunichte. Es wurde klar, dass die Sowjetherrschaft von Dauer sein würde. Damit wurde eine schmerzliche Zeit der Anpassung und Kollaboration eingeleitet. Dabei ging diese Anpassung jedoch einher mit wachsenden Befürchtungen bezüglich der Zukunft der nationalen Identität, Kultur und Sprache. Infolge der von Moskau geförderten Industrialisierung und des massiven Zustroms an russischen Arbeitskräften wuchs in den meisten Esten das Gefühl, dass das estnische Volk bald eine Minderheit im eigenen Land sein würde. Vor diesem Hintergrund waren selbst viele sowjetische Kader innerlich gespalten zwischen der offiziellen Ideologie und ihrer gefährdeten Nationalität. Inzwischen wissen wir, dass die Nation gewisse wirtschaftliche Fortschritte und größere aus der Anpassung an das System resultierende individuelle Freiheiten mit einer dauerhaften Deformierung ihres ethischen Gefüges bezahlt hat.

Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 formierte sich die Widerstandsbewegung erneut. 1972 wandten sich zwei estnische Untergrundgruppen mit einem Appell an die UNO. Unter Verweis auf den rechtlichen Fortbestand der Republik Estland ersuchten sie die UNO, den Abzug der Besatzungstruppen und die Durchführung freier Wahlen zu unterstützen. Fünf der Autorenschaft an diesem Appell verdächtigte Personen wurden 1975 wegen „Verleumdung“ der Sowjetunion verurteilt. Doch das Ziel war erreicht: Man hatte auf den Schwachpunkt der Sowjetherrschaft aufmerksam gemacht – ihren rechtswidrigen Charakter. Die erste Helsinki-Konferenz 1975 ermutigte die Opposition, offener für Menschenrechte und demokratische Freiheiten einzutreten. Die Tatsache, dass Menschenrechtler unter offener Missachtung der Grundsätze von Helsinki bedroht und verhaftet wurden, ließ die Namen politischer Gefangener in der freien Welt bekannt werden und die Unterstützung und das Mitgefühl durch Menschenrechtsorganisationen wachsen. Zur wichtigsten Front in diesem Kampf wurde dabei die Bewahrung der historischen Wahrheit, der Sprache und Kultur und damit der westlichen Denkweise.

Die 1978 begonnene Russifizierung provozierte einen deutlicher artikulierten und breiteren Widerstand. Neue Untergrundzeitschriften wie die „Nachträge zur freien Verbreitung von Gedanken und Nachrichten in Estland“ wurden illegal publiziert, und Petitionen ins Ausland geschickt. Man verfolgte mit großem Interesse die polnische Bewegung „Solidarność“. Anlässlich des 40. Jahrestages des Hitler-Stalin-Paktes im Jahr 1979 unterzeichneten 45 litauische, lettische und estnische Freiheitskämpfer den „Baltischen Appell“ und forderten die internationale Gemeinschaft damit auf, die Folgen des Paktes zwischen



Nazideutschland und der Sowjetunion von 1939 zu korrigieren. Das Europäische Parlament war 1983 die erste internationale Institution, die positiv auf diesen Appell reagierte.

Im Jahr 1980 setzten die sowjetischen Machthaber Bereitschaftspolizei gegen eine Reihe spontaner Demonstrationen patriotisch gesonnener Jugendlicher gegen die Russifizierung der Bildung ein. Die brutale Unterdrückung der Schüler veranlasste 40 estnische Intellektuelle dazu, einen offenen Brief zu verfassen, in dem sie gegen die Polizeigewalt wie auch gegen die Unterdrückung der nationalen Kultur Estlands protestierten. Trotz Einschüchterungen fand der Brief weite Verbreitung und wurde zu einer zwar bescheidenen, aber doch echten Plattform, um die sich alle estnischen Patrioten scharen konnten. Das Sowjetregime reagierte mit Repressionen und der Verurteilung weiterer Dissidenten zu Haftstrafen. 1981 starb der Chemiker Jüri Kukk von der Universität Tartu, der das sowjetische System bereits 1978 offen in Frage gestellt hatte, im Gefängnis an den Folgen eines Hungerstreiks und wurde so zu einem Märtyrer der Unabhängigkeitsbewegung.

Weit verbreitete Proteste verzögerten die Umsetzung der geplanten Maßnahmen zur Russifizierung durch die Behörden. Es sah allerdings ganz danach aus, als ob es den Esten auf Dauer nicht gelingen könnte, dem wachsenden Druck der Russifizierung zu widerstehen. Ihre wichtigste Hoffnung war die Tatsache, dass die meisten westlichen Demokratien die Okkupation der baltischen Staaten noch immer nicht anerkannt hatten. Unterstützt wurde diese Einstellung von aktiven estnischen Gemeinschaften, die in den USA, Kanada, Schweden, Australien und anderen Staaten im Exil lebten und ihre Aktivitäten durch verschiedene Organisationen wie den Estonian World Council koordinierten. Durch politische Lobbyarbeit und Protestaktionen gelang es ihnen, die baltische Frage offenzuhalten. Sie gaben den Freiheitskämpfern in der besetzten Heimat Mut und Unterstützung. Ab 1982 verabschiedete der amerikanische Kongress jährlich eine gemeinsame Entschließung, in der der amerikanische Präsident aufgefordert wurde, den 14. Juni (den Jahrestag der Deportationen von 1941) zum Baltic Freedom Day („Tag der baltischen Freiheit“) zu erklären.

VII. DIE WIEDERHERSTELLUNG DER UNABHÄNGIGKEIT

Mitte der 1980er Jahre erkannte selbst die Kremlführung, dass die Wirtschaft versagt hatte und Frustration und Demoralisierung in der Gesellschaft an der Tagesordnung waren. Die technologische

Überlegenheit des Westens im modernen Rüstungswettlauf (durch das so genannte Star-Wars-Programm) und die Tatsache, dass Politik und Wirtschaft vollkommen in eine Sackgasse geraten waren (was offiziell als „Stagnation“ bezeichnet wurde) zwangen das sowjetische Establishment zu Improvisationen. Die letzte Möglichkeit zur Rettung der kommunistischen Herrschaft und des sowjetischen Imperiums bestand für den neuen Regierungschef Michail Gorbatschow schließlich in der Durchführung von Reformen, die darauf abzielten, die frustrierten Bürger zum effizienteren Arbeiten zu motivieren. Mit der Einführung einer neuen Dimension der Offenheit und Transparenz (offiziell als „Glasnost“ bezeichnet) in den Modernisierungsprozess versuchte Gorbatschow, dem System geistige Frischluft zuzuführen. Durch die Gewährung einer relativen Freiheit zur Meinungsäußerung und Kritik hoffte er, in den Bürgern den Glauben und die Motivation für die Sache des Sozialismus wiedererwecken zu können. Genau das Gegenteil war jedoch der Fall. Wie in alte Schläuche gefüllter neuer Wein brach der frische Wind der Meinungsfreiheit die starren monopolistischen Strukturen der kommunistischen Reformer auf. Der Weg zu wahrer Veränderung war frei.

In den ersten Jahren der von Gorbatschow eingeleiteten Umstrukturierung (offiziell als „Perestroika“ bezeichnet) rückten zwei Themen in den Brennpunkt der nationalen Opposition Estlands – Umwelt und Geschichte. Versuche zur Wiederherstellung des Geschichtsgedächtnisses der Bevölkerung bereiteten anschließenden politischen Initiativen den Boden. Im Jahr 1986 wurde die nichtstaatliche Estnische Gesellschaft für Denkmalschutz gegründet. Nach weniger als einem Jahr hatte sie ein landesweites Netz aus Basisorganisationen geschaffen. 1987 folgte eine Massenbewegung, die versuchte, durch Proteste die Umwelt gegen den vom Kreml geplanten industriellen Phosphatabbau zu schützen. Die Proteste wandten sich nicht nur gegen die potenziellen Umweltschäden, sondern auch dagegen, dass für diese Bergbauprojekte neue Arbeitskräfte ins Land geholt werden sollten. Die Protestaktionen mobilisierten Tausende von Menschen und endeten mit einem Sieg im „Phosphatkrieg“ – die sowjetischen Planer mussten klein beigeben. Dieser plötzliche Erfolg ermutigte die Menschen, neue Ziele anzuvisieren.

Am 23. August 1987 fand in Tallinn die erste öffentliche politische Versammlung statt. Wie in den beiden anderen baltischen Hauptstädten lenkten die Organisatoren, von denen einige eben erst aus der politischen Gefangenschaft entlassen worden waren, die Aufmerksamkeit auf den Hitler-Stalin-Pakt von 1939. Tausende Menschen, die sich zu dieser Versammlung im Hirvepark (Hirschpark), nur wenige Hundert Meter vom Sitz der Regierung entfernt, eingefunden hatten, gaben ihrem Verlangen nach historischer Wahrheit Ausdruck. Sie forderten die Offenlegung der geheimen Zusatzprotokolle zum berüchtigten Pakt von 1939. Da Gorbatschow von mehreren



US-Senatoren ein Schreiben erhalten hatte, in dem diese die Versammlung unterstützten, zögerten die sowjetischen Unterdrückungsorgane und sahen schließlich von Repressionen ab. Der Erfolg der Versammlung im Hirvepark bedeutete einen bedeutenden moralischen Auftrieb für weitere Initiativen. Allmählich legten die Menschen ihre tief verwurzelte Angst ab. Die Demonstrationen im August stellten außerdem einen ersten Durchbruch für die Wahrnehmung der baltischen Bestrebungen in den internationalen Medien dar.

Zwischen August 1987 und Februar 1988 wandelte sich die Atmosphäre in Estland stärker als in den 40 Jahren zuvor. Die Menschen erkannten, welche Möglichkeiten die öffentlichen Proteste boten. Wurde noch am 2. Februar 1988 eine politische Demonstration in Tartu zum Gedenken an die Unterzeichnung des Friedensvertrags von Tartu im Jahre 1920 gewaltsam von der Bereitschaftspolizei aufgelöst, gingen am 24. Februar (dem 70. Jahrestag der Republik Estland) Tausende von Bürgern in Tallinn auf die Straße, um ihre Verbundenheit mit einem freien Estland zu bekunden, diesmal ohne Beeinträchtigungen. Auf einer weiteren öffentlichen Versammlung, die am 25. März 1988 in Tallinn stattfand, wurde der Massendeportationen von 1949 gedacht. Durch ihr Zögern verloren die sowjetischen Behörden rasch die Kontrolle über die Lage. In den ersten Apriltagen des Jahres 1988 artikuliert eine Plenartagung der Verbände der Kulturschaffenden Estlands, an der die führenden Künstler, Schriftsteller und Komponisten des Landes teilnahmen, nicht nur die Probleme der nationalen Identität und Kultur, sondern übte auch scharfe Kritik an der kommunistischen Kulturpolitik. Die live im Fernsehen ausgestrahlte Botschaft der kulturellen Elite war von elektrisierender Wirkung auf das Volk und ebnete den Weg für weitere politische Initiativen. In der Sendung des estnischen Fernsehens „Lasst uns wieder denken“ vom 13. April 1988 setzte sich der Wirtschaftswissenschaftler Edgar Savisaar für die Schaffung einer Volksfront ein, die als halbamtliche Organisation die Bürger für die Unterstützung von Gorbatschows Perestroika mobilisieren sollte.

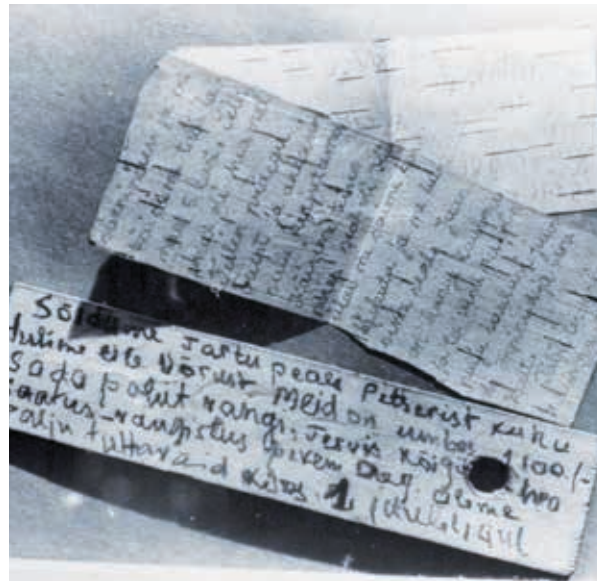
Doch zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Lage in Estland bereits grundlegend geändert. Ein Wendepunkt war das gesamtestnische Treffen der Gesellschaften für Denkmalschutz am 14.-17. April in Tartu. Die Organisatoren wagten es, während einer öffentlichen Versammlung mit 10 000 Menschen die Nationalflagge zu zeigen, indem sie die schon so lange verbotenen Nationalfarben Blau, Schwarz und Weiß zusammen, aber aufgesonderten Stoffbahnen präsentierten. Im Nu verbreiteten sich diese Farben. Die Teilnehmer kehrten mit neuem Mut und neuer Hoffnung in ihre Heimatorte überall in Estland zurück. Bereits Ende Mai und Anfang Juni konnte man die estnische Trikolore bei vielen öffentlichen Versammlungen im ganzen Land sehen.



21. Juli 1940: Abordnungen der sowjetischen Armee und der Marine grüßen den estnischen Staatsrat (Estnisches Nationalmuseum).



Plakat zur Verböhmung der sowjetischen Machthaber: „Unten ist Oben, Schwarz ist Weiß, Tag ist Nacht, Groß ist Klein, Hoch ist Tief und Ja ist Nein.“ (Estnisches Nationalmuseum).



1941: Briefe, die von Deportierten aus dem Fenster geworfen wurden (Estnisches Nationalmuseum).



1941: Die Burg Kuressaare, Opfer des Roten Terrors (Estnisches Nationalmuseum).



Der Bunker der Waldbrüder, ca. 1941 (Estnisches Nationalmuseum).





1944: Bewohner von Vormsi, einer Insel im Westen Estlands, bei der Ausreise am Hafen von Sviby (Estnisches Nationalmuseum).



Umsiedlerlager in der Nähe von Leningrad (Estnisches Nationalmuseum).



1964: Grenzgebiet, Einreise auf die Insel Vormsi (Estnisches Nationalmuseum).



23. August 1988: Der Hirvepark (Wildpark) im Zentrum Tallinns wurde zur Wiege der demokratischen Bürgerinitiative Estlands. Die erste Hirvepark-Kundgebung fand 1987 am Jahrestag des Abschlusses des schändlichen Molotow-Ribbentrop-Pakts (auch: Hitler-Stalin-Pakt) statt, mit dem die Nazis und die kommunistischen Diktatoren 1939 das Schicksal der baltischen Staaten besiegelten. Viele Tausende von Demonstranten forderten die Wahrheit: Die Geheimplotokolle des berühmten Paktes sollten endlich an die Öffentlichkeit gebracht werden. Seit dieser ersten Kundgebung versammelten sich die Bürger alljährlich am 23. August an diesem Ort. (Tunne Kelam)



11. September 1988: Absingen des „Estlandlieds“, der estnischen Nationalhymne (Eestimaa laul) auf dem Sängerfestplatz von Tallinn. Bei dieser größten Demonstration der „Singenden Revolution“ versammelten sich etwa 300 000 Menschen – fast ein Drittel der in Estland lebenden Esten. (Tunne Kelam)



1. Mai 1989: Zweite Konferenz der von der Sowjetunion besetzten Nationen auf Gut Loodi in Südestland. Die Veranstalter sind ehemalige politische Gefangene, die sich als Aktivisten der neuen demokratischen Bewegungen ihrer Nationen zu engagieren begonnen haben. (Tunne Kelam)



Mai 1989: Das Bürgerkomitee von Põlva, einer kleinen Stadt in Südestland, hat mit der Registrierung seiner Bewohner begonnen. Die rechtliche Kontinuität Estlands – sichtbar gemacht anhand realer Menschen. (Tunne Kelam)



23. August 1989 in der Nähe von Tartu: Mit der „Baltischen Kette“, einer Menschenkette von Tallinn bis Vilnius, an der sich etwa 2 Millionen Menschen beteiligen, fordern die Teilnehmer Freiheit für die baltischen Staaten (Estnisches Nationalmuseum).



Februar 1990: Die Bürgerkomitees sind bei der Verfolgung ihrer Ziele nicht aufzuhalten. Die anfangs noch halb im Untergrund operierenden Vereinigungen treten bereits innerhalb eines Jahres öffentlich in Erscheinung: Mit auffälligen Plakaten werben sie in Tallinn für die Wahlen zum Estnischen Kongress. (Tunne Kelam)



11. März 1990: Eröffnung der ersten Sitzung des Estnischen Kongresses im Estnischen Konzerthaus. (Tunne Kelam)



1996: Lennart Meri, der ehemalige estnische Präsident (1992 - 2001) mit dem estnischen Diplomaten Ernst Jaakson, dessen herausragendes Verdienst darin besteht, als oberster diplomatischer Vertreter Estlands in den Vereinigten Staaten über einen Zeitraum von 69 Jahren mit der Fortführung der diplomatischen Dienste die rechtliche Kontinuität Estlands aufrecht erhalten zu haben. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit vertritt Jaakson Estland als Botschafter in den Vereinigten Staaten und als ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen (Estnisches Nationalmuseum).



2008: Arbeitssitzung e-government (Pressedienst der Estnischen Staatskanzlei)

Ab Mai 1988 zogen die national-politischen Ideale Tausende junger Menschen an. Führende estnische Rockmusiker übertrugen die patriotische Botschaft in eine von der jüngeren Generation begierig aufgegriffene sprachliche und stilistische Form. Alo Mattiisens und Juri Leesments „Fünf Patriotische Lieder“ schlugen eine Brücke zwischen dem nationalen Erwachen des 19. Jahrhunderts und jenem der Gegenwart. Als die Behörden im Juni versuchten, den Vortrag dieser Lieder auf dem Rathausplatz in Tallinn zu unterbinden, zogen die Menschen zum Sängersplatz vor den Toren der Stadt. Dies war der Beginn der spontan veranstalteten „nächtlichen Sängersfeste“, bei denen Zehntausende Menschen die Nationalflagge schwenkten, patriotische Lieder sangen und Nacht für Nacht feierten. Ein enormer Geist der Gemeinschaft und Einigkeit gab den Menschen Kraft und Mut. Es waren diese Tage, in denen der Künstler Heinz Valk den Begriff der „Singenden Revolution“ prägte.

Die Singende Revolution war der Weckruf für die Volksmassen. Auf politischer Ebene arbeiteten die Initiatoren der Hirvepark-Veranstaltung den Sommer 1988 über an einer Alternative zum Monopol der kommunistischen Partei. Am 20. August 1988 wurde die erste demokratische politische Partei auf dem Staatsgebiet der Sowjetunion – die Estnische Nationale Unabhängigkeitspartei (ERSP) – gegründet. Während frühere Bewegungen das offene Infragestellen der kommunistischen Diktatur vermieden und ihr Reformprogramm in den sowjetischen Rahmen eingebunden hatten, verkündete die ERSP als Hauptziel die Wiederherstellung der unabhängigen Republik Estland auf der Grundlage ihres rechtlichen Fortbestandes. Die ERSP sah in der politischen Unabhängigkeit den Schlüssel und die Voraussetzung für echte Reformen. Während sich die sowjetisch-estnischen Eliten noch immer vom Gedanken der politischen Unabhängigkeit distanzieren und ihn als unrealistisch und provokant bewerteten, war eines der am längsten bestehenden politischen Tabus gebrochen. Da die ERSP nicht unterdrückt wurde, regte ihre Gründung die Wiederherstellung des Mehrparteiensystems nicht nur in Estland, sondern auch in anderen Teilen der Sowjetunion an.

Diese Veränderungen wirkten sich auch auf die sowjetischen Strukturen aus. Bereits im September 1987 war ein Vorschlag zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung Estlands unterbreitet worden. Im Juni 1988 wurde der moskautreue langjährige Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Karl Vaino, von Vaino Väljas abgelöst, der grünes Licht für die Aktivitäten der Volksfront gab und die Unterdrückung der nationalen demokratischen Kräfte verhinderte. Im November 1988 nahm der Oberste Sowjet Estlands eine Erklärung über die Souveränität des Landes an und riskierte damit den offenen Konflikt mit Moskau.

Die national-demokratischen Bewegungen setzten sich erneut an die Spitze der politischen Entwicklungen. Am 24. Februar 1989 leiteten die Gesellschaft für Denkmalschutz, die ERSP



und die Estnische Christliche Union eine Aktion ein, die sich zur größten Bürgerinitiative in der jüngeren estnischen Geschichte entwickeln sollte – die Bewegung der Bürgerkomitees. Ausgehend vom rechtlichen Fortbestand der Republik Estland sollten auf diese Weise die rechtmäßigen Bürger des Landes ermittelt werden. Obwohl die Komitees natürlich nicht auf die Unterstützung der Sowjetbehörden hoffen konnten und es ihnen sowohl an ausreichenden Finanzmitteln als auch an einer angemessenen Medienberichterstattung mangelte, gelang es den Organisatoren innerhalb eines Jahres, eine wirkliche national-politische Volkszählung durchzuführen, in der sie 790 000 Personen als rechtmäßige Bürger der estnischen Republik verzeichneten – einer Republik, die nach wie vor lediglich ein Traum innerhalb der sowjetischen Realität war. Zusätzlich wurden um die 60 000 Anträge auf estnische Staatsbürgerschaft entgegengenommen. Den während der Sowjetzeit Zugewanderten, die es wagten, sich für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit einzusetzen, wurden vereinfachte Einbürgerungsverfahren bald nach dem Erreichen des gemeinsamen Ziels in Aussicht gestellt. Im ganzen Land entstand ein Netz aus lokalen Bürgerkomitees, und im November 1989 wurde ein Allgemeines Komitee der Estnischen Bürger gewählt. Sich öffentlich als Bürger der Republik Estland erfassen zu lassen, während man noch einen sowjetischen Pass besaß, war damals ein wirklich mutiger Schritt. Doch die überwältigende Wirkung Tausender derartiger Schritte verwandelte diese Aktion in eine machtvolle und echte Volksabstimmung für wahrhafte Unabhängigkeit. Die Wiederentdeckung der eigenen Person als Bürger Estlands einte am Ende die Anhänger sämtlicher politischer Gruppierungen, einschließlich der Volksfront, deren führende Vertreter anfangs gegen die Bewegung gewesen waren. Die Bürgerkomitees bildeten eine Alternative zum kommunistischen System und zerstörten innerhalb eines Jahres die noch verbliebene Glaubwürdigkeit der kommunistischen Partei. Ende 1989 war schließlich das neue nationale politische Ziel auf der Tagesordnung: ein unabhängiger Nationalstaat.

Bei den von Gorbatschow ausgerufenen Wahlen zum Kongress der Volksdeputierten am 26. März 1989, bei denen es möglich war, zwischen verschiedenen Kandidaten zu wählen, errang die Volksfront die meisten Sitze. Die baltischen Abgeordneten bildeten im Kongress der Volksdeputierten eine gemeinsame Fraktion. Zu ihren Zielen erklärten sie die wirtschaftliche Autonomie der baltischen Staaten und die Verurteilung des Hitler-Stalin-Paktes von 1939.

Anlässlich des 50. Jahrestages des Hitler-Stalin-Paktes reichten sich am 23. August 1989 etwa zwei Millionen Esten, Letten und Litauer quer durch die drei baltischen Staaten die Hände und bildeten so eine in der gesamten Geschichte beispiellose Menschenkette. Diese gab auf machtvolle Weise dem Wunsch der baltischen Staaten nach Wiederherstellung ihrer durch den berüchtigten Pakt zunichte

gemachten Freiheit Ausdruck. Das Ereignis wurde in den Medien weltweit zur Hauptnachricht und rückte die baltische Frage mehr denn je in den Blickpunkt der internationalen Öffentlichkeit. Im Dezember 1989 musste Gorbatschow einräumen, dass die geheimen Zusatzprotokolle des Hitler-Stalin-Paktes zur Besetzung der baltischen Staaten geführt hatten, wobei er allerdings jegliche vermeintlich aus dieser Tatsache resultierenden Zweifel an ihrer Zugehörigkeit zur Sowjetunion zurückwies.

Am 24. Februar 1990 wurden Wahlen zum Estnischen Kongress durchgeführt. An der Wahl beteiligten sich 90 % der verzeichneten Bürger, die 499 Abgeordnete aus 31 Parteien und Bewegungen (darunter als stärkste Kräfte die Volksfront, die Gesellschaft für Denkmalschutz und die ERSP) wählten. Der Estnische Kongress trat am 11. und 12. März zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Beschlüsse erfolgten auf Grundlage des Völkerrechts und umfassten eine Erklärung zur Wiederherstellung der rechtmäßigen Staatsmacht, einen Aktionsplan zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit und die Forderung nach dem Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen. Estland befand sich damit nun wahrhaftig auf dem Weg zur Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit. Als bedeutende und tragfähige Alternative zu den offiziellen Sowjetgremien wurde der Kongress zum Vorbild für Lettland, Georgien, Tatarstan und andere. Der Kongress forderte zudem eine Übergangsphase, in der unter Zusammenarbeit mit dem Obersten Sowjet der ESSR die Unabhängigkeit erreicht werden sollte. Zum Vorsitzenden des ständigen Ausschusses des Kongresses wurde Tunne Kelam (ERSP) gewählt.

Im März 1990 fanden Wahlen zum Obersten Sowjet der ESSR statt. Obwohl ihrem Wesen nach offiziell noch sowjetisch, konnten die Wahlen angesichts der Teilnahme unterschiedlicher Parteien fast als demokratisch bezeichnet werden. Die daraus hervorgegangene neue Regierung des sowjetischen Estlands unter Führung des Vorsitzenden der Volksfront, Edgar Savisaar, leitete die schrittweise Abkehr des Landes von der sowjetischen Vorherrschaft ein. Die anfängliche Zusammenarbeit mit dem Estnischen Kongress endete schon bald, als der Ministerpräsident begann, diesen als seine Opposition zu behandeln.

Im Januar 1991 kam es zu schweren Übergriffen durch sowjetische Spezialeinheiten in Litauen und Lettland. In Estland wurden derartige Übergriffe möglicherweise mit der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zwischen der estnischen Führung und dem Präsidenten der Russischen Föderation, Boris Jelzin, vermieden. Dennoch lehnte Moskau die Unabhängigkeit der baltischen Staaten nach wie vor ab.

Der versuchte Militärputsch in Moskau vom 19. August 1991 bot den baltischen Nationen die Gelegenheit zur Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit. Innerhalb eines Tages verständigten



sich die Vorsitzenden des Estnischen Kongresses und des Obersten Rates auf die Prinzipien für die Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit und die entsprechenden Verfahrensregeln. Ein besonders wichtiger Aspekt war der Beschluss zur Schaffung einer verfassungsgebenden Versammlung. Am 20. August 1991 verabschiedete der Oberste Rat im Einvernehmen mit dem Kongress einen Antrag auf Wiederherstellung der Unabhängigkeit auf der Grundlage des rechtlichen Fortbestands der Republik Estland. Die Unabhängigkeit Estlands wurde zuerst durch die von Boris Jelzin regierte russische Föderation anerkannt, danach von Island und Dänemark. Innerhalb weniger Wochen hatten alle bedeutenden westlichen Länder ihre diplomatischen Beziehungen zu dem in die Unabhängigkeit zurückgekehrten Estland wiederaufgenommen. Am 17. September 1991 wurde Estland Mitglied der Vereinten Nationen.

VIII. DIE GESELLSCHAFTLICHEN KRÄFTE DES ÜBERGANGS UND DIE POLITISCHE ENTWICKLUNG IN ESTLAND IM ANSCHLUSS AN DIE WIEDERHERSTELLUNG DER UNABHÄNGIGKEIT

Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit begann die Arbeit an den für eine demokratische Gesellschaft notwendigen grundlegenden Dokumenten und Strukturen. Im September 1991 wurde eine verfassungsgebende Versammlung gewählt, die sich zu gleichen Teilen aus Abgeordneten des Estnischen Kongresses und des Obersten Rates zusammensetzte. Danach erklärte der Estnische Kongress seinen Auftrag als rechtmäßig mit der Wiederherstellung der Unabhängigkeit beauftragte Vertretung für erfüllt. Der neue, stark an das deutsche Politikmodell angelehnte Verfassungsentwurf wurde im April 1992 vorgelegt und am 28. Juni 1992 in einer Volksabstimmung angenommen. Die Wahlen des Präsidenten der Republik und eines rechtmäßigen Parlaments, des Riigikogu, wurden für den 20. September 1992 angesetzt.

Im Januar 1992 war die Regierung von Edgar Savisaar als Folge einer wirtschaftlichen und politischen Krise zurückgetreten. Der neue Ministerpräsident Tiit Vähi amtierte bis zu den Wahlen im September an der Spitze einer Übergangsregierung. Im Sommer 1992 wurde im Zuge

einer Währungsreform die Estnische Krone eingeführt, die an die Deutsche Mark gekoppelt war. Die Verantwortlichkeit für das estnische Finanzsystem wurde einem unabhängigen Währungsrat übertragen.

Die treibende gesellschaftliche Kraft des Übergangs waren die Intellektuellen unterschiedlicher Generationen und ganz besonders jüngere Menschen, die sich oftmals mit radikaler scheinenden Ideen früherer Dissidenten einbrachten. Die Gesellschaft für Denkmalschutz, die ERSP und der Estnische Kongress waren der Nährboden, der neue demokratische Politiker hervorbrachte. So entstand 1992 die neue Mitte-Rechts-Bewegung „Pro Patria“, die sich der Europäischen Volkspartei anschloss.

Die Parlamentswahlen am 20. September 1992 gewann die unter dem Motto „Das Haus aufräumen“ angetretene Wahlliste Pro Patria. Sie trat für eine entscheidende Wende von Ost nach West und damit von der Sowjetgesellschaft zu einer freien Marktwirtschaft ein. Savisaars Volksfront ging als drittstärkste Kraft aus den Wahlen hervor und blieb in der Opposition. Am 21. Oktober wurde unter der Führung des 33-jährigen Historikers Mart Laar die erste demokratische Regierung seit 1940 gebildet. Der Mitte-Rechts-Koalition gehörten die Pro Patria, die Moderaten und die ERSP an. Zum Außenminister wurde der Vorsitzende der Gesellschaft für Denkmalschutz, Trivimi Velliste, ernannt.

Die Präsidentschaftswahlen führten zu einer Stichwahl zwischen den auf den ersten Plätzen liegenden Kandidaten: der ehemalige Vorsitzende des Obersten Rates der ESSR, Arnold Rüütel, und der Schriftsteller Lennart Meri als Kandidat von Pro Patria stellten sich der Abstimmung im Parlament. Der Riigikogu wählte am 5. Oktober 1992 Lennart Meri zum ersten Präsidenten der Republik nach der Okkupation. Der mehrere Sprachen sprechende brillante Intellektuelle blieb bis 2001 Präsident und prägte den westlichen Ruf Estlands auf der internationalen Bühne.

Während der auf den Zusammenbruch der Sowjetwirtschaft folgenden verheerenden Wirtschaftskrise setzte die neue Regierung unverzüglich und gegen den erbitterten Widerstand der die Netzwerke und Handlungsweisen der Sowjetzeit gebundenen politischen Kräfte eine Reihe grundlegender Reformen in Gang. Im Zuge einer Reform der Regierung wurden die Zahl der Ministerien drastisch reduziert und die Voraussetzungen für einen unpolitischen öffentlichen Dienst geschaffen. In der Folge wurde damit begonnen, die noch aus Sowjetzeiten stammenden Beamten schrittweise durch junge, gebildete Behördenvertreter zu ersetzen. Die Regierung leitete einen umfassenden Privatisierungsprozess ein und schränkte damit die staatliche Teilhabe an



der Wirtschaft weitgehend ein, förderte die Eigeninitiative und schuf ein günstiges Klima für ausländische Investoren. Die Feststellung des Ministerpräsidenten, dass die Regierung nur denen hilft, die willens sind, sich selbst zu helfen, löste zwar eine Welle negativer Reaktionen aus, leitete jedoch einen grundlegenden Wandel in der Gesellschaft ein. Die wichtigste Leistung der Regierung Laar bestand in der von ihr in nur wenigen Jahren bewerkstelligten Umwandlung eines östlichen in ein westliches Land sowie im Aufbau auf gegenseitigem Vertrauen basierender Beziehungen zu den Regierungschefs des Westens, die die Fortsetzung der Reformen unterstützten.

Außerdem setzte diese Regierung den Aufbau und die Ausrüstung der estnischen Streitkräfte durch und versuchte gleichzeitig, den Abzug der russischen Streitkräfte und die Räumung ihrer Militärstützpunkte zu erreichen. Dabei gelang es Estland, sich die politische Unterstützung westlicher Länder zu sichern und diese Frage mit dem Abzug der russischen Truppen aus Deutschland zu verknüpfen. Schließlich verließen die russischen Truppen nach einem zwischen den Präsidenten Jelzin und Meri geschlossenen Abkommen am 31. August 1994 Estland, wobei allerdings mehrere tausend pensionierte sowjetische Militärangehörige im Land verblieben.

Im Jahr 1994 hatten die Wirtschaftsreformen bereits zu ersten Ergebnissen geführt. Die Wirtschaft des Landes begann zu wachsen, ein Anstieg im Lebensstandard der Bevölkerung setzte ein. Gleichzeitig nahm die soziale Unzufriedenheit rasch zu, da Rentner und zu Sowjetzeiten in Kollektivbetrieben beschäftigte Landwirte das Gefühl hatten, die Fortschritte würden auf ihre Kosten erzielt. Im September 1994 erlitt die Regierung Laar eine Niederlage im Parlament. Bei den Wahlen 1995 musste die „Pro Patria Union“ (die als Zusammenschluss von Pro Patria und ERSP gebildet worden war) schwere Verluste hinnehmen. Der allgemeine Reformkurs wurde jedoch auch von der neuen pragmatischen Koalition beibehalten, die durch die in den Jahren 1995 bis 1998 von Ministerpräsident Tiit Vähi geführte Koalitionspartei und die kurz zuvor gegründete liberale Reformpartei gebildet wurde.

Die Wahlen von 1999 führten zu einer erneuten Mitte-Rechts-Koalition aus „Pro Patria Union“, Reformpartei und Moderaten, abermals unter Führung von Mart Laar (1999 - 2003). Die Wirtschaft erlebte einen Aufschwung, und es wurden neue Anstrengungen zur Vorbereitung des Landes auf einen Beitritt zur EU unternommen. Ende 2002 brach die Koalition auseinander. An der Spitze der nächsten Regierung stand Siim Kallas, der Vorsitzende der Reformpartei, die nun eine Koalition mit der aus der Volksfront hervorgegangenen Zentrumspartei bildete. Die Wahlen von 2003 brachten mit der „Res Publica“ eine vollkommen neue politische Partei an

die Regierung, deren Sieg ihrem Einsatz für eine neue Politik und „Saubere Hände“ zu verdanken war. Ihr Vorsitzender Juhan Parts wurde zum Ministerpräsidenten einer gemeinsam mit der Reformpartei und der Volksunion gebildeten Koalitionsregierung.

Im politischen Leben Estlands zeigen sich somit Ähnlichkeiten zu dem anderer postkommunistischer Länder. Allerdings sind auch einige wesentliche Unterschiede erkennbar. So wurden zwar auch in Estland Regierungen, die eine konsequente Reformpolitik verfolgten, von Koalitionen mit Verbindungen zur Vergangenheit abgelöst. Dennoch konnten nicht einmal linke und dem Populismus zuneigende Regierungen den grundlegenden politischen Kurs des Landes ändern. Gleichzeitig waren die am stärksten reformorientierten Regierungen (die von Mart Laar in den Jahren 1992 - 1994 und 1999 - 2003) politisch von längster Dauer. Andererseits hatte der symbolische „Vilnius-Express“, der seit 1992 beinahe überall in Mittel- und Osteuropa wieder ehemalige Kommunisten an die Regierung brachte, nahezu keinerlei Auswirkung auf Estland. Nachfolgeparteien der kommunistischen Partei erhielten hier nie mehr als ein Prozent der Wählerstimmen. Insgesamt blieb die Politik des Landes stabil, was als einer der wichtigsten Faktoren für die erfolgreichen Reformen in Estland betrachtet werden kann. Abschließend ließe sich feststellen, dass die Bürger zwar die radikalen Reformer abwählen mögen, nicht aber unbedingt die von diesen eingeführten Reformen, sofern diese ohne große Verzögerungen umgesetzt wurden.

IX. DIE WIRTSCHAFTSREFORMEN IN ESTLAND

Der durch 50 Jahre Sowjetherrschaft verursachter Schaden wurde erst im unabhängigen Estland in vollem Umfang zutage getreten. Die entscheidenden Mängel der kommunistischen Wirtschaft waren selbst von Gegnern des Systems oftmals nicht bemerkt oder nicht in vollem Ausmaß erkannt worden. Dies wiederum förderte eine Art oberflächlichen Optimismus darüber, dass es genügen würde, die kommunistischen Herrscher zu entmachten – die befreiten Länder würden dann rasch und ganz von selbst ein westliches Entwicklungsniveau erreichen. Von außen betrachtet, war es äußerst schwierig zu begreifen, wie rückständig und strukturell bankrott die kommunistischen Volkswirtschaften wirklich waren. Die Rückkehr zum üblichen Modell der freien Marktwirtschaft erwies sich dann in der Tat als schwieriger, komplizierter und schmerzhafter, als man zuvor angenommen hatte. Das Ende des kommunistisch kontrollierten Wirtschaftssystems hatte wahrhaft



verheerende Folgen. Die Geschäfte waren leer, der russische Rubel war vollkommen wertlos geworden. In nur zwei Jahren (1992/93) war die Industrieproduktion um über 30 % geschrumpft, die Reallöhne waren um 45 % abgestürzt und die Kraftstoffpreise um über 10 000 % gestiegen, während die jährliche Inflationsrate bei über 1000 % lag. Die Menschen standen stundenlang nach Lebensmitteln an, Brot und Milch mussten rationiert werden. Da Estland noch immer 92 % seines Handels mit Russland abwickelte, blieb es wirtschaftlich von Moskau abhängig. Das Land war auf den Wettbewerb auf freien Märkten nicht vorbereitet und musste sich seine ersten Devisen durch den Masseneport von Holz verdienen. Die zentralisierte sowjetische Wirtschaft und die zahlreichen sowjetischen Militärstützpunkte (die keinerlei Umweltkontrollen unterlagen) hatten drastische Schädigungen der natürlichen Umwelt verursacht. Viele ausländische Experten sahen in Estland lediglich eine der „früheren Sowjetrepubliken“ ohne große Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Auch in Estland glaubten nur wenige an eine bessere Zukunft. Angesichts der tiefen Kluft, die das Land von dem in Europa üblichen Lebensstandard trennte, stand den neuen Regierenden eine einzige Möglichkeit vor Augen – sie mussten einen großen Sprung wagen. Ein Versuch, die Kluft in mehreren kleinen Schritten zu überwinden, würde nicht zum Erfolg führen. Es durfte keine Zeit verloren werden. Geschwindigkeit war der wichtigste Faktor. Das Vertrauen der Wähler in ihre Politiker hat ebenso Grenzen wie das Ausmaß an Schmerzen, das zu ertragen sie bereit sind. Ein radikales Wirtschaftsprogramm, das möglichst rasch nach einem politischen Durchbruch eingeleitet wird, hat weitaus größere Aussichten auf Akzeptanz als ein mit Verzögerungen durchgeführtes radikales Programm oder eine Alternative, die nicht radikal ist und schwierige Maßnahmen häppchenweise auf die Tagesordnung setzt. Andererseits kann die Befreiung aus einer Fremdherrschaft einen ganz besonderen Zustand des Massenbewusstseins erzeugen und der Regierung einen größeren politischen Spielraum verschaffen. Was unter „normalen“ politischen und wirtschaftlichen Bedingungen nahezu unmöglich scheint, wird während der ersten Phase einer Demokratie durchführbar – wenn ein politisches Programm ausgearbeitet wurde und es eine zur Durchführung der Reformen entschlossene Führung gibt.

Bei einer genaueren Untersuchung der mittel- und osteuropäischen Erfahrungen ist keinerlei Zusammenhang zwischen der Art eines vorgelegten wirtschaftlichen Reformprogramms und der Intensität des gesellschaftlichen Protests zu erkennen. Es kann sogar festgestellt werden, dass eine Verlängerung der zeitlichen Agenda notwendiger Reformen zu massiver Unzufriedenheit führen

kann, während die gleichen Maßnahmen, wenn sie rasch umgesetzt werden, von der breiten Öffentlichkeit ohne größere Probleme akzeptiert werden. Die richtigen Entscheidungen zur richtigen Zeit können daher für ein Land von Vorteil sein und dank spürbarer wirtschaftlicher Fortschritte bei der Wählerschaft für mehr Zufriedenheit sorgen. Gewöhnlich ist das Zeitfenster für grundlegende Reformen nur begrenzt offen und wird schon bald abgelöst von der „normalen“ Politik widerstreitender Parteien und Interessengruppen.

Ferner gilt es, einen grundlegenden Wandel im Denken zu vollziehen, um das Verharren in der Falle einer prekären postkommunistischen Situation zu vermeiden, das die Errichtung einer von Rechtsstaatlichkeit und Transparenz bestimmten funktionierenden freien Marktwirtschaft stark beeinträchtigen würde. In der Ära des von der Sowjetunion verordneten Sozialismus waren die Menschen nicht daran gewöhnt, eigenständig zu denken, Veränderungen in Gang zu bringen oder persönliche Risiken einzugehen. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung musste förmlich wachgerüttelt werden aus der tief verwurzelten totalitären Denkweise, die in der Erwartung bestand, dass jemand anders die Verantwortung übernehmen und für einen die Probleme lösen werde. Deshalb kam es darauf an, den Menschen Kraft zu geben, sie in Bewegung zu versetzen und zum Fällen eigener Entscheidungen und zur Übernahme von Verantwortung zu motivieren.

Radikale Reformen halfen dabei, dies zu bewerkstelligen. Die erste war die Währungsreform 1992. Estland war das erste von der Sowjetunion befreite Land, das eine eigene Währung einführte: die über ein unabhängiges Währungsratsystem an die Deutsche Mark gekoppelte Krone. Die nächste grundlegende Entscheidung, die die 1992 angetretene neue Regierung traf, war die Vorlage eines ausgeglichenen Haushalts. Ohne diesen hätte die Währungsreform keine Wirkung entfalten können. Estland öffnete seine Wirtschaft, indem es sämtliche Zölle abschaffte und ein radikales Liberalisierungsprogramm vorlegte. Eine Eigentumsreform wurde eingeleitet, in deren Zuge die Eigentumsrechte ehemaliger Besitzer wiederhergestellt und nahezu alle in staatlicher Hand befindlichen Unternehmen privatisiert wurden. Besondere Aufmerksamkeit galt der Herstellung von Rechtsstaatlichkeit sowie der Justiz- und Verwaltungsreform, was auch die Bekämpfung von Korruption unterstützte. Durch mutige Steuerreformen wurde die wirtschaftliche Entwicklung angekurbelt – so wurden 1994 ein einheitlicher Einkommenssteuersatz eingeführt und im Jahr 2000 die Körperschaftssteuer auf reinvestierte Gewinne abgeschafft.

Estlands Wirtschaftswachstum nahm rasant zu und erreichte 10 % und zwar nicht nur für ein Jahr. Inzwischen ist das Land nicht wiederzuerkennen. Es fällt heute sogar schwer, sich vorzustellen,



wie Estland unter dem sozialistischen System aussah. Estland war das erste ehemals kommunistische Land, das von der Heritage Foundation in ihrem alljährlich erscheinenden Index of Economic Freedom als freie Wirtschaft eingestuft wurde. Noch bemerkenswerter ist die Tatsache, dass Estland nicht nur eine „freie Wirtschaft“ ist, sondern eine der freiesten der Welt. Dies hatte zur Folge, dass Estland zum Land mit der am schnellsten wachsenden Wirtschaft Europas wurde. Bis zum weltweiten Konjunkturrückgang im Jahr 2008 belief sich die durchschnittliche Zuwachsrate der estnischen Wirtschaft seit Beginn der Reformen auf jährlich 7 %. Im Bereich E-Government ist Estland richtungweisend. Estlands erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung beweist, dass radikale Reformen der richtige Weg sind, um eine bessere Zukunft mit einem höheren Lebensstandard und weniger Armut und Ungleichheit aufzubauen und dabei die sozialen Probleme und Spannungen aus den Jahren des Kommunismus beträchtlich zu verringern. Damit verfügt Estland über eine gute Ausgangsposition, um die Herausforderungen des neuen Jahrtausends in Angriff zu nehmen.

X. RÜCKKEHR NACH EUROPA

Unmittelbar nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit hatte Estland nicht nur wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme, sondern auch außenpolitisch fielen die Prognosen wenig optimistisch aus. So wie Anfang der 1920er Jahre war die internationale Gemeinschaft recht pessimistisch, was die Aussichten der baltischen Länder anging. Man war der Ansicht, dass ihre Abhängigkeit von Russland zu groß sei, als dass sie sich auch in wirtschaftlicher Hinsicht wirklich unabhängig entwickeln könnten. Viele westliche Beobachter hielten es für wahrscheinlich, dass die baltischen Länder auf die eine oder andere Weise in den Einflussbereich Russlands zurückkehren würden. Bereits 1992 hatte Moskau dies zu seiner offiziellen neoimperialistischen Politik erklärt. Sie umfasste die Anhebung der Energiepreise, die Unterbrechung der Gas- und Ölversorgung Ende 1992 sowie einen Wirtschaftsboykott, mit dem Estland zur Aufgabe seiner Pläne, sich dem Westen anzuschließen, gezwungen werden sollte. Anfang der 1990er Jahre bestand selbst nach Ansicht von Analysten, die Estlands politische und wirtschaftliche Reformen positiv einschätzten, wenig Hoffnung, dass die baltischen Staaten in absehbarer Zukunft der EU beitreten können würden. Und das Bemühen der baltischen Staaten um eine NATO-Mitgliedschaft galt nicht nur als utopisch, sondern auch als höchst riskant für die internationale Zusammenarbeit und das internationale Gleichgewicht, insbesondere angesichts des heftigen Widerspruchs Russlands.

Estland entschied sich für eine andere Option. Zum Eckpfeiler der estnischen Politik wurden die Überwindung der langen zwangsweisen Trennung und die Rückkehr in das gemeinsame Haus Europa. Als Grundlage dafür diente ein unmissverständlich formuliertes Programm radikaler Reformen. Ein entschlossener Bruch mit dem kommunistischen Erbe und der Sowjetmentalität bereitete den Boden für einen echten Durchbruch. Ironischerweise half ausgerechnet die russische Wirtschaftsblockade Estland dabei, sich noch rascher vom alten sowjetischen Wirtschaftssystem zu lösen.

Auf seinem Weg zurück nach Europa trat Estland im Mai 1993 dem Europarat bei. Im Februar 1994 wurde Estland Teilnehmer des NATO-Programms „Partnerschaft für Frieden“. Am 1. Januar 1995 trat ein Freihandelsabkommen mit der EU in Kraft. Da Estland sich bei der Unterzeichnung für den Verzicht auf einen Übergangszeitraum entschieden hatte, konnte es die vollständige Integration in die EU etwas rascher als andere Beitrittskandidaten in Angriff nehmen. „Das estnische Wirtschaftswunder“ verlieh den Bestrebungen des Landes in den Augen des Westens Glaubwürdigkeit. Es fiel schwer, die Annäherungsversuche eines Landes abzuweisen, dessen wichtigster Exportartikel in andere Reformländer in den Worten des US-Vizepräsidenten Al Gore „Hoffnung“ war. Die estnischen Bestrebungen erfuhren eine indirekte Unterstützung durch den Beitritt einiger skandinavischer Länder zur EU im Jahr 1995, durch den die EU nunmehr bis an die russische Grenze reichte, sowie die Einleitung des Erweiterungsprozesses der NATO. Im Dezember 1997 wurde Estland zusammen mit Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Polen, Slowenien und Zypern zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union eingeladen. Der Beginn der Verhandlungen im Jahre 1998 stärkte Estlands internationale Position und hatte zusätzliche Auslandsinvestitionen zur Folge. Die Beitrittsverhandlungen wurden Ende 2002 abgeschlossen; der EU-Beitritt erfolgte im Mai 2004 und wurde im Rahmen einer landesweiten Volksabstimmung im Juni 2004 von 63 % der Wähler gebilligt. Paradoxiertweise wurde bereits im April 2004, also noch vor dem EU-Beitritt, die Mitgliedschaft in der NATO Wirklichkeit, deren Erreichen zuvor als weitaus schwieriger beurteilt worden war. Mit der Verwirklichung dieser beiden nationalen Hauptziele im Jahr 2004 konnte Estlands Rückkehr in den Westen als unumkehrbar betrachtet werden.

Inzwischen steht das Land vor neuen großen Herausforderungen. Da Estland heute mit an dem Tisch sitzt, an dem Entscheidungen nicht nur über das Schicksal Estlands oder seiner Nachbarländer, sondern der ganzen Welt getroffen werden, muss es ein zuverlässiger und vertrauenswürdiger



Partner sein, der Verantwortung übernimmt und sich aktiv für eine neue und bessere Welt einsetzt. Estland kann anderen Ländern, die Demokratie und eine marktwirtschaftliche Ordnung anstreben, als gutes Beispiel dienen, indem es zeigt, dass ein erfolgreicher Übergang möglich ist.

Enn Sarv wurde 1921 in Estland geboren. Er absolvierte das berühmte Westholm-Gymnasium und nahm 1939 ein Studium an der Universität Tartu auf. Nach der Besetzung Estlands durch die Sowjetunion schloss sich Sarv der nationalen Widerstandsbewegung gegen den Kommunismus an. So wie viele Esten hatte auch er gehofft, dass Estland den Krieg zwischen Deutschland und Russland zur Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit nutzen können würde. Als das Land dennoch von Nazideutschland besetzt wurde, schloss sich Sarv der im Untergrund agierenden nationalen Widerstandsbewegung an und kämpfte gegen die deutsche Okkupation. 1944 wurde er von der Gestapo verhaftet und in das KZ Stutthof gebracht. Er überlebte die Schrecken von Stutthof und kehrte 1945 nach Estland zurück, das inzwischen unter sowjetischer Besatzung stand. Danach wurde er verhaftet und desselben Vergehens wie während der deutschen Besatzung beschuldigt – des Versuchs der Wiederherstellung der estnischen Unabhängigkeit. Nach mehr als zehnjähriger Haft in Gulag-Lagern in Sibirien kehrte Sarv 1958 nach Estland zurück, beendete sein Universitätsstudium und arbeitete als Wissenschaftler. Sarv nahm an der Widerstandsbewegung teil und wurde nach der Wiederherstellung der estnischen Unabhängigkeit einer der angesehensten Experten für die Verbrechen des Kommunismus.

Abkürzungen

- NKWD** Volkskommissariat für innere Angelegenheiten
(Narodnyj Komissariat Wnutrennych Del)
- UNO** Organisation der Vereinten Nationen
- ERSP** Estnische Nationale Unabhängigkeitspartei
- ESSR** Estnische Sozialistische Sowjetrepublik



LETTLAND: BALTISCHES SCHICKSAL UND WIEDERGEURT EINER NATION

Antonijs Zunda

Republik Lettland – Latvijas Republika

Fläche: 64 589 km²

Einwohnerzahl: 2 294 600 (2006)

Hauptstadt: Riga

Amtssprache: Lettisch

Währung: Lat (LVL)

Staatsform: Parlamentarische Republik

EU-Beitritt: 1.5.2004

I. EINLEITUNG

Die Geschichte Lettlands und der anderen Staaten des Baltikums nahm im 20. Jahrhundert einen sehr komplexen Verlauf. Um die Entwicklung des Landes und seine heutigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme wirklich zu verstehen, ist zu berücksichtigen, dass Lettland drei Besetzungen über sich ergehen lassen musste. In den Jahren 1940/1941 war Lettland von der Sowjetunion okkupiert und stand von 1941 bis 1945 unter der Herrschaft Nazi-Deutschlands, um dann nach dem 2. Weltkrieg bis 1991 erneut der Sowjetunion angegliedert zu sein. Jede Besatzungsmacht verfolgte ihre eigenen Ziele und Absichten, die in krassem Widerspruch zu den Wünschen der Mehrheit des lettischen Volkes standen.

Obwohl Lettland von 1941 bis 1991 nicht als unabhängiger Staat existierte, weil es besetzt, annektiert und der Sowjetunion einverleibt worden war, sahen über fünfzig Länder weltweit dies als völkerrechtliches Problem an und legten daher Protest gegen die expansionistische und

rechtswidrige Politik der UdSSR ein. Die internationale Nichtanerkennung der Annexion war für die lettische Bevölkerung sehr wichtig und half ihr in den langen Jahrzehnten der Besatzung, den Geist des Widerstands gegen das Sowjetregime lebendig zu halten. Dies erleichterte insgesamt die rasche und effektive Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit Lettlands 1990/1991.

Als Lettland den Weg zur Unabhängigkeit einschlug, hatte es viele schwere Hinterlassenschaften der Sowjetzeit zu überwinden. Das wirtschaftliche und das politische System bedurften tief greifender und grundlegender Reformen. Zu einer wichtigen politischen Kraft wurde die Lettische Volksfront; sie war die größte Massenorganisation und vereinte unterschiedliche Schichten der Gesellschaft, die die Gedanken der Unabhängigkeit und die Notwendigkeit von Reformen unterstützten. In relativ kurzer Zeit legte Lettland 1991 den Grundstein für einen demokratischen Rechtsstaat. Neue Strukturen der staatlichen Verwaltung, der Armee, der Polizei und des Grenzschutzes wurden geschaffen. Der Übergang von einer Kommandowirtschaft sowjetischen Zuschnitts zu einer freien Marktwirtschaft wurde vollzogen und die Landeswährung – der Lat – eingeführt. Eine wichtige Aufgabe in der Anfangsphase der Wiederherstellung der Unabhängigkeit war der zügige Abzug der Truppen der Russischen Föderation aus Lettland. Dieser wurde am 30. April 1994 mit der Unterzeichnung eines speziellen Vertrages besiegelt. Mit dem Abzug der russischen Armee endete die mehr als vier Jahrzehnte andauernde Okkupation Lettlands.

Eine sehr ernste Frage, die der junge Staat Lettland lösen musste, war das Problem der Nicht-Staatsbürger. Seine Wurzeln liegen in der Zeit der sowjetischen Herrschaft, als sich Hunderttausende Einwanderer in Lettland niederließen. Das Problem wird jetzt durch ein Einbürgerungsverfahren nach rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen gelöst.

Im April und Mai 2004 erwarb Lettland die Mitgliedschaft der NATO und der Europäischen Union; damit wurden die Voraussetzungen für eine stabile wirtschaftliche und politische Entwicklung und für die Sicherheit des Staates geschaffen. Durch die Eingliederung in einen Verbund wirtschaftlich starker Länder konnte Lettland innerhalb kurzer Zeit die Entwicklung seiner Wirtschaft ankurbeln und das Niveau der Lebensbedingungen, der Wohlfahrt und der sozialen Sicherheit anheben. Der größte Gewinn für Lettland ist in Anbetracht seiner schwierigen Geschichte das Gefühl der Sicherheit und Stabilität für die Zukunft. Nach einer sehr komplexen Geschichte im 20. Jahrhundert und nach tief greifenden wirtschaftlichen und politischen Veränderungen ist Lettland in die Gemeinschaft der demokratischen Länder zurückgekehrt und sieht dort seine Zukunft.



II. EIGENSTAATLICHKEIT UND ZWEI TOTALITÄRE BESATZUNGSREGIMES (1940 - 1945)

Lettland liegt an der Ostküste der Ostsee, und seine Geschichte steht seit jeher unter dem Einfluss der Politik aggressiver Großmächte. Durch die Invasion deutscher Kreuzritter im 13. Jahrhundert wurde das lettische Volk seiner Chancen für die Bildung eines eigenen Staates beraubt. Im 18. Jahrhundert wurde das Hoheitsgebiet Lettlands nach mehreren Kriegen zwischen Supermächten um die Vorherrschaft im Baltikum Russland einverleibt, wo es etwa zweihundert Jahre verblieb. Als am Ende des 1. Weltkriegs das Deutsche Reich, das Russische Reich und Österreich-Ungarn zusammenbrachen, tauchten auf der europäischen Landkarte mehrere neue Staaten auf, darunter auch die Republik Lettland. Am 18. November 1918 wurde die Unabhängigkeit des Staates ausgerufen.

Zwischen den beiden Weltkriegen (1918 - 1940), also in der ersten Phase staatlicher Unabhängigkeit, nahm Lettland sowohl wirtschaftlich als auch in den Bereichen Bildung und Kultur eine sehr erfolgreiche Entwicklung. Im Jahre 1922 wurde die Verfassung des Staates angenommen, in der es hieß, dass Lettland ein demokratischer Staat sei, in dem die Macht beim Volk liege. In der Verfassung wurden die Rechte der ethnischen Minderheiten verankert und die Gleichheit aller Nationen garantiert. Lettland wurde als ein auf ethnischer Toleranz begründeter Staat aufgebaut. Ebenfalls gesetzlich geschützt war die Unverletzlichkeit des Privateigentums. Allen Bürgern wurden umfassende demokratische Rechte und Freiheiten zugesichert. Es gab im Lande freie kommunale und allgemeine Wahlen, Freiheit der Presse und der politischen Betätigung, eine unabhängige Gerichtsbarkeit usw. Lettland war eine parlamentarische Republik, doch verfügte das Ministerkabinett über eine große Machtfülle und konnte während der Parlamentsferien Rechtsakte erlassen. Der Staatspräsident trug keine politische Verantwortung, er hatte eher repräsentative Pflichten. Doch konnte er das Parlament auflösen, obwohl ein solcher Beschluss der Bestätigung durch eine landesweite Abstimmung bedurfte; kam diese Bestätigung nicht zustande, zog das den Rücktritt des Präsidenten nach sich.

In der Zeit der Unabhängigkeit war Lettland ein wirtschaftlich florierendes und stabiles Land. Die im 1. Weltkrieg zerstörte Wirtschaft wurde rasch wieder aufgebaut. Industrie, Landwirtschaft und Außenhandel verzeichneten gute Ergebnisse. Lettland näherte sich dem Entwicklungstempo der fortgeschrittensten europäischen Länder an. So belegten beispielsweise Lettland und Estland in den 1930er Jahren beim Butterexport die Plätze zwei und drei nach Dänemark. Industrieunternehmen

stellten hochwertige Erzeugnisse her. Das bekannteste Unternehmen war die Staatliche Elektrotechnische Fabrik VEF (Valst Elektrotehniska Fabrika), die Radiogeräte, Telefone, Glühlampen und sogar die weltbekannte Kleinbildkamera „Minox“ herstellte. In der Bildung wurden bedeutende Erfolge verbucht. Mitte der 1930^{er} Jahre belegte Lettland bei den Studentenzahlen den ersten Platz in Europa. Die erfolgreiche Entwicklung Lettlands wurde jäh unterbrochen durch den verbrecherischen Molotow–Ribbentrop-Pakt, der am 23. August 1939 zwischen der Sowjetunion und Nazi-Deutschland unterzeichnet wurde. Mit diesem Pakt stecken die beiden Aggressorstaaten ihre Interessensphären in Osteuropa und im Baltikum ab. Lettland fiel ab September/Oktober 1939 in das sowjetische Interessengebiet. Unter Androhung von Gewalt zwang die Sowjetunion Lettland und den anderen baltischen Staaten so genannte Beistands und Stützpunktabkommen auf, die die Einrichtung von Militärstützpunkten in diesen Ländern gestatteten. Damit wurde die Hoheit Lettlands eingeschränkt und dieses im Grunde zu einem Protektorat der UdSSR.

Als Nazi-Deutschland im Juni 1940 in Frankreich einmarschierte, beschloss der sowjetische Diktator Josef Stalin, die baltischen Staaten zu besetzen und der Sowjetunion einzuverleiben. Am 16. Juni stellte die UdSSR der lettischen Regierung das Ultimatum, unverzüglich eine neue Regierung zu bilden und sowjetische Truppen in unbegrenzter Stärke auf ihr Hoheitsgebiet zu lassen. Am 17. Juni hatte die UdSSR das ganze Land besetzt. Sie verstieß einseitig gegen alle zuvor mit Lettland geschlossenen Abkommen (den Friedensvertrag von 1920 und den Nichtangriffspakt von 1932). Angesichts der offensichtlichen kräftemäßigen Überlegenheit leistete Lettland – so wie Dänemark gegenüber Deutschland im April 1940 – keinen Widerstand und gab den Forderungen nach.

Der Prozess der Besetzung Lettlands wurde von der sowjetischen Botschaft in Riga und von einem Sondergesandten des Kreml, Andrej Wyschinski, koordiniert. Zunächst beschloss die Sowjetunion, in Lettland eine „Volksregierung“ unter Augusts Kirhenšteins einzusetzen. Die Kommunistische Partei wurde zur einzigen politischen Partei, da alle anderen verboten wurden. Auf Anweisung Moskaus setzte die Marionettenregierung von Kirhenšteins für den 14. und 15. Juli 1940 in Lettland Parlamentswahlen an. Diese wurden abgehalten, um das Besatzungsregime zu legitimieren. Am 21. Juli fasste das neu gewählte „Parlament des Volkes“ den Beschluss, der Sowjetunion beizutreten, was einen groben Verstoß gegen die Verfassung der Republik Lettland darstellte. Daraufhin wurde Lettland in großer Eile der Sowjetunion als sozialistische Sowjetrepublik angegliedert. Die erste Phase der Besetzung war abgeschlossen. Von den USA, Großbritannien und anderen westeuropäische Ländern wurde dieses Vorgehen der Sowjetunion nicht als rechtens anerkannt.



In den Jahren 1940/1941 (Beginn des Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion) veränderte das von der Sowjetunion errichtete Besatzungsregime das wirtschaftliche und politische System des Staates von Grund auf. In Lettland wurde eine totalitäre Diktatur errichtet, und alle demokratischen Einrichtungen, die in den Jahren der Unabhängigkeit bestanden hatten, wurden geschlossen. Die Verstaatlichung der Industrie und Handelsunternehmen und der Banken setzte ein. Grund und Boden wurden zu Staatseigentum erklärt. Die größten Betriebe – VEF, Vairogs, Tosmare und andere – wurden in das sowjetische Wirtschaftssystem integriert und als „Allunionsbetriebe“ bezeichnet. In Kultur und Bildung kam es zu radikalen Einschnitten, als dem Land die kommunistische Ideologie aufgezwungen wurde. Die lettische Armee wurde neu organisiert und in das Regionalkorps 24 umgewandelt. Es kam zu groß angelegten Repressionen und Verfolgungen von lettischen Offizieren. Bis zum 22. Juni 1941, als Deutschland Lettland besetzte, waren 19,4 % des gesamten Offizierskorps gemäßregelt worden.

Ausgedehnte Unterdrückungs und Terrormaßnahmen gegen die Einwohner Lettlands wurden eingeleitet. Mit besonderer Grausamkeit ging das Sowjetregime gegen Beamte, Politiker, Vertreter der Intelligenz und Unternehmer, die sich in der Zeit der Unabhängigkeit einen Namen gemacht hatten, vor. Am 21. Juli wurde Staatspräsident Kārlis Ulmanis aus Lettland deportiert und kam am 20. September 1942 in einem Gefängnis in Krasnowodsk zu Tode. Die Anzeichen der Kolonisierung und „Russifizierung“ waren nicht zu übersehen. Zahlreiche Angehörige der russischen Bevölkerung, Mitarbeiter des kommunistischen Parteiapparats und sowjetischer Einrichtungen, Offiziere und Soldaten der Roten Armee und Vertreter von Einrichtungen des Unterdrückungsapparats kamen ins Land. Der Agrarsektor wurde im ersten Jahr der Sowjetherrschaft drastischen Veränderungen unterworfen. In aller Eile wurde eine Agrarreform durchgepeitscht, bei der den Landwirten das Land entzogen und an landlose Kleinbauern aufgeteilt wurde. Das Sowjetregime propagierte die Idee der Kollektivierung und Gründung von landwirtschaftlichen Kollektivbetrieben (Kolchosen).

Im Mai 1941 beschlossen die Regierung der UdSSR und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei eine Massendeportation von Angehörigen der Zivilbevölkerung Lettlands und der anderen baltischen Republiken in den Hohen Norden der UdSSR. Die Durchführung lag in den Händen des so genannten Volkskommissariats für Staatssicherheit der UdSSR in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen Sowjetlettlands unter Alfons Noviks und Semjon Schustin. Einheimische Kollaborateure, Aktivisten der Kommunistischen Partei und sowjetischer Institutionen, halfen bei der Zusammenstellung der Deportationslisten und der eigentlichen Deportation.

Die Deportationen in Lettland fanden in der Nacht vom 14. auf den 15. Juni 1941 statt; 15 424 Personen wurden Opfer dieser unmenschlichen Grausamkeit, darunter mehr als 3000 Kinder unter 16 Jahren. 6081 von ihnen bzw. 39,43 % aller Deportierten fanden den Tod. Zwischen 1957 und 1959 wurden die meisten Überlebenden freigelassen und durften nach Lettland zurückkehren. Von Juni 1941 bis Mai 1945 stand Lettland dann unter der Herrschaft einer anderen Besatzungsmacht – Nazi-Deutschlands. Damit wurde es innerhalb eines Jahres zum zweiten Mal okkupiert. Auch die Naziherrschaft hatte gravierende Auswirkungen auf die wirtschaftliche, politische und demografische Entwicklung. Lettland erhielt seine Unabhängigkeit nicht zurück; der Staat wurde dem so genannten Reichskommissariat Ostland zugeschlagen. Der von der deutschen Regierung erarbeitete Generalplan Ost schloss auch die Kolonisierung und „Germanisierung“ Lettlands ein.

Vom ersten Tag an ging das Nazi-Regime repressiv gegen Zivilisten, allen voran Juden, vor und startete Vernichtungsaktionen. Die große Mehrzahl der lettischen Juden, fast 70 000 Personen, fiel dem Holocaust zum Opfer. An diesen Verbrechen war auch ein kleiner Teil der lettischen Bevölkerung, das so genannte Kommando Arajs, beteiligt. Während der Besetzung durch die Nazis wurden in Lettland etwa 100 000 Zivilisten ermordet (darunter etwa 2000 Roma und 2271 geistig Behinderte).

Als sich die Lage an der Ostfront verschlechterte, beschlossen die deutschen Besatzer, Einwohner Lettlands als Soldaten zu rekrutieren. Lettische Polizeibataillone und eine lettische SS-Freiwilligenlegion (die 15. und die 19. Division) wurden aufgestellt. Insgesamt wurden rund 110 000 Personen eingezogen, von denen fast die Hälfte im 2. Weltkrieg ums Leben kam. Lettische Soldaten wurden an die Ostfront abkommandiert; gegen die Alliierten im Westen kämpften sie nicht.

In der letzten Phase des Krieges, 1944/1945, als die Sowjetunion Lettland erneut annektierte, verließen Zehntausende Letten ihr Heimatland aus freien Stücken oder notgedrungen und wurden zu Flüchtlingen. Der Hauptgrund für die Flucht in den Westen war die Furcht vor dem Terror der kommunistischen Herrschaft, vor Deportationen und erneuten Repressionen. Auch die Propaganda des Naziregimes und die zwangsweise Evakuierung von Zivilisten spielten eine Rolle. In dem genannten Zeitraum verließen rund 200 000 Menschen Lettland. Einige Fachleute beziffern den Schaden für die lettische Wirtschaft auf ca. 660 Millionen US-Dollar. Alles in allem verloren während des 2. Weltkriegs als Folge der Kampfhandlungen etwa 120 000 Menschen (Soldaten und Zivilisten) ihr Leben, und wenn man noch die Flüchtlinge und Repatriierten hinzuzählt, erhöhen sich diese Verluste auf rund 450 000 Menschen, also fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung.

III. ALLGEMEINE MERKMALE DES KOMMUNISTISCHEN REGIMES (1944 - 1990)

Mitte Juli 1945 zogen sich die deutschen Truppen zurück, und die Rote Armee drang in den Osten Lettlands vor, womit für das Land eine erneute Besatzungszeit begann. An die Stelle Nazi-Deutschlands trat nun die UdSSR. Dieser Prozess wurde am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands abgeschlossen. In Lettland wurde das politische und wirtschaftliche System der Sowjetunion eingeführt.

Im Zuge der Angliederung an die Sowjetunion verlor Lettland einen Teil seines Hoheitsgebiets. Am 22. August 1944 beschloss das Präsidium des Obersten Sowjets der Lettischen SSR, der zum damaligen Zeitpunkt seinen Sitz in Moskau hatte, einen Teil der lettischen Region Abrene an Russland abzutreten. Mit der Abtretung der Stadt Abrene und von sechs Gemeinden des Landkreises wurde gegen die Verfassung der Lettischen SSR verstoßen. Aus Dokumenten geht hervor, dass überhaupt keine Präsidiumssitzung stattgefunden hatte. Am 23. August erließ das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR lediglich ein Dekret, mit dem diese ehemaligen Gebiete Lettlands in das Gebiet Pskow eingegliedert wurden, das zu Russland gehörte.

Vom ersten Tage an setzte das sowjetische Besatzungsregime Repressionsmaßnahmen gegen die Bevölkerung ein. Am 29. Januar 1949 beschloss der Ministerrat der UdSSR Massendeportationen in allen baltischen Republiken. Vom 25. März bis zum 30. März wurden 44 271 Personen aus Lettland in Gebiete im Hohen Norden Russlands verschleppt. Der Erste Sekretär der Lettischen Kommunistischen Partei, Jānis Kalnārs, führte in seinem Bericht auf dem Plenum der Zentralkomitees aus, dass in der Zeit von 1945 bis 1953 in der Republik 119 000 Personen gemäßregelt wurden: 72 850 von ihnen wurden verhaftet, 43 702 deportiert und 2321 getötet. Einige Historiker in Lettland wie auch in Russland gehen davon aus, dass zwischen 140 000 und 190 000 Personen von Repressionen betroffen waren. Insgesamt fielen während der sowjetischen Herrschaft 240 000 Menschen politischen Repressionen zum Opfer. Anlässe waren Äußerungen nationalistischer Ansichten, Widerstand gegen die Besatzungsmacht in irgendeiner Form, eine führende Position während der Unabhängigkeit Lettlands oder der Besitz größerer Grundstücke/Ländereien. Auch Personen, denen vorgeworfen wurde, sie huldigten der westlichen Kultur (die „französische Gruppe“ - Intellektuelle, die sich für französische Kunst und Literatur interessierten)

wurden gemäßregelt. Die politischen Repressionen in Lettland ließen Anfang der 1950er Jahre nach dem Tod des Diktators Stalin nach, doch ganz wurden sie von den sowjetischen Herrschern nie eingestellt und hielten so die Gesellschaft in Furcht und Anspannung.

Das besetzte Lettland wurde zu einer der fünfzehn Unionsrepubliken der UdSSR. Entscheidende politische Kraft war die Kommunistische Partei, die unbegrenzte Verfügungsgewalt besaß. Das kommunistische Regime bediente sich auch pseudo-demokratischer Attribute und Symbole: Es gab den Obersten Sowjet der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik (das Parlament), den Ministerrat (die Regierung), es gab ein Staatswappen, eine Landesfahne und sogar eine eigene Nationalhymne. Die genannten Institutionen hatten keinen wirklichen Einfluss; sie erzeugten lediglich eine Illusion von Souveränität. Alle maßgeblichen Entscheidungen wurden entweder in Moskau oder im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Lettlands getroffen. Damit waren die wichtigsten Personen in Sowjetlettland nicht die Oberhäupter der Regierung oder des Parlaments, sondern die Ersten Sekretäre der Kommunistischen Partei: Jānis Kalnbarziāš (1940 - 1959), Arvids Pelše (1959 - 1963), Augusts Voss (1966 - 1984), Boris Pugo (1984 - 1988) und Jānis Vagris (1988 - 1990).

Eine zentrale Rolle in Lettland kam neben dem Ersten Sekretär auch dem Zweiten Sekretär der Kommunistischen Partei zu, der von Moskau eingesetzt wurde und im Grunde die Funktion eines Überwachers und indirekt eines „Vizekönigs“ wahrnahm. Die Lettische Kommunistische Partei war landesweit organisiert und stellte zusammen mit den Organen des Unterdrückungsapparats (der Staatsanwaltschaft, der Miliz und des Komitees für Staatssicherheit (KGB)) eine Stütze der sowjetischen Besatzungsmacht dar. Ein typisches Merkmal war auch das Bestehen einer Nomenklatura aus den verantwortlichen offiziellen Vertretern des Regimes (Partei und Staatsapparat, Gewerkschaften, Komsomol, Wirtschaftsführer), die mit Zustimmung der Führungsspitze der Kommunistischen Partei eingesetzt wurden.

Das sowjetische Regime war bemüht, die führende Rolle der Kommunistischen Partei auch durch gesetzliche Maßnahmen zu stärken. In Artikel 6 der Verfassung der Lettischen SSR von 1978 wurde deshalb betont, dass die führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, der Kern ihres politischen Systems, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen die Kommunistische Partei der Sowjetunion sei. Ausgerüstet mit der marxistisch-leninistischen Lehre, bestimme die Partei die allgemeine Entwicklungsperspektive des gesamten Staates und auch seine Linie der Innen- und Außenpolitik und verleihe seinem Kampf für den Sieg des Kommunismus planmäßigen, wissenschaftlich fundierten Charakter. Mit massiver Propaganda wurde versucht, im Sinne des



Regimes Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Um freie Meinungsäußerungen der Menschen zu verhindern, wurde eine strenge Zensur eingeführt, die in den Händen der Obersten Literaturbehörde lag. Diese wachte sehr aufmerksam darüber, dass keine für die sowjetischen Machthaber unerwünschten Informationen oder kritischen Äußerungen zu deren nationaler Politik oder Wirtschaftspolitik in Literatur, Kunst, Fernsehen, Radio oder Presse erschienen. Sehr aufschlussreich war in diesem Sinne die Rede des Ersten Sekretärs der Lettischen Kommunistischen Partei Augusts Voss auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees im Jahr 1971. Er erklärte damals, Schriftsteller oder Künstler dürften jede Facette der Wirklichkeit des Landes thematisieren, auch die dunklen Seiten, müssten jedoch, um diese darstellen oder beschreiben zu können, jederzeit strikt die Position der Partei und einen klaren Klassenstandpunkt vertreten.

Die Kommunistische Partei betonte in ihrer Propaganda stets, dass ein Sowjetbürger jederzeit treu zu den kommunistischen Idealen stehen, Internationalist sein und seine persönlichen Interessen der Gesellschaft zum Opfer bringen müsse usw. Im Laufe der Zeit stellte die Gesellschaft jedoch eine Diskrepanz zwischen der Propaganda der Kommunistischen Partei und der Wirklichkeit fest. Das Regime tat alles, um die bestehenden Probleme zu verschleiern und zu ignorieren und das Leben und seine Probleme in einem günstigen Licht darzustellen. Dies alles führte zu Widersprüchen, zu einer gewissen moralischen Krise in der Gesellschaft und gipfelte in dem Bestreben, die eigenen Ansichten und Gedanken zu verbergen.

Der Beginn der Nachkriegszeit (bis 1953) war die Zeit der Herrschaft Stalins. In dieser Zeit wurde das totalitäre sowjetische System in Lettland substanziell ausgebaut. Moskaus vorrangiges Ziel war die vollständige „Sowjetisierung“ des Landes. In den Bereichen Bildung und Kultur ging es vor allem um die Indoktrinierung der gesamten Gesellschaft durch die kommunistische Ideologie. Gegen alle, die nationalistische Auffassungen vertraten, wurde massiv vorgegangen. Das Sowjetregime versuchte mit allen erdenklichen Mitteln und Möglichkeiten, den Letten ideologisch und politisch einseitige Sichtweisen zur Geschichte ihres Staates aufzunötigen. Größte Bemühungen wurden unternommen, um den Menschen ihr Geschichtsgedächtnis zu nehmen und die in der Zeit der Unabhängigkeit von 1918 bis 1940 erzielten Erfolge in Abrede zu stellen. Besondere Aufmerksamkeit galt der Darstellung der Ereignisse in Lettland im Jahr 1940: So wurde betont, es habe keine Besetzung des Staates stattgefunden, die Nation habe sich vielmehr nach einer „sozialistischen Revolution“ „freiwillig“ für den Beitritt zur Sowjetunion entschieden. Die geschichtliche Wahrheit über die Politik der UdSSR in Lettland und den anderen Staaten des

Baltikums wurde auf diese Weise auf das Größte entstellt. Doch trotz aller Anstrengungen des kommunistischen Regimes gaben die Letten die Wahrheit über das, was in ihrem Land geschehen war, von Generation zu Generation weiter.

Um die lettische Identität zu schwächen und eine schnellere „Russifizierung“ zu erreichen, begann die sowjetische Führung in den 1950er Jahren mit einer umfassenden Kampagne zur Lobpreisung der russischen Sprache und Kultur. Die russische Sprache wurde in allgemeinbildenden Schulen, Fachschulen, Berufsschulen und Hochschuleinrichtungen verstärkt unterrichtet und bekam einen bevorzugten Status gegenüber der lettischen Sprache eingeräumt. Als Folge dieser Politik setzte sich das Russische in vielen Wirtschaftszweigen, öffentlichen Einrichtungen und selbst im Alltag auf Kosten des Lettischen durch. Im Jahre 1989 sprachen 89 % der Bevölkerung frei Russisch.

Während der Amtszeit von Arvīds Pelše als Erster Sekretär der Lettischen Kommunistischen Partei wurden die in Lettland ungemein populären Feierlichkeiten zur Sommersonnenwende (Mittsommerfest) verboten. Die offizielle Propaganda erklärte das Fest für überholt; es entspreche nicht dem Zeitgeist, und zudem sei es für eine sozialistische Gesellschaft nicht akzeptabel, irgendwelchen heidnischen Traditionen anzuhängen. Die Erwähnung des Mittsommerfests wurde sogar in der Musik und Literatur, im Film und selbst bei Speisen verboten. So wurde etwa der beliebte „Mittsommerkäse“ in „Bauernkäse“ umbenannt. Sogar Schulbücher wurden überarbeitet, um jeden Bezug zur Tradition des Mittsommerfestes zu tilgen. Der Mittsommertag wurde erst nach dem Ende der sowjetischen Herrschaft im Jahre 1988 wieder zum offiziellen Feiertag.

Das Sowjetregime trug einen erbitterten Kampf gegen Religion und Kirche aus. Religionsunterricht in Bildungseinrichtungen war nicht erlaubt und das Begehen von kirchlichen Feiertagen ebenfalls verboten. Die atheistische Propaganda fand auf sehr hohem Niveau statt; das Studienfach Atheismus war Bestandteil der Hochschullehrpläne. Die Staatsmacht versuchte, die Aktivitäten der Kirche einzuschränken, indem sie hohe Steuern verhängte und andere Hindernisse errichtete. Im Jahre 1961 wurde die berühmteste orthodoxe Kathedrale in Riga geschlossen und ihre Räumlichkeiten in eine Ausstellungshalle und ein Planetarium umgewandelt.

In der Wirtschaft vollzogen sich grundsätzliche Veränderungen. Industrie, Landwirtschaft, Handel und andere Bereiche wurden vollständig verstaatlicht. Der Bevölkerung wurde ihr Eigentum ohne jede Entschädigung entzogen. Das private Unternehmertum wurde anfangs begrenzt und später völlig verboten und die einer strengen Planung unterworfenen Wirtschaft voll unter Kontrolle des Staates gestellt.



Im Agrarsektor fand eine allgemeine Kollektivierung statt, und die Bauern wurden mit repressiven Maßnahmen gezwungen, in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (Kolchosen) einzutreten. Die ersten Kolchosen wurden in Lettland schon 1946 errichtet. Das sowjetische Agrarsystem war ineffizient, hatte eine niedrige Produktivität und war sehr kostenintensiv. Die kleinen Nebengewerkschaften der Bevölkerung waren wesentlich effektiver und erzeugten beachtlichen Mengen von Fleisch, Milch und anderen Produkten. Während der Amtszeit von Nikita Chruschtschow in der UdSSR musste die Landwirtschaft mehrere Kampagnen über sich ergehen lassen.

Die allgemeine Wirtschaftsstruktur Lettlands wurde von Grund auf verändert und die Industrie mit besonderer Intensität entwickelt. In den 1950er und 1960er Jahren wurden Dutzende neuer Anlagen und Fabriken errichtet. Große Industriebetriebe wurden gebaut, die hauptsächlich Waren für den Export in andere Republiken herstellten. Für diese Politik gab es keine objektiven wirtschaftlichen Gründe. Ein massiver Zustrom von Arbeitskräften aus Russland, Belarus, der Ukraine und Moldawien setzte ein. Dies hatte schließlich erhebliche Veränderungen in der demografischen Struktur Lettlands zur Folge. Anfang 1980 machten die Letten nur noch 52 % der Gesamtbevölkerung aus. Die Trends zeigten, dass die Letten im Ergebnis der Politik Moskaus zur Minderheit im eigenen Land hätten werden können.

Als Folge der künstlichen Entwicklung der Industrie nahm die Einwohnerzahl der größten Städte Lettlands - Riga, Daugavpils, Jelgava, Ventspils, Valmiera und Rāzekne – rasch zu. In den 1960er und 1970er Jahren vollzog sich in Lettland eine rasante Urbanisierung, die einen Mangel an Wohnraum nach sich zog. Ab den 1960er Jahren wurden in großem Maßstab Plattenbauten aus Stahlbeton errichtet, die schlecht geplant und unansehnlich waren. Die neuen Wohngebiete verfügten nicht über die notwendige Infrastruktur, es fehlte an Kindergärten, Geschäften und medizinischen Einrichtungen. Obwohl jedes Jahr viele neue Wohnhäuser hinzukamen, herrschte insbesondere in der Hauptstadt Riga ein sehr ernstes Wohnungsproblem. Familien standen zehn Jahre und länger auf der Warteliste für eine Wohnung. Für Letten war es besonders schwierig, weil Neuankömmlinge und auch sowjetische Offiziere im Ruhestand und Nomenklatura-Kader bevorzugt behandelt wurden.

Generell fiel Lettland, wie die wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsparameter deutlich machen, in der Zeit der Sowjetherrschaft nach und nach hinter die Länder (Skandinavien) zurück, mit denen es in der Zeit der Unabhängigkeit mehr oder weniger auf einer Stufe gestanden hatte. Dies alles waren Belege für die Ineffizienz des sowjetischen Systems, seine Stagnation und Krise.

IV. WIDERSTAND GEGEN BESATZUNG UND DIKTATUR

Unmittelbar nach Kriegsende war ein sehr großer Teil der lettischen Bevölkerung bereit, gegen die Besatzer Widerstand zu leisten. Dies geschah im Wesentlichen auf zwei Wegen: durch den bewaffneten Kampf der als „Waldbrüder“ bezeichneten einheimischen Partisanen und über gewaltlosen Widerstand. Nach dem Vordringen der Roten Armee in den Osten Lettlands im Sommer 1944 bildeten sich eher ungeordnet die ersten Gruppen von „Waldbrüdern“ und nahmen den bewaffneten Kampf gegen die Sowjetmacht auf. Die Zunahme der Repressionen gegen die Bevölkerung stärkte die Widerstandsbewegung. Zunächst schlossen sich den „Waldbrüdern“ Personen an, die aktiv mit den deutschen Besatzern zusammengearbeitet hatten: einstige Polizeibeamte, für die deutschen Truppen rekrutierte Legionäre, Mitarbeiter der Landesregierung und andere. Die „Waldbrüder“ waren junge Menschen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren. Später traten ihnen die Söhne der Neubauern, die ländliche Intelligenz und einstige Soldaten und Offiziere der Armee der Republik Lettland bei, die das Ideal eines unabhängigen lettischen Staates in ihrem Herzen bewahrt hatten. Viele Menschen in Lettland glaubten nach dem Krieg, dass bald ein neuer Krieg zwischen dem Westen und der Sowjetunion ausbrechen würde, und beteiligten sich deshalb aktiv am Kampf gegen die sowjetische Besatzungsmacht.

Der bewaffnete Kampf der „Waldbrüder“ gegen die sowjetische Herrschaft war keine einmalige Erscheinung. Zu ähnlichen Entwicklungen kam es auch in Litauen, Estland, der Ukraine, Polen und anderen osteuropäischen Ländern. Anfangs, d. h. 1944/45, entstanden vergleichsweise große „Waldbrüder“-Gruppen. So wurde etwa in der Gegend von Balvi und Vilaka der „Verband der lettischen Partisanen“ unter der Führung von Peteris Supe gebildet. Dieser Einheit gehörten etwa 400 „Waldbrüder“ an. Ihre Aktivitäten erstreckten sich über den gesamten Norden von Latgale sowie den nördlichen und mittleren Teil von Vidzeme. Den sowjetischen Sicherheitsbehörden gelang es erst 1953, den Verband zu vernichten. In der Region Kurzeme operierten zwei „Waldbrüder“-Verbände: die „Partisanenorganisation Nord-Kurzeme“ und die „Organisation der lettischen Partisanen“. Nach Archivunterlagen gehörten den „Waldbrüder“-Einheiten 20 193 Personen an, die 2659 Operationen gegen die sowjetischen Besatzer durchführten. 2422 „Waldbrüder“ wurden im Einsatz getötet, 7342 verhaftet. Die „Waldbrüder“ töteten bei ihren Operationen 259 Angehörige des sowjetischen Militärs, 111 KGB Mitarbeiter, 199 Kämpfer von Strafbataillonen sowie 1070 Aktivisten des sowjetischen Regimes.

Die aktivste Zeit der „Waldbrüder“ war von 1944 bis 1949, als sie nicht nur in der Defensive blieben, sondern sowjetische Einrichtungen, Armee und Sicherheitskräfte direkt angriffen. In den Folgejahren gelang es dem sowjetischen Regime mittels verstärkter Repressionen und eines Propagandafeldzugs, den Aktivitäten der „Waldbrüder“ Grenzen zu setzen. Die „Waldbrüder“ führten keine groß angelegten Operationen mehr durch. An die Stelle der Angriffsstrategie der vorangegangenen Jahre trat nun eine Überlebensstrategie. Ein Teil der „Waldbrüder“ ergab sich freiwillig den sowjetischen Behörden. Dies wurde vor allem durch das Amnestie-Dekret des Obersten Sowjets der UdSSR von 1955 erleichtert. Rund 350 „Waldbrüder“ ergaben sich damals innerhalb eines Jahres.

Die Einheiten der „Waldbrüder“ engagierten sich nicht nur in Kampfeinsätzen, sondern versuchten auch, illegale Zeitungen, verschiedene Flugblätter und Erklärungen zu veröffentlichen und unter die Leute zu bringen. Solche Aktivitäten waren sehr wichtig, weil sie die Politik der sowjetischen Besatzer entlarvten. Während des Krieges der „Waldbrüder“ erschienen in Lettland 14 Zeitungen bzw. Mitteilungsblätter unterschiedlichen Umfangs.

Für die große Effizienz der „Waldbrüder“-Bewegung im Nachkriegs-Lettland spricht die Tatsache, dass das Sowjetregime im zweiten Halbjahr 1944 militärische Sonderformationen aufstellte und einsetzte; dabei handelte es sich um Vernichtungsbataillone mit mehr als 44 000 Kämpfern. Solche Vernichtungsbataillone, die im Schnitt aus jeweils 800 Kämpfern bestanden, wurden in allen Regionen Lettlands installiert. In den Landgemeinden waren die Einheiten der Vernichtungsbataillone 25-30 Mann stark; sie bildeten die Hauptmacht der sowjetischen Besatzer zur Bekämpfung der „Waldbrüder“ in den ländlichen Gebieten Lettlands. Die Kämpfer für die Bataillone wurden aus der örtlichen sowjetischen Bevölkerung oder loyal gesinnten Bürgern rekrutiert.

Von den sowjetischen Sicherheitsorganen wurden außerdem Einheiten mit verdeckten Agenten unterwandert. Diese Agenten halfen nicht nur, bestimmte Einheiten der „Waldbrüder“ auszuschalten, sondern enttarnten auch das Netz der Unterstützer und der Versorgung mit Lebensmitteln und Waffen. Im Rahmen der Bekämpfung der „Waldbrüder“ fand eine grausame Verfolgung ihrer Familienmitglieder und Verwandten statt. Sogar gegen kleine Kinder wurde Terror praktiziert. Gefangen genommene „Waldbrüder“ wurden oft physischer Folter ausgesetzt und verstümmelt. Um die lokale Bevölkerung einzuschüchtern, wurden in den Gemeinden regelmäßig Leichen von „Waldbrüdern“ öffentlich zur Schau gestellt. Weit verbreitet war auch das Niederbrennen der Häuser von „Waldbrüdern“ und deren Angehörigen.

Mit dem Einzug des Sowjetregimes setzte auch der gewaltlose Widerstand ein. Viele illegale Gruppen bildeten sich, in denen Menschen versuchten, Informationen über die Politik des Regimes zu sammeln und auszuwerten. Diese Gruppen druckten Flugblätter, Erklärungen und sogar kleine Mitteilungsblätter, in denen sie die Bevölkerung aufriefen, dem Sowjetregime den Gehorsam zu verweigern. Zu den Mitteln des gewaltlosen Widerstands gehörten die Beschädigung sowjetischer Flaggen auf öffentlichen Plätzen, die Zerstörung der offiziellen Porträts sowjetischer Führungspersonen, das Aushängen der Flagge der Republik Lettland, antisowjetische Losungen an Wänden, auf Straßen usw. Auch das Hören von Radiosendern wie „Voice of America“ und die Verbreitung der dort bezogenen Informationen galt als Widerstand. Gewaltloser Widerstand wurde auch in verschiedenen illegalen Schulvereinen und –gruppen geübt. Von 1947 bis 1957 deckten die sowjetischen Sicherheitsorgane mehr als 100 antisowjetische Schülergruppen auf. Einen wichtigen Beitrag zum Widerstand gegen das Regime leisteten die traditionellen Religionsgemeinschaften in Lettland: Katholiken, Lutheraner, Baptisten, Altgläubige und Orthodoxe. Die Kirche druckte illegale Publikationen, in denen sie der Gesellschaft die Existenz Gottes und seiner Rolle im spirituellen Leben der Menschen erklärte. Dies war für die Kirche der einzige Weg, der atheistischen Propaganda des Regimes in den Schulen, Hochschuleinrichtungen und Arbeitskollektiven etwas entgegenzusetzen. Das heutige Oberhaupt der katholischen Kirche in Lettland, Kardinal Jānis Pujats, richtete in der Zeit der Sowjetherrschaft eine illegale Druckerei ein. Die Gemeinschaft der Baptisten publizierte in diesen Jahren 600 maschinell und handgeschriebene illegale Schriften. Eine Form des Protests, derer sich die Kirche bediente, waren Aktivitäten von Gemeinden, die nicht offiziell registriert waren und deren Gottesdienste nicht der staatlichen Kontrolle unterlagen. Trotz der in der Verfassung der Sowjetunion verbrieften Glaubensfreiheit waren die Kirche und ihre Diener ständigem Druck und unterschiedlich gearteten Repressionen durch das Sowjetregime ausgesetzt. Bevor die Sowjetunion Lettland 1940 besetzte, hatte es im Land 190 katholische Priester gegeben, deren Anzahl bis 1973 im Ergebnis der verschiedenen Maßregelungen (Verhaftungen, Deportationen, Mord) auf 70 geschrumpft war. Sechs Priestern wurde der Dienst in der Gemeinde und die Unterrichtung der Christenlehre an Kinder untersagt.

In den 1960er Jahren kam es zu recht einschneidenden Veränderungen in der Organisation des Widerstands und der Ideologie. Zwar gab es immer noch Versuche, illegale Gruppen zu bilden, doch wurden diese in der Regel schnell entdeckt und zerschlagen. Die Opposition gegen das Regime und seine Politik trat nun eher in den Aktivitäten einzelner Personen oder kleiner Grüppchen zutage. Dissidenten traten auf den Plan, die keine Furcht hatten, ihre kritische Meinung über das Leben



in der Sowjetunion offen kundzutun. Die Bewegung hatte im Wesentlichen den Charakter eines demokratischen und national geprägten Widerstands. In der Regel forderten die Dissidenten von der Sowjetunion, die Verpflichtungen einzuhalten, die diese mit der Unterzeichnung internationaler Verträge eingegangen war, oder die Grundsätze zu befolgen, die in staatlichen Gesetzen verankert waren. Hauptanliegen der lettischen Dissidenten war allerdings der Kampf um die Rechte der lettischen Nation auf Selbstbestimmung, die Wiederherstellung eines unabhängigen Staates sowie die Bewahrung der eigenen Kultur und sprachlichen Identität gegen die Russifizierung.

Zur Ablehnung der Sowjetherrschaft in Lettland trug auch der Einmarsch von Truppen der Sowjetunion und anderer Staaten des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei im August 1968 bei. Sogar Mitglieder der Kommunistischen Partei protestierten dagegen. Der Student Ilja Rips versuchte 1969, sich aus Protest gegen den Einmarsch in die Tschechoslowakei in der Nähe des Freiheitsdenkmals in Riga zu verbrennen. Viele illegale Flugblätter wurden in Umlauf gebracht, Protestlosungen auf Straßen, an Häuserwände und an Zäune geschrieben. Bei den staatlichen Behörden gingen Protestbriefe der Einwohner ein.

Die Dissidenten betrachteten es als eine sehr wichtige Aufgabe, die Öffentlichkeit über aktuelle Ereignisse zu informieren, die Gesellschaft zu sensibilisieren und den Widerstandsgeist aufrechtzuerhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, versuchte man, die Kräfte der Opposition im Baltikum zu vereinen. Am 20. August 1977 nahmen mehrere baltische Dissidenten ein Dokument an, in dem sie ihre Absicht zur Einsetzung eines Obersten Komitees bekanntgaben, das die nationalen Bewegungen Lettlands, Litauens und Estlands koordinieren sollte. Der KGB versuchte, diese Versuche durch die Verhaftung mehrerer Dissidenten zu stoppen. Als in den 1970er Jahren die Entspannung zwischen Ost und West einsetzte, wurde es für das Sowjetregime immer schwieriger, die Dissidentenbewegung zu unterdrücken. Führende Politiker der westlichen Länder und internationale Menschenrechtsorganisationen protestierten gegen die Repressionen durch das sowjetische Regime. Besondere Beachtung erlangte im Westen der Brief des Dissidenten der Lettischen Kommunistischen Partei Eduards Beklavs und seiner Anhänger (der „Brief der 17 Kommunisten“) über die Lage in Lettland. Ihnen war es gelungen, das Schreiben in den Westen zu schmuggeln, wo es auf recht große Resonanz stieß. In dem Brief wird die Politik des Regimes offen geschildert und betont, dass diese die „Russifizierung“ Lettlands zum Ziel habe. Auch die Wirtschaftspolitik wird kritisiert, die einen schnellen Zustrom von Zuwanderern nach Lettland befördere, und erklärt, dass in Lettland keine Demokratie herrsche und die Menschenrechte

verletzt werden. Die sowjetischen Behörden taten ihr Bestes, um zu beweisen, dass der Brief der 17 lettischen Kommunisten eine Fälschung war und nicht den Tatsachen entsprach.

In ihrem Kampf gegen Dissidenten ging die sowjetische Führung oft mit repressiven Methoden vor. So wurde beispielsweise Anfang der 1960er Jahre der Dichter Knuts Skujenieks verhaftet und zu einer langen Haftstrafe verurteilt. Im Jahre 1961 wurde Gunārs Astra zu 15 Jahren Straflager (Gulag) verurteilt. Die letzten großen Dissidentenverhaftungen in Lettland vor dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems fanden während der Amtszeit von Juri Andropow als Generalsekretär der KPdSU statt. Im Jahre 1983 wurden Gunārs Astra sowie Ints Calitis, Lidiya Doronina-Lasmane und andere Dissidenten zu wiederholten Malen verurteilt. Dutzende Personen erhielten offene Warnungen und wurden verfolgt. Gunārs Astra äußerte in einer Erklärung vor dem Obersten Gerichtshof der Lettischen SSR am 15. Dezember 1983: „Ich vertraue darauf, dass diese Zeiten wie ein schrecklicher Albtraum vorübergehen. Das gibt mir die Kraft, hier zu stehen und zu atmen. Unsere Nation hat viel durchlitten und wird deshalb auch diese dunklen Zeiten überstehen.“ In den 1970er und 1980er Jahren bediente man sich der Methode, Dissidenten ins Exil in westlichen Ländern zu zwingen. Diese Strafe wurde gegen die Brüder Olafs und Pavils Bruvers angewendet.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde die Menschenrechtsbewegung in Lettland aktiver. Die Gruppe Helsinki-86 entstand, die überwachte, wie die UdSSR die auf der OSZE-Konferenz in Helsinki zu den Menschenrechten unterzeichneten Dokumente einhielt. Diese Gruppe organisierte am 14. Juni 1987 große Protestdemonstrationen gegen das kommunistische System in Lettland. Die Krise des sowjetischen Regimes hatte bereits eingesetzt, und die Demonstrationen zogen keine umfassenden Maßregelungen nach sich, auch wenn es dem KGB gelang, die Abschiebung mehrerer Mitglieder der Gruppe Helsinki-86 in den Westen durchzusetzen.

V. VERÄNDERUNGEN IM SOWJETISCHEN REGIME ZWISCHEN 1950 UND 1980

Nach dem Tode des sowjetischen Diktators Josef Stalin im Jahr 1953 begann eine Zeit gewisser Veränderungen im politischen System, die von Historikern die „Tauwetter-Periode“ genannt wird. In dieser Phase forderten verschiedene Kräfte in mehreren Sowjetrepubliken, darunter auch Lettland, eine Reform des diktatorischen Systems, mehr Freiheit, weniger Abhängigkeit vom



Zentrum (Moskau) und mehr unabhängige Entscheidungen bei der Einsetzung Einheimischer in Führungspositionen. Im Zuge dieser Entwicklung trat einer der „Erben“ Stalins auf den Plan: Lawrenti Beria, Chef des Staatssicherheitsdienstes und einflussreiches Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU. Er forderte eine Stärkung der nationalen Kader im System der kommunistischen Parteien der Republiken und im Staatsapparat und betonte, dass die Führungskader der nationalen Republiken die Sprache der jeweiligen Republik sprechen müssten, sonst hätten sie kein Recht auf ihre Ämter und sollten ins Zentrum zurückberufen werden. Zur Lettischen SSR wurde am 12. Juni 1953 in Moskau ein entsprechender Beschluss gefasst. Kurz darauf, am 22. Juni, fand eine Plenarsitzung des Zentralkomitees der Lettischen Kommunistischen Partei statt, wo ähnliche Vorstellungen geäußert wurden. Besonders herausgestellt wurde, dass viele Funktionäre kein Lettisch sprachen und dass das Lettische diskriminiert und aus dem offiziellen Sprachgebrauch verbannt worden sei.

Die so genannten nationalen Kommunisten übernahmen also Spitzenpositionen in der Kommunistischen Partei, und die Regierung, die nicht vorhatte, das bestehende kommunistische System zu zerschlagen, wollte dieses reformieren und demokratisieren. Diese Gruppe sprach sich gegen die künstliche Industrialisierung Lettlands und die Massenzuwanderung aus anderen Republiken aus. Sie trat für die Besetzung hochrangiger Posten in der Partei mit Einheimischen und die Wahrung der Rolle der lettischen Sprache und Kultur ein. Außerdem forderten die nationalen Kommunisten eine ehrliche Betrachtung der Geschichte der Sowjetunion und Lettlands. Die bekanntesten kommunistischen Führungspersonlichkeiten in Lettland waren der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Eduards Berkļavs, der Zweite Sekretär des Zentralkomitees der Lettischen Kommunistischen Partei Vilis Krūmins, der Ökonom Pauls Dzerve, der Landwirtschaftsminister Aleksandrs Nikonovs, der Leiter der Landwirtschaftsabteilung im Zentralkomitee der Lettischen Kommunistischen Partei Antons Lurins und andere.

Im Ergebnis der von Nikita Chruschtschow in Gang gesetzten Kritik am Stalin-Kult und einer gewissen Liberalisierung des sowjetischen Systems bildeten sich in der Elite der Lettischen Kommunistischen Partei und der Regierung zwei Lager heraus, zwischen denen sich ein ernster Konflikt entwickelte. Ein Lager wurde von den alten Stalinisten vertreten, die gegen jeglichen Wandel im sowjetischen System waren. In der anderen Gruppe dagegen strebten die nationalen Kommunisten an, das stalinistische Sozialismusmodell zu verwerfen und die wirklichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus im Alltag anzuwenden. Es gab Streit darüber, was für Lettland wichtiger sei: seine eigenen Interessen oder die Forderungen und Prioritäten, die aus Moskau vorgegeben

wurden. Im Gegensatz zu den nationalen Kommunisten schätzten die Stalinisten die lettische Sprache und Kultur gering und betonten die Überlegenheit der russischen Sprache und Literatur.

Das stalinistische Lager in Lettland setzte sich aus der alten Nomenklatura zusammen, die die Reformen von Chruschtschow völlig ablehnte. Diese Personen kamen aus den Partei und Staatsorganen, aus dem Komitee für Staatssicherheit (KGB) und aus dem Führungsstab des Baltischen Militärbezirks. Zu ihren bekanntesten Vertretern gehörten der Sekretär für Ideologie der Kommunistischen Partei Arvīds Pelše, der Abteilungsleiter im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Augusts Voss und General Alexander Gorbатов, Chefredakteur der Zeitung „Sowjetskaja Latwija“ (Sowjetlettland).

Im Dezember 1956 traf sich Chruschtschow mit der Führungsrunde der Lettischen SSR: dem Vorsitzenden des Ministerrats, Vilis Lācis, dem Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei, Jānis Kalnārciāš, und dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Karlis Ozolins. Bei diesem Treffen wurde die Bitte geäußert, die Zahl der Zuwanderer nach Lettland zu begrenzen, die Führungspositionen mit Personen zu besetzen, die mit der lettischen Sprache und Kultur vertraut seien, und den unbegründeten Plan zur Errichtung von Allunionsbetrieben und Fabriken in Lettland zu überdenken. Chruschtschow akzeptierte die Vorschläge der führenden Politiker Lettlands als begründet und räumte ein, dass in Lettland ein gewisses Ungleichgewicht entstanden sei.

Doch die nationalen Kommunisten in Lettland hatten sich nicht in eigenen Strukturen organisiert. Sie verfügten nicht über eigene Struktureinheiten oder ein Arbeitsprogramm. Vielmehr waren sie eine Gruppe von Einzelpersonen mit ähnlichen Anschauungen, die von der jüngeren Generation der Nomenklatura und auch von lettischen Intellektuellen mitgetragen wurden. Der Einfluss der Reformkräfte wurde 1958 deutlich, als Fjodor Kaschnikow, der vom Zentrum gefördert und unterstützt wurde, nicht zum Zweiten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Lettlands gewählt wurde. Das war ein Schock für Moskau, denn einen solchen Fall hatte es bis dahin in den Beziehungen zwischen Moskau und der Kommunistischen Partei einer Republik noch nicht gegeben. Moskau leitete Gegenmaßnahmen ein, weil Kaschnikow als Opfer der antirussischen Politik in Lettland galt.

Ein aktiver Gegner der erzwungenen Zuwanderung nach Lettland war Eduards Berkļavs. Als Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates versuchte er, den massiven Zustrom von Einwanderern und deren Ansiedlung in der Hauptstadt Riga zu verhindern. In dieser Frage fand Berkļavs sogar



Unterstützung bei der Regierung der UdSSR, als er nachwies, dass Riga nicht in der Lage war, alle Zuwanderer mit Wohnraum zu versorgen. Die nationalen Kommunisten bemühten sich darum, die gleichen Beschränkungen für Zuwanderer nach Riga durchzusetzen, wie sie auch für Moskau, Leningrad und Kiew galten. Dieses Vorgehen stieß besonders bei den ehemaligen Offizieren der sowjetischen Armee auf wenig Gegenliebe, für die Riga ein sehr attraktiver Wohnort war.

Im Dezember 1956 konnten die lettischen Kommunisten im Präsidium des Zentralkomitees einen Beschluss über den Unterricht der lettischen und der russischen Sprache erwirken. Darin wurde festgestellt, dass viele leitende Mitarbeiter öffentlicher Behörden das Lettische nur schlecht beherrschten und auf diese Weise das Lettische aus dem offiziellen Sprachgebrauch verdrängt werde. Bei Unterlagen von Unternehmen und bei politischen und kulturellen Massenveranstaltungen komme ungeachtet der Zusammensetzung der Belegschaft oft Russisch zum Einsatz. Dies alles führe zur Ungleichbehandlung von Letten und Russen und leiste Äußerungen des Nationalismus Vorschub. Um hier Besserungen herbeizuführen, legte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Lettlands fest, dass in den Parteiorganisationen, Unternehmen und Institutionen Sprachschulungen stattfinden und von den Führungskräften verlangt werden sollte, innerhalb von zwei Jahren beide Sprachen soweit zu erlernen, dass sie sich zumindest unterhalten könnten.

Neue Ansätze hielten auch in der Bildungspolitik Einzug. In den Lehrplänen erhielten die ästhetische Erziehung wie auch die Geschichte und Kultur Lettlands mehr Gewicht als zuvor. Die führenden Köpfe im lettischen Bildungssystem vertraten die Auffassung, dass der Schulbesuch ein Jahr länger dauern sollte als im Schulsystem der Russischen Föderation. Das wurde damit begründet, dass die Schüler in Lettland ja Lettisch und Russisch lernen sollten. Moskau lehnte diesen Vorschlag ab. Im Jahre 1958 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den Stalinisten und dem liberalen Flügel der Kommunistischen Partei Lettlands weiter. Der reaktionäre Flügel wurde aktiver, und das Zentralkomitee der KPdSU in Moskau entsandte eine Sonderkontrollgruppe nach Riga.

Im Juni 1959 kam der erste Mann der Sowjetunion, Nikita Chruschtschow, nach Riga, und dort überzeugten ihn die Stalinisten davon, dass die Nationalisten die führenden Positionen in der Kommunistischen Partei der Republik besetzt hätten und Russen in Lettland diskriminiert würden. So wurde in Moskau beschlossen, in der Führung Lettlands eine Säuberungsaktion durchzuführen. Am 25. November traten der Erste Sekretär der Lettischen Kommunistischen Partei, Jānis Kalnārciāš, und der Vorsitzende des Ministerrates, Vilis Lācis, von ihren Ämtern zurück. Eduards Berkļavs, einer der bekanntesten nationalen Kommunisten, verlor ebenfalls sein Amt. Tatsächlich

wurde er in das Gebiet Wladimir in Russland deportiert, wo er als Leiter der Filmbehörde arbeitete. Im darauffolgenden Monat wurden der Chefredakteur der Zeitung „Cina“ Pavels Pizans, der Redakteur der Rigaer Stadtzeitung Osvalds Darbins, der Redakteur der Zeitschrift „Zvaigzne“ Rafaels Blums und viele andere ihrer Posten enthoben. Bei dieser Säuberungsaktion verloren mehr als tausend Menschen ihre Arbeit. Der Reaktionär Arvids Pelse wurde als Erster Sekretär der Kommunistischen Partei Lettlands eingesetzt; er setzte die Ablösung hochrangiger Mitglieder und die politische Säuberung bis 1962 fort.

Nachdem Chruschtschow seines Postens enthoben worden und in Moskau Leonid Breschnew an die Macht gekommen war, kam es auch in der Führungsspitze der Kommunistischen Partei Lettlands erneut zu Veränderungen. Augusts Voss, der Lette aus Russland, sprach kein Lettisch und wurde dennoch zum Ersten Sekretär ernannt. In Lettland begann die „Stagnationsphase“. Es gab keinen offenen Machtkampf um die hochrangigen Posten mehr. Oberster Grundsatz waren gute Beziehungen zum Zentrum und die Zurückstellung aller nationalen Prioritäten. Die 1960er und 1970er Jahre waren gekennzeichnet durch rigorose politische und ideologische Überwachung und eine stärkere Zentralisierung der Macht. Dennoch sah sich das Regime nicht mehr in der Lage, eine lückenlose Kontrolle über jedermann und überall auszuüben. Die Intellektuellen und die aktivsten Mitglieder der Gesellschaft stellten eine zunehmende Diskrepanz zwischen den Worten und den Taten der Repräsentanten der Macht fest. Die Nomenklatura hatte zu allem Zugang, und die anderen bekamen das, was übrig blieb. Diese Verhältnisse führten mit dazu, dass die Distanz zwischen Staatsmacht und Gesellschaft größer wurde und eine Kluft zwischen der Führungsspitze, der Nomenklatura, und der breiten Masse entstand. Ein Teil der Gesellschaft ergab sich dem Alkohol, und Desinteresse und Gleichgültigkeit gegenüber dem, was ringsum geschah, nahmen zu.

Die neue Führungsriege der Republik leistete den Anweisungen des Zentrums gehorsam Folge und stellte sich in den 1960er Jahren hinter den schnellen Aufbau von Allunions-Industriebetrieben. Im Allgemeinen wurden Maschinenbau, Metallverarbeitungs-, Chemie- und Schiffbaubetriebe sowie Fertigungsstätten für Rundfunk und Elektronikausrüstungen errichtet. Ebenso wie die anderen baltischen Republiken wurde Lettland mehr und mehr industrialisiert. In Fortführung der Politik Chruschtschows zur verstärkten Entwicklung der chemischen Industrie wurden in der ersten Hälfte der 1960er Jahre vier große Chemiebetriebe errichtet: das Chemiewerk Olaine, das Glasfaserwerk Valmiera, das Chemiefaserwerk Daugavpils und das Kunststoffverarbeitungswerk Olaine. Das staatliche Elektrotechnikunternehmen VEF und das nach Andrej Popow benannte Rundfunkwerk

Riga wurden erheblich erweitert. Das Waggonbauwerk Riga wurde zum Monopolunternehmen für den Waggonbau in der Sowjetunion.

Moskau war nicht an einer ausgewogenen Entwicklung der Wirtschaft interessiert. Fehlende Rohstoffe, Arbeitskräfte und Energieressourcen wurden nach Lettland geschafft. So stammten in den 1960er und 1970er Jahren bereits 43,3 % aller benötigten Arbeitskräfte aus anderen Sowjetrepubliken. Beim Bau der Kleinbusfabrik Jelgava wurden seinerzeit beispielsweise nahezu alle benötigten Ersatzteile aus Russland und anderen Republiken antransportiert. Ähnlich verhielt es sich beim Textilwerk Ogre und beim „Lauma-Werk“ in Liepaja.

Der wichtigste Produktionsparameter war aus Sicht des sowjetischen Regimes die unbedingte Einhaltung der im Staatsplan festgelegten Produktionsvorgaben. Der Qualität der hergestellten Waren wurde nicht die gebührende Aufmerksamkeit gezollt, da in der Sowjetunion an allen Waren ständiger Mangel herrschte. Eine hohe Fertigungsqualität war nur im Militärssektor gewährleistet, und in den 1960er und 1970er Jahren nahm die Zahl der entsprechenden Betriebe in Lettland zu. Mehr als 15 % aller Arbeitskräfte in diesem Zeitraum waren in der Produktion militärischer Güter beschäftigt, deutlich mehr als in Litauen und dreimal so viel wie in Estland.

Aufgrund der bestehenden Missverhältnisse befand sich der Agrarsektor stets in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Das war in Lettland ähnlich. Das Sowjetsystem hatte den Grund und Boden verstaatlicht und die landwirtschaftlichen Betriebe in Kolchosen (landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) umgewandelt. Die traditionellen Produktionsformen wurden zerstört, was in den ländlichen Gebieten ernste soziale, demografische und sogar moralische Probleme nach sich zog. In den ersten Jahren nach der Kollektivierung der Landwirtschaft (Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre) wurden die Kolchosbauern in gewisser Weise wie Leibeigene behandelt, da sie ohne Erlaubnis des Vorsitzenden der Kolchose aus dieser nicht austreten oder ihren Wohnort wechseln durften. Die Bezahlung für die harte und schwere Arbeit war lächerlich gering. Die landwirtschaftliche Produktion erreichte sehr lange Zeit nicht den Vorkriegsstand, was belegt, wie ineffektiv das System der Kolchosen war. Dies wurde auch vom Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Lettlands Jānis Kalnārcis in einem Bericht eingestanden. Was den Kolchosen das Überleben erschwerte, waren die sehr niedrigen staatlichen Aufkaufpreise, die hohen Steuern und verschiedene andere zusätzliche Pflichtleistungen wie beispielsweise die obligatorischen Holzlieferquoten. Die Chruschtschow-Zeit brachte den Bauern neue Erschwernisse, da sie aus politischen Gründen aufgefordert wurden, ihre kleinen landwirtschaftlichen Nebenwirtschaften

aufzugeben, die für die Kolchosbauern eine Einkommensquelle darstellten. Schaden erlitt die lettische Landwirtschaft auch durch Chruschtschows Kampagne für den obligatorischen Maisanbau.

Doch ab den 1960^{er} Jahren ließ die Diskriminierung der Kolchosbauern langsam nach: Die Aufkaufpreise stiegen, staatliche Renten wurden gezahlt, das Einkommen der Landbevölkerung und auch ihre soziale Absicherung verbesserten sich. Die Regierung gestattete den Kolchosen, zusätzliche Produktionsformen zu entwickeln (Herstellung von Lebensmittelkonserven, Fertigung von Keramikwaren, Brauereien usw.), um das Einkommen der Beschäftigten aufzubessern. Trotz positiver Tendenzen in den 1970^{er} bzw. 1980^{er} Jahren blieb die geringe Produktivität das Hauptproblem der Entwicklung auf dem Lande. In vielen Parametern hatte die Lettische SSR das Niveau der Zeit der Unabhängigkeit nicht wieder erreicht. So wurden bei Kartoffeln 1940 ca. 151 Zentner/Hektar geerntet, während es in den Jahren 1971 - 1975 nur 138 waren. Beim Getreide verhielt es sich ähnlich. Bei Feldfrüchten wurde der Gesamtertrag von 1940 - 1,4 Millionen Tonnen - erst 1981 überschritten. In dieser Zeit begann sich die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu verschlechtern, weil ein wachsender Teil der Erzeugung nach Moskau ging. Dies löste Unzufriedenheit unter der Bevölkerung aus.

Die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion war nicht effektiv genug und verursachte dadurch massive Probleme. Hierzu gehörten die steigende Inflation in Lettland, hohe Spareinlagen der Bevölkerung, die sinkende Kaufkraft und ein erheblicher Mangel an Alltagsgütern. In den Jahren 1963/64 wurde in Lettland sogar das Brot knapp, in den 1980^{er} Jahren waren es Fleisch und Milchprodukte. Auch einzelne Industriegüter waren schwer zu beschaffen. So gab es etwa für den Kauf von PKW Wartelisten von zehn Jahren. Auch bei Haushaltswaren, moderner Kleidung und Schuhwaren war die Versorgung mangelhaft. Die Menschen versuchten, das Notwendige auf dem Schwarzmarkt oder über Beziehungen (persönliche Kontakte für den Kauf von knappen Gütern) zu erwerben. Das System schuf selbst die Grundlagen für das hohe Korruptionsniveau in der Gesellschaft.

Der Umweltschutz spielte für das sowjetische Regime kaum eine Rolle. Bei der Organisation von Produktionsprozessen suchte die Regierung für gewöhnlich nach den billigsten und schnellsten Wegen. Die in Industrie und Landwirtschaft genutzten Technologien waren oft umweltschädlich. Ein anschauliches Beispiel dafür war der Seehafen Ventspils. Weil an Mitteln gespart wurde, wurde die Anlage für den Umschlag gefährlicher Chemikalien so gebaut, dass nicht alle Gefahren für die Gesundheit der Stadtbevölkerung ausgeräumt wurden. Die Kommunalwirtschaft der



großen Städte konnte zudem nicht mit den rasant steigenden Einwohnerzahlen Schritt halten. So verschlechterte sich in mehreren Städten die Qualität des Leitungswassers, und die Kläranlagen waren von minderer Qualität. Große Umweltschäden verursachten die auf lettischem Hoheitsgebiet stationierten Einheiten der Sowjetarmee, die sich über die von der Regierung und den Gemeinden aufgestellten Regeln und Vorschriften hinwegsetzten.

Das Sowjetregime veränderte das kulturelle Leben Lettlands einschneidend. Während des Stalinismus in der zweiten Hälfte der 1940^{er} Jahre und der ersten Hälfte der 1950^{er} Jahre fand keinerlei Entwicklung der Kultur statt; oberstes Anliegen war die Bewahrung des nationalen kulturellen Erbes. Für alles und jedes galten der Kanon der kommunistischen Ideologie und die Prinzipien des sozialistischen Realismus. Die russische Kultur und ihr großer Einfluss auf die Entwicklung der lettischen Kultur mussten gepriesen werden. In der zweiten Hälfte der 1950^{er} Jahre und in den 1960^{er} Jahren setzte eine gewisse Liberalisierung im kulturellen Leben ein; fanden die Leistungen der nationalen Kunst Anerkennung und durften die Namen von Künstlern und Schriftstellern aus der Zeit der Unabhängigkeit erwähnt werden. Die Kulturschaffenden konnten in verschiedenen Genres wesentlich freier und vielfältiger arbeiten. Doch wenn Künstler auch nur verdeckt Kritik am bestehenden System äußerten, wurde in vielfältiger Weise Zwang und Druck auf sie ausgeübt. In der Regel wurden solche Künstler öffentlich diffamiert, ihre Werke nicht mehr veröffentlicht und sie selbst aus dem kulturellen Prozess ausgeschlossen. Die Dichter Knuts Skujenieks und Vizma Belševica und der Schriftsteller Visvaldis Lāms wurden derartigen Maßregelungen ausgesetzt.

In den 1970^{er} und 1980^{er} Jahren trat die Nachkriegsgeneration im kulturellen Leben Lettlands in Erscheinung. Sie hatte Terror und Unterdrückung erlebt und weniger Furcht vor dem sowjetischen Regime als die früheren Generationen. Die jungen Künstler, Musiker und Schriftsteller wussten besser über die internationalen Entwicklungen Bescheid; ihre kreativen Arbeiten zeichneten sich durch eine viel größere Freiheit aus. Auch Kontakte zu lettischen Emigranten in den Ländern des Westens kamen zustande. Doch verfolgte das Sowjetregime die Entwicklungen im kulturellen Leben der Lettischen SSR misstrauisch und ging unnachgiebig gegen alle Erscheinungen vor, die es für unerwünscht hielt. So wurde zum Beispiel 1984 die Ausstellung „Natur, Umwelt, Mensch“ von Kunstschaaffenden vorzeitig geschlossen, und Auftritte von Rockgruppen, die bei jungen Leuten beliebt waren (wie die Gruppe Perkons), wurden verboten.

Obwohl das Sowjetregime stets versuchte, das kulturelle Leben in Lettland unter strenger Kontrolle und Aufsicht zu halten, kam es dennoch zu einem Austausch zwischen der nationalen Kultur und

dem Geschehen außerhalb des Landes, und eine mechanische Verherrlichung der kommunistischen Ideologie fand nicht statt. Die besten Traditionen aus der Zeit der Unabhängigkeit wie etwa das lettische Sängereisen (Lieder und Volkstanzfest) wurden aufrechterhalten und dienten als Ausdruck der ideellen Stärke und der Kraft des Liedes.

VI. KRISE DES SOWJETREGIMES UND BEGINN DES WANDELS (1987 - 1990)

Die wirtschaftliche, soziale und politische Lage in der Sowjetunion in der ersten Hälfte der 1980er Jahre ließ eine ernste Krise des Regimes erkennen. Die Wirtschaftszahlen des Landes verschlechterten sich drastisch, ebenso die Beziehungen zum Westen. Immer deutlicher zeigte sich, dass die UdSSR wirtschaftlich und technologisch den führenden Industrieländern der Welt hinterherhinkte. Innerhalb kurzer Zeit mussten aus Alters und Krankheitsgründen drei Generalsekretäre der KPdSU ersetzt werden. Es herrschte Misstrauen und eine gewisse Hoffnungslosigkeit in Bezug auf die Fähigkeit des Regimes, in der Welt positive Veränderungen herbeizuführen. In dieser Situation wurde im April 1985 Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU gewählt. Er repräsentierte die Kräfte, die die Notwendigkeit einer Liberalisierung des Systems und von Reformen anerkannten. Gorbatschow vertrat den Standpunkt, dass die rückständige sowjetische Wirtschaft dringend modernisiert, die Korruption in der Nomenklatura der Partei und der sowjetischen Behörden gestoppt und die Stagnation und Gleichgültigkeit in der Gesellschaft überwunden werden mussten. Der neue Führer der Kommunistischen Partei verkündete den Übergang zu Perestroika und Glasnost.

Gorbatschow betrachtete die baltischen Republiken als Versuchsfeld für seinen Kurs der Perestroika und Glasnost, weil er glaubte, dass die führenden Köpfe in Lettland, Estland und Litauen und auch die Gesellschaft in diesen Republiken allgemein das Wesen der Reformen besser verstehen, mehr Unterstützung leisten und mehr Einsicht zeigen würden. Gorbatschow war sich nicht voll im Klaren über den Zustand der Gesellschaft und die Reaktionen auf Offenheit und Veränderungen. Die Möglichkeit, sich ungehindert über die tatsächlichen Verhältnisse in der Sowjetunion äußern zu können, wurde von den Intellektuellen in Lettland und den anderen baltischen Republiken schnell genutzt, um die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit ins Gespräch zu bringen.



Im Juli 1986 wurde in Liepāja die Menschenrechtsgruppe Helsinki-86 gegründet, die die Besetzung Lettlands durch die Sowjetunion und die Repressionen und Verbrechen des sowjetischen Regimes gegen die lettische Nation offen zur Sprache brachte. Helsinki-86 sandte an Gorbatschow einen Brief, in dem sie ihn um Hilfe bei der Durchsetzung des in Artikel 69 der Verfassung der Lettischen SSR verankerten Rechts auf freien Austritt aus der Sowjetunion bat. In dem Brief heißt es: „Erlauben Sie uns, über unser Schicksal selbst zu entscheiden. Erlauben Sie uns, unser eigenes Brot zu essen und das, was übrig bleibt, an andere zu verkaufen. Erlauben Sie uns, allen Nationen der Welt frei zu begegnen. Wir haben nie einer anderen Nation ein Leid angetan, und wir verdienen es nicht, eingesperrt zu sein und gesagt zu bekommen, mit wem wir Freundschaft schließen sollen und mit wem nicht.“

Einen gewissen Durchbruch bei der weiteren Aushöhlung des Sowjetsystems brachte die Massendemonstration am 14. Juni 1987 in Riga, die von der Gruppe Helsinki-86 organisiert worden war. Zum Gedenken an die Opfer der Deportationen von Zivilisten durch das Sowjetregime am 14. Juni 1941 legten die Menschen Blumen am Freiheitsdenkmal nieder. In Lettland begann die so genannte Kalender-Rebellion, d. h. Massenkundgebungen und –demonstrationen an bedeutenden Gedenktagen, auf denen die Unzufriedenheit mit dem sowjetischen System zum Ausdruck gebracht wurde. So fand beispielsweise am 23. August, dem Jahrestag der Unterzeichnung des verbrecherischen Molotow-Ribbentrop-Pakts, eine weitere große Protestkundgebung am Freiheitsdenkmal statt. Miliz und KGB versuchten, die Kundgebung zu stören, und verhafteten einzelne Teilnehmer. Am Gründungstag der Republik Lettland kam es zu einer weiteren Protestkundgebung. Kräfte des Unterdrückungsapparats unterbanden sie, indem sie die Teilnehmer auseinandertrieben und festnahmen. Zum Ende des Jahres wuchs die nationale Bewegung weiter an. Eine Gruppe von Enthusiasten engagierte sich für den Wiederaufbau der Gedenkstätte für den ersten Oberkommandierenden der lettischen Armee, Oskars Kalpaks. Umweltaktivisten starteten eine Kampagne gegen den Bau eines Wasserkraftwerks am Fluss Daugava nahe der Stadt Daugavpils. All dies erschütterte das bestehende Regime weiter in seinen Grundfesten.

Die politische Elite der Lettischen SSR war sich nicht einig, wie mit den Demonstranten umgegangen werden sollte. Die reaktionären Kräfte erklärten, man müsse rigoros einschreiten, andere dagegen waren für einen Dialog. Schließlich setzte sich die Auffassung durch, dass die Demonstration öffentlicher Proteste im Rahmen der von Gorbatschow eingeleiteten Perestroika kanalisiert werden sollte. Am 25. März 1988 gestattete die Regierung der Schriftstellergewerkschaft der Lettischen SSR, am Kriegsfriedhof eine Kundgebung zum Gedenken an die Opfer des Sowjetregimes zu



Riga, Lettland: Die militärische Besetzung Lettland am 17. Juni 1940. Der Einmarsch der Roten Armee (die Armee der Sowjetunion) begann in den frühen Morgenstunden des 17. Juni (Foto aus dem Bestand des Museums für Stadtgeschichte und Navigation in Riga).



14./15. Juli 1940: Die Massendemonstrationen in Riga wurden von Personen organisiert, die mit der Roten Armee ins Land gekommen waren. Demonstranten tragen Plakate von Stalin, Molotow und anderen sowjetischen Führern (Foto aus dem Bestand des Lettischen Kriegsmuseums).



Oktober 1944: Die zweite sowjetische Besetzung 1944 - 1991. Die Rote Armee in Riga (Foto aus dem Bestand des Museums für Stadtgeschichte und Navigation in Riga).



1944. Die lettische Widerstandsbewegung – die lettischen Waldbrüder. Viele Letten leisteten Widerstand gegen die sowjetische Besetzung (Quelle: „Latvian legionaries“, Daugavas Vanagi, 2005).



Die Umstellung auf eine genossenschaftliche Landwirtschaft in Lettland unter dem Sowjetregime. Zwangsaufnahme eines Bauernhofs in die Genossenschaft (Kolchose) (Quelle: Gunārs Birkmanis, Lettisches Museum für Photographie Nr. 7960/119).



Die „Singende Revolution“ 1987 - 1991: Die baltischen Befreiungsbewegungen waren die ersten derartigen Bewegungen in der Sowjetunion und wurden unter der Bezeichnung der „Singenden Revolution“ bekannt (Foto aus dem Bestand des Museums der Lettischen Volksfront).



23. August 1989: Die „Baltische Kette“ Tallinn-Riga-Vilnius. Etwa 2 Millionen Menschen fassten sich an den Händen und bildeten eine über 600 km lange Menschenkette durch die drei baltischen Staaten. Ziel dieser originellen Demonstration war es, die internationale Gemeinschaft auf das schwere gemeinsame Schicksal der drei Länder in der Vergangenheit aufmerksam zu machen. Die Unterzeichnung des Beitrittsvertrags.



Der Weg zur Freiheit. Barrikaden auf dem Domplatz in Riga 1991 (Foto aus dem Bestand des Museums der Lettischen Volksfront).



NATO-Gipfel in Riga am 28./29. November 2006: Letland ist der NATO beigetreten. Unter Präsident V. Vike-Freiberga wurde das Land in die NATO aufgenommen (Foto von J. Kūmiņš).



Der Vertrag über den Beitritt Lettlands zur Europäischen Union wurde am 16. April 2003 in Athen vom lettischen Präsidenten Vaira Vīķe-Freiberga und Premierminister Einars Repše unterzeichnet (Foto von J. Kūmiņš).

veranstalten. Am 27. April löste die Miliz in Riga eine Massenkundgebung (mit ca. 10 000 Teilnehmern) gegen den Bau der Untergrundbahn in der Stadt nicht auf.

Die Entwicklung der Lage im Sommer 1988 machte deutlich, dass die Intellektuellen begonnen hatten, aktiv gegen das herrschende Regime Widerstand zu leisten. Am 1. und 2. Juni 1988 fand eine erweiterte Vollversammlung der Schriftstellergewerkschaft statt, auf der Probleme der Geschichte wie die Verdrängung der lettischen Sprache aus dem offiziellen Sprachgebrauch, die demografische Situation und die unkontrollierte Zuwanderung offen diskutiert wurden. Auf starke Resonanz stieß dort eine Rede von Mavriks Vulfsons, einem Dozenten der Akademie der Künste, in der dieser betonte, eine Einschätzung der Ereignisse vom Juni 1940 in Lettland zeige, dass die zu Sowjetzeiten propagierte Auffassung, in Lettland habe eine Revolution stattgefunden, eindeutig falsch sei. Vulfsons erklärte, die Sowjetunion habe vielmehr die baltischen Staaten mithilfe des Molotow-Ribbentrop-Pakts okkupiert.

Im Jahre 1988 kam es zum Entstehen einer patriotischen Organisation – der Volksfront Lettlands (PFL). Nach dem Willen des Regimes sollte die Volksfront lediglich eine öffentliche Organisation sein, die im Rahmen des bestehenden politischen Systems agiert und die von Gorbatschow in der Sowjetunion eingeleitete Umstrukturierung unterstützt. Doch schon zur Zeit ihrer Gründung äußerte sich die Volksfront radikaler und sprengten ihre Aktivitäten den ursprünglich vorgesehenen Rahmen. Dies kam in der Zeitung der Volksfront, „Atmoda“ (Erwachen) deutlich zum Ausdruck. Das von der Volksfront beschlossene Programm sah als Ziel eine Autonomie Lettlands innerhalb der Sowjetunion vor. Sie war eine Massenorganisation mit mehr als 100 000 Mitgliedern, die unter ihrem Dach sowohl Reformer und Nationalisten als auch erklärte Antikommunisten vereinte. Eine zentrale Rolle beim Entstehen der Volksfront spielten unter anderem Janis Peters, Sandra Kalniete, Ivars Godmanis, Dainis Ivans und Romualds Razukas. Mehr und mehr war in der Volksfront von Autonomie und von der Unabhängigkeit Lettlands die Rede.

Dies bereitete den reaktionären Kräften Sorge, und daraufhin fand im Januar 1989 in Riga mit Wissen und Zustimmung Moskaus der Gründungskongress der Internationalen Front der Werktätigen Lettlands (Interfront) statt. Die Interfront wurde von der Partei und Staatsnomenklatura, dem Führungsstab des Baltischen Militärbezirks und auch von den großen Allunionsbetrieben unterstützt, an deren Spitze im Wesentlichen Personen standen, die aus dem Zentrum abkommandiert worden waren. Zu den Fürsprechern der Interfront-Gründung zählte der Zweite Sekretär der Kommunistischen Partei Witali Soboljow. Interfront trat nachdrücklich gegen

jedwede Autonomie Lettlands oder dessen Loslösung von der UdSSR ein. Im Wesentlichen war das eine Organisation von Russischsprechenden und von Anhängern des sowjetischen Systems. Ihr Ziel war es, den nationalen Kräften einen Schlag zu versetzen und die moskaufreundliche Gesellschaft zu stabilisieren. Angesichts der Stimmung in der Gesellschaft rief der Vorstand der Volksfront am 31. Mai dazu auf, sich über die Frage der vollständigen politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Lettlands zu verständigen. Eine gewisse Radikalisierung der Gesellschaft und die Zustimmung zum Gedanken der Unabhängigkeit wurden auf der Veranstaltung „Der baltische Weg“ am 23. August deutlich. Sie fand aus Anlass des 50. Jahrestages des verbrecherischen Ribbentrop–Molotow-Pakts statt. Rund zwei Millionen Menschen in Lettland, Litauen und Estland fassten sich an den Händen und bildeten eine 595 km lange Menschenkette von Tallinn nach Vilnius. Als Antwort gab das Zentralkomitee der KPdSU folgende Erklärung ab: „Die Lage in den baltischen Sowjetrepubliken gibt zunehmend Anlass zur Sorge. Die dortigen Entwicklungen betreffen die Interessen aller sowjetischen Völker, des gesamten sozialistischen Vaterlands. Diese Angelegenheit ist schon zu weit gegangen.“ Doch dabei blieb es dann auch, denn das Regime scheute die Anwendung von Gewalt, um das nationale Erwachen in den baltischen Republiken zu stoppen.

Ein großer Erfolg für die Volksfront war der Sieg bei den Wahlen zum Volksdeputiertenkongress der UdSSR (dem Parlament der UdSSR) im März 1989. Die Kandidaten der Volksfront errangen 80 % aller für die Lettische SSR vorgesehenen Mandate. Die Wahlen belegten die Popularität der Volksfront nicht nur bei den Letten, sondern auch in der russischsprachigen Bevölkerung. Das Sowjetregime und die Kommunistische Partei verloren allmählich ihre Macht in Lettland. Dies trat bei den Wahlen zum Obersten Rat des Landes am 18. März 1990 deutlich zutage. Die Volksfront und ihre Anhänger gewannen dabei 131 der 201 Sitze.

VII. VON DER UNABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNG ZU EINEM UNABHÄNGIGEN STAAT (4. MAI 1990 - 21. AUGUST 1990)

Durch ihren Sieg bei den Wahlen zum Obersten Rat Lettlands (dem Parlament) konnte die Volksfront ihr Ziel eines unabhängigen Lettland auf politischem Wege verfolgen. Im Frühjahr 1990 wurden Gespräche über die Annahme einer Unabhängigkeitserklärung Lettlands aufgenommen. In Litauen

war dies bereits am 11. März geschehen, gefolgt von Estland am 30. März. Die Lettische Volksfront und ihre gewählten Deputierten erörterten verschiedene Möglichkeiten zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit. Die radikaler gesinnten Abgeordneten vertraten die Auffassung, dass die Unabhängigkeit unverzüglich erklärt werden sollte, wogegen die gemäßigeren Abgeordneten einen schrittweisen Prozess befürworteten und die so genannte Übergangsperiode absteckten. Am 4. Mai verabschiedete der Oberste Rat Lettlands die Unabhängigkeitserklärung: 138 Deputierte stimmten dafür und einer enthielt sich der Stimme; die mit der Interfront verbundenen Abgeordneten der Oppositionsfraktion „Gleichheit“ (57 Abgeordnete) nahmen jedoch an der Abstimmung nicht teil. In der Erklärung wurde die Wiederherstellung der Republik Lettland und ihrer Verfassung angekündigt und gleichzeitig eine Übergangsperiode bis zum Erreichen der vollen Unabhängigkeit festgelegt. Anatolijs Gorbunovs wurde zum Vorsitzenden des Obersten Rates gewählt, doch der erste Ministerpräsident des von der Sowjetunion unabhängigen Lettland wurde Ivars Godmanis. Die Volksfront hatte die politische Macht im Land übernommen.

In der Gesellschaft herrschten große Euphorie und Begeisterung über diesen Erfolg auf dem Weg zur Unabhängigkeit. Doch stellten sich auch massive wirtschaftliche Schwierigkeiten ein. Ein großes Problem war der Mangel an Bedarfsgütern (Fleischerzeugnisse, Zucker, Alkohol, Seife usw.). Den Industrieunternehmen fehlte es an Rohstoffen. Am 14. Mai 1990 unterzeichnete das sowjetische Staatsoberhaupt Michail Gorbatschow einen Erlass, in dem es hieß, dass die Unabhängigkeitserklärungen der baltischen Republiken nicht im Einklang mit der Verfassung der UdSSR stünden und deshalb nicht rechtskräftig seien. Am 20. Mai wurde das Komitee für den Schutz der Verfassung und der Bürger der UdSSR und der Lettischen SSR eingesetzt, in dem sich Organisationen zusammenschlossen, die gegen die Unabhängigkeit Lettlands waren. Zu seinem Vorsitzenden wurde Alfrāds Rubiks, der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Lettlands, ernannt. Am 14. und 15. Mai versuchten reaktionäre Kräfte, sich Eingang in das Gebäude des Obersten Rates (Parlament) zu verschaffen und dort einen Aufstand anzuzetteln.

Eine sehr wichtige Frage war, ob die Abteilungen für innere Angelegenheiten und die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes hinter der neuen Regierung stehen würden. Die Angehörigen der Miliz (Polizei) waren gespalten. Einige standen loyal zur Republik Lettland, andere schlossen sich dagegen den Gegnern einer Unabhängigkeit Lettlands an. Die bewaffnete Spezialeinheit der Miliz OMON stand der Regierung ebenfalls ablehnend gegenüber. Auch die Staatsanwaltschaft der Lettischen SSR war gespalten. Das Komitee für Staatssicherheit (KGB) der Lettischen SSR



und der ihm vorstehende General Edmunds Johansons betrachteten den Unabhängigkeitsprozess eher wohlwollend. Johansons wurde sogar Mitglied der von Godmanis geführten Regierung. Im Herbst 1990 bemühte sich die lettische Regierung um Verhandlungen mit Moskau über Fragen der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen beiden Seiten. Der Präsident der UdSSR, Michail Gorbatschow, war überzeugt, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Lettland und die anderen baltischen Republiken zum Verbleib in der Sowjetunion zwingen würden. Am 26. November wurde Lettland der Entwurf des neuen Unionsvertrages übermittelt, der auch alle baltischen Republiken einschloss. In Lettland wurden über eine Millionen Unterschriften gegen diesen Vertrag gesammelt. Vieles deutete darauf hin, dass die UdSSR einen reaktionären politischen Kurs einschlagen könnte und dass die Errichtung einer Diktatur und der Einsatz von Gewalt gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen in den baltischen Republiken möglich waren. Es gab Fälle von Sprengstoffattentaten und Schändungen der restaurierten Monumente aus der Zeit der Unabhängigkeit. Am 6. Dezember appellierte das reaktionäre Rettungskomitee der Alllettischen Gesellschaft an Gorbatschow, in Lettland die unmittelbare Regierungsgewalt zu übernehmen und den Aktivitäten der Unabhängigkeitskräfte ein Ende zu setzen. Die bewaffnete Spezialeinheit OMON besetzte das Pressehaus in Riga. Die Beziehungen zwischen Lettland und der UdSSR waren sehr gespannt. Eine wichtige Rolle für die Stärkung der Position Lettlands spielte die Unterstützung durch Boris Jelzin, den Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Russischen Föderation.

Ein Höhepunkt der Konfrontation zwischen den nationalen und den moskaufreundlichen Kräften war im Januar 1991 erreicht. In Vilnius in Litauen überfielen sowjetische Fallschirmjäger den Fernsehsender. Dabei kamen 14 Menschen ums Leben, weitere 110 wurden verletzt. Unterdessen veröffentlichte die Lettische Volksfront einen Aufruf an die Bevölkerung, sich auf dem Domplatz zu sammeln, um den Obersten Rat und andere strategisch wichtige Objekte zu schützen. In Riga kamen rund 700 000 Menschen am Ufer des Flusses Daugava als Zeichen ihres Protests gegen die Gewalt und die Opfer von Vilnius zu einer nationalen Demonstration zusammen. Minister und der Ministerrat riefen die lettische Bevölkerung auf, mit schwerem landwirtschaftlichem und bautechnischem Gerät sowie mit Holz beladenen Lastwagen nach Riga zu kommen und Barrikaden zu errichten.

In dieser Zeit bereitete die reaktionäre Führung der Kommunistischen Partei mit Unterstützung des Oberbefehlshabers des Baltischen Militärbezirks den Sturz des rechtmäßig gewählten Obersten Rates und der Regierung Lettlands vor. Am 13. Januar verlangten diese Kräfte die Übergabe der Macht an das Rettungskomitee der Alllettischen Gesellschaft, an dessen Spitze unter anderem

Alfrāds Rubiks stand. Am 15. Januar verkündete dieses Komitee die Machtübernahme in Lettland. Am 20. Januar stürmte ein OMON-Kommando das Gebäude des Innenministeriums, fünf Menschen wurden dabei getötet.

Die Errichtung von Barrikaden zeigte, wie fest entschlossen die Menschen waren, ihr Recht auf Unabhängigkeit zu verteidigen. Die Stärke der Barrikadenbauer lag in ihrer moralischen Überlegenheit angesichts der sowjetischen Übergriffe. Über die Massenmedien erfuhr die ganze Welt von der großen Entschlossenheit der Völker des Baltikums, ihre Eigenstaatlichkeit zurückzugewinnen, die sie durch die Besatzung verloren hatten. Dieses entschiedene Handeln der Unabhängigkeitsaktivisten irritierte die Regierung der UdSSR in Moskau, und so kam es in Riga nicht zu Kämpfen und Blutvergießen. Ende Januar 1991 bestand ein fragiles Gleichgewicht zwischen den Anhängern der Unabhängigkeit und den moskaufreundlichen Kräften. Der Oberste Rat, die Regierung und die Kommunen setzten ihre Arbeit fort, während die Gefolgsleute des Zentrums die Kontrolle über die von OMON und der sowjetischen Armee besetzten Objekte behielten. Beiden Seiten war klar, dass eine solche Doppelherrschaft nicht lange währen konnte.

Am 3. März führte die lettische Regierung einen Volksentscheid über den Verbleib des Staates in der Sowjetunion durch. Daran nahmen 87,5 % aller Wahlberechtigten teil, und die große Mehrheit, ca. 78,3 % der Bevölkerung, stimmten für die Unabhängigkeit. Das Staatsoberhaupt der UdSSR, Michail Gorbatschow, musste in Verhandlungen mit der Regierung Lettlands eintreten. Die Verhandlungen über den künftigen Status Lettlands und seine wirtschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR gestalteten sich sehr schwierig. Im Juli legte Moskau einen weiteren Entwurf eines Unionsvertrags vor. Lettland stand unter großem Druck; Wirtschaftssanktionen wurden angedroht. Die Regierung der UdSSR verlangte, dass der Wehrdienst junger Letten für die sowjetische Armee sichergestellt werden müsse. Das OMON-Kommando begann mit brutalen Übergriffen auf die Grenzübergangsstellen der baltischen Staaten. Bei einem Angriff auf die litauische Grenzübergangsstelle Medininkai am 31. Juli wurden sieben Personen getötet. Alles deutete darauf hin, dass Moskau nicht bereit war, die Unabhängigkeit der baltischen Republiken zu akzeptieren.

Am 19. August 1991 kam es in Moskau zu einem Umsturzversuch. Das aus acht Personen (Gennadi Janajew, Boris Pugo und anderen) bestehende Staatliche Komitee für den Ausnahmezustand versuchte, im Lande die Macht zu ergreifen. In Lettland erklärten der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei, Alfrāds Rubiks, und der Oberbefehlshaber des Baltischen Militärbezirks, Fjodor Kusmin, ihre Unterstützung für den Putsch und forderten den Rücktritt der Regierung. Spezialeinheiten der



sowjetischen Armee besetzten zusammen mit OMON-Kräften die Rundfunk- und Fernsehanstalt, das Fernmeldeamt und weitere Gebäude. Nach drei Tagen war jedoch klar, dass der Staatsstreich in Moskau gescheitert war. Seinen Drahtziehern war es nicht gelungen, den Präsidenten der Russischen Föderation auszuschalten, der die Nation aufrief, sich den Verschwörern zu widersetzen.

Nach dem Scheitern des Putsches in Moskau am 21. August, am selben Tag, als OMON-Truppen versuchten, das Parlamentsgebäude zu stürmen, nahm der Oberste Rat der Republik Lettland das Verfassungsgesetz über die Unabhängigkeit Lettlands an. Es stellte fest, dass die am 4. Mai 1990 angekündigte Übergangsperiode abgeschlossen und die Unabhängigkeit des Staates in vollem Umfang wiederhergestellt war. Die reaktionären Kräfte hatten auch in Lettland eine Niederlage erlitten.

Am 24. August 1990 erkannte Boris Jelzin die Unabhängigkeit Lettlands im Namen der Russischen Föderation an. Einen Tag zuvor hatte Island dies als erster Staat getan. Belgien, Dänemark, Finnland, Ungarn und andere Länder folgten. Die Europäische Gemeinschaft erkannte Lettland am 27. August als Staat an, die USA am 2. September. Bis zum 18. September hatten 79 Länder die Republik Lettland anerkannt. Am 17. September wurde Lettland in die UNO aufgenommen. Die wichtigste Aufgabe der lettischen Regierung bestand jetzt darin, den Staat wirtschaftlich und politisch zu reformieren und seine Unabhängigkeit zu festigen.

VIII. POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE REFORMEN UND ENTWICKLUNG DES STAATES VON 1991 BIS 2004

Die wichtigste Aufgabe nach der Ausrufung der Unabhängigkeit in Lettland am 21. August 1991 war die Einleitung weitreichender wirtschaftlicher und politischer Reformen. Die Regierung musste eigene neue Strukturen für die öffentliche Verwaltung, die Armee, die Polizei und den Grenzschutz aufbauen; überdies waren überall die öffentliche Ordnung und die Einhaltung der Gesetze sicherzustellen. Viele Menschen hatten keine klare Vorstellung davon, was wo zu tun war. Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit herrschten in der Gesellschaft eine euphorische Stimmung und die Überzeugung, dass es möglich sein werde, Reformen rasch und schmerzlos durchzuführen. Doch der Übergang vom totalitären Sowjetsystem zu Demokratie und Marktwirtschaft war nicht einfach. Einige Politiker rieten, Lettland nach dem skandinavischen

Vorbild der sozialen Marktwirtschaft zu reformieren, also mit hohen Steuern, staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft und einem hohen Sozialschutzniveau für die Menschen. Der Vorzug wurde dann jedoch dem neoliberalen Modell mit der Privatisierung staatlicher Unternehmen, einer Steuer und Währungsreform, strenger Haushaltsdisziplin usw. gegeben.

Lettland entschied sich für eine „Schocktherapie“, bei der die Preiskontrolle abgeschafft und ein rasanter Übergang zur Marktwirtschaft vollzogen wurde. Die Regierung war überzeugt, dass eine Liberalisierung der Preise schneller ein Bewusstsein für die tatsächliche wirtschaftliche Lage im Lande entstehen lassen, den Mangel an Waren beheben und die hohen Spareinlagen der Bevölkerung senken helfen würde. Das gravierendste Problem für die Gesellschaft war damals die sehr hohe Inflationsrate, die bis 1992 auf 1051 % emporschnellte. In den Jahren danach ging die Inflation allmählich zurück, und 1994 lag sie bei nur noch 119 %.

Im Zuge des Reformprozesses wurde eine Übergangswährung in Umlauf gebracht – der Lettische Rubel, der später durch den Lat (LVL) abgelöst wurde. Bei diesem Übergang zum Lat wurde ein Umtauschkurs von 1 Lat : 200 Rubel beschlossen. Der Lat hatte einen hohen Wechselkurs und wurde an den SZR-Währungskorb gekoppelt. Mit diesen Schritten sollten die Volkswirtschaft stabilisiert und die Inflationsrate gesenkt werden. Doch so wie die anderen ehemals sozialistischen Staaten konnte auch Lettland schwere Tiefschläge im Finanz und Bankensystem nicht vermeiden. Der schlimmste ereignete sich 1995 mit dem Zusammenbruch der größten Geschäftsbank Baltija. Davon waren die Einlagen von mehr als 100 000 Personen und von vielen staatlichen und kommunalen Einrichtungen betroffen. Typisch war auch die Gründung von kurzlebigen Investmentgesellschaften, die mit dem so genannten Pyramidensystem Bürger übervorteilten und später Bankrott gingen oder von einem Tag auf den anderen verschwanden.

Ein grundlegender Schritt war die Agrarreform, die im Juli 1990 mit der Annahme des Beschlusses über die Agrarreform durch den Obersten Rat eingeleitet wurde. In dem Gesetz über die Privatisierung der landwirtschaftlichen Betriebe und der Fischereigenossenschaften wurde bestimmt, dass die Privatisierung alle Kolchosen, Sowchosen (Staatsgüter) und Agrarbetriebe einschließen sollte. Große Vollmachten räumte das Gesetz den Agrargemeinschaften und Privatisierungsausschüssen ein. Durch die Agrarreform wurden die Rechte der früheren Eigentümer an Grundstücken und Gebäuden, die ihnen vom Sowjetregime entzogen worden waren, wiederhergestellt. Im Jahre 1993 bestanden in Lettland bereits 40 000 landwirtschaftliche Betriebe, und bis 1995 war ihre Zahl zusammen mit den Familienbetrieben auf fast 250 000 angestiegen.



Eine Begleiterscheinung der Agrarreform war der Rückgang des Produktionsvolumens im ländlichen Raum. Im Jahre 1990 erwirtschaftete die Landwirtschaft noch 21,9 % des BIP, einige Jahre später war dieser Wert nahezu auf die Hälfte gesunken. Private Landwirte waren die Haupterzeuger von Agrarprodukten geworden. Während des Privatisierungsprozesses wurden auch Fehler begangen, die zur Folge hatten, dass die früheren Vorsitzenden und andere Angehörige der Kolchosen ihren offiziellen Status nutzen und die größten Privateigentümer werden konnten.

Im Zuge der Reformen wurden auch andere Bereiche der Wirtschaft privatisiert. Zunächst betraf dies kleine und mittlere Handels-, Verkehrs- und Industriebetriebe sowie Wohnungen und Banken. Mit der Privatisierung der großen Staatsunternehmen wurde erst Mitte der 1990er Jahre begonnen, und sie verlief sehr schleppend, war jedoch bis 2000 im Großen und Ganzen abgeschlossen. Nur Monopolunternehmen wie Latvenergo (Elektroenergie) und Latvijas Dzelzceļš (Eisenbahn) blieben in staatlicher Hand. Die Privatisierung erfolgte entweder über Coupons oder Geld.

Durch die Veränderungen im Wirtschaftsmodell Lettlands wandelte sich auch dessen Struktur erheblich. Der Anteil der Industrieunternehmen am lettischen BIP ging drastisch zurück. Betrug er 1990 noch 36,5 % des Gesamt-BIP, waren es 2001 nur noch 14,8 %. Dafür könnte die Schließung vieler der so genannten Allunionsbetriebe verantwortlich sein. Unterdessen nahm der Anteil des Dienstleistungssektors von 31,9 auf 70,4 % massiv zu. Die Ursache dafür war im Wesentlichen der Transit von Erdölzeugnissen aus Russland durch Lettland. In dem genannten Zeitraum ging auch der Anteil der Landwirtschaft deutlich zurück – von 21,9 auf 4,4 %. Nicht nur der Wandel der Eigentumsverhältnisse wirkte sich auf die Produktion nachteilig aus, sondern auch der Anstieg der Rohstoffpreise und der Verlust der Märkte in der früheren Sowjetunion. Hinzu kam ein rasanter Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die amtliche Quote lag Ende der 1990er Jahre bei 7 - 8 % der Erwerbsbevölkerung. Ende der 1990er Jahre, als das jährliche BIP-Wachstum immerhin 6 - 7 % betrug, waren die Abwärtstendenzen in der lettischen Wirtschaft im Wesentlichen überwunden. Trotz dieser Erfolge verzeichnet Lettland das geringste Wirtschaftswachstum der baltischen Staaten und auch die niedrigsten Löhne und Gehälter.

Zwischen der sozioökonomischen Entwicklung in den schnell wachsenden Städten wie Riga und Ventspils einerseits und in den von Problemen gebeutelten ländlichen Gebieten im Osten Lettlands andererseits tat sich eine immer größere Kluft auf. Dieses Ungleichgewicht zeigte sich in einer höheren Arbeitslosigkeit, niedrigeren Löhnen und Gehältern und weniger sozialer Sicherheit. So lag

etwa die Arbeitslosenquote in Riga 2004 bei 4,5 %, in Ost-Lettland (Latgale) dagegen bei 20 bis 27 %. Die niedrigeren Einkommen in Latgale führten zu schlechteren Bildungsmöglichkeiten und einer schlechteren medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Diese negativen Aspekte hatten zur Folge, dass Arbeitskräfte und Einwohner abwanderten und auch die Geburtenraten zurückgingen.

Eine gewisse Bewährungsprobe war für Lettland und andere baltische Staaten die Finanz- und Zahlungskrise 1998 in der Russischen Föderation. In Lettland litten hauptsächlich Lebensmittelverarbeitungsbetriebe, vor allem Fischverarbeitungsunternehmen, sehr unter ihren Auswirkungen. Viele Unternehmen gingen Bankrott. Verschärfend kam noch hinzu, dass Russland Lettland keine allgemeine Präferenzbehandlung im Handel gewährte. Dies schwächte auf dem russischen Binnenmarkt die Wettbewerbsfähigkeit lettischer Waren gegenüber den Waren aus anderen Ländern. Außerdem begann Russland damit, wegen politischer Differenzen seine Erdölexporte über Lettland einzuschränken. All dies begünstigte eine Neuausrichtung des lettischen Außenhandels auf die EU-Staaten. Im Jahre 2001 gingen 61 % aller Ausfuhren in die EU und 53 % der Einfuhren kamen von dort.

Die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit Lettlands umfasste auch die Lösung einer Reihe politischer und außenpolitischer Probleme. Eine wichtige Frage lautete, ob Lettland die Rechtsnachfolge des ersten unabhängigen Staates (1918-1940) antreten oder als völlig neuer Staat auftreten würde. Die absolute Mehrheit der westlichen Staaten erkannte die Kontinuität des Staates Lettland an. Kuba, China, Russland und Albanien dagegen erkannten die Rechtmäßigkeit der Kontinuität des Staates Lettland nicht an und betrachteten diesen als neu gegründeten Staat. In welcher Form Lettlands Souveränität anerkannt wurde, hing davon ab, wie die einzelnen Staaten die Okkupation der baltischen Staaten im Juni 1940 interpretierten. Von internationalen Organisationen wurde die Angelegenheit ganz unterschiedlich gehandhabt. So gehörte Lettland beispielsweise zu den Gründungsmitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation im Jahre 1921, doch musste es nach der Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit dort neu eintreten. Der Europarat dagegen erkannte die Kontinuität des Staates Lettland an.

Die offizielle Anerkennung der Kontinuität des Staates Lettland ermöglichte es dem Land, die Fragen seines Eigentums im Ausland zu seinen Gunsten zu klären, wozu auch die Rückübernahme der Gebäude der früheren diplomatischen Vertretungen und seiner Goldeinlagen gehörte. Gleich zu Beginn der 1990er Jahre gaben das Vereinigte Königreich, Frankreich, die USA und die Schweiz Währungs und Goldeinlagen an Lettland zurück, die seit der ersten Unabhängigkeit Lettlands in



den Banken dieser Staaten gelagert hatten. Allerdings gelang es Lettland in den 1990er Jahren noch nicht, das ehemalige Botschaftsgebäude in Paris zurückzuerhalten, das die französische Regierung im Sommer 1940 an die Sowjetunion übertragen hatte. Erst am 24. März 2004 wurde dazu eine Vereinbarung zwischen Lettland und Frankreich geschlossen. Frankreich verpflichtete sich, für den Gebäudewert eine Entschädigung zu leisten.

Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit stand als sehr wichtiger Punkt die internationale Anerkennung der Landesgrenzen, insbesondere mit Russland, auf der Tagesordnung. Diese Frage war schon mit dem Friedensvertrag vom 11. August 1920 zwischen den beiden Ländern geregelt worden. Doch weigerte sich die Russische Föderation als Rechtsnachfolger der UdSSR, diesen Friedensvertrag als rechtsgültig anzuerkennen. Die russische Seite betonte in den Verhandlungen, dass der Vertrag lediglich von historischer Bedeutung und kein rechtsverbindliches Dokument sei. Lettland versuchte seinerseits, diese Frage in den Vordergrund zu rücken. Es vertrat den Standpunkt, dass die Russische Föderation gegen diesen Vertrag verstieß, als sie die Stadt Abrene und sechs umliegende Dörfer ihrem Hoheitsgebiet einverleibte. Am 22. Januar 1992 fasste der Oberste Rat Lettlands einen Sonderbeschluss, in dem es die Annexion der Stadt Abrene und der sechs Gemeinden der umliegenden Region nicht anerkannte. Auch in der Erklärung zur Okkupation Lettlands, die von der Saeima (dem lettischen Parlament) am 28. August 1996 verabschiedet wurde, wird dieser Punkt hervorgehoben. Da die Einigung über die Grenzfrage mit Russland nicht vorankam, verkündete die lettische Seite 1997, sie sei bereit, ein so genanntes technisches Grenzabkommen zu unterzeichnen. Damit waren die Voraussetzungen gegeben, um Verhandlungen über die Ausarbeitung des Grenzabkommens aufzunehmen und die Grenzen beider Staaten in ihrem bestehenden Verlauf zu akzeptieren. Das Grenzabkommen zwischen Lettland und Russland wurde erst 2007 unterzeichnet, als Lettland seine Gebietsansprüche auf die Stadt Abrene (heute Pytalowo) und die besagten sechs Landgemeinden endgültig aufgab. Russland war es gelungen, in der Grenzfrage seinen Standpunkt gegenüber Lettland durchzusetzen.

Die Stärkung der Eigenstaatlichkeit Lettlands machte es erforderlich, möglichst schnell die Frage der Staatsbürgerschaft zu regeln. Ein Ansatz war die Gewährung der Staatsbürgerschaft an alle Einwohner, die zum Zeitpunkt der Wiederherstellung der Unabhängigkeit in Lettland lebten und dem Land gegenüber loyal waren. Der andere Ansatz bestand darin, die Staatsbürgerschaft nur Personen, die am 17. Juni 1940 (dem Tag der Besetzung Lettlands) Staatsangehörige des Landes waren, und deren Nachkommen zuzuerkennen. Diesem Ansatz folgend, erließ der Oberste Rat am 15. Oktober 1991

eine Entschließung zur Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Rechte lettischer Bürger und den Grundprinzipien der Einbürgerung, die unter den Nichtletten, den potenziellen Nicht-Staatsbürgern, großen Unmut auslöste. Scharfe Kritik übte auch Russland, das Lettland beschuldigte, die im Lande lebenden Russen zu diskriminieren. In gewisser Weise identifizierten sich Nichtletten nicht mehr mit dem Staat Lettland; ihre Unsicherheit über die eigene Zukunft wuchs.

Am 22. Juli 1994 nahm das lettische Parlament das Staatsbürgerschaftsgesetz an, das eine Quotenregelung für die Zuerkennung der Staatsbürgerschaft festlegte. Danach konnten sich jedes Jahr 0,1 %, bezogen auf die Anzahl der Staatsbürger, einbürgern lassen. Diese Regel im Staatsbürgerschaftsgesetz veranlasste die OSZE zu Einwänden. Deshalb wurde das Gesetz vom lettischen Präsidenten Guntis Ulmanis nicht proklamiert. Es wurde überarbeitet, die Quotenregelung gestrichen und die Bestimmung aufgenommen, dass die Bewerber um die Staatsbürgerschaft nach dem Alter und dem Zeitpunkt ihrer Ankunft in Lettland in Gruppen eingeteilt werden sollten. Die neue Fassung des Gesetzes über die Staatsbürgerschaft beinhaltete das so genannte „Zeitfenstersystem“, wonach jede Gruppe innerhalb eines bestimmten Zeitraums eingebürgert werden sollte. Den Anfang sollte die jüngste Gruppe machen.

Nach der Annahme des Staatsbürgerschaftsgesetzes wurde 1995 die Einbürgerungsbehörde gebildet, und die Einbürgerung von Nicht-Staatsbürgern konnte beginnen. Am 28. April verabschiedete das Parlament ein gesondertes Gesetz zu den in Lettland lebenden Bürgern der früheren Sowjetunion. Sie wurden als Gebietsansässige mit Daueraufenthaltsberechtigung anerkannt. Doch die Einbürgerung von Nicht-Staatsbürgern verlief sehr schleppend. Nach geltendem Recht hätten im Zeitraum 1995 - 1998 ca. 150 000 Personen eingebürgert werden können. Nur 11 400 Personen nahmen dieses Recht in Anspruch. Der Status als Nicht-Staatsbürger hatte praktisch keinen Einfluss auf das tägliche Leben der Menschen, sodass sie es mit der Einbürgerung nicht eilig hatten. Auch nach den Änderungen am Staatsbürgerschaftsgesetz Lettlands wiesen verschiedene internationale Organisationen (etwa die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) auf ungerechtfertigte Einschränkungen der Rechte von Nicht-Staatsbürgern hin. So durften diese zum Beispiel nicht als Anwälte praktizieren, kein Eigentum an Grund und Boden erwerben oder einer Tätigkeit als Apotheker oder Piloten nachgehen. Viele Einschränkungen für Nicht-Staatsbürger wurden nach und nach aufgehoben, aber die Einbürgerungszahlen blieben niedrig. Viele Nicht-Staatsbürger waren nicht wirklich motiviert, sich um eine Einbürgerung zu bemühen, und zudem galt das Verfahren als sehr kompliziert.



In den Jahren 1997/1998 wurde in Lettland in der Bevölkerung und den Parteien im Parlament über neue Änderungen am Staatsbürgerschaftsgesetz diskutiert. Sie wurden unterstützt von der liberalen Partei Lettischer Weg (Latvijas Ceļš) und von den linksgerichteten Parteien Partei der nationalen Harmonie (Tautas saskaņas partija) und Demokratische Partei Saimnieks („Herr im Haus“), wogegen die nationalistische Partei Für Vaterland und Freiheit/Partei der nationalen Unabhängigkeit Lettlands (Tāvzemei un Brīvībai/LNNK) gegen diese Änderungen war. Auch Staatspräsident Guntis Ulmanis hielt Änderungen für notwendig, insbesondere die Aufhebung des Zeitfenstersystems für Einbürgerungen, und empfahl eine automatische Zuerkennung der lettischen Staatsbürgerschaft für Kinder von Nicht-Staatsbürgern, die nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit in Lettland geboren wurden. Am 22. Juni 1998 wurden die Änderungen am Staatsbürgerschaftsgesetz angenommen, einschließlich der beiden Regelungen, die vom Staatspräsidenten befürwortet worden waren. Daraufhin erklärten 36 Abgeordnete und auch die Partei Für Vaterland und Freiheit/Partei der nationalen Unabhängigkeit Lettlands, dass diese Änderungen weder im Interesse des lettischen Volkes noch verfassungskonform seien, und forderten ihre Aussetzung für zwei Monate. Zu dieser Zeit wurde mit der Sammlung von Unterschriften für einen Volksentscheid begonnen. Insgesamt wurden rund 224 000 Unterschriften von Bürgern gesammelt, und so fand am 3. Oktober 1998 der Volksentscheid zu dieser Frage statt. Mehr als 487 000 Bürger (52,5 %) der Teilnehmer stimmten für die Änderungen am Staatsbürgerschaftsgesetz. Allmählich stiegen auch die Einbürgerungszahlen, und bis 2004 hatten (seit dem Beginn der Einbürgerungen) 69 288 Personen die Staatsbürgerschaft erhalten. Fachleute erklärten den Anstieg mit dem Beitritt Lettlands zur NATO und zur EU. Dessen ungeachtet betrug die Zahl der Nicht-Staatsbürger in Lettland immer noch mehr als 450 000. Eine gewisse Rolle spielte dabei auch die Politik Russlands, das unermüdlich forderte, allen Nicht-Staatsbürgern Lettlands solle die Staatsbürgerschaft auf einen Schlag gewährt und darüber hinaus die Alternative der Staatenlosigkeit eingeführt werden. Diese Forderungen blieben nicht ohne Wirkung auf die Nicht-Staatsbürger, die davon ausgingen, dass der lettische Staat ihnen die Staatsbürgerschaft auch ohne Einbürgerungsverfahren zuerkennen würde.

Ein Problem, das die lettische Regierung sehr dringend zu lösen hatte, war der möglichst schnelle Abzug der russischen Truppen. Dieses Thema wurde vom Obersten Rat der Republik Lettland im November 1990 in seinem Appell an den Präsidenten der UdSSR, Michail Gorbatschow, erstmalig zur Sprache gebracht. Am 1. Februar 1992 einigten sich die beiden Staaten darauf, dass der Truppenabzug innerhalb eines Monats beginnen sollte. Aber das war ein komplizierter Prozess, und es kam zu Verzögerungen. Um den Einfluss Russlands im Baltikum zu wahren, erklärte dessen

Präsident, Boris Jelzin, am 28. Oktober 1992, er mache den Truppenabzug von Garantien für die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung abhängig. Russland erklärte, dass es an Unterkünften und notwendigen Infrastrukturen für die abgezogenen Truppen fehle. Es müsse erst Kasernen für die Soldaten und Wohnhäuser für die Offiziere und deren Familien bauen. Die Position der russischen Regierung in dieser Frage ergab sich sowohl aus innenpolitischen Faktoren (Druck vonseiten der Armeekommandeure und der Opposition) als auch aus den außenpolitischen Gegebenheiten.

Um in diesem Punkt zügiger voranzukommen, zogen die baltischen Staaten die einflussreichsten westlichen Partner und insbesondere die USA sowie internationale Organisationen hinzu. Am 10. Juli 1992 wurde auf dem OSZE-Gipfel ein Dokument unterzeichnet, in dem die Russische Föderation aufgefordert wurde, den Abzug ihrer Truppen aus den baltischen Staaten nicht hinauszuzögern. Einen ähnlichen Inhalt hatte eine Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 25. November 1992. Von Vorteil war auch die Unterstützung durch den schwedischen Ministerpräsidenten Karl Bildt und dessen Rolle als Vermittler in den Gesprächen mit Russland. Gewisser Druck auf Russland wurde auch von den USA ausgeübt. Um Russland entgegenzukommen, riefen die westlichen Länder eine spezielle Stiftung ins Leben, die den Bau von Wohnhäusern und anderen Gebäuden für die abgezogenen Truppen in Russland finanzierte. Im März 1992 verließen die ersten russischen Soldaten Lettland, es dauerte jedoch lange, bis ein Zeitpunkt für den Abschluss des Rückzugs vereinbart war. Russland versuchte, ihn so lange wie möglich hinauszuzögern. Bei den Verhandlungen im Mai 1993 verlangte Russland, den Marinestützpunkt in der Stadt Liepaja bis 1999, die Abhörstation nahe der Stadt Ventspils bis 1997 und die Raketen-Frühwarnanlage in Skrunda sogar bis 2003 weiter betreiben zu können. Doch war der internationale Druck so groß, dass Russland nachgab und am 30. April 1994 ein Abkommen mit Lettland unterzeichnete. Darin war festgelegt, dass der Abzug der russischen Truppen bis zum 31. August desselben Jahres zum Abschluss gebracht werden sollte. Lettland stimmte seinerseits dem Weiterbetrieb der Frühwarnstation Skrunda bis zum 31. August 1998 zu und unterzeichnete dafür einen speziellen Pachtvertrag über vier Jahre. Das Abkommen über den Truppenabzug enthielt eine für Lettland sehr unvorteilhafte Bedingung: Etwa 21 000 pensionierte russische Militäranghörige sollten eine Daueraufenthaltsgenehmigung für Lettland erhalten. Der lettische Staat verpflichtete sich, ihnen Eigentumsrechte sowie eine vollständige soziale Absicherung zu gewähren. Die Vereinbarungen mit Russland wurden in der Bevölkerung zum Teil mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Der Regierung wurde vorgeworfen, sie sei Russland gegenüber zu nachgiebig. Die Frühwarnstation Skrunda stellte ihren Betrieb 1998 ein, wurde aber erst ein Jahr



später abgebaut. Eine große Rolle bei der termingerechten Erfüllung der Vereinbarungen spielte die OSZE-Mission in Lettland, die Vor-Ort-Kontrollen durchführte und Russland zwang, sich an die Vertragsbestimmungen zu halten. Litauen war der einzige baltische Staat, aus dem die russischen Truppen schon am 31. August 1993 abgerückt waren.

Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit wurde der Übergang von einem totalitären politischen System zur Demokratie vollzogen. Gleich zu Beginn der 1990er Jahre entstanden viele politische Parteien. Als Erstes wurden Parteien, die schon während der ersten Unabhängigkeitsphase Lettlands bestanden hatten, neu gegründet: die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Partei der Landbevölkerung (der Lettische Bauernverband). Ebenfalls Anfang der 1990er Jahre wurde die Union der Christdemokraten (KDS) gegründet, die bei den ersten Parlamentswahlen sechs von 100 Mandaten erhielt. Zusammen mit den Konservativen und den Liberalen trat die KDS für schnelle wirtschaftliche und soziale Reformen ein. Im Gegensatz zu anderen ehemals sozialistischen Ländern konnte die reformierte Kommunistische Partei (die so genannten nationalen Kommunisten) ihren Einfluss im Lande nicht behaupten. Die Interessen der moskaufreundlichen Kräfte in Lettland wurden von der Sozialistischen Partei vertreten. Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit verlor die zuvor größte Massenorganisation, die Lettische Volksfront, immer mehr an Einfluss, was in der Praxis die Entstehung eines Mehrparteiensystems zur Folge hatte. Die Krise der Volksfront und ihr rapider Niedergang setzten im Sommer 1993 ein, als sie bei den ersten demokratischen Parlamentswahlen seit Wiedererlangung der Unabhängigkeit auf ganzer Linie scheiterte.

Die Krise der von den Neoliberalen Mitte der 1990er Jahre eingeführten Wirtschafts und Sozialpolitik leistete populistischen politischen Kräften Vorschub. Ein deutliches Beispiel dafür ist etwa der Erfolg der von Joachim Siegerist geführten Volksbewegung „Für Lettland“ bei den sechsten allgemeinen Wahlen, wo sie 16 der 100 Parlamentssitze errang. Erfolge verzeichneten mit ihrem populistischen Auftreten auch die Demokratische Partei Saimnieks („Herr im Haus“) und die Einheitspartei. Die genannten Parteien konnten jedoch keine konkreten Lösungen für die entstandenen Probleme anbieten und traten schon bald von der politischen Bühne in Lettland ab.

Die Kritik an der liberalen Politik in der Gesellschaft zwang die einflussreichste Partei Lettischer Weg (Latvijas ceļš), ihre bis dahin vertretene Wirtschaftsstrategie zu ändern. Anstelle des Liberalismus begann sie jetzt, in ihrer Politik die Notwendigkeit einer sozialen Marktwirtschaft zu betonen.

Die konservativen Kräfte im politischen System Lettlands wurden durch die Partei Für Vaterland und Freiheit/Partei der nationalen Unabhängigkeit Lettlands (Tāvzemei un Brīvībai/LNNK) vertreten, die linksgerichteten dagegen durch die Sozialistische Partei, die sich für eine starke Regulierungsfunktion des Staates in der Wirtschaft bei der Lösung sozialer Probleme einsetzte. Diese Partei lehnte die weitreichende Privatisierung ab und wollte an den großen Staatsbetrieben festhalten. Die Sozialistische Partei befürwortete außerdem enge Bindungen mit der Russischen Föderation.

Seit Wiederherstellung der Unabhängigkeit wurden in Lettland bereits fünf Parlamentswahlen abgehalten. Diese Wahlen belegen, dass die lettische Bevölkerung nach wie vor am politischen Geschehen interessiert ist. Die Wahlbeteiligung liegt im Schnitt bei allgemeinen Wahlen bei 70 % und bei Kommunalwahlen bei 60 %. Auch einige Volksentscheide wurden im Land durchgeführt. In Lettland sind mehrere NRO aktiv tätig. Sieht man sich diese Entwicklungen an, könnte man zu dem Schluss kommen, dass der Übergang von der totalitären zu einer demokratischen Gesellschaft in Lettland erfolgreich verlaufen ist. Trotz mangelnder Erfahrungen in der politischen Tätigkeit werden sich die Menschen ihrer Rolle im Entscheidungsprozess im Staat und beim Aufbau einer Zivilgesellschaft mehr und mehr bewusst. Ende der 1990er Jahre begannen verschiedene Gruppen der Gesellschaft (Beschäftigte des Gesundheitswesens, Lehrer, Landwirte), ihre Meinungen zu den Vorgängen im Land in organisierter Form zu äußern und zwangen die Regierung, Entscheidungen zur Verbesserung ihrer Situation zu treffen. Schrittweise erwarben die Menschen Erfahrungen in der politischen Tätigkeit und lernten, wie sie ihre Interessen formulieren und deren Umsetzung erreichen konnten. Im Jahre 1993 bestanden in Lettland 978 NRO, deren Anzahl bis 2004 auf 7704 anstieg. Eines der ernstesten Probleme in der Gesellschaft besteht darin, dass verschiedene Wirtschaftsgruppierungen und wohlhabende Einzelpersonen einen zu großen Einfluss auf die Prozesse im Staat haben und die Korruption im Lande viel zu hoch ist.

Das sowjetische Regime hinterließ Lettland ein Erbe mit massiven moralischen und rechtlichen Problemen. Es ist ungeheuer wichtig, die Machenschaften der Personen zu untersuchen, die während der kommunistischen Herrschaft an Verbrechen gegen die Menschlichkeit und an Repressivmaßnahmen gegen einzelne Personen beteiligt waren. Dem ehemaligen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Alfrāds Rubiks wurde im Zuge der Bemühungen um die Wiedererlangung der Unabhängigkeit wegen Hochverrats der Prozess gemacht und Rubiks zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Alfons Noviks, der frühere Volkskommissar für innere Angelegenheiten der Lettischen SSR, und Michail Farbtuch, einer der Drahtzieher der Massendeportationen, wurden des Völkermords gegen die lettische Nation für schuldig befunden. Am 30. April 2004 schließlich wurde der sowjetische Partisan Wassili



Kononow, der sich während des 2. Weltkrieges rücksichtslos gegen Zivilisten vergangen hatte, von der Strafkammer des Obersten Gerichtshofs wegen Kriegsverbrechen verurteilt.

Ein akutes Problem, das der junge lettische Staat lösen musste, waren die Minderheitenpolitik und die gesellschaftliche Integration. Am 19. März 1991 verabschiedete der Oberste Rat das Gesetz über die freie Entwicklung nationaler und ethnischer Gruppen in Lettland und deren Recht auf Kulturautonomie, in dem festgelegt ist, dass alle ethnischen Minderheiten das Recht haben, die Traditionen ihrer nationalen Kultur zu pflegen und zu bewahren. Der Staat übernahm die Verantwortung für die Sicherstellung dieses Rechts. Schon Anfang der 1990er Jahre hatten sich viele nationale Gemeinschaften herausgebildet: Polen, Ukrainer, Russen und andere. Schulen der jüdischen, polnischen, ukrainischen und estnischen Minderheit wurden gegründet. Im Regierungskabinett wurde ein Ministerium für Nationalitätenangelegenheiten geschaffen. Ein typisches Phänomen der 1990er Jahre bestand darin, dass das Minderheitenproblem in Lettland im Wesentlichen als Problem der Beziehungen zwischen Letten und Russen betrachtet wurde. Gewisse ethnische Spannungen traten in Lettland im Frühjahr 2004 zutage, als die russische Minderheit dagegen protestierte, dass an den russischen Schulen immer mehr Fächer in lettischer Sprache unterrichtet wurden.

Zur Gewährleistung stabiler Garantien für die Existenz des Staates war eine raschere Integration Lettlands in die politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Strukturen der westlichen Länder die vordringlichste außenpolitische Aufgabe. Eine maßgebliche Rolle in der Außenpolitik wurde dem Aufbau der Zusammenarbeit mit den engsten Nachbarn in der Region – Litauen, Estland und den skandinavischen Ländern – beigemessen. Eine sehr große Rolle bei der Stärkung der Unabhängigkeit in den 1990er Jahren spielte die Unterstützung durch die USA. Die russische Regierung hat bis heute die Besetzung der baltischen Staaten im Jahr 1940 nicht als solche anerkannt. Sie lässt Anzeichen eines Rückfalls in imperiale Denkweisen und versteckte Ansprüche Russlands auf einen wichtigen Einfluss im Baltikum erkennen.

IX. INTEGRATION IN DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE NATO

Von Anbeginn seiner Existenz stand für Lettland die Frage der Sicherheit des neuen Staates besonders im Vordergrund. Sie konnte gelöst werden, indem das Land moderne Streitkräfte

aufbaute und sich in die von den westlichen Staaten geschaffenen Strukturen integrierte. Im Herbst 1991 wurde der Aufbau der lettischen Streitkräfte auf den Weg gebracht, und zwar nach demokratischen Grundsätzen. Es wurde eine parlamentarische Kontrolle der Armee und des Verteidigungsministeriums vorgeschrieben. Neben den Streitkräften wurde auch eine starke Nationalgarde gebildet, deren Einheiten auf dem gesamten Hoheitsgebiet Lettlands stationiert sind. Im Juni 1995 genehmigte das Parlament das Verteidigungskonzept Lettlands, das die Bildung einer regulären Armee und den Aufbau einer Nationalgarde sowie deren enge Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich beinhaltet. Das Prinzip der Total und Territorialverteidigung des Staates wurde angenommen und gleichzeitig die Zusammenarbeit mit der NATO vorangetrieben.

Die ersten Schritte auf dem Weg in die NATO erfolgten schon im Dezember 1991, als Lettland in den Nordatlantischen Kooperationsrat aufgenommen wurde. Im Jahre 1994 wurde dann auf Initiative der USA allen interessierten Staaten das NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ angeboten. Lettland sah dies als wichtige Gelegenheit, sich besser auf den Eintritt in das Bündnis vorzubereiten. Im Jahre 1995 gab die NATO bekannt, dass sie in naher Zukunft neue Mitgliedstaaten aufnehmen wolle, der Erweiterungsprozess aber schrittweise erfolgen werde und die Kandidatenländer bestimmte Kriterien erfüllen müssten. Zu den grundlegenden Voraussetzungen zählten unter anderem die zivile Kontrolle der Streitkräfte im Staat, gute Beziehungen zu den Nachbarn, keine ethnischen und politischen Konflikte und eine gemeinsame Grenze mit einem NATO-Land. Auf dem NATO-Gipfel 1997 wurde der Beschluss gefasst, Polen, die Tschechische Republik und Ungarn nach zwei Jahren in die NATO aufzunehmen. Auch die Möglichkeit einer nochmaligen Erweiterung wurde gebilligt und damit alle Einwände Russlands abgewiesen.

Auf dem NATO-Gipfeltreffen 1999 in Washington wurden die baltischen Staaten als Beitrittskandidaten benannt. Für Lettland hatte sich die Lage vorteilhaft entwickelt; dem Land war signalisiert worden, dass ein NATO-Beitritt in den nächsten Jahren erfolgen könnte. Zu diesem Zeitpunkt setzte ein umfassender Umbau der Streitkräfte und des Verteidigungsministeriums ein. Ein spezieller Aktionsplan mit den Aufgaben, die Lettland für einen NATO-Beitritt zu erfüllen hatte, wurde ausgearbeitet. Ein schwieriges NATO-Kriterium war dabei die Aufstockung des Militärhaushalts auf 2 % des BIP. Im Jahre 2003 wurde die Eingliederung der Nationalgarde in die Streitkräfte beschlossen. Damals wurde auch das staatliche Verteidigungskonzept überarbeitet: Das bisherige Prinzip der Total und Territorialverteidigung wurde aufgegeben und an seiner



Stelle die kollektive Verteidigungskapazität in den Vordergrund gerückt. Der Schwerpunkt sollte künftig auf einer Berufarmee liegen, die eine Teilnahme am NATO-System der kollektiven Verteidigung, die Mitwirkung im Rahmen der internationalen militärischen Zusammenarbeit und die Ausprägung eines konzeptionell neuen Selbstverständnisses der Streitkräfte in der Gesellschaft ermöglicht. Es wurde viel getan, um lettische Soldaten zur Teilnahme an Missionen der NATO und anderer internationaler Organisationen zu befähigen. Im Frühjahr 2004 bestanden die lettischen Streitkräfte aus 1200 Soldaten, 11 650 Nationalgardisten, 1350 Offizieren, 1900 Unteroffizieren und 1000 Wehrpflichtigen.

Auf dem Prager NATO-Gipfel am 21. November 2002 erging an Lettland und sechs weitere Staaten die Aufforderung zur Aufnahme von Beitrittsgesprächen. Im Jahre 2004, vierzehn Jahre nach Rückerlangung seiner Unabhängigkeit, hatte Lettland eines seiner grundlegenden außenpolitischen Ziele verwirklicht - die Mitgliedschaft in der transatlantischen Sicherheitsorganisation - und wesentliche Voraussetzungen für die Sicherheit seiner Eigenstaatlichkeit geschaffen. In Anbetracht seiner schwierigen Geschichte im 20. Jahrhundert war dies für Lettland von besonderer Bedeutung. Mit dem NATO-Beitritt Lettlands und der anderen baltischen Staaten ist die Region sicherer und stabiler geworden. Außerdem wurden dadurch die Modernisierung der Streitkräfte des Landes sowie deren Kampfkraft und Ansehen gefördert. Lettische Soldaten nehmen derzeit an Friedenssicherungsmissionen in Afghanistan, Irak, Kosovo und anderswo teil, was als wichtiger Teil der Strategie zur Friedenserhaltung betrachtet wird.

Schon in den allerersten Tagen der Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit äußerte Lettland den Wunsch, in die Gemeinschaft der europäischen Staaten aufgenommen zu werden. Vor diesem Hintergrund war der Beschluss der Europäischen Kommission vom 27. August 1991 von großer Bedeutung, weil damit der Grundstein für Beziehungen zwischen Lettland und der EU gelegt wurde. Die lettische Regierung hat stets betont, dass sie für die gleichen Grundsätze und Werte wie die EU eintritt: Demokratie, Menschenrechte, soziale Fürsorge und Stabilität. Im Jahre 1992 wurden die baltischen Staaten zusammen mit den osteuropäischen Ländern in das EU-Förderprogramm PHARE aufgenommen, das wirtschaftliche und politische Reformen unterstützte. Am 11. Mai unterzeichnete Lettland das erste Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, durch das ihm bei wirtschaftlichen Kontakten die Meistbegünstigung eingeräumt wurde. In der Präambel wird der Wunsch Lettlands betont, in Zukunft ein Assoziationsabkommen zu schließen. Lettland versuchte, seine Beziehungen

zur EU zu beleben, und erklärte schon bald den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft zu einer der obersten Prioritäten seiner Außenpolitik. Auf dem Gipfeltreffen 1993 in Kopenhagen verkündete die EU, dass sie den Beitritt neuer Mitgliedstaaten befürworte, und machte diese gleichzeitig von strengen Kriterien abhängig: institutionelle Stabilität als Garantie für eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung; Wahrung der Menschenrechte; Achtung und Schutz von Minderheiten; funktionsfähige Marktwirtschaft; Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standzuhalten; sowie Übernahme der aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen.

Ein ungemein bedeutsames Ereignis in den Beziehungen zwischen Lettland und der EU war die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens am 18. Juli 1994, das einen freien Warenverkehr und die Senkung bzw. gänzliche Abschaffung der Zolltarife vorsah. Die EU stimmte zu, dass Lettland vier weitere Jahre die Einfuhrzölle für Nutzholz, Rohleder, Schrott und Gips beibehalten durfte. Dahinter stand das Anliegen, die Entwicklung dieser für Lettland so wichtigen Branchen des Bergbau- und Verarbeitungsgewerbes zu fördern. Außerdem wurde in dem Abkommen die Gewährung gegenseitiger Vorteile im Handel mit Agrar und Fischereierzeugnissen vorgesehen und damit praktisch eine schrittweise Umorientierung des lettischen Außenhandels von Russland und anderen GUS-Ländern auf die EU-Länder eingeleitet. Im Mai 1994 billigte Lettland das Programm für die Integration in die EU. Zudem wurde ein Amt für europäische Integration eingerichtet, um eine engere Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Institutionen zur Verwirklichung der geförderten Ziele zu gewährleisten.

Das Jahr 1995 war ein besonderes Jahr für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Lettland und der EU, denn am 12. Juni unterzeichnete Lettland das Assoziationsabkommen mit der EU. Im Jahre 1997 veröffentlichte die Europäische Kommission die „Agenda 2000“, die Schlussfolgerungen zu allen neuen Bewerberstaaten und Empfehlungen zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen beinhaltete. Am 12. Dezember beschloss der Europäische Rat von Luxemburg, den Beitrittsprozess für alle elf Bewerberstaaten einzuleiten. Damit gehörten Lettland und Litauen nun zur so genannten zweiten Verhandlungsgruppe, Estland dagegen als besser vorbereiteter Kandidat zur ersten Gruppe. Die Verhandlungen mit Lettland begannen im Februar 2000 und wurden im Dezember 2002 abgeschlossen. Am 16. April des darauf folgenden Jahres unterzeichnete Lettland auf der Tagung des Europäischen Rates in Athen zusammen mit den anderen Bewerberländern den Beitrittsvertrag. Für die lettische Seite unterschrieben die Präsidentin Vaira Vīķe-Freiberga und Ministerpräsident Einars Repše.



In Lettland war gesetzlich geregelt, dass der EU-Beitrittsvertrag per Volksentscheid gebilligt werden musste; dieser fand dann am 20. September 2003 statt. Von den Teilnehmern stimmten 66,97 % für und 32,26 % gegen den EU-Beitritt Lettlands. Formell war der Beitritt Lettlands zur EU am 1. Mai 2004 vollzogen, als alle EU-Mitgliedstaaten den Beitrittsvertrag ratifiziert hatten. Inzwischen ist Lettland ein vollwertiger Mitgliedstaat der EU und voll und ganz in deren gemeinsamen Wirtschafts-, Sozial-, Rechts- und Politikraum integriert. Lettland stellt ein Mitglied der Europäischen Kommission und neun Abgeordnete im Europäischen Parlament. Seit Dezember 2008 gehört Lettland dem Schengener Abkommen an und bereitet sich auf einen baldigen Eintritt zur Währungsunion der Union vor.

X. LETTLAND UND DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION

Im Jahr 2008 beging die Republik Lettland den 90. Jahrestag ihrer Eigenstaatlichkeit. In diesen Jahren gestaltete sich die Geschichte des Landes sehr schwierig. Im 20. Jahrhundert erlebte Lettland drei Besatzungen, die für die Entwicklung der Nation tief greifende politische, wirtschaftliche, demografische, psychologische und moralische Folgen hatten. Von diesen 90 Jahren Eigenstaatlichkeit war Lettland nur 37 Jahre lang tatsächlich unabhängig. Für viele Jahre lag das Schicksal der lettischen Nation in den Händen ausländischer Besatzungsmächte. Deshalb schätzen die Letten ihre wiedergewonnene Unabhängigkeit und das Recht, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden, sehr hoch.

Als Schwerpunktaufgaben für die Zukunft sieht Lettland ein schnelles Wirtschaftswachstum im Lande, soziale Fürsorge für dessen Bewohner, die Entwicklung von Bildung und Kultur, eine enge Einbindung in die EU und die NATO und die Herstellung von Bedingungen, die den unwiderruflichen Fortbestand des Staates sichern. Um diese Ziele zu erreichen, wurde Lettland Mitglied der Europäischen Union und der NATO. Angemerkt sei, dass sich die Zusammenarbeit mit der EU zu Beginn des 21. Jahrhunderts bereits auf hohem Niveau befindet. Die Wirtschafts- und Währungsunion und das System der einheitlichen Währung wurden eingeführt und sowohl in der Außen- und Sicherheitspolitik als auch im Bereich Inneres und Justiz findet eine Zusammenarbeit statt. Die EU wird durch gemeinsame Werte und Grundsätze geeint. Es ist ein sehr hohes Maß an Demokratie, Menschenrechten und Grundfreiheiten garantiert. Die Bevölkerung Lettlands freut sich über die Möglichkeit, einem Verbund so hoch entwickelter und stabiler Länder beizutreten.

Ein echter Prüfstein für die Bereitschaft Lettlands und der anderen EU-Staaten zur Vertiefung des Integrationsprozesses war der Vertrag über eine Verfassung für Europa, der nach gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden keine Rechtskraft erlangte. Lettland war für diesen Vertrag. Die kritische Einstellung einiger Länder zur Verfassung versetzte sowohl die Gemeinschaft der EU-Staaten als auch die politische Elite in eine gewisse Ratlosigkeit und ließ Passivität Einzug halten. Die Frage, wie die Europäische Union in Zukunft aussehen soll, stellte sich immer dringlicher. Würde sie wie bisher ein freiwilliger Verbund europäischer Staaten sein oder als Vereinigte Staaten von Europa auftreten, also als europäische Supermacht mit stark eingeschränkter Souveränität der Nationalstaaten? Die künftige Identität der EU zählt heute zu den wichtigsten Fragen. Die bisherigen guten Erfahrungen mit den mehr als fünfzig Jahre währenden Integrationsprozessen lassen keinen Zweifel daran, dass sich Europa den vor ihm liegenden Herausforderungen gewachsen zeigen wird.

Im bevorstehenden Integrationsprozess sollte auf die gemeinsamen Werte und die Erfolge der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Integration gesetzt werden. Die erfolgreichen wirtschaftlichen Garantien des vereinten Europa müssen ebenso im Vordergrund stehen wie die Stärkung seiner globalen Wettbewerbsfähigkeit in der Welt, die Wahrung der Interessen der Bürgergemeinschaft sowie die Verbesserung der Demokratie und der Menschenrechte. Alles, was in Europa für die übrige Welt attraktiv ist, muss erhalten bleiben und weiterentwickelt werden: der hohe Entwicklungsstand der Wissenschaft, neue Technologien, die gemeinsame Währung, der Umweltschutz, soziale Sicherheit für die Bevölkerung, die Gleichheit aller Staaten, Souveränität und Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und Berechenbarkeit. In der Zukunft wird es für die EU darauf ankommen, die Unterschiede zwischen neuen und alten, großen und kleinen, reichen und weniger entwickelten Ländern deutlich zu verringern. Die weitere Vertiefung der Integrationsprozesse muss auf den bisherigen Erfolgen aufbauen, und es gilt beherzt neue Ziele und Aufgaben in Angriff zu nehmen, die allen EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen erstrebenswert erscheinen. Die Stärke der EU liegt in der Solidarität und Gleichheit all ihrer Nationen; sie sollte niemals allein die Interessen Brüssels vertreten. Die Zukunft des Vereinten Europa hängt davon ab, dass alle in ihr versammelten Nationen die beschränkten nationalen Interessen überwinden und im Namen gemeinsamer Interessen handeln.

Erinnerungen von Deportierten

*Erinnerungen von **Elfrida Misiāa** an die Deportation am 14. Juni 1941 und das Leben in Sibirien:*

Am Morgen des 14. Juni wollte ich mich gerade auf den Weg zur Arbeit in der Konsumgenossenschaft „Ceriba“ (Hoffnung) der Stadt Liepaja machen, wo ich Verkaufsleiterin war, als vier Russisch sprechende Männer in Armeeuniformen erschienen und erklärten, mein Mann und ich müssten mit ihnen mitkommen. Einer der Soldaten holte meinen Mann (Pauls Misins, geboren 1915) ab, der im Krankenhaus als Heizer arbeitete. Man sagte uns nicht, wo man uns hinbringen würde. Einer der Soldaten warf ein paar Sachen in eine Decke, und dann wurden wir abgeführt. Auf dem Bahnhof wurde mein Mann in einen anderen Waggon verfrachtet und ich zusammen mit den anderen festgenommen Frauen und Kindern in die Region Krasnojarsk verbracht.

Ich kam schließlich in das Dorf Iltjukowo im Bezirk Nowosjolowo, Region Krasnojarsk, und dort in die Kolchose „Revolution“. Alle Letten, die dorthin verschleppt worden waren, fünf Erwachsene und fünf Kinder, waren zusammen in einem Raum untergebracht. Wir Deportierten wurden wie Sklaven durchsucht und dann nach irgendwelchen Kriterien auf verschiedene Kolchosen aufgeteilt. Meine Arbeit war das Binden von Garben; Geld verdient habe ich mit irgendwelchen Arbeiten, die sich ergaben, auch mit Stricken und Nähen. Im November 1941 brachte ich eine Tochter zur Welt, die sehr kränklich war und im Herbst 1942 im Krankenhaus von Nowosjolowo verstarb. Im Herbst 1944 kam mein Mann zu mir, der die Deportation in die Autonome Region Komi überlebt hatte. Mein Mann hatte dort schwere körperliche Arbeit verrichten müssen. Aus seinen Berichten weiß ich, dass nur drei der 68 Deportierten dort überlebt hatten. Mein Mann war sehr krank, seine Zähne waren ganz schwarz, viele ausgefallen, er hatte sein Haar verloren, und das Laufen fiel ihm schwer. Am 27. August 1946 brachte ich meinen Sohn Visvaldis zur Welt, der von Kindheit an behindert ist. Katrina Birznieks, die Ehefrau des lettischen Landwirtschaftsministers, war mit ihrem Sohn Uldis ebenfalls nach Nowosjolowo deportiert worden. Ihr Mann Janis Birznieks folgte ihr etwa 1951. Er verstarb noch im gleichen Herbst im dortigen Krankenhaus.“

Erinnerungen von Arnolds Treide, geboren 1926, deportiert am 14. Juni 1941, freigelassen 1957: Ich hatte gerade mein erstes Jahr am Technikum Liepaja hinter mir, als wir alle am Morgen des 14. Juni zur Bahnnebenlinie von Karaosta (Militäranschluss) gebracht wurden, wo ein langer Zug mit vielen Waggons und vergitterten Fenstern auf uns wartete. Mit List und Lügen wurden die Familienoberhäupter von ihren Angehörigen getrennt. In dem Pullmanwagen in Liepaja befanden sich über 50 Personen – nur Frauen und Kinder. Ich war das älteste unter den Kindern, denn ich war schon 15 Jahre alt.

Unser Zug bestand aus ungefähr 90 Waggons und wurde von zwei Lokomotiven gezogen. Am 17. Juni 1940 waren die Panzer der Besatzer über die Grenze gekommen, und genau ein Jahr später überquerte unser langer Zug die Grenze in entgegengesetzter Richtung. Nur ein Jahr war vergangen, ein Jahr des Schreckens, doch welches Elend hatte es über unser Land und die Nation gebracht! Nach drei Wochen erreichten wir den Fluss Jenissei. Die Geleitsoldaten, die während unserer Reise aufmerksam auf uns aufgepasst hatten, schlossen die Türen, hängten sich ihre Gewehre und Rucksäcke über und marschierten zum Bahnhof. Sie hatten ihre Aufgabe erfüllt. Wir aber blieben unter freiem Himmel in unserem Elend zurück. Wir lernten die schlimmste Folter Sibiriens kennen: die Mücken. Die winzigen Insekten gelangten überall hin, sie stachen wie wild, und ihre Stiche waren sehr schmerzhaft. Wir hatten keine Möglichkeit, uns gegen sie zu schützen, und die Kinder hatten am meisten unter ihnen zu leiden. Ihre Augen waren geschwollen, ihre Arme juckten, und die Beine waren blutig gekratzt.

Dann kamen die Herren in Reithosen und Stiefeln aus „Kirza“ (imprägniertem Kunstleder), die durch unser Lager liefen und sich Arbeitskräfte heraussuchten. Für alte Leute und Frauen mit Kindern hatten sie keine Verwendung, aber die stärksten Männer waren schon in Todeslager verschleppt worden. Wir wurden in das Regionszentrum gebracht, das 100 Kilometer tiefer in der Taiga gelegen war, und dort auf verschiedene Kolchosen verteilt. Als Erstes erhielt jede Familie fünf Kilo fauligen Hafer.

Abkürzungsverzeichnis:

GULAG	Glavnoje Upravlenije Ispravitelno-trudovych Lagerej i kolonij (Hauptverwaltung Besserungsarbeitslager)
KDS	Kristīgi demokrātiskā savienība (Union der Christdemokraten)
Latvijas PSR	Latvijas Padomju sociālistiskā republika (Lettische Sozialistische Sowjetrepublik)
LNK	Latvijas nacionālā neatkarības kustība (Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung)
LNPA	Latvijas Nacionālo partizānu apvienība (Verband der lettischen Partisanen)
LTF	Latvijas Tautas fronte (Lettische Volksfront)
OMON	Otrjad Milizii Osobowo Nasnatschenija (Spezialeinheit der Miliz (Polizei))
PSKP CK	Padomju Savienības Komunistiskās partijas Centrālā komiteja (Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion)
VEF	Valsts elektrotehniskā fabrika (Staatliches Elektrotechnikunternehmen)



LITAUEN: DER JAHRHUNDERTELANGE KAMPF UM DIE FREIHEIT

Vytautas Landsbergis

Republik Litauen – Lietuvos Respublika

Fläche: 65 301 km²

Bevölkerung: 3 403 300 (2006)

Hauptstadt: Vilnius

Amtssprache: Litauisch

Währung: Litauischer Litas (LTL)

Staatsform: Parlamentarische Republik

EU-Beitritt: 1.5.2004

I. EINLEITUNG

Durch seine Mitgliedschaft in der Europäischen Union wird Litauen in die Lage versetzt, an den gemeinsamen Zielen Frieden und Wohlstand mitzuwirken, aber auch die postsowjetische – im Prinzip koloniale – Rückständigkeit zu überwinden und die anstehenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern. Dazu zählen Herausforderungen in den Bereichen Energie, Demografie und Klima, aber auch Herausforderungen moralischer Art. Der von russischer Seite neu aufkommende kurzsichtige Expansionismus stellt eine weitere große Herausforderung für Litauen dar, die nicht nur dieses Land, sondern ganz Europa angeht und angehen wird. Gleichzeitig sind die russischen Bemühungen, durch Aktionen gegen einzelne Mitgliedstaaten den Zusammenhalt und die Solidarität der Europäischen Union zu untergraben, nur schwer zu übersehen. Litauen ist sich darüber im Klaren, dass es solchen Angriffen noch lange Zeit ausgesetzt sein wird. Nunmehr verbindet die EU und Litauen ein gemeinsames Schicksal.

II. EIN DENKWÜRDIGES MILLENNIUM

Im kommenden Jahr begeht Litauen sein tausendjähriges Bestehen. Es war genau im Jahre 1009, als in den Chroniken von Quedlinburg (Quedlinburger Annalen) als geografischer Bezug eine namentliche Erwähnung des Landes erfolgte, in dem Bruno, einer der ersten christlichen Missionare im von Heiden bewohnten Land an der Ostsee, ermordet wurde. Zu jener Zeit war über das Land bereits bekannt, dass es von kriegerischen Stämmen bevölkert war, die eine gemeinsame Sprache sprachen, die sich vom germanischen und slawischen Idiom unterschied. Dies versetzte sie in die Lage, ihr Vorgehen in gemeinsamen Kriegszügen gegen ihre Nachbarn zu koordinieren. Im 13. Jahrhundert war Litauen bereits ein geeinter Staat, dessen Herrscher Mindaugas christlich getauft wurde und von Rom die Königskrone erhielt. Dennoch dauerte der Übergang zum Christentum weitere eineinhalb Jahrhunderte, in denen sich Litauen bewaffneter Missionare zu erwehren hatte, bei denen es sich in Wirklichkeit um aggressive Eroberer aus dem Westen handelte. Erst in der großen Schlacht bei Tannenberg (Grünwald) im Jahre 1410 besiegten die vereinten Truppen zweier verbündeter Staaten – des Großherzogtums Litauen und des Königreichs Polen – den Deutschen Orden und geboten dem „Drang nach Osten“ für längere Zeit Einhalt. Zu jener Zeit hatte sich Litauen schon weit nach Osten ausgedehnt, herrschte über Kiew und die Krim, erhob Steuern in Weliki Nowgorod und kämpfte um Einflussbereich mit dem benachbarten Großfürstentum Moskau, das in Europa als Moskowien bekannt war. Anhand dieser politischen Vergangenheit lässt sich erklären, weshalb die adlige und gebildete Schicht Litauens seit jeher so großen Wert auf Eigenstaatlichkeit legte, welche späterhin als „zivile Nation“ beschrieben wurde. Die Eigenstaatlichkeit verfügte über eine gut durchdachte Rechtsform. Der berühmte Straf- und Verwaltungskodex, nämlich das Litauische Statut, galt vom 16. bis zum 18. Jahrhundert über riesige Territorien im östlichen Europa hinweg und einte sie schon lange, bevor der Gedanke einer Europäischen Union überhaupt aufkam. Auf seinem Staatsgebiet strebte Litauen auch die Umsetzung der Kirchenunion an, der Ökumene jener Zeit.

Im Jahre 1791 wurde der polnisch-litauische Staatenbund, auch Adelsrepublik beider Nationen genannt, durch die Annahme der ersten Verfassung Europas zu einer konstitutionellen Monarchie, auch wenn ihr Bestehen nur wenige Jahre währte. Schon 1795 wurde es von den stärkeren Nachbarn Russland, Deutschland und Österreich zerstört. Die Gebiete des vormals vereinten Großherzogtums Litauen und des Königreichs Polen wurden unter den Siegern aufgeteilt.

Übrigens lässt sich hier so etwas wie ein Vorläufer des Molotow-Ribbentrop-Pakts von 1939 ausmachen. Der Unterwerfung der Völker folgten wiederholte Aufstände in Litauen und Polen, die meist gegen die erbarmungslose russische Unterdrückung gerichtet waren. Letztlich führte der kulturelle Widerstand der Litauer am Ende des 19. Jahrhunderts, als selbst die litauische Sprache und litauische Bücher im annektierten Litauen verboten worden waren, zur Idee und zum Ziel, in den hauptsächlich litauischstämmigen Regionen den litauischen Staat wiedererstehen zu lassen. Eine solche Gelegenheit bot sich zum Ende des Ersten Weltkriegs, als drei europäische Imperien am Boden lagen. Die aufgeklärte litauische Gesellschaft, die zu einem einmaligen Delegiertenkongress zusammengekommen war, nämlich dem Großen Seimas von Vilnius im Jahre 1905, erklärte nunmehr am 16. Februar 1918 nicht nur lediglich die Gründung, sondern die historische Wiederherstellung des unabhängigen Staates Litauen durch einstimmigen Beschluss der Delegierten im Rat von Litauen. Kraft des gleichen Gesetzes wurden jegliche bis dahin bestehenden staatlichen Beziehungen zu anderen Nationen aufgehoben. Diese Erklärung, die in den Unabhängigkeitskriegen gegenüber Russland und Polen, welche die Vorherrschaft über Litauen beanspruchten, noch verteidigt werden musste, wurde 1920 von einem demokratisch gewählten Parlament, nämlich der Konstituierenden Versammlung, konsolidiert. Die territoriale Konsolidierung des Staates erwies sich als besonders schwierig. Der westliche Teil Litauens, den Deutschland gemäß Versailler Vertrag abgeben musste, gelangte erst im Jahre 1923 zur Republik Litauen. Gleichzeitig wurde die Hauptstadt Vilnius einschließlich der benachbarten östlichen Gebiete ab 1920 von Polen 19 Jahre lang besetzt und annektiert. Unabhängig davon wurde Litauen stärker. Seine inneren Probleme in Bezug auf die Demokratie wären überwindbar gewesen, und das Land hätte sich nach dem von seinen skandinavischen Nachbarn gewählten Vorbild entwickelt, wenn es nicht zu den Geschehnissen zwischen 1939 und 1940 gekommen wäre.

III. DIE TRAGÖDIE IN DER MITTE DES 20. JAHRHUNDERTS

Das Schicksal des Landes und seines Volkes wurde durch die tragischen Ereignisse des herannahenden Zweiten Weltkriegs und dessen Verlauf bestimmt. Jedoch ist es auch ratsam, den historischen Hintergrund der neuerlichen Zerstörung Litauens zu beleuchten. Weder Deutschland noch die Sowjetunion ließen es sich nehmen, sich einem rachsüchtigen Expansionismus hinzugeben,

wobei sie sowohl internationale Verträge als auch die früheren Garantien für die Souveränität Litauens ignorierten. Im März 1939 überfiel Deutschland abermals das westliche Staatsgebiet Litauens und nahm unter anderem seinen einzigen Hafen in der Region Klaipeda ein. Dies erfolgte sehr rasch, nachdem Stalin Hitler ein Zeichen für einen möglichen Freundschaftsschluss gegeben hatte (wodurch die Nazis vielleicht zu einer weiteren Aggression ermuntert wurden). Aus diesem neuen Politikkonzept der Sowjets entwickelte sich innerhalb eines halben Jahres ein Verschwörungskomplot, das vorsah, wie Europa durch die Anzettelung eines „neuen großen Krieges“ (gemäß der Vision Stalins) aufzuteilen sei. Zunächst vereinbarten sie in den Geheimprotokollen vom 23. August 1939 die Aufteilung jener Länder untereinander, die geografisch zwischen den beiden Aggressoren lagen. So bestimmten sie auf kriminelle Weise das Schicksal von Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und des östlichen Rumäniens, d. h. Bessarabiens. Nach Abschluss dieses Pakts griffen Deutschland und die Sowjetunion Polen von zwei Seiten an. Während die UdSSR schon bald in Finnland einmarschierte, hielten die drei baltischen Staaten bis zum Juni 1940 durch. Nachdem die sowjetische Armee die Grenzen Litauens, Lettlands und Estlands überschritten, ihre Regierungen gestürzt und ihre schnelle Annexion eingeleitet hatte, indem sie der UdSSR einverleibt und der Sowjetisierung unterworfen wurden, begann für die baltischen Staaten ein Zeitalter der Abhängigkeit, das ein halbes Jahrhundert andauern sollte.

So begann während des Zweiten Weltkriegs der Freiheitskampf in Litauen und den anderen baltischen Staaten und währte lange darüber hinaus. Trotz ihres gemeinsamen Schicksals und der schmerzhaften Entpolarisierung durch die Geschichte hatte Litauen seine Besonderheiten.

In den Jahren 1940 - 1941 führten die mit der Sowjetisierung einhergehenden Repressionen politischer, nationaler und sozialer bzw. „klassenbedingter“ Art zum Zusammenschluss patriotischer, nach Unabhängigkeit strebender Kräfte, die einen Aufstand der Litauer zum nächstmöglichen günstigen Zeitpunkt organisierten. Dieser bot sich kurz vor den ersten Massendeportationen am Vorabend des Krieges zwischen der UdSSR und Deutschland. Der Angriff der Deutschen auf Litauen am 22. Juni 1941 markierte den Beginn des Krieges. An jenem Tag sowie am darauf folgenden Tag hatten die litauischen Aufständischen bereits die Städte Kaunas und Vilnius eingenommen und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Litauens sowie die Einsetzung der Übergangsregierung erklärt. Eines der politischen Ziele bestand darin, diesen von der litauischen Bevölkerung weithin unterstützten Akt zur Anprangerung der Illegalität und der Ablehnung der sowjetischen Annexion von 1940 zu nutzen.



Die Aufständischen wussten dank Kontakten nach Berlin um die Weigerung der Deutschen, solche Aktionen als Erklärung der Unabhängigkeit anzuerkennen. Durch diesen Ungehorsam demonstrierten sie auch ihren moralischen Widerstand gegen die Diktatur des Landes, das bald zum Okkupanten werden sollte. Die Übergangsregierung wurde von Deutschland und seiner Militärverwaltung nicht anerkannt. Sie wurde nach sechs Wochen auf Befehl der Deutschen aufgelöst und somit auf ungewöhnlich negative Weise anerkannt. Eine noch ungewöhnlichere Anerkennung erfuhr sie durch Wjatscheslaw Molotow in Form seines Versprechens, sich an den Litauern in Moskau zu rächen. Der Übergangsregierung war genug Zeit geblieben, um das frühere nationale System der Lokalverwaltungen, Gerichte und Bildungseinrichtungen wiederherzustellen und das Privatisierungsgesetz auf den Weg zu bringen. Allerdings wurde sie von der deutschen Militär- und späteren Zivilverwaltung an der Ausübung ihrer konkreten exekutiven Befugnisse gehindert. Deutschland erkannte weder die wiederhergestellte Unabhängigkeit an noch verfolgte es das Bündnismodell wie im Falle der Slowakei und Kroatiens, obwohl dies Berlin viel mehr genutzt hätte. Aus diesem Grunde war Litauen ab 1941 vom Reich besetzt, und es wurde schon bald der von Berlin neu gegründeten Ostprovinz Ostland einverleibt. Mit sofortiger Wirkung setzte die Verfolgung und Ermordung der Juden durch die Nazis ein, welche ihren Höhepunkt bereits kurz nach Auflösung der Übergangsregierung erreichte. Die zu diesem Zweck entsandten Sonder-Rollkommandos der SS griffen auch auf die Mithilfe lokaler Kollaborateure zurück. Der Widerstand im von Nazideutschland besetzten Litauen äußerte sich in politischen Untergrundaktivitäten und Boykotten. Im Frühjahr 1944 sammelten sich die litauischen Freiwilligenkräfte und gründeten ihre gemeinsame politische Organisation „Allgemeiner Rat zur Befreiung Litauens“. Sie musste der zurückkehrenden sowjetischen Armee und politischen Macht in der Hoffnung auf ein schnelles Kriegsende und das Überleben Litauens Einhalt gebieten (Finnland hatte es geschafft), doch zunächst mussten sie die im Rückzug begriffenen deutschen Truppen bekämpfen, die die „einheimischen Truppen“ zerstörten. So nahm die langwierige zweite Besetzung durch die Sowjets ihren Anfang, die bis zur Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1990 andauerte. Die Sowjets, die sich selbst als Befreier sahen, hielten sich nicht an die Zusagen der Atlantik-Charta in Bezug auf das Baltikum und zogen sich nach der Kapitulation Deutschlands nicht zurück. Zudem erfüllten die westlichen Alliierten Stalins Forderung nach der Übergabe Königsbergs, was Litauen und die übrigen baltischen Staaten geopolitisch und de facto auf die sowjetische Seite hiewe. (Lediglich die Tatsache, dass Königsberg mit seiner wehrlosen Bevölkerung der Sowjetregierung „vorbehaltlich des Friedensvertrags“ übergeben wurde, konnte ihr Gewissen beruhigen.)

Die zweite Okkupation durch die Sowjets ging abermals mit bewaffneter Gewalt, Strafverfolgung und Zwangssowjetisierung einher. Der bewaffnete Widerstand erhob sich zuerst in den Regionen, später in den Wäldern und im Untergrund als gemeinsamer Kampf des besetzten Staates gegen den Okkupanten. Der gemeinsame Widerstand im Jahre 1949 firmierte unter der Bezeichnung „Litauische Bewegung für den Freiheitskampf“. Es gab einen zentralen Mitarbeiterstab mit militärischen Statuten und Pressemitteilungen, die für die Bevölkerung herausgegeben wurden. Die Bewegung unterstützte auch die konstitutionellen Grundsätze eines künftigen unabhängigen Litauens. Nach dem Rückzug der Besatzer würde der Ratsvorsitzende dieser Bewegung kommissarischer Präsident werden und wäre für die Sicherstellung freier demokratischer Wahlen verantwortlich. Die Bevölkerung, vor allem die Bewohner der Dörfer, die in Kolchosen umgewandelt worden waren, unterstützten den Widerstand, wofür sie vom NKWD, aber auch von regulären Truppen und lokalen Kollaborateuren, die sich dafür anheuern ließen, grausam bestraft wurden. In mehreren, rasch aufeinander folgenden Deportationswellen wurden etwa 150 000 Menschen in abgelegene unwirtliche Gegenden der UdSSR deportiert, um deren etwaige Rückkehr zu verhindern. Durch diese Maßnahmen, aber auch durch Hinrichtungen und Verrat wurde der litauische Widerstand gebrochen. Sein Ende wurde im Jahre 1954 auf Anweisung der Militärführer besiegelt (der letzte freie litauische Soldat wurde erst im Jahre 1965 ermordet). Dieser zehn Jahre währende „Krieg nach dem Krieg“ erhielt die gebührende rechtliche Einordnung nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit Litauens: Seine Widerstandskämpfer erhielten den Status nationaler freiwilliger Rekruten, während die Führer der Militärbezirke sowie die Zentralregierung erst nachträglich als einzige legitime litauische Regierung zwischen 1944 - 1954 Anerkennung fanden.

IV. DAS LEID UNTER SOWJETISCHER BESATZUNG UND NEUE FORMEN DES WIDERSTANDS

Die Besatzerregierung und die von ihr sogar nach Stalins Tod noch eingesetzten kommunistischen Marionettenstrukturen setzten den Völkermord fort, zwar nicht physisch – abgesehen von gelegentlichen Ermordungen –, sondern in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht, um Litauen zu sowjetisieren, zu kolonisieren und der „vereinten und ewigen“ Sowjetunion vollständig

einzuverleiben. Der Widerstand fand seine Fortsetzung in den kulturellen und religiösen Freiräumen, in gelegentlichen Protestaktionen wie der Selbstverbrennung des Schülers Romas Kalanta im Frühjahr 1972 in Kaunas, der Dissidentenpresse und der Flucht in die freie Welt (der bekannteste Fall war die Flucht des Matrosen Simas Kudirka) sowie der Fortführung der seit Vorkriegstagen bestehenden diplomatischen Vertretung des unabhängigen Litauen im demokratischen Westen. Ein wesentliches Ziel in diesem Zusammenhang war der Widerstand gegen die internationale Anerkennung der Besatzung. Dieser politische Kampf sollte nicht vergeblich sein. Kein Staat des demokratischen Europa (mit einer Ausnahme) und auch kein Staat auf dem amerikanischen Kontinent erkannten die Rechtmäßigkeit der Annexion Litauens an. Dank den Bemühungen der Dissidenten und Diplomaten wurde der Fall der unterjochten baltischen Völker seit 1983 immer wieder im US-Kongress und sogar vor dem Europäischen Parlament behandelt. Als das frei gewählte litauische Parlament noch unter sowjetischer Militärbesatzung im Jahre 1990 in konstitutionellen Rechtsakten die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit erklärte, war die Republik Litauen noch in mindestens drei Hauptstädten offiziell vertreten: in Washington, in London und im Vatikan. Der entstehende Staat konnte an die westlichen Demokratien, die die Besatzung Litauens und dessen Umwandlung in einen Teil der UdSSR in gutem Glauben nicht anerkannt hatten, appellieren, seine Unabhängigkeit anzuerkennen. Dies erwies sich als alles andere als einfach, doch zunächst ist es wichtig nachzuvollziehen, wie es überhaupt zu dieser verfassungsrechtlichen Wiederherstellung kommen konnte.

Die Sowjetunion, die in Ungarn, der Tschechoslowakei und in den von ihr direkt kontrollierten Gebieten imperiale Gräueltaten verübte, die den Kalten Krieg in Afrika, Asien und Mittelamerika zu gewinnen versuchte und Afghanistan letztlich erfolglos angegriffen hatte, steuerte auf einen unvermeidlichen politischen, wirtschaftlichen und moralischen Bankrott zu. Die kommunistische Regierung der Sowjetunion, die sich dieser Tatsache bewusst war, entwarf einen Reformplan zur Rettung der UdSSR und lehnte eine weitere Ausweitung sowie Konfrontation mit dem Westen ab, nachdem der Wirtschafts- und Rüstungswettlauf schon verloren war. Diese Reformen, die „Perestroika“, stellten sowohl eine größere Freiheit der Ideen und des Meinungs austauschs als auch eine liberalere Wirtschaft in Aussicht, die durch einen schrittweisen Übergang des Monopols beim Staatsvermögen in die „privaten“ Hände der kommunistischen Elite erreicht werden sollte. Damit verbunden war der Name des Führers einer neuen Generation, Michail Gorbatschow. Während für die westlichen Demokratien die Bedrohung durch einen nuklearen Weltkrieg geringer wurde, gelangten diejenigen Bevölkerungsteile in der Sowjetunion, die sich demokratisches

Denken bewahrt hatten und Freiheiten zu schätzen wussten, zu der Erkenntnis, dass die Zeit zum Handeln gekommen sei. Das hieß, Missstände aufzudecken und zu beseitigen, Gerechtigkeit und echte Veränderungen zu fordern, auch Demokratie, wodurch sich die Einparteiherrschaft des Ursupatorenclans wandeln würde. Diese Veränderungen waren sichtbar in Moskau und Leningrad, unter den Studenten und in den Bergwerken unzufriedener Bergleute, in mehreren Pseudo-Sowjetrepubliken und insbesondere in den besetzten baltischen Staaten, die sich noch immer an die tyrannischen Verbrechen Stalins und an ihren eigenen Freiheitskampf erinnerten.

Zwei Jahre nach Einleitung der „Perestroika“ 1985 gab es im Baltikum öffentliche Proteste gegen die sowjetische Besatzung (in Vilnius am 23. August 1987, also am Trauertag), und schon 1988 kamen drei Massenbewegungen auf – zwei Volksfronten und eine Reformbewegung (Sajudis) in Estland, Lettland und Litauen.

Die litauische Bewegung Sajudis wurde am 3. Juni 1988 in Vilnius aus der Taufe gehoben, als auf einer Zusammenkunft der vor allem aus Akademikern und Künstlern bestehenden „Intelligenz“ beschlossen wurde, die bereits vorhandenen verschiedenen Initiativen, Klubs und Zirkel, die sich den Menschenrechten, dem Schutz der Volkskultur und der litauischen Sprache, dem Umweltschutz, der Wiederherstellung der historischen Wahrheit und Öffentlichkeit sowie der Erhaltung historischer und kultureller Denkmäler verschrieben hatten, zu vereinen.

Dies alles beruhte auf der Freiheit, Themen öffentlich anzusprechen und die Möglichkeit zu haben, Grundsatzforderungen an die Regierung zu stellen, wie beispielsweise die Forderung nach Überwindung veralteter Ansichten und den Austausch unfähiger Mitarbeiter. Freiheit wurde wahrgenommen als universelle Wahlfreiheit, also Demokratie. Um für den erforderlichen Nachdruck zu sorgen, mussten die demokratischen Kräfte einheitlich vorgehen und von der Bevölkerungsmehrheit unterstützt werden. In ganz Litauen wurden Unterstützergruppen für Sajudis gegründet oder entstanden spontan, die erste unabhängige Zeitung „Sajūdžio žinios“ („Sajudis-Nachrichten“) erschien ohne jegliche Anträge oder Genehmigungen und begünstigte den echten Aufschwung der freien Presse in allen Regionen, Städten und Ortschaften Litauens. Auf Massenkundgebungen mit zehn- und hunderttausenden Menschen gab Sajudis seine Ideen, Pläne und Forderungen bekannt. Da die Regierung die Bewegung nicht aufhalten konnte, versuchte sie sie häufig für ihre eigenen Zwecke zu nutzen. Die Organisation selbst wurde von den Behörden als faktisch existent angesehen, auch wenn sie lange Zeit keine Registrierung hatte und direkt oder indirekt von Repressionen bedroht war.

Im Zeitraum zwischen 1988 und Anfang 1990 kam es zu folgenden wichtigen politischen Ereignissen: Großkundgebung aller Litauer (mehr als 250 000 Menschen), die vom litauischen Sajudis zum Gedenken an 49 Jahre Hitler-Stalin-Pakt und all seine Opfer sowie zur Erklärung der Forderungen an die Führung der UdSSR organisiert wurde; Konstituierender Kongress des Sajudis zur Gründung der auf einem Programm beruhenden und einheitlich strukturierten Organisation, auch wenn sie noch nicht registriert war; der Seimas der von Sajudis gewählten Mitglieder (der eine rechtmäßigere Vertretung des Volkes darstellte als das aus Mitgliedern der Kommunistischen Partei zusammengesetzte Pseudoparlament), das auf seiner Sitzung vom 15.-16. Februar 1989 die litauische Unabhängigkeit als das Recht und das Ziel benannte; die ersten freien Wahlen zum Kongress der Volksdeputierten der UdSSR (Moskau) im gleichen Frühjahr, in denen Sajudis einen triumphalen Sieg über die lokale, die Verwaltung sicherstellende Kommunistische Partei davontrug; die gemeinsame Front mit ähnlichen Massenbewegungen in Lettland und Estland; der gemeinsame politische Kampf mit anderen Demokraten auf zwei Kongressen der Volksdeputierten in Moskau 1989; der Beschluss, den so genannten Molotow-Ribbentrop-Pakt mit großer Mehrheit für null und nichtig zu erklären; die riesige Menschenkette „Baltische Straße“ von Vilnius nach Tallinn mit 2,5 Millionen Teilnehmern, die vor den Augen der beeindruckten Weltöffentlichkeit Freiheit forderten, die vor 50 Jahren verkauft worden war; sowie die im Jahre 1990 gewonnenen Wahlen zu den neuen Nationalparlamenten.

V. DIE WIEDERERLANGTE UNABHÄNGIGKEIT

Die litauische Bewegung Sajudis gewann die Wahlen mit einem solchen Vorsprung, dass ihr Vertreter gegen den kommunistischen Kandidaten, den Vorsitzenden der lokalen Kommunistischen Partei, mit mehr als zwei Dritteln der Stimmen zum Parlamentspräsidenten und Staatsoberhaupt gewählt wurde. Innerhalb eines Tages wurden im Parlament mehrere wichtige Gesetze zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit verabschiedet. Das letzte in der Reihe war die Übergangsverfassung, die an die Stelle der Verfassung Litauens von 1938 trat, die vorher für einen kurzen Moment wieder in Kraft gesetzt worden war. Die sowjetischen Verfassungen wurden für die Republik Litauen für null und nichtig erklärt. Bei der Hauptabstimmung über die Fortführung und Wiederherstellung des unabhängigen Staates gab es keine Gegenstimmen, lediglich sechs Enthaltungen. Das historische Staatswappen wurde wieder eingeführt, desgleichen die frühere Hymne und die Flagge des unabhängigen Litauen.



15. Juni 1940: Nach dem um Mitternacht gestellten brutalen Ultimatum der UdSSR überschreitet die Sowjetarmee die Grenze zur unabhängigen Republik Litauen.



Der Grenzbeamte Baraukas wurde am selben Tag an seinem Wohnort in der Nähe der Stadt Varena gefasst und vor den Augen seiner Angehörigen von den sowjetischen Besatzern ermordet. Die Gewalttat sollte zur Abschreckung dienen, um etwaigen Widerstand im Keim zu ersticken.



Massendeportationen von Zivilisten in die UdSSR, das Land der Besatzer. Die Deportierten sollten nie mehr zurückkehren.



Leichname der 260 Gefangenen und Mitarbeiter der Strafkolonie bei Pravienskės, die am 26. Juni 1941 von den Einheiten des NKWD ermordet wurden.

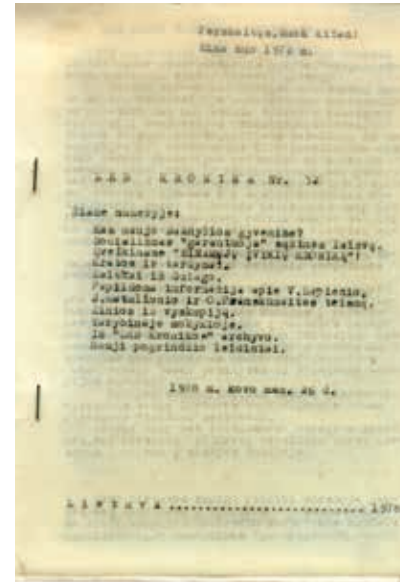


Bewaffneter Widerstand gegen die zweite sowjetische Besetzung. Führungsspitze des Landkreises Jura im Winter 1949. Im selben Winter verfasste und unterzeichnete die gemeinsame Führung aller litauischen Bewegungen im Kampf für die Freiheit eine Erklärung über die provisorische Grundlage des wiederhergestellten demokratischen Litauen. Diese historische vorläufige Verfassung wurde 1999 in der (1990) wiederhergestellten Republik Litauen Gesetz.





Zahllose Friedhöfe mit Gräbern litauischer Deportierter im hohen Norden der UdSSR.



Ausgabe der im Untergrund erscheinenden äußerst populären Chronik der litauischen katholischen Kirche.



Untergrunddruckerei im Haus von Vytautas Andziulis.



Ein Deportierter in seiner Lehmhütte.



Vilnius, 22./23. Oktober 1988: Die Reform- (Perestroika) und Befreiungsbewegung für Litauen, Sąjūdis, ist ins Leben gerufen!



8. Juni 1989: Die litauische Delegation verlässt den Kongress der Volksdeputierten in Moskau.



Anschließend wird das Gesetz über die Wiederherstellung des unabhängigen Litauischen Staates verabschiedet. Vilnius, 11. März 1990: Die politische Führung singt zusammen mit dem gesamten Obersten Rat die Nationalhymne.



Die „Baltische Kette“ – die weltweit größte Kundgebung: Etwa 2,5 Millionen Menschen fassen sich an den Händen und bilden eine Menschenkette, die von Vilnius bis Tallinn reicht. Sie fordern Freiheit für Litauen, Lettland und Estland.



Die drei baltischen Staatsoberhäupter mit dem Präsidenten des demokratischen Russland, Boris Jelzin. Unterzeichnung eines Abkommens am 27. Juli 1990 in Jurmala bei Riga in Vorbereitung bilateraler Verträge zur gegenseitigen Anerkennung und zur Normalisierung der Beziehungen.



Sowjetische Offensive: Anschlag auf die zentrale Fernsehstation in Vilnius am 13. Januar 1991.



Der isländische Außenminister J. B. Hannibalsson besucht Vilnius unmittelbar nach dem blutigen Angriff am 20. Januar 1991. Links von ihm: Der Präsident des Obersten Rates der Republik Litauen, Vytautas Landsbergis. Island war der erste Staat, der die vor dem Krieg bestehenden diplomatischen Beziehungen zum wiederhergestellten unabhängigen Litauen wieder aufnahm.



Vilnius, 13. Januar 1991: Totenwache am Parlament nach der blutigen Nacht des Massakers.



Moskau, 29. Juli 1991: Unterzeichnung des Vertrags über Grundlagen zwischenstaatlicher Beziehungen. Die Ratifizierung wurde durch den Austausch der Ratifizierungsschreiben am 4. Mai 1992 in Vilnius besiegelt. Russland erkannte Litauen auf der Grundlage des Wiederherstellungsaktes vom 11. März 1990 als souveränen Staat an. Beide Staaten verurteilten die unrechtmäßige Annexion Litauens durch die UdSSR 1940.



Litauische Delegation bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 17. September 1991, dem Tag des UNO-Beitritts der Republik Litauen.



Vilnius, 22. August 1991: Lenin verlässt Vilnius.



An die Stelle des von den sowjetischen Besatzern eingeführten Kolchosystems tritt wieder eine freie Landwirtschaft.
31. Juli 1992: Königin Margrethe II. von Dänemark besucht das Haus eines polnischen Bauern bei Vilnius.



Das Abkommen über den planmäßigen Abzug der russischen Truppen binnen eines Jahres wurde am 8. September 1992 in Gegenwart der Staatsoberhäupter beider Staaten von den Verteidigungsministern in Moskau unterzeichnet.



September 1993: Papst Johannes Paul II. stattet Litauen im Rahmen einer Pilgerreise mit dem litauischen Kardinal Sladkevicius zum Berg der Kreuze einige Tage nach Abzug der sowjetisch-russischen Truppen einen Besuch ab.



US-Präsident G. W. Bush und der litauische Präsident V. Adamkus geben am 23. November 2002 auf dem Rathausplatz von Vilnius eine gute Nachricht bekannt: Litauen wird das Angebot zum NATO-Beitritt gemacht.



Ein modernes Gymnasium im südlitauischen Salcininkai erhält den Namen „Litauisches Millennium“.



Bürger Europas: Die junge Generation unterstützt den Beitritt zur EU und strömt zum Referendum.



1. Januar 2009: Vilnius ist Kulturhauptstadt Europas.

Dies geschah am 11. März 1990. Entsprechende Rechtsakte in Estland und Lettland wurden am 24. März bzw. 4. Mai 1990 angenommen. Sie unterschieden sich von dem absoluten Unabhängigkeitsstatus Litauens dahin gehend, dass sie einen Übergangszeitraum für die Unabhängigkeit festlegten, so als ob dies noch aus Sicht einer „Sowjetrepublik“ geschah (diese Zweideutigkeit wurde von den Parlamenten der beiden Nachbarländer erst während des Putsches in Moskau im August 1991 aufgehoben). Litauen forderte den Kreml jedoch grundlegend heraus, und das zu einem optimalen Zeitpunkt. Genau am 12. März begann der Dritte Kongress der Volksdeputierten der Sowjetunion in Moskau, auf dem die Wahl Michail Gorbatschows zum Präsidenten erfolgen sollte (obwohl er niemals vom Volk als dessen Vertreter gewählt worden war). Daher hatten die Kremlpolitiker anderes im Sinn als der litauischen Entscheidung möglicherweise mit Grausamkeit zu begegnen. Erst am 14. März verabschiedete der Kongress eine Resolution sowie ein Ultimatum, in dem die Akte des litauischen Parlaments annulliert wurden, da es dazu verpflichtet sei, sich der „zentralen“ Amtsgewalt unterzuordnen. Der Präsident des litauischen Parlaments erwiderte darauf, dass die Resolutionen des Parlaments eines anderen Landes keine Auswirkungen auf das unabhängige souveräne Litauen hätten. Damit waren die grundsätzlichen Standpunkte und deren grundlegende Trennlinien dargelegt, was die gefährliche und zuweilen blutige internationale Auseinandersetzung in den nachfolgenden achtzehn Monaten bestimmen sollte. Sie wurde auf verschiedenen Ebenen geführt.

Bereits am 12. März sandte das litauische Parlament ein Schreiben an Michail Gorbatschow, den Vorsitzenden des Parlaments der UdSSR, in dem es vorschlug, Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen einzuleiten. Die (natürlich nicht schriftliche) Antwort Michail Gorbatschows lautete „Niemals“. Er betrachtete Litauen als Teil seines Staates, während Litauen sich auf zwei Staaten berief und für freundschaftliche Beziehungen eintrat. Aus diesem Punkt erwuchs die erste Frage und Litauens Herausforderung an die benachbarte Welt: zwei Staaten oder einer? Das kommunistische Regime der Sowjetunion, oder der „Kreml“, ging davon aus, die litauische Regierung von innen heraus schwächen zu können, zunächst durch seinen Einfluss auf verschiedene Strukturen (Justizapparat, Produktion) sowie wichtige Personen des ehemaligen Machtapparats, aber auch durch Demonstration seiner militärischen Stärke und Litauens Hilflosigkeit, und schließlich durch die Errichtung einer Wirtschaftsblockade einen Monat später. Ferner unternahm der Kreml große Anstrengungen, um die diplomatische Blockade Litauens aufrechtzuerhalten.

Die Sowjetunion und Michail Gorbatschow persönlich legten ihren erheblichen internationalen Einfluss in die Waagschale, um die westlichen Länder daran zu hindern, die wiederhergestellte Unabhängigkeit Litauens anzuerkennen. Im litauischen Parlament gingen sogleich offizielle Anerkennungsglückwünsche der Parlamente Kanadas und Polens ein, und selbst das Parlament sowjetischen Typs der Moldauischen SSR stimmte für die Anerkennung der wiederhergestellten Unabhängigkeit Litauens. Der Außenminister Australiens persönlich gratulierte – etwas voreilig – Litauen zur Anerkennung. Besonders lebhaft Debatten ereigneten sich in der Französischen Nationalversammlung. Die erste Reaktion des Weißen Hauses war recht positiv, doch fiel sie bald etwas kühler aus. Es stellte sich heraus, dass die demokratischen Regierungen angesichts des Drucks von Seiten der Sowjets keine wesentlichen Schritte zur Wiederaufnahme der bilateralen diplomatischen Beziehungen unternehmen würden. Michail Gorbatschows Getreue machten zwei wichtige Argumente geltend: 1) Die Anerkennung Litauens würde einen „Dominoeffekt“ in der Sowjetunion und deren Niedergang mit horrenden globalen Nachwirkungen verursachen; außerdem würden zahlreiche Separatisten in den westlichen Ländern dem Beispiel Litauens folgen (die gleichen Phrasen finden heute für den Fall Kosovo Anwendung); 2) Die Anerkennung Litauens würde das Ansehen Michail Gorbatschows und seiner Reformen nachhaltig untergraben; die Hardliner würden die Macht übernehmen usw., was zum Zusammenbruch der sorgfältig ersonnenen Neuen Weltordnung führen würde. Der diplomatische Krieg Litauens gegen die sowjetische Diplomatie wurde zur vordringlichen Verteidigungsaufgabe. In der Zwischenzeit machte man sich daran, die demokratischen Institutionen gemäß den neu verabschiedeten Gesetzen des unabhängigen Staates einzurichten.

Die Besuche und Treffen des litauischen Premierministers und des Staatsoberhauptes, des Parlamentspräsidenten, mit den Staatsoberhäuptern und Regierungen von Norwegen, Island, Kanada, der USA, des Vereinigten Königreichs, von Frankreich und Deutschland, auch in Prag und Moskau, trugen in entscheidendem Maße zum Ziel der vollständig wiederhergestellten Anerkennung bei. Michail Gorbatschow musste aufgeben und in Verhandlungen treten, obwohl er zwischenzeitlich einen bewaffneten Angriff plante. Auf der Rückreise vom Besuch in Prag auf Einladung des tschechischen Präsidenten Havel kam der litauische Parlaments- und Staatspräsident in Moskau zu einem geheim gehaltenen Treffen mit Boris Jelzin, der an der Spitze des neuen demokratischen Russlands stand, zusammen, auf dem sie die künftigen Beziehungen zwischen Litauen und Russland erörterten.

Am 12. Mai 1990 stellten die baltischen Staaten in Tallinn ihr Dreistaatenabkommen aus Vorkriegszeiten wieder her und agierten von nun an als Rat der Baltischen Staaten sowohl gegenüber der UdSSR im Hinblick auf die Normalisierung der Beziehungen als auch gegenüber den internationalen Organisationen, sodass sie ihre legitimen Positionen als frühere Mitglieder des Völkerbunds beibehalten konnten. Im Sommer 1990 trafen die drei Staatsoberhäupter der baltischen Staaten mit Boris Jelzin in Riga zusammen, um die bilateralen Verträge mit der Russischen Föderation unter Umgehung des „Zentrums“ der UdSSR zu erarbeiten.

Im Westen lagen die Hauptschauplätze für die diplomatischen Aktivitäten Litauens in Washington und Paris sowie insbesondere in kleineren, vor allem nordischen Ländern. Die Tschechoslowakei und Island boten ihre Staatsgebiete als neutrale Verhandlungsorte zwischen Litauen und der UdSSR an. Dasselbe bot Paris Moskau an. Im Herbst erklärte der französische Präsident in einer Unterredung mit dem Präsidenten des litauischen Parlaments, dass das in der Bank von Frankreich gelagerte Gold der ersten Republik Litauen dem neuen Litauen zusteht und erkannte somit den Fortbestand des Staates an. Im April sahen sich die Sowjets gezwungen, die Wirtschaftsblockade gegen Litauen aufzuheben. Auf Druck von Michail Gorbatschow mussten die Außenminister der baltischen Staaten, die versucht hatten, am Gipfel in Paris teilzunehmen, den Saal verlassen. Ende Dezember erinnerte das Althing, das isländische Parlament, an die Gültigkeit der Anerkennung Litauens vor dem Krieg und setzte der Regierung des Landes damit ein Zeichen. Litauen hatte den Krenl bereits darüber informiert, dass es sich ab dem 1. Januar 1991 vollständig aus dem Haushalts- und Steuersystem der UdSSR zurückziehen werde. Das Imperium beschloss nicht länger zu warten, da es bereits einen bewaffneten Überfall geplant hatte.

VI. DIE MEISTERUNG EINER GEWALTTÄTIGEN HERAUSFORDERUNG

Die Ereignisse Anfang Januar 1991 wurden zu einer schicksalhaften Herausforderung für jeden: für Litauen, die Sowjetunion, den Westen und die gesamte demokratische Welt. Die Sowjets versuchten, einen Sturz der unabhängigen Regierung durch das angeblich unzufriedene Volk vorzutäuschen, brachten Spezialeinheiten der Armee in Stellung und begannen in der Nacht vom 12. auf den 13. Januar 1991 einen bewaffneten Überfall. Sie rechneten mit einem Erfolg über Nacht und waren der Meinung, dass die Aktion im Schatten des Golfkriegs unbemerkt ablaufen könne. Bei der

Verteidigung des Parlaments und der Fernsehgebäude in Vilnius verloren 14 Menschen ihr Leben und hunderte friedliche, unbewaffnete Kämpfer für die Freiheit wurden verletzt, als sie sich mit ihrem Körper schützend vor diese Gebäude gestellt hatten. Aufgrund internationaler Proteste und von Großdemonstrationen für Litauen in Russland, aber auch dank der Solidarität des russischen Präsidenten Jelzin mit den baltischen Staaten wurden der Rückzug des Kremls und der tragische Sieg Litauens besiegelt. Auch in Riga war die Gewalt der Sowjets zum Scheitern verurteilt, während der Angriff in Tallinn aufgehoben wurde. (Es heißt, dass der tschetschenische Befehlshaber der eingesetzten Sowjettruppen, Luftwaffengeneral Dzokar Dudajew, der später Präsident des um die Freiheit kämpfenden Tschetscheniens wurde, hier seine Hand im Spiel hatte.) Das Europäische Parlament verurteilte die Aktionen der UdSSR in Vilnius als Aggression und Invasion und bekundete damit seine Haltung gegenüber Litauen als souveränem Staat. Island sandte seinen Außenminister Jon Baldvin Hannibalsson nach Vilnius, während das Althing die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen beschloss und die litauische Regierung darüber informierte. An der bilateralen Erklärung über die Wiederaufnahme der Beziehungen wurde seit Februar gearbeitet. Die diplomatische Blockade des Kremls bekam immer mehr Risse. Nachdem die UdSSR die angeblich eingeleiteten Verhandlungen mit Litauen abgebrochen hatte, wurden mit der Russischen Föderation tatsächlich Verhandlungen geführt, die am 29. Juli in Moskau durch Unterzeichnung des bilateralen Vertrags über die Grundlagen der zwischenstaatlichen Beziehungen erfolgreich abgeschlossen wurden (der Austausch der ratifizierten Urkunden erfolgte am 4. Mai 1992 in Vilnius).

Mit dieser Vereinbarung erkannte Russland den am 11. März 1990 wiedergegründeten Staat Litauen an und verurteilte die Annexion Litauens durch die Sowjets im Jahre 1940. Von diesem Schlag hat sich der Kreml bis heute kaum erholt. Die Sowjets rächten sich zwei Tage später mit dem bestialischen Mord an sieben an der Grenze zwischen Litauen und der UdSSR verhafteten litauischen Offizieren. Ungeachtet dessen näherte sich der rasche eigene Zusammenbruch der UdSSR durch den fehlgeschlagenen Putsch vom 19. - 21. August 1991. Danach fanden Litauen und die anderen baltischen Staaten in Ost und West durch die Wiederaufnahme bilateraler diplomatischer Beziehungen sofortige internationale Anerkennung. Am 17. September 1991 wurden sie von der UNO anerkannt. Die Wiedererlangung der Unabhängigkeit des Baltikums erfolgte also durch die Heranziehung friedlicher diplomatischer und politischer Maßnahmen. Als nächste dringende Aufgabe stand an, die frühere Besatzerarmee aus dem Land zu bekommen, die am Ende des Jahres der Gerichtsbarkeit Russlands unterstellt wurde. In dieser Hinsicht verfügte Litauen über mehr Erfahrung, nutzte die wohlgesonnene Haltung Jelzins und unterzeichnete

nach dem diplomatischen Durchbruch auf dem KSZE-Gipfeltreffen vom 9. - 10. Juli 1992 von Helsinki am 8. September 1992 in Moskau das Abkommen mit Russland über den Rückzug der russischen Truppen innerhalb nur eines Jahres. Und so geschah es! Noch vor dem Abzug aus Polen, Deutschland, Lettland und Estland verließ die russische Armee Litauen. Im September 1993 stattete Papst Johannes Paul II. dem freien Litauen seinen Besuch ab.

VII. BEITRITTS-PERSPEKTIVEN ZU DEN STRUKTUREN DER WESTLICHEN INTEGRATION

Bereits 1992, als die Reform der Wirtschaft des Landes in vollem Gange war, trat Litauen dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank bei, führte seine Übergangswährung ein und koppelte sich damit von der postsowjetischen Rubelzone ab. In den internationalen Verträgen wurden die Beziehungen nicht nur mit dem benachbarten Russland, sondern auch mit Belarus, Polen und Deutschland geregelt; Litauen bewegte sich zudem auf den Europarat, die Europäische Gemeinschaft und die NATO zu. Die Mitgliedschaften in der EU und der NATO wurden die neuen Schwerpunktziele des Landes. Ebenso direkt damit verbunden waren die Sicherstellung der nationalen Sicherheit und der Wiederaufbau der litauischen Armee sowie deren Aufbau gemäß den neuen, mit der NATO abgestimmten Grundsätzen.

In geopolitischer Hinsicht zeigt dieser Prozess, dass damit sowohl Finnland als auch Schweden in die Lage versetzt wurden, eine völlig eigenständige Außenpolitik zu führen und dauerhaft der Europäischen Union beizutreten. Dies nahmen sich die anderen drei baltischen Staaten an der Ostküste des „Mare nostrum“ zum Vorbild.

Somit erlangte auch die Ostsee ihren früheren Status als „Nördliches Mittelmeer“ zurück, indem sie sich vom Konzept her von einem de facto russischen in ein europäisches Meer verwandelte. Hier erstanden die wiedergeborenen östlichen Anrainerstaaten mit ihrer Seefahrt und ihren Seegrenzen, aber auch Wirtschaftszonen neu. Dem „Verlust“ seiner Häfen trauert Russland noch immer nach und trachtet danach, sie auf andere Weise zurückzuerlangen.

Bereits 1991 sprach der Rat der baltischen Staaten wichtige Fragen des Zweiten Weltkriegs an, die nach Kriegsende im „Meer versunken“ waren. Dies galt als Aufforderung, dieses Gebiet für atomwaffenfrei

zu erklären und weltweit die Gefahr anzusprechen, die von den in großen Mengen versenkten deutschen Chemiewaffen ausgeht, die verrosteten und die Küstenanrainer mit realen Umweltkatastrophen bedrohen. Gemeinsam mit einigen anderen Ländern versuchte Litauen auf die Notwendigkeit der Entmilitarisierung Kaliningrads hinzuweisen. All diese Sicherheitsfragen sind bis heute ungelöst. Durch das deutsch-russische Projekt Nord Stream wächst die Gefahr einer tödlichen Verschmutzung des flachen Meeresgrunds durch chemische Industrieablagerungen und die Explosion von dort lagernden Bomben. Gleichzeitig eröffnete es für Russland die Möglichkeit, die internationalen Gewässer der Ostsee zu militarisieren und sie unter dem neuen Vorwand des Schutzes der Rohrleitung praktisch zu annektieren, nachdem seine Marine im Jahre 2002 ausgerückt war, um die Ölbohrungen nahe der litauischen Grenze zu schützen. Jedoch stießen auch diese besorgten Stimmen auf taube Ohren.

Seit Ende 1993, als die großen Parteien in Litauen sich übereinstimmend dafür ausgesprochen hatten, den Aufruf des Präsidenten zum Beitritt zur NATO zu unterstützen, wurden beide euroatlantischen Prozesse von politischen Kämpfen und Manövern begleitet. Es folgten zehn Jahre, in denen der Freiheitskampf gegen Vorherrschafts- und Dominanzansprüche des postsowjetischen Russlands fortgesetzt wurde. Sowohl die Europäische Union als auch die NATO meldeten Zweifel an und verlangten von Litauen, seine „Hausaufgaben“ in Bezug auf die gestellten Anforderungen zu machen. Gleichzeitig war da immer Russland, das wie zu Zeiten Michail Gorbatschows allen ein neues Zeitalter versprach (der Westen rief eifrig das Ende des Kalten Krieges aus), allerdings unter der Bedingung, dass Russland und seine „legitimen Interessen“ hinsichtlich des Baltikums berücksichtigt würden.

Da Russland imaginäre Rechte am „nahen Ausland“ und dem „postsowjetischen Raum“ einforderte, war Litauen gezwungen, diese zu jedem möglichen Anlass zurückzuweisen und den Westen daran zu erinnern, dass es keine „Sowjetrepublik“, sondern ein von der UdSSR besetzter Staat war. Russland versuchte ferner, Litauen nur die Wahl zu lassen, sich für die Europäische Union und deren „weiche Sicherheit“ zu entscheiden, sodass die NATO aus dem Spiel bliebe und Russland nicht unnötig „gereizt“ oder provoziert würde. (Inzwischen befinden sich Georgien und die Ukraine in derselben Lage.) Litauen hat diese Haltung stets zurückgewiesen und betont, dass es zwei Hauptziele anstrebe, und zwar gleichzeitig. Wenn die NATO Litauen jedoch eher aufnehmen wolle, dann wäre auch das in Ordnung.

Den Anfang des Weges, der das durch Selbstbefreiung wiedererstandene Litauen nach Wiederaufnahme seiner internationalen Beziehungen in die Europäische Union führte,

markierte die am 11. Mai 1992 erfolgte Unterzeichnung des Abkommens über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Am 18. Juli 1994 wurde ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft unterzeichnet, das ein Jahr später, 1995, wesentlicher Bestandteil unseres Europa-Abkommens wurde. Mit diesem Abkommen wurden die assoziierte Mitgliedschaft Litauens in der Europäischen Union und seine offizielle Kandidatur für eine Vollmitgliedschaft festgeschrieben. Litauen wurde in die Strategie der EU für die Staaten Mittel- und Osteuropas einbezogen. Es sei angemerkt, dass Litauen zur gleichen Zeit, also gegen Anfang 1994, seinen NATO-Beitritt beantragte. Während des gesamten Jahres 1995 war jedoch unklar, ob die Allianz dem Druck von Seiten der Russen gewachsen war, dass die baltischen Staaten weder eingeladen noch aufgenommen werden, sondern stattdessen unter russischem Einflussbereich verbleiben sollten. Obwohl Litauen bereits zum 1. September 1993 einen vollständigen Abzug der russischen Armee erwirkte, blieb sie in Lettland einige Jahre länger und ist im Raum Kaliningrad noch immer stationiert und wird – als Druckmittel gegen die benachbarten Länder – demonstrativ modernisiert. Russland erneuerte mehrfach seine Forderung, ein militärisches Transitabkommen mit Litauen zu unterzeichnen, doch hat sich Litauen dem erfolgreich entziehen können. Für den Transit von Militärtransporten nach Kaliningrad wendet es stattdessen Übergangsregeln an, die jährlich verlängert werden. Auf diese Weise hat sich Litauen den Weg in die NATO nicht verbaut, sondern ihn durch seine Beteiligung am Programm „Partnerschaft für den Frieden“ und das Streben nach einem Mitgliedschafts-Aktionsplan fortgesetzt. Die Aussichten verbesserten sich durch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zu Polen, einem künftigen Mitglied der NATO und der EU, und wurden durch die gemeinsame Versammlung beider Parlamente (ab 1997) und die strategische Partnerschaft abgerundet. Die vierseitige Charta der Partnerschaft zwischen den baltischen Staaten und den USA wurde ein bedeutender Faktor bei der Konsolidierung der NATO-Mitgliedschaft als „gemeinsamem Ziel“.

Ein Durchbruch kam im Jahre 1997, als auf dem NATO-Gipfel in Madrid die baltischen Staaten als Anwärter auf die NATO-Mitgliedschaft benannt wurden und der US-Kongress aufgrund unserer Bereitschaft mit der Bereitstellung von Mitteln begann. Gleichzeitig begaben sich drei ranghohe Angehörige der US-Armee im Ruhestand mit litauischen Wurzeln nach Litauen, um es zu unterstützen. Einer von ihnen wurde Oberbefehlshaber der Armee. Der Aufbau einer echten Armee nach westlichem Vorbild, die die NATO-Standards erfüllte, ging daraufhin zügig voran. Litauen beteiligte sich mehr und mehr an internationalen friedenserhaltenden Operationen. Jetzt hat es sich zum Schutz Afghanistans und zum Wiederaufbau der gesamten Provinz Ghor

verpflichtet. Doch vorher, am 23. November 2002, brachte US-Präsident George W. Bush gute Nachrichten nach Vilnius aus Prag, wo auf dem NATO-Gipfel bestätigt wurde, dass die baltischen Staaten gut vorbereitet seien und in das Bündnis aufgenommen würden. Von jetzt an „wird jeder, der Litauen als Feind betrachtet, auch die Vereinigten Staaten zum Feind haben“, sagte er den Beifall spendenden Zuhörern auf dem Rathausplatz in der Altstadt von Vilnius. Für die Mehrheit war dies gleichbedeutend mit der deutlichen Zusicherung von Freiheit und dem Schutz vor einer Aggression aus dem Osten.

Am 8. Dezember 1998 hatte Litauen einen offiziellen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU gestellt. Das waren schwierige Zeiten, da die Finanzkrise in Russland sich auch auf Litauen auswirkte, stärker als auf seine Nachbarn. Das Bruttoinlandsprodukt Litauens ging zurück. Die Arbeitslosenquote stieg an (und wuchs weiter bis 2001), während die Ausfuhren zurückgingen (sie erholten sich und stiegen ab 2000 wieder an). Ungeachtet dieser Hindernisse erfüllte Litauen die Ziele als EU-Beitrittskandidat und löste das schwierigste – wie es anfangs schien – und absolut außergewöhnliche Problem: die vorgesehene Schließung des Kernkraftwerks Ignalina mit Unterstützung der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Es wurden internationale Abkommen in dieser Frage geschlossen und die erforderlichen, wenn auch unpopulären, Rechtsinstrumente im Land verabschiedet. Gemäß diesen Rechtsvorschriften wurde ein Reaktor bereits heruntergefahren, der andere folgte 2009. Litauen wird ab diesem Zeitpunkt stärker von Russland abhängig sein. Bereits vor dem EU-Beitritt Litauens bemühten sich russische Diplomaten im Jahre 2002 sehr darum, von der EU eine Garantie über Ausnahmeregelungen für Russland in Bezug auf den Transit nach Kaliningrad zu erhalten (Korridor, visafreie Regelung), wodurch Litauens Souveränität verletzt wurde. Die Europäische Union hielt damals an ihrem Standpunkt fest. Das Jahr 2003 erlebte eine Reihe bedeutender entscheidender Lösungen, darunter das erfolgreiche Referendum über die EU-Mitgliedschaft sowie die Unterzeichnung und Ratifizierung des Europa-Abkommens. Im Jahre 2004 wurde Litauen Vollmitglied der NATO und der Europäischen Union, und es beteiligte sich erstmals an den Wahlen zum Europäischen Parlament. Litauen ratifizierte als erstes Land die Verfassung für Europa, und nach dem Scheitern dieses Vorhabens ratifizierte es 2008 den neuen Vertrag von Lissabon. Litauen übernimmt in der 2. Jahreshälfte 2013 als erstes Land der drei baltischen Staaten seit dem Beitritt zur EU im Frühjahr 2004 den EU-Ratsvorsitz.



POLEN: HEIMAT EINES PAPSTES UND DER „SOLIDARNOŚĆ“

Włodzimierz Bernacki

Republik Polen - Rzeczpospolita Polska

Fläche: 312 834 km²

Bevölkerung: 38 115 800 (2006)

Hauptstadt: Warschau

Amtssprache: Polnisch

Währung: Złoty (PLZ)

Staatsform: Parlamentarische Republik

EU-Beitritt: 1.5.2004

I. EINFÜHRUNG

Stand das Jahr 1918 für die Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens, so bedeutete das Jahr 1945 die Rückkehr zur Fremdherrschaft. Doch wie in den vorangegangenen 123 Jahren, in denen die Polen unermüdlich für die Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit gekämpft hatten, ließen sie auch in den Jahren nach 1945 in ihrem Bemühen nicht nach. Diese jahrzehntelangen Anstrengungen fanden ihren Ausdruck sowohl in militärischen Aktionen (in den 1940er Jahren) als auch in Streiks und Demonstrationen, im Aufbau von Strukturen, die vom kommunistischen Staat unabhängig waren, und in der Schaffung unabhängiger Bildungs- und Informationssysteme. In den 1980er Jahren vereinten sich all diese Bestrebungen und Erfahrungen in der Bewegung der „Solidarność“. Dieser Gewerkschaft gelang es, die Arbeiterklasse und die Intelligenz im Kampf

gegen den Kommunismus zu einen. Durch die „Solidarność“, deren Name auf die der marxistisch-leninistischen Vorstellung vom Klassenkampf entgegenstehende Idee der gesellschaftlichen Solidarität verweist, konnte sich die polnische Gesellschaft letztlich von der kommunistischen Herrschaft befreien. Dieser Erfolg ging im Wesentlichen darauf zurück, dass die Bewegung eindeutig zeigte, dass ein Sieg nur durch die Solidarität zwischen allen Mitgliedern der Gesellschaft errungen werden konnte. Die gesellschaftliche Solidarität erwies sich als tödlich für das totalitäre System, dessen Macht, wie Hannah Arendt und Erich Fried erkannten, auf der Vereinzelung und der Aufteilung der Gesellschaft beruhte. Die „Solidarność“-Bewegung hingegen trat gerade für die Solidarität mit den Unterdrückten, Arbeitslosen und Gefangenen ein und unterhöhlte so das Fundament der totalitären Herrschaft.

In Folge ihres unablässigen Kampfes erreichte die „Solidarność“ die Einleitung der Gespräche am Runden Tisch und bereitete den Weg für die bahnbrechenden Parlamentswahlen von 1989, bei denen der erste nichtkommunistische Ministerpräsident Polens seit dem Zweiten Weltkrieg gewählt wurde.

Heute besteht auf Grund der Mitgliedschaft Polens in der EU und der NATO die echte Möglichkeit, dass Polen seine geografische Lage zwischen Russland und Deutschland weniger als Fluch denn als Segen zu begreifen vermag.

II. INVASION VON ZWEI SEITEN

Nach 123 Jahren in Knechtschaft erlangte Polen im November 1918 seine Unabhängigkeit wieder. Dieser Erfolg war das Ergebnis direkten militärischen, politischen und diplomatischen Einsatzes in den Jahren 1918-1919. Die neugewonnene Unabhängigkeit musste jedoch gegen das bolschewistische Sowjetrussland verteidigt werden, was Westeuropa gleichzeitig vor der kommunistischen Überschwemmung bewahrte – man denke nur an die Schlacht bei Warschau von 1920. Im September 1939 sah sich die polnische Regierung in Folge des Einmarsches des Dritten Reichs (1. September) und der Sowjetunion (17. September) gezwungen, ins Exil zu fliehen. Staatspräsident Ignacy Mościcki übertrug sein Amt an Władysław Raczkiewicz. Zum Ministerpräsidenten wurde Władysław Sikorski ernannt, der bis zu seinem tragischen Tod im Juli 1943 im Amt blieb, und dem dann Stanisław Mikołajczyk folgte. Während des Krieges war die Regierung der Republik Polen das einzige rechtmäßige und international anerkannte Führungsorgan. Zu ihrer Organisation gehörte eine komplexe, im Untergrund bestehende Staatsstruktur und eine Geheimgarde – die größte Europas.

In den ersten Kriegsjahren kontrollierte die Regierung sowohl die deutsche als auch die russische Besatzungszone. Die Besatzer verfolgten das Ziel der vollständigen Ausrottung der intellektuellen Elite des Landes – polnische Universitätsprofessoren wurden in Konzentrationslagern interniert und mehrere tausend polnische Offiziere in Katyń ermordet.

Als das Dritte Reich im Juni 1941 auf das Gebiet seines ehemaligen Verbündeten vorzustößen begann, leitete die Sowjetunion die Wiederbelebung der kommunistischen Bewegung in Polen ein. Der erste Versuch, bei dem eine Initiativgruppe hinter die Frontlinie geschickt wurde, scheiterte. Der zweite Versuch im Dezember 1941 glückte hingegen. Die Initiativgruppe gründete die Polnische Arbeiterpartei (PPR), eine kommunistische Vereinigung mit direkter Verbindung nach Moskau. Der Partei gehörten so wenige Mitglieder an, dass sie häufig als „Sofa-Partei“ bezeichnet wurde – eine scherzhafte Anspielung darauf, dass sämtliche Parteimitglieder auf einem einzigen Sofa Platz hätten. Die PPR erhielt ihre Anweisungen direkt von der kommunistischen Führung der Sowjetunion, für die sie ein äußerst nützliches Werkzeug darstellte: Sie lieferte alle benötigten militärischen und politischen Informationen und leistete damit einen wesentlichen Beitrag zur wirksamen Bekämpfung der im Untergrund bestehenden Einrichtungen des polnischen Staates. Am 1. Januar 1944 fügte die PPR ihren Strukturen den Landesnationalrat (KRN) hinzu, was Stalin später als Argument dienen sollte, um seine Verbündeten davon zu überzeugen, bei der Entscheidung über die Form der politischen Machtorgane in Polen nach Kriegsende bestimmte politische Strukturen zu berücksichtigen.

Als die Rote Armee im Juli 1944 die deutsch-russische Grenze von 1941 überschritt, gründeten die sowjetischen Behörden das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN). Obwohl eine rechtmäßige polnische Regierung und im Untergrund agierende Staatsstrukturen vorhanden waren, begannen die Sowjets unter Beibehaltung der direkten russischen politischen und militärischen Kontrolle mit der Machtübertragung an die Kommunisten des PKWN. Zu den beschämendsten Taten der polnischen und sowjetischen Kommunisten gehörten die Maßnahmen, die es den bewaffneten Einheiten der deutschen Besatzungsmacht ermöglichten, den Warschauer Aufstand niederzuschlagen und die Hauptstadt Polens bis auf die Grundmauern niederzubrennen.

In Folge der Zugeständnisse der Regierungen Großbritanniens und der USA gegenüber der Politik Stalins wurde der Rat der Nationalen Einheit ernannt, der die Politiker, die mit den Kommunisten der PPR direkt verbunden waren, mit der beherrschenden Rolle betraute und ihnen fast alle wichtigen Bereiche, das Militär und die Polizei unterstellte. Nach dem Einverständnis des Westens konnte Stalin mit der Eliminierung seiner politischen Gegner beginnen. Die Anführer der polnischen Untergrundbewegung

wurden verhaftet, nach Moskau verschleppt, dort vor Gericht gestellt und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Führer bedeutender politischer Parteien wie der PSL, der SN, der PPS und der SP, die den Wechsel zum Kommunismus ablehnten, wurden entweder verhaftet oder zur Auswanderung gezwungen (wie z. B. Stanisław Mikołajczyk von der Polnischen Volkspartei oder Karol Popiel von der Arbeiterpartei). Lokale Parteikommunisten wurden durch politische Morde, Verhaftung oder Einschüchterung ausgeschaltet. Einige der Untergrundmilitäreinheiten, die gegen die deutsche Besatzungsmacht gekämpft hatten, erhoben sich gegen den kommunistischen Staat. In der verharmlosend als „Konsolidierung der Volksmacht“ bezeichneten Phase wurden Schätzungen zufolge mehrere tausend Menschen getötet.

Neben den rein politischen und militärischen Maßnahmen zur Ausschaltung politischer Gegner gab es auch Versuche, ein vollkommen neues System der politischen Organisation zu schaffen. Dies bestand darin, die alten demokratischen Parteien aufzulösen und stattdessen neue, der kommunistischen Führung hörige Parteien einzusetzen. So wurde an Stelle der PSL die Vereinigte Bauernpartei (ZSL) gegründet, die antikommunistische (christlich-demokratische) Arbeiterpartei wurde aufgelöst und durch die Demokratische Partei (SD) ersetzt, die Überbleibsel der für die Unabhängigkeit eintretenden PPS wurden in die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei integriert (die PZPR war 1948 aus der PPR heraus gegründet worden, in die die pro-sowjetischen PPS-Aktivisten integriert wurden). Die neuen Parteien stützten sich zunächst auf die sogenannte Kleine Verfassung von 1945, die einen Bruch mit dem in der Verfassung von 1935 festgesetzten politischen System bedeutete. Obwohl die drei Großmächte darauf drängten, in Polen unverzüglich Parlamentswahlen durchführen zu lassen, verlegten die Kommunisten die Parlamentswahlen in der Befürchtung, in „vollkommen“ freien Wahlen eventuell zu unterliegen, auf Januar 1947. Im Juni 1947 wurde ein Referendum abgehalten, um die Durchführbarkeit eines großangelegten Wahlbetrugs zu testen. Der Versuch übertraf die Erwartungen bei Weitem: Trotz der Proteste der SP und der PSL ergriffen die Westmächte angesichts der Fälschung der Abstimmungsergebnisse keine politischen Maßnahmen. Ebenso verhielt es sich im Januar 1947, als die PSL die inoffiziellen Wahlen gewann, der kommunistische Block der demokratischen Parteien jedoch auf Grundlage der gefälschten Wahlergebnisse als offizielle Sieger verkündet wurde. Die kommunistische Partei übernahm damit praktisch die gesamte Macht in Polen. Bald darauf wurde die Religionsfreiheit formell eingeschränkt und der öffentliche und der private Bereich der Überwachung durch die Politische Polizei unterworfen. Die Verabschiedung einer neuen Verfassung am 22. Juli 1952, die unter der direkten Aufsicht Josef Stalins und nach dem Vorbild der sowjetischen Verfassung der 1930er Jahre entworfen wurde, markierte einen weiteren wichtigen Schritt hin zur Festigung der kommunistischen Herrschaft.



III. ERRICHTUNG EINER TOTALITÄREN HERRSCHAFT

Die kommunistische Führung, die die Zustimmung zumindest eines Teils der Gesellschaft zu erreichen suchte, beschloss die Verstaatlichung der Industrie und die Durchführung von Agrarreformen. Im Zuge der Verstaatlichung wurden die meisten Unternehmen in Staatseigentum überführt, obwohl offiziell nur Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitern verstaatlicht werden sollten. Offensichtlich besaßen die gezahlten Entschädigungen lediglich symbolischen Wert. Dennoch gilt das Verstaatlichungsgesetz bis heute als rechtmäßig – aus diesem Grund dürfen auch nur Einrichtungen, die unter Verletzung der Vorschriften dieses Gesetzes verstaatlicht wurden, wieder privatisiert werden.

Entsprechend den marxistisch-leninistischen Grundsätzen für die Führung der sozialistischen Volkswirtschaft stellte das Staatseigentum die vorherrschende Form des Eigentums dar. Auch die Steuerung und Überwachung der Wirtschaft wurde den kommunistischen Behörden übertragen. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln wurde als Überbleibsel des Kapitalismus angesehen, das es zu bekämpfen galt. Die Privatwirtschaft wurde bekämpft und das Handwerk stark eingeschränkt; Handwerker mussten sich vom Staat kontrollierten und geleiteten Genossenschaften anschließen.

Die Agrarreform stellte lediglich ein Propagandawerkzeug dar. In Wahrheit verfolgte die kommunistische Führung das Ziel der Kollektivierung der Landwirtschaft. Trotz der äußerst repressiven Maßnahmen in den Jahren 1949 - 1953 scheiterte dieses Vorhaben jedoch. Der Widerstand auf dem Lande war so groß, dass Polen eines der wenigen Länder des Ostblocks war, in dem das Privateigentum an Boden erhalten blieb. Als die Kommunisten erkannten, dass sich die Bauern nicht enteignen ließen, führten sie tiefgreifende Einschränkungen der Privilegien von Landbesitzern und die Pflicht zu Ablieferung von Erzeugnissen an den Staat zu äußerst niedrigen Ankaufpreisen ein. Das System der Pflichtabgaben bestand bis 1972.

Während der Zeit des Kommunismus stand die polnische Wirtschaft ganz im Zeichen der Entwicklung und Produktion im Bereich der Schwerindustrie, die die Führung als Grundlage für militärische Macht ansah. Ein Charakteristikum der kommunistischen Wirtschaft war die auf den Grundsätzen des sozialistischen Wettbewerbs am Arbeitsplatz beruhende wirtschaftliche Ausbeutung, die eine Erhöhung der Produktionsnormen bei gleichzeitiger Senkung der Löhne vorsah. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde auf der Grundlage von Fünfjahresplänen, die für alle abhängigen Staaten den gleichen Zeitraum umfassten, zentral geplant.

In den ersten Nachkriegsjahren (1945-1947) bestand die ideologische Hauptmotivation der Gesellschaft im Wiederaufbau des Landes nach den Zerstörungen des Krieges. Doch nachdem Polen den Marshallplan abgelehnt hatte und der Eiserner Vorhang gefallen war, trieb die kommunistische Führung die Menschen dazu an, noch härter zu arbeiten, um gegen die militärische Bedrohung durch den imperialistischen Westen und konterrevolutionäre Bewegungen bestehen zu können. Um die Vorgänge in Polen nach 1945 nachvollziehen zu können, ist der Begriff „Revolution“ so zu verstehen wie ihn die kommunistische Führung gebrauchte: nicht nur in Bezug auf die Politik, sondern auch auf die Wirtschaft und Kultur. Die Macht der kommunistischen Partei sollte sich entsprechend den Vorgaben von Karl Marx auf alle drei Bereiche, die Politik, die Wirtschaft und die Kultur, erstrecken. Die eingeleiteten Maßnahmen waren insbesondere im Bereich der geistigen Kultur, die der Staat vollständig unterdrücken und kontrollieren wollte, äußerst repressiv. Dazu musste der Hauptgegner, die Katholische Kirche, ausgeschaltet werden. In den Jahren 1947-1956 versuchte der kommunistische Staat daher, die Kirche vollständig aus dem gesellschaftlichen Raum zu verdrängen. In diesen Jahren kam es zu zahlreichen spektakulären Verhaftungen und Prozessen gegen Geistliche, bei denen sogar Kardinal Wyszyński festgenommen wurde.

Der kommunistische Staat übernahm darüber hinaus auch die absolute Kontrolle über den Bildungssektor und führte für jede Bildungsstufe einheitliche Lehrpläne ein, die auf einer „wissenschaftlichen Weltanschauung“ basierten, d. h. der des dialektischen Materialismus. Diese „wissenschaftliche“ Weltanschauung diente u. a. der Verbreitung des Historischen Materialismus, in dem der Kommunismus als letzte und höchste Entwicklungsstufe jeder menschlichen Gemeinschaft galt. Erkenntnisse wie Heisenbergs „Unschärferelation“ oder Einsteins theoretische Gedanken wurden als mit der wissenschaftlichen Weltanschauung unvereinbar betrachtet, ebenso wie alle Wissenschaftler, die die Erkenntnisse der Genetik anerkannten. Bedeutende Vorkriegsphilosophen wurden aus den Universitäten entfernt, z. B. der Lwow-Warschau-Schule der Logik, ebenso wie Soziologen und Historiker, deren Auffassung von Wissenschaft der marxistischen Methodik widersprach.

Zulässig als offizielles Kunstkonzept für Literatur, Malerei und Bildhauerei war nur jenes, das dem marxistischen, proletarischen Kanon entsprach. Die Künstler dieser Zeit hatten den Vorgaben des „sozialistischen Realismus“ zu folgen. In den 1950er Jahren war beispielsweise Jazzmusik verboten und der Zugang zu Rockmusik erheblich eingeschränkt. Wissenschafts- und Künstlerkreise wurden von der politischen Geheimpolizei genauestens überwacht und kontrolliert, jedes Kunstwerk wurde auf seine Übereinstimmung mit dem offiziellen Ideal geprüft und unterlag dementsprechend der Zensur. Ebenso

wie im nationalsozialistischen Deutschland wurden „unangemessene“ Werke entweder physisch zerstört (Bücher wurden z. B. eingestampft, da Papier ein kostbarer Rohstoff war) oder ihre Veröffentlichung wurde verboten. Die Medien – Presse, Radio und schließlich das Fernsehen – unterlagen einer strengen Zensur, damit sie ihren einzigen Zweck erfüllten, nämlich die Macht der Kommunisten Partei zu stärken.

Polen hatte die Folgen der Sowjetisierung (von September 1939 bis Juni 1941) früher und unmittelbarer erfahren als andere Länder. Viele Mitglieder der im Untergrund agierenden Militärstrukturen, die während des Krieges gegen die nationalsozialistischen Besatzer gekämpft hatten, begannen nach 1945 mit dem Kampf gegen die kommunistische Führung. Es waren jedoch nicht nur dem von Moskau gegründeten und von ihm abhängigen Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN) angehörende Kommunisten, die versuchten, die Widerstandsbewegung aufzulösen, sondern auch die bis in die 1990er Jahre hinein auf polnischem Staatsgebiet stationierte sowjetische Armee. So ordnete die Militärregierung in den Jahren 1945-1946 die Verschleppung polnischer Freiheitskämpfer in entlegene Teile Russlands an. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür waren die Verschleppung von 16 Mitgliedern des polnischen Untergrunds und der berühmte „Prozess gegen die Sechzehn“. In Folge dieser Maßnahmen mussten die Polen vollkommen neue Strukturen aufbauen, so dass es am 2. September 1945 zur Gründung der Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegung (WIN) kam. Das Hauptziel der Organisation bestand in der Wiederherstellung der Demokratie in Polen, die die Bürgerrechte der Gesellschaft gewährleisten sollte. Als die Kommunisten allen Gegnern des neuen Regimes offen den Krieg erklärten, beschloss die WIN ebenfalls, militärische Maßnahmen durchzuführen. Im Jahr 1946 wurden die ersten Führer der WIN festgenommen, was die Bewegung an sich jedoch nicht schwächte. Zusätzlich zur direkten Bekämpfung der Untergrundstrukturen richteten die Kommunisten im Ministerium für Öffentliche Sicherheit Sonderabteilungen ein, die für die Ausführung politischer Morde an den Mitgliedern ausgewählter rechtmäßiger Parteien, insbesondere der PSL und der SP, zuständig waren. Im Zeitraum 1946 - 1948 operierten in zahlreichen Regionen Polens antikommunistische militärische Untergrundeinheiten. Gleichzeitig wurden mehr als 23 000 Menschen von Militärgerichten verurteilt, 676 davon zum Tode.

Neben politischen Organisationen wie Parteien und militärischen Strukturen (bewaffnete Untergrundstrukturen) spielte auch die Katholische Kirche eine wesentliche Rolle bei der Bekämpfung des antidemokratischen Regimes. Genau wie die Kirche im Zweiten Weltkrieg diejenigen unterstützt hatte, die gegen das nationalsozialistische Deutschland gekämpft hatten, so unterstützten viele Mitglieder der Kirche nach dem Krieg den Kampf gegen die neue politische

Ordnung. Im Kommunismus galt Religion als eine Art „falsches Bewusstsein“, die Institution der Kirche wurde als Überbleibsel des Feudalismus betrachtet, und ab den 1940er Jahren wurde eine besonders antireligiöse und antikirchliche Politik betrieben.

Diese zeigte sich einerseits in der Verhaftung und Internierung zahlreicher Geistlicher, wie der Festnahme von Bischof Kacmarek oder der Internierung von Kardinal Wyszyński, und andererseits in der langfristig angelegten Verbreitung der atheistischen Weltanschauung durch die Einschränkung der religiösen Erziehung der Jugend (Verbot des Religionsunterrichts an den Schulen) und der Beschränkung der Arbeits- und Aufstiegsmöglichkeiten derjenigen, die ihren Glauben offen praktizierten.

IV. ERSTE PROTESTWELLEN UND ERNEUTE REPRESSION

1952 hatte sich das kommunistische Regime in Polen endgültig etabliert, was mit der Verabschiedung der Verfassung der Volksrepublik Polen am 22. Juli 1952 besiegelt wurde. Die Verfassung war nach dem Vorbild der sowjetischen Verfassung der 1930er Jahre konzipiert und ihre endgültige Fassung von Josef Stalin genehmigt worden. Das Datum des 22. Juli 1952 war kein Zufall, handelte es sich doch um den achten Jahrestag der Gründung des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung (PKWN) 1944 durch die Sowjets. Die neue Verfassung brach mit der Tradition des Vorkriegskonstitutionalismus, indem die Tradition des Gleichgewichts der drei Gewalten aufgehoben, das Amt des Staatspräsidenten gestrichen, ein Einkammerparlament (Sejm) geschaffen und freie Parlaments- und Kommunalwahlen abgeschafft wurden. Darüber hinaus wurde die Republik Polen zur Volksrepublik Polen erklärt. Der frühere Präsident Bolesław Bierut übernahm nun das Amt des Vorsitzenden des Staatsrates. Neben der PZPR bestanden noch zwei weitere Parteien, die SD und die ZSL, doch diese spielten in Wirklichkeit kaum eine Rolle.

Das Jahr 1956 war für das kommunistische Regime von besonderer Bedeutung, da in diesem Jahr der XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion stattfand, auf dem Nikita Chruschtschow seine Rede über den „Personenkult“ hielt. In politischer Hinsicht ermöglichte die Rede einen partiellen Austausch der Machteliten in den Ostblockstaaten. Merkwürdigerweise erkrankte der Vorsitzende der polnischen Partei, Bolesław Bierut, während des Parteitags an



Grippe und verstarb – er kehrte im Sarg nach Polen zurück. Daraufhin wurde Edward Ochab zum Vorsitzenden der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) ernannt. Er bekleidete dieses Amt nur kurz bis Herbst 1956.

Im gleichen Jahr brach sich auch der öffentliche Unmut über die Art der Staatsführung das erste Mal in großem Maßstab Bahn. Im Juni erhoben sich Arbeiter der Industriewerke in Poznań. Direkte Auslöser der Unruhen waren die Erhöhung der Produktionsnormen, der Warenmangel in den Geschäften und der Anstieg der Lebensmittelpreise. Die Demonstrationen verliefen zunächst friedlich, weiteten sich dann jedoch zu einem bewaffneten Widerstand aus. Zur Niederschlagung der Demonstration wurde die Armee mit 10 000 Soldaten und 40 Panzern und gepanzerten Fahrzeugen eingesetzt. Insgesamt wurden 80 Menschen getötet, über 500 verletzt. Doch die Welle des Protests breitete sich auf das ganze Land aus. Obwohl die kommunistische Führung die Proteste offiziell als Taten von Provokateuren, die auf Geheiß der Imperialisten handelten, darstellte, sah sie sich gezwungen, Änderungen in der Struktur der Parteiführung vorzunehmen. Im Oktober übernahm Władysław Gomułka, der zwei Jahre zuvor aus dem Gefängnis entlassen worden war, die Führung. In den Augen vieler Polen zeigte die Wahl Gomułkas, dass sich die reformistischen Tendenzen in der Partei durchgesetzt hatten und ihre Vertreter nun an die Spitze gelangt waren.

Das Ende des Jahres 1956 und der Anfang des Jahres 1957 stellten tatsächlich eine Zeit der Liberalisierung des kommunistischen Systems dar, die sich in der Einschränkung der Zensur, der Erlaubnis des Religionsunterrichts an den Schulen und der Stärkung der Bedeutung kommunaler Arbeiterorganisationen zeigte. Im Herbst 1957 jedoch kehrte Gomułkas Regierung zu den früheren Methoden der Machtausübung zurück – d. h. entsprechend den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus sollte alles, Politik wie Wirtschaft, in die strikte Hierarchie der kommunistischen Partei eingeordnet werden. Der Sejm stellte lediglich ein Scheinparlament dar, denn die Abgeordneten konnten nur aus Mitgliedern gewählt werden, die vorher von der PZPR genehmigt worden waren. Da kein Kandidat abgelehnt werden konnte, bedeutete dies, dass alle Kandidaten mit guten Listenplätzen ins Parlament einzogen. Der PZPR stand stets die Hälfte aller Sitze im Parlament zu, die restlichen Sitze gingen an ihre Gefolgsparteien. Die politische Geheimpolizei (UB) wurde rehabilitiert und verstärkte ihre Maßnahmen zur Überwachung oppositioneller Kreise.

Mit der Ankündigung der Tausendjahrfeier des polnischen Staates wurden erneut harsche Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kirche eingeleitet: Der Religionsunterricht an Schulen wurde wieder verboten, die Lehrpläne der theologischen Seminare wurden überwacht, Theologiestudenten

mussten Wehrdienst ableisten, Kirchenbibliotheken wurden durchsucht und der Bau neuer Kirchen praktisch verboten. Die Feierlichkeiten anlässlich der Annahme des Christentums durch den polnischen Regenten Mieszko I. hatten rein weltlichen Charakter. Einige Tage vor den Feierlichkeiten baten polnische Bischöfe die deutschen Bischöfe um Vergebung und gewährten ihnen ihrerseits Vergebung. Die zweite Hälfte der 1960er Jahre war durch eine ständige Politik- und Wirtschaftskrise gekennzeichnet. Das zentral gesteuerte System der sozialistischen Volkswirtschaft kam vollständig zum Erliegen, da der Zugang zu neuen Technologien fehlte, was wiederum auf den Mangel an dem für Investitionen erforderlichen Kapital zurückzuführen war. Wie vom Staat bezweckt, dominierte in der Wirtschaft Polens die Schwerindustrie, da man hoffte, auf diese Weise gegenüber der kapitalistischen Welt Vorteile erringen zu können. Das gesamte System war ein ideales Beispiel einer zentralen Planwirtschaft, die in Wirklichkeit eine Mangelwirtschaft war.

In den 1960er Jahren kamen immer mehr gesellschaftliche, politische und religiöse Protestbewegungen auf. Die Tausendjahrfeier anlässlich der Annahme des Christentums wurde 1966 unabhängig gefeiert, Intellektuelle protestierten gegen die Kulturpolitik der Führung mit ihrem „Brief der 34 Intellektuellen“ (1964), innerhalb der PZPR gewannen revisionistische Bewegungen an Einfluss, der „Offene Brief von Jacek Kuroń und Karol Modzelewski“ wurde 1964 veröffentlicht und schließlich entstand die Organisation „Ruch“ (Bewegung), deren Mitglieder die bolschewistische Herrschaft als unrechtmäßig ansahen und deren erklärtes Ziel in der Bekämpfung des Kommunismus bestand. An der Jahrtausendfeier 1966 nahmen tausende Polen teil und zeigten damit ihre Unterstützung der Katholischen Kirche. Als Adam Mickiewicz patriotisches Stück „Dziady“ (Ahnenfeier) im März 1968 durch die Zensur von der Bühne verbannt wurde, setzte in allen großen Universitätsstädten eine Welle von Studentenprotesten gegen die Politik der kommunistischen Führung ein – 2 732 Menschen wurden verhaftet, 1 616 wurden von den Universitäten verwiesen. Der Staat machte sich die Proteste jedoch auf wahrhaft machiavellische Art zu Nutze, indem er behauptete, die studentischen Demonstrationen seien von jüdischstämmigen Polen angestiftet worden. Dies diente u. a. als Vorwand für Säuberungen innerhalb der Partei und des Staatsapparats. In den Jahren 1968 - 1969 wurden mehr als 15 000 Bürger jüdischer Abstammung zum Verlassen Polens gezwungen.

Die anhaltende Wirtschaftskrise offenbarte alle Mängel der sozialistischen Wirtschaft der Volksrepublik. Im Dezember 1970 beschloss die Führung angesichts der Knappheit von Grundnahrungsmitteln Preiserhöhungen für fast alle Waren des täglichen Lebens. Der Preis für Mehl stieg um 16 %, der für



Fleisch um 17 % und der für Getreide um 30 %. Dies führte bald zu massiven Protesten im Norden des Landes. In den Werften von Gdynia und Gdańsk wurde die Arbeit niedergelegt und erneut weiteten sich die Proteste auf das ganze Land aus. Wie 1956 setzte die Führung das Militär ein, um die Proteste niederzuschlagen – in Gdańsk wurden am 15. Dezember sechs Menschen erschossen, in Gdynia waren es am 16. Dezember 18 Menschen und in Szczecin am 17. Dezember 16 Menschen. Insgesamt kamen nach offiziellen Angaben in ganz Polen 45 Menschen ums Leben, 1 165 wurden verletzt, mehr als 3 000 wurden verhaftet. Zehn Panzer und 18 Panzerfahrzeuge wurden angezündet. In Folge dieser mit der gewaltsamen Niederschlagung der Demonstrationen verbundenen Umstände wurde der Erste Sekretär der Partei Władysław Gomułka des Amtes enthoben und durch Edward Gierek ersetzt, der auf Grund seiner dauerhaften Präsenz an der Spitze der Parteiführung als Mann der Stunde auftreten konnte. Seine erste Amtshandlung war die Durchführung einer erneuten Säuberung der Partei, bei der zahlreiche alte Mitglieder durch neue ersetzt wurden. Daneben führte er eine umfassende Verwaltungsreform durch. So trat 1972 an die Stelle der „gromada“ (Dorfbereich) die „gmina“ (Gemeinde) als ländliche Verwaltungseinheit, 1973 wurden die kollegialen Verwaltungseinheiten (die „Präsidien“) durch Wojewoden, Vorsitzende und Gemeindevorsteher ersetzt. 1975 folgten die Abschaffung der Kreise und die Einrichtung eines zweistufigen Systems bestehend aus den Gemeinden und den Wojewodschaften. Mit diesen Änderungen vermittelte Gierek der Gesellschaft das Gefühl, dass tiefgreifende Reformen durchgeführt worden seien, während die einzige Veränderung darin bestand, dass eine neue Riege von Parteimitgliedern eingesetzt worden war, die der neuen Führung alles verdankte und vollkommen von ihr abhängig war.

In der Wirtschaft tat Gierek etwas, das keiner seiner Vorgänger bisher gewagt hatte: Er nahm bei westlichen Banken Kredite auf. Die Gelder der „europäischen Imperialisten“ dienten der Finanzierung gewaltiger Wirtschaftsinvestitionen. Durch das Missmanagement in der zentralen Planung und mangelhafte Systeme zur Führung der Wirtschaft wurde jedoch ein Großteil der Gelder verschwendet. Bereits 1975 zeichnete sich erneut eine Wirtschaftskrise ab und viele Waren, darunter Zucker, wurden rationiert. Angesichts der Krise beschloss die Führung eine Verfassungsänderung und führte zusätzliche Bestimmungen ein, wie die Erklärung, die Volksrepublik Polen sei ein sozialistischer Staat (und keine Volksdemokratie mehr) oder die Bestimmung, nach der die Regierung des Landes formal der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) übertragen wurde, sowie die Bekräftigung, dass Polen untrennbar mit Sowjetrußland verbunden sei. Die Versuche, die verfassungsmäßige Stellung der Partei zu formalisieren, zeigten deutlich die Befürchtungen der Kommunisten bezüglich ihrer politischen Zukunft. Die Verfassungsänderungen wurden

am 10. Februar 1976 trotz großer öffentlicher Proteste (wie der „Brief der 59 Intellektuellen“ oder der „Brief der 101“) vom Parlament der Volksrepublik mit nur einer Gegenstimme (Stanisław Stomma) angenommen. Im Sommer 1979 kündigte die Führung eine Preiserhöhung für fast alle Waren, vor allem Zucker (um 100 %) und Fleisch (um 69 %) an, was wiederum zu Äußerungen öffentlichen Unmuts führte, dieses Mal im Warschauer Stadtteil Ursus und in Radom. Umfangreiche Verhaftungen folgten: 634 Personen wurden festgenommen, 72 zu langjährigen Haftstrafen verurteilt und über 200 mussten hohe Strafen zahlen. Um den Unterdrückten finanziell und rechtlich unter die Arme zu greifen, gründeten Intellektuelle das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR). Schon bald entstanden weitere oppositionelle Bewegungen: die Bewegung für die Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte (ROPCiO), das Komitee für freie Gewerkschaften, die Bewegung „Junges Polen“ und die „Konföderation des unabhängigen Polen“ (KPN). Im Mai 1977 gründeten Kommilitonen des von der Politischen Polizei ermordeten Studenten und KOR-Mitglieds Stanisław Pyjas das Studentische Solidaritätskomitee (SKS).

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre entstand darüber hinaus ein Verlagssystem außerhalb der Zensur, dessen bedeutendster Vertreter das unabhängige Verlagshaus „NOWA“ darstellte.

V. EIN POLNISCHER PAPST UND DER AUFSTIEG DER „SOLIDARNOŚĆ“

Die Wahl Karol Wojtyłas zum Papst am 16. Oktober 1978 stellte einen Wendepunkt in der Gestaltung der bis dahin bestehenden politischen Kultur in Polen dar. Die Wahl und der spätere Besuch des Papstes in Polen führten zu einer deutlichen Zunahme der nach Unabhängigkeit strebenden antikommunistischen Bewegungen. Die kompromisslose Haltung von Papst Johannes Paul II. gegenüber der kommunistischen Führung ermutigte viele Polen, insbesondere bei Gelegenheiten wie seiner Rede in Warschau 1979, als er die folgenden außergewöhnlichen Worte sprach: „Sende Deinen Geist herab und erneuere das Gesicht der Erde. Das Gesicht dieses Landes.“

Das Jahrzehnt endete mit einem vollständigen Zusammenbruch der Wirtschaft. 1980 beschloss Gierek die Einführung staatlich regulierter Preise, was erneut zu massiven Protesten führte. In dieser Zeit stieg Lech Wałęsa zum unangefochtenen Führer der antikommunistischen Bewegung auf. 1981 unterzeichnete er eine Vereinbarung mit der Regierung, die unter anderem das Recht auf die Gründung

unabhängiger und selbstverwalteter Gewerkschaften garantierte, was sich später als wichtigster Pluspunkt für die streikenden Arbeiter herausstellen sollte, da die Gewerkschaft „Solidarność“ nun offiziell registriert werden konnte. Die neue, von Wałęsa geführte Gewerkschaft wuchs in kurzer Zeit auf über neun Millionen Mitglieder an. Sie war die erste rechtmäßige, von der kommunistischen Führung unabhängige Organisation und unterwanderte das System auf diese Weise. Bald darauf wurden auch andere unabhängige Gewerkschaften und politische Organisationen gegründet.

Die „Solidarność“ wies die äußerst heterogene Struktur einer Gewerkschaft und einer politischen Organisation auf. Ihr gehörten unterschiedliche gesellschaftliche, berufsständische und politische Gruppen an – Fabrikarbeiter ebenso wie Intellektuelle. Mitglieder des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR), die sich in früheren Auseinandersetzungen mit den kommunistischen Behörden bewährt hatten, übernahmen als Berater des Vorsitzenden die wichtigste Rolle in der Gewerkschaft. Dank der „Solidarność“ kündeten die frühen 1980er Jahre bereits die Freiheit der Polen an.

Die Zugeständnisse der Führung waren jedoch rein taktischer Natur, denn genau wie zuvor wurde lediglich ein Führer durch den nächsten ersetzt: Auf Gierek folgte Stanisław Kania und auf diesen General Wojciech Jaruzelski. Die politische Richtung blieb dabei stets die gleiche – seit den Arbeiterprotesten in den 1980er Jahren bestand die Hauptfrage darin, wie sich die kommunistische Herrschaft über Polen sichern ließ. Die Ernennung von Jaruzelski zum Ministerpräsidenten bedeutete, dass die Option der Konfrontation beibehalten wurde. Seit dem Frühjahr 1981 bereiteten seine Militärberater Pläne für den Kriegszustand vor, der schließlich am 13. Dezember 1981 ausgerufen wurde.

Mit dem Kriegszustand suchten die Kommunisten die politischen Bedingungen von vor 1980 wiederherzustellen, als die absolute politische Macht allein bei der kommunistischen Partei lag. Trotz des politischen und militärischen Terrors (bei der Erstürmung des Bergwerks Wujek wurden neun streikende Bergleute getötet), der Isolation und Inhaftierung von „Solidarność“-Führern und politischer Morde (wie der an Jerzy Popiełuszko, eines engagierten Anhängers der Unabhängigkeitsbewegung), blieben die Strukturen des Untergrundwiderstands intakt. Der Kriegszustand bedeutete die Machtübernahme durch die Militärführung auf zentraler und kommunaler Ebene und hatte die Entlegalisierung aller Organisationen zur Folge. Darüber hinaus wurde den Bürgern untersagt, ihren Wohnort zu verlassen, Briefe und Telefonanrufe wurden kontrolliert (nach dem 13. Dezember 1981 waren die Telefonleitungen über einen Monat lang unterbrochen), es wurden keine Zeitungen mehr gedruckt, die Anzahl der Fernseh- und Hörfunksendungen wurde stark begrenzt und alle polnischsprachigen Sender, die von außerhalb des Landes sendeten, wurden gestört.

Die Erfahrung des Kriegszustands bestätigte in den Augen der meisten „Solidarność“-Aktivisten, dass die kommunistischen Herrscher lediglich daran interessiert waren, ihre Macht zu sichern. Die Jahre 1980-1982 zeigten deutlich, dass alle Zugeständnisse aus einer zeitweiligen Schwäche heraus geschehen waren und nur taktische Manöver darstellten, die den Kommunisten dazu dienen sollten, wieder an Kraft zu gewinnen und ihren Gegnern den Todesstoß zu versetzen.

Zusammen mit anderen Organisationen führte die Untergrund-„Solidarność“ umfangreiche Geheimmaßnahmen durch. Im Zeitraum 1982-1988 existierten eine unabhängige Untergrundpartei und unabhängige Gewerkschaftsstrukturen. Neben der „Solidarność“ waren auch die Konföderation des unabhängigen Polen (KPN), die liberal-demokratische „Unabhängigkeitspartei“ und die PPS (Polnische Sozialistische Partei) im Untergrund aktiv. Darüber hinaus wurden zahlreiche unabhängige Zeitungen (z. B. Tygodnik Mazowsze, Hutnik, Solidarność Walcząca, Wiadomości und Obserwator Wielkopolski) und über fünftausend Bücher und andere Druckerzeugnisse veröffentlicht. Im Frühjahr 1982 ging „Radio Solidarność“ auf Sendung.

Die wirtschaftliche Lage Polens nach 1981 gestaltete sich wahrhaft dramatisch: Angesichts der mit der Wirtschaftskrise einhergehenden Mangelerscheinungen auf dem Markt und der galoppierenden Inflation beschloss der Staat die Rationierung der meisten Grundbedarfsgüter wie Fleisch, Butter, Mehl, Milchpulver, Schokolade, Alkohol, Zigaretten, Benzin, Waschpulver, Seife und Schuhe, die nur noch in festen Pro-Kopf-Zuteilungen erhältlich waren. Andere Waren, darunter Fernsehgeräte, Kühlschränke und Waschmaschinen, wurden ebenfalls nach verschiedenen Grundsätzen rationiert.

Mit dem 1983 angenommenen nationalen Sozial- und Wirtschaftsplan erhoffte man sich, den drastischen Rückgang der Industrieproduktion aufzuhalten. Bis 1985 sollten 85 % des Produktionsniveaus von vor zwölf Jahren erreicht werden, doch auch hier versagte der Planungsprozess der zentral gelenkten Wirtschaft komplett. 1988 wurden die Preise noch einmal, diesmal um 60 %, angehoben und wieder folgten öffentliche Proteste. Die Herrschenden erkannten, dass die aktuelle Auseinandersetzung mit der Opposition zu ihrem letzten Kampf werden könnte. Im Herbst 1988 versuchte Ministerpräsident Mieczysław Rakowski daher, die Position der PZPR zu sichern, indem er die Wirtschaft unter Beibehaltung der politischen Machtposition der Kommunisten nach dem Modell Chiles oder Koreas in Richtung einer freien Marktwirtschaft reformierte. Doch auch dieser Versuch schlug fehl. Die in dieser Zeit beschlossenen Rechtsvorschriften dienten hauptsächlich der Aneignung von Staatseigentum durch Parteimitglieder.

VI. ÜBERTRAGUNG DER MACHT

Auf Grund der massiven sozialen Unruhen und des bevorstehenden Jahrestags der August-Vereinbarungen beschloss die kommunistische Führung, in Verhandlungen mit Vertretern der Opposition zu treten. Am 31. August 1988 begannen die Verhandlungen zwischen General Kiszczak und Oppositionsführer Lech Wałęsa, bei denen die Einleitung sogenannter Gespräche am Runden Tisch beschlossen wurde. Im Dezember entstand das Bürgerkomitee der Gewerkschaft „Solidarność“, dem Verbündete und Experten angehörten, die mit der Opposition zusammenarbeiteten.

Die Gespräche am Runden Tisch begannen am 6. Februar 1989 mit dem Ziel, zwischen der kommunistischen Führung und der Oppositionsbewegung eine Einigung zu erzielen und die Grundsätze zu definieren, nach denen die Liberalisierung des polnischen Regierungssystems erfolgen sollte. Die Behörden, die offenbar weiterhin die politische Macht behalten wollten, traten der Opposition nur einen kleinen Teil ab. An den Gesprächen am Runden Tisch nahmen 75 Mitglieder teil, die wichtigsten Entscheidungen wurden jedoch in einer weitaus kleineren Runde in Magdalena getroffen. In den Verhandlungen wurde die Reform der obersten Staatsorgane beschlossen: An Stelle des Staatsrates sollte ein Staatspräsident der Volksrepublik gewählt werden und das Parlament sollte durch ein Oberhaus, den Senat, ergänzt werden. Die nächsten Wahlen sollten „teilweise frei“ sein, d. h. 65 % der Sitze sollten den Kommunisten zustehen, die restlichen 35 % sollten in demokratischer Wahl zwischen den von der Opposition frei aufgestellten Kandidaten aufgeteilt werden. Im Zuge der Verhandlungen erklärte die Regierung die Gewerkschaft „Solidarność“ wieder für rechtmäßig, sodass sie zusammen mit den Gewerkschaften der Bauern (NSZZ RI) erneut offiziell registriert werden konnte. Auch Organisationen wie die KPN, die PPS und der Studentenverband NSZ waren weiterhin tätig. Einige Zusammenschlüsse, vor allem die „Solidarność 80“, die „Polnische Unabhängigkeitspartei“, die „Freiheits- und Friedensbewegung“, die „Militante Solidarność“ und die liberal-demokratische „Unabhängigkeitspartei“, waren jedoch Verhandlungen mit der kommunistischen Führung gegenüber äußerst skeptisch.

Am 7. April 1989 beschloss das Parlament eine Verfassungsänderung und setzte damit die in den Gesprächen am Runden Tisch beschlossenen Änderungen um. Die Parlamentswahlen sollten am 4. Juni 1989 stattfinden. Zur Wahl standen auf der einen Seite Mitglieder der Regimeparteien (PZPR, ZSL, SD, PAX), auf der anderen Seite die vom Bürgerkomitee „Solidarność“ vorgeschlagenen Kandidaten.



Tausende Soldaten der Heimatarmee kämpften weiter für die Unabhängigkeit und gegen die kommunistischen Behörden. Foto: Eine der militärischen Untergrundeinheiten unter Kommandant Major Zygmunt Szendzielarz „Lupaszka“ im September 1945 (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).



Die Leichen von im Kampf gegen die kommunistischen Behörden getöteten Untergrundkämpfern (aus der Einheit von Eugeniusz Lipiński „Mrówka“ der Nationalen Militärunion) wurden durch Angehörige des staatlichen Sicherheitsdienstes geschändet (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).



Den manipulierten Parlamentswahlen vom 19. Januar 1947 ging eine Welle des Terrors voraus, die auf die Vernichtung der polnischen Oppositionspartei, der Polnischen Bauernpartei, abzielte. Foto: Józef Hachlica, einer der Politiker der Polnischen Bauernpartei, wurde von Angehörigen des staatlichen Sicherheitsdienstes ermordet. (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).



28. Juni 1956: Auf die Proteste der Posener Arbeiter, die mit der Forderung nach „Freiheit und Brot“ auf die Straße gegangen waren, folgte brutale Unterdrückung – 74 Demonstranten wurden getötet (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).





Einwohner der sozialistischen Vorzeigestadt, als die Nowa Huta geplant war, protestierten gegen die Entfernung eines Kreuzes von einem für den Bau einer Kirche vorgesehenen Platz. Die Miliz setzte Waffen, Schlagstücke und Tränengas gegen die Demonstranten ein. Foto: Straße in Nowa Huta nach der Demonstration (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).



Zu den religiösen Feiern anlässlich des 1 000. Jubiläums der Einführung des Christentums in Polen versammelten sich Millionen von Menschen, um ihren Glauben zu zeigen. Foto: Kardinal Wyszyński leitet die Feierlichkeiten am 3. Mai 1966 in Jasna Góra. (Archiv des Salesianischen Provinzialats in Pila).



Im März 1968 protestierte die Jugend gegen die Beschränkung der Redefreiheit durch die kommunistischen Behörden. In mehreren Städten kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen mit der Miliz. Foto: Die Miliz gibt mit Tränengas gegen Demonstranten in Warschau vor (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).



Im Dezember 1970 kam es im Norden des Landes zu Arbeiterprotesten. Die Miliz ging gewaltsam gegen Werftarbeiter vor. Offiziellen Angaben zufolge kamen dabei 45 Menschen ums Leben. Das brennende Hauptgebäude der Kommunistischen Partei in Szczecin (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).



*Im Dezember 1970 kam es im Norden des Landes zu Protesten der Arbeiter.
Die Miliz ging gewaltsam gegen Werftarbeiter vor.*



*Im Dezember 1970 kam es im Norden des Landes zu Protesten der Arbeiter.
Die Miliz ging gewaltsam gegen Werftarbeiter vor.*



*Am 15. Juni 1976 protestierten Arbeiter in Radom, Ursus und Plock gegen Preiserhöhungen.
Die Proteste wurden von der Miliz gewaltsam aufgelöst. Foto: Straßenschlacht vor dem Sitz
der Kommunistischen Partei in Radom (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).*



Als Antwort auf die Brutalität, mit der die Behörden gegen die protestierenden Arbeiter vorgehen, organisierte die Opposition Unterstützung für die Verfolgten. Stanislaw Pyjas, ein Student, der später vom staatlichen Sicherheitsdienst ermordet wurde, war einer der Mitwirkenden dieser Aktion. Als Reaktion auf seinen Tod veranstalteten Krakauer Studenten einen „schwarzen Marsch“ und gründeten das Unabhängige Solidaritätskomitee der Studenten (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).



*Der erste Besuch Papst Johannes Pauls II. in seiner Heimat im Juni 1979 gab nicht nur den Polen, sondern auch den Bürgern anderer Ostblockstaaten Anlass zu großen Hoffnungen.
Foto: Krakauer Studenten auf dem Weg zur Begegnung mit dem Papst
(Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).*



Im Sommer 1980 kam es in ganz Polen zu einer Welle von Protesten, in deren Folge die Gewerkschaft Solidarność gegründet wurde. Foto: Streikende Arbeiter der Danziger Lenin-Werft (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).



Die Gründung der Solidarność gab der Hoffnung auf Wiedererlangung der Unabhängigkeit neuen Auftrieb. Foto: Tausende demonstrieren am 11. Oktober 1980, dem Unabhängigkeitstag, der offiziell mit einem Verbot belegt war (Archiv der Stiftung für das Dokumentationszentrum der Unabhängigkeitsbewegung).



Die Ausrufung des Kriegszustandes durch die kommunistischen Behörden am 13. Dezember 1980 war ein Versuch, die Solidarność-Gewerkschaft zu zerschlagen. Foto: Niederschlagung des Protests der streikenden Arbeiter des Bergwerks Wujek, wo neun Bergleute getötet wurden (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).



Trotz der Repressalien zeigten die Polen offen ihre Unterstützung für die in den Untergrund gegangene Solidarność. Foto: Solidarność-Demonstration in Wrocław am 31. August 1981 (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).



Der gesellschaftliche Widerstand wurde durch Hunderte von Druckschriften von im Untergrund tätigen Verlagen unterstützt. Foto: Eine der unabhängigen Druckereien (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).



Papst Johannes Paul II. bot den Fürsprechern der Freiheit geistlichen Beistand. Foto: Papstmesse in Gdańsk Zaspą am 12. Juni 1987 (Archiv des Instituts für Nationales Gedenken).



Am 4. Juni 1989 fanden teilweise freie Parlamentswahlen statt, die zum Sieg der Solidarność führten und den Zusammenbruch des kommunistischen Staates beschleunigten.
Foto: Demonstration unter dem Motto „Geeint im Kampf um Unabhängigkeit“ während des Wahlkampfes (Foto: Stanisław Markowski).



Während der Streiks in den wichtigsten Fabriken im Frühjahr und Sommer 1988 wurde die Legalisierung der Solidarność gefordert. Foto: Streik in der Lenin-Hütte im Mai 1988 (Foto: Andrzej Stawiarski).



Die ersten uneingeschränkten freien Parlamentswahlen seit Ende des Zweiten Weltkriegs fanden erst 1991 statt (Foto: Grzegorz Kozakiewicz).



*Der Umbruch nach 1989 führte zur Befreiung der Wirtschaft von den ideologischen Fesseln und trug zur Entwicklung des Landes bei. Gleichzeitig war er Auslöser einer weit verbreiteten gesellschaftlichen Unzufriedenheit.
Foto: Proteste von Bergleuten in Warschau 1995
(Foto: Grzegorz Kozakiewicz).*



Der Papst, der von den Polen stets als große Autorität geachtet wurde, warnte die Polen, dass die Freiheit nur auf der Grundlage moralischer Werte errichtet werden kann. Foto: Blick vom Kosciuszko-Hügel auf die Menge der 2,5 Millionen Gläubigen, die im Juni 1997 der Papstmesse auf der Blonia-Wiese in Krakau beiwohnten (Foto: Grzegorz Kozakiewicz).



2004 wurde Polen Mitglied der EU. Foto: Befürworter des EU-Beitritts versammelten sich auf dem Marktplatz im Zentrum von Krakau (Foto: Grzegorz Kozakiewicz).

In diesem Zusammenhang ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Staatssicherheit ihre Operationen Ende der 1980er Jahre verstärkte. Vor und nach den Gesprächen am Runden Tisch arbeitete die Geheimpolizei unermüdlich an der Infiltrierung aller mit der Opposition verbundenen Teilnehmer. Diese Operationen dauerten bis Herbst 1989 an. Offenbar versuchten die kommunistischen Machthaber trotz der ausgehandelten Zugeständnisse, ihre Kontrolle über das politische Leben des Landes und insbesondere über die Aktivitäten der Opposition um jeden Preis zu bewahren.

Kurz vor den Wahlen gründete Adam Michnik, einer der führenden Berater der „Solidarność“, die Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“, die neben ihrer zeitlich begrenzten, also strikt mit den anstehenden Wahlen verbundenen Funktion auch eine Informationsaufgabe erfüllte. Neben der „Gazeta Wyborcza“ wurden auch wieder Zeitungen wie die von Tadeusz Mazowiecki herausgegebene Zeitung „Tygodnik Solidarność“ veröffentlicht.

Die Beteiligung an der Wahl vom 4. Juni lag bei 62,1 %, was im Vergleich zu den vorhergehenden, gefälschten Wahlen nicht sonderlich überraschend war. Das Ergebnis der Wahl hingehen erstaunte die kommunistische Führung sehr: Die gesamten 35 % der „freien“ Sitze gingen an die Kandidaten der „Solidarność“. Damit nicht genug, erhielten die im Rennen führenden und an der Spitze der „Staatsliste“ stehenden kommunistischen Kandidaten nicht genügend Stimmen, um ins Parlament einzuziehen. Aus diesem Grund fand zwei Wochen später ein zweiter Wahlgang statt, bei dem die kommunistischen Kandidaten schließlich 25 % der Stimmen erhielten. Das Ergebnis der Senatswahlen war für die Kommunisten sogar noch überraschender: 92 der insgesamt 100 Sitze gingen an unabhängige Kandidaten (die im zweiten Wahlgang noch einmal sieben Sitze hinzu gewannen). Der 4. Juni, der eigentlich einen Tag der Kooptation darstellen sollte, wurde so zum überwältigenden Durchbruch der „Solidarność“-Revolution.

Die Parlaments- und Senatsmitglieder der Bürgerkomiteelisten gründeten eine Fraktion mit 260 Mitgliedern (einschließlich 161 Parlamentsmitgliedern), die zweitgrößte nach der Fraktion der PZPR mit 173 Mitgliedern. Die ZSL hatte im Vergleich nur 76 Mitglieder, die SD 27.

Am 19. Juli fand ein gemeinsames Treffen des Sejm und des Senats statt (die sogenannte Nationale Versammlung), bei der General Jaruzelski zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Dieser übertrug die Aufgabe der Regierungsbildung unverzüglich seinem Genossen General Kiszczak, der allerdings im Parlament nicht genügend Unterstützung fand. Auf Grund einer Koalition

zwischen dem Bürgerkomitee, der ZSL und der SD musste Jaruzelski die Regierungsbildung den Oppositionskandidaten übertragen. Am 24. August wählte der Sejm Tadeusz Mazowiecki zum Ministerpräsidenten.

Das neue Parlament ergriff zunächst Maßnahmen zur Änderung der bestehenden Rechtsordnung. Im Dezember 1989 fand eine Verfassungsänderung statt. Einige Änderungen, wie die Rückkehr zum Namen „Republik Polen“ und die Wahl des gekrönten Adlers zum nationalen Wappentier, waren vor allem symbolischer Natur. Andere Änderungen hingegen hatten grundlegende Bedeutung, wie die Rückkehr zu den Grundsätzen eines pluralistischen Staates, in dem das Recht der Bürger auf Privateigentum geschützt und die Unternehmensfreiheit gewährleistet wird.

Im März 1990 wurde eine weitere Verfassungsänderung beschlossen, mit der die Unabhängigkeit der Kommunalbehörden von der Landesverwaltung besiegelt und ihnen die Rechtmäßigkeit und das Recht auf Eigentum zuerkannt wurden. Der Sejm verabschiedete ein entsprechendes neues Kommunalbehördengesetz, auf dessen Grundlage die ersten freien Kommunalwahlen seit dem Zweiten Weltkrieg abgehalten wurden.

Am 27. September 1990 trat eine weitere Verfassungsänderung in Kraft, dieses Mal in Folge des Beschlusses General Jaruzelskis, vor Ablauf seiner Amtszeit zurückzutreten. Der Staatspräsident sollte von nun an in allgemeinen Wahlen vom gesamten Volk gewählt werden. Die Wahl fand am 25. November 1990 statt. Da der erste Wahlgang kein eindeutiges Ergebnis erbrachte, fand am 9. Dezember ein zweiter Wahlgang statt, bei dem Lech Wałęsa für eine Amtszeit von fünf Jahren zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Die darauffolgenden zwei Amtszeiten übernahm Aleksander Kwaśniewski, der die Wahlen von 1995 und 2000 gewann. Im Frühjahr 1991 wurde die Legislaturperiode des Parlaments auf Betreiben des Präsidenten hin verkürzt, im Juni wurde ein neues Wahlgesetz verabschiedet. In den am 27. Oktober auf der Grundlage des neuen Gesetzes abgehaltenen Wahlen zogen Mitglieder aus 29 verschiedenen Parteien ins Parlament ein. Bei den nächsten Wahlen wurde daher für Einzelparteien eine Schwelle von 5 % der Wählerstimmen, für Parteiblöcke von 8 % eingeführt, um eine parlamentarische Zersplitterung zu vermeiden und die Bildung von Parteikoalitionen zu erleichtern. Im Gegensatz zu 1989 waren die Wahlen im Jahr 1991 vollkommen frei und demokratisch. Als typisch für die polnische Demokratisierung der Staatsstruktur kann charakterisiert werden, dass zunächst die Kommunalbehörden, dann der Staatspräsident und zuletzt das Parlament demokratisch gewählt wurden. Es ließe sich sogar behaupten, dass die bis zur Einführung der wichtigsten Reformen bestehende Kompromisslösung des „Vertrags-Sejm“ der Jahre 1989 - 1991 darauf hinauslief, dass sämtliche Reformen unter der Aufsicht der ehemaligen kommunistischen Führer erfolgten.

VII. NEUE VERFASSUNG, NEUE PARTEIEN

Im Oktober 1992 wurde die „Kleine Verfassung“ zur Regelung der Beziehungen zwischen den obersten Staatsbehörden verabschiedet. Eigentlich handelte es sich um eine halb neu halb alte Verfassung, da die meisten Vorschriften aus der Verfassung von 1952 übernommen wurden. Aus heutiger Sicht stellte die Kleine Verfassung ein Mittel zur Wahrung der rechtlichen Kontinuität zwischen der Volksrepublik und der Dritten Republik Polens dar. Dies bedeutete jedoch auch, dass alle Maßnahmen, die in der Volksrepublik nach geltendem Recht erfolgt waren, als rechtmäßig anerkannt wurden. Das Fehlen einer festen Abgrenzung zwischen den beiden Systemen bedeutete damit auch den Verzicht auf die Möglichkeit, das kommunistische System zu einem verbrecherischen Regime zu erklären.

Erst im Jahr 1997 wurde eine vollständig neue Verfassung verabschiedet. Paradoxerweise wurde diese ausgerechnet von einem Parlament mit einer postkommunistischen Regierungspartei verabschiedet. In der Verfassung von 1997 wurde Polen zu einem demokratischen Rechtsstaat erklärt.

Mit der neuen, auf Montesquieus Grundsatz der Gewaltenteilung beruhenden Verfassung wurde dem Zweikammerparlament die Legislative, der Regierung und dem Staatspräsidenten die Exekutive und den unabhängigen Gerichtshöfen die Legislative übertragen.

Die lange Übergangsphase zwischen den beiden Verfassungen (1989 - 1997) war vorrangig eine Folge der Schwächen und Mängel des polnischen Parteiensystems. Die einzige Partei, die 1989 über ausreichend Disziplin und Mittel verfügte, war die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei. Das Bürgerkomitee Wałęsas war in Bezug auf seine Politik und sein Parteiprogramm äußerst heterogen. Im Herbst 1989 wurde die von Wiesław Chrzanowski geführte Christlich-nationale Vereinigung (ZCHN) gegründet, im Februar 1990 der Liberal-Demokratische Kongress (KLD) unter dem Vorsitz von Janusz Lewandowski. Im Mai 1990 gründeten Lech und Jarosław Kaczyński die Zentrumsallianz (PC) und im Juli rief Zbigniew Bujak die Bürgerbewegung – Demokratische Aktion ins Leben, die später zur Demokratischen Union und nach ihrer Vereinigung mit dem KLD zur Freiheitsunion wurde.

Auch die kommunistische Partei erfuhr Veränderungen, doch diese waren lediglich formaler Natur und ihr Ziel rein utilitaristisch. Auf dem XI. Parteitag der PZPR wurde die bestehende Partei aufgelöst und die meisten Mitglieder gründeten eine neue Partei, die Sozialdemokratie

der Republik Polen (SDRP). Diese neue Partei konnte mit den vom kommunistischen Regime begangenen Verbrechen nicht mehr unmittelbar in Verbindung gebracht oder haftbar gemacht werden, und die Mitglieder konnten ihr „neues Alteigentum“ leichter verwalten.

Die Beschlüsse des Runden Tisches und die friedliche Machtübergabe waren entscheidende Faktoren dafür, dass die Bevölkerung die von Politikern um Tadeusz Mazowiecki, Adam Michnik und Jacek Kuroń vorgeschlagene und betriebene „Politik des Schlussstrichs“ akzeptierte. Mit dieser Politik wurde die Einleitung rechtlicher Schritte gegen Politiker des früheren Regimes vermieden und die kommunistische Rechtsordnung als rechtmäßig anerkannt. Aus diesem Grund konnten die ehemaligen Führer des kommunistischen Staats für ihre Taten nie strafrechtlich verfolgt werden. Möglich war dies durch die Rechtskontinuität zwischen der Volksrepublik und der Dritten Republik nur bei denjenigen, die bei der Bekämpfung der Opposition gegen damals geltende Gesetze verstoßen hatten.

Nach 1989, als das Militär und die Polizei politischen Charakter hatten, wurde eine genaue Prüfung der Mitarbeiter, insbesondere der Geheimdienste, erforderlich. Anfang des Jahres 1990 wurden Mitarbeiter der Politischen Polizei (UB), des Geheimdienstes und der Spionageabwehr überprüft. In der Folge verloren fast alle Mitarbeiter ihre Stellung. Diejenigen, die nicht entlassen wurden, fanden eine Beschäftigung in den neu eingerichteten Diensten.

1997 verabschiedete der Sejm das „Lustrationsgesetz“, nach dem jeder Bürger, der sich um ein öffentliches Amt bewirbt (z. B. als Mitglied des Parlaments, des Senats, usw.), eine Sicherheitsüberprüfungserklärung einreichen muss, in der jegliche Art der Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten der Volksrepublik anzugeben ist. Das Eingeständnis der Zusammenarbeit hat dabei keine Folgen, nur das Verschweigen einer solchen Zusammenarbeit.

VIII. REFORMEN

Die 1990 eingeleiteten Veränderungen des Parteiensystems erwiesen sich jedoch nicht als dauerhaft. Mit jeder Parlaments-, Präsidentschafts- und Kommunalwahl änderte sich die politische Landschaft Polens. Einzig das Gesetz zur Finanzierung politischer Parteien – insbesondere die Regelung, dass nur Parteien, die in Parlamentswahlen mindestens 3 % der Wählerstimmen erreichen, finanzielle Zuwendungen des Staates erhalten – schien zur Stabilisierung des Systems

beitragen. Derzeit existiert von allen Parteien, die 1990 im Parlament vertreten waren, nur noch die PSL. Interessanterweise ließen sich bei den Wahlen von 2007 zwischen den „Post-Solidarność“- und den postkommunistischen Parteien kaum noch Unterschiede ausmachen.

Offenbar entwickelt sich Polen allmählich zu einem Zweiparteiensystem, in dem die liberale Bürgerplattform (PO) unter Donald Tusk und die konservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PIS) unter Jaroslaw Kaczyński die Schlüsselpositionen einnehmen, wobei Kaczyński allerdings einen Koalitionspartner zur Regierungsbildung benötigt.

Die Veränderungen in der Wirtschaft hingen eng mit dem politischen Wandel zusammen. In der Regierung unter Tadeusz Mazowiecki war der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister Leszek Balcerowicz für die Durchführung von Marktreformen zuständig. Bereits im Oktober stellte Balcerowicz den Aktionsplan zur Reform der polnischen Wirtschaft vor, der unter anderem die Privatisierung (Entmonopolisierung) und die Herausbildung von Marktbeziehungen in der polnischen Wirtschaft vorsah. Auch die Maßnahmen im Bereich der Steuer- und Sozialpolitik wurden im damaligen Aktionsplan festgelegt. Nach dem sogenannten Balcerowicz-Plan sollte die Gesellschaft einer mehrmonatigen Schocktherapie unterzogen werden, nach der es den Bürgern dann deutlich besser gehen würde. Die Reformen sollten das große unternehmerische Potenzial der Bürger, das so lange unterdrückt worden war, freisetzen. Die entsprechenden Gesetzesentwürfe wurden dem Parlament im Dezember 1989 vorgelegt und traten am 1. Januar 1990 in Kraft. Die Einführung der Marktreformen führte unmittelbar zu einem rapiden Preisanstieg (die Preise für Kohle und Öl stiegen um 400 %, die für Strom um 300 %) und zur Senkung der Reallöhne der Bürger. Die interne Konvertierbarkeit des Zloty wurde eingeführt und das staatliche Handelsmonopol aufgehoben. Die bis 1989 durch Dauerkrise und Mangel gekennzeichnete Kommandowirtschaft wurde nun zu einem Wirtschaftssystem, in dem internen Engpässen mit der Einfuhr billigerer Waren aus dem Ausland begegnet wurde. Eine Wirtschaft, in der Arbeit sowohl ein Recht als auch eine Pflicht darstellte (nicht arbeitende Menschen wurden in der Volksrepublik bestraft) wandelte sich zu einem System, in dem Arbeit als Marktkategorie gemäß den Gesetzen von Angebot und Nachfrage bewertet wurde. Im ersten Jahr der Reformen stieg die Zahl der Arbeitslosen auf eine Million Menschen an, 30 % der Bevölkerung lebten unterhalb des sozialen Mindestniveaus. Im Juli 1991 wurde in Warschau eine Börse eröffnet, an der zunächst nur fünf Unternehmen gelistet waren, doch dank der Marktmechanismen und der Privatisierung wurde das polnische Wirtschaftssystem immer effektiver.



Dennoch schien die Aussicht auf Erfolg Anfang der 1990er Jahre recht gering. Es stellte sich heraus, dass die negativen Nachwirkungen der Reformen länger anhielten als Balcerowicz angenommen hatte. In den Jahren 1989 - 1991 fiel das BIP um 20 %, erst 1992 konnte eine leichte Verbesserung festgestellt werden (Anstieg um 2,5 %). In den Jahren 1995 - 1997 stieg das BIP um jeweils ca. 7 %. Ähnlich verhielt es sich mit der Inflation, die 1991 noch bei 70 % lag, im darauf folgenden Jahr auf 44,3 %, 1997 auf 14 % und 1999 schließlich auf 9,8 % fiel.

Dass sich die Wirtschaftsreform in Polen überhaupt durchführen ließ, ist der Unterstützung der Bürger, der Entschlossenheit der Reformer, aber auch der Unterstützung durch den Internationalen Währungsfonds und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zu verdanken, die Polen zwei Milliarden Dollar zur Verfügung stellten. Auch die Gläubiger des Landes spielten eine wichtige Rolle: Sie kündigten Umschuldungen an und handelten mit der polnischen Regierung einen Teilschuldenerlass aus. Die Hauptlast der Reformen trugen allerdings die normalen Bürger, was vermutlich der Hauptgrund dafür war, dass im Jahr 1993 die postkommunistische Partei die Wahlen gewann und eine Koalition mit der PSL einging. Die linksgerichtete Regierung unterbrach das liberale Reformprogramm für einige Zeit, doch 1997 wurde es von der AWS wieder aufgenommen, als Balcerowicz erneut zum stellvertretenden Ministerpräsident und Finanzminister gewählt wurde.

IX. BEITRITT ZUR NATO UND ZUR EU

Seit 1945 und der Konferenz von Jalta befand sich Polen im sowjetischen Einflussbereich. Gemeinsam mit anderen Ostblockstaaten beteiligte sich Polen ab 1955 am Warschauer Pakt, der stärker an der Sicherung seines Hoheitsgebietes interessiert war als am Ausgleich des Einflusses der NATO. Die Warschauer-Pakt-Staaten führten gemeinsame Militäroperationen durch, z. B. die Niederschlagung des „Prager Frühlings“. Die Erfahrungen in der Tschechoslowakei hatten neben dem militärischen auch ein doktrinäres Ziel: An diesem Beispiel zeigte sich deutlich, dass die Souveränität der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts gemäß der Breschnew-Doktrin stark eingeschränkt war und der russische Einflussbereich unmöglich verlassen werden konnte. Der Warschauer Pakt diente damit mehr der Bewahrung des Sozialismus als der Unabhängigkeit. Das Thema der polnischen Anarchie von 1980 - 1981 wurde zwischen den Führern der verbündeten Armeen des Pakts diskutiert und 1988 und 1989 durch die Führung der DDR

und der Tschechoslowakei erneut aufgenommen. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die sowjetische Armee seit 1944 ständig auf polnischem Staatsgebiet stationiert war.

Neben der militärischen Kontrolle Moskaus über das polnische Staatsgebiet spielte auch die Kontrolle und Abhängigkeit der polnischen Wirtschaft von Gütern aus der Sowjetunion eine große Rolle (Polen war Mitglied des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe). Moskaus stärkstes Argument waren hier die Gas- und Erdöllieferungen. Sämtliche Entscheidungen Polens wurden von der Sowjetunion überwacht und kontrolliert, jeglichen emanzipatorischen Bestrebungen in der Politik wurde entweder mit weichen – wirtschaftlichen – oder mit harten – militärischen – Argumenten begegnet.

Um die polnisch-russischen Beziehungen dieser Zeit verstehen zu können, ist einerseits das bipolare Machtgleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion zu berücksichtigen, in dem Polen der kommunistischen Seite angehörte, und andererseits die Jahrhunderte alte Tradition der belasteten polnisch-russischen Beziehungen, denn Russland war für die Teilung Polens verantwortlich, hatte die Polen ihrer nationalen Eigenständigkeit beraubt und alle Aufstände im Land gewaltsam niedergeschlagen.

Der Herbst 1989, als Polen bereits eine unabhängige Regierung besaß und in dem die Berliner Mauer fiel, war von entscheidender Bedeutung für die polnisch-sowjetischen Beziehungen. Der Sowjetunion drohte nach Eintritt in eine Phase der akuten Krise der Zusammenbruch. Vor diesem Hintergrund wandte sich die polnische Regierung an ihre westlichen Nachbarländer, um von dort Unterstützung für die Befreiung aus der sowjetischen Einflussphäre zu erhalten, wie das Treffen von Mazowiecki und Kohl 1989 in Krzyżowa zeigte.

Mit den deutsch-polnischen Beziehungen verhielt es sich ähnlich, die Beziehungen waren jedoch durch die negativen Stereotype, die von der kommunistischen Propaganda verbreitet wurden und die die Bundesrepublik als existenzielle Bedrohung für die Integrität des polnischen Staatsgebiets darstellten, noch stärker belastet. Doch im Zuge der Euphorie nach dem Zusammenbruch des Kommunismus unterstützte Polen die Wiedervereinigungsabsichten Deutschlands. Die Feierlichkeiten im Herbst 1989 in Krzyżowa hatten einen großen politischen und kulturellen Einfluss. Im Laufe der Zeit wurde Deutschland zu einem der eifrigsten Unterstützer Polens auf seinem Weg in die Europäische Union.

Ein weiterer mächtiger Verbündeter Polens neben Deutschland waren die USA. Der Besuch und die Rede Lech Wałęsas im amerikanischen Kongress und der Applaus, den er dort bekam,



waren lediglich äußere Anzeichen der sich umkehrenden Bündnisse. Polen wandelte sich von einem Mitglied des Warschauer Pakts und Verbündeten Moskaus zum Unterstützer der USA. Im Jahr 1991 wurden Verhandlungen über den Rückzug der sowjetischen Armee aus Polen aufgenommen, gleichzeitig beschlossen die Teilnehmer an der Sitzung des Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts in Budapest, die militärischen Bündnisverpflichtungen aufzuheben und den Pakt aufzulösen. Die Abwehr des Janajew-Putsches und die Machtübernahme im Kreml durch Boris Jelzin verschafften Polen einen eindeutigen Vorteil bei der Integration in Westeuropa. Den Wendepunkt stellte jedoch der vom US-Kongress angenommene „Brown-Zusatz“ dar, durch den die Länder der sogenannten Visegrád-Gruppe in die NATO aufgenommen werden konnten. Wie sich herausstellte spielte die Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik und Ungarn bei der Aufnahme in die NATO eine entscheidende Rolle, da so die europäische Sphäre der politischen und militärischen Stabilität ausgeweitet werden konnte. Der Rückzug der russischen Truppen von polnischem Gebiet am 18. September 1993 stellte für Polen einen besonderen Moment dar. Bereits das Datum war von symbolischer Bedeutung: Am 17. September 1939 hatte die Besetzung Polens durch die sowjetischen Truppen begonnen.

Im Januar 1999 wurde Polen offiziell eingeladen, der NATO beizutreten und am 17. Februar ermächtigte das polnische Parlament seinen Staatspräsidenten, den Nordatlantik-Vertrag zu ratifizieren. Einige Tage später, am 26. Februar 1999, wurden die Ratifizierungsurkunden von Präsident Kwaśniewski und dem tschechischen Präsidenten Vaclav Havel in Prag unterschrieben und am 12. März der Außenministerin der USA Madeleine Albright übergeben.

Gleichermaßen wurden auch Schritte zur politischen und wirtschaftlichen Sicherheit unternommen. Im Februar 1990 beantragte Tadeusz Mazowiecki Polens Aufnahme in die europäischen Strukturen in Brüssel. Am 22. November 1991 unterzeichnete Polen angesichts der Auflösung der UdSSR das Assoziierungsabkommen mit der EWG und trat vier Tage später dem Europarat bei. Am 31. Dezember 1991 löste sich die Sowjetunion offiziell auf.

Nach der Ratifizierung des Assoziierungsabkommens zwischen Polen und der EU durch die Mitgliedstaaten im Februar stellte die polnische Regierung im April 1994 einen offiziellen Antrag auf Aufnahme in die EU. Im Dezember 1998 übermittelte die Europäische Union Ministerpräsident Jerzy Buzek die Einladung an Polen, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Der Beitritt zur EU gestaltete sich jedoch weitaus schwieriger als der zur NATO. Um den Anforderungen der EU gerecht zu werden, unternahmen und vollendeten zwei aufeinander folgende Regierungen (unter

Jerzy Buzek von der AWS und Leszek Miller von der SLD) und Parlamente die gewaltige Aufgabe, die polnische Rechtsordnung an die der EU anzupassen und grundlegende Reformprogramme im Bereich der sozialen und gesundheitlichen Sicherung sowie der Struktur der Verwaltung und der Kommunalbehörden einzuführen. Die letztgenannten Reformen wurden hauptsächlich von der AWS-Regierung vorangetrieben, der viele ehemalige „Solidarność“-Aktivisten angehörten. Der letzte Schritt erfolgte im Jahr 2000 mit der Annahme des Vertrags von Nizza, demzufolge Polen im Rat der Europäischen Union mit 27 Stimmen vertreten sein sollte, und der Festlegung des Jahres 2002 als Datum für den Abschluss der Verhandlungen. Das Jahr 2003 hingegen war von Zweifeln geprägt, da der EU-Konvent nach dem Referendum zum EU-Beitritt vom 8. Juni 2003, dem 77,5 % der Polen zustimmten, eine neue Fassung des Verfassungsvertrags annahm, die das polnische Stimmengewicht im Rat erheblich reduzierte. Der Abgeordnete Jan Maria Rokita prägte in dieser Zeit das Schlagwort „Nizza oder Tod“, das der polnischen Regierung als Richtschnur für kommende Verhandlungen mit der EU dienen sollte. Trotz dieser Schwierigkeiten wurde Polen am 1. Mai 2004 schließlich reguläres Mitglied der Europäischen Union.

Im Zusammenhang mit dem Beitritt zur Europäischen Union ist auch die Haltung der polnischen intellektuellen Elite gegenüber diesem Prozess von Bedeutung. Nach 1989 profitierten vor allem die Wissenschaftler und Kulturschaffenden von den politischen Veränderungen. Fast ein halbes Jahrhundert lang waren die Grenzen des Landes den Absichten der kommunistischen Machthaber entsprechend hermetisch abgeriegelt und sowohl für Menschen als auch für Ideen unpasierbar gewesen. Zwar konnte das Verlagswesen der Volksrepublik auf eine hohe Zahl veröffentlichter Bücher zurückblicken, es durften jedoch nur Werke der vom Regime genehmigten Autoren gedruckt werden, und selbst diese wurden stark zensiert. Wer sich weigerte, sich den Vorschriften des Staates zu beugen, oder sogar versuchte, im Untergrund zu veröffentlichen, kam sofort auf eine Liste der Schriftsteller, deren Werke „nicht zum Druck geeignet“ waren. In den anderen Kulturbereichen wurden ähnliche Methoden eingesetzt: „Progressive“ Schriftsteller, Schauspieler und Dichter wurden gefördert, „reaktionäre“ zum Schweigen gebracht. Aus diesem Grund war es nur natürlich, dass die ehemals unterdrückte kreative Elite nach dem Zusammenbruch des Kommunismus das Vorhaben des EU-Beitritts aktiv unterstützte. Bei den akademischen Eliten der Universitäten gab es einen ähnlichen Prozess: Dank der neugewonnenen Demokratie konnten die Intellektuellen wieder an der europäischen Wissenschaftsgemeinschaft teilnehmen.

Auch die Katholische Kirche befürwortete die Integration. Kirchenvertreter forderten die Menschen auf, für die Integration zu stimmen, und führten das Beispiel von Mieszko I. an, der durch



die Annahme des Christentums sein Gebiet mit dem sprachlich und kulturell universalistischen Europa vereint hatte. Die Kirche betonte auch, dass die Polen mit ihrem erneuten Beitritt zu Europa die Gelegenheit hätten, die europäische Gemeinschaft mit ihrer Religion zu bereichern. Die befürwortende Haltung der Kirche wurde durch die Unterstützung Papst Johannes Pauls II. noch verstärkt.

Auch auf politischer Ebene überwogen die EU befürwortende Parteien. Hier sind insbesondere die Kontinuität und Konsequenz der Maßnahmen der jeweiligen Regierungen hervorzuheben, so sehr sie sich auch sonst voneinander unterschieden – man vergleiche nur die erste nichtkommunistische Regierung unter Tadeusz Mazowiecki mit der sozialdemokratischen Regierung unter Leszek Miller. Trotz der weitgehenden Übereinstimmung im Handeln der aus vollkommen unterschiedlichen politischen Lagern stammenden Ministerpräsidenten, lohnt es sich, auf einige Unterschiede einzugehen.

Die Mitglieder der ehemaligen Freiheitsunion (Unia Wolności), die in den Reihen der Demokratischen Partei (Demokracy PL) aufgegangen sind, waren enthusiastische Befürworter der Union, ebenso wie die Politiker des Bundes der Demokratischen Linken (SLD) und der Bürgerplattform. So gesehen könnte auch der konservative Flügel der Bürgerplattform als Partei der Mitte angesehen werden, da er ebenfalls – allerdings unter einigen Vorbehalten – den Beitritt zur EU unterstützte. Zu den strikten Gegnern der Integration gehörten die Liga der Polnischen Familien und die Bauernpartei „Samoobrona Rzeczypospolitej Polskiej“ (Selbstverteidigung der Republik Polen), die den Prozess als Bedrohung Polens empfanden. Diese Parteien sind derzeit jedoch nicht im Parlament vertreten, da sie bei der Wahl 2007 an der 5 %-Hürde scheiterten. Im Jahr 2011 hat die Civic Platform als erste polnische Partei seit Ende des Kommunismus zwei Amtszeiten in Folge gewinnen können.

Witold Pilecki (1901 - 1948) – von Michael Foot in seinem Buch „Six Faces of Courage“ als einer der sechs mutigsten Männer seiner Zeit beschrieben, war ein Offizier der polnischen Armee, der sich im Polnisch-Sowjetischen Krieg (1919 - 1921) einen Namen gemacht hatte und einer der letzten Soldaten war, die bei der deutschen Besatzung 1939 ihre Waffen niederlegten. 1940 ließ er sich freiwillig als Gefangener im Vernichtungslager Auschwitz internieren, um dort Untergrundstrukturen aufzubauen. Er ermutigte über 500 Menschen, der Organisation beizutreten. Nach zweieinhalb Jahren gelang ihm die Flucht aus dem Lager und er legte dem Untergrundstaat und der polnischen Regierung im Ausland einen detaillierten Bericht vor, der unschätzbar wertvolle Informationen über die Lage im KZ beinhaltete. Danach kämpfte er im Warschauer Aufstand und kam nach dessen Niederschlagung in Kriegsgefangenschaft. Er beschloss jedoch, ins kommunistische Polen zurückzukehren, um seinen Kampf für die Unabhängigkeit des Landes im Untergrund weiterzuführen. Schließlich wurde er festgenommen, gefoltert und am 25. Mai 1948 ermordet. Nach der Verkündung seines unrechtmäßigen Todesurteils sagte er, dass Auschwitz verglichen mit dem, was die kommunistischen Behörden ihm angetan hatten, eine Lappalie gewesen sei.

Stanisław Pyjas (1953 - 1977) – ein Student der Jagiellonen-Universität, der am 7. Mai 1977 auf Befehl des Staatssicherheitsdienstes (UB) ermordet wurde. Er war an zahlreichen Untergrundaktionen beteiligt, z. B. der Verbreitung unabhängiger Literatur und der Organisation von Hilfsleistungen für Unterdrückte, wofür er selbst Repressionen erfuhr und später ermordet wurde. Sein Tod war in akademischen Kreisen ein Schock, was dazu führte, dass ein unabhängiges Solidaritätskomitee gegründet wurde, das die Grundrechte verteidigen sollte und die kommunistische Ideologie ablehnte.

Jerzy Popiełuszko (1947 - 1984) – ein katholischer Geistlicher und Kaplan der „Solidarność“, der von der kommunistischen Führung ermordet wurde. Popiełuszko engagierte sich ab 1980 für die Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung. Nach der Ausrufung des Kriegszustands hielt er Messen, in denen er die Wahrheit und Gerechtigkeit verteidigte und die Behörden aufforderte, politische Gefangene freizulassen. Er predigte in Übereinstimmung mit der Botschaft des Heiligen Paulus – nach der das Böse bekämpft werden sollte, indem Gutes getan werde – das Prinzip der Gewaltlosigkeit. Popiełuszko war das Ziel unablässiger Repressionen und Angriffe der kommunistischen Propaganda. Am 19. Oktober 1984 wurde er entführt und von Mitgliedern des Staatssicherheitsdienstes (UB) ermordet. Seiner Beisetzung wohnten eine halbe Million Polen bei und Papst Johannes Paul II. betete an seinem Grab. Derzeit läuft der Seligsprechungsprozess des heldenhaften Priesters.

Abkürzungsverzeichnis

AWS	Wahlaktion Solidarität
KLD	Liberal-Demokratischer Kongress
KOR	Komitee zur Verteidigung der Arbeiter
KPN	Konföderation des unabhängigen Polen
KRN	Landesnationalrat
NSZZ RI	Unabhängige nationale Bauernvereinigung „Solidarność“
PC	Zentrumsallianz
PIS	Recht und Gerechtigkeit
PKWN	Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung
PO	Bürgerplattform
PPS	Polnische Sozialistische Partei – eine sozialdemokratische Partei
PPR	Polnische Arbeiterpartei
PSL	Polnische Volkspartei - vertritt ländliche und bäuerliche Gemeinden
PZPR	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
ROP<i>Ci</i>O	Bewegung für die Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte
SD	Demokratische Partei
SDRP	Sozialdemokratie der Polnischen Republik
SKS	Studentisches Solidaritätskomitee
SLD	Bund der Demokratischen Linken
SP	Arbeiterpartei - eine christlich-demokratische Partei
UB	Staatssicherheitsdienst
WIN	Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegung
ZCHN	Christlich-nationale Vereinigung
ZSL	Vereinigte Bauernpartei



RUMÄNIEN: VON DER DEMOKRATIE ZUM TOTALITARISMUS UND ZURÜCK

Virgil Tarau

Republik Rumänien - Republica România

Fläche: 238 390 km²

Bevölkerung: 21 266 700 (2006)

Hauptstadt: Bukarest

Amtssprache: Rumänisch

Währung: Leu (ROL)

Staatsform: Parlamentarische Republik

EU-Beitritt: 1.1.2007

I. EINLEITUNG

Gemeinsam und ergänzend zum Aufnahmeverfahren Rumäniens in die NATO wurde der Beitrittsprozess zur Europäischen Union eingeleitet, der sich als langsam und beschwerlich erwies. Rumänien stellte am 22. Juni 1995 den Antrag auf Mitgliedschaft und erhielt im Dezember 1999, als der Europäische Rat in Helsinki den Beschluss fasste, im Februar 2000 Verhandlungen mit Rumänien, der Slowakei, Lettland, Litauen, Bulgarien und Malta aufzunehmen, den Status als Beitrittskandidat. Um Mitglied der Europäischen Union zu werden, musste Rumänien die Kopenhagen-Kriterien erfüllen: politische Kriterien (institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz der Minderheiten); wirtschaftliche Kriterien (funktionsfähige Marktwirtschaft und Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten) und rechtliche und verwaltungstechnische Kriterien (solide Verwaltungsstrukturen mit der Fähigkeit, Acquis, Gesetzgebung und Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, die aus den grundlegenden Verträgen der Gemeinschaft erwachsen, zu übernehmen und umzusetzen).

Die Beitrittsverhandlungen wurden am 15. Februar 2000 aufgenommen und Ende 2004 abgeschlossen. Von den 31 Kapiteln, über die verhandelt wurde, waren die Kapitel über Justiz und Inneres, Landwirtschaft, Energie und Wettbewerb die problematischsten. Zur Vereinfachung der Beitrittsverhandlungen wurde auf der Grundlage der Assoziierungsabkommen eine Heranführungsstrategie festgelegt. Nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen unterzeichnete Rumänien am 25. April 2005 den Vertrag über den Beitritt zur Europäischen Union.

Rumäniens Rückkehr in europäische Strukturen verdeutlicht nicht nur einen Bereich der Außenpolitik, sondern darüber hinaus den schwierigen Übergang vom Kommunismus. Es war ein langer Weg zurück zum politischen System der Demokratie, das in Rumänien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichtet worden war.

II. VOM MODERNEN STAAT ZUM TOTALITÄREN REGIME

Neben den langen Phasen, die für die Entwicklung von Wirtschafts- und Sozialordnungen charakteristisch sind, wird die moderne europäische Geschichte durch politisch bedeutsame Einzelereignisse geprägt. Sie beginnen mit den 1848^{er} Revolutionen, setzen sich über den Französisch-Deutschen und den Russisch-Osmanischen Krieg am Ende des 19. Jahrhunderts fort und schließen die zwei Weltkriege des 20. Jahrhunderts ein. An ihnen lässt sich sowohl das gemeinsame als auch das sich auseinander entwickelnde Schicksal der europäischen Staaten verfolgen.

Mitte des 19. Jahrhunderts entstand in einem Europa, das durch die Herausbildung von Staaten nach modernen politischen Grundsätzen gekennzeichnet war, der moderne rumänische Staat an den Grenzen dreier Weltreiche, des Osmanischen, des Russischen und des Österreichisch-Ungarischen Reiches. Gemäß dem Pariser Vertrag von 1856 kamen die Fürstentümer Wallachei und Moldau unter das Protektorat europäischer Mächte und wurden bald darauf unter der Führung von Alexandru Ioan Cuza vereinigt. Nach Erlangung der Unabhängigkeit 1878 und der Anerkennung als souveränes Königreich 1881 begann für den rumänischen Staat eine Etappe politischer, wirtschaftlicher und sozialer Reformen.

Auf der Pariser Friedenskonferenz, die den Ersten Weltkrieg beendete, gelang es der rumänischen Regierung, praktisch alle ethnischen Rumänen innerhalb derselben Landesgrenzen zu versammeln. Der territorialen Konsolidierung folgten politische, wirtschaftliche und soziale Reformen. Während der politische

Zusammenschluss durch Verwaltungsakte in den Jahren 1919 und 1920 und die Verfassungsreform von 1923 relativ rasch vollendet war, kam die Entwicklung der Sozial-, Wirtschafts- und Rechtsordnung nur allmählich voran. Allerdings hatten diese Umgestaltungsprozesse in erster Linie Auswirkungen auf die städtische Umwelt und weniger auf den im Kern traditionalistischen und konservativen ländlichen Raum. Mit Einschränkungen entwickelte sich das politische System Rumäniens bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs hin zu einer demokratischen Ordnung. In einer Zeit, als die Staaten Mittel- und Osteuropas Jahr um Jahr stärker unter den Einfluss des Autoritarismus gerieten und sich von der Demokratie abwendeten, blieben Rumänien und die Tschechoslowakei als einzige Staaten übrig, in denen die zum Ende des Ersten Weltkrieges entstandenen demokratischen Grundsätze weiterhin geachtet wurden.

Die Veränderungen im Europa der 1930^{er} und 1940^{er} Jahre forderten ihren Tribut auch im Königreich Rumänien. Wie in vielen anderen europäischen Hauptstädten musste auch in Bukarest die parlamentarische Demokratie einer Diktatur weichen. Es dauerte sechs Jahre, bis zum 23. August 1944, ehe Rumänien seinen Krieg gegen die Vereinten Nationen einstellte und um Frieden nachsuchte. Durch den Sturz des Regimes von Marschall Ion Antonescu ohne die Hilfe der Sowjetunion gelang es der politischen Elite der Zwischenkriegsjahre und der Monarchie unter König Michael I., an die rechtsstaatliche Ordnung des früheren demokratischen Systems der Zwischenkriegszeit anzuknüpfen. Während sich in anderen osteuropäischen Ländern die Eliten um einen „dritten Weg“ zwischen Kommunismus und Kapitalismus bemühten, strebte die Mehrheit der rumänischen Gesellschaft eine Rückkehr zu den politischen Werten des rechtsstaatlichen demokratischen Systems an, das nach 1938 zerstört worden war. Folglich fanden die sowjetischen Truppen bei ihrem Einmarsch in Bukarest im September 1944 zentrale und verantwortliche Institutionen und Behörden vor, die Unterstützung im Volk genossen und den unabhängigen rumänischen Staat vertraten.

Dennoch wurde auf die demokratischen Institutionen Rumäniens mit direkter Unterstützung der Sowjetunion fortwährend ideologisch Druck ausgeübt, um sie entsprechend den Auffassungen der kommunistischen Führer umzugestalten. Die rumänischen Kommunisten, die von den Vertretern der Sowjetunion in der Alliierten Kontrollkommission unmittelbar unterstützt wurden, gewannen ab Herbst 1944 zunehmend an Einfluss in den Regierungsstrukturen. Die von der Sowjetunion auferlegten Bedingungen und die Maßnahmen der rumänischen Kommunisten zur Stärkung der eigenen Vertretung in der Exekutive führten bis zum Frühjahr 1945 zu einem höchst instabilen politischen System in Rumänien. Das Zusammenspiel dieser zwei Faktoren bewirkte, dass in der Zeit von August 1944 bis Februar 1945 drei Regierungen stürzten. Ende Februar 1945 errichteten die Sowjets in Rumänien eine von Kommunisten

dominierte nichtrepräsentative Regierung unter Führung von Petru Groza als Präsident und missachteten und verletzten damit die von Stalin auf der Konferenz von Jalta zugesagten Grundsätze.

Der Verdrängung der demokratischen Parteien, der Nationalen Bauernpartei und der National-Liberalen Partei, aus der Regierung folgten rasch mehrere populistische Maßnahmen zur Gewinnung von Unterstützern für die Groza-Regierung, wohingegen Repressalien dem Ziel dienten, die früheren politischen Eliten an den Rand zu drängen. Die Säuberung der öffentlichen Verwaltung, der Justiz, Polizei und Armee, die mit einer aggressiven Kampagne der Monopolisierung der Kommunikations- und Verkehrsmittel einherging, führte im Sommer 1945 zu einer Verschlechterung der politischen Rahmenbedingungen. König Michael unternahm den Versuch, die Lage zu retten. Am 21. August 1945 trat er in den sogenannten königlichen Streik und verweigerte Gesetzesvorlagen der Regierung seine Unterschrift, solange sie nach den Grundsätzen von Jalta nicht neu geordnet werden würde. Der Vorstoß des Königs blieb ohne praktische Auswirkungen, da die kommunistischen Führer in Bukarest die Zusagen, die nach der Moskauer Konferenz vom Dezember gegeben wurden, nicht einhielten. Weil ihnen jeglicher Rückhalt in der Gesellschaft fehlte, gaben sie ein Lippenbekenntnis für demokratische Entwicklungen bis zu den Parlamentswahlen am 19. November 1946 ab. Aufgrund eines massiven Wahlbetrugs verschafften die Wahlen den Kommunisten den Anschein von Rechtmäßigkeit. Obwohl den Westmächten bekannt war, dass demokratische Wahlkriterien nicht eingehalten worden waren, anerkannten sie aufgrund der Verschlechterung der internationalen Beziehungen und des Beginns des Kalten Krieges de facto das Wahlergebnis.

Nach ihrem Wahlsieg legte die kommunistische Partei jegliche Zurückhaltung ab und setzte eine aggressive Kampagne gegen jedermann in Gang, der der Opposition zugerechnet wurde.

Das Jahr 1947 markierte den Übergang vom System der „Volksdemokratie“ zur „Diktatur des Proletariats“. Am Ende des Jahres waren die politischen Institutionen des demokratischen Staates abgeschafft. Die Monarchie wurde durch die Republik ersetzt und aus dem Parlament wurde die Große Nationalversammlung. Traditionelle Parteien wurden unterdrückt oder an den Rand gedrängt. Im zweiten Halbjahr 1947 erfolgte die Auflösung der spezifischen Strukturen einer Zivilgesellschaft, der verschiedenen Formen von Gesellschaften und Vereinigungen. Abgesehen von der Umgestaltung der Institutionen und den Umbauprozessen in den wirtschaftlichen Strukturen wurde Terror gegen Bürger flächendeckend eingesetzt. 1947 erfolgten in fünf großen Verhaftungswellen politisch motivierte Festnahmen. Im Februar 1947 und erneut im Mai 1947 nahm die kommunistische Regierung Sympathisanten und ortsansässige Mitglieder der Nationalen Bauernpartei und der National-Liberalen Partei ins Visier. Den Festnahmen

und Haftstrafen in Strafanstalten gingen keinerlei Gerichtsverhandlungen voraus, sie beruhten vielmehr auf zwei geheimen Erlassen des Innenministers und betrafen im Januar insgesamt 50 000 Personen bzw. 18 000 im Mai 1947. Mehr als 100 000 Personen fielen diesen Aktionen zum Opfer. Die Kampagne zur Zerstörung der Nationalen Bauernpartei begann im Sommer 1947. Deren Führer wurden festgenommen und wegen „Landesverrats“ verurteilt. Die Gewalt nahm in Übereinstimmung mit dem Vorgehen der kommunistischen Behörden zur Gleichschaltung der rumänischen Gesellschaft an Intensität zu. Der Prozess der Verelendung begann mit der Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen der ehemaligen Eliten durch die Währungsreform vom August 1947 und setzte sich mit der Einführung progressiver Besteuerungsmethoden in Bezug auf die Ober- und Mittelschicht fort.

III. RUMÄNIEN UNTER KOMMUNISTISCHER HERRSCHAFT (1948 - 1989)

Nach der Abschaffung der Monarchie zu Beginn des Jahres 1948 wurde Rumänien ebenso wie die anderen Staaten der Region zu einer Volksrepublik. Die Merkmale des rumänischen kommunistischen Systems lassen sich wie folgt beschreiben:

- > Vorherrschaft des Einparteiensystems. Während der gesamten Zeit wurde die Macht von der Rumänischen Kommunistischen Partei (von 1948 bis 1965 Rumänische Arbeiterpartei) im Sinne eines politischen Monopols ausgeübt. Die führende Rolle der RKP wurde in allen drei Verfassungen dieses Zeitraums (1948, 1953 und 1965) bekräftigt.
- > Machtausübung unter Missachtung der eigenen Gesetze durch Einsatz der Geheimpolizei (Securitate), des bewaffneten Flügels der Partei, in der Auseinandersetzung mit echten und scheinbaren Feinden.
- > Zerstörung der Zivilgesellschaft und erzwungene Gleichschaltung der Bevölkerung auf der Grundlage eines Verfahrens der Anwendung von Sozialtechniken (Social engineering) zwecks Schaffung einer sozialistischen Nation. Die vollständige Zerstörung sozialer Strukturen und fehlende verfassungsrechtliche Garantien zum Schutz der Rechte und Freiheiten des Einzelnen hatten schwere Übergriffe des Staates auf seine eigenen Bürger zur Folge. Zahllose Beispiele, die von Verbrechen, Festnahmen und Verurteilungen aus politischen Gründen bis hin zur Pro-Geburten-Politik (Zwang zur Austragung von Schwangerschaften) oder dem Programm zur Lebensmittelrationierung reichen, belegen die Missachtung der RKP für das Glück und Wohlergehen des rumänischen Volkes.

- > Monopol der Kommunikationsmittel bedeutet, die Vorherrschaft der kommunistischen Ideologie durch Propaganda und Kontrolle aller Formen öffentlicher Kommunikation mittels Zensur zu sichern.
- > Flächendeckender Einsatz von Repressalien gegenüber all jenen, die sich den Werten und Grundsätzen der marxistisch-leninistischen Ideologie widersetzen oder außer Stande zeigten, sie einzuhalten. Der Unterdrückungsapparat, bestehend aus Geheimpolizei, Miliz und Justiz, unterstand ausschließlich der RKP und ihren ideologischen Geboten und praktischen Erfordernissen. Im Ergebnis des brutalen Vorgehens dieser Organe wurden bis 1964 über 500 000 rumänische Bürger in Straflagern eingesperrt, die in Wahrheit einen rumänischen Gulag bildeten.
- > Abkehr von den Grundsätzen der Marktwirtschaft und Aufzwingung eines zentralistischen Wirtschaftsmodells nach sowjetischem Muster. Zentralisierte Planung, Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft bildeten die Säulen dieses Wirtschaftssystems.
- > Auflösung des Rechtsstaats, Instrumentalisierung der Justiz zur Legitimierung und Verschleierung von Terror, politische Kontrolle aller Mittel der Zwangsausübung.
- > Bis Anfang der 1960er Jahre eine von den Interessen der Sowjetunion bestimmte Außenpolitik, der eine relative Autonomie Rumäniens auf internationaler Bühne in den 1970er und 1980er Jahren folgte.

Neben diesen Merkmalen lohnt es sich, die Geschichte des kommunistischen Herrschaftssystems in Rumänien aus der Sicht seiner Folgen für die Organe und Institutionen, die Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes zu analysieren. Da das Regime mehr als 40 Jahre bestand, haben die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Umgestaltungsprozesse und Entwicklungen die Form beeinflusst, in der Rumänien den Übergang zur Demokratie vollzog.

Laut eigener Geschichtsschreibung des rumänischen kommunistischen Regimes verlief die Entwicklung in drei Hauptetappen, wobei innen- und außenpolitische Entwicklungen gleichermaßen Berücksichtigung fanden. Zwischen 1944 und 1958, der ersten Etappe, konnte die RKP mit Mitteln des Terrors alle ihre Gegner ausschalten oder ins Abseits drängen. In dieser Zeit wurden in Übereinstimmung mit der kommunistischen Ideologie eine neue Rahmenverfassung installiert und die wichtigsten gesellschaftlichen Bereiche in die neue politische Gesellschaftsordnung eingebunden. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel zusammen mit der Stabilisierung der Währung, Rechtsvorschriften über Industrieabgaben und dem Beginn der Planwirtschaft zerstörten einen Großteil der wirtschaftlichen Grundlage des Landes. Nach der wirtschaftlichen Umgestaltung kam es zu kommunistischen Reformen des Bildungs- und Kultursystems, die die Vernichtung der Zentren der Zivilgesellschaft und darüber hinaus die Unterordnung des geistigen und kulturellen Lebens zur Folge hatten. 1948 wurde das Gesetz über religiöse Bekenntnisse, mit dem das



kommunistische System die Auflösung der Katholischen Ostkirche (griechisch-katholischer Ritus) betrieb, verabschiedet. Das Gesetz nahm einen weiteren wichtigen Bereich der rumänischen Gesellschaft ins Visier, d. h. die Religion als festen Bestandteil von traditionellen und demokratischen Werten. Schließlich wurde eine Kampagne gegen die rumänische Bauernschaft auf den Weg gebracht. Die Kollektivierung der Landwirtschaft dauerte bis 1962 und war ein schmerzvoller Prozess, der Auswirkungen auf den sozialen, wirtschaftlichen und menschlichen Wesenskern des rumänischen Dorfes hatte.

Die Umgestaltung der rumänischen Gesellschaft ging einher mit flächendeckendem Terror gegen all diejenigen, die sich nicht an die von den kommunistischen Führern propagierten ideologischen und politischen Werte hielten. Die Unterdrückung der ehemaligen Elite erfolgte in drei verschiedenen Zeitabschnitten: 1944 - 1948, 1948 - 1954 und 1956 - 1964. Nur 1955, und auch nur für die Dauer dieses Jahres, schränkte das kommunistische Regime seine Repressionspolitik ein, um die Genfer Beratungen nicht zu stören. Die genaue Zahl der Opfer der Repression lässt sich heute kaum noch feststellen. Die kommunistischen Behörden selbst haben die Zahlen nur geschätzt. In einer Erklärung, die der Innenminister Teohari Georgescu im Jahr 1952 abgab, ist die Rede von 100 000 Personen, die von der Repressionspolitik des Staates seit 1945 betroffen waren. Wenn die Zahl der betroffenen Personen auch nicht genau bestimmbar war, so ließen sich die Kategorien der Schuldigen, die nach ideologischen „Klassenhass“-Definitionen unterteilt wurden, klar bestimmen und gleichzeitig damit die Phase, in der sich die Maßnahmen gegen die verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kategorien richteten, zumindest bis 1952: hohe Beamte der Antonescu-Regierung 1945 - 1946; politische Führer der traditionellen Parteien 1946 - 1952; Mitglieder der faschistischen Organisation Die Eiserne Garde 1944 - 1952; Personen, die während der Wahlen von 1946 öffentlich gegen Kommunisten und deren Bündnispartner Stellung bezogen, Februar, Mai 1947; ehemalige Beamte der Zwischenkriegszeit, die wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Eliten 1948 - 1952. Diese Personen wurden ins Gefängnis geworfen, ihren Familien entzog man die grundlegenden Mittel zum Überleben, deportierte sie oder erteilte ihnen Verwaltungsaufgaben. Es handelte sich genau genommen um einen realen Krieg gegen all diejenigen, die nicht zu den Werten des kommunistischen Regimes standen.

Der rumänische Staat war vollständig von der Sowjetunion und dem kommunistischen Block abhängig und in die Strukturen des Blocks eingebunden: politisch (Kominform, 1947), wirtschaftlich (RGW, 1949) und militärisch (Warschauer Vertrag, 1955). Beschlüsse wurden häufig in Moskau gefasst und in Bukarest und den anderen osteuropäischen Hauptstädten umgesetzt. Rumäniens Unterwerfung unter die Interessen der Sowjetunion zeigte sich deutlich in der rumänischen Wirtschaft, deren Ressourcen entsprechend den

von Moskau ausgearbeiteten Plänen und formulierten Erfordernissen verwendet wurden. Darüber hinaus wurde bis Mitte der 1950er Jahre ein großer Teil der Rohstoffe staatsmonopolistisch (finanziell, strategische Verkehrsmittel, Erdöl, Mineralien usw.) in rumänisch-sowjetischen Gesellschaften gemeinsam verwertet. Die rumänische Wirtschaft wurde nach den Dogmen des stalinistischen Wirtschaftsmodells umgestaltet: umfassende Industrialisierung, straffe zentralistische Planung und Kollektivierung der Landwirtschaft. Gegen Ende der 1950er Jahre zeigten sich die verhängnisvollen Auswirkungen. Der Lebensstandard sank Jahr um Jahr und wegen der Knappheit an Waren des Grundbedarfs musste eine Rationierung erfolgen. Die Preise für Grunderzeugnisse erreichten den Stand der Zwischenkriegszeit, während die Gehälter um 900 bis 1000 Prozent gesunken waren.

Die Führung der rumänischen Kommunisten entging dem einsetzenden Entstalinisierungsprozess unbeschadet, der einige der anderen osteuropäischen kommunistischen Herrschaftssysteme überrascht hatte, nachdem Nikita Chruschtschow in der Sowjetunion an die Macht gelangt war. Nach Zusicherung eines gewissen Maßes an persönlicher Sicherheit begann die Führungsriege unter Gheorghe Gheorghiu-Dej damit, allmählich zu einer selbständigeren Außenpolitik überzugehen. Der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Rumänien im Jahr 1958 ließ einen größeren Grad an Autonomie zu. In den folgenden Jahren war Bukarest bestrebt, seine wirtschaftliche Eigenständigkeit innerhalb des RGW zu erhöhen und unternahm Schritte, die Mitarbeit an politischen und militärischen Planungen innerhalb des Ostblocks einzugrenzen. All dies änderte jedoch nichts am stalinistischen Kerngehalt der kommunistischen Herrschaft in Rumänien. Der Terror bestimmte weiterhin den Alltag. Die Kollektivierung wurde Anfang der 1960er Jahre mit brutalen Mitteln zu Ende gebracht und die Industrialisierung weiter vorangetrieben, um die rumänische Wirtschaft und Gesellschaft zu modernisieren und eine Massengrundlage für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu schaffen und darüber hinaus politisch zu legitimieren.

Zu Beginn der 1960er Jahre waren die Beziehungen zwischen Rumänien und der Sowjetunion vor dem Hintergrund von Auseinandersetzungen innerhalb des kommunistischen Blocks, von denen die maßgeblichste die Auseinandersetzung zwischen China und der Sowjetunion war, und eines Vorhabens zur Durchsetzung einer „internationalen Arbeitsteilung“ innerhalb des Ostblocks angespannt. In den Jahren 1962 bis 1964 wurde offen über die Umgestaltung des Ostblocks zu einem integrierten Wirtschaftsmarkt debattiert. Rumäniens Rolle in dem neuen Wirtschaftsgefüge beschränkte sich darauf, hauptsächlich die Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen sicherzustellen. Im April 1964 kamen die kommunistischen Führer Rumäniens überein, in dieser Frage einen eindeutigen Standpunkt zu beziehen und zu diesem Zweck eine Erklärung zu politischen Grundsätzen als Mittel zur Bekräftigung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit

gegenüber den Plänen Moskaus auszuarbeiten. Darüber hinaus griffen sie bei gleicher Gelegenheit den sozialistischen Internationalismus vehement an und betonten ihr umfassendes Engagement für nationale Unabhängigkeit und Souveränität. Gleichzeitig lockerten die kommunistischen Behörden in Rumänien ihre Kontrolle über die Gesellschaft, um die Unterstützung des Volkes zu erlangen, und versuchten die Mehrheit der Rumänen für die dargelegten Standpunkte zu gewinnen. Der Entrossifizierung der Kultur, der Öffnung gegenüber westlichen kulturellen Werten und einer Lockerung der Kontrollen über die Informationsmittel schloss sich die große Amnestie an. In der Folge wurde die große Mehrheit der politisch Verurteilten, mindestens mehrere hunderttausend, 1964 aus den Straflagern entlassen. Nach 1964 haben die kommunistischen Führungskräfte nie wieder versucht, die rumänische Gesellschaft durch den Einsatz von Terror zu brechen. Sie entwickelten vielmehr eine Strategie zur Einbindung der rumänischen Gesellschaft. Mit dem Hinzufügen der nationalen Komponente wollte der rumänische Kommunismus sich nicht nur aus Moskauer Bevormundung befreien, sondern anscheinend auch einen Weg für eine Aussöhnung mit dem eigenen Volk finden. Die den verschiedenen Schichten der rumänischen Gesellschaft angebotene Befriedung sollte dazu beitragen, die Rechtmäßigkeit der kommunistischen Macht, die von einer dem stalinistischen Modell der gesellschaftlichen Modernisierung treu ergebenen Elite getragen wurde, zu untermauern.

Bei all ihren wahrlich hohen Kosten brachte die Modernisierung der rumänischen Gesellschaft im Verlauf der vier Jahrzehnte kommunistischer Herrschaft auch Erfolge: die Urbanisierung, die industrielle Modernisierung, ein spürbarer Anstieg der Beschäftigung, ein Gleichgewicht zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung, die Verringerung der Analphabetenrate und die Erhöhung der Anzahl von Personen mit mittlerer Schulbildung und einer Berufsausbildung gehörten zu den wichtigsten positiven Entwicklungen während der kommunistischen Ära. Allerdings fanden dieselben Entwicklungen überall auf der Welt statt. Aber es zeigten sich auch die Grenzen dieses Modernisierungsprozesses. Mit Besessenheit trieb die Führung das Anwachsen der Arbeiterklasse und den Aufbau einer extensiven Industrie voran, die zu Hemmnissen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung einer modernen und effizienten Wirtschaft wurden. Es muss das Fazit gezogen werden, dass der rumänische Kommunismus ein verfehltes Modernisierungsexperiment war, das auf extensives und quantitatives industrielles Wachstum bei gleichzeitig fehlender angemessener Technologie und auf das Festhalten an übermäßiger politischer Planung setzte. Auch wenn die 1960er und der Beginn der 1970er Jahre die oft als „goldenes Zeitalter“ des rumänischen Kommunismus bezeichnete Phase darstellen, handelte es sich dabei um das Zusammenspiel verschiedener Faktoren: Industrialisierung (mit Hilfe westlicher Technologien) und wirtschaftlicher Nationalismus; Autonomie innerhalb des sowjetischen Blocks und Betonung der Grundsätze nationaler Souveränität, Gestaltung des Regimes unter Einbeziehung der Gesellschaft.

Die Erhöhung des Lebensstandards, die beschleunigte Industrialisierung und die intensive Verstärkung, untermauert von einem im Kern nationalistischen Kommunismus stalinistischen Typs, verliehen den unkonventionellen Entscheidungen, die Rumänien in seiner Außenpolitik traf, ein gewisses Maß an innenpolitischer Rechtmäßigkeit wie auch an ausländischer Anerkennung.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Westdeutschland im Januar 1967, die Weigerung, 1967 die Beziehungen zu Israel abzubrechen oder die Verurteilung des sowjetischen Einmarsches in die Tschechoslowakei im August 1968 verbesserten das Bild der rumänischen Kommunisten in westlichen Kreisen. Besuche hochrangiger ausländischer Würdenträger wie Charles de Gaulle, Willy Brandt oder Richard Nixon in Rumänien stärkten Bukarests internationales Ansehen. Hinzu kamen eine gewisse Verbesserung der kulturellen Beziehungen zum Westen, die Lockerung der Kontrolle im Inland und die allmähliche Integration in die Weltwirtschaft. Die Wirtschaftsabkommen mit den EWG-Mitgliedstaaten (1967, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel, 1967 Textilien, 1978 Güter der Schwerindustrie und 1981 industrielle Erzeugnisse) sowie die Aufnahme Rumäniens in die internationalen Finanzorganisationen (Weltbank, Währungsfonds, Allgemeine Handelsabkommen) oder die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel durch die USA waren ein Ausdruck der Anerkennung der neuen Stellung Rumäniens in der internationalen Arena.

Ehrgeizig und pragmatisch bemühte sich der neue kommunistische Führer in Bukarest, Nicolae Ceausescu, sogar darum, bei der Lösung internationaler Konflikte (israelisch-arabischer und amerikanisch-vietnamesischer Konflikt) eine aktive Rolle zu spielen und zu den Förderern der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (1975, Schlussakte von Helsinki) zu gehören. Es gelang ihm, aus diesen Erfolgen nach außen Kapital zu schlagen, und sie dann zu nutzen, um seine Legitimität nach innen auszuweiten.

Wenn es Rumänien auch gelang, bis Ende der 1970er Jahre und sogar noch bis weit in die Mitte der 1980er Jahre ein günstiges Bild nach außen abzugeben, so setzten die innenpolitischen Entwicklungen das Land in ein völlig anderes Licht. Nach einer kurzen Phase der Liberalisierung kehrte Ceausescu zum stalinistischen Entwicklungsparadigma zurück. Genau genommen kehrte Rumänien zu einem Zeitpunkt, als die osteuropäischen Staaten versuchten, durch Reformen das Modernisierungsdefizit und den Abstand zu den westlichen Staaten nicht größer werden zu lassen, zurück zum stalinistischen Dogma der Modernisierung, das da hieß: beschleunigte Industrialisierung. Ceausescu entwickelte persönlich ein Projekt zur Zwangsmodernisierung Rumäniens. Die Beschleunigung von Investitionen in die Industrie, vorrangig in die Schwerindustrie, und das Bestreben, die für diese Modernisierung benötigte Technologie und die erforderlichen Güter im Inland zu produzieren, führten Rumänien

schließlich in den wirtschaftlichen Bankrott. Beigetragen zu diesem „Verlauf“ der Ereignisse haben nicht nur äußere Faktoren wie Ölschock und Energiekrise in den 1970er Jahren, sondern auch die eigentliche Entwicklung der rumänischen Wirtschaft. Da es an den erforderlichen Rohstoffen mangelte und der Zugang zu den Weltmärkten aufgrund fehlender konkurrenzfähiger Erzeugnisse begrenzt war, setzte die Krise in Rumänien Ende der 1970er Jahre ein. Der Reformversuch, der mit der Einführung eines Neuen Wirtschaftsmechanismus unternommen wurde, war zum Scheitern verurteilt. Dazu kam, dass Ceausescu nach dem zweiten Ölschock 1977, anstatt das industrielle Wachstum zu drosseln und zu rationalisieren, Maßnahmen einleitete, die Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft hatten. Die veränderte internationale Wirtschaftslage bedeutete, dass Kredite für die rumänische Wirtschaft teurer wurden. Ceausescus Wirtschaftsreformen, die die hohen Kosten der Schuldentilgung in den Mittelpunkt rückten, konzentrierten sich jedoch nicht auf die Ursache der Probleme des Landes mit harter Währung, den Mangel an konkurrenzfähigen Erzeugnissen, sondern vielmehr auf Möglichkeiten, die Mittel für den Inlandsverbrauch zu kürzen, um harte Währung für die Schuldentrückzahlung nutzen zu können. Von den Gesamtinvestitionen in den 1980er Jahren entfielen lediglich fünf Prozent auf den Lebensmittelsektor, wohingegen der Gewinnsaldo in die Wirtschaftsbereiche floss, die an der Schuldentilgung beteiligt waren. Die Auswirkungen dieser Politik waren einschneidend: technische Rückständigkeit der Wirtschaft, Verschlechterung der Infrastruktur und fehlende Grunderzeugnisse für die Versorgung der Bevölkerung. Für den Normalbürger waren die Folgen all dessen verheerend. Die Rationierung von Strom und Wärmeenergie bei Privathaushalten war als ressourcenschonende Maßnahme im Interesse einer Wirtschaft gedacht, die in Bezug auf die Energieeffizienz bedauerlicherweise erschreckend rückständig war, aber nicht in ihrem Bemühen nachließ, die Industrieproduktion zu steigern.

Der Anteil der Wirtschaft am Scheitern der kommunistischen Herrschaft in Rumänien veranschaulicht nur zum Teil, was in den Jahren des Ceausescu-Regimes in Rumänien vor sich ging. Rumänien führte, ähnlich wie Albanien und Nordkorea, die Stalinisierung der Gesellschaft fort. Die Überwachung der Bevölkerung, Einschüchterung und Druck erreichten ein beeindruckendes Ausmaß. Die Securitate blieb zuständig für die Überwachung der Gesellschaft. Während Terror nicht mehr sichtbar zutage trat, wurde über die Verwaltung und die Bürokratie Zwang ausgeübt, um jeden Versuch im Keim zu ersticken, einen von der Parteilinie abweichenden Diskurs in Gang zu setzen. Die Gesellschaft als Ganzes wurde durch ein Netz von Informanten unter der Leitung von Miliz- und Securitate-Offizieren unterdrückt und überwacht. Gleichzeitig wurde über mehr als zwei Jahrzehnte einzig und allein zum Zweck der Ausübung einer umfassenden Kontrolle über die Gesellschaft eine intensive und nicht enden wollende Kampagne zur

Mobilisierung und politischen Sozialisierung rund um den Obersten Befehlshaber und die Rumänische Kommunistische Partei geführt. Nach einer kurzen Zeit der Gemeinsamkeit sowohl mit der Gesellschaft als auch der Partei (1965–1970), einer Phase der Festigung seiner Macht durch Entfernen von Kollegen der „Alten Garde“ und der Neugründung politischer Institutionen und Organe läutete Ceausescu unter dem Einfluss des asiatischen Mobilisierungsmodells eine neue Etappe im Kampf um die Umgestaltung der rumänischen Gesellschaft ein. Auf die gleiche Weise wie die nordkoreanischen, vietnamesischen und chinesischen Führungen verschmolz Ceausescu proletarischen Internationalismus mit nationalistischem Diskurs. Erneute Stalinisierung der Kultur und Mobilisierung der Gesellschaft für den „Sprung nach vorn“ zur Schaffung des „neuen Menschen“ und einer „allseitig entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ waren Bestandteile dieses Vorhabens. Sie entfalteten sich rund um den Personenkult und waren ein Versuch, eine organische Verbindung zwischen Ceausescu und der Rumänischen Kommunistischen Partei und der rumänischen Geschichte zu finden. Die Bezugnahme auf berühmte Persönlichkeiten aus der Vergangenheit, das Aufzeigen von Ähnlichkeiten mit der Unabhängigkeitsetappe in der rumänischen Staatsgeschichte sowie die Durchsetzung eines aggressiven Nationalismus wurden zu Bestandteilen der Legitimierung der „Ceausescu-Ära“. Nach 1971 identifiziert man das kommunistische Regime in Rumänien mit jedem Jahr stärker mit Ceausescu, seiner Familie und Kamarilla als den zentralen Figuren. Im letzten Jahrzehnt wurde der Personenkult ausgeklügelter, um den gesamten Propagandabereich zu beherrschen und das rumänische Kommunismusmodell „zu fördern und zu akzentuieren“. Im Zuge dieser Entwicklung soll die Partei mit ihrem Führer eins werden, der seinerseits die Führung mit Hilfe seiner Ehefrau und der Gruppe von Aktivisten, die von ihm in der Partei herangezogen und gefördert wurde, ausübt. Zwischen den Führern und der Gesellschaft entsteht ein tiefer Riss. In der Tat war Ceausescus Rumänien eine „Insel“ und atomisierte Gesellschaft. Unterdrückung und Kontrolle durch Mobilisierung und Überwachung beeinflussten alle Lebensbereiche der rumänischen Gesellschaft: kein Recht auf freie Meinungsäußerung, keine Gedanken- und Glaubensfreiheit, Verachtung und Druck für alternative Denkrichtungen, Lebensmittelknappheit, schlechte Arbeitsbedingungen, Einschränkung der Bewegungsfreiheit, der Rechte nationaler Minderheiten, kulturelle Zensur, Geburtenkontrolle usw.

Die letzten Jahre des Regimes erwiesen sich als die dramatischsten. Als die Wirtschaftskrise sich verstärkte und die Bevölkerung immer weniger mit den Einschränkungen einverstanden war, nahmen auch die Kontrolle und Überwachung der Gesellschaft zu. In den 1980er Jahren begann die Securitate, Schüler, Gymnasiasten oder Studenten ins Visier zu nehmen, um sie durch Druck oder Erpressung als Informanten zu gewinnen. Jüngsten Schätzungen zufolge waren in den letzten Jahren des Regimes fast 20 Prozent der Securitate-Informanten Jugendliche. Um Proteste auszuschließen,

ordneten die Behörden eine jährliche zwangsweise Registrierung aller Schreibmaschinen in den örtlichen Büros der Miliz an. Mit der Annahme des Dekrets Nr. 770 im Jahr 1966, mit dem der Staat eine Regelung zur Schwangerschaftsunterbrechung traf, begann in Rumänien die Phase der Eingriffe in die Privatsphäre, der politischen Kontrolle über den Körper der Frau, was einschloss, dass von dieser Unterdrückungsmaßnahme das Leben aller Rumänen betroffen war. Laut amtlichen Angaben wurden im Zeitraum von 1966 bis 1989 ungefähr 10 000 Todesfälle infolge von Geburtskomplikationen registriert. Zahlreiche weitere Todesfälle, die als Folge ungesetzlicher Abtreibungen oder damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen eintraten, wurden nicht erfasst. Allein im Jahr 1989 wurden darüber hinaus etwa 170 Todesfälle je 100 000 Schwangerschaften registriert, von denen 87 Prozent durch Schwangerschaftsunterbrechungen verursacht wurden. Als das kommunistische Herrschaftssystem in eine Legitimitätskrise geriet, weder über Ressourcen noch Lösungen verfügte, reagierte es mit Gewalt und war unfähig, die eigenen Dogmen zu überwinden.

IV. WIDERSTAND GEGEN DIKTATUR UND BESATZUNG

Bei der Errichtung des kommunistischen Regimes in Rumänien kam es zu Konflikten mit der demokratischen Opposition, die sich mit der politischen und wirtschaftlichen Einflussnahme und der Einmischung der Sowjetmacht auseinandersetzte. Die rumänische Gesellschaft versuchte, dem totalitären Machtanspruch Einhalt zu gebieten. Bei den Wahlen im November 1946 errang die Nationale Bauernpartei die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wie aus Dokumenten der Rumänischen Kommunistischen Partei hervorgeht. Die Partei musste die Wahlergebnisse fälschen, um sich innerhalb und außerhalb des Landes Legitimität zu verschaffen.

Nach dem Wahlsieg und der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Paris im Jahre 1947 gingen die Kommunisten zum allgemeinen Angriff auf alle bekannten oppositionellen Zentren über. Die rumänische Gesellschaft durchlief einen intensiven Säuberungsprozess, in dem die politische, wirtschaftliche und kulturelle Elite entweder ausgeschaltet oder ins Abseits gedrängt wurde. Schon vor 1947 unternahmen mehrere Gruppen ehemaliger Soldaten, Mitglieder der Opposition bzw. Personen, denen das Wahlrecht entzogen worden war, den Versuch, sich der Verbreitung des Kommunismus im Land mit Gewalt entgegenzustellen. Diese Gruppen griffen entweder sowjetische Truppen an oder versuchten, eine „Nationale Widerstandsbewegung“ zu organisieren,

um ihrem Vorgehen gegen die kommunistischen Behörden eine Struktur zu geben. Die meisten ihrer Mitglieder wurden im Verlauf des Jahres 1946 festgenommen und verurteilt.

Anfang 1947 sah sich die kommunistische Offensive gegen die Opposition damit konfrontiert, dass neue bewaffnete Widerstandsgruppen aufgebaut wurden. Sie entstanden ganz allmählich, setzten sich aus Vertretern verschiedener politischer und sozialer Gruppen zusammen und waren über das ganze Land verstreut. Es gab Widerstandsgruppen in der Gebirgsregion und im Vorgebirge; diese Gruppen setzten sich bis Ende der 1950er Jahre gegen die kommunistische Unterdrückung zur Wehr. Ohne das Regime wirklich zu gefährden, stellten diese Oppositionszentren durch ihren bewaffneten Widerstand die Legitimität der politischen Macht in Rumänien in Frage. Die Gruppen waren zwar schlecht ausgerüstet und dem ständigen Druck durch Regierungstreitkräfte ausgesetzt, wurden aber von der ortsansässigen Bevölkerung unterstützt.

Nach Schätzungen der Securitate wurden von 1945 bis 1958 mehr als 1000 „Organisationen und konterrevolutionäre und subversive Gruppen“ dieser Art ermittelt, erfasst und ausgeschaltet. Am aktivsten waren die Gruppen Anfang der 1950er Jahre, als die meisten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Partisanen und Regierungstreitkräften stattfanden.

Es ist schwierig, die genaue Zahl der Personen zu ermitteln, die in dieser Form den Umsturz der kommunistischen Regierung betrieben, ohne auf zusätzliche Quellen zugreifen zu können. Die verschiedenen Gruppen waren relativ klein. Sie waren nicht homogen, denn ihnen gehörten Vertreter unterschiedlicher sozialer Schichten oder politischer Richtungen an, Männer und Frauen, Alte und Junge. Die meisten Partisanen kamen vom Land. Ihnen zur Seite standen ehemalige Militärangehörige, Studenten, Intellektuelle sowie Vertreter der früheren Parteien aus dem rechten wie dem linken Lager. Ihre Motivation entsprang entweder ihrer politischen Überzeugung oder weil sie steckbrieflich gesucht wurden, sie zogen sich in die Berge zurück und organisierten die Propagandatätigkeit oder militärische Aktionen gegen das kommunistische Regime. Diese Gruppen arbeiteten lokal, ohne ihre militärischen und politischen Maßnahmen auf nationaler Ebene zu koordinieren. Die meisten Gruppen waren nur kurze Zeit aktiv; ihre Existenzdauer hing davon ab, wie intensiv die kommunistische Regierung bemüht war, sie auszuschalten. Nur wenige Partisanengruppen bestanden mehrere Jahre, wie die, die von Gheorghe Arsenescu und Toma Arnautoiu organisiert und geleitet wurden, oder die von Ion Gavrilă in den Karpaten. Abgesehen von wenigen bedeutungslosen Ausnahmen wurden alle Gruppen bis Mitte der 50er Jahre zerstört, ihre Mitglieder getötet oder zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt.

Während die Behörden die Partisanengruppen aggressiv verfolgten, benutzten sie sie gleichzeitig als Vorwand zur Aufrechterhaltung eines Terrorregimes auf dem Land. Beispielsweise ließ das Regime Kampagnen mit dem Ziel durchführen, diejenigen zu bestrafen, die der aktiven oder passiven Unterstützung des Widerstands beschuldigt wurden.

Mitte der 1950er Jahre ging die Opposition vom „heroischen“ bewaffneten Widerstand zu anderen Widerstandsformen über. Dazu gehörten Bauernaufstände gegen die Kollektivierung, Studentenproteste, die im Zusammenhang mit der ungarischen Revolution von 1956 ausgelöst wurden, sowie verschiedene Formen des Protests, die von den Arbeitern zur Verteidigung von wirtschaftlichen und sozialen Rechten organisiert wurden. In ihrem Kern waren diese Bewegungen politischer Natur und richteten sich gegen das Regime. Repressalien seitens der Behörden, politischer Terror in wiederkehrenden Wellen und die bei der breiten Bevölkerung allmählich einsetzende Einsicht, dass ihr die Westmächte nicht zu Hilfe kommen werden, führten dazu, dass die kommunistische Kontrolle über das Land im folgenden Jahrzehnt mehr und mehr hingenommen wurde.

Vor diesem Hintergrund begannen die von der kommunistischen Führung durchgeführten Maßnahmen der Einbindung und Anpassung zu wirken. Die Nationalisierung des Kommunismus in Rumänien, die Mittel der Verunglimpfung der UdSSR ebenso umfasste wie die schrittweise Wiedereingliederung von zuvor stark unterdrückten Personenkreisen in die Gesellschaft, trug dazu bei, dass solche Bewegungen fast völlig verschwanden. Darüber hinaus verbesserte sich durch das extensive Modernisierungsprogramm seit den 1960er Jahren, die beschleunigte Industrialisierung und allmähliche Verstädterung sowie den wirtschaftlichen Fortschritt für einen Großteil der rumänischen Bevölkerung der Lebensstandard. Konformismus und Anpassung ermöglichten bis zur zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine relativ friedliche „Kohabitation“ zwischen dem Regime und der rumänischen Gesellschaft.

Nach Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki, mit der die Menschenrechte zu einem wichtigen Thema in internationalen Angelegenheiten wurden, entstanden in Osteuropa gegen das kommunistische Herrschaftssystem gerichtete oppositionelle Bewegungen. Manche Historiker stellen zwischen dem Zusammenbruch der kommunistischen Staaten und diesen Bewegungen einen Zusammenhang her. Im Fall Rumäniens trug der passive Widerstand gegen das kommunistische System im Rahmen der Helsinki-Garantien aufgrund der gleichsam totalen Kontrolle der Gesellschaft durch die Securitate und des Unvermögens der verschiedenen Gruppen und Oppositionellen, ihre Aktivitäten untereinander abzustimmen, eher weniger zu diesem Prozess bei. Allerdings hatten der Protest und Widerstand gegen das Ceausescu-Regime durchaus Auswirkungen

auf die Gesellschaft, vor allem durch die öffentliche Aufmerksamkeit, die Regimekritikern durch westliche Rundfunkstationen, die in rumänischer Sprache sendeten, zuteil wurde.

Ab 1977 kam es durch die Aktionen des Menschenrechtsaktivisten und Schriftstellers Paul Goma oder die aus wirtschaftlichen Gründen begonnenen Bergarbeiterstreiks in Valea Jiului wieder zu offenen Protesten gegen das Regime. Beide Erscheinungen offenbarten, dass das rumänische kommunistische System ebenso wenig in der Lage war, systemkritische Meinungen zu verhindern, wie die übrigen osteuropäischen Staaten.

Zwischen Februar und März 1977 unterzeichneten mehr als 200 Personen Gomas ersten Brief. Das Eingreifen der Securitate auf persönlichen Befehl Ceausescus am 30. März 1977, die Festnahme von Paul Goma und der auf die anderen Unterzeichner durch Isolation, Überzeugung oder Repression ausgeübte Druck führten schließlich dazu, dass dieser Versuch, sich der Menschenrechtssache anzuschließen, scheiterte. Dennoch verschwand der Gedanke, eine Opposition zu institutionalisieren, nicht völlig von der Tagesordnung. Im Februar 1979 kamen einige hundert Arbeiter zusammen, um einen Freien Verband der Werktätigen zu gründen, der Rechte und Interessen von Werktätigen außerhalb der kommunistisch kontrollierten Gewerkschaften schützen und unterstützen sollte. Diese Initiative wurde von den Behörden ebenfalls sehr schnell zum Schweigen gebracht, ihre Mitglieder kamen in Haft oder wurden von der Securitate drangsaliert.

Das zweitwichtigste Ereignis von 1977 war der Bergarbeiterstreik. Fast die Hälfte der 90 000 in der Bergbauregion Valea Jiului beschäftigten Bergarbeiter trat Anfang August in einen Generalstreik, um gewaltlos gegen die wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen, die ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen beeinflussten, zu protestieren. Die von Ceausescu in die Region entsandten Regierungsvertreter wurden als Verhandlungspartner nicht akzeptiert, sodass Ceausescu sich gezwungen sah, selbst zu kommen und ihre Beschwerden anzuhören, womit das Ende der Kohabitation von Kommunistischer Partei und Werktätigen eingeläutet war. Während die unmittelbar nach Streikende einsetzenden Repressalien gegen die Bergarbeiter nicht sehr heftig waren, wurden in den Monaten, die folgten, tausende Bergarbeiter in andere Regionen des Landes umgesiedelt und ihre Anführer inhaftiert. Die zwei Ereignisse des Jahres 1977 waren symptomatisch für die Form, die Aktionen gegen das kommunistische Regime in den 1980er Jahren annehmen sollten. Die Intellektuellen versuchten, gegen politische und ideologische Übergriffe des Regimes durch aktiven oder passiven öffentlichen Protest oder „Widerstand durch Kultur“ vorzugehen, während die Werktätigen zu radikaleren Mitteln wie Streik oder Straßenaktionen

griffen. Mit diesen öffentlichen Bekundungen, die für die Existenz des Regimes genau genommen keine Gefahr darstellten, wurde jedoch seine Legitimität in Frage gestellt.

Während der gesamten 1980er Jahre begannen Persönlichkeiten des kulturellen Leben und Normalbürger, Auswüchse des kommunistischen Systems offen zu kritisieren. Gegen ausnahmslos alle von ihnen wurden schwere Strafmaßnahmen verhängt; einige wurden verhaftet, andere wurden zur Emigration gezwungen, zwangsumgesiedelt oder unter Hausarrest gestellt.

Infolge der Wirtschaftskrise und der Lebensmittelrationierung in den 1970er Jahre verschlechterten sich die Lebensbedingungen und führten im Verein mit der mit unverminderter Kraft vorangetriebenen Industrialisierung zu erneuten Arbeiteraufständen in den Industriezentren der Städte. 1981 protestierten die Bergarbeiter in der Region Motru und 1983 die im Norden des Landes, in Maramures, gegen die Lebens- und Arbeitsbedingungen. Darüber hinaus kam in den 1980er Jahren in den wichtigsten Industriezentren in Bukarest, Iasi, Cluj und Timisoara immer wieder zu Protesten der Werktätigen, die im Herbst 1987 ihren Höhepunkt erreichten, als Arbeiter aus dem Industriegebiet Brasov mit Gewalt gegen das Regime aufbegehrten. Die Kundgebung, die am Morgen des 15. November mit wirtschaftlichen Forderungen begann, nahm schnell politischen Charakter an, als antikommunistische Parolen gesungen wurden. Die Arbeiter besetzten und zerstörten das örtliche Zentralkomitee der Rumänischen Kommunistischen Partei. Die Demonstration wurde brutal von Miliz- und Securitate-Truppen aufgelöst. Die Aktivisten wurden verhaftet und in andere Gebiete des Landes zwangsumgesiedelt. Dieses Vorgehen fand sowohl im Inland als auch im Ausland starken Widerhall. Die Öffentlichkeit im Westen, westeuropäische NRO sowie Parteien in Westeuropa protestierten entschieden gegen die Maßnahmen des Regimes und die Verschärfung der Lage in Rumänien. Damit begann der Anfang vom Ende des kommunistischen Regimes in Rumänien.

V. DIE ABLÖSUNG DES KOMMUNISTISCHEN REGIMES IN RUMÄNIEN

Im Zusammenhang mit den internationalen Ereignissen gegen Ende der 1980er Jahre wurde eine zunehmende Unzufriedenheit der rumänischen Bevölkerung mit dem kommunistischen System spürbar, wie sie auch in den anderen kommunistischen Ländern Osteuropas zu beobachten war. Im

Falle Rumäniens jedoch wirkten sich die despotische Herrschaft Ceausescus, Mangelwirtschaft und die Zwangsmaßnahmen des Regimes entscheidend darauf aus, wie der Machtwechsel vonstatten ging. Die Gewalt, die dabei eine Rolle spielte, war in erster Linie eine Folge der Unfähigkeit des Regimes, sich selbst zu reformieren.

Die Revolution brach am 15. Dezember 1989 in Timisoara aus. Eine kleine Protestkundgebung gegen das Vorhaben der Behörden, den oppositionellen Priester László Tőkés der Stadt zu verweisen, wurde zur Initialzündung für die politische Wende. Der Aufruhr und die Proteste der Bevölkerung in Timisoara wurden von den kommunistischen Machthabern brutal niedergeschlagen. In den darauffolgenden Tagen kam es zu einer Eskalation der anwachsenden Protestbekundungen in den Straßen und der Auseinandersetzungen mit den Streitkräften des Regimes. Der Aufruhr sprang auf andere Großstädte des Landes über und fand seinen Höhepunkt am 21. und 22. Dezember in Bukarest. Mehr als 160 Tote und ungefähr 1100 Verletzte wurden bis zum Sturz Ceausescus registriert. In den folgenden Tagen forderten die revolutionären Ereignisse weitere 942 Todesopfer und 2245 Verletzte. Massenmobilisierung und gewaltsame Niederschlagung wurden zu den wichtigsten Merkmalen der rumänischen Revolution.

Zum Zeitpunkt des politischen Systemwechsels befand sich Rumänien in einer schweren Wirtschaftskrise und hatte mit gravierenden sozialen Problemen zu kämpfen, die Folgen des sinkenden Lebensstandards, der Kürzungen bei medizinischen Leistungen und Leistungen im Bildungssektor sowie der Bevölkerungspolitik des Regimes waren. Es bedurfte eines starken politischen Willens und einschneidender Wirtschaftsreformen, um eine funktionsfähige Marktwirtschaft aufzubauen. Bedauerlicherweise für Rumänien mangelte es der politischen Klasse genau an dieser Kombination. Öffentlich wurde zwar die Liberalisierung der Wirtschaft als Hauptziel der politischen Klasse propagiert, doch zu praktischen Lösungen äußerte sie sich nur ausweichend.

Der rumänische Premierminister von 1990 bis 1991, Petre Roman, setzte sich gemeinsam mit seinen jüngeren Regierungskollegen für eine Beschleunigung der Reformen und die Übernahme der „Schocktherapie“, wie sie von Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, bekannt auch als Visegrad-Gruppe, angewandt wurde, ein. Präsident Iliescu und die ältere Garde stimmten dafür, Reformen und industrielle Umgestaltung in einem langsameren Tempo voranzutreiben und für unproduktive Wirtschaftsbereiche, in denen mit spürbaren sozialen Auswirkungen (z. B. Valea Jiului) zu rechnen war, weiterhin Staatszuschüsse zu bewilligen. Ergebnis dieses Konfliktes war eine Verlangsamung der Reform 1996. Dass es an einer mittel- und langfristigen einheitlichen nationalen Strategie

fehlte, hing nicht nur mit mangelndem politischem Willen zusammen, sondern vor allem mit den Erfahrungen derjenigen, die die Hebel der Macht nach wie vor in Händen hielten und ausnahmslos unter Nicolae Ceausescu geformt und ausgebildet worden waren.

Mangelnder politischer Wille und fehlende wirtschaftspolitische Vorstellungskraft waren nicht die einzigen Herausforderungen, mit denen sich die Regierung konfrontiert sah. Die gewalttätigen Ereignisse vom März und Juni 1990 zeichneten ein Bild von Rumänien, das sich deutlich von dem des heroischen Kampfes gegen den Kommunismus unterschied, mit dem Rumänien im Dezember 1989 die Phantasie der Öffentlichkeit im Westen für sich eingenommen hatte. Als unmittelbare Folge schwand die Sympathie im Westen, und was noch wichtiger war die ausländische Hilfe versiegte.

Als die Staatsbetriebe und sozialistischen Genossenschaften in der Landwirtschaft aufgelöst wurden, brach die Nahrungsmittelerzeugung auf dramatische Weise ein. Zahllose Familien konnten ihr früheres Eigentum nicht zurückerhalten, entweder weil es keine ordnungsgemäßen Aufzeichnungen darüber gab oder wegen eines Systems, das eine rasche Rückkehr zum Privateigentum nicht erlaubte. Da es an moderner Landwirtschaftstechnik fehlte, mussten diejenigen, die ihr Eigentum zurückerhalten konnten, ihr landwirtschaftliches Unternehmen mit einer Technik betreiben, die aus dem 18. Jahrhundert stammte. Die Inflationsrate erreichte 200 Prozent. Die wenigen Versuche, die industrielle Grundlage neu zu strukturieren, führten zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Während Ceausescu die Schulden zurückgezahlt hatte, verfügte Rumänien nun weder über flüssige Mittel noch über Zugang zu Krediten oder ausländischen Investitionen. Die pünktliche Auszahlung von Gehältern wurde zunehmend schwieriger, wodurch sich wiederum das ohnehin gedrosselte Tempo der Reformen weiter verlangsamte. Dass weder ein funktionsfähiges institutionelles Gefüge noch ein rechtliches Regelwerk bestanden, fügte der Mängelliste der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen lediglich weitere Probleme hinzu und veranlasste mögliche ausländische Investoren zu noch größerer Vorsicht. Korruption breitete sich aus, während aufgrund sozialer Unsicherheit und stetig sinkender Kaufkraft die Armut unter Rentnern und im ländlichen Raum zunahm. Die späte Inangriffnahme von Wirtschaftsreformen bedeutete für die Bevölkerung, dass der Übergang zur Marktwirtschaft sehr schmerzhaft werden würde. Die Regierung versuchte, einige der negativen Auswirkungen, die die wirtschaftliche Lage für die Bevölkerung mit sich brachte, durch politische Maßnahmen abzumildern, hatte dabei aber nur begrenzten Erfolg. In den meisten Fällen richteten die Abfederungsmaßnahmen der Regierung mittel- und langfristigen einen größeren wirtschaftlichen Schaden an und trugen zur weiteren Destabilisierung der Wirtschaft bei.



Strafvollzugsanstalt im kommunistischen Rumänien



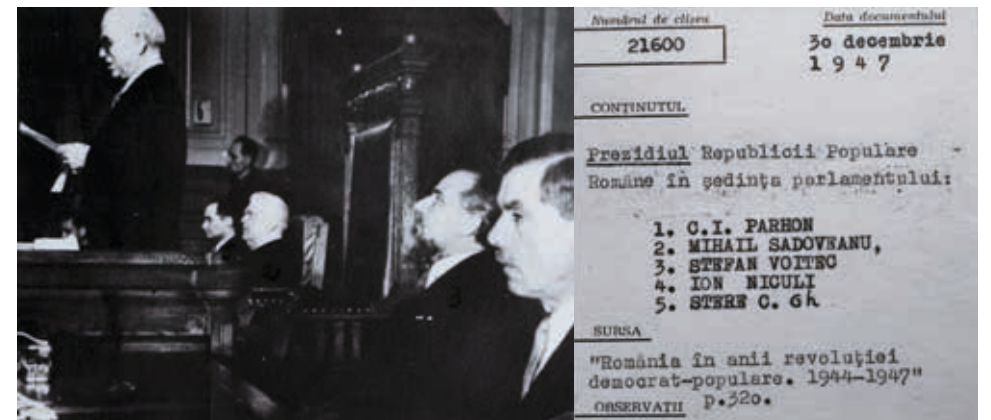
Das Gefängnis von Sighet – das so genannte „Elitengefängnis“



Im Gefängnis von Sighet



Ion Mihalache



Das erste Präsidium des kommunistischen Rumänien



Donau-Schwarzmeer-Kanal



Iuliu Maniu, der Vorsitzende der Nationalen Bauernpartei, starb im Gefängnis von Sigbet



Parade anlässlich des Nationalfeiertags am 23. August 1986



Aufmarsch für Ceausescu



Donau-Schwarzmeer-Kanal



Elisabeta Rizea, eine Symbolfigur des vom Volk getragenen Widerstands



*Die rumänische Revolution, Bukarest,
22. Dezember 1988*



*Die rumänische Revolution, Opernplatz
von Timisoara, 22. Dezember 1989*



Luxemburg, 25. April 2005



Der 14. Ministertag, Brüssel, 4./5. Dezember 2006



Luxemburg, Unterzeichnung des Vertrags



Prag, Rumänien wird Mitglied der NATO



Unterzeichnung des Lissabon-Vertrags



Der NATO-Gipfel in Bukarest, 2008



Feierlichkeiten zum EU-Beitritt 2007

VI. WIEDERAUFBAU EINER DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT

Die Erfahrungen mit dem rumänischen Totalitarismus waren grausam. Mit einem politischen System, das sich auf Terror stützte und jede Opposition im Keim erstickte, blieb der rumänische Staat als stalinistischer Staat im Gedächtnis haften. Der Übergang zur Demokratie erwies sich als schwierig. Da es keine alternativen politischen Strukturen und oppositionellen Bewegungen gab, die den politischen Rahmen für einen Übergang geboten hätten, befand sich Rumänien in der wenig beneidenswerten Lage, nicht nur sein politisches System revolutionieren zu müssen, sondern keine zentralen politischen Werte zu besitzen, auf denen es seine Demokratie aufbauen konnte. Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens reichte nicht bis zu Änderungen an der Spitze der politischen Struktur. Die „Nomenklatura“, die Mitglieder der Verwaltungsklasse, war nicht bereit, auf ihre Machtmittel und Privilegien zu verzichten.

Während in den anderen osteuropäischen sozialistischen Staaten der politische Wandel in Form von „samtenen Revolutionen“ oder allmählichen Änderungen der politischen Strukturen auf dem Wege von Verhandlungen zwischen den kommunistischen Führern und den Vertretern einer aufkommenden Zivilgesellschaft zustande kam, wurde in Rumänien der politische Wechsel mit Gewalt, durch Revolution, vollzogen. Damit markierten die revolutionären Ereignisse von 1989 offiziell das Ende der totalitären staatlichen Organe und den Anfang des demokratischen Aufbaus, auch wenn die Änderungen in den ersten Jahren nicht konsequent durchgeführt wurden.

Die Gründung einer Front der Nationalen Rettung am 22. Dezember 1989 und die Annahme des politischen Programms zur Förderung demokratischer Grundsätze nach westlichem Muster standen für das Ende und den Anfang einer Ära. Die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, des politischen Pluralismus und der Gewaltenteilung innerhalb des Staates sowie das Erfordernis einer durch freie Wahlen gewählten Volksvertretung wurden im Rahmen der Reform der rumänischen Gesellschaft zu zentralen Themen.

Der Wiederaufbau des demokratischen Staates fand in drei Etappen statt: einer ersten Etappe, in der die Institutionen und Organe und die demokratischen Grundsätze förmlich errichtet und rechtmäßig anerkannt wurden (1990 - 1992), der zweiten, in der die Regierung sich um politische, wirtschaftliche und soziale Lösungen für den Übergang bemühte, und der dritten, die die Vollendung des politischen Übergangs durch die Entwicklung von einer Wahldemokratie zu einer politischen Demokratie kennzeichnete.

Die Etappe von 1989 bis 1992 war durch große Errungenschaften im institutionellen und legislativen Bereich geprägt. Die „Einweihung“ der Mehrparteienpolitik durch Verabschiedung des Dekrets Nr. 8 vom 31. Dezember 1989 machte den Weg frei für die Bildung freier Vereinigungen. In weniger als drei Monaten entstanden auf der politischen Bühne, die von der FSN (Front der Nationalen Rettung) beherrscht wurde, 200 weitere politische Parteien. Die wichtigsten darunter waren die neu gegründeten Parteien der Zwischenkriegszeit: die Nationale Bauernpartei, die National-Liberale Partei und die Sozial-Demokratische Partei. Obwohl diese Parteien die rumänische Gesellschaft auch auf anderem Wege um fortschrittliche Ideen hätten sammeln können, nutzte die FSN die ihr zur Verfügung stehenden Machthebel, um ihre politischen Widersacher zu verleumden und die Sympathisanten ihrer politischen Gegner zu terrorisieren. Die Front der Nationalen Rettung übertrug ihren Aufbau auf alle Verwaltungs-, Wirtschafts- und Kulturstrukturen und übernahm damit praktisch die Strukturen der aufgelösten Kommunistischen Partei. Als die „historischen“ Parteien im Januar 1990 den Versuch unternahm, öffentliche Kundgebungen zu veranstalten, hielt sich die FSN nicht an ihr Versprechen, Steuermann der Revolution zu sein, und meldete sich am 6. Februar als Partei an, womit sie ihre Absicht kundtat, an den künftigen Parlamentswahlen teilzunehmen. Da die FSN im Dezember 1989 als Revolutionsregierung mit uneingeschränkten Vollmachten zur Verwaltung und Leitung des Landes gegründet worden war, bedeutete ihre Umwandlung in eine Partei, dass sie sich, zumindest offiziell, von der Machtausübung zurückziehen musste. Um eine Gewaltenteilung im Staat durchzuführen, wurde der Vorläufige Nationale Einheitsrat zur Annahme aller politischen Normen gebildet, nach denen die Parlamentswahlen durchzuführen waren.

Selbst wenn bis Mai 1990 hunderte Parteien gegründet worden wären, das politische System Rumäniens wurde von der FSN beherrscht. Sie zog nicht nur unmittelbaren Nutzen aus der Rolle, die sie bei den Ereignissen von 1989 gespielt hatte, sondern auch aus der patriarchalischen Weise, in der sie als Partei ihre politischen Aktionen und Ziele gestaltete. Die Kontrolle über die Massenmedien ermöglichte es ihr, die eigene politische Botschaft zu vermitteln und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die Botschaften anderer Parteien nicht oder verfälscht gesendet wurden. Unter diesen Bedingungen wurden die Fortführung kollektivistischer Grundsätze, des übernommenen Nationalismus, die angebliche Überlegenheit des Staates gegenüber der Gesellschaft, die Wiederherstellung der kommunistischen Bürokratie, aber auch die Kontrolle über die Schalthebel der Macht zu den wichtigsten Trumpfkarten in der politischen Schlacht. Bei der Wahl am 20. Mai 1990 konnte die FSN mehr als 65 Prozent der Stimmen für die verfassunggebende Versammlung auf sich vereinen, während Ion Iliescu, ihr Präsidentschaftskandidat, 80 Prozent der abgegebenen Stimmen gewann.

Nach den Parlamentswahlen 1990 eröffnete das politische System die Aussprache über den Charakter der zukünftigen staatlichen Institutionen und Organe. Obwohl die Front der Nationalen Rettung im Parlament über eine komfortable Mehrheit verfügte, war sie den Herausforderungen, mit denen sie durch die Vertreter der Zivilgesellschaft und der historischen Parteien konfrontiert wurde, nicht gewachsen. Die noch unsicheren politischen Werte, auf denen die demokratischen Institutionen und Organe beruhten, führten zu größeren Störungen auf der politischen Bühne. So wurde das politische System bis zum Dezember 1991, als die Verfassung angenommen wurde, von Auseinandersetzungen beherrscht, die seine qualitativen Beschränkungen offenlegten. Die Strafaktionen der Bergarbeiter Anfang der 1990er Jahre sind in dieser Hinsicht ein deutliches Beispiel. Das Eingreifen der Bergarbeiter, ein Versuch, die politischen Auseinandersetzungen beizulegen, hemmte die Entwicklung der Demokratie und die Einführung der Rechtsstaatlichkeit im Land spürbar.

Der demokratische Wandel hätte ohne einen neuen verfassungsmäßigen Rahmen nicht vollendet werden können. Erst nach Mai 1990 kann man vom Aufbau des demokratischen Staates Rumänien auf der Grundlage eines Verfassungsprozesses sprechen. Die Annahme der Verfassung vom Dezember 1991, die die 1965 angenommene Verfassung ablöste, markierte das offizielle Ende der alten kommunistischen Ordnung.

Nach dem neuen Grundgesetz war Rumänien eine Republik. Allerdings wurde die Gewaltenteilung im Staat durch eine funktionelle Differenzierung der staatlichen Stellen erschwert. Während die exekutiven Befugnisse dem vom Parlament gewählten Premierminister obliegen, wird der durch Volksabstimmung gewählte Präsident zum Mittler zwischen den staatlichen Machtstellen. Die gesetzgebende Kraft ist das Parlament, das aus zwei Kammern besteht, der Abgeordnetenkammer und dem Senat. Wie der Präsident wird das Parlament durch allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahl bestimmt. Im Wesentlichen schuf die Verfassung von 1991 die Bedingungen für die Vollendung des politischen Übergangs zur Demokratie durch Festlegung der für die neue politische Ordnung spezifischen Institutionen und Organe sowie ihrer Grundsätze. Die Gewährleistung von allgemeinen Freiheiten, Bürgerrechten und Rechten des Einzelnen, der Vereinigungsfreiheit und der Versammlungs- und Kundgebungsfreiheit gehörten von Anfang an dazu.

Die ersten „offiziellen“ Wahlen der neuen Republik, die auf der Grundlage der neuen Verfassung vorbereitet wurden, fanden am 27. September 1992 statt. Die politischen Rahmenbedingungen hatten sich im Vergleich zu 1990 spürbar verändert, da die Mandatsdauer und die für eine Kandidatur erforderlichen Qualifikationen nunmehr klar festgelegt waren und die Wahlgesetze

für die Teilnahme an der Wahl strengere Voraussetzungen vorsahen. Auch auf der politischen Bühne waren wichtige Veränderungen erfolgt. Die Front der Nationalen Rettung hatte sich in zwei Parteien aufgespalten, die National-Demokratische Rettungsfrontpartei unter Führung von Präsident Ion Iliescu und die Partei NSF unter Führung des früheren Premierministers Petre Roman. Beide Parteien sollten in den folgenden Jahren weitere Entwicklungen auf der politischen Bühne Rumäniens durchlaufen und ihren Namen mehrfach ändern, bis sie sich heute als die zwei mächtigsten Parteien im Land präsentieren: Iliescus FDSN als Sozial-Demokratische Partei und Romans FSN zunächst als Demokratische Partei und dann als Demokratisch-Liberale Partei.

Um auf der politischen Bühne besser konkurrieren zu können, hatte sich die „demokratische“ Opposition (die ehemaligen historischen Parteien und mehrere Bürgerorganisationen) im November 1991 zu dem Bündnis Demokratische Konvention Rumäniens (CDR) zusammengeschlossen. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von 1992 nach einem Verhältniswahlssystem mit einer Drei-Prozent-Hürde ergab ein Gleichgewicht des Kräfteverhältnisses zwischen den Parteien. Obwohl sie nur 28 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnte, gelang es Ion Iliescus FDSN, mit Hilfe anderer linker und nationalistischer Parteien, PUNR (Nationale Einheitspartei der Rumänen), PSM (Sozialistische Partei der Arbeit) und PRM (Partei Groß-Rumänien), die Regierungsbildung zu übernehmen. Die Regierung unter Führung von Nicolae Vacaroiu hielt trotz politischer Rangeleien die nächsten vier Jahre. Demgegenüber konnte sich auch die politische Opposition dank der Unterstützung von 40 Prozent der Wähler konsolidieren. Die Demokratische Konvention erzielte einen Stimmanteil von mehr als 20 Prozent, Petre Romans FSN ungefähr zehn Prozent und die Demokratische Union der Ungarn in Rumänien (UDMR) acht Prozent.

1996 findet der erste demokratische politische Machtwechsel statt. Bei der Wahl konnte sich der Präsidentschaftskandidat der CDR, Emil Constantinescu, durchsetzen, während die CDR, die Demokratische Partei (ehemalige FSN) und die UDMR die Mehrheit der Sitze im Parlament gewannen. Der Sieg der Opposition brachte für das politische System in Rumänien ganz neue Probleme mit sich. Unvorbereitet auf die Übernahme der Regierungsverantwortung, steckten die CDR und ihre Verbündeten in politischen Machtkämpfen. Regierungsinstabilität war die Norm und Versuche, die Wirtschaft grundlegend zu reformieren, erhöhten lediglich den Druck auf die neuen politischen Führer. Die Instabilität sollte insbesondere von der CDR noch ihren Tribut fordern, denn die zwei Hauptparteien gingen bei den Wahlen 2000 getrennte Wege. Während die National-Liberale Partei ins Parlament einzog, verfehlte die Nationale Bauernpartei, die weitgehend als Führer der CDR galt

und damit verantwortlich für ihr Versagen war, den Einzug ins Parlament und zerfiel in bedeutungslose Splittergruppen. Bei den nächsten beiden Wahlen 2000 und 2004 wechselte die Regierungskontrolle von der Partei Iliescus (Gewinner der Wahlen 2000) zur DA Koalition (Wahrheit und Gerechtigkeit, der die Demokratische Partei und die National-Liberale Partei angehörten), die die Wahlen 2004 gewann.

Abgesehen von den offiziellen Entwicklungen bei den Institutionen und Organen oder den Wahlen, haben sich auch die Funktionsmechanismen des politischen Systems in Rumänien sichtlich verbessert, zum Teil, weil sie an soziale und wirtschaftliche Entwicklungen angepasst wurden. Die innenpolitischen Entwicklungen, die von dem Wunsch aufeinanderfolgender Regierungen ausgingen, Rumänien in die europäische und atlantische Gemeinschaft einzubinden, führten zu spürbaren Änderungen im politischen System. Eine dieser Neuerungen betraf die Zusammenarbeit zwischen den rumänischen Parteien und der Vertretungsorganisation der ungarischen Minderheit in Rumänien UDMR. Das Verschwinden einiger kleinerer Parteien und die ideologische Konsolidierung der Hauptakteure auf der politischen Bühne ermöglichten die Ziehung klarerer ideologischer Trennlinien. Eine weitere Konsolidierung erfuhr der politische Reformprozess im Zuge mit der Überprüfung der Verfassung im Jahr 2003. Alle diese Entwicklungen wären ohne Druck seitens der Zivilgesellschaft, einer entwickelten und außerordentlich vielfältigen Zivilgesellschaft, die den realen Pluralismus des öffentlichen Lebens in Rumänien widerspiegelt, nicht möglich gewesen. Die Presse, erste Tageszeitungen und später Rundfunk und Fernsehen begannen, eine sehr aktive Rolle im politischen Leben in Rumänien zu spielen und die Aufgabe der „vierten Macht im Staat“ zu übernehmen.

VII. DIE REFORMPERIODE IM POSTKOMMUNISTISCHEN RUMÄNIEN

Wie bereits festgestellt, verlief der politische, wirtschaftliche und soziale Übergang in Rumänien in der Anfangsphase überwiegend als Wandel der Institutionen und Organe. Das Erbe des totalitären Staates, in dem das politische Machtmonopol bei einer einzigen Partei lag, der Staat eine grundlegende Stellung als Besitzer und Produzent innehatte und seine wirtschaftlichen Ressourcen in patriarchalisch-bürokratischer Weise verwaltete, hatte große Auswirkungen auf den Umgestaltungsprozess. Im Falle Rumäniens handelte es sich nicht nur um den politischen Prozess, sondern darüber hinaus um die Überlagerung mehrerer Prozesse mit Auswirkungen auf alle Bereiche des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Die Lage in Rumänien war weitaus ernster als in anderen Staaten, die 1989 den Wandel in Angriff nahmen. Ceausescus Nationalkommunismus

patriarchalisch-stalinistischer Prägung hatte großen Einfluss darauf, wie die rumänische Gesellschaft reformiert werden musste.

Die Industrialisierung als Hauptaufgabe in den 1970^{er} und 1980^{er} Jahren, als die internationalen Rahmenbedingungen ungünstig waren, hatte fatale Folgen für die rumänische Gesellschaft. Investitionen, die überwiegend in die Schwerindustrie flossen, und die horizontale Entwicklung der Industrie im nationalen Rahmen, gepaart mit der Abhängigkeit von veralteter Technik und niedriger Arbeitsproduktivität beeinflussten sowohl die Entwicklungsfähigkeit des Landes als auch das Entwicklungstempo und den Alltag. Ceausescus Bestreben, die Schulden des Landes zu tilgen, bedeutete auch, dass harte Währung nicht verwendet werden durfte, um Defizite bei der Versorgung mit Konsumgütern auszugleichen. Preiskontrolle, zentrale Planung, Rationierung und die zentral gesteuerte Verteilung von Gütern führten zu einem massenhaften Auftreten von Korruption und ständigen Absinken des Lebensstandards. Die offizielle Propaganda, die die Überlegenheit des sozialistischen Systems über den Kapitalismus herausstellte, indem sie ausgewählte Statistiken, wie beispielsweise die Zahl der Ärzte, die Arbeitslosenquote oder den Zugang zu Bildung, anführte, konnte die täglichen Herausforderungen nicht verschleiern, mit denen die Bevölkerung konfrontiert war. Hohe Kindersterblichkeit, schlechte Lebensbedingungen und eine kürzere Lebenserwartung blieben bestehen. Der fehlende Zugang zu Waren des täglichen Bedarfs und die allgemeine Misere der Lebensumstände in Rumänien spielten beim Gewaltausbruch gegen das kommunistische Regime im Dezember 1989 eine wichtige Rolle.

Im Wissen um die vor ihnen liegenden Aufgaben legten die neuen staatlichen Instanzen in einer „Offiziellen Erklärung an das Land“, die von der Front der Nationalen Rettung am 22. Dezember 1989 veröffentlicht wurde, die Ziele dar, die eine Verbesserung der Lage im Land bewirken sollten. Erklärte Schwerpunkte des neuen Regimes waren der Umbau der Volkswirtschaft, die Beseitigung bürokratischer und administrativer Hürden und die Förderung von freiem Unternehmungsgeist und Sachkompetenz, die Ausrichtung des Handels auf die Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes, die Reform der Landwirtschaft und staatliche Unterstützung für kleine Agrarbetriebe, Umbau des Bildungswesens sowie Schaffung neuer Grundlagen für die Entwicklung von Nationalkultur und Massenmedien. In Untersuchungen zur Übergangsphase in Rumänien wird meist betont, dass die nationale Umgestaltung auf zwei unterschiedlichen Feldern, dem wirtschaftlichen und politischen, erfolgte. Weil beide Bereiche die Entwicklung der rumänischen Gesellschaft beeinflussten, ist es wichtig, nicht nur zu verfolgen, wie sich die wirtschaftliche und die politische Reform auf das System als Ganzes auswirkten, sondern auch auf die Gesellschaft, in der besagte Reformen durchgeführt wurden.

Wichtig sind die historischen Rahmenbedingungen, unter denen die rumänische Gesellschaft den Wandel erlebte. Wie bereits an anderer Stelle gesagt, wurde mit den politischen Entwicklungen der frühen 1990er Jahre das politische Kapital, das die rumänische Regierung nach den Ereignissen von 1989 im Westen gehabt haben mochte, verspielt. Die Wende 1989 bedeutete auch, dass ein großer Teil der Märkte, die Rumänien als Mitglied des RGW oder durch Ceausescus Beziehungen zu anderen Führern erobert hatte, verloren war. Auf dem Papier wurden die strukturellen Probleme, mit denen die rumänische Wirtschaft konfrontiert war, mit ähnlichen Methoden wie in anderen osteuropäischen Staaten bewältigt: Stabilisierung des Finanzmarktes und Konvertierbarkeit der Währung, Liberalisierung des Handels, Privatisierung und Auflösung von staatlichen Monopolen, Umwandlung der Industriewirtschaft in eine Dienstleistungswirtschaft, Stärkung und Gewährleistung von privatem Eigentum. Die Ergebnisse allerdings unterschieden sich je nach Reformtempo, dem Umfang an ausländischen Kapitalinvestitionen und der politischen Kapazität für die Durchführung von Reformen.

Nachdem Anfang des Jahres 1990 in Rumänien zaghafte Maßnahmen ergriffen worden waren, die dazu beitragen sollten, der rumänischen Wirtschaft spezifische marktwirtschaftliche Institutionen einzupflanzen (Handelsunternehmen oder private Firmen), begann im Sommer die Debatte über die geplante Strukturreform des Wirtschaftssektors.

Einige Technokraten der jüngeren Generation, die in die Regierung kooptiert worden waren, schienen entschlossen, die rumänische Wirtschaft zu reformieren, ein anderer Teil der FSN, der sich um den Präsidenten Iliescu und die zwei führenden Parlamentarier Alexandru Barladeanu (ein ehemaliges Mitglied des Politbüros der RKP) und Dan Martian (ein zum Politiker gewandelter Revolutionär) scharte, trat dafür ein, den Prozessen mehr Zeit einzuräumen. Der Hauptkonflikt bestand darin, dass diese Führer unterschiedliche Konzepte vertraten.

Beide Ansätze waren zum Scheitern verurteilt. Die rumänische Regierung hatte die Verantwortung übernommen, durch Maßnahmen wie beispielsweise Liberalisierung des Handels, Privatisierung von staatlichen Unternehmen und Anpassung an marktwirtschaftliche Regeln die rasche Umgestaltung der Wirtschaft voranzutreiben. Dagegen befürworteten Präsident Iliescu und seine engen Verbündeten unter Berufung auf das „schwedische Modell“ eine eher hervorgehobene Rolle des Staates in der Wirtschaft. Nach einigen Auseinandersetzungen ergriff die Regierung Maßnahmen zur Liberalisierung der Wirtschaft, die in der Schaffung der institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Privatisierung im August 1991 ihren Höhepunkt fand.

Die Privatisierung verlief in drei Etappen: Kommerzialisierung von Staatsunternehmen, Übereignung von 30 Prozent der privatisierten Unternehmensanteile über Coupons an alle erwachsenen rumänischen Bürger und schließlich über einen Zeitraum von sieben Jahren Verkauf des verbleibenden Werts staatlicher Unternehmen an rumänische oder ausländische Investoren. Das ehrgeizige Reformprogramm zielte nicht auf strategische Wirtschaftssektoren (Militärindustrie, Energieerzeugung, Bergbau, Verkehr oder Telekommunikation) ab, da alle genannten Sektoren nach dem französischen Modell als autonome staatliche Verwaltungen funktionierten.

Mit dem Privatisierungsgesetz wurden auch die Organe zur Überwachung dieses Prozesses geschaffen: eine Nationale Privatisierungsagentur zur Überwachung der Maßnahmen, der Staatliche Eigentumsfonds zur Kontrolle der dritten Phase der Privatisierung bzw. fünf regional verteilte private Eigentumsfonds, die die Coupons der rumänischen Bürger verwalten und investieren sollten. Die Vorbereitungen zur Umsetzung der Privatisierung verzögerten sich aufgrund von politischen Problemen im Zusammenhang mit der Absetzung der Regierung, dem Rückgang des BIP und der Hyperinflation. In den folgenden Jahren wurde eine kleine Zahl von Unternehmen nach drei Hauptmethoden privatisiert: Gründung gemischter Unternehmen oder Kapitalbeschaffung durch Beteiligungen privater Investoren (900 bis 1999), Testprivatisierungen zum Nutzen von Arbeitnehmern und Geschäftsführungen mit gestaffelter Vergütung (weniger als 0,5 der Unternehmen wurden auf diese Weise privatisiert), MEBO (oder Privatisierung durch Übertragung von Anteilen, die Unternehmen oder Wirtschaftsgesellschaften gehören, auf Arbeitnehmer (28 Prozent, d. h. mehr als 3700 Privatisierungen wurden bis 1996 auf diesem Weg durchgeführt.) Die Ergebnisse des Privatisierungsprozesses bis zum Jahr 1995 waren bescheiden, da es den Firmen an finanzieller Unterstützung fehlte und ausländische Investitionen nur in begrenztem Maße zur Verfügung standen.

1995 setzte mit dem Massenprivatisierungsprogramm eine neue Privatisierungswelle ein. Das bedeutete, dass weitere 4000 Unternehmen für eine Privatisierung durch Übereignung neuer Coupons, die dieses Mal Privatisierungscoupons genannt wurden und 30 Prozent ihrer Anteile entsprachen, vorgeschlagen wurden. Auch dieses Programm konnte die gesteckten Ziele nicht erreichen. Die fehlenden Strukturreformen in der Wirtschaft, die aus Angst vor sozialen Auswirkungen nicht durchgeführt wurden, bedeuteten allerdings, dass bürokratische Maßnahmen zur Koordinierung des Prozesses und allgemeine Wirtschaftsbedingungen in dem Zeitraum vor der anstehenden Wahl beibehalten wurden, durch die der Erfolg des Massenprivatisierungsprogramms begrenzt blieb.

Der politische Wandel von 1996 brachte eine neue Privatisierungsperspektive. Die MEBO-Methode und Testprivatisierungen wurden verworfen. Der Versuch der Privatisierung nach der Einzelfall-Methode wurde wieder aufgegriffen, und durch Vereinfachung der rechtlichen Rahmenbedingungen gelang es, den Privatisierungsvorgang zu beschleunigen. Die Privatisierung wurde als Prozess selbst transparenter. Direktverhandlungen, öffentliche Angebote oder Auktionen waren die am häufigsten benutzten Methoden, um Eigentum zu erwerben. Die Ergebnisse ließen nicht lange auf sich warten. Mehr als 20 Prozent des Portfolios des Staatlichen Eigentumsfonds wurden innerhalb von zwei Jahren privatisiert, im Vergleich zu lediglich zehn Prozent in den ersten vier Jahren nach Einführung des Systems. Diese Entwicklung wurde durch die Neugliederung des Bankensystems und die Liberalisierung der nationalen Währung möglich, und das trotz der Inflationsrate.

Nach dem mit einem linken Wahlprogramm unstrittigen Sieg bei den Wahlen 2000 kehrte die Sozial-Demokratische Partei PSD zurück an die Macht. Trotzdem wurden Maßnahmen ergriffen, den Privatisierungsprozess fortzusetzen, sie wurden zudem mit den Maßnahmen zum Umbau der Wirtschaft verknüpft. Beide Prozesse waren nötig, um die für einen EU-Beitritt erforderliche Norm zu erfüllen. Die neuen Privatisierungsfeldzüge zielten auf Großunternehmen und einige der vormals geschützten strategischen Wirtschaftsbereiche ab. Das Portfolio von FPS (jetzt Behörde für die Privatisierung und Verwaltung von Staatsbeteiligungen) verringerte sich von Jahr zu Jahr und ging über in den Privatsektor. Ein Großteil der Staatsmonopole, von der Energieverteilung über den Kommunikationssektor bis hin zur Stahlindustrie und dem Bankensektor sollten in den folgenden Jahren privatisiert werden.

Der Überblick über den Privatisierungsprozess verdeutlicht, wie der wirtschaftliche Wandel in Rumänien von der zentralistischen, nach ideologischen und politischen Grundsätzen geführten Wirtschaft zur Marktwirtschaft bis hin zum EU-Beitritt vollzogen wurde. Die Hilfen der internationalen Finanzorganisationen können nicht hoch genug eingeschätzt werden. IWF, Weltbank und die EU gaben Rumänien und allen Staaten der Region die notwendige fachliche und finanzielle Unterstützung und schufen die erforderlichen Rahmenbedingungen, die private Investmentfirmen und multinationale Unternehmen für ihre Investitionen brauchen.

Die politischen und wirtschaftlichen Reformen der vergangenen anderthalb Jahrzehnte brachten Kosten und Nutzen. Soziale Ungerechtigkeiten wuchsen exponentiell: Einkommensdifferenzierung und ethnische Spannungen oder politische Konfrontationen trugen zu einem Klima der sozialen Unsicherheit in der Übergangsperiode bei. Die aufwärts verlaufende Reformkurve in Rumänien

(und der gesamten Region) ermöglicht es, diese Ungleichheiten in dem Maße auszuräumen, wie sich die Gesellschaft reformiert und anpasst.

VIII. EU- UND NATO-INTEGRATION

Die im Dezember 1989 eingetretenen Änderungen veranlassten Rumänien, seine außenpolitischen Optionen zu überprüfen. Nach der Auflösung des kommunistischen Lagers und des Warschauer Pakts, vor allem aber nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde das Geflecht der internationalen Beziehungen neu geordnet. Der veränderte Charakter des internationalen Systems machte eine gründliche Neubewertung der nationalen Sicherheitsstrategien in Rumänien erforderlich. Nach einer relativ angespannten Periode infolge innenpolitischer Erschütterungen 1990 und 1991, aber auch einiger „uninspirierter“ außenpolitischer Maßnahmen, wie beispielsweise dem Vertrag mit der zerfallenden UdSSR 1991, orientierte sich die rumänische Diplomatie konsequent an Lösungen, die von den in Westeuropa entwickelten politischen, militärischen und wirtschaftlichen Strukturen angeboten wurden. Vereinbarungen zur Einladung (1991), zum EU-Beitritt (1992) und später zur Aufnahme in den Europäischen Rat (1993) und die Wiederbewilligung der Meistbegünstigungsklausel durch den US-Kongress (1992) stellten wichtige Schritte in dieser Richtung dar.

Die diplomatischen Bemühungen Rumäniens und in einem größeren Rahmen die westlichen Staaten, die ihre Schwerpunkte oder grundlegenden Konzepte für strategische Partnerschaften mit der EU und der NATO neu bestimmten, ebneten den Weg für die Annäherung und Verhandlungen mit den euro-atlantischen Sicherheitsstrukturen. Anfang 1992 wurde der Rat für Nordatlantische Zusammenarbeit als Instrument zur Sicherung engerer Beziehungen zwischen der NATO und den osteuropäischen Staaten gegründet. Der Rat bemüht sich, Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten unabhängig von Stand und Tempo der politischen und wirtschaftlichen Reformen zu unterhalten. Die Integration in euro-atlantische Institutionen würde sich spürbar und nutzbringend auf die politische Klasse in Rumänien auswirken. Bukarest war sich darüber im Klaren, dass der Militär- und Sicherheitsapparat reformiert und die Kontrollmechanismen demokratisiert werden müssen. Die Einführung der zivilen Kontrolle über die Armee und der parlamentarischen Aufsicht über die Schutz- und Sicherheitsordnung und die öffentliche Ordnung waren zwei der Konsequenzen, die sich aus dem Reformbeschluss ergaben.

Die Zusammenarbeit mit der NATO begann im Januar 1994 mit Unterzeichnung der Partnerschaft für den Frieden. Dabei handelt es sich um ein Programm, das von der NATO zur Entwicklung von Interoperabilitätselementen im Militärbereich im Hinblick auf eine spätere Erweiterung der Allianz auf den Weg gebracht wurde. Die Option der Einbeziehung in die europäischen Wirtschafts- und Sicherheitsstrukturen wurde 1995 politischer Wunschkonsens, nachdem die im rumänischen Parlament vertretenen Parteien in Snagov zusammengekommen waren.

In dem Bemühen, Lösungen für eine Beendigung des Krieges in Bosnien zu finden, begann Rumänien mit der Durchsetzung der Reformen, die sicherstellen, dass Rumänien in die NATO-Erweiterungsformel aufgenommen wird. Auch wenn die Anstrengungen der Behörden in dieser Hinsicht groß waren, reichte die kurze Frist nicht aus, um alle Kriterien zu erfüllen und im Zuge der ersten Integrationswelle berücksichtigt zu werden. Das Versäumnis, bilaterale Abkommen mit den Nachbarstaaten zu unterzeichnen, und das langsame Tempo der politischen und wirtschaftlichen Reformen beeinflussten die Chancen für eine Aufnahme im Rahmen der ersten Welle. Obwohl das Bündnis Rumänien für seine Reformbemühungen lobte, richtete es an Bukarest keine Einladung zum Beitritt. Gleichzeitig wurde Bukarest mehrfach zugesichert, dass die Tür zum NATO-Beitritt offen bleibt.

Zur Stärkung der Entschlossenheit der Regierung, die erforderlichen Reformen durchzuführen, und als Trostpflaster unterzeichneten die Vereinigten Staaten 1997 anlässlich des Besuchs von Präsident William J. Clinton in Bukarest ein Abkommen über strategische Partnerschaft. Im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern entstanden die notwendigen Mechanismen für den letztendlichen Beitritt zur NATO.

Im Rahmen der Strategischen Partnerschaft übernahm Rumänien die gleichen Verpflichtungen wie die NATO-Mitgliedstaaten. Nach den Ereignissen im ehemaligen Jugoslawien und dem Eingreifen der NATO in der Region unterstützte Rumänien die Maßnahmen des Bündnisses trotz weitverbreiteten Widerstands im eigenen Land.

Ein weiterer Schritt auf dem Weg zum Beitritt wurde auf dem Washingtoner NATO-Gipfel 1999 unternommen, als Rumänien in den Aktionsplan für den Beitritt aufgenommen wurde und als Datum für den Beitritt der NATO-Gipfel in Prag 2002 festgesetzt wurde. Der Übergang der politischen Macht von der CDR auf die PDSR nach den Wahlen im Jahr 2000 änderte nichts an der rumänischen Sicherheitsorientierung, obwohl die Sozialdemokraten sich gegen eine Zusammenarbeit zwischen Rumänien und der NATO im Kosovo ausgesprochen hatten. Intern

wurde ein „Nationaler Beitrittsplan“ mit dem Ziel ausgearbeitet, die Streitkräfte zu reformieren und NATO-Normen zu erreichen. Zur Darstellung der strategischen Lage Rumäniens in der Region, aber auch als Beweis für die Zusammenarbeit der mittel- und osteuropäischen Staaten in Sicherheitsfragen fand am 25. März 2002 in Bukarest ein V-10-Gipfel (Albanien, Bulgarien, Kroatien, Estland, Lettland, Litauen, Mazedonien, Rumänien, Slowakei und Slowenien) statt, auf dem die gemeinsame Unterstützung im Hinblick auf Europa erörtert wurde, der als Frühjahrsgipfel der neuen Verbündeten bezeichnet wurde. Auf dem Prager Gipfel wurde Rumänien zusammen mit sechs weiteren Staaten eingeladen, dem Bündnis beizutreten. Beim Gipfel in Istanbul am 29. März 2004 war Rumänien dann Vollmitglied der NATO.

Der Überblick über die Rückkehr Rumäniens in die institutionellen Strukturen Europas veranschaulicht sowohl die außenpolitische Dimension als auch den schwierigen Übergang vom Kommunismus. Dank der festen politischen Entschlossenheit, Rumänien in die euro-atlantische Gemeinschaft einzubinden, konnten ideologische Differenzen überwunden werden.

Liste der Abkürzungen

CDR	Demokratische Konvention Rumäniens
FDSN	Sozial-Demokratische Partei
FSN	Front der Nationalen Rettung, später Demokratische Partei und dann Demokratisch-Liberale Partei
FSP	Staatlicher Eigentumsfonds
MPP	Massenprivatisierungsprogramm
NPP	Nationale Bauernpartei
PRM	Partei Groß-Rumänien
PSM	Sozialistische Partei der Arbeit
PUNR	Nationale Einheitspartei der Rumänen
RKP	Rumänische Kommunistische Partei
UDMR	Demokratische Union der Ungarn



SLOWAKEI: IDENTITÄT UND DEMOKRATISIERUNG

Slavomír Michálek

Slowakische Republik – Slovenská Republika

Fläche: 49 034 km²

Bevölkerung: 5 379 500

Hauptstadt: Bratislava

Amtssprache: Slowakisch

Währung: Euro (EUR)

Staatsform: Parlamentarische Republik

EU-Beitritt: 1.5.2004

I. EINLEITUNG

Die Slowakei wuchs in die Rolle eines gleichberechtigten Partners anderer demokratischer Nationen in Europa schrittweise ab Anfang des 20. Jahrhunderts hinein; zu Beginn des 21. Jahrhunderts war dieser Prozess dann abgeschlossen. Unstrittig ist, dass sich das Land unter dem Einfluss äußerer wie innerer Faktoren und Ereignisse entfaltete. Einige entscheidende Wegpunkte markieren die „Lebensgeschichte“ der modernen Slowakei. Dazu gehören zunächst einmal der Erste Weltkrieg und die Gründung der Tschechoslowakei; darauf folgten die Republik in der Zeit zwischen den Kriegen, die Slowakische Republik (1939 - 1945), die kommunistische Diktatur (1948 - 1989) und die Gründung des ersten demokratischen slowakischen Staates (1993). Innerhalb der einzelnen Zeitabschnitte dürfen auf keinen Fall so wichtige Ereignisse wie der Vertrag von Trianon (1920), das Münchner Abkommen und der Wiener Schiedsspruch (1938), der kommunistische Staatsstreich von 1948, die sowjetischen Panzer (1968), die „Samtene Revolution“ (1989), die Aufnahme in die NATO, der Beitritt zur Europäischen Union (2004) usw. vergessen werden.



In den letzten Jahrzehnten hat die Slowakei einen stürmischen und oftmals schmerzhaften Entwicklungsprozess durchlaufen. Heute ist sie ein demokratischer europäischer Staat, der sich den Herausforderungen unserer Zeit stellt. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Frage der nationalen Identität. Wie sieht die Perspektive der Slowaken als Nation aus, die das steht außer Frage – ein vollwertiges Mitglied der Europäischen Union ist?

II. VOM POLITISCHEN PROGRAMM ZUR GEBURTSTUNDE DER TSCHECHOSLOWAKEI

Das erste nationale Programm der Slowaken wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgestellt. Es stammte aus der Feder von Ľudovít Štúr und beruhte auf der Vorstellung von den Slowaken als autonome und unabhängige Nation. Doch erst mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs hatte dieses Programm überhaupt Aussicht auf Erfolg. Er brachte den entscheidenden Durchbruch in der slowakischen Frage. Unter den verschiedenen Möglichkeiten schien die Bildung eines gemeinsamen Staates von Tschechen und Slowaken die beste Lösung zu sein. Über die „Tschechen- und -Slowaken-Lösung“, d. h. staatliche Eigenständigkeit, wurde zunächst nur im Ausland offen diskutiert, denn im Land selbst war eine politische Betätigung aufgrund der strengen Überwachung durch die ungarische Obrigkeit nur bedingt möglich.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs war die Slowakei ein Teil des Vielvölkerstaates Ungarn und keine unabhängige Verwaltungseinheit. Die Slowakei als Nation setzte sich gegen die vollständige Magyarisierung und nationale Unterdrückung zur Wehr. Die gerade erst im Entstehen begriffene kulturelle und politische Elite des Landes musste hart für die Bewahrung der grundlegenden Merkmale der nationalen Existenz, d. h. Sprache und Kultur, kämpfen. Erst Ende Mai 1918 legte die politische Führung einen klaren politischen Fahrplan für die Zukunft der Slowakei vor. Bei einem Treffen in Turčiansky Svätý Martin fielte sie ihre Entscheidung über die strategische Ausrichtung der künftigen slowakischen Politik: die endgültige Loslösung von Ungarn. Unter Berufung auf das Recht auf Selbstbestimmung legte sie ihre Vorstellungen von einer Mitwirkung an der Gründung des unabhängigen tschechoslowakischen Staates dar. Allerdings wurde dieser Beschluss nicht öffentlich verkündet.

Die Anliegen, für die im Inland nicht offen demonstriert werden konnte, schrieben sich die slowakischen Stellen im Ausland und insbesondere die amerikanischen Slowaken auf ihre Fahnen. Sie unterbreiteten der Weltöffentlichkeit ein politisches Programm, in dem sie die politische Selbstbestimmung für das slowakische Volk und die uneingeschränkte nationale Selbstverwaltung forderten. Gemeinsam mit den tschechischen Landsleuten in den USA erzielten sie im Herbst 1915 eine Übereinkunft über ein Unabhängigkeitsprogramm für das tschechische „Land“ und für die Slowakei, das den Zusammenschluss der tschechischen und der slowakischen Nation in einem föderalen Staatenbund und eine vollständige nationale Autonomie für die Slowakei vorsah. So rückte die slowakische Frage ins Blickfeld der internationalen Gemeinschaft, wobei eine enge Verknüpfung mit der ebenfalls im Raum stehenden tschechischen Frage erfolgte, die für sich allein genommen kaum Aussichten auf Erfolg hatte.

Nach und nach gelang es, die vorstehend geschilderte programmatische Arbeit der Slowaken und Tschechen, die zunächst von den USA und Europa aus geleistet wurde, mit dem im Ausland organisierten tschechischen und slowakischen Widerstand des von Tomáš G. Masaryk, Milan R. Štefánik und Edvard Beneš geleiteten Tschechoslowakischen Nationalrats (Československá národní rada) zu verknüpfen. Von Anfang an richteten die Führer des Auslandswiderstands all ihre Bemühungen gezielt auf einen möglichen militärischen Sieg der Verbündeten aus und setzten sich die Gründung eines unabhängigen Staates der Tschechen und Slowaken zum Ziel. Insbesondere die militärischen Leistungen der tschechischen und slowakischen Auslandstruppen (Legionen), aber auch die systematische diplomatische Tätigkeit der Führer des Auslandswiderstands hatten erheblichen Anteil daran, dass im Sommer und Herbst 1918 die Regierungen der Entente den Tschechoslowakischen Nationalrat in Paris als De-facto-Vertretung der verbündeten Nationen anerkannten. Zum einen wurde dem Auslandswiderstand auf dem Treffen der Verbündeten Anerkennung gezollt, zum anderen fiel dem Widerstand im Inland die entscheidende Aufgabe zu, einen unabhängigen Staat auszurufen und aufzubauen; Ende Oktober 1918 waren dann die Bemühungen von Erfolg gekrönt.

Am 28. Oktober 1918 verkündete der Tschechoslowakische Nationalrat in Prag offiziell die Gründung des tschechoslowakischen Staates. Unabhängig von den Ereignissen in Prag, nahm zwei Tage später die politische Elite der Slowaken in Martin die Erklärung über die slowakische Nation an, die heute allgemein als Deklaration von Martin bekannt ist und in der der lange zuvor gefasste Beschluss zur Loslösung vom Vorkriegs-Ungarn und anschließenden Koexistenz mit der tschechischen Nation in der Tschechoslowakischen Republik (ČSR) nun öffentlich bekannt gegeben wurde. Die Slowakei als Nation wurde zu einem Staat, der erstmals in seiner Geschichte auf



dem Verfassungsrecht fußte. Die in Prag und Martin von Vertretern der beiden slawischen Völker gefassten politischen Beschlüsse waren der historische Schlüssel, der die Tür zu einem mehr als siebenjährigen gemeinsamen Weg der Bürger beider Nationen auf dem gemeinsamen Boden der Tschechoslowakischen Republik öffnete.

Einer der multinationalen Nachfolgestaaten wuchs aus den Trümmern der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Zwei Gebietseinheiten wurden vereinigt: die Slowakei und die tschechischen Länder. Ihre historische Entwicklung verlief unterschiedlich. Die vorrangige Aufgabe bestand in der Überwindung der Distanz des neu gegründeten Staates gegenüber dem historischen Erbe und des Einflusses der Monarchie, ging es doch um den Aufbau einer vereinigten Tschechoslowakischen Republik mit gleichem Entwicklungsstand in Wirtschaft, Industrie, Justiz, Bildung usw. Laut Volkszählung aus dem Jahr 1921 lebten auf dem Hoheitsgebiet der ČSR 13 613 172 Einwohner, davon 3 000 870 in der Slowakei. Neben Tschechen und Slowaken gehörten auch Deutsche und Ungarn zu den Bewohnern der Republik, inzwischen als Minderheiten, die bis 1918 aufgrund ihrer beträchtlichen Größe in Österreich-Ungarn zu den „herrschenden“ Bevölkerungsgruppen gezählt hatten.

Die Geburt der Tschechoslowakei im Jahr 1918 war ein wichtiger Impuls für wesentliche Veränderungen, die die gesamte Slowakei betrafen, hauptsächlich jedoch die Städte und die Lebensweise ihrer Bewohner. Bratislava wurde zum Zentrum des slowakischen Lebens. In den folgenden Jahrzehnten wandelte sich Bratislava von einer beschaulichen, fast schon provinziellen dreisprachigen Stadt zu einer Metropole mit pulsierendem gesellschaftlichem Leben. Trotz relativer Randlage wurde sie zum Mittelpunkt des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Slowakei. Bratislava brachte moderne Industriebetriebe mit Arbeitsplätzen für tausende Menschen in die Republik ein. Dazu gehörten unter anderem die Dynamit-Nobel-Fabrik (Herstellung von Sprengstoffen), Stollwerck (Schokolade), Kabelhersteller, das Siemens-Schuckert-Werk (Transformatoren), die Gummiwerke Matador, die Apollo-Raffinerie, Roth (Herstellung von Patronen und Industriemaschinen), Cvernovka (Garnherstellung), Bekleidungswerke, mehrere Brauereien, Mühlen, Molkereien und Weingüter.

In der Zeit von 1919 bis 1927 hatte das Verwaltungsministerium für die Slowakei als zentrale Verwaltungsbehörde ihren Sitz in Bratislava. Das Territorium der Slowakei war Ende 1927 in Regionen (župy) untergliedert. Nach der Umstrukturierung der staatlichen Verwaltung am 1. Juli 1928 wurde das Hoheitsgebiet der Slowakei offiziell in einem slowakischen Land vereinigt. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hatte die Slowakei eine lückenlose Gebietsgrenze.

Obwohl die Slowakei als eines der am weitesten entwickelten ungarischen Gebiete der ČSR beitrug, reichte dessen Wirtschaft nicht an das höhere wirtschaftliche Niveau des tschechischen Staates heran. Zuzeiten der ČSR entfielen auf die slowakische Industrie 8,5 % des industriellen Potenzials. Die Erzgewinnung und -verarbeitung hatte eine lange Tradition in der Slowakei. Die vielen Wälder boten günstige Voraussetzungen für den Betrieb von Zellstoffmühlen und Papierfabriken. Bekannt war die Slowakei für ihre Gerbereien, Lebensmittel- und Textilfabriken, in denen die modernsten Maschinen standen. (Die Textilwerke in Ružomberok gehörten zum Zeitpunkt des Beitritts der Slowakei zu dem gemeinsamen Staat zu den größten und modernsten im Land.) Die meisten Slowaken lebten aber auf dem Land und waren in der Landwirtschaft und zum Teil auch in der Forstwirtschaft beschäftigt (60,6 %). Ein erheblicher Anteil der Dorfbewölkerung waren Industrie- und Bauarbeiter (die ihr eigenes Land für den Bedarf ihrer Familien bestellten) sowie Landarbeiter (die kein Land besaßen und auf Gütern im Ausland arbeiteten). Viele von ihnen bestritten ihren Lebensunterhalt als Saisonarbeiter in der Tschechischen Republik und in den fruchtbaren Gebieten der südlichen Slowakei oder gingen auf der Suche nach Arbeit ins Ausland.

III. DER VERTRAG VON TRIANON

Bereits kurz nach der Gründung der Tschechoslowakei und insbesondere nach der Unterzeichnung der Friedensverträge (Versailler Vertrag mit Deutschland, Vertrag von Saint Germain mit Österreich und Vertrag von Trianon mit Ungarn, die maßgeblichen Einfluss auf die Festlegung der Staatsgrenzen und die Bestimmung des Hoheitsgebiets hatten) hatte das Land eine gefestigte internationale Stellung. Dem am 4. Juni 1920 in Trianon geschlossenen Friedensvertrag mit Ungarn kam für die Slowakei und die Slowaken in der Tschechoslowakei besondere Bedeutung zu, war doch einer der Unterzeichner von tschechoslowakischer Seite der slowakische Diplomat Štefan Osuský.

Der Vertrag von Trianon besiegelte den Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie endgültig. Gleichzeitig wurde mit dem Vertrag die Existenz der Tschechoslowakischen Republik de jure bestätigt. Ein Drittel des früheren Territoriums verblieb bei Ungarn. Die Ungarn nahmen eine unversöhnliche Haltung gegenüber dem Staat ein, und eine Revision des „Friedensdiktats“ blieb ein Dauerthema in der ungarischen Innen- und Außenpolitik. Der Schock von Trianon ist bis heute tief im nationalen Bewusstsein der Ungarn verwurzelt.



Die nach dem Ersten Weltkrieg unterzeichneten Friedensverträge waren ein Ausdruck der damaligen Machtverhältnisse. Sie weisen positive wie negative Aspekte auf und beinhalten Kompromisse ebenso wie extreme Positionen. Angestrebt wurde eine dauerhafte Friedensordnung; doch dieses Ziel wurde nicht erreicht. Das Bündnis mit Frankreich spielte eine wichtige Rolle beim Aufbau des neuen Staates und erwies sich in den kommenden zwanzig Jahren als Tragpfeiler seiner Außenpolitik. Auch der Abschluss von Verträgen mit Jugoslawien und Rumänien war für die Sicherheit der ČSR von großer Bedeutung, denn im Ergebnis entstand der Staatenblock der Kleinen Entente.

Die Jahre von 1918 bis 1938 wurden in der Slowakei für den Aufbau von Netzen und die Schaffung organisatorischer Strukturen sowie kultureller und künstlerischer Einrichtungen, die Eröffnung von Theatern und Kinos, die Gründung des Hörfunks, die Einrichtung von Stiftungen, Bibliotheken usw. genutzt. Ein wichtiges Zeichen des gesellschaftlichen Wandels in der Slowakei war die Ausrottung des Analphabetentums im Zuge der Demokratisierung des gesamten Schulwesens (d. h. alle jungen Menschen erhielten die Möglichkeit zur Bildung). Dazu musste ein eigenständiges slowakisches Schulsystem aufgebaut werden. Das Bildungsministerium löste das Problem des Mangels an Lehrern in Grund- und Mittelschulen durch die Anwerbung von etwa 1400 tschechischen Lehrern. Sie brachten Schulbücher in tschechischer Sprache mit, die nach und nach durch neue slowakischsprachige Bücher ersetzt wurden. Die Tschechoslowakische Staatsuniversität und bibliothek wurde 1919 in Bratislava gegründet und nach J. A. Komenský benannt. In den ersten zehn Jahren des Bestehens der ČSR wurden mit staatlichen Mitteln in der Slowakei 301 Grundschulen und 68 Mittelschulen gebaut. Auch die Zahl der Berufsschulen, Wirtschaftsschulen und Lehrerbildungsinstitute stieg, und die Matica Slovenská (Slowakischer Kulturverein) wurde neu gegründet. Kurz nach dem Staatsstreich nahm das Nationaltheater in Bratislava den Spielbetrieb auf.

In der zweiten Hälfte der 1920^{er} Jahre erlebte die Weltwirtschaft eine Hochphase. Doch bereits zum Ende gab es in einigen Sektoren der slowakischen Wirtschaft Anzeichen für eine weitere globale Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen die Slowakei und alle ihre produzierenden Sektoren 1931 mit voller Wucht trafen. Auf dem Höhepunkt dieser Krise im Jahre 1933 sank die Industrieproduktion des Landes auf 60 % des Stands von 1929. Am schwersten waren in der landwirtschaftlich geprägten Slowakei die Bauern betroffen.

Die Wirtschaftskrise trug nicht nur zur Radikalisierung der Bevölkerung bei, sondern löste auch neue, äußerst schwerwiegende politische Veränderungen aus, die eine Gefahr für die Demokratie in Europa bedeuteten. Eines der eindrucksvollsten Beispiele für diese Bedrohung war der Sieg

der faschistischen und nationalistischen Bewegung in Deutschland. Der deutsche Reichskanzler Adolf Hitler, der die Macht im Land übernahm, verkündete ganz offen seine Pläne, die Verluste, die Deutschland im Gefolge des Ersten Weltkriegs erlitten hatte, durch Übernahme der Kontrolle über die Nachbarstaaten auszugleichen (Lebensraumdoktrin). Die gewaltsame Besetzung der ČSR stand in Hitlers politischem Programm ganz oben auf der Liste. Mitten in Europa, unmittelbar an der Grenze zur Tschechoslowakei, war ein neuer Krieg ausgebrochen.

Das Münchener Abkommen der vier Großmächte Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich vom 29. September 1938 (das die Angliederung des Sudetenlands an Deutschland vorsah) und der nachfolgende Wiener Schiedsspruch (Deutschland und Italien) vom 2. November 1938 (in dem die südliche Slowakei Ungarn zugesprochen wurde) waren Diktate, die der Republik schaden und ihr schnelles Ende einläuteten. Es folgten die Proklamation des unabhängigen Slowakischen Staates und des Protektorats Böhmen und Mähren.

IV. DER SLOWAKISCHE STAAT UNTER NAZI-DEUTSCHER HERRSCHAFT

Am 14. März 1939 und damit sechs Monate vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verkündete das Parlament des slowakischen Landes die Gründung des Slowakischen Staates, dessen Souveränität sich anfangs auf die Beziehungen zum nationalsozialistischen Deutschland beschränkte. Dieses Verhältnis wurde im Schutzvertrag vom 19. März 1939, der die Bildung einer besonderen Schutzzone an der Grenze im Nordwesten des Staates vorsah (sogenannter Schutzzonenvertrag vom 23. März 1939), und im Rahmen von Verhandlungen, die im Juli 1940 in Salzburg stattfanden, bestätigt. Nach der Annahme der Verfassung am 21. Juli 1939 lautete der offizielle Staatsname Slowakische Republik, doch wurde diese Bezeichnung nur selten benutzt. Trotz der Begleitumstände der Gründung des Slowakischen Staates und seiner Satellitenstellung gegenüber dem Dritten Reich wurde die Vorstellung vom slowakischen Staat und nationaler Unabhängigkeit zu einem greifbaren Konzept.

Die Slowakische Republik mit einer Fläche von 38 456 km² und 2,6 Millionen Einwohnern gehörte in den Jahren von 1939 bis 1945 zu den kleinsten europäischen Ländern. Kurz nach der Gründung des Staates wurde dessen Existenz von 27 Ländern anerkannt, darunter auch von den Großmächten mit Ausnahme der Vereinigten Staaten. Die Slowakei gestaltete ihre Außenpolitik auf Anweisung



des deutschen Naziregimes, so dass sich diplomatische Kontakte zu Staaten im deutschen Einflussbereich am schnellsten entwickelten. Die Slowakische Republik schloss sogar mit neutralen und anderen Ländern mehrere bilaterale Verträge in den Bereichen Kultur und Wirtschaft.

Gemeinsam mit der deutschen Wehrmacht drang die slowakische Staatsarmee am 1. September 1939 auf polnisches Hoheitsgebiet vor. Damit gehörte sie von Anfang an zu den Teilnehmern der Schlachten des Zweiten Weltkriegs. Mit dem Beitritt des Slowakischen Staates zur Allianz der Achsenmächte im November 1940 und der Beteiligung am Krieg gegen die Sowjetunion (Juni 1941) und andere Länder, die sich zur Anti-Hitler-Koalition zusammengeschlossen hatten, wurde der Schwerpunkt der Außenpolitik bekräftigt.

Das politische System des slowakischen Staates war autoritär und totalitär. Die Vorstellungen des Parlaments wurden unterdrückt, die Slowakische Nationaleinheit gewann an Einfluss, die christliche Weltanschauung wurde gefördert und der Grundsatz der Autorität im politischen Leben rückte in den Vordergrund. Am 26. Oktober 1939 übernahm Jozef Tiso das Amt des Präsidenten. Die Exekutivgewalt lag in den Händen einer neunköpfigen Regierung, der regionale Behörden unterstellt waren. Als gesetzgebendes Organ fungierte das Parlament.

Im politischen und öffentlichen Leben in der Slowakei war Hlinkas Slowakische Volkspartei (Hlinkova slovenská ľudová strana, HSLS) tonangebend. Ihre Führungsrolle wurde in Artikel 58 der Verfassung der Slowakischen Republik bestätigt: „Das slowakische Volk ist durch die HSLS an der Ausübung der Staatsmacht beteiligt.“ Der Präsident der Republik war Vorsitzender der HSS und trug den offiziellen Titel „Führer“. Die Hlinka-Garde und die Hlinka-Jugend, Gewerkschaftsverbände und neu gegründete Berufsorganisationen waren ebenfalls in der Volkspartei vertreten. Politische Parteien, die die deutsche und die ungarische Minderheit vertraten, wirkten als unabhängige Interessenvertretungen.

Ab 1939 war die Situation im Land durch Gerangel um die besten Posten im staatlichen Machtapparat geprägt. Auf der einen Seite stand der konservative Flügel um Präsident Tiso, dem hauptsächlich HSLS-Mitglieder angehörten, die im Staatsdienst tätig waren. Sie wollten in der Slowakei einen totalitären Staat errichten, der auf Glaubens- und Klassengrundsätzen fußte. Auf der anderen Seite stand ein radikaler Flügel unter der Führung von Außenminister Vojtech Tuka und Innenminister Alexander Mach. Den Radikalen diente der Nationalsozialismus als Vorbild für ihr politisches System und sie versuchten, dessen Grundsätze in der Slowakei durchzusetzen. Im Dritten Reich fand der radikale Flügel mehr Anklang als die Konservativen.

Beide Flügel der Volkspartei waren an einer Lösung der „Judenfrage“ interessiert, die zu den wichtigsten Forderungen Deutschlands im Zusammenhang mit der slowakischen Innenpolitik zählte. Das Ergebnis war die Annahme des sogenannten Judengesetzes, das an Regelungen der Vorgängerregierung anknüpfte. Diese Rechtsvorschriften und das Gesetz beraubten die slowakischen Juden systematisch ihrer bürgerlichen, politischen und wirtschaftlichen Rechte. Die Unterdrückung gipfelte in Deportationen und schließlich in der Umsetzung der „Endlösung“ der Nazis durch Verschleppung der Juden in Konzentrationslager (1942).

Das gesellschaftliche Leben in der Slowakei steckte während des Bestehens des Slowakischen Staates voller Widersprüche. Die Bevölkerung lebte zum größten Teil in relativ gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen, was sich auch in ihrer sozialen Lage bemerkbar machte. Die slowakische Industrie und Landwirtschaft hatten verlässliche Abnehmer für ihre Erzeugnisse – aufgrund ungleicher Verträge schöpfte das nationalsozialistische Deutschland das Produktionspotenzial des Satellitenstaates in vollem Umfang aus. Zehntausende slowakische Arbeiter verließen jedes Jahr das Land Richtung Deutschland. Dank der kriegsbedingten Hochphase im Handel war Arbeitslosigkeit in der Slowakei unbekannt.

Von 1939 bis 1943 war das Territorium der Slowakei nicht unmittelbar von den Schlachten des Zweiten Weltkriegs betroffen. Dies schlug sich in der Entwicklung der Kultur nieder, die durch die Ideologie des slowakischen Regimes und den Einfluss der HSLS eingeschränkt war. Von 1939 bis 1944 entstanden in der Slowakei neue Sekundarschulen, Hochschulen, Forschungs- und Kunsteinrichtungen (die eine Fülle an Büchern und Zeitschriften produzierten).

Die Widerstandsgruppen im Zweiten Weltkrieg vertraten zwar unterschiedliche Ideologien, verfolgten aber ein gemeinsames Ziel – den Kampf gegen Nationalsozialismus und Faschismus. Zu den wichtigsten Strömungen gehörten Kommunisten und der zivile Widerstand. Bei beiden stand der Auslandswiderstand von Tschechen und Slowaken im Mittelpunkt. Die verschiedenen slowakischen Widerstandsgruppen schlossen sich 1943 zum Slowakischen Nationalrat (SNR) zusammen; zu diesem Zweck wurde der sogenannte Weihnachtsvertrag unterzeichnet, der das wichtigste Programm der Widerstandsbewegung in der Slowakei darstellte. Der verbotene SNR war in der slowakischen Armee, an verschiedenen Stellen im Regierungsapparat, in der Wirtschaft, der Justiz und der Verwaltung des Slowakischen Staates tätig und bereitete einen bewaffneten Aufstand vor, der am 29. August 1944 begann, als die deutsche Wehrmacht das Territorium der Slowakischen Republik zu okkupieren begann. Taktiken des Partisanenkampfes wurden auch nach der Besetzung des Gebiets der Aufständischen bis zum Eintreffen der Roten Armee im Frühjahr



1945 angewendet. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen war die Slowakische Republik international isoliert. Die Regierung und die betroffenen staatlichen Behörden verließen Bratislava vor der Ankunft der vorrückenden Roten Armee im April 1945. Auf dem Hoheitsgebiet der Slowakei erlebte die Tschechoslowakische Republik ihre Wiedergeburt.

V. DER WIEDERAUFBAU DER TSCHECHOSLOWAKEI UND DER KOMMUNISTISCHE STAATSTREICH

Die Geschichte der Slowakei ab der Befreiung von Hitlerdeutschland im Jahr 1945 bis zum Fall des kommunistischen Regimes 1989 umfasst zwei verschiedene Zeitabschnitte: die Zeit der sogenannten Volksdemokratie (der seinerzeit übliche Name für das Regime, das von der Befreiung der Slowakei bis zum Februar 1948 an der Macht war) und die Zeit des Kommunismus (vom Staatsstreich im Februar 1948 bis zum November 1989). Die Volksdemokratie war ein heterogenes politisches Gebilde mit Übergangscharakter. Es unterschied sich von früheren wie nachfolgenden totalitären Regimes, aber auch von der parlamentarischen Demokratie der ersten Tschechoslowakischen Republik; dennoch war häufig von der Rechtsnachfolge der ersten Republik die Rede. Am häufigsten wurde von dem Regime als politisches System mit eingeschränkter und nicht öffentlicher Demokratie und Pluralität gesprochen. Da damit (aus zeitlicher Sicht) die Lücke zwischen zwei totalitären Systemen überbrückt wurde, stachen die Demokratiemerkmale besonders hervor; die Erinnerung daran blieb noch lange im nationalen Bewusstsein der slowakischen und der tschechischen Gesellschaft haften, obwohl das Regime auch einige undemokratische Merkmale aufwies. Die Nationale Front, bei der es sich um eine volksdemokratische Koalition besonderer Art handelte, wurde zur politischen Basis der neuen Machthaber. In der Nationalen Front schlossen sich vier politische Parteien in der Slowakei und ebenso viele (aus dem Mitte-Links-Spektrum) in den tschechischen Ländern zusammen. Die Machtposition der Regierung wurde gestärkt und die Kontrollfunktion des Parlaments geschwächt. Die Aufgaben des Parlaments und der Regierung in der Slowakei übernahmen die slowakischen Nationalausschüsse, d. h. der Slowakische Nationalrat und der Rat der Kommissare.

Im Herbst 1945 wurden Unternehmen in den Bereichen der Schlüsselindustrien, Großunternehmen, Banken und Versicherungen per Erlass des Präsidenten der Republik verstaatlicht (in staatliches Eigentum überführt). Auch das Vermögen von Deutschen, Ungarn und Kollaborateuren wurde konfisziert (in gleicher Manier wurde das Eigentum anderer Staaten verstaatlicht und beschlagnahmt;

so wurde beispielsweise in der Tschechoslowakei amerikanischer Besitz im Wert von 149 Mio. USD eingezogen. Dadurch entstand eine Volkswirtschaft mit unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen und Wirtschaftstätigkeiten, wobei der staatliche Sektor sehr stark vertreten war.

Die Slowakei trat der neu gegründeten Tschechoslowakischen Republik als selbstbewusster und gleichberechtigter Partner bei und hatte ihre eigene politische Vertretung und eigene nationale Gremien. Sie konnte auf eine Phase staatlicher Unabhängigkeit während des Kriegs (Slowakische Republik und Slowakischer Nationalaufstand) zurückblicken. Beides stärkte in gewisser Weise das slowakische Nationalbewusstsein, was seinen Ausdruck unter anderem in den Forderungen im Zusammenhang mit der Position der Slowakei zum Verfassungsrecht in der erneuerten Republik fand. Die Versuche der slowakischen Kommunisten und Demokraten, eine auf nationalen Grundsätzen beruhende föderale Staatsform durchzusetzen, scheiterten jedoch an der mangelnden Bereitschaft der tschechischen politischen Parteien. So entstand ein asymmetrisches Modell staatlicher Strukturen in einem Einheitsstaat mit zentralen (landesweiten) und nationalen slowakischen Behörden, denen Ansprechpartner auf tschechischer Seite fehlten. Die logische Folge dieses Modells bestand darin, dass die slowakischen Behörden nur eingeschränkte Befugnisse hatten.

Für kurze Zeit nach dem Krieg war die Volksdemokratie tatsächlich das gemeinsame Werk von Kommunisten und Demokraten. Die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und insbesondere der Machtfaktor Sowjetunion beeinflussten die Errichtung der Volksdemokratie in der Tschechoslowakei. Der Krieg vernichtete Menschenleben und materielle Werte. Er zerstörte die Zivilgesellschaft, beschädigte das Ansehen politischer Parteien und einzelner Personen, die mit den Nazis kollaboriert hatten, und ermöglichte dem Bolschewismus, in Mittel- und Südosteuropa Fuß zu fassen. Das Machtvakuum wurde von der Sowjetunion und ihrer kommunistischen Ideologie gefüllt. Die Tatsache, dass die Befreiung des Landes (mit Ausnahme eines schmalen Streifens in Westböhmen) durch die Rote Armee erfolgte, spielte den tschechischen und slowakischen Kommunisten in die Hände.

Die Tschechoslowakische Republik war von vornherein als Nationalstaat der Tschechen und Slowaken geplant, in dem kein Platz für die deutsche und die ungarische Minderheit war. Die neue Führung in Politik und Staat wollte sich der nichtslawischen Minderheiten durch Vertreibung entledigen. Angehörige dieser Minderheiten wurden der Beteiligung am und der Beihilfe zum Zerfall der Republik beschuldigt, und am 2. August 1945 verloren sie per Präsidialdekret Nr. 33/1945 ihre tschechoslowakische Staatsbürgerschaft. Die Vertreibung war jedoch kein Erfolg auf ganzer Linie. Laut Beschluss der Potsdamer Konferenz, an der die Premierminister der siegreichen Großmächte von



17. Juli bis 2. August 1945 teilnahmen, mussten zwar die Deutschen das Land verlassen, doch lehnten die Westmächte ein vergleichbares Vorgehen im Falle der Ungarn ab. Sie suchten nach anderen Lösungen und wendeten gegenüber der ungarischen Minderheit andere Maßnahmen an, wie etwa den Bevölkerungsaustausch auf der Grundlage des zwischenstaatlichen Abkommens Tschechoslowakei-Ungarn, die Reslowakisierung und vor allem die gewaltsame interne Kolonisierung (Besiedlung von Gebieten nach der Deportation von Sudetendeutschen). Erst im Oktober 1948 erhielten Angehörige der ungarischen Minderheit ihre tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zurück.

Wie veränderte sich die internationale politische Position der Tschechoslowakei in dieser kurzen Zeit? Dies war bereits kurz vor Kriegsende aufgrund der von der Anti-Hitler-Koalition der Großmächte vertretenen Ansichten vorbestimmt. Danach gehörte die Tschechoslowakei zum sowjetischen Interessengebiet; ausgehend davon schuf der Kreml innerhalb kurzer Zeit einen monolithischen Block. Der sowjetische Machtfaktor in Mitteleuropa wurde von Großbritannien und den USA akzeptiert. Das ursprüngliche Bestreben der politischen Vertretung der Tschechoslowakei und namentlich ihres Präsidenten Edvard Beneš, als Brücke zwischen Ost und West zu fungieren, erwies sich schon bald als unrealistisch. Ein Paradebeispiel für die Vasallenstellung der Tschechoslowakei ist die Ablehnung des Marshall-Plans im Juli 1947, nachdem Stalin das Land massiv unter Druck gesetzt hatte. Im Rahmen ihrer Großmachtpolitik betrachtete die Sowjetunion die Tschechoslowakei als Konstante in einer „Pufferstaatenkette“ in Mitteleuropa. Zudem war das tschechoslowakische Uran eine unverzichtbare Ressource für ihre Nuklearversuche und erste Modelle für den Bau der Atombombe (ab Herbst 1945). Die Ablehnung des Marshall-Plans durch die Tschechoslowakei war ein beredter Beweis für das Auseinanderfallen der Anti-Hitler-Koalition und führte selbst in wirtschaftlichen Belangen zu einer noch stärkeren Unterordnung der Tschechoslowakei unter die Moskauer Machthaber. Der kommunistische Staatsstreich in Prag im Februar 1948 setzte lediglich den technischen Schlusspunkt in diesem Prozess.

Auch aus innenpolitischer Sicht gab es in der Slowakei (Tschechoslowakei) in dieser kurzen Zeit viele Turbulenzen. Der Ausgang der Parlamentswahlen, die im Mai 1946 stattfanden und bei denen die Demokratische Partei 62 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte, zeigte, dass die slowakische Gesellschaft stärker polarisiert und weniger linksorientiert war als die tschechische Gesellschaft (dort gingen die Kommunisten als klarer Sieger aus der Wahl hervor). Die Wahlen bestätigten aber auch den erheblichen politischen Einfluss der katholischen Kirche in der Slowakei. Nach dem Scheitern der Kommunisten bei den Wahlen in der Slowakei verschärfte sich der Ton im politischen Schlagabtausch zwischen Kommunisten und Demokraten, die Kompetenzen der nationalen slowakischen Behörden wurde

durch die Annahme des dritten Prager Vertrags beschnitten, und die Spannungen im Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken wuchsen. Von da an stellte Prag in den Augen einer beachtlichen Anzahl von Slowaken eine doppelte Bedrohung dar (Gefahr des Kommunismus und Gefahr des Zentralismus).

Im Februar 1948 fand auf gesamtstaatlicher Ebene ein eindeutiger Machtkampf zwischen den Kräften der Demokratie und des Totalitarismus statt. Von Anfang an betrachteten die Kommunisten die Volksdemokratie als eine Übergangsphase bis zur Übernahme der Alleinherrschaft. Sie nutzten die Regierungskrise vom 20. Februar 1948, die zum Rücktritt von zwölf Ministern dreier nichtkommunistischer Parteien (Nationale Sozialistische Partei, Volkspartei und Demokratische Partei) führte, um ihr Ziel zu erreichen. Obwohl dieser Krise mehr oder weniger unter Einhaltung der parlamentarischen Spielregeln beigelegt wurde, war die eigentliche Machtergreifung das Ergebnis der Anwendung von Mitteln, die nicht durch die Verfassung gedeckt waren. Die Offensive der Kommunisten während der Geschehnisse im Februar stieß jedenfalls auf keinerlei nennenswerten Widerstand und wurde von einer beachtlichen Anzahl Nationaler entweder aus Überzeugung oder aus Angst öffentlich mitgetragen. Danach brach das Zeitalter der kommunistischen Diktatur an, und die Tschechoslowakei wurde endgültig in den sowjetischen Machtblock eingebunden. Die westlichen Demokratien griffen nicht aktiv in das Geschehen ein, um im Frühjahr 1948 die Demokratie in der Tschechoslowakei zu schützen. Zwar wurde prangerten Amerikaner, Briten und Franzosen in einer gemeinsamen Erklärung vom 26. Februar 1948 die Situation an, aber mehr unternahmen sie nicht. Damit wurde die Tschechoslowakei vollständig zum Spielball Moskauer Interessen, was sehr große Nachteile für die Slowaken und Tschechen bedeutete. Der Protest, den Ján Papánek, der tschechoslowakische Botschafter beim UN-Sicherheitsrat gegen den Staatsstreich in Prag einlegte, scheiterte am Veto der Sowjetunion. Zum Zeitpunkt des Machtantritts der Kommunisten im Februar hatte sich die Kommunistische Partei ein Machtmonopol erobert, das zu den Voraussetzungen für die Schaffung eines totalitären Regimes gehörte.

Die Jahre 1948 und 1989 markieren den Anfang bzw. das Ende der kommunistischen Ära in der Tschechoslowakei (Slowakei). Sie definieren einen abgeschlossenen Kreislauf aufeinanderfolgender Experimente: den Aufstieg, die Entwicklung und den Fall des Kommunismus und damit die diesem beigemessene historische Bedeutung als Relikt der Vergangenheit. Das kommunistische Regime hatte bestimmte Schwächen, die sein Wesen prägten; dazu zählten ein diktatorischer Regierungsstil, das Machtmonopol der Staatspartei und Kurswechsel, staatliche Lenkung im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich, Ausschaltung politischer Widersacher, abgeschottete Märkte,



Anwendung des Prinzips der zentral gelenkten Wirtschaftsplanung sowie marxistisch-leninistische Ideologie und Propaganda. Gleichzeitig durchlief es wie jedes andere politische Regime auch gewisse Veränderungen im gesellschaftlichen Bereich (Unterbau). In der Ideologie des Marxismus-Leninismus wechselte mehrfach die Doktrin, wobei die Strategie flexibler war als das kommunistische Regime selbst, das während des Stalinismus seinen Höhepunkt erreichte, die „Eiszeit“ der Jahre 1948 bis 1953 überstand, die leichte Tauwetterphase im Jahr 1956 nach der Kritik am „Personenkult“ mitmachte, in den 1960er Jahren eine Erwärmung, Krisen und einen Reformversuch sowie neostalinistische Bestrebungen (d. h. Rückkehr zur Vergangenheit während der Normalisierung nach 1968) erlebte und schließlich im Herbst 1989 komplett zusammenbrach.

VI. DAS TOTALITÄRE SYSTEM DER KOMMUNISTEN

Das totalitäre kommunistische System wurde innerhalb weniger Monate nach dem Staatsstreich vom Februar 1948 errichtet. Nur ganz wenige erkannten die Grundsätzlichkeit dieser politischen Veränderungen. Präsident Edvard Beneš blieb noch für einige Monate im Amt. Die Nationale Front als politische Institution bestand zwar formal weiter, diente aber einem anderen Zweck. Sie verschleierte den wahren Charakter der kommunistischen Diktatur. Die nichtkommunistischen Parteien verloren ihren Einfluss, einige existierten sogar nur noch als Pseudoparteien, und es fanden Kurswechsel bei den tschechischen und slowakischen Kommunisten statt. Das kommunistische Machtmonopol löste das Machtmonopol der Nationalen Front ab, das bis zum Februar 1948 bestanden hatte. Wahlen verloren ebenso ihren Bestimmungszweck wie das Parlament, die Regierung usw. Alles wurde von einem inneren Zirkel in der Verwaltung der Kommunistischen Partei entschieden. Die bürgerliche Freiheit bestand nur noch auf dem Papier.

Das Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken verbesserte sich nicht. Im Gegenteil: aufgrund eines asymmetrischen Politikmodells und des zunehmenden tschechischen Zentralismus wurden die Kompetenzen der nationalen slowakischen Behörden soweit beschnitten, dass am Ende nichts mehr davon übrig war. Dem ständigen Druck der Kommunisten im Staat widersetzte sich vor allem die Kirche, insbesondere die katholische Kirche in der Slowakei. Am 14. Oktober 1949 verabschiedete das Parlament das Gesetz Nr. 217/1949 („Über das staatliche Amt für Kirchenangelegenheiten und das slowakische Amt für Kirchenangelegenheiten“) und das Gesetz Nr. 218/1949 („Über die wirtschaftliche Sicherung von Kirchen

und Religionsgemeinschaften“) sowie die dazugehörigen Durchführungsverordnungen. Die Kirchengesetze und Durchführungsverordnungen stellten einen erheblichen Eingriff in die Stellung der Kirchen dar. Sie sahen für die Kirchen Eigenständigkeit und den Status einer Persönlichkeit des öffentlichen Rechts vor. Die Kirchen waren dem Staat untergeordnet (diesem gegenüber rechenschaftspflichtig), und Geistliche wurden praktisch zu Angestellten des Staates. Priester, die sich dem Zwang widersetzen, wurden inhaftiert, verfolgt und in politischen Prozessen angeklagt. Die Kirchengesetze blieben im Wesentlichen bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Regimes unverändert gültig und in Kraft.

Die grundlegenden Veränderungen in der slowakischen (tschechoslowakischen) Gesellschaft fanden Ende der 1940er-/Anfang der 1950er Jahre statt; davon waren auch die Bereiche Wirtschaft, Bildung und Kultur betroffen. Unmittelbar nach den Ereignissen vom Februar 1948 wurden die zweite Phase der Nationalisierung und die dritte Stufe der Bodenreform durchgeführt. Ende des Jahres setzte die Welle der „Eindämmung und Bekämpfung kapitalistischer Elemente“ ein, Handelsunternehmen wurden eliminiert. Im Jahre 1949 fiel der Startschuss für die Kollektivierung der Landwirtschaft, die (mit einer kurzen Unterbrechung vom Sommer 1953 bis zum Sommer 1955) zehn Jahre dauerte. Die Struktur der tschechoslowakischen Industrie wurde ebenfalls verändert, wobei besonderes Augenmerk auf die Schwerindustrie gelegt wurde. Die Tschechoslowakei stieg zur Maschinenindustriemacht im Ostblock auf. Die Industrialisierung der Slowakei war ein Bestandteil der wirtschaftlichen Veränderungen in der Tschechoslowakei. Aus strategischen Gründen wurde dem Schwermaschinenbau ohne Rücksicht auf die Umweltfolgen Vorrang eingeräumt, und der Anteil der Slowakei an der tschechoslowakischen Rüstungsproduktion stieg. Zudem spielte die Endverarbeitung in der industriellen Produktion in der Slowakei keine Rolle, so dass deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der Regel niedriger ausfiel. Es wurde ein neues Schulsystem eingeführt, die Darstellung des sozialistischen Realismus wurde in Kunst und Literatur, die marxistisch-leninistische Methodik und Ideologie in den Humanwissenschaften in den Vordergrund gerückt. Es fand eine Säkularisierung der Gesellschaft statt, und der Atheismus gewann mehr Anhänger. Jetzt erfolgten tiefe Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse, die sozialen Beziehungen, in die Kultur, Traditionen und Lebensweisen, die ohne die damit einhergehenden Auswüchse von kommunistischer Gewalt und kommunistischem Terror undenkbar gewesen wären. Menschen wurden aus verschiedenen politischen, sozialen und religiösen Gründen diskriminiert.

Ende der 1940er- und Anfang der 1950er Jahre erlebte Europa bzw. die ganze Welt die hohe Zeit des Kalten Krieges. Die Gefahr eines neuen weltweiten Konflikts zwischen Staaten, die kurz zuvor Verbündete waren, bestimmte die internationale Entwicklung aus der Sicht des Lebens künftiger



Generationen. Unter dem Schutzschild der USA trat der Westen in dieser Zeit mehr oder weniger als homogene Einheit ohne innere Erschütterungen auf, im Ostblock dagegen erreichte der interne Prozess der ideologischen Säuberung in den eigenen Reihen mit Rückendeckung aus Moskau seinen Höhepunkt.

Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre gelten zu Recht als das tragischste Element in der Geschichte der modernen Slowakei. Die Gemeinsamkeit bestand in der Ungesetzlichkeit. Sie waren aus verschiedenen Gründen ungesetzlich, wurden sie doch aufgrund erzwungener Geständnisse und von Verstößen gegen grundlegende Menschen- und Bürgerrechte konstruiert und waren nur dank entsprechender Gesetze möglich. Davon waren die gesamte Gesellschaft und alle sozialen Klassen betroffen. Überall wurde nach dem „Klassenfeind“ gefahndet.

Das wichtigste Ziel, das mit den politischen Prozessen in der Tschechoslowakei in der betreffenden Zeit verfolgt wurde, fand auf vielen Ebenen seinen Niederschlag. Es ist schwer zu sagen, was dabei im Vordergrund stand, aber man hat ohne Zweifel ständig versucht, mögliche, tatsächliche oder eingebildete Gegner des kommunistischen Regimes zu enttarnen, unschädlich zu machen, zu bestrafen und auszuschalten. Dabei war die Psychologie der Angst eine wichtige Antriebsfeder. Angst, so die Annahme, löst in der Gesellschaft massive Schocks aus und „erzieht“ sie. Konkret richtete sie sich gegen den imperialistischen Klassenfeind. Die öffentlichen Megaprozesse gegen die inneren Feinde des Staates waren der wichtigste Auslöser dieser Angstpsychose.

Die wichtigste Rolle bei der „Vorbereitung“ politischer Prozesse in der Tschechoslowakei spielte seinerzeit die Staatssicherheitspolizei ŠtB (vergleichbar mit dem KGB in der Sowjetunion), bei der es sich in erster Linie um eine politische Polizei handelte, die das kommunistische Regime stützte, sicherte und aktiv mit aufbaute. Die Arme der ŠtB reichten überall hin: Städte, Dörfer und Regionen, gesellschaftliche Organisationen, Schulen und Unternehmen ebenso wie Kooperativen und Landwirtschaftsbetriebe - einfach überall hin, wo Menschen waren.

Die Staatssicherheitspolizei bediente sich bei ihren Ermittlungen einer Kombination aus zwei Methoden, nämlich der Anwendung körperlicher Gewalt und seelischer Nötigung. Das Verfahren der ŠtB bei der „Vorbereitung“ politischer Prozesse lief nach ganz eigenen Mustern und Stufen ab. Im Allgemeinen sah das Vorgehen wie folgt aus: Anvisieren des Feindes, Überwachung, Provokation, Einsatz von Agenten, Suche nach konstruierten Beweisen. Diese Phase endete mit der Verhaftung des Opfers. In der anschließenden Phase der vorprozessualen Untersuchungshaft mit totaler Isolation, wobei der Verdächtige sich auf keine Gesetze oder Rechte berufen konnte, lautete die Devise

„Ermittler gegen Verdächtigen“. Letzterer wurde nicht mehr als Mensch betrachtet, sondern war nur noch eine Nummer, ein vorverurteilter Krimineller, hilflos und verunsichert. Er war der Willkür des Ermittlers ausgeliefert, der nicht nach der Wahrheit suchte, sondern die Anweisungen befolgte, die er „von oben“ erhielt, aber auch aus eigenem Antrieb handelte. Er bestimmte die Verhörmethode und legte fest, in welche Kategorie der Verdächtige einzuordnen war. Auch die Befragungen wurden gründlich vorbereitet. War der Verdächtige kooperativ, so blieben ihm zur Belohnung körperliche und seelische Folter erspart. Lehnte er eine Zusammenarbeit ab, wurde Gewalt angewendet. Früher oder später gab jeder auf, und am Ende lag jedes Mal ein Befragungsprotokoll vor.

Nachdem das Befragungsprotokoll erstellt war, befasste sich die ŠtB mit der Anfertigung der Anklageschrift. Diese wurde zwar offiziell von der Staatsanwaltschaft eingereicht, doch bestimmte die ŠtB als Hauptbeteiligte weiterhin den Ablauf des Verfahrens. Ihre Mitwirkung an den letzten Stufen des Prozesses fand im Gerichtssaal statt. Der Verdächtige zählte auswendig alle seine „Verbrechen“ auf. Anschließend legte das Tribunal die feindlichen und gegen den Staat gerichteten Aktivitäten des Beschuldigten offen.

Auch der Ablauf der Gerichtsverhandlung vor dem Staatsgerichtshof war genau festgelegt. In der Regel, insbesondere jedoch bei Megaprozessen, wurde öffentlich verhandelt, und der Vorsitzende Richter sowie der Ankläger bezogen das Publikum in das Verfahren ein. Es ging um ein psychologisches Spiel, die Instrumentalisierung der Mobmentalität; daher durften auch Lautäußerungen wie Wutschreie, Ärger oder Freude über die Aufdeckung aufwieglerischer Verschwörungen im Dienste von Imperialisten, Trotzlisten, Zionisten, Titoisten oder bürgerlicher Nationalisten nicht fehlen.

An dieser armseligen und oberflächlichen „Vorstellung“ wirkten schließlich auch die Rechtsanwälte mit. Der amtlich bestellte Rechtsanwalt verteidigte den Angeklagten in Wahrheit nicht, denn auch er war von dessen Schuld überzeugt und beschränkte sich darauf, die mildernden Umstände anzuführen (sofern sich der Beschuldigte in allen Punkten und freiwillig schuldig bekannt hatte). Der im Namen der Republik verkündete Schuldspruch (Tod, lebenslänglich oder langjährige Haftstrafe) sollte eine erzieherische Wirkung auf die Gesellschaft haben.

Politische Prozesse waren ein fester Bestandteil der Machtausübung durch die Kommunisten. Strafen gehörten zur offiziellen Politik; sie wurden als Hilfsmittel eingesetzt. In den Anfangsjahren des Kommunismus, d. h. von 1948 bis 1954, waren sie an der Tagesordnung. Mithilfe politischer Prozesse schalteten die kommunistischen Machthaber skrupellos ihre Widersacher aus, und zwar nicht nur die tatsächlichen, sondern auch mögliche und imaginäre Opponenten.



Bis heute ist nicht genau bekannt, wie viele politische Prozesse in den vierzig Jahren totalitärer kommunistischer Herrschaft in der Tschechoslowakei stattgefunden haben. Fest steht allerdings, dass es mindestens 260 000 derartige Verfahren gab (von denen 62 000 in der Slowakei stattfanden), denn das entspricht der Anzahl der nach Maßgabe des Gesetzes von 1990 Rehabilitierten. Die Zahlen, so spektakulär sie auch scheinen mögen, spiegeln nicht das volle Ausmaß der Folgen politischer Prozesse wider, von denen nicht nur die Opfer selbst, ihre Familien und Freunde betroffen waren, sondern langfristig auch die Gesellschaft beeinflusst wurde – und zwar in politischer, wirtschaftlicher, kultureller und moralischer Hinsicht.

Wer trägt die Schuld an dieser Katastrophe? Wer soll für die Tragödien und Schrecken zur Verantwortung gezogen werden, die mehrere Generationen erlitten? Ganz allgemein betrachtet wären das zweifellos das kommunistische Regime, dessen Machtapparat und all jene Einzelpersonen, die in diesem unkontrollierbaren System gearbeitet haben. Aus innenpolitischer Sicht verlief die Entwicklung der Tschechoslowakei Anfang der 1950er Jahre recht hektisch. Die tschechoslowakischen Kommunisten schalteten mithilfe des kompletten Instrumentariums staatlicher Macht erfolgreich Gegner der Regimes im Inland aus und säuberten ihre eigenen Reihen. Nach Meinung des Verfassers kann man die Aussage, dass all das nur auf Befehl Moskaus und dessen „Berater“ geschah (frei nach dem Motto: „Wir tragen keine Verantwortung, die Schuld liegt allein bei den Russen.“) nicht gelten lassen. Die innenpolitischen und repressiven Elemente dürften ebenso wichtig gewesen sein, die aus eigenem Antrieb und aus einem Allmachtsgefühl heraus eine „bessere Zukunft“ schufen.

Es gibt etliche Beispiele für politische Prozesse. Der erste dieser Art in der Slowakei fand im Frühjahr 1948 statt. Im Jahre 1950 wurde der Megaprozess gegen Milada Horáková und andere sowie gegen die Gruppe ehemaliger slowakischer Partisanen (Viliam Žingor und andere) durchgeführt. Im Januar 1951 lief vor dem Staatlichen Gericht in Bratislava ein politischer Schauprozess wegen „Landesverrat“ gegen die Bischöfe der römisch-katholischen Kirche Michal Buzalka (Trnava) und Ján Vojtaššák (Spiš) und den Bischof der griechisch-katholischen Kirche Pavol Gojdič (Prešov). Buzalka und Gojdič wurden zu lebenslanger Haft verurteilt, Vojtaššák zu 24 Jahren Gefängnis. Der Prozess war Bestandteil der Kampagne gegen die katholische Kirche. Zwei ähnliche große Prozesse hatten bereits in der Tschechischen Republik begonnen. Der erste fand Anfang April 1950 statt (Verfahren gegen den Ordensvertreter), der zweite Ende November desselben Jahres gegen Mitarbeiter des Bischofs. Mit diesen Prozessen wurde das politische Ziel verfolgt, den Gläubigen und den Geistlichen „vor Augen zu führen“, dass die Kirchenoberen Staatsfeinde waren und der Vatikan ein Werkzeug des US-amerikanischen Imperialismus

Anfang Juli 1951 wurde die internationale Öffentlichkeit durch den Schauprozess gegen den amerikanischen Journalisten William N. Oatis, dem man aufwieglersche Verschwörung vorwarf und der zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde, buchstäblich vor den Kopf gestoßen. Den höchsten Bekanntheitsgrad erreichte aber der Schreckensprozess vom November 1951 gegen die sogenannte aufwieglersche Verschwörung unter der Führung von Rudolf Slánský, dem ehemaligen Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunisten Partei der Tschechoslowakei (ÚV KSČ). Dabei handelte es sich um das größte und brutalste Verfahren dieser Art gegen kommunistische Funktionäre in der Tschechoslowakei. Im Urteil wurden sie (auf verschiedene Art und Weise) der Spionage, Sabotage und des Verrats militärischer Geheimnisse für schuldig befunden. Elf der insgesamt vierzehn Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, die restlichen drei zu lebenslanger Haft. Die Todesurteile wurden am 3. Dezember 1952 vollstreckt. Der linksgerichtete Intellektuelle und Kommunist Vladimír Clementis, der in den Jahren von 1948 bis 1950 tschechoslowakischer Außenminister war, gehörte zu den zum Tode Verurteilten und wurde auch hingerichtet; er war Slowake und gehörte zu den Ersten, die den zwischen der Sowjetunion und Deutschland geschlossenen Ribbentrop-Molotow-Pakt (1939) und den aggressiven Überfall der Sowjetunion auf Finnland (1940) scharf verurteilt hatten.

Im April 1954 begann nach langen Vorbereitungen vor dem Obersten Gerichtshof in Bratislava der Prozess gegen die sogenannten slowakischen bürgerlichen Nationalisten. Sie befanden sich seit Anfang 1951 in Untersuchungshaft und waren körperlicher und seelischer Gewaltanwendung ausgesetzt. Verhandelt wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit, zugelassen waren nur ausgewählte „präparierte“ Zeugen. Die Anklage war ein Sammelsurium höchst absurder Anschuldigungen und ideologischer Konstruktionen. Gustáv Husák wurde zu lebenslanger Haft verurteilt, Ladislav Novomeský zu zehn Jahren, Daniel Okáli zu 18 Jahren, Ladislav Holdoš zu 13 Jahren und Ivan Horváth zu 22 Jahren Gefängnis. Aus dem Blickwinkel der soziopolitischen Auswirkungen betrachtet, handelte es sich um den wichtigsten Prozess in der Slowakei in der Zeit nach den Ereignissen vom Februar. Allerdings lief die Kampagne zur Bekämpfung des sogenannten slowakischen bürgerlichen Nationalismus in der Slowakei (bzw. der Tschechoslowakei) bis zum Ende der 1950er Jahre und ging mit einer Beschneidung der Kompetenzen der nationalen slowakischen Behörden einher. Mit der Auflösung des Rates der Kommissare im Jahr 1960 wurden die letzten Reste slowakischer Eigenständigkeit beseitigt. Der slowakische Nationalrat mutierte zu einer Einrichtung ohne jede Befugnis, die sich „nur noch selbst verwaltete“. In der von der Nationalversammlung am 11. Juli 1960 angenommenen neuen Verfassung wurde der Sieg des Sozialismus erklärt; das spiegelte sich auch im Staatsnamen (Tschechoslowakische Sozialistische



Republik – ČSSR) wider und bestätigte die führende Rolle der Kommunistischen Partei in Staat und Gesellschaft sowie die Rolle des Marxismus-Leninismus als alleiniger Staatsideologie.

VII. 1968: DIE INVASION DES WARSCHAUER PAKTS

In den 1960er Jahren waren fast alle Spielarten kommunistischer Politik, die in der Tschechoslowakei während der gesamten Zeit des Bestehens des kommunistischen Regimes angewendet wurden, zu beobachten. Die Politik der harten Hand, die zunächst in den Hintergrund gerückt war, kam nach der blutigen Niederschlagung des Aufstands in Ungarn im November 1956 durch die Sowjetunion erneut zum Tragen. Ab 1963 war eine gewisse politische Lockerung zu verzeichnen, d. h. eine teilweise Öffnung des Regimes, der sofort die militärische Invasion der fünf Staaten des Warschauer Pakts am 21. August 1968 zur „Rettung des Sozialismus“ in der Tschechoslowakei folgte. Danach fand eine hinlänglich bekannte Normalisierung (Wiederherstellung der kommunistischen Diktatur) statt. Die Tschechoslowakei hatte zu dieser Zeit mit mehreren Problemen zu kämpfen, vor allem aufgrund der wirtschaftlichen Stagnation (1961–1964) und des Scheiterns des dritten Fünfjahrplans (1961 - 1965). Beides symbolisierte die Notwendigkeit von Wirtschaftsreformen. Auf der Tagung des ZK der KSČ im Januar 1965 wurde dies bestätigt. Bereits die erste Maßnahme zeigte, dass es ohne Veränderungen im politischen System schwierig sein würde, Reformen durchzusetzen. Die Wirtschaftsreform gab also lediglich den Anstoß für Systemveränderungen.

Das zweite Problem war die Rehabilitierung der Opfer politischer Prozesse. Aufgrund der verspäteten Abrechnung mit dem Stalinismus begann die Rehabilitierung erst in den Jahren 1963 bis 1964, wurde jedoch nicht konsequent verfolgt. Im Mittelpunkt standen zu Unrecht verurteilte kommunistische Funktionäre, aber die Frage der Verantwortung für die politischen Prozesse war nach wie vor nicht geklärt. Die Nationale Sicherheitspolizei blieb ein Staat im Staate. Während der Demokratisierung (1968) gingen die Rehabilitierungen schneller voran, waren sie doch nun durch das Gesetz legitimiert und betrafen einen wesentlich größeren Personenkreis (darunter nichtkommunistische und ehemalige kommunistische Gegner). Ein wichtiger Aspekt der begrenzten Rehabilitierungen 1963/1964 bestand darin, dass zumindest ein Teil der von 1949 bis 1954 begangenen Verbrechen aufgedeckt wurde; das erschütterte das Vertrauen der Bürger in die führenden politischen Beamten und bewirkte personelle Veränderungen in Führungspositionen.

Zu den Sündenböcken gehörten Slowaken wie Viliam Široký, einer der loyalsten Moskauer Dogmatiker und seinerzeit Ministerpräsident der Tschechoslowakei, und Karol Bacílek, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Slowakei (ZK der KSS).

Alexander Dubček wurde 1963 zum Führer der slowakischen Kommunisten ernannt. Seit Anfang der 1950er Jahre war die neue KSS-Führung nicht mehr von politischen Schauprozessen betroffen. Daher ging sie deutlich mutiger an die Überwindung des stalinistischen Erbes als das ZK der KSČ. Gleichzeitig trug sie mit ihrer Politik aktiv zur Entstehung einer nationalen Emanzipationsbewegung bei, die ein weiteres Element der gesellschaftlichen Bewegung war, die schrittweise zur Reformbewegung führte. Mit dem Erstarren der politischen Bewegung in der Slowakei wuchs nicht nur Dubčeks Autorität in der Partei und der Gesellschaft erheblich, sondern auch seine Rolle in der Prager KSČ-Führung (er wurde von einer beachtlichen Anzahl der Kommunisten in der Slowakei unterstützt).

Die vorstehend geschilderten Ereignisse und die knapp fünfjährige Liberalisierungsphase (1963 - 1967) bereiteten den Boden für den Erneuerungs- und Demokratisierungsprozess des Jahres 1968, der später als „Prager Frühling“ bezeichnet wurde. In der KSČ formierte sich der heterogene Reformflügel. Die vorsichtige politische Lockerung trug auch in den Bereichen Kultur, Literatur, Kunst und Filmproduktion Früchte. Nahezu alle Kunstformen wandten sich vom sogenannten sozialistischen Realismus ab, und es entstanden einige originelle Kunstwerke. Die Intellektuellen spielten eine größere Rolle im gesellschaftlichen und politischen Leben. Nach der Sitzung des ZK der KSČ vom Januar 1968, auf der Dubček zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KSČ gewählt wurde, vollzogen sich rasche Veränderungen. Die Idee sozialistischer Reformen fasste Fuß in der Partei. Zahlreiche Parteifunktionäre im mittleren Alter gaben zwar ihre Jugendträume auf, verloren aber nicht ihre Visionen und ihren Glauben an den Sozialismus als Gesellschaftsordnung. Sie hatten weder den Wunsch noch die Absicht, ihn abzuschaffen, sondern wollten ihn reformieren und zu einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ umgestalten. Sie hielten zwar am staatlichen Föderalismus und der führenden Rolle der KSČ fest, strebten aber auch die Demokratisierung von Partei und Staat sowie Veränderungen im politischen System auf der Grundlage von Interessenvielfalt an. Sie wollten den Staatssozialismus modernisieren und menschlicher gestalten, Sozialismus und Demokratie miteinander verbinden und Plan und Markt verzahnen. Die Demokratisierung eines totalitären Regimes ist ebenso unmöglich wie das Nebeneinanderbestehen von Demokratie und Totalitarismus: Die reformbereiten Kommunisten waren aber davon überzeugt, dass sie dem Sozialismus und seiner Ideologie eine zweite Chance geben könnten. Eine Mehrheit der Gesellschaft akzeptierte seinerzeit das Programm, denn eine Rückkehr zum



Die Straßen von Bratislava am 21. August 1968: Besetzung der Tschechoslowakei durch die Sowjetunion.



Die Straßen von Bratislava am 21. August 1968: Besetzung der Tschechoslowakei durch die Sowjetunion.



Die Straßen von Bratislava am 21. August 1968: Besetzung der Tschechoslowakei durch die Sowjetunion.



Die Straßen von Bratislava am 21. August 1968: Besetzung der Tschechoslowakei durch die Sowjetunion.



Der Grenzfluss Donau zu Zeiten des Kommunismus in den 1980er Jahren. Die Grenze zu Österreich war hermetisch gesichert und streng bewacht. Den Versuch, zur Verwirklichung der eigenen Träume in den freien und demokratischen Westen zu fliehen, bezahlten viele mit dem Leben.



Bratislava, 17. November 1989: Eine der zahlreichen Demonstrationen, die schließlich im November 1989 zum Fall des Kommunismus führten.



Sviečková-Demonstration, Hviezdoslavovo-Platz, 25. März 1988: Die friedliche Kerzendemonstration für mehr Freiheit wurde von kommunistischen Kommandotruppen brutal zerschlagen.



Audienz des slowakischen Premierministers Dzurinda bei Papst Johannes Paul II. in Rom.



Die neuen europäischen Demokratien: Führung und Verantwortung. Bratislava, 10.- 12. Mai 2001.



17. November 2007: Politiker, die sich um die Demokratisierung der Slowakei verdient gemacht haben, sprechen anlässlich des 18. Jahrestages des Umbruchs vom November 1989.
Von links nach rechts: Hrušovský, Dzurinda, Csáky, Topolánek.



Rom, 29. November 2004:
Der slowakische Premierminister Dzurinda unterzeichnet die Europäische Verfassung.



Gipfeltreffen zwischen Putin und Bush in Bratislava,
24. Februar 2005.



Mai 2004: Premierminister Mikuláš Dzurinda stellt dem Präsidenten des EP, Pat Cox, die vier Spitzenkandidaten seiner Partei, der SDKU, für die EP-Wahlen vor.



Kapitalismus wollte sie nicht. Die nichtkommunistischen Kräfte engagierten sich 1968 deutlich weniger für den Systemwechsel in der Slowakei als 1956 in Ungarn und 1980/81 in Polen.

Die gesellschaftliche Bewegung für die Demokratisierung verfolgte weiter reichende Absichten als der Reformflügel der Kommunisten. Die Dubček-Führung stand daher unter Druck und musste gewisse Zugeständnisse an die Bewegung machen. In der Slowakei erlangte im Zuge des Demokratisierungsprozesses die Emanzipationsbewegung eine Vorrangstellung; im Mittelpunkt stand die Frage des föderalen Staatsaufbaus – das verkündete der Slowakische Nationalrat öffentlich auf seiner Sitzung vom 14. und 15. März 1968. Am 9. April schloss sich das ZK der KSS dieser Meinung an, und Mitte Mai 1968 bestätigte die Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) die Schaffung eines Sonderkomitees, das unter dem Vorsitz des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Gustáv Husák stand und mit der Erarbeitung des Verfassungsgesetzes für die Tschechoslowakische Föderation beauftragt wurde. Das Komitee bestand aus 30 Mitgliedern, von denen jeweils 15 von der Tschechischen Partei und der Slowakischen Partei gestellt wurden. In Wahrheit sabotierte die Tschechische Partei die Arbeit des Komitees und sorgte für Verzögerungen. Ein gemeinsamer tschechischer und slowakischer Staatenbund hatte für die Tschechische Partei keine Priorität. Letztlich aber waren die Anstrengungen der Slowakischen Partei doch von Erfolg gekrönt, denn am 27. Oktober verabschiedete die Nationalversammlung der ČSSR das Verfassungsgesetz Nr. 143/1968 über die Tschechoslowakische Föderation. Darin hieß es unter anderem: „Fundament der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik ist das freiwillige Bündnis der gleichberechtigten Nationalstaaten des tschechischen und slowakischen Volkes, begründet auf dem Selbstbestimmungsrecht eines jeden von ihnen.“

Am selben Tag nahm die Nationalversammlung auch das Verfassungsgesetz Nr. 144/1968 über die Stellung der Nationalitäten an. Darin hieß es, dass die ČSSR der gemeinsame Staat der tschechischen und der slowakischen Nation und der auf ihrem Territorium lebenden Nationalitäten ist und der madjarischen, deutschen, polnischen und ukrainischen (ruthenischen) Nationalität die „Möglichkeiten und Mittel für eine allseitige Entfaltung“ garantiert werden. Das Gesetz sollte das Recht der Nationalitäten auf Bildung in ihrer Sprache, das Recht auf umfassende Entfaltung, das Recht, im amtlichen Verkehr in den von der betreffenden Nationalität bewohnten Gebieten ihre Sprache zu gebrauchen, das Versammlungsrecht sowie das Recht auf Presse und Information in ihrer Sprache garantieren. Alle Formen eines auf Entnationalisierung abzielenden Drucks waren verboten. Das Verfassungsgesetz über die Tschechoslowakische Föderation wurde am 30. Oktober in der Bundeshalle des Schlosses Bratislava unterzeichnet. Zu den Unterzeichnern gehörten der

Präsident der ČSSR, Ludvík Svoboda, der Präsident der Nationalversammlung der ČSSR, Josef Smrkovský, und der Ministerpräsident der ČSSR, Oldřich Černík. Dieser Festakt fand im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestags der Gründung der Tschechoslowakei statt.

Moskau beobachtete die breite gesellschaftliche Demokratisierungsbewegung in der Tschechoslowakei von Anfang an mit einem gewissen Argwohn. Zeichen von Schwäche, Passivität und Untätigkeit vonseiten Moskaus hätten dessen Interessen als Großmacht gefährdet. Die Tschechoslowakei musste wieder „auf Kurs“ gebracht werden, denn sie hätte eine ähnliche Lawine in anderen Ostblockstaaten in Gang setzen können. Die erste Warnung richtete Moskau am 23. März 1968 nach einem Treffen kommunistischer Führer in Dresden an die Prager Führung, wobei auf die „erstarkende Konterrevolution“ verwiesen wurde. Die nächste Warnung Breschnews ging bei den Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der KSČ und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in Čierna und Tisou geführt wurden (29. Juli bis 1. August), direkt an die Adresse Dubčeks. Sowjetische Vertreter appellierten erneut an die tschechoslowakische Führung, schnell und wirksam mit eigenen Mitteln gegen die „konterrevolutionären“ Bestrebungen vorzugehen. Das hätte aber das Aus für die Reformpolitik bedeutet, und diese Alternative war für den progressiven Flügel der Parteiführung unannehmbar. Kurze Zeit später (am 3. August) fand in Bratislava ein Treffen der KSČ-Führung mit Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aus Bulgarien, Ungarn, der Deutschen Demokratischen Republik, Polen und der Sowjetunion statt. Sie nahmen eine Erklärung an, in der es hieß, „dass die Unterstützung, die Festigung und der Schutz der sozialistischen Errungenschaften der Völker die gemeinsame internationale Pflicht aller sozialistischen Staaten ist“ (Breschnew-Doktrin von der beschränkten Souveränität). Während des Treffens wurde der KPdSU-Führung eine „Einladung“ übermittelt. Sie trug die Unterschriften von vier umstrittenen tschechoslowakischen Kommunisten (Vasil Bilak hatte in Namen der Slowaken unterschrieben). Dieses Schreiben, das den geplanten Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR Rechtmäßigkeit verleihen sollte, war ein außerordentlich wichtiges Dokument, denn es war von führenden Vertretern der KSČ unterschrieben.

Die Sowjetunion übte weiter politischen und psychologischen Druck aus, verschleierte damit aber nur die laufenden Vorbereitungen auf die Militärintervention. Der Einmarsch begann in der Nacht zum 20. August 1968. Die Intervention der Streitkräfte von fünf Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts (Sowjetunion, Polen, Ungarn, DDR und Bulgarien) führte dazu, dass sich die Bevölkerung in der Tschechoslowakei spontan zu einer Widerstandsbewegung zusammenschloss. Mit Entsetzen verfolgten sie, wie in einer einzigen Nacht 300 000 ausländische Soldaten mit mehr als 6000



Panzern und Kampffahrzeugen, 4000 Kanonen und 1000 Flugzeugen in 24 Luftregimentern in das Territorium der CSSR einfielen. Es war die größte bewaffnete Militäraktion in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Via facti nahm das ZK der KSČ kurz nach Mitternacht am 21. August das Schreiben „An alle Menschen in der ČSSR“ an, in dem es das militärische Vorgehen der fünf Staaten des Warschauer Pakts missbilligte. In derselben Nacht verhafteten Angehörige der tschechoslowakischen ŠtB führende Vertreter von Partei und Staat (Alexander Dubček, Josef Smrkovský, Oldřich Černík, František Kriegel usw.). Die Einsetzung einer Marionettenregierung gehörte zum ursprünglichen Plan der Sowjets, der sich auf die Eliminierung sozialistischer Reformen in der Tschechoslowakei bezog. Später nahmen die Mitglieder der Nationalversammlung der ČSSR eine Entschliebung an, in der sie ihr Einverständnis mit den Verlautbarungen des ZK der KSČ erklärten und in der es hieß, dass der Einmarsch von Truppen der fünf Staaten des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei einen Verstoß gegen das Völkerrecht, die Bestimmungen des Warschauer Pakts und den Grundsatz gleichberechtigten Beziehungen zwischen den Nationen darstellt. Die tschechoslowakische Regierung trat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, bei der den Regierungen der fünf Länder (deren Truppen am Einmarsch beteiligt waren) die Missbilligung ausgesprochen wurde. Nach dem Scheitern des Versuchs, eine moskaufreundliche sogenannte Arbeiter- und Bauernregierung (Indra und andere) zu installieren, wurden einige führende reformorientierte politische Vertreter in die Sowjetunion entführt. Die Regierung der ČSSR veröffentlichte einen Erlass, in dem betont wurde, dass die Invasion gegen ihren Willen erfolgt sei und dass daher zum ersten Mal in der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung ein Akt der Aggression (unter Führung der Kommunistischen Partei und unter Beteiligung der verbündeten Armeen der sowjetischen Länder) gegen einen Staat verübt worden sei. Das ZK der KSS reagierte ebenfalls mit der Veröffentlichung einer einstimmig angenommenen Stellungnahme, in der die Politik Dubčeks befürwortet wurde.

Der tschechoslowakische Präsident Ludvík Svoboda flog zu Verhandlungen mit führenden Repräsentanten der UdSSR nach Moskau. Am folgenden Tag kamen internierte tschechoslowakische Politiker (Dubček und andere) hinzu. Die Verhandlungen dauerten bis zum 26. August und endeten mit der Unterzeichnung des sogenannten Moskauer Vertrags, der die KSČ verpflichtete, sämtlichen Bemühungen um eine Wiederbelebung des Reformprozesses einen Riegel vorzuschieben. Breschnews Politik der Unnachgiebigkeit gegenüber der „ungehorsamen“ Tschechoslowakei

erbrachte das gewünschte Resultat. Überdies erzwang Moskau schon kurz darauf unter Einsatz von Waffengewalt die Entfernung der Reformkommunisten aus Führungspositionen in der Tschechoslowakei (und auch in der Slowakei. Spitzenfunktionen in Partei und Staat wurden mit dogmatischen, konservativen Kommunisten besetzt.

Wie reagierte der Westen auf die Militärintervention der „Bruderländer“ in der Tschechoslowakei? Überhaupt nicht. Er war lediglich in der Lage, mehrere politische Erklärungen zu veröffentlichen, in denen er seine Missbilligung aussprach. Die USA und die NATO betrachteten diesen internationalen Zwischenfall als eine Handlung, die sich nicht direkt gegen die Interessen des Westens richtete, oder sahen darin einfach nur eine interne Angelegenheit des Ostblocks.

Der Einmarsch bedeutete das Ende der Demokratisierung und schuf günstige Bedingungen für die Eliminierung des bereits Erreichten. Er läutete die längste Phase der kommunistischen Herrschaft in der Geschichte der Slowakei (und der Tschechoslowakei) ein und wurde später als „Normalisierung“ bezeichnet. Diese Phase dauerte mehr als zwei Jahrzehnte. Die Sowjetunion übernahm wieder die Kontrolle des Staates und die Staatspartei erlangte erneut eine Vormachtstellung in der Gesellschaft. Damit waren die Früchte des Reform- und Demokratisierungsprozesses zunichte gemacht.

Kurz nach der Invasion rechneten Teile der Reformkommunisten, darunter auch Alexander Dubček, damit, dass auch unter den neuen Bedingungen etwas von der Politik des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ gerettet werden könnte. Sie wurden eines Besseren belehrt. Dubček selbst musste als Erster Sekretär des ZK der KSČ zurücktreten, und am 17. April 1969 übernahm Gustáv Husák diese Funktion, die er bis zum Dezember 1987 innehatte. Der Normalisierungsprozess wird mit seinem Namen in Verbindung gebracht. Selbst wenn er am Anfang eigene Vorstellungen von der Normalisierung gehabt haben sollte, setzte er letztlich doch den Plan von Leonid I. Breschnew und der konservativen Kräfte in der KSČ um.

Das Regierungssystem in der Tschechoslowakei (und der Slowakei) zum Zeitpunkt der Normalisierung war letzten Endes durch die strategischen Interessen der Sowjetunion vorgegeben, denn die Supermacht wollte ihre Vorherrschaft in dieser Region stabilisieren. Die Stationierung sowjetischer Truppen auf dem Hoheitsgebiet der Tschechoslowakei und die starke Bindung an die UdSSR dienten diesen Interessen. Das politische Regime arbeitete wieder mit solchen Mitteln wie Repressalien, Zensur, Säuberung, Kontrolle, Nomenklatur, Klassenzugehörigkeit als Kriterium



für die Zulassung zum Hochschulstudium usw. Vieles erinnerte an die Atmosphäre der 1950^{er} Jahre; der einzige Unterschied bestand darin, dass das Regime an der Macht nicht stalinistisch war. Man könnte es eher als neostalinistisches Modell bezeichnen. Auch wenn die Repressalien keinen vorbeugenden Charakter hatten und Verfolgungsaktionen mildere Formen annahmen, ging die ideologische Zersetzung weiter. Zum wichtigsten ideologischen Dokument waren inzwischen die „Lehren aus der krisenhaften Entwicklung in Partei und Gesellschaft nach dem 13. Plenum der KSČ“ avanciert. Es sollte im Grunde eine „vernünftige“ Erklärung für die Militärintervention vom August 1968 liefern und die neuen politischen Verhältnisse legitimieren. Nach Abschluss der parteiinternen Überprüfungen verschwanden die Reformkommunisten allmählich aus den offiziellen Strukturen, und nicht einmal in der Endphase des kommunistischen Regimes während der „Perestroika“ in der Sowjetunion wurden Voraussetzungen für eine Wiederbelebung geschaffen. Die siegreichen Konservativen mit ihrem sterilen Denken sahen in A. Dubček, der Symbolfigur des Prager Frühlings, bis zum Ende des Kommunismus eine Gefahr für das Regime.

Eine deutlich stärkeres Bindeglied zwischen Machthabern und Gesellschaft als die Ideologie war während der Normalisierung der ungeschriebene, aber aufgrund von Erfahrungen allgemein bekannte Vertrag – eine wortlose Absprache, die auf dem Status quo beruhte und Folgendes beinhaltete: Die Machthaber versprachen der Bevölkerung einen gewissen „Wohlstand“, bestimmte Annehmlichkeiten und Schutz, missachteten nicht gewaltsam deren Privatsphäre und verlangten von ihnen außer bei Wahlen und anlässlich der Feierlichkeiten zum 1. Mai, die zu einem Ritual geworden waren, kein Bekenntnis. Im Gegenzug erwies sich die tschechoslowakische (slowakische) Gesellschaft ihnen gegenüber als loyal und gehorsam. Die Machthaber verzichteten auf eine aktive Rolle als menschlicher Faktor. Ihr Ideal war anders als in den 1950^{er} Jahren nicht mehr der kämpferische Erbauer des Sozialismus, sondern der loyale Bürger, der sich um seine eigenen Angelegenheiten kümmert. Dieser „Vertrag“ wurde lange von beiden Seiten eingehalten. In der Slowakei (und Tschechoslowakei) waren in Wellen auftretende Turbulenzen und Streiks, wie sie Polen erlebte, unbekannt. Die Arbeiter beteiligten sich nicht an Aktionen der Opposition, und die intellektuellen Dissidenten waren bis 1985 eine überschaubare und ziemlich isolierte Gruppe. Eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Kommunismus spielten hingegen im Ausland lebende Slowaken. Sie waren unter dem Dach des Slowakischen Weltkongresses (SKS) vereinigt und hatten sich gut organisiert. Gegründet wurde der SKS von dem in Amerika beheimateten slowakischen Patrioten Štefan B. Roman, der auch den Vorsitz in dieser Organisation führte.

Bei einer Darstellung der oppositionellen Aktivitäten in der Slowakei darf die sogenannte Kerzendemonstration, die am 25. März 1988 in Bratislava stattfand, nicht vergessen werden. Dieser stille Protest (mit leuchtenden Kerzen in tausenden Händen) gegen das kommunistische Regime wurde von der ŠtB brutal niedergeschlagen und gehört zu den größten Bekundungen slowakischen Widerstands in dieser Zeit. Paradoxerweise hatte nicht der einheimische Widerstand in der Slowakei den größten Anteil an der Planung und Koordinierung der Kerzendemonstration, sondern der SKS und dessen stellvertretender Vorsitzender Marian Štátný.

Die Existenz des „Gulaschsozialismus“ hing von der Wirtschaftsleistung ab, und daher stand der Konsum im Zentrum der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bis Mitte der 1970^{er} Jahre wuchs die Wirtschaft dank sowjetischer Devisendarlehen und der gestiegenen Öl- und Gaslieferungen zu einem vernünftigen Preis. Aufgrund bestimmter Veränderungen im Bereich der äußeren Bedingungen (Energie- und Rohstoffkrisen), auf die die Wirtschaft nicht flexibel reagieren konnte, war die zweite Hälfte der 1970^{er} Jahre weniger erfolgreich. Das Nationaleinkommen stieg langsamer, und diese Tendenz hielt in den 1980^{er} Jahren an. Gleichzeitig vergrößerte sich zusehends der Abstand zwischen der Industrie in der Tschechoslowakei und in den entwickelten Industrieländern, doch nach dem „Ölschock“ gewannen innovative Prozesse an Fahrt. Die Stabilität des Regimes wurde um den Preis des Erhalts der vorhandenen industriellen Struktur gesichert, die modernen Anforderungen nicht genügte und zur Verschlechterung des Umweltzustands beitrug. Die Stabilität des Regimes wurde also dadurch ermöglicht, dass wirtschaftliche Schlüsselprobleme nicht gelöst wurden. Mit dem Rückgang der Wirtschaftsleistung begannen die Quellen für soziale Korruption und gesellschaftlichen Konsens zu versiegen.

Das Versagen des Wirtschaftssystems und dessen allgemeine Schwäche Ende der 1980^{er} Jahre hatten zweifellos erheblichen Anteil am Niedergang des Kommunismus in der Tschechoslowakei, waren aber weder der ausschlaggebende Faktor für dessen Scheitern noch ein Auslöser für die Ereignisse im November 1989. Die Wirtschaftslage war nicht so schlecht, dass eine Welle des Aufbruchs entstanden und der Zerstörungsmechanismus in Gang gesetzt worden wäre. Herrschende wie Beherrschte erkannten aber gleichermaßen, dass der Kommunismus den Krieg gegen den Kapitalismus verloren hatte. Die Menschen hatten ihre Entwicklungsmöglichkeiten ausgeschöpft und konnten nicht mehr für ihre Zukunft sorgen. Daher war der Kommunismus zum Untergang verurteilt, zumal er auch seinen Schutz von außen verloren hatte. Diese Überzeugung legte zwar in gewisser Weise den Grundstein für das weitere Geschehen, bestimmte aber nicht den späteren



Ablauf der Ereignisse. Die Ansichten veränderten sich, und das führte zur Ablehnung der Politik der Machtelite und der von ihr praktizierten Unterdrückung von Bürger- und Menschenrechten in einer Zeit, in der sich in den Nachbarländern (UdSSR, Polen, Ungarn und DDR im Oktober 1989) tiefgreifende politische Veränderungen vollzogen. Die Regimekrise in der Tschechoslowakei weitete sich von 1987 bis 1989 aus, und die oppositionellen politischen Kräfte und unabhängigen Strukturen gewannen an Einfluss. Die Spannungen eskalierten, und es war nur noch eine Frage der Zeit, wann sich die Unzufriedenheit Bahn brechen würde. Als Katalysator (oder brennende Lunte an der tickenden Zeitbombe) wirkten die niedergeknüppelten Studentenproteste in Prag und Bratislava am 17. November 1989.

Die slowakische Diaspora in Gestalt des Slowakischen Weltkongresses (SKS) hatte großen Anteil an der Wiedergewinnung von Freiheit und Demokratie in der Heimat. Der angesehene Industrielle Stefan Roman, Gründer und Vorsitzender des SKS, bewies große Führungsstärke und stellte erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung. Der spätere SKS-Vorsitzende Marian Stastny war maßgeblich an der Organisation der Kerzendemonstration am Abend des 25. März 1988 im Zentrum von Bratislava beteiligt, die der größte Volksaufstand gegen das kommunistische Regime seit dem Einmarsch der Sowjets am 21. August 1968 war. Die Teilnehmer an der friedlichen Versammlung wurden von der kommunistischen Prügelpolizei brutal zusammengeschlagen. Dieser Vorfall war der Funke und Katalysator für den endgültigen Sturz des Regimes zwanzig Monate später.

Ab Mitte der 1980er Jahre verlor das politische Establishment in der Tschechoslowakei (und der Slowakei) unter dem Einfluss der Perestroika von Michail Gorbatschow ihren Rückhalt nicht nur in der Zivilbevölkerung, sondern auch bei den eigenen Parteimitgliedern. Im November 1989 strömten hunderttausende Menschen auf die Plätze und Straßen, um offen ihre Abneigung gegen das Regime zu demonstrieren, das ihnen den Dialog verweigerte, die für eine Demokratisierung des Systems erforderlichen Schritte ignorierte und an einer Politik der Feindseligkeit gegenüber allen festhielt, die sich nicht dem Diktat der Kommunistischen Partei unterwarfen. Die demokratische Opposition formierte sich aus der Mitte der Zivilgesellschaft heraus, ihr Programm für Systemveränderungen stützte sich auf Begriffe wie Demokratie, Freiheit, geistige, politische und wirtschaftliche Vielfalt. Die Beseitigung des kommunistischen Regimes in der ehemaligen Tschechoslowakei bot eine „samtene“ Alternative. Ähnliche Prozesse liefen zur gleichen Zeit in den Nachbarländern ab, die zum sowjetischen Block gehörten. Die Ereignisse vom November 1989 bereiteten den Weg für den Wechsel zu einem anderen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen System.

VIII. 1989: DIE SAMTENE REVOLUTION

Nach den Ereignissen vom November 1989 nahmen die slowakische und die tschechische Gesellschaft die Klärung von Schlüsselproblemen in Angriff: Zum einen mussten sie sich mit der Zeit des kommunistischen Regimes auseinandersetzen, zum anderen grundlegende Ziele des gesellschaftlichen Wandels auf politischer, sozialer und wirtschaftlicher Ebene (in der Slowakei auch auf staatlicher Ebene) durchsetzen. Die treibende Kraft der demokratischen Veränderungen in der Slowakei waren die Anstrengungen der Bürgerbewegung „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (VPN), des Bürgerforums (OF) in der Tschechischen Republik und der Studentenbewegung. Zu den Grundvoraussetzungen für die Demokratisierung der slowakischen und der tschechischen Gesellschaft gehörte die Wiedereinsetzung des föderalen Parlaments und des nationalen Parlaments im Wege der Kooptierung neuer Parlamentsmitglieder in der Zeit von Ende November 1989 bis Ende März 1990.

Rudolf Schuster war nach dem November 1989 der erste Vorsitzende des Slowakischen Nationalrats, und Milan Čič übernahm das Amt des Ministerpräsidenten der slowakischen Regierung. Das föderale Parlament strich das Machtmonopol durch Aufhebung von Artikel 4 der Verfassung der ČSSR. Die Wiedereinsetzung der obersten gesetzgebenden Versammlungen ermöglichte die Annahme von Rechtsvorschriften, in denen wesentliche sozioökonomische Veränderungen wie das Recht auf Vereins- und Versammlungsfreiheit, eine demokratische Rechtsordnung und ein pluralistisches Politik- und Wirtschaftssystem bestätigt wurden. Neue politische Akteure konnten auf den Plan treten, darunter die Christdemokratische Bewegung (KDH), die Slowakische Nationalpartei (SNS), die Grüne Partei (SZ), Parteien, die die Interessen der ungarischen Minderheit vertreten, usw. Sie ermöglichte auch die Umwandlung der VPN in eine politische Partei und den Wiederaufbau der Sozialdemokratischen Partei der Slowakei (SDSS) und der Demokratischen Partei (DS). Diese Schritte erweiterten das politische Spektrum, das jetzt einen liberalen Flügel ebenso umfasst wie einen nationalen Flügel, Linke und Rechte. Unmittelbar im Zusammenhang mit dem Aufbau eines pluralistischen Politiksystems wurde das Wahlsystem reformiert, um die Voraussetzungen für freie und demokratische Wahlen und für den vollständigen Übergang von einem posttotalitären zu einem demokratischen Politiksystem zu schaffen.

Die Parlamentswahlen, die 1990 in der Tschechoslowakei stattfanden, waren eigentlich ein Volksentscheid, bei dem die Bürger für oder gegen demokratische Veränderungen stimmten.



Die Hauptprotagonisten der demokratischen Revolution (VPN und OF) erhielten die meisten Stimmen. Auf der Grundlage des Wahlergebnisses wurden der neue slowakische Nationalrat und die neue slowakische Regierung gebildet. Im Januar 1991 verabschiedete die föderale Versammlung die „Charta der Grundrechte und –freiheiten“, womit die tschechische und die slowakische Nation nun zur Gruppe der modernen demokratischen Gesellschaften gehörten. Die Gesellschaft befasste sich mit Verstößen gegen das Eigentumsrecht und andere Vorschriften in den Jahren 1948 bis 1989 und nahm zu diesem Zweck das Gesetz über außergerichtliche Entschädigungen an.

Eine entscheidende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wandel war die Veränderung der Besitzverhältnisse, die im Zuge von Privatisierung, Rückgabe und Transformation erfolgen musste. Die bestehende, zentral gelenkte Planwirtschaft wich schrittweise einer Marktordnung. Mit der Aufhebung der Preisbindung im Januar 1991 wurde das veraltete System der zentralen Preisfestsetzung abgeschafft. Der Wandel in Gesellschaft und Wirtschaft steckte aber noch in den Kinderschuhen.

Die Ereignisse vom November 1989 stießen nicht nur die Tür zu Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft auf, sondern brachten auch Korrekturen von Verschiebungen im Verhältnis zwischen den Staaten mit sich. Der erste ernste Konflikt zwischen Vertretern der slowakischen und der tschechischen Politik trat auf, als es um den Namen des gemeinsamen Staates ging; der Öffentlichkeit wird dieser Zwischenfall als „Bindestrichkrieg“ (Frühjahr 1990) in Erinnerung bleiben. Mit dem geänderten Staatsnamen sollte nicht nur das Ende der totalitären Ära (durch Streichung des Wortes „Sozialistische“) dokumentiert werden; die Slowakei wollte darüber hinaus, dass darin auch die Gleichstellung beider Nationen (Slowaken und Tschechen) in einem auf föderalen Grundsätzen beruhenden Staat zum Ausdruck kommt. Die Festlegung eines allgemein akzeptierten Namens für den gemeinsamen Staat und seiner Symbole führte zur Zunahme von Initiativen, die sich für die staatliche Souveränität der Slowakei aussprachen. Ihren Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung über die Teilung der Kompetenzen zwischen den Republiken und der Föderation Ende 1990. Es zeigte sich immer deutlicher, dass ein Konflikt zwischen zwei verschiedenen Entwürfen (dem tschechischen und dem slowakischen) für die Struktur des gemeinsamen Staates und die künftige Koexistenz der slowakischen und der tschechischen Nation bestand. Zudem war eine ausgeprägte Tendenz zu einer unitarischen Föderation mit starken föderalen Strukturen auf tschechischer Seite erkennbar, während die Slowaken eher zu einer „authentischen“ Föderation (aufgebaut von unten nach oben durch starke nationale Republiken)

tendierten. Die Streitigkeiten zwischen slowakischen und tschechischen Politikern sorgten für viel Diskussionsstoff in der Öffentlichkeit und spalteten die Gesellschaft. Die Bürgerliche Demokratische Partei (ODS) öffnete geradezu eine Büchse der Pandora voller staatlicher Probleme, als sie im Februar 1991 einen Staatsvertrag zwischen der Slowakischen und der Tschechischen Republik vorschlug. Dies wurde von der tschechischen Seite rundweg abgelehnt; es folgten lange Diskussionen mit Vertretern der Regierung und des Parlaments.

IX. DIE GEBURTSTUNDE DER DEMOKRATISCHEN SLOWAKEI - KAMPF UND DEMOKRATISCHE ERNEUERUNG

Die Unvereinbarkeit der Vorstellungen von Slowaken und Tschechen über den gemeinsamen Staat und das Unvermögen der politischen Vertreter, einen akzeptablen Kompromiss zu finden, führten zu einer Zunahme der Spannungen in den Beziehungen. Bei den Parlamentswahlen im Juni 1992 wurden dann endlich die Weichen für eine Entscheidung gestellt. Die ODS gewann in der Tschechischen Republik und Mähren, die Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS) in der Slowakei. Die Repräsentanten beider Parteien, d. h. Václav Klaus und Vladimír Mečiar, erzielten auch nach sieben Verhandlungsrunden keinen Kompromiss im Hinblick auf die Struktur der föderalen Regierung, wirtschaftliche Belange und den Staatsaufbau der Republik. Die Führer der siegreichen politischen Parteien einigten sich auf einen Plan für die Teilung des Staates, nachdem der Slowakische Nationalrat im Juli 1992 seine Erklärung über die Unabhängigkeit der slowakischen Nation abgegeben hatte und am 1. September 1992 die Verfassung der Slowakischen Republik angenommen worden war. Am 25. November 1992 verabschiedeten die Mitglieder des Parlaments das Verfassungsgesetz über die Auflösung der CSFR und weitere Gesetze über die Zoll- und Währungsunion, die Teilung des föderalen Vermögens, Zusammenarbeit und Freundschaft.

Am 1. Januar 1993 wurden zwei neue unabhängige Staaten im Herzen Europas gegründet: die Slowakische Republik und die Tschechische Republik. Die politischen Vertreter der Slowakischen Republik und ihre Bürger mussten neue Herausforderungen meistern wie die soziale und wirtschaftliche Umgestaltung, die Veränderungen in sämtlichen Lebensbereichen bedeutete; den Aufbau eines demokratischen und pluralistischen Systems; die Weiterverfolgung der laufenden Integration in die Europäische Gemeinschaft und die Errichtung eines starken Fundaments für



den eigenen Staat. In den ersten Jahren durchlief das slowakische Staatswesen einen politischen Reifungsprozess, wobei viele frühere Erwartungen erfüllt, aber auch etliche Illusionen ausgeräumt wurden.

Die Slowakische Republik bekundete ihr Interesse am Beitritt zu internationalen Organisationen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Verteidigung sowie die Bereitschaft, sich umfassend an deren Arbeit zu beteiligen. Mitte Januar 1993 wurde die Slowakei in die Vereinten Nationen aufgenommen, seit 30. Juni 1993 gehört sie dem Europarat an und im Oktober 1993 unterzeichnete sie das Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union. Bei Gesprächen im NATO-Hauptquartier in Brüssel (November 1993) erklärte Präsident Michal Kováč, dass die Slowakei an einer Mitgliedschaft interessiert sei. Vier Monate später (Februar 1994) unterzeichnete die slowakische Regierung in Brüssel ein Rahmenabkommen über die Aufnahme der Slowakischen Republik in die Partnerschaft für Frieden als assoziiertes Mitglied. Im Juni desselben Jahres verabschiedete der Nationalrat der Slowakischen Republik ein Grundsatzdokument zur Sicherheit (Verteidigungsdoktrin der Slowakischen Republik). Darin bekundet die Slowakei offiziell ihr Interesse an einer vollwertigen NATO-Mitgliedschaft. Doch der Weg bis zur Aufnahme des Landes als vollwertiges NATO-Mitglied verlief nicht glatt, und es dauerte zehn Jahre, bis Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda dem US-Verteidigungsministerium als Depositär im März 2004 die Ratifizierungsdokumente übermitteln konnte. Am 1. Mai 2004 waren die Bemühungen der Slowakei um eine Einbindung in den Prozess der europäischen Integration dann mit dem Beitritt der Slowakischen Republik zur Europäischen Union von Erfolg gekrönt.

Aus innenpolitischer Sicht gingen die Anfänge der unabhängigen Slowakischen Republik mit vielen Schwierigkeiten einher, angefangen von der Aufhebung der Preisbindung über die Konversion der Rüstungsindustrie, hohe Steuern, die der gesamten Wirtschaft verordnete Schocktherapie bis hin zur Privatisierung usw. Die Arbeitslosenzahlen schossen ebenso in die Höhe wie die Preise; die soziale Lage der Bürger verschlechterte sich und regionale Unterschiede wurden größer. Die Schaffung des staatlichen Überbaus und der politischen Institutionen gingen rasch voran; der dritte Sektor bildete sich aus organisatorischer Sicht ebenso heraus wie ehrenamtliche Organisationen und Nichtregierungsorganisationen (NRO).

Im Herbst 1994 ging die HZDS abermals als Sieger aus den Vorwahlen zum Parlament hervor. Sie legte anschließend im Verein mit ihren Koalitionspartnern SNS und Arbeitervereinigung der Slowakei (ZRS) einen aggressiven Führungsstil frei nach dem Motto „Dem Gewinner gehört

die Welt“ an den Tag. Die Privatisierung wurde intransparent, die politische Zugehörigkeit und das Parteibuch gaben den Ausschlag bei der Besetzung von Ämtern auf allen Ebenen; das galt auch für die Prüfung von Privatisierungsvorhaben. Ab 1995 war die innenpolitische Entwicklung zunehmend durch eine spürbare soziale Polarisierung, die Instabilität demokratischer Institutionen und konfliktgeladene Beziehungen zwischen den wichtigsten politischen Akteuren (dem Ministerpräsidenten und der Regierung bzw. dem Parlament und dem Präsidenten usw.) gekennzeichnet. Aufgrund des autoritären Politikstils der herrschenden Koalitionsparteien kam es zu Abweichungen von Modell des demokratischen Wandels; dies wiederum führte zu Eingriffen in die Freiheit und die Entscheidungsfreiheit der Medien sowie in die kulturelle Unabhängigkeit und leistete dem Verfall des Rechtsstaats und der Zunahme politischer Spannungen Vorschub. Negative Tendenzen in der Entwicklung des Staates verstärkten sich in den Jahren 1996 und 1997. Mehrere dramatische Vorkommnisse sorgten in der slowakischen Gesellschaft für Unruhe und Angst; das reichte von der Unterwanderung von Unternehmen und Banken über Korruption und Bedienung von Klientelinteressen bis zur Entführung slowakischer Bürger. Analysten waren sich einig, dass totalitäre Praktiken der Vergangenheit nach der Bildung der Koalition aus HZDS, SNS und ZRS im Herbst 1994 erneut Eingang in die Politik gefunden hatten.

Soziologische Untersuchungen ergaben, dass die Bürger die Slowakei weniger als gerechtes, demokratisches und gesetzestreu Land wahrnahmen, sondern eher als einen Staat, in dem die Gewalt und das organisierte Verbrechen auf dem Vormarsch sind und chronische soziale Probleme bestehen und der international eine schwache Stellung einnimmt. In weiten Teilen der Gesellschaft lösten diese Entwicklungen Unzufriedenheit aus. Beschäftigte in den Bereichen Kultur, Bildung und Gesundheit ebenso wie die Bischofskonferenz und der engagierte dritte Sektor brachten ihre Besorgnis über die Lage zum Ausdruck. Die Bürger befassten sich jetzt sorgfältiger mit Fragen der Demokratie und des Rechtsstaats. Die politische Opposition bündelte ihre Kräfte, und Ende 1996 unterzeichneten die Vorsitzenden von KDĽ, DS und Demokratischer Union (DÚ) den Kooperationsvertrag, der zur Bildung der Slowakischen Demokratischen Koalition (SDK) führte; all das fand vor den Parlamentswahlen im Jahr 1998 statt und war die Folge eines umstrittenen Wahlgesetzes. Die politischen Parteien der Ungarn schlossen sich zur Partei der Ungarischen Koalition (SMK) zusammen.

Vertreter der westlichen Demokratien äußerten sich besorgt über die Entwicklung in der Slowakei. Diese Bedenken wurden im November 1994 und im Oktober 1995 mittels Démarchen der EU



an die höchsten Staatsvertreter der Slowakei herangetragen. Die slowakische Regierung widmete den Signalen der NATO und der EU, die Hinweise für die Festigung der Demokratie gaben, nicht die erforderliche Aufmerksamkeit. Anhaltende Demokratiedefizite im innenpolitischen Bereich führten dazu, dass die Slowakei bei der ersten Welle der NATO-Erweiterung nicht berücksichtigt wurde; dies war im Juli 1997 auf den NATO-Gipfel in Madrid beschlossen worden. Ähnlich erging es der Slowakei bei der Aufnahme in die EU. Im Dezember 1997 entschieden die EU-Organe, dass der Dialog über die EU-Mitgliedschaft im März 1998 aufgenommen wird, die Slowakei aber nicht dabei sein würde. Damit war die Slowakische Republik international isoliert.

Das Jahr 1998 wurde zu einem Jahr ständiger politischer Kämpfe und Auseinandersetzungen über die Zukunft der Slowakei. Es sah so aus, als ob die künftige Entwicklung des Staates und die Ausrichtung seiner Außenpolitik vom Ausgang der Parlamentswahlen im Herbst abhängen würden. 1998 bekundeten die Wähler ihren eindeutigen Wunsch nach einem Wechsel. Wahlgewinner war zwar die HZDS, doch scheiterte sie an der Regierungsbildung, die dann die Opposition übernahm. Die Regierung war eine heterogene Mischung aus Vertretern politischer Parteien und Bewegungen; das behinderte ihre Tätigkeit. Minister stellten die SDK, die Partei der Demokratischen Linken (SDL), die Partei der bürgerlichen Verständigung (SOP) und erstmals in der Geschichte die durch die SMK vertretene ungarische Minderheit. Im Parlament verfügte die Regierungskoalition über die Mehrheit der Parlamentssitze; das half ihr bei der Durchsetzung ihrer Forderung, den Präsidenten direkt durch die Bürger der Slowakischen Republik wählen zu lassen.

Das Programm der neuen Regierung unter Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda umfasste vier Säulen: Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats, wirtschaftliche Erholung, sozialpolitische Reformen sowie Fragen der inneren und äußeren Sicherheit. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stand die Intensivierung der Bemühungen um Einbindung in internationale Strukturen. In den folgenden vier Jahren war die Regierung von Ministerpräsident Dzurinda bestrebt, eine „erfolgreiche Wiederbelebung demokratischer Spielregeln“ zu erreichen. Die Slowakei wuchs allmählich in die Rolle eines den Anforderungen gerecht werdenden Landes der Visegrad Vier (Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Slowakei) hinein und entwickelte sich zu einer verlässlichen Komponente im umfassenderen europäischen Rahmen. Die soziale Entwicklung bot aus vielerlei Gründen Anlass für einen zuversichtlichen Blick in die Zukunft. Die slowakische Gesellschaft verfügte offenbar über genügend eigenes Potenzial, um die neuen Aufgaben zu meistern und

grundlegende Änderungen herbeizuführen. Die demokratischen Institutionen wurden schrittweise gestärkt, es wurde ein moderner, dezentraler und demokratischer Rechtsstaat geschaffen, es gab Verbesserungen in der politischen Kultur, die wichtigsten gesellschaftlichen Akteure traten in Dialog, und die Lage im Bereich der Menschen- und der Minderheitenrechte verbesserte sich. Die Reformprozesse im wirtschaftlichen und sozialen Bereich zielten auf die Schaffung transparenter Rahmenbedingungen ab. Dennoch stiegen die Arbeitslosenquote und das Gefälle zwischen den Regionen weiter.

Gewinner der Parlamentswahlen im Jahr 2002 war die Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDKÚ). Zusammen mit der KDH, der SMK und der Allianz der neuen Bürger (ANO) stellte sie die zweite Dzurinda-Regierung. Die Bildung einer Koalition aus Konservativen und Liberalen ließ Raum für Reformen auf zahlreichen Gebieten. Die reformorientierte Regierung konnte sich auf ein geordnetes und stabiles politisches Umfeld stützen, was sich günstig auf die Reformbereitschaft auswirkte. Reformen wurden in verschiedenen Bereichen durchgeführt (öffentliche Finanzen, Arbeitsmarkt, wirtschaftliches Umfeld, Steuerreform und Einführung einer sogenannten Pauschalsteuer, Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen, Rentenreform, erste Stufe der Gesundheitsreform, Bildung, Veränderungen in der Kommunalverwaltung, Zugang zu Informationen), und dies kam nach und nach in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zum Tragen. In den Jahren 2005 und 2006 war eine leichte Verbesserung des Lebensstandards und der Realeinkommen zu verzeichnen. Das hohe Tempo des BIP-Wachstums, sinkende Inflation und Arbeitslosigkeit, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Bauboom und der Zufluss von Investitionen aus dem Ausland wurden von internationalen Institutionen und Ratingagenturen positiv bewertet. Im sozialen Bereich wirkten sich die Reformen jedoch zum Nachteil der sozial schwächeren Klassen aus. Das 2002 in Kraft getretene Gesetz über die Sozialhilfe und das Existenzminimum bedeutete erhebliche Kürzungen bei den Sozialleistungen und löste bei bestimmten Teilen der Bevölkerung Unzufriedenheit und Unruhe aus. Die finanzielle Unterversorgung hatte Einschnitte in den Bereichen Bildung, Kultur, Wissenschaft und Gesundheit zur Folge.

Nach den Erfolgen in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gab es Meldungen über Korruptionsskandale in der Öffentlichkeit und im politischen Leben. Die slowakischen Bürger und der dritte Sektor kritisierten die Arbeit der Regierung, den Politikstil der regierenden Koalitionsparteien, die Defizite bei der Durchsetzung von Menschenrechten und bei der



Bürgerbeteiligung an Belangen der öffentlichen Verwaltung, die unzureichende Berücksichtigung kultureller Bedürfnisse, den moralischen Verfall und die zunehmende Entfremdung der Regierung von den Bürgern; all dies beschädigte die Glaubwürdigkeit der politischen Schlüsselinstitutionen. Laut einer Meinungsumfrage aus dem Jahr 2004 wünschte über die Hälfte der erwachsenen Slowaken keine Fortsetzung der wichtigen Reformen nach den Vorstellungen der Regierung. Die Kritik an der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Dzurinda nahm zu.

Seit dem Sommer 2005 bestimmten Turbulenzen das Klima in der Regierungskoalition. Einer der Minister, den eine der zur Koalition gehörenden Parteien gestellt hatte, gab sein Amt auf, und die Veränderung in der Zusammensetzung des Parlaments führte dazu, dass die Regierungskoalition nur noch über eine Minderheit verfügt, so dass ihr Handlungsspielraum und ihre Möglichkeiten zur Durchsetzung weiterer Reformschritte eingeschränkt sind. Die Regierung ist auf die Loyalität zahlreicher unabhängiger Mitglieder des Parlaments angewiesen; das lässt mehr Spielraum für Korruption auf den höheren Ebenen. Seit Anfang 2006 war die politische Landschaft in der Slowakei durch Kämpfe der Regierungsparteien um eine stärkere Position geprägt; das mündete in einer Koalitionskrise, und die Regierung hatte keine Möglichkeit, Einfluss auf die Stabilität der Verfassungsordnung zu nehmen.

Vorgezogene Wahlen im Juli 2006 veränderten die Verteilung der politischen Macht in der Slowakei grundlegend. Gewinnerin der Wahlen war die sozialdemokratische Partei Richtung-Sozialdemokratie (Smer-SD), die zusammen mit der HZDS und der SNS eine neue Regierung unter Ministerpräsident Róbert Fico bildete. Anders als die Regierung Dzurinda, die Verbesserungen bei den mikroökonomischen Indikatoren (durch Verbesserung der Qualität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und geringere Aufmerksamkeit für den sozialen Bereich) als ihre vorrangige Aufgabe betrachtete, nannten die neue Regierung und ihre Vertreter die Politik der Solidarität und der Förderung der Grundsätze des „Sozialstaats“ als ihr wichtigstes Anliegen.

Vorzeitige Wahlen im Jahr 2012 gewann die Smer-SD Partei, die wiederum unter der Leitung von Ministerpräsident Robert Fico die neue Regierung bildet.

Liste der Abkürzungen

ANO	Aliancia nového občana – Allianz der neuen Bürger
ČSR	Československá republika - Tschechoslowakische Republik
ČSSR	Československá socialistická republika - Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DS	Demokratická strana - Demokratische Partei
DÚ	Demokratická únia - Demokratische Union
HSLŠ	Hlinkova slovenská ľudová strana - Hlinkas Slowakische Volkspartei
HZDS	Hnutie za demokratické Slovensko - Bewegung für eine demokratische Slowakei
KDH	Kresťansko demokratické hnutie - Christdemokratische Bewegung
KPdsU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
ODS	Občianska demokratická strana – Bürgerliche Demokratische Partei
OF	Občianske fórum - Bürgerforum
SDK	Slovenská demokratická koalícia - Slowakische Demokratische Koalition
SDKÚ	Slovenská demokratická a kresťanská únia - Slowakische Demokratische und Christliche Union
SDE	Strana demokratickej ľavice – Partei der Demokratischen Linken
SDSS	Socialnodemokratická strana Slovenska - Sozialdemokratische Partei der Slowakei
SKS	Svetový kongres Slovákov – Slowakischer Weltkongress
Smer	SD - Smer-sociálna demokracia - Richtung-Sozialdemokratie
SMK	Strana maďarskej koalície – Partei der Ungarischen Koalition
SNR	Slovenská národná rada - Slowakischer Nationalrat
SNS	Slovenská národná strana - Slowakische Nationalpartei
SOP	Strana občianskeho porozumenia - Partei der bürgerlichen Verständigung
SZ	Strana zelených - Grüne Partei
ŠtB	Štátna bezpečnosť - Staatssicherheitspolizei
ZK der KSČ	Ústredný výbor Komunistickej strany Československa – Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei
ZK der KSS	Ústredný výbor Komunistickej strany Slovenska - Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Slowakei
VPN	Verejnost proti násiliu – Öffentlichkeit gegen Gewalt
ZRS	Združenie robotníkov Slovenska - Arbeitervereinigung der Slowakei



SLOWENIEN: VON DREIMALIGER TOTALITÄRER OKKUPATION ZU FREIHEIT UND UNABHÄNGIGKEIT

Damjan Hančič, Renato Podbersič und Blaž Ivanc

Republik Slowenien – Republika Slovenija

Fläche: 20 273 km²

Bevölkerung: 1 959 900 (2006)

Hauptstadt: Ljubljana

Amtssprache: Slowenisch

Währung: Euro

Staatsform: Parlamentarische Republik

EU-Beitritt: 1.5.2004

I. Einführung

Slowenien ist der einzige Mitgliedstaat der Europäischen Union, der alle drei Formen des Totalitarismus im zwanzigsten Jahrhundert durchlebt hat: Faschismus, Nationalsozialismus und Kommunismus.

II. DIE DOPPELTE ERFAHRUNG MIT DEM FASCHISMUS WÄHREND DER NAZI-OKKUPATION

Der Westen des heutigen Sloweniens, der durch den Vertrag von Rapallo 1920 Teil des Königreichs Italien wurde, war die erste Region des Landes, die den Faschismus und damit das erste der drei totalitären Systeme erlebte. Der italienische Faschismus sprach den Slowenen (sowie auch den



in Istrien lebenden Kroaten) jegliche nationalen Rechte ab und versuchte, sie zu italianisieren. Die nationalbewussten Slowenen, vor allem Priester und die Intelligenz, wurden ins Exil in die inneren Landesteile Italiens verbannt. Die Region Primorska bzw. Venezia Giulia wurde von Italienern aus anderen Teilen des Landes besiedelt. Der faschistische Terror nahm von Jahr zu Jahr zu und erreichte zwischen 1941 und 1943 seinen Höhepunkt, als Italien einen Teil Nachkriegssloweniens (die Provinz Drava), die sogenannte Region Ljubljana (Notranjska, Dolenjska, Ljubljana), besetzte.

Gleichzeitig litten die Slowenen unter dem deutschen Nationalsozialismus, der zunächst eine slowenische Minderheit in Kärnten betraf, die sich nach dem „Anschluss“ im März 1938 innerhalb der Grenzen des Dritten Reiches wiederfand. Gebildete Slowenen, insbesondere slowenische Priester, waren am stärksten betroffen. Als die Deutschen Jugoslawien angriffen und weite Teile des slowenischen Nachkriegsterritoriums (Gorenjska (Oberkrain)), die südliche Steiermark und Teile Kärntens) besetzten, verschlimmerte sich die Lage. In diesen Gebieten wurden unverzüglich rigorose Entnationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, die nicht nur die Deportation gebildeter Slowenen umfassten, sondern auch die Umsiedlung eines Großteils der slowenischen Bevölkerung aus verschiedenen Regionen des Landes. Danach wurden die betreffenden Gebiete von Deutschen besiedelt.

Bis Ende 1941 erreichten die deutschen und die italienischen Faschisten gemeinsam die Zuwanderung von Deutschen aus Kočevje (Gotsche), die im Sava-Sotla-Gebiet angesiedelt wurden. Die slowenische Bevölkerung war aus dieser Gegend bereits entfernt worden. Die ethnische Säuberung von Kočevsko wurde nach dem Krieg von den kommunistischen slowenisch-jugoslawischen Behörden vollendet.

Beim dritten totalitären System, das in Slowenien am längsten herrschte, handelt es sich um den Kommunismus. Seine Anfänge reichen zurück bis in die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Seinen Einfluss konnte der Kommunismus jedoch erst nach der Besetzung Sloweniens Mitte 1941 in entscheidenderem Maße geltend machen, als unter dem Vorwand des Freiheitskampfes gegen die Okkupation eine kommunistische Revolution in Gang gesetzt wurde. Dies zeigte sich u.a. anhand der Monopolisierung der Widerstandsbewegung und der Liquidierung politischer Gegner sogar in Kriegszeiten. Aus diesem Grund ist es selbst heute noch schwierig, eine klare Trennlinie zwischen dem Freiheitskampf und der kommunistischen Revolution zu ziehen, denn beide ereigneten sich zeitgleich. Obgleich es klare Unterschiede zwischen einzelnen Regionen Sloweniens gab, fanden Bürgerkrieg und Revolution vor allem in der von Italien okkupierten Region Ljubljana statt. Die so genannte zweite Phase der Revolution vollzog sich hingegen in den von Deutschen

und Ungarn besetzten nördlichen Gebieten, die man während des Kriegs ausgespart hatte, obgleich Zeichen eines „ideologischen“ Kampfes bzw. einer kommunistischen Revolution erkennbar waren.

Im Ergebnis der Aufteilung Europas in Einflussphären auf der Konferenz von Jalta 1945 gehörte das ehemalige Jugoslawien, dem auch Slowenien angehörte, zum kommunistischen Block, so dass sich das kommunistische System in vollem Umfang entwickeln konnte. Nach dem Bruch mit Stalin (Kominform) 1948 nahm der kommunistische Terror zunächst zu und übertraf in vieler Hinsicht die Gewalt in der Sowjetunion. Ab Anfang der 1950er Jahre ließ die Härte des Regimes aufgrund der Abhängigkeit des politischen Systems Jugoslawiens von amerikanischen Hilfen allmählich nach. Bis zu seinem Niedergang 1990 behielt es jedoch seine totalitären Züge, was sich in vielen verschiedenen Bereichen zeigte. So lassen sich bereits Mitte der 1980er Jahre einzelne politische Prozesse konstatieren, von den ideologischen Plattformen an den Schulen und im Bildungssystem ganz zu schweigen. Insgesamt pendelte das System zwischen den Polen „Liberalismus“ (Détente) und Spannung. Die wichtigste Periode des kommunistischen Liberalismus begann Ende der 1960er Jahre nach dem Sturz von Innenminister Aleksandar Ranković (1908 - 1983), wurde jedoch schon Anfang der 1970er Jahre aus Angst unterdrückt, das System könne sich zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem entwickeln. Erneut begannen „bleierne Zeiten“, die bis Mitte der 1980er Jahre andauerten.

Der Überfall Italiens auf Jugoslawien markierte den Gipfel der mehrjährigen faschistisch-imperialistischen Politik gegenüber den Balkanstaaten und der Region des Donaubeckens. Er stellte eine Verletzung des Briand-Kellogg-Pakts (27. August 1928) dar, den auch Italien unterzeichnet hatte. Unter Verletzung der Bestimmungen des internationalen humanitären Kriegsrechts, das die Annektierung von Gebieten durch bewaffnete Kräfte untersagt, verleihte sich Italien die Region Ljubljana ein (Provincia di Lubiana). Etwa 350 000 Einwohnern der Region wurde per Gesetz die nationale und kulturelle Autonomie garantiert, obgleich die Besatzer eine schnellere Eingliederung der Region in das faschistische System Italiens und die Unterordnung und Italianisierung ihrer Institutionen und Organisationen anstrebten. Wegen der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Anziehungskraft Italiens wandte sich die einheimische Bevölkerung nach und nach dem Faschismus zu. Viele Menschen wurden enthusiastische Anhänger Italiens. Die faschistischen Besatzer glaubten zunächst, die Slowenen ließen sich unter dem Eindruck der höher stehenden italienischen Kultur problemlos unterwerfen, weshalb die Besatzungspolitik der Italiener, die die Sympathie der slowenischen Bevölkerung, insbesondere der gesellschaftlichen Eliten erlangen wollten, relativ milde war.



Die Slowenen betrachteten das italienische Besatzerregime im Vergleich zu dem der Nazis zunächst als das geringere Übel, weshalb es politische Kräfte gab, die mit den Italienern kooperierten, obgleich sie selbst keinen Hang zum Faschismus hatten. Die Mehrheit der Slowenen vertraute auf den Sieg der Alliierten und sah die Zukunft der slowenischen Nation in einer antifaschistischen Koalition.

Die italienische Besatzungsmacht respektierte zunächst die Autonomie Sloweniens im Kultur- und Bildungsbereich, sodass die betreffenden Institutionen ihre Arbeit fast ungehindert fortsetzen konnten. Zweifelsohne bestand das langfristige Ziel Italiens jedoch in der Italianisierung des Landes, die allerdings allmählich und weniger harsch als die Germanisierung erfolgen sollte. Den Anfang markierte eine zweisprachige öffentliche Verwaltung, Italienisch als Pflichtfach in der Schule und die Gründung faschistischer Hilfsorganisationen. Die Vorstellung der Italiener von einer „italienischen Besatzung mit kulturellen Errungenschaften“, durch die die minderwertige slowenische Kultur in der faschistischen korporatistischen Gesellschaft aufgehen sollte, traf auf Widerstand und mündete bald in Gewalt und brennende Häuser. Den Höhepunkt markierte die große italienische Offensive, die so genannte Roschka-Offensive, zwischen Juni und November 1942 gegen das von Partisanen gehaltene Gebiet. Routinemäßig erschossen die Italiener Geiseln und deportierten Menschen in italienische Konzentrationslager (Rab, Gonars, Visco, Renici usw.). In Rab allein starben 1000 Slowenen unter furchtbaren Umständen, darunter viele Frauen und Kinder. Pläne für Massendepportationen aus der Region Ljubljana lagen vor.

In der Zeit der Besetzung stellten die Italiener mehr als 13 000 Personen vor Gericht, von denen mindestens 3500 zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Gegen Dutzende wurde die Todesstrafe verhängt, 145 Geiseln fanden den Erschießungstod. Die faschistischen Gewaltakte gegen Slowenen dauerten bis zur Kapitulation Italiens am 8. September 1943 an. Zu diesem Zeitpunkt wurden Ljubljana und Venezia Giulia von den Deutschen besetzt und die Operationszone Adriatisches Küstenland eingerichtet.

Im Gegensatz zu demokratischen Systemen, die auf dem Grundsatz der rechtlichen Gleichheit aller Bürger fußen, stützte sich der Nationalsozialismus auf das Prinzip der Ungleichheit, dessen Fundament die Unterordnung bildete. Das Dritte Reich wurde auf der Grundlage einer rassistisch strukturierten und rassistisch legitimierten Gesellschaft errichtet, in der reinrassige Arier in der Volksgemeinschaft vereint werden sollten und Gesetzesvorschriften gegen „minderwertige“ Nationen gerechtfertigt waren. Die Grundlage des Nationalsozialismus war demnach der Rassismus. Durch die entsprechenden Gesetze, die Nürnberger Gesetze, verloren Juden und Sinti und Roma die deutsche Staatsangehörigkeit. Während des Krieges wurden sie in Massenvernichtungslagern getötet. Andere Völker, insbesondere die Slawen, galten ebenfalls als Untermenschen. Nach der Besetzung im April 1941 bekamen die in

der Untersteiermark, in Gorenjska und im jugoslawischen Teil Kärntens (Mežiška dolina) lebenden Menschen diese Gesetze am eigenen Leibe zu spüren. Gleiches galt für die Angehörigen der slowenischen Minderheit im österreichischen Kärnten nach dem „Anschluss“ im März 1938. Als Deutschland Jugoslawien angriff, war der Boden sowohl ideologisch als auch praktisch für die Durchführung weiterer Maßnahmen in den von Deutschland besetzten Gebieten bereitet.

Im Jahr 1941 war Slowenien von drei Mächten besetzt und unter diesen aufgeteilt: Deutschland, Italien und Ungarn. Der flächenmäßig größte Teil unterstand den Deutschen. Dazu gehörten die Steiermark, Gorenjska und der Streifen südlich der Sava in Dolenjska mit einer Fläche von 90 km x 10 km bis 15 km sowie vier Gemeinden im Nordwesten von Prekmurje. Für diese Regionen wählte Hitler das gleiche Besatzungssystem wie im Elsass, in Lothringen und in Luxemburg, d. h. er benannte Gauleiter und als Leiter der Zivilverwaltung deren Stellvertreter aus den benachbarten Gebieten Deutschlands.

Nazi-Deutschland unternahm radikale ethnische Säuberungen und machte es sich zur Aufgabe, große Teile Sloweniens einzudeutschen. Zu Hitlers Plan gehörten auch die Deportation der slowenischen Bevölkerung und die Besiedlung von Kočevje und anderen Regionen durch Deutsche, die sich nach der Besetzung außerhalb der Grenzen der deutschen Eroberungen befanden.

In den ersten beiden Jahren der Okkupation sollte die Zivilverwaltung Hitlers Befehl, das besetzte Gebiet zu germanisieren und ins Reich zu führen, ausführen. Sämtliche Bestrebungen wurden diesem von den Nazis fortwährend in den Vordergrund gerückten Ziel untergeordnet. Zu den wichtigsten Maßnahmen zur Umsetzung dieses Ziels zählte die Verbannung politisch und rassistisch unliebsamer Personen, die Stärkung des deutschen Volkstums und die Germanisierung von rassistisch und politisch geeigneten Slowenen, denen der weitere Verbleib gestattet wurde. Zu diesem Zweck wurde in der Steiermark der Steirische Heimatbund und in Gorenjska der Kärntner Volksbund gegründet, dem sich alle Slowenen anzuschließen hatten, die für eine „Umvolkung“ geeignet waren. Für junge Menschen gab es besondere „Sektionen“ innerhalb dieser Organisationen.

Schon in den ersten Tagen der deutschen Besatzung begann sich das äußere Erscheinungsbild des Landes zu verändern. Die Deutschen ersetzten die slowenischen Orts- und Straßennamen sowie die Namen von Fabriken und Unternehmen durch deutsche Bezeichnungen. Sie änderten auch Vor- und Zunamen. Überall wurden Plakate aufgehängt, die die Bevölkerung ermahnten, Deutsch zu lernen. Die Bürgermeister einzelner Gemeinden setzten sich für die vollkommene Verdeutschung der Ortsnamen ein.



In der besetzten Untersteiermark betrieben die Nazis die Eindeutschung und Aussiedlung in größerem Stile und mit größerer Entschiedenheit als in Gorenjska. Zeitgleich mit den ersten „Umvolkungsmaßnahmen“ ermordeten, verhafteten und verbannten sie viele nationalbewusste Slowenen, die sich dem Nationalsozialismus politisch widersetzen. Zu ersten Verhaftungen kam es am 11. April 1942 in Maribor. Die Verhafteten landeten im Gefängnis sowie in Sammel- und Übergangslagern. Darunter befanden sich Personen, die sich vor dem Krieg in jugoslawischen Parteien engagiert hatten, die slowenische Intelligenz, Priester, Professoren, Lehrer, Anwälte und Ärzte.

Von Mai bis Oktober 1941 wollten die Nazis 220 000 bis 260 000 Slowenen deportieren. Die 17 000 Personen eingerechnet, die der Aussiedlung durch Flucht auf italienisches Gebiet entkamen, verbannten sie ca. 80 000 Personen, darunter 90,83 % aller slowenischen Priester, 84,21 % aller Ingenieure, 66,18 % aller Professoren, 45,20 % aller Ärzte und Apotheker, 22,32 % aller Anwälte und Notare, 14,98 % aller Beamten, 17,5 % aller Lehrer und 6,02 % aller in der Wirtschaft tätigen Arbeiter.

In den Sammellagern wurden die Menschen von Sonderkommissionen gemustert und ihr weiteres Schicksal bestimmt. „E-Fälle“ (Evakuierungsfälle) sollten nach Serbien bzw. den Unabhängigen Staat Kroatien (NDH) verbracht werden. Insgesamt deportierten die Nazis in 62 Transporten 36 000 Slowenen nach Deutschland. Die meisten mussten als Zwangsarbeiter in der deutschen Industrie arbeiten. Ende 1941 hatten die deutschen Besatzer 1011 Gebäude (Häuser, Geschäfte, Gasthäuser) und Grundstücke konfisziert. Ende 1943 war die Zahl auf 2064 angestiegen (nicht eingerechnet der Grundbesitz von Slowenen im Sava-Sotla-Streifen, wo fast jedes Grundstück beschlagnahmt wurde). Die zwischen Deutschland und Italien im Vertrag vom 31. August 1941 geregelte Zuwanderung reinrassiger Arier, der so genannten „Volksdeutschen“, aus der Region Kočevje dauerte vom 14. November 1941 bis zum 20. Januar 1942. Einige zogen in das Dreieck von Brežice, wo Häuser aufgegeben worden waren. Andere siedelten nach Deutschland über. 11 174 Personen zogen in die Untersteiermark.

Die Arbeit der Dienststellen des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums war eng mit den Deportationen von Slowenen verknüpft. Zuerst bestand ihre Aufgabe darin, den umfangreichen Besitz der deportierten Slowenen und die deutsche Besiedlung zu verwalten und zu steuern. Im Zuge der Eindeutschung widmeten die deutschen Besatzungsbehörden Kindern in Kindergärten und Schulen besondere Aufmerksamkeit. Sie richteten Kindergärten ein, in denen ausschließlich deutsch gesprochen wurde. Auch der Schulunterricht fand ausschließlich auf Deutsch statt.

Mit dem Ziel, die Auslöschung der slowenischen Kultur voranzutreiben, führten die deutschen Besatzungsbehörden noch weitere Germanisierungsmaßnahmen durch, so u.a. die massenhafte Zerstörung von Büchern, die Auflösung slowenischer Organisationen und Verbände und die Konfiszierung ihres Vermögens. Im Frühjahr und Sommer 1941 überprüften die Nazis fast die gesamte Bevölkerung der besetzten Gebiete Sloweniens nach politischen und rassischen Vorgaben, was nirgends in den besetzten Gebieten so gründlich geschah wie hier. Diente die politische Beurteilung dazu, alle „deutschfeindlichen“ Personen zu eliminieren, so sollte die rassische Überprüfung die Eingliederung „rassisch ungeeigneter Elemente“ in die deutsche Volksgemeinschaft verhindern. Für die politische Beurteilung wurden die arabischen Ziffern I bis 5 und für die rassische Beurteilung die römischen Ziffern I bis IV benutzt (wobei „I“ und „1“ die beste Beurteilung darstellte). Die Beurteilung der Personen erfolgte einzeln, gefolgt von der politischen und rassischen Benotung für die gesamte Familie. Auf der Grundlage dieser beiden Überprüfungen wurde eine Endnote vergeben: „E“ (Evakuierung – abgeschoben nach NDH oder Serbien), „V“ (Verbleib), „A“ (Altreichsfall).

Die Bevölkerung wurde mehrheitlich als rassisch III und politisch 3 beurteilt, was die Deportation von über der Hälfte der Bevölkerung von Gorenjska bedeutete. Da eine Massendeportation dieser Art nur mit Mühe umzusetzen war, wurden die Kriterien leicht abgeändert. So führten die Nazis die neuen Beurteilungsziffern III+ und III- ein, was bedeutete, dass mit III- beurteilte Familien deportiert wurden.

Für die Wehrmacht, paramilitärische Verbände und den Reichsarbeitsdienst wurden in der Steiermark, in Gorenjska und in Kärnten insgesamt 150 000 Männer und Frauen zwangsrekrutiert. 1942 betraf dies in der Untersteiermark 28 000 und in Gorenjska 8 000 bis 10 000 Männer. Viele von ihnen wurden an die Ostfront geschickt. Über 10 000 Menschen verloren ihr Leben. Viele Slowenen desertierten und schlossen sich illegalen Einheiten wie den Partisanen und anderen an.

Die Slowenen widersetzten sich den Bestrebungen der Besatzer, das slowenische Volk auszurotten und slowenisches Territorium dem „Reich“ einzuverleiben. Auf den Widerstand folgten Massenverhaftungen all jener, von denen die Nazis meinten, sie arbeiteten mit der Widerstandsbewegung zusammen. Sie wurden als kommunistische Verbrecher beschimpft, obwohl sie lediglich die Befreiungsfront (Osvobodilna Fronta) unterstützten oder Mitglieder katholischer Widerstandsgruppen waren. Die Verhafteten wurden verhört und im Gefängnis brutal gefoltert, um dann als Geiseln erschossen oder in Konzentrationslager überstellt zu werden. Die Nazis ließen



nur die frei, deren Schuld nicht bewiesen werden konnte. 1590 Menschen wurden ermordet, davon 1508 Männer und 82 Frauen. Die Zahl der Erschießungsoffer liegt sogar noch höher, denn die Nazis machten die Namen der Erschossenen nicht immer bekannt.

Allerdings gaben sich die deutschen Besatzer nicht mit der Ermordung von Gefangenen zufrieden, da auch die Familien der Erschossenen und Partisanen leiden sollten. Im März 1942 begann man, Familienangehörige der betreffenden Personen zu verhaften. Da die nationale Befreiungsbewegung stärker geworden war und zunehmend an Macht gewann, gab Himmler den Befehl, Männer zu eliminieren, Frauen in KZs zu schicken und Kinder von ihren Eltern zu trennen und in besondere Kinderlager einzuliefern. Die Nazis deportierten die Mehrzahl der Slowenen in die folgenden Lager: Dachau, Auschwitz, Ravensbrück, Mauthausen mit Außenstellen (z. B. Loibl (Ljubelj), wo Zwangsarbeiter einen Tunnel bauen mussten), Buchenwald und Flossenbürg. Viele starben in den Lagern: 1772 in Auschwitz, 1340 in Dachau und 971 in Mauthausen. Im Sommer 1941 wurden 597 körperlich erschöpfte und geistig behinderte Menschen aus der Untersteiermark von den Nazis im österreichischen Hartheim „euthanasiert“. Zwischen 1941 und 1945 deportierten die deutschen Besatzer etwa 63 000 Slowenen aus den besetzten Gebieten (Steiermark, Gorenjska und Mežiška-Tal), davon 45 000 in Lager in Deutschland, 10 000 nach Kroatien und 7500 nach Serbien. An die 17 000 Menschen gelang die Flucht aus der Region Ljubljana und anderen Gebieten. Insgesamt 15 000 Menschen schickten die deutschen Besatzer in Konzentrations- und andere Lager (Dachau, Auschwitz, Mauthausen, Buchenwald). Über 3 400 wurden als Geiseln erschossen.

In Gorenjska und der Steiermark deutschten die Nazis durchgängig alle Ortsnamen ein. Größtenteils übernahmen sie die Namen aus der Zeit des österreichischen Kaiserreichs. In manchen Orten führten sie jedoch Bezeichnungen ein, die teilweise oder komplett neu waren. Wie auch später unter dem Kommunismus wurde häufig versucht, das Wort „Heiliger“ oder sogar den Namen des Heiligen aus den Bezeichnungen von Orten zu streichen, die nach Heiligen benannt waren. Im Mai 1944 (nach der Besetzung von Prekmurje, das ab 1941 Teil der ungarischen Besatzungszone war) wurden die meisten Angehörigen der jüdischen Gemeinde Sloweniens (ca. 550 Personen) in den Gaskammern von Auschwitz ermordet. Das politische Ziel der Nazis in den besetzten slowenischen Gebieten war offensichtlich: die Ausrottung der slowenischen Sprache und die Auslöschung der Slowenen als eigenständige ethnische Gruppe.

III. DIE ZEIT DER MACHTERGREIFUNG DER KOMMUNISTEN WÄHREND DER BESATZUNG (1941 - 1945)

Im Gegensatz zu den osteuropäischen Ländern gelangten die Kommunisten in Jugoslawien aus eigener Kraft ohne Intervention der Sowjetarmee an die Macht. Dies war eine Art Alleinstellungsmerkmal in Europa. Zum besseren Verständnis ist es deshalb wichtig, die Anfänge der kommunistischen Machtergreifung im Rahmen des organisierten Widerstands ausführlich darzustellen.

Die Kommunisten nahmen sich Ende April 1941 der Organisation des Widerstands an und gründeten die Antiimperialistische Front, die nach dem Angriff auf die Sowjetunion in Befreiungsfront umbenannt wurde. Eigentlich wurde damit die Tradition der Volksfrontbewegung aus der Vorkriegszeit und der Vereinigung der Freunde der Sowjetunion fortgeführt. Zu den Mitgliedern der Befreiungsfront gehörten außerdem Christsozialisten, Teile des nationalen Turnbunds Sokol (Falken), Kulturschaffende und andere Gruppen. In der Folge bildeten sich Partisaneneinheiten. Der passive Widerstand nahm verschiedenste Formen an. Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 wurden die Slowenen zum bewaffneten Aufstand aufgerufen. Angesichts der negativen Einstellung gegenüber der Besatzung folgten viele dem Aufruf. Ende 1941 erarbeitete die Befreiungsfront ein Programm, das auf der Prämisse beruhte, der unmittelbare bewaffnete Aufstand sei eine existenzielle Notwendigkeit und Bedingung für die nationale Wiedergeburt und die Anerkennung des aufgelösten Jugoslawiens.

In der von Italien besetzten Zone wurde im Frühjahr 1942 ein „befreites Territorium“ eingerichtet, das sich bis zu den Vororten von Ljubljana erstreckte. Bereits im August 1941 wurde der Sicherheits- und Nachrichtendienst VOS gegründet, der der Kommunistischen Partei direkt unterstand und mit einer gewissen Willkür Kollaborateure, vermeintliche Kollaborateure und Feinde der Befreiungsfront und des Kommunismus hinrichtete.

Die revolutionäre Gewalt gegen die Bauern im befreiten Territorium sowie die Angst vor einem Sieg der Revolution führten zur spontanen Bildung von Dorfwachen und zur Kollaboration mit den italienischen Besatzern. All dies half der Bildung antikommunistischer Einheiten („Milizia Volontaria Anticomunista“). Der Befreiungskrieg war damit mit Bürgerkriegselementen verwoben, was zu einer fatalen Spaltung des slowenischen Volkes führte. Im Frühling 1942 vereinigten sich



die Vertreter der Vorkriegsparteien in einer slowenischen Allianz. Der gemeinsame Nenner der vereinten Parteien mit ihren divergierenden politischen Grundsätzen war ihre Ablehnung der Revolution. Ende 1941 wurde ein Programm – bekannt unter der Bezeichnung „Londoner Punkte“ – veröffentlicht, in dem von einem vereinten Slowenien als Teil eines föderativen Jugoslawiens die Rede war, an dessen Spitze der König in einem demokratischen, im Vergleich zur Vergangenheit sozial gerechteren politischen System stehen sollte. Was die Besatzer betraf, so wurde vorerst eine Politik des Abwartens verfolgt, um den richtigen Moment für den Widerstand abzapfen. Wegen ihres Bestrebens, die Revolution zu vereiteln, entschieden sich diese Kräfte für die militärische/polizeiliche Zusammenarbeit mit den Italienern und später auch mit den Deutschen.

Die Anfänge der Befreiungsfront sind entgegen der kommunistischen Tradition nicht im Detail dokumentiert. Zunächst wurde am 26. April die „Antiimperialistische Front“ (PIF) gegründet, die im Juni 1941 nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion in „Befreiungsfront“ umbenannt wurde. Von Anfang an war klar, dass den Kommunisten der Kampf um die absolute Macht wichtiger war, als der Kampf gegen die Besatzung. Im Oktober 1940 erklärte Edvard Kardelj in Zagreb, „... die Kommunisten gehen bewaffnete Kampfhandlungen mit dem Besatzer nur ein, wenn darin eine Chance für die Revolution steckt.“ So wurde also bereits im Voraus beschlossen, gegen jede Gruppe zu kämpfen, die Widerstand gegen die Besatzung plante. Alle Gegner der Kommunisten würde man später vernichten oder (bei Verdacht auf Kollaboration) kompromittieren. Als Initiatorin der Befreiungsfront hatte die Kommunistische Partei dabei die Führungsrolle inne und war keinesfalls gewillt, diese aufzugeben oder mit anderen Kräften zu teilen. Gleiche Rechte unter den zusammenarbeitenden Gruppen oder eine angemessene Aufgabenteilung standen für die Mitglieder der PIF und der Befreiungsfront (OF) nie zur Debatte.

Darum kündigte der Slowenische Volksbefreiungsausschuss (SNOO) am 16. September 1941 die Verhinderung von Operationen sämtlicher Organisationen und Widerstandsgruppen außerhalb der OF an. Dieser Tag markierte den formalen Anfang des Bürgerkriegs und Jahrzehnte versteckter kommunistischer Schuld.

Die Bestimmungen vom 16. September 1941 wurden auf der zweiten Sitzung des Slowenischen Volksbefreiungsausschusses am 1. November 1941 um weitere sieben Artikel ergänzt. Am 21. Dezember kamen schließlich Artikel 8 und 9 hinzu. Diese neun Artikel galten als die „neun Grundartikel“ der OF. Sie stellten ihr Programm dar, das bis zum ersten Kongress der OF im Juli 1945 in Ljubljana Bestand hatte. Wie jedoch aus den Akten des VOS hervorgeht, sind die genannten Bestimmungen selbst von

geringer Bedeutung, da sie die Rechtmäßigkeit des Handelns beweisen sollten und somit nur einer Alibifunktion dienten. Die vorrangige Aufgabe sahen die Kommunisten nicht in der Eliminierung von Verrätern, sondern darin, Personen, die auf der antikommunistischen Seite standen und eine Gefahr für ihre Ziele und die „soziale Revolution“ darstellten, für sich zu gewinnen. Die Schuld des Einzelnen spielte keine Rolle, nur, ob jemand der KP dabei im Weg stand, die gesteckten Ziele zu erreichen. Entscheidend war der Glaube der Menschen an die Schuld der liquidierten Person, ansonsten hätte die Gefahr bestanden, dass Widerstand gegen die nationale Befreiungsbewegung aufkommt.

Zuerst erklärte sich das Oberste Plenum per Dekret zum Slowenischen Volksbefreiungsausschuss. Das Dekret enthielt drei Artikel, von denen der zweite am wichtigsten war, denn er rechtfertigte die Vorrangstellung der OF als oberste Autorität. Daraus ergibt sich die Frage, wer die OF und ihre konstitutiven Machtgruppen waren, dass die OF im Namen des Volkes sprechen und handeln konnte? Während des Krieges war es unmöglich, eine Wahl oder eine Volksabstimmung durchzuführen. Die rechtmäßigen Vorkriegsparteien bzw. ihre gewählten Vertreter – die Einzigen, die das Recht hatten, die Bevölkerung aufzurufen – waren in der Befreiungsfront nicht vertreten. Im Plenum der OF gab es neben der Kommunistischen Partei „nur Splittergruppen ehemaliger politischer Parteien und nicht die konservative katholische Seite, die zweifelsohne einen wichtigen Teil des Volkes darstellte“, schrieb France Bučar. Die OF vertrat nur eine bestimmte Meinungsrichtung in Ljubljana und Umgebung. Der Standpunkt der ländlichen Regionen fand nirgends Widerhall. Völlig unberücksichtigt blieben die Gebiete, die unter deutscher und ungarischer Besatzung standen. Folglich repräsentierte die OF nicht die Mehrheit des Volkes, obgleich die meisten Slowenen der Besatzung feindlich gegenüber standen. Die KP, die die Pläne der OF diktierte, handelte vor dem Krieg in der Illegalität. Zu Kriegsbeginn hatte die KPS ca. 1280 Mitglieder, nach anderen Angaben etwa 1000. Damit war sie objektiv zu schwach, um sich selbst in die erste Reihe zu drängen und die Bevölkerung anzusprechen. Da sich die Kommunistische Partei dieses Problems bewusst war, versteckte sie sich anfangs auf der Grundlage der erweiterten OF hinter dem von der Allgemeinheit getragenen Ziel der Befreiung und nahm eine vorsichtige Beobachterposition ein, um die OF als Frontorganisation in den Vordergrund zu rücken. Die Menschen waren begeistert von der Idee eines Sammelpunktes für den Widerstand. Die meisten Slowenen waren den Besatzern gegenüber feindlich eingestellt bzw. lehnten sie ab. Doch plötzlich trat eine Organisation auf den Plan, über die sie wenig wussten, die aber versprach, alle „für die freiheitsliebenden slowenischen Kampfeinheiten unabhängig von ihrem politischen Standpunkt und ihrer weltanschaulichen Überzeugung“ zu mobilisieren. Die Ausrichtung der OF war nicht automatisch deckungsgleich mit der der KP. Die Menschen erkannten zunächst nicht einmal, dass



die KP in der Organisation eine Vorrangstellung innehatte. Darum wurde die OF zu einem Symbol des Befreiungskampfes. Die Gründung einer Organisation wie der OF galt als rechtmäßig, während anderen politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen das gleiche Recht abgesprochen wurde. Wer sich den Grundsätzen der von den Kommunisten geführten OF nicht anschloss, hatte gemäß dem entsprechenden Artikel nicht das Recht, Widerstand gegen die Besatzung zu leisten. Nicht kommunistische Gruppierungen in der OF, die von der Partei als „Bündnispartner“ im Sinne des russischen Bürgerkriegs bezeichnet wurden, spielten in Wahrheit eine völlig untergeordnete Rolle. Die Partei – im leninschen Sinne – verwendete sie als Werkzeug. Anfangs wären die Kommunisten ohne die „Bündnispartnern“ nicht erfolgreich gewesen, weil diese für die Partei eine erweiterte Plattform boten. Als die Kommunisten die Lage unter Kontrolle hatten, wurden die „Bündnispartner“ nicht mehr gebraucht, und sie mussten die Dolomiti-Erklärung unterzeichnen, mit der sie praktisch kapitulierten.

Mit diesem Dekret konnten die Führer der OF, denen es augenscheinlich nicht um den Widerstand gegen die Okkupation an sich ging, sondern um die Schaffung der Grundlagen für eine kommunistische Revolution, den Widerstand traditioneller Parteien jedoch kaum behindern. Bereits Ende August 1941 erklärte der Organisationssekretär des ZK der KPS Tone Tomšič daher unmissverständlich: „Es irren all jene, die da dachten, die große Befreiungsfront des slowenischen Volkes sei ohne die starke Organisation der slowenischen KP möglich.“

Sämtliche Aktivitäten und damit auch der Widerstand erfolgten aus „Eigennutz“ und waren nur auf die nationale Befreiung ausgerichtet, sofern sie nicht im Rahmen der OF unter Führung der Kommunisten und des Partisanenheeres erfolgten. Neben der Todesstrafe wurden andere Strafen verhängt: die Konfiszierung sämtlichen Eigentums, die Zerstörung von Eigentum, „nationaler Boykott“ (Ausschluss aus der Gesellschaft). Das „Schutzdekret“ sah geheime Sondergerichte vor, ließ aber offen, wie diese errichtet werden sollten, wer dafür ernannt werden sollte und wie sie zu handeln hätten. Ihren Urteilen nach handelte es sich um eine „typische Form revolutionärer Justiz, die ständige Wachsamkeit seitens der politisch Verantwortlichen, die Integrität der Mitglieder des Gerichts und die Fähigkeit, Informationen über kriminelle Vergehen ordnungsgemäß zu bewerten, verlangt.“ Diese Aussage verdeutlicht bereits den wahren Charakter der Urteile. Opfer wurden von der Parteiführung und nicht vom Vollzugsausschuss der OF bestimmt. Er gab lediglich Befehle hinsichtlich des Personenkreises, aus dem der Geheimdienst VOS als Vollzugsorgan der Partei die entsprechenden Opfer auswählte. Betrachtet man die veröffentlichten Fälle, so waren die Anschuldigungen sehr allgemeiner Art. Auf konkrete Beweise wurde verzichtet. Die Anschuldigungen wurden von den Erfordernissen

der Revolution diktiert. Die Grundsätze des Rechtsstaats bzw. humanitärer Akte wurden nicht berücksichtigt. Zweck der „Liquidierungen“ war nicht die Ahndung einer bestimmten Tat, sondern die Entmutigung und Einschüchterung anderer. Erst nach der Entscheidung des Vollzugsausschusses der OF am 31. Juli 1942 wurde in den „befreiten Regionen“ – Regionen, die die Italiener verlassen hatten und in die anschließend Partisanen einmarschierten – eine juristische Sonderkommission eingerichtet. Sie sollte auf der Grundlage des „Schutzdekrets“ Urteile fällen, konnte aber aufgrund der intensiven Kampfhandlungen nicht ordnungsgemäß arbeiten. Nach 1943 wurden den Militärgerichten einige Verbrechenfälle im Rahmen des „Schutzdekrets“ überlassen. Aber diese Revolutionsgerichte stützten sich ebenfalls auf Berichte des VOS. Im Herbst 1943 nahmen ihre Vertreter die Berichte der Geheimpolizei über die angebliche Schuld der Beschuldigten ohne weitere Prüfung an.

Der VOS war bis 19. Februar 1944 tätig. Er wurde schließlich auf der ersten Sitzung des SNOS (Slowenischer Volksbefreiungsrat) in Črnomelj aufgelöst. Nachfolgerin des VOS wurde die Abteilung für Volksschutz („OZNA“). Obgleich der VOS die Bezeichnung OF führte (VOS OF) – wodurch die Zuständigkeit der Partei für die OF zum Ausdruck gebracht werden sollte und gleichzeitig dokumentiert wurde, dass er dem Befreiungskampf (NOB) des ganzen Volkes diene – handelte es sich eigentlich um ein exklusives Organ der Partei. Die Befreiungsfront identifizierte sich nicht mit dem VOS. Angehörige des VOS waren ausgewählte Mitglieder und Kandidaten der KP und der kommunistischen Jugendorganisation SKOJ. Der VOS war dem Zentralkomitee der KPS direkt und alleinig unterstellt und diene ausschließlich der Partei. Er enthielt den „Bündnispartnern“ bestimmte Informationen vor und schrieb später zensierte Sonderberichte für sie.

Der VOS war in drei Abteilungen unterteilt: Allgemeiner Nachrichtendienst, Sondernachrichtendienst und Sicherheitsdienst. Der Sicherheitsdienst war ein Art Exekutivorgan des Nachrichtendienstes. Die Einheiten waren militärisch organisiert und Aktionen (Sabotageakte und Liquidierungen) wurden nach genau festgelegten Plänen durchgeführt. Die Einheiten bestanden aus Aktivisten, die angeblich mutig und besonnen, aber nicht kopflos und rücksichtslos waren, aber geeignet und bereit für individuelle bewaffnete Kampfhandlungen. Der Sicherheitsdienst führte in Ljubljana Hausdurchsuchungen bei offensichtlichen Feinden der kommunistischen Partisanenbewegung durch, stahl ihre Unterlagen und Akten, zerstörte Druckereien, raubte Waffen, Ausrüstungen und Geld, und vor allem liquidierte er Personen.

Bis Ende 1941 hatten einhundert Menschen ihr Leben verloren. Sie wurden wegen angeblicher Denunziationen und Verrat erschossen. Nicht nur in Ljubljana, sondern im ganzen Land wurden



Menschen gezwungen, sich den Partisanen anzuschließen. Die Gründe für die in dieser Zeit massiv ansteigende Gewalt lagen in der Überzeugung der Kommunistischen Partei, der Krieg würde 1942 entschieden werden. Während des Krieges wurden viertausend Zivilisten von den Partisanen getötet. Dabei handelte es sich um Personen, die die ideologischen Feinde der Partei verkörperten. So tötete der VOS in Ljubljana 1942 unter anderem den Vorsitzenden des Verbandes der Gewerbetreibenden, August Praprotnik, die Akademiemitglieder Franc Župec und Jaroslav Kikeljan sowie Professor Lambert Ehrlich. Zu den letzten Großaktionen in Ljubljana zählte die Liquidierung des Ljubljanaer Polizeibeamten Kazimir Kukovič am 8. Oktober 1942 und des ehemaligen Ban (politischer Führer) Marko Natlačen am 13. Oktober. Aber es wurden nicht nur Gegner der OF liquidiert, sondern auch Verbündete. Offensichtlich versuchte man den Boden für die spätere kommunistische Übernahme zu bereiten.

IV. ERRICHTUNG DER KOMMUNISTISCHEN HERRSCHAFT IN SLOWENIEN

Die Zeit der schlimmsten kommunistischen Repressionen nach dem Krieg ist in zwei Phasen zu unterteilen: Erstens muss an den blutigen Kampf gegen die slowenische Land- bzw. Heimwehr („Domobranci“) und andere Angehörige der bewaffneten antikommunistischen Einheiten, die teilweise aus Kollaborateuren bestanden, die Eliminierung einiger der bekanntesten Antikommunisten und Großunternehmer (z. B. des Kulturaktivisten Narte Velikonja oder des Industriellen Josip Benko) und den Kampf gegen die deutsche Minderheit auf slowenischem Gebiet erinnert werden. So befanden sich im Herbst 1945 über 3500 Deutsche aus der Untersteiermark und Prekmurje in Gefängnissen oder Lagern. 7400 bis 9000 „Volksdeutsche“ und Slowenen, die im Krieg auf der Seite der Deutschen gestanden hatten, wurden zwischen 1945 und 1946 von den slowenischen und jugoslawischen Behörden deportiert. An diese Phase schloss sich die Zeit von August 1945 bis Mitte der 1950er Jahre an, in der der Terror nachließ.

Bei Kriegsende im Mai 1945 zog sich die slowenische Heimwehr, zu jenem Zeitpunkt offizieller Teil der slowenischen Armee, gemeinsam mit vielen Zivilisten (ca. 6000) aus dem (österreichischen) Kärnten zurück. Sie begaben sich in das vom britischen 5. Korps der 8. Armee besetzte Kärnten. Der Rückzug der slowenischen Heimwehr erfolgte vom 8. bis 13. Mai 1945. Die Briten internierten sie in Vetrinjsko polje (Viktring) in der Nähe von Klagenfurt in Militär- bzw. Flüchtlingslagern. Interessanterweise führten die Briten die antikommunistischen Einheiten

(Tschetniks, Heimwehrangehörige aus Primorska), die sich nach Friaul zurückzogen, nicht nach Jugoslawien zurück.

Die britischen Behörden begannen am 24. Mai, verschiedene Gegner der Kommunisten (Angehörige der Heimwehr, Tschetniks, Ustascha-Angehörige, kroatische Landwehr) nach Jugoslawien zu überstellen. Dies betraf 11 000 slowenische Soldaten (vor allem Angehörige der Heimwehr) und etwa 600 Zivilisten. Einige Historiker führen sogar die noch höhere Zahl von ca. 13 000 Personen an. Die Briten versicherten den betroffenen Personen, man würde sie lediglich in die Lager in Italien überstellen. Obgleich die antikommunistisch eingestellte militärische und politische Führung Sloweniens bald entdeckte, dass die Heimwehrangehörigen nach Jugoslawien überstellt worden waren, unternahm sie praktisch nichts. Man ließ sich wahrscheinlich vom fast blinden, während des Krieges gewachsenen Vertrauen in die politische und militärische Macht der Briten leiten. Man konnte sich nicht vorstellen, ein Land mit einer langen demokratischen Tradition und vornehmem Benehmen würde sie an die jugoslawischen Kommunisten ausliefern und nicht an demokratische Behörden.

Bei ihrer Rückkehr nach Jugoslawien wurde die Heimwehr in drei Gruppen unterteilt: A (Jugendliche), B (mobilisiert ab 1945) und C (Übrige). Alle Personen in Gruppe C sowie die Mehrheit von Gruppe B wurden umgehend getötet. Nur aus dem Lager Teharje wurden ab September 1945 400 Jugendliche freigelassen wurden, von denen aber viele nie zu Hause ankamen, weil ihnen auf dem Weg in die Heimat verschiedene Gruppierungen und Milizen auflauerten und sie umbrachten.

Unmittelbar nach der Rückkehr der Heimwehr („Domobranci“) begann der Massenmord, der von der jugoslawischen OZNA mit Hilfe des KNOJ durchgeführt wurde. Der Befehl zur Ermordung der Rückkehrer kam zweifelsohne von der höchsten Instanz der Partei. Gefangene wurden zu Erschießungsplätzen geführt und üblicherweise mit einem Nackenschuss getötet und dann in Karsthöhlen, natürliche Klüfte, Bergwerksschächte oder Panzergräben geworfen. Bislang wurden über fünfhundert Nachkriegsmassengräber in Slowenien entdeckt. Die Mehrzahl der Heimwehrangehörigen wurde in Kočevski Rog, in aufgegebenen Bergwerksgruben in der Region Zasavje (Trbovlje, Hrastnik), in Panzerabwehrgräben in der Nähe von Celje bzw. in Klüften in der Nähe von Ljubljana gefunden. Die meisten Liquidierungen erfolgten im Juni 1945.

Bislang ist die genaue Zahl der von Partisanen am Ende des Kriegs liquidierten Heimwehrangehörigen nicht bekannt. Die damaligen kommunistischen Behörden erstellten eine Liste, die jedoch Mitte der 1980er Jahre auf wundersame Weise verschwand. Nach den während der politischen Emigration



*Kriegsgefangene im Lager Šentvid, Sommer 1945
(Quelle: Museum für Neuere Geschichte Sloweniens).*



*Bergleute im Bergwerk Trbovlje, 1959. Ein Jahr zuvor kam es hier zum ersten Streik
in der Geschichte des sozialistischen Jugoslawiens (Quelle: Bergbaumuseum Trbovlje).*



*Von Partisanen im Mai 1945 getötete Kriegsgefangene, Exhumierung bei Lesce 2006
(Foto: Pavel Jammik).*



*Das Slowenische Nationalzentrum in Triest wurde von den Faschisten am 13. Juli 1920 niedergebrannt
(Quelle: Museum für Neuere Geschichte Sloweniens).*



*Erschießung von Geiseln bei Smednik, 22. August 1941
(Quelle: Museum für Neuere Geschichte Sloweniens).*



*Projugoslawische Kundgebungen in Triest, Juni 1945
(Quelle: Museum für Neuere Geschichte Sloweniens).*



*Einzug von Partisaneneinheiten in Ljubljana, 9. Mai 1945
(Quelle: Museum für Neuere Geschichte Sloweniens).*



*Italienisches Konzentrationslager auf der Insel Rab
(Quelle: Museum für Neuere Geschichte Sloweniens).*



*Deportation der Familie Strehar aus Koren bei Krašnja, 8. Juli 1942
(Quelle: Museum für Neuere Geschichte Sloweniens).*



*Gefangen genommene Partisanen in Celje, 1942
(Quelle: Museum für Neuere Geschichte Sloweniens).*



*Arbeitslager für politische Gefangene auf der Adria-Insel Goli otok, um 1950
(Quelle: Museum für Neuere Geschichte Sloweniens).*



*Politische Schauprozesse gegen Kommunisten der Vorkriegszeit bzw.
Aktivisten der antifaschistischen Befreiungsfront – die so genannten „Dachauprozesse“
(Quelle: Museum für Neuere Geschichte Sloweniens).*



Feier der slowenischen Unabhängigkeit, Ljubljana, 26. Juni 1991.



Mitglied der Slowenischen Territorialverteidigung während des 10-Tage-Krieges in Slowenien.



Jugoslawische Soldaten bei Trzin während des 10-Tage-Krieges in Slowenien.



Demonstrationen für politische Freiheit, Ljubljana 1989.



gesammelten Zahlen beträgt die Zahl der Opfer ca. 11 720. Dabei sind auch jene Menschen zu berücksichtigen, die nicht nach Kärnten zurückkehrten, weshalb die neuen jugoslawischen Behörden sie zu einem späteren Zeitpunkt inhaftierten oder gefangen nahmen. Deshalb geht man heute allgemein davon aus, dass nahezu 14 000 Heimwehrangehörige und Zivilisten getötet wurden. Auf der Grundlage der bolschewistischen Revolutionsjustiz verübten die kommunistischen Machthaber außergerichtlich juristischen Massenmord auf slowenischem Staatsgebiet, über den nicht geredet werden durfte.

Im Jahr 1945 kam es in Slowenien im Anschluss an die Massenverfolgung von echten und vermeintlichen Spekulanten zu einer Beschlagnahmungswelle. Im Sommer 1945 wurde ein Sondergericht, das „Gericht für slowenische Nationalehre“ eingerichtet. Eine Bodenreform wurde durchgeführt und der von Landeignern und der Katholischen Kirche konfiszierte Grund unter Kleinbauern und der ländlichen Bevölkerung aufgeteilt. Damit gewann man die ärmeren Bauern für die eigene Seite und Sache, doch konnten die kleinen ländlichen Erzeuger den Produktionsausfall nicht wettmachen, der aus der Zerstörung und Verstaatlichung großer Ländereien resultierte.

Der nächste Schritt der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) zur Stärkung und Legitimierung der eigenen Macht war die Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung am 11. November 1945, die eigentlich eine Abstimmung über die künftige gesellschaftliche Ordnung war. Die ersten Wahlen im zweiten Jugoslawien waren gekennzeichnet von Wahlbetrug und der massenhaften Aberkennung von Stimmrechten. Obgleich Frauen nach dem Zweiten Weltkrieg das Wahlrecht erhielten, standen nur Kandidaten zur Wahl, die von der Partei und der politischen Geheimpolizei überprüft worden waren. Die Kommunisten nutzten Wahlen, um ihre Dominanz zu untermauern. In Wirklichkeit wählten die Menschen, ohne ein echtes Wahlrecht zu besitzen. Als demokratisch kann man die Wahlen nicht bezeichnen. Sie erfolgten im Schatten des Drucks auf Andersdenkende und alle, die nicht Mitglied der prokommunistischen „Volksfront“ waren. Die Beobachtung durch die politische Polizei OZNA tat ein Übriges. Zahlreiche Personen, die gegen die neue Macht gestimmt hätten, wurden aus den Wählerverzeichnissen gestrichen. Deshalb war das Wahlergebnis schon im Vorhinein bekannt – und fiel natürlich zugunsten der Kommunistischen Partei aus. Der Staat wollte eine Wahl mit demokratischem Anstrich, aber im Endergebnis war es ein Referendum über die Unterstützung des herrschenden Regimes. In jedem Wahllokal wurden, um den Eindruck zu verbessern, zwei Wahlurnen aufgestellt, darunter eine für die Volksfrontliste. Die andere Urne („blinde Urne“ oder „Witwenurne“) war für all jene gedacht, die nicht für die Volksfront stimmen wollten. Die ersten freien Wahlen der Nachkriegsära fanden in Slowenien erst im April 1990 statt.

Im Juni 1945 kam es zu den ersten Sammelprozessen gegen echte und vermeintliche Gegner des kommunistischen Systems, insbesondere gegen Vertreter von Kooperativen, Banken und der Wirtschaft. Der Staat führte zahllose Prozesse durch, um die Vertreter der politischen Opposition und der Katholischen Kirche zu kompromittieren. In Anlehnung an das sowjetische Vorbild inszenierte die slowenische KP im Sommer 1947 einen großen stalinistischen Schauprozess, den so genannten Nagode-Prozess (benannt nach dem ersten Beschuldigten, Dr. Črtomir Nagode), bei dem fünfzehn Personen des Verrats und der Spionage für die Engländer und Amerikaner beschuldigt wurden. Im Mai 1947 inhaftierte die slowenische Geheimpolizei UDBA 32 Intellektuelle. Sie wurden zwei Monate lang in Ljubljanaer Gefängnissen verhört und gefoltert. Das Politbüro des Zentralkomitees der KPS bezeichnete die Häftlinge der Öffentlichkeit gegenüber als „eine Handvoll Spione, Klassenfeinde und ausländische Söldner, denen es an einer politischen Grundhaltung mangelt, deren Wirken jeglicher politischen Grundlage entbehrt, und die darauf aus sind, die Macht des Volkes zu schädigen“. Am 29. Juli begann der Prozess gegen 29 Beschuldigte, der über Lautsprecher für die Bürger in den Straßen Ljubljanas übertragen wurde. Nach 13 Gerichtstagen wurden drei der Beschuldigten am 12. August zum Tod durch ein Erschießungskommando verurteilt, darunter Črtomir Nagode. Die übrigen erhielten lange Gefängnisstrafen mit Zwangsarbeit. Sämtliche Bürgerrechte wurden ihnen aberkannt. Zwei der Beschuldigten begingen Selbstmord. 1991 revidierte der Oberste Gerichtshof der Republik Slowenien das Urteil gegen Nagode und 14 Mitangeklagte. Es wurde festgestellt, dass der Fall auf falschen Anschuldigungen beruht hatte und es sich um einen unfairen Prozess gegen angebliche westliche Spione gehandelt habe.

Von April 1948 bis Oktober 1949 fanden die so genannten Dachau-Prozesse vor einem Militär- bzw. Kreisgericht gegen ehemalige Häftlinge des KZ Buchenwald und des KZ Dachau statt. Sie wurden der Kollaboration mit der Gestapo beschuldigt. Nach dem Krieg setzten sie angeblich ihre Spionage- und verräterischen Aktivitäten fort und führten Sabotageakte durch. Bei allen Angeklagten handelte es sich um Kommunisten aus der Vorkriegszeit, Aktivisten der OF bzw. Partisanen, einige von ihnen sogar Spanienkämpfer. Andere hatten leitende Stellungen inne, insbesondere in der Wirtschaft. Fünfzehn wurden zum Tode verurteilt (elf exekutiert), drei starben in Untersuchungshaft, zwanzig erhielten lange Gefängnisstrafen. Die politische Elite Sloweniens verwandelte den Prozess gegen die Beschuldigten in ein echtes Medienspektakel. Der Prozess wurde über Lautsprecher und im Radio übertragen. Die Zeitungen berichteten in vollem Umfang darüber. Damit überboten die slowenischen Kommunisten die Führer anderer jugoslawischer Teilrepubliken, denn nirgendwo sonst kam es zu vergleichbaren Vorgängen. In Belgrad wurden Initiatoren solcher Maßnahmen sogar verwarnt.



Fanden zunächst politische Massenprozesse statt, so waren politische Prozesse und Urteile später eher die Ausnahme. Während der gesamten Zeit des Totalitarismus waren an die 25 000 Menschen von politischen Prozessen betroffen, d. h. ca. zwei Prozent der slowenischen Vorkriegsbevölkerung. Zwischen 1948 und 1988 betrug die Zahl der politischen Gefangenen nach offiziellen statistischen Angaben der früheren kommunistischen Behörden an die 6 500, d. h. etwa ein Viertel der gerichtlich verurteilten Menschen. Die eigentliche Zahl lang weit darüber.

Jože Pučnik (1932-2003) wurde wegen seiner Zusammenarbeit mit der Schülerzeitung „Iskanja“ vom altsprachlichen Gymnasium in Maribor relegiert. Das Abitur legte er erst nach seinem Militärdienst 1953 ab. 1958 erwarb er einen Abschluss der Kunstfakultät in Ljubljana. Wegen seiner politischen Kritiken in der Zeitschrift „Revija 57“ wurde er 1958 inhaftiert und zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. 1963 auf Bewährung freigelassen, kritisierte er im Magazin „Perspektive“ das Regime jedoch weiter, sodass 1964 eine erneute Verhaftung erfolgte. Zwei Jahre später emigrierte er nach Deutschland. Da sich die slowenische Geheimpolizei weigerte, ihm die Diplomurkunde auszuhändigen, musste er erneut studieren. 1971 promovierte er und war erfolgreich in der Forschung und als Pädagoge tätig. Ab 1989 spielte er eine Schlüsselrolle im slowenischen Demokratisierungs- und Unabhängigkeitsprozess.

Angela Vode (1892-1985) war eine aktive Intellektuelle, Sonderpädagogin, Frauenrechtsaktivistin und eine der ersten slowenischen Kommunistinnen. 1939 wurde sie aufgrund ihrer Ablehnung des Hitler-Stalin-Pakts aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Sie arbeitete im Zweiten Weltkrieg im Widerstand gegen die Besatzer. Im Juli 1947 wurde sie bei einem stalinistischen Prozess (den so genannten Nagode-Prozessen) zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Am 1. Mai 1953 wurde sie aus der Haft entlassen und blieb bis zu ihrem Tod vom öffentlichen Leben ausgeschlossen. Sie schrieb ihre Memoiren, die 2004 von Alenka Puhar veröffentlicht wurden und die Gemüter der slowenischen Öffentlichkeit erregten. Ihre Memoiren erzählen von der Rechtlosigkeit des Jugoslawiens unter Tito.

Viktor Urbas war Bauer, Gastwirt und Säger. Im Zweiten Weltkrieg unterstützte er die Partisanenbewegung. Nach dem Krieg wandte er sich gegen die Verfolgung der Kirche und die Kollektivierung in der Landwirtschaft. In der Nacht vom 2. zum 3. September 1946 wurde er durch einen Schuss durch die Tür verwundet und dann von Angehörigen der Geheimpolizei ermordet. Die Leiche wurde entfernt. Bis heute ist nicht bekannt, wo er begraben ist. Seine Familie wurde ausgeraubt und jahrzehntelang verfolgt.

Unter den zivilgerichtlich verhandelten Nachkriegsprozessen verdienen die Prozesse gegen die „Kulaki“ (Großbauern), auch bekannt als „Kulak-Prozesse“, besondere Beachtung. Sie waren ebenfalls politisch motiviert und fanden zwischen 1949-1951 statt, als die Kampagne für die Kollektivierung und so genannte „Vergesellschaftung“ in Slowenien ihren Höhepunkt erreichte. Zu dieser Zeit wurden landwirtschaftliche Genossenschaften (KOZ) gebildet – die slowenische Variante der sowjetischen Kolchosen. Die Annahme der genannten Resolution sowie die Kollektivierung in Slowenien und Jugoslawien waren eigentlich Reaktionen der jugoslawischen Staats- und Parteiführung auf Vorwürfe des Kominform, Jugoslawien baue nicht den Sozialismus auf, sondern stärke die kapitalistischen Elemente im jugoslawischen Dorf. Um diesen Vorwürfen etwas entgegenhalten zu können und um ihre Orthodoxie unter Beweis zu stellen, entschied die Führung der KPJ, die private Landwirtschaft abzuschaffen, wozu die Kollektivierung dienen sollte. Die Umsetzung sollte freiwillig erfolgen. Neben intensiver Propaganda für die Mitgliedschaft übten die Behörden auch auf unterschiedliche Weise Druck aus. Am stärksten waren Großbauern betroffen, die nach sowjetischem Modell als „Kulaki“ galten und denen die Hauptschuld an den Fehlern und dem Versagen der Kollektivierung nach den Plänen der Regierung in die Schuhe geschoben wurde. Viele erhielten in Scheinprozessen harte Urteile. Die Beschlagnahmung von Eigentum war beispielsweise eine solche Strafmaßnahme.

Prozesse gegen Bauern mit anschließender Konfiszierung ihres Besitzes wurden auch durchgeführt, wenn diese bei der Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Rückstand gerieten. Zwischen 1945 und 1952 bestand in Jugoslawien ein Rationierungssystem für Lebensmittel. Dementsprechend legte der Staat fest, wie viele landwirtschaftliche Erzeugnisse, Fleisch, Fett usw. abgeliefert werden mussten. Viele Landwirte konnten die geforderten Quoten nicht erfüllen. Da in einigen Fällen den Bauern nach der Zwangslieferung nicht einmal mehr Saatgut zur Verfügung stand, versteckten einige von ihnen einen Teil der Ernte und schlachteten Tiere illegal. Nach den Gesetzen über unrechtmäßiges Schlachten, Spekulation und Wirtschaftssabotage galten sie damit als Saboteure und Spekulanten, wurden vor Gericht gestellt und angeklagt. Generell verkündete das Zivilgericht seltener Konfiszierungsstrafen als das Militärgericht, der slowenische Gerichtshof für die nationale Ehre und die Konfiszierungskommissionen. Nur 1947 erließ das Zivilgericht 290 Urteile über die Konfiszierung von Eigentum.

Mit ihren drastischen Reformen, in deren Verlauf das Privateigentum auf ein Minimum beschränkt wurde, griffen die Kommunisten nachhaltig in den Wirtschaftscharakter des Eigentums ein. Diese Entwicklungen fanden jedoch 1953 ein Ende, als dem Staat klar wurde, dass seine Experimente nicht von Erfolg gekrönt waren. Schließlich wurde für das Eigentum an Boden ein Höchstwert festgelegt (10 ha Land, mit wenigen Ausnahmen bis zu 30 ha), was ein rentables Wirtschaften aber unmöglich machte.



Ende 1945 hatten die kommunistischen Machthaber bereits alle wichtigen Unternehmen unter der falschen Anschuldigung der „Kollaboration mit dem Besatzer“ beschlagnahmt – in vielen Fällen war von den Unternehmen während des Krieges nichts anderes getan worden, als den Betrieb aufrechtzuerhalten. Dabei handelte es sich größtenteils um deutschen Besitz oder um Eigentum von Personen deutscher Staatsangehörigkeit. Für die Enteignung des restlichen Privatbesitzes wählten die Behörden die Strategie der allmählichen Erstickung des privaten Sektors. Nach dem Prinzip „Von Groß zu Klein“ stützte sich die Enteignung von Privateigentum in allen drei Phasen der Verstaatlichung (1946-1948, 1948-1950, 1958-1963) auf ideologische und teilweise auch auf wirtschaftliche Überlegungen: Die Maßnahmen richteten sich gegen Banken, Versicherungsunternehmen, Industrie- und Bauunternehmen, Hotels, Kinos, Baugrundstücke, Häuser, Wohnungen.

Das Schwert der bolschewistischen Revolution war die „Verwaltung für nationale Sicherheit“ (UDBA), die Geheimpolizei der KP (1944 „Abteilung für Volksschutz“ (OZNA), ab 1946 „Verwaltung für nationale Sicherheit“ (UDBA), ab 1969 „Nationaler Sicherheitsdienst“ (SDV)). Sie führte unter Einsatz sämtlicher verfügbarer Mittel einen Bürgerkrieg, um gegen politische Gegner als Feinde des Volkes in der Heimat und im Ausland vorzugehen. Allmächtig und omnipräsent schränkte sie die Gedankenfreiheit ein und errichtete ein totalitäres Regime. 1946 war von je 1200 Einwohnern Sloweniens eine Person Mitglied der UDBA (rechnet man aktive Informanten dazu, entfielen auf einen UDBA-Angehörigen 282 Einwohner). Hunderttausende von Menschen waren der ständigen Spionage und Denunziationen ausgesetzt, wodurch eine Atmosphäre des allgemeinen Misstrauens entstand.

Auch Josip Broz Tito (1892-1980) lobte den Erfolg der OZNA. Er vertrat 1948 die Auffassung, dass die wichtigsten Elemente für den Aufbau des Sozialismus durchgesetzt worden seien. Dazu zählte die absolute Macht im Bereich der nationalen Sicherheit, der Miliz und der UDBA. So verhaftete die UDBA beispielsweise im Jahr 1948 6985 Menschen. Im darauffolgenden Jahr betrug die Zahl 8762. 1947 wurden unter den in Slowenien eingehenden Postensendungen 57 184 Briefe kontrolliert, 1950 waren es 98 000. Dem jugoslawischen Staatssicherheitsdienst gelang es, seine Informanten fast überall einzuschleusen, selbst in die Organisation der Kirche. Die Geheimpolizei der slowenischen Partei wuchs sich zu einem durchstrukturierten expansiven Organismus aus, dessen Fangarme bis nach Triest (Italien) und Österreich reichten. Zum Schein errichtete die UDBA in den genannten Ländern legale Handelsunternehmen, die mit der Sammlung von Informationen

betraut waren. Gleichzeitig wurden mit diesen im formalen Eigentum der Informanten stehenden Unternehmen auch Einnahmen erwirtschaftet. Die UDBA organisierte sogar illegale Geschäfte.

Durch die geheimen und gewaltsamen Aktionen der OZNA und UDBA war es dem Regime auch möglich, die Öffentlichkeit zu terrorisieren. Es versuchte zwar, den Anschein an Rechtsstaatlichkeit zu wahren, in dem viele verschiedene, auch revolutionäre Gesetze und Rechtsdekrete erlassen wurden, die aber eigentlich nur bestätigten, dass es keinen Rechtsstaat gab. Auch die Justiz war der politischen Macht unterstellt, denn die Gerichte wurden zu einem „Organ des Klassenkampfes der Arbeiter gegen ihre Klassenfeinde“.

Nach dem Krieg existierten zahlreiche Konzentrationslager (Teharje, Strnišče in der Nähe von Ptuj, Brestrnica, Hrastovec) und Arbeitslager (Ljubljana, Medvode, Kočevje) sowie Frauenarbeitslager in Rajhenburg und Ferdreg in der Nähe von Kočevje. Viele Verurteilte aus Slowenien wurden auch auf die Insel Goli in der kroatischen Adria geschickt.

Bis Ende der 1950er Jahre gab es an den slowenischen bzw. jugoslawischen Grenzen scharfe Kontrollen, so wie auch an den anderen Außengrenzen zwischen dem östlichen und dem westlichen Block. Nach 1960 wurde weniger scharf kontrolliert, wodurch sich die Zahl der Grenzflüchtlinge verringerte, da Auslandsreisen und Migration aus wirtschaftlichen Gründen gestattet wurden. Davor kam es jedoch zu zahllosen illegalen Fluchtversuchen. Zwischen 1945 und Ende 1959 flüchteten 34 256 Personen aus Slowenien, wobei 26 710 Menschen bei Fluchtversuchen aufgegriffen wurden.

Die Katholische Kirche stellte in Slowenien den größten „Dorn im Fleisch“ des kommunistischen Regimes dar, da sie das einzige Gremium war, dem es gelang, neben der Partei eine eigene Organisationsstruktur aufrechtzuerhalten. Außerdem genoss sie unter der vergleichsweise religiösen Bevölkerung breite Unterstützung. Deshalb wollten die Kommunisten die Kirche einerseits öffentlich verunglimpfen und andererseits ihre wirtschaftlichen Fundamente zerstören. Nur in Slowenien brauchten Priester während des Krieges eine behördliche Genehmigung, wenn sie sich von ihrem Amt entfernten. Dies galt auch für jene, die von den Besatzern deportiert oder in Konzentrationslager überstellt worden waren. Etwa 630 Priester, Mönche, Nonnen und Seminaristen wurden ins Gefängnis geworfen oder in Konzentrationslager eingeliefert. Gegen Vertreter der Kirche wurde eine Vielzahl von Schauprozessen inszeniert. Bis 1961 fanden 429 Prozesse statt (von denen ca. 1000 Priester betroffen waren); 329 der Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen und neun zum Tode verurteilt, wobei vier Todesurteile vollstreckt wurden. Der



wichtigste Prozess gegen die Kirche in Slowenien fand 1946 vor einem Militärgericht in Ljubljana gegen den Bischof von Ljubljana Gregorij Rožman (1883-1959) statt, der 1945 ins Ausland übersiedelt war. Er wurde zusammen mit einer äußerst heterogenen Gruppe von Personen, die nichts Gemeinsames hatten, verurteilt. Darunter befand sich auch SS-General Erwin Rösener. Der Schatten seiner Schuld fiel auf die weniger Schuldbeladenen bzw. die Unschuldigen.

Zeitgleich – Ende der 1940er^{er} und Anfang der 1950er^{er} Jahre – versuchte die jugoslawische Führung eine Art katholische Nationalkirche nach dem Vorbild der Orthodoxen Kirche einzuführen. Die Kirche sollte keine Verbindung zum Vatikan haben, sondern vom kommunistischen Regime abhängig sein. Aus diesem Grund wurden die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan Anfang der 1950er^{er} Jahre abgebrochen.

Die Verfolgung der Kirche fand ihren Höhepunkt im Januar 1952, als der Bischof von Ljubljana, Anton Vovk (1900-1963), in Novo Mesto mit Benzin übergossen und angezündet wurde. Vorher hatte er zahlreiche körperlich belastende Verhöre über sich ergehen lassen müssen. 1952 wurde Weihnachten zum Arbeitstag erklärt und war damit kein landesweiter Feiertag mehr. In Schulen wurde der Religionsunterricht verboten und das Institut für Theologie an der Universität abgeschafft.

Anfang der 1960er^{er} Jahre entspannten sich die Beziehungen zwischen der Katholischen Kirche und der jugoslawischen bzw. der slowenischen Führung allmählich. In der Folge wurden die regulären diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Jugoslawien wieder aufgenommen. Damit wurde das ehemalige Jugoslawien zu einer Ausnahme unter den kommunistischen Ländern: Die Kirche konnte hier im Gegensatz zu ihrer Stellung in anderen osteuropäischen Ländern freier agieren und öffentlich Erklärungen zu gesellschaftlichen und politischen Fragen abgeben. Bis 1990 galten Gläubige jedoch als Bürger zweiter Klasse.

V. BESONDERE MERKMALE DES JUGOSLAWISCHEN KOMMUNISMUS-MODELLS

Typisch für Jugoslawien war der so genannte Kominform-Streit zwischen der jugoslawischen und der sowjetischen Führung, d. h. zwischen Tito und Stalin. Aus diesem Streit erwuchs zunächst

kommunistische Gewalt: Einerseits wollte Jugoslawien seine Korrektheit bzw. Orthodoxie und die Ergebenheit seiner Kommunistischen Partei gegenüber der Sowjetunion durch eine stärkere Kollektivierung unter Beweis stellen. Andererseits begann man mit jenen abzurechnen, die im Streit zwischen Tito und Stalin auf der Seite Stalins standen. Nach den Auseinandersetzungen mit dem Kominform wurden die jugoslawischen Kommunisten zum einen stalinistischer als Stalin, zum anderen versuchten sie durch Selbstverwaltung, die von 1950 bis 1990 das Grundprinzip des Regierens in Jugoslawien bildete, eine Alternative zum administrativen Sozialismus zu schaffen. Das jugoslawische Modell stellte den größten Versuch dar, die sozialistische Selbstverwaltung in die Tat umzusetzen. 1950 wurde das „Gesetz über die Verwaltung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen durch die darin Beschäftigten“ angenommen, womit die Verwaltung der Unternehmen an die Arbeiter übergang. Staatseigentum wurde in gesellschaftliches Eigentum umbenannt. Die gesellschaftliche Selbstverwaltung wurde auf lokale Gemeinden, den Bildungs-, Gesundheits- und Kultursektor ausgeweitet. In der Verfassung wurde 1963 eine aktualisierte Definition der Selbstverwaltung eingeführt.

Die mit der Selbstverwaltung Betrauten waren jedoch nicht in der Lage, das Gewicht der Verwaltung zu schultern, so dass die Macht größtenteils in den Händen der führenden Genossen des Bundes der Kommunisten verblieb. Schließlich öffnete sich Jugoslawien bzw. Slowenien nach und nach dem Westen, denn das Land war aufgrund der äußerst schlechten Wirtschaftslage auf Hilfe von dort angewiesen. Gleichzeitig kam der so genannte Nationalkommunismus auf – Titos Selbstverwaltung – denn nach dem Streit mit Stalin mussten die kommunistischen Ideologen eine „philosophische“ Entschuldigung für ihre Politik finden. Auch wenn dies ein Abweichen vom Stalinismus bedeutete, behielt der neue Weg andererseits bis zum Ende und sogar darüber hinaus alle Merkmale des kommunistischen Totalitarismus bei. Die Folgen zeigten sich zum Teil sehr klar. Nach der ersten Welle der Gewalt, als exemplarische Fälle justizieller Strafen und Kündigungen nur selten auftraten, gewöhnten sich die Gesellschaft bzw. die Menschen an das Leben unter den veränderten Umständen. Zu manchen Zeiten nahm der Druck ab, so beispielsweise Ende der 1960er^{er} Jahre. In den 1970er^{er} Jahren stieg er jedoch wieder an. Die „bleierne Zeit“ brach an, obgleich der jugoslawische Sozialismus zu Beginn der 1970er^{er} Jahre eine letzte Chance hatte, glaubwürdiger zu werden. Dann erschien der so genannte „Tito-Brief“, woraufhin die Partei begann, Liberale und Technokraten zu verfolgen. Schon bald kam die alte Terminologie wieder auf, sodass die Rede war von inneren und äußeren Feinden, feindlicher Emigration und Klerikalismus. In jener Zeit setzte eine allgemeine gesellschaftliche Amnesie und damit der Opportunismus ein. Es war die Zeit, in



der problemlos Darlehen aufgenommen werden konnten, der Lebensstandard anstieg, die Grenzen offen waren und die Menschen Mitglied der Partei wurden, um ihren Frieden zu haben und in Ruhe gelassen zu werden. Auf diese Weise war es möglich, demagogische Kampagnen in der Presse zu vermeiden und eine Inhaftierung, wie sie viele politische Dissidenten traf, zu umgehen. In diese Zeit fällt auch der schnelle Aufstieg eifriger Karrieristen, die nach der Zerschlagung der Liberalen Partei gemeinsam mit den älteren kommunistischen Hartlinern wichtige Positionen übernahmen.

Andererseits galt in den 1970^{er} Jahren die allgemeine Denunzierung von „gesellschaftlich schädlichen Elementen“ als nationale Tugend. Hierbei berief man sich auf die Artikel im Strafgesetzbuch, die sich auf kriminelle Handlungen gegen die gesellschaftliche Ordnung bezogen. Am berüchtigtsten war Artikel 133 über „feindliche Propaganda“, in dem es hieß, ein Bürger könne das Land mündlich, schriftlich oder mittels Zeichen beleidigen. Bis Ende der 1970^{er} Jahre konnte der Staat seine erklärten Grundsätze als die Wahrheit verkünden. Genau in jenem Jahrzehnt entstand der Eindruck, das Wirtschaftsmodell funktioniere und gebe den Menschen die Chance, in größerem Wohlstand zu leben. Aber der wirtschaftliche „Erfolg“, der auf Darlehen basierte (1947 betrug die Schuldenlast Jugoslawiens 2,7 Mrd. USD, 1975 5 Mrd. USD und 1980 18 Mrd. USD), verpuffte nach Titos Tod 1980, als die Unterstützung aus dem Ausland zurückging. Die Wirtschaft begann dahinzudümpeln. Es herrschte Warenmangel, es fehlte an Gütern des täglichen Bedarfs und an Benzin. Streiks begannen, die Arbeitslosigkeit stieg.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die slowenische Partisanenarmee aufgelöst und in die jugoslawische Armee (ab 1951 Jugoslawische Volksarmee) integriert, die zu den Stützen des Tito-Jugoslawiens zählte. Bis 1951 entwickelte sie sich unter dem Einfluss der Sowjetdoktrin. 1958 wurde das Konzept des allgemeinen Volksverteidigungskriegs entwickelt. In der Armee sprach man ausschließlich serbokroatisch. Im Jugoslawien Titos lag die absolute Macht in den Händen der Kommunistischen Partei (die ab 1952 als „Bund der Kommunisten“ firmierte). Parteigenossen hatten alle führenden gesellschaftlichen Positionen inne. Ein typischer Genosse war männlich, hatte einen guten Job oder bekleidete eine Führungsposition, wurde gut bezahlt und genoss weitere Privilegien. Daraus erklärt sich, warum die meisten Parteimitglieder Beamte waren, die wenigsten hingegen einfache Arbeiter und Bauern.

Die herrschende Partei war sowohl Anziehungspunkt als auch Quelle der Enttäuschung. Von 1950 bis 1977 wurden fast 124 000 Mitglieder in den Bund der Kommunisten Sloweniens aufgenommen; 68 000 traten aus oder wurden ausgeschlossen.

Die Partei entwickelte ein auf dem Personenkult beruhendes System, das die Stellung einer politischen Religion hatte: ein menschlicher Gott, neue Feiertage und Rituale (revolutionäres Erbe, Jugendstaffelläufe). Ein besonderes Ritual markierten die Masseninitiationen (Aufnahme in die Pionier-, Jugend- oder Parteiorganisationen) und das Bestreben, bei den Regierungswahlen eine Wahlbeteiligung von 100 % zu erreichen.

In Slowenien bildete sich in den ersten Nachkriegsjahren eine neue Machtelite heraus, die sich zusammen mit der Spitze der wachsenden Zahl von Mitarbeitern in föderativen und teilrepublikanischen Ämtern allmählich zu einer „neuen kommunistischen Klasse“ entwickelte. Die hierarchischen Strukturen waren streng gegliedert. Die Stellung des Einzelnen innerhalb der Macht- und Beamtenstruktur entschied nicht nur über Macht und Einfluss des Betroffenen, sondern auch über seine materielle Stellung und die ihm gewährten Privilegien. Die neuen Machthaber führten ein System der Bezahlung nach Funktion statt nach Qualifikation ein, wodurch es möglich war, Personen zu begünstigen, obwohl sie nicht die entsprechende Ausbildung hatten. Gleichzeitig genossen die vehementesten Verfechter und Anhänger des Regimes zusätzliche Vorteile (Bevorzugung bei der Wohnraumvergabe, Einkauf in Sonderläden, bessere medizinische Leistungen, Nutzung von Luxusferienhäusern, Nutzung von Staatsfahrzeugen usw.). Natürlich stand dies im Widerspruch zu den Prinzipien des Kommunismus und der erklärten Politik der Verringerung von Klassenunterschieden.

Die kommunistische Elite sicherte sich eine ganze Reihe verschiedener Privilegien. Neben Vorteilen in der beruflichen Laufbahn, günstigen Mieten und anderen Möglichkeiten der Erhöhung ihres Lebensstandards erhielten sie auch Immobilien, die beschlagnahmt wurden, weil sie Eigentum von Klassenfeinden waren. So nutzte Josip Broz Tito die Jagdgründe und Residenzen der ins Exil verbannten Königsfamilie Jugoslawiens. Viele andere nutzten konfiszierte Vermögen aus dem sogenannten Föderalen Sammelzentrum, in dem mehrere tausend Gemälde, fast tausend Klaviere, mehrere hunderttausend Bücher, eine große Menge Möbel, Porzellan, Teppiche und andere Gegenstände gelagert wurden.



VI. TYPISCHE FÄLLE VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Das grundlegende Ziel der siegreichen Kommunisten war die Durchführung der bolschewistischen Revolution. Die erste Phase der harten Repression nach dem Sieg der Revolution 1945 war gekennzeichnet von der offenen Unterdrückung der Menschenrechte. Direkte und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in großem Stile waren an der Tagesordnung. Auch Grundfreiheiten wurden oft brutal verletzt. Es war eine von revolutionärer Gewalt und von Terror gekennzeichnete Zeit, die die Partei brauchte, um die Macht zu ergreifen und an Stärke zu gewinnen. Darum begann der Staat beispielsweise, statt des strafrechtlichen Freiheitsentzugs „zeitweilige Aufenthaltsbindungen“ einzusetzen. Sie wurden von einem Verwaltungsorgan über politische Gegner, die in Konzentrationslager gebracht wurden, und über andere verdächtige oder schädliche Personen verhängt, die in entlegene Landesteile geschickt wurden. Damit einher gingen zahlreiche Zwangsvertreibungen. Diese Phase dauerte von 1945 bis 1955. In jener Zeit fußte der Staat auf Mord (Liquidierungen während des Krieges, Massenmord an politischen Gegnern, „Säuberung“ von Klassen- und militärischen Feinden in der Nachkriegszeit, Justizmorde), Raub und rechtlich abgesichertem kollektivem Diebstahl (Beschlagnahmungen während des Krieges und danach, Verstaatlichungen, Bodenreformen, Enteignungen, Konfiszierungen von Eigentum), physischer Gewaltausübung, Verletzung der Ehre und anderer grundlegender Menschenrechte (Polizeiterror, widerrechtliche Festnahmen, Schauprozesse, Zwangsarbeit in Konzentrationslagern, willkürliche politische Interventionen in offiziellen Beziehungen), Angst, Täuschung und Lügen (Indoktrinierung, Manipulierung der öffentlichen Meinung, ideologische Gewalt, Falschdarstellung der Geschichte).

Was das Verhältnis des totalitären Systems zum Grundsatz der Gewaltenteilung betrifft, so glichen das jugoslawische und damit auch das slowenische Verfassungssystem allen anderen totalitären Systemen. Im Gegensatz zur Tradition der europäischen Rechtskultur wurde die Durchsetzung der Menschenrechte nicht gefördert und der staatlichen Macht und ihrer Gewalt keine klaren Rechtsbeschränkungen auferlegt. Damit waren der Willkür Tür und Tor geöffnet. In der Verfassung der Sozialistischen Republik Slowenien wurde das Prinzip der Einheit festgeschrieben, d. h. die Grenzen zwischen Exekutive, Judikative und Legislative waren nicht klar definiert und damit das Verhältnis zwischen Unabhängigkeit, Aufsicht und Zusammenarbeit.

Gemäß dem verfassungsrechtlichen Konzept der Volksdemokratie, das von der kommunistischen Ideologie zwischen 1945 und 1953 definiert wurde, soll das Volk bzw. eine von ihm gewählte Vertretung die Macht im Staat ausüben. Aus praktischen Gründen konzentrierte die kommunistische Elite in Jugoslawien die Macht auf die Regierung, die persönlich mit dem Chef der Kommunistischen Partei verbunden war. Die Partei machte Ausflüchte, als diktierten die Umstände ständige machtvolle Interventionen mit politischen Mitteln und revolutionärem Druck. Darum überrascht es nicht, dass das Parlament nur zweimal im Jahr zusammenkam. Die Regierung übernahm legislative Aufgaben und alle wichtigen Beziehungen wurden per Dekret gesetzlich geregelt. Die Zahl der Dekrete und ihr Inhalt nahmen riesige Ausmaße an. Im Zeitraum 1945-1950 verabschiedete die jugoslawische Regierung 345 Dekrete, zwischen 1950 und 1953 waren es 104. Das Verfassungsgesetz von 1953 verbot solche Dekrete, aber 1953 gab die Regierung 80 weitere aus, 1954 über 40 und in den folgenden Jahren jeweils über 20.

Die Entscheidungen von Verwaltungsorganen unterlagen bis zur Einführung von Verfahren zur Lösung von Verwaltungsstreitigkeiten nach 1952 keiner justiziellen Prüfung. Verwaltungsvorschriften für verwaltungsrechtliche Schritte staatlicher Stellen wurden erst nach 1957 mit der Verabschiedung des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes angewendet.

Im Grundsatz der Einheit der Macht, der in Wirklichkeit auf die monopolistische Machtausübung durch die Kommunistischen Partei und ihr Politbüro hinauslief, war für Gerichte als unabhängige und autonome Staatsorgane kein Platz. Auf Richter wurde unterschiedlich Druck ausgeübt – angefangen von den brutalen Säuberungen des Richterstands und ihrer Umerziehung bis zu späteren raffinierteren Formen der Unterordnung der Judikative. Bereits bei einer Sitzung der vorläufigen Volksversammlung im Juli und August 1945 in Belgrad wurde die politische Eignung von Richtern im Rahmen einer Aussprache über Qualifikationsanforderungen gefordert. Richter konnten Anwälte sein, aber nur unter der Bedingung, dass sie „treu ergeben“ wären. Im Falle der Entscheidung zwischen einem ungebildeten, aber treuen juristischen Laien und einem ausgebildeten Anwalt war Ersterem der Vorzug zu geben. Primäre Aufgabe der Judikative war die Liquidierung politischer Gegner und Feinde und nicht die Lösung von Streitigkeiten mit Rechtsmitteln.

Die Säuberungen unter den Richtern begannen formal mit einem Dekret der revolutionären Machthaber am 31. Oktober 1945 über die Verfügbarkeit aller Staatsbediensteten. Mit diesem Dekret stellten die neuen Behörden ausschließlich Personen ein, die ihnen geeignet erschienen. Andere Richter wurden systematisch umerzogen. Die Hauptaufgabe wurde dem Justizministerium



übertragen, das versuchte, die juristischen Kader fachlich und politisch zu beeinflussen. Äußerst bedeutsam ist eine der Entschließungen, die die Justizministerienkonferenz in Zusammenarbeit mit den Präsidenten der Bezirksgerichte im Dezember 1947 annahm: „Die Gerichte müssen das Kampforgan der Volksmacht werden. In unseren Gerichten müssen wir neue Menschen, neue Kader sozialistischer Juristen mit fortschrittlichen Methoden erziehen“. Damit mussten auch Richter politische Arbeiter sein. Die Rolle der Judikative in der Zeit der Volksdemokratie lässt sich am Besten anhand einer Bemerkung des Präsidenten des Bezirksgerichts Gorica aus dem Jahr 1950 illustrieren: „Die Funktion der Justiz als Teil der vereinten Volksmacht ist in der Übergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus von großer Wichtigkeit, d. h. in der Zeit der Diktatur des Proletariats, wenn die Speerspitze der staatlichen Kräfte auf jene Elemente ausgerichtet ist, die unseren Fortschritt auf dem Weg zum Sozialismus verhindern bzw. beeinträchtigen wollen. Die Gerichte sind auch ein Organ der Volksmacht, das mittels des Strafgesetzes ausbeuterischen Elementen und schädlichen Personen aller Art einen Schlag versetzt hat. Gleichzeitig schützen sie ehrliche werktätige Bürger, damit diese ungestört ihrer Arbeit nachgehen können. Darum ist es wichtig, wie die Gerichte Strafmaßnahmen durchsetzen, die dazu dienen, auf Menschen Einfluss zu nehmen, die Verbrechen begangen haben. Richtig gewählte Strafmaßnahmen sind aus diesem Grunde die beste Waffe in den Händen der Werktätigen, denn sie können auch zu Zwecken der Umerziehung eingesetzt werden“. Mit Hilfe der Strafjustiz verhängten die Machthaber repressive Maßnahmen.

Nach dem Krieg war es politischen Parteien mit Ausnahme der KPJ unmöglich, tätig zu werden, auch wenn manche von ihnen nach dem Krieg noch einige Jahre lang fortbestanden und ihre Aktivitäten gesetzlich zulässig waren. Eine auf politischer Ebene getroffene Vereinbarung über die Tätigkeit von Parteien zwischen Josip Broz Tito und Ivan Šubašić (dem Vertreter der jugoslawischen Exilregierung in London) wurde 1944 im Rahmen der dritten so genannten Belgrader Vereinbarung geschlossen. Ansonsten wurde die Bildung von Parteien nach einem Sondergesetz über Verbände, Versammlungen und öffentliche Zusammenkünfte aus formal-legislativer Perspektive am 25. August 1945 gestattet. Dieses Gesetz war bis 1965 in Kraft und wurde schließlich vom neuen primären Versammlungsgesetz abgelöst. Im Gesetz von 1965 wurden politische Parteien nicht explizit erwähnt, aber auch nicht verboten. Mittels vorläufiger Bestimmungen wurde festgelegt, dass alle bestehenden Organisationen ihre Arbeit fortsetzen können. In der Realität waren andere Parteien jedoch vollständig vom politischen Leben ausgeschlossen und wurden mit repressiven Mitteln brutal unterdrückt. Außerdem muss erwähnt werden, dass die herrschende KPJ bzw. der BdkJ nie

formal-rechtlich registriert wurde und damit keinen legalen Status innehatte. Bezeichnend ist, dass sich die KPJ nach der Machtübernahme 1945 einige Jahre lang des Mittels der Verschwörung und des Komplotts bediente. Verhinderung von Opposition und ihre Unterdrückung standen nicht nur nicht mit der damaligen Verfassung in Einklang, sondern waren auch ausdrücklich widerrechtlich und stellten eine ständige schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte und Vorrechte dar. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg forderten die politischen Führungspersonlichkeiten in Slowenien die genaue Überprüfung der Tätigkeit aller politischen Parteien im Land, die dann von der UDV (Verwaltung der Staatssicherheit) durchgeführt wurde. Zunächst benutzte man gewaltsame Mittel, später raffiniertere Methoden: wiederholte Verhöre, psychologischen Druck, Androhung von Rechtsschritten, Erpressung von Familienangehörigen usw.

Die Machthaber in Slowenien und Jugoslawien duldeten die formale Existenz von Parteien nicht, wie dies beispielsweise in der DDR und in Polen der Fall war. Stattdessen gab es so genannte gesellschaftspolitische Organisationen, vor allem im Rahmen der Sozialistischen Union des arbeitenden Volkes (SZDL). Das Recht auf politische Vereinigung ist eng verwoben mit dem Recht auf Meinungsfreiheit, insbesondere der Pressefreiheit. Wie auch die übrigen kommunistischen Regime in Osteuropa gestattete das kommunistische Regime in Jugoslawien bzw. Slowenien keine Meinungsfreiheit. Die Meinungsfreiheit unterlag der Zensur. Die Partei kontrollierte mit Hilfe von Instituten alle Aspekte des öffentlichen Lebens – man sprach auch von „gesellschaftspolitischer Eignung“ – wodurch die Zuerkennung von Privilegien und die Diskriminierung aufgrund von Weltanschauung bzw. politischen Ansichten und Aktivitäten möglich waren.

In den 1980er Jahren begann man, ein geheimes Amtsblatt zu verbreiten, das jedoch nur bestimmte wichtige Personen erhielten. Die Einführung dieses Geheimblattes stand in klarem Widerspruch zu den damals geltenden verfassungsrechtlichen Grundsätzen und anderen Rechtsvorschriften und widersprach dem Konzept des demokratischen Rechtsstaats. Insgesamt wurden 618 Ausgaben dieses Blatts herausgegeben, während in der gleichen Zeit 817 öffentlich zugängliche Amtsblätter erschienen. Darüber hinaus gab es besondere geheime allgemeine Durchführungsbestimmungen, die nie veröffentlicht wurden und in keinem geheimen Amtsblatt standen. Sie regulierten bestimmte Aspekte im Bereich der nationalen Sicherheit.

In der Sozialistischen Republik Slowenien kam es zu einer besonderen Form von Menschenrechtsverletzungen. Verantwortlich dafür waren die Ausschüsse für allgemeine Volksverteidigung und gesellschaftlichen Selbstschutz. Eingerichtet wurden diese Ausschüsse zum



Zweck der Durchführung von Maßnahmen, Zielen und Aufgaben des gesellschaftlichen Selbstschutzes, für die Bewertung der Sicherheitslage und die Gewährleistung der Durchführung der in der Verfassung festgeschriebenen Aufgaben und Zuständigkeiten des Bundes der Kommunisten zum Schutz der sozialistischen Selbstverwaltung. Die Ausschüsse wurden in Unternehmen, Gemeinden, Bezirken und auf staatlicher Ebene gegründet. Der Vorsitzende des Bezirksausschusses des Bundes der Kommunisten war zugleich Vorsitzender des Bezirks- oder Ortsausschusses für die allgemeine Volksverteidigung und den gesellschaftlichen Selbstschutz. Durch dieses System wurde durch die UDBA und die Partei mittels eines großflächigen Netzes der Geheimpolizei unter Führung der Kommunistischen Partei die Überwachung aller wichtigen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen bzw. aller relevanten Schutzbereiche gewährleistet. Alle Wirtschaftsunternehmen, sozialen Dienste, Vereinigungen und Armeeerkuten wurden unabhängig von ihrem Standort kontrolliert. Die territoriale Organisation bzw. Aufteilung entsprach in großen Zügen der amtlichen Unterteilung in Bezirke und Gemeinden. Im Sicherheitsbereich gab es ein enges Netz von Straßenkommissaren und Mitarbeitern mit Sonderaufgaben. Darüber hinaus unterhielt die Kommunistische Partei überall eigene Basiszellen, die als Grundeinheiten des Bundes der Kommunisten bezeichnet wurden. Sie gab es in allen Wirtschaftsunternehmen, sozialen Einrichtungen (Schulen, Universitäten, Polikliniken, Krankenhäusern, Museen), in der Verwaltung der Teilrepubliken, der Bezirksverwaltung, in Gerichten und unter Staatsanwälten.

Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens und Sloweniens machte mehrfach deutlich, dass man keine Absichten hege, sich vom klassischen leninistisch-stalinistischen Modell abzuwenden bzw. die Art der Machtausübung zu ändern, wenngleich häufig neue Reformen angekündigt wurden, auf die man jedoch verzichtete, sobald sie den Führungsanspruch der Partei in der Gesellschaft bedrohten. Ihre Anhänger galten als Gefahr für das gesellschaftliche System. Der Bund gestattete unter keinen Umständen, dass Autonomie und Dezentralisierung über die Prinzipien des demokratischen Zentralismus gestellt wurden. Auf jeden Fall war der blutige Zerfall Jugoslawiens die Folge der irrigen totalitären Politik des jugoslawischen Nachkriegsregimes.

VII. DIE TRANSFORMATION SLOWENIENS IM ZEITRAUM 1990 - 2000

In April 1990 fanden in Slowenien die ersten freien Mehrparteienwahlen nach dem Zweiten Weltkrieg statt. Die Vereinigte Demokratische Oppositionskoalition (DEMOS) gewann mit

56 % der Stimmen. Die Willensbekundung aller Bürger zur Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Slowenien gehört zu den Schlüsselakten der slowenischen Unabhängigkeit. Bei der Abstimmung am 23. Dezember 1990 sprachen sich 88,5 % der Bürger Sloweniens für die Unabhängigkeit des Landes aus. Das Ergebnis der Volksabstimmung wurde im slowenischen Parlament am 26. Dezember 1990 feierlich verkündet. Am 26. Juni 1991 erklärte das slowenische Parlament Slowenien zu einem unabhängigen Staat.

Nach der Proklamierung der Unabhängigkeitserklärung erklärte die Republik Slowenien den Beitritt zur Europäischen Union zu ihrem obersten politischen und wirtschaftlichen Ziel. Die slowenische Wirtschaft musste reformiert und konsolidiert werden, um freien Handel und die uneingeschränkte Achtung des Rechts auf Privateigentum zu gewährleisten. Die neue Verfassung (verabschiedet im Dezember 1991) sorgte für den Schutz von Privateigentum. In der Folge initiierte der Gesetzgeber einen Prozess der Privatisierung sowie der Entstaatlichung. Der Privatisierungsprozess und insbesondere die Entstaatlichung trafen auf harten Widerstand der ex-kommunistischen Elite. 1992 beantragte Slowenien den Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit der EU, das am 10. Juni 1996 unterzeichnet wurde.

VIII. MITGLIEDSCHAFT IN DER EU UND DER NATO 2000 - 2009

Am 11. November 1996 unterzeichneten Slowenien und die EU ein vorläufiges Handelsabkommen, das am 1. Januar 1997 in Kraft trat. Damit wurde der Handelsaspekt des Assoziierungsabkommens umgesetzt und die Freihandelszone zwischen der EU und Slowenien gestärkt. Am 16. Juni 1997 legte die Europäische Kommission ihren Standpunkt bezüglich der Beitrittskandidaten (Agenda 2000) vor, der für Slowenien positiv ausfiel. Dementsprechend wurden am 13. Dezember 1997 Slowenien und die fünf anderen Mitglieder der so genannten Luxemburg-Gruppe (Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Polen und Zypern) zu Beitrittsverhandlungen eingeladen. Als am 1. Februar 1999 das Assoziierungsabkommen mit der EU in Kraft trat, hatte die Republik Slowenien bereits offiziell einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EU gestellt. Im Rahmen der Verhandlungen musste Slowenien seine Gesetzgebung an den gemeinsamen Besitzstand angleichen und für das Funktionieren des Binnenmarktes sorgen sowie andere vom Europäischen Rat 1993 in Kopenhagen verabschiedete Beitrittskriterien erfüllen. Im Dezember 2002 wurden die Verhandlungen über 31 Bereiche abgeschlossen und Sloweniens Beitritt zur EU vom Europäischen Rat bestätigt.



Im März 2003 änderte die Nationalversammlung die Verfassung, um den Transfer von Souveränitätsrechten des Staats an internationale Organisationen wie die EU bzw. die NATO zu ermöglichen. Die Änderungen ermöglichten auch ein nicht bindendes Referendum vor der Ratifizierung des Beitrittsvertrags durch die Nationalversammlung. Folgerichtig fand am 23. März 2003 eine Volksabstimmung über den EU-Beitritt statt. Die überwältigende Mehrheit der Wähler (89,64 %) sprach sich für die EU-Mitgliedschaft aus. Damit wurde Slowenien am 1. Mai 2004 Vollmitglied der EU. Im Rahmen der genannten Volksabstimmung wurde auch über die Frage des NATO-Beitritts abgestimmt. 66 % der Stimmberechtigten waren dafür, so dass das Parlament am 24. Februar 2004 den Vertrag von Washington ratifizierte. Slowenien wurde am 29. März 2004 Vollmitglied der NATO. Im März des gleichen Jahres schlossen sich slowenische Soldaten der Friedensmission ISAF in Afghanistan an.

Mit der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung am 1. Januar 2007 und dem Beitritt zum Schengen-Abkommen im Dezember 2007 wurde die Integration der Republik Slowenien in die Europäische Union abgeschlossen. In der ersten Hälfte 2008 führte Slowenien den EU-Ratsvorsitz.

Liste der Abkürzungen

BdKJ	Bund der Kommunisten Jugoslawiens
DEMOS	Vereinigte Demokratische Oppositionskoalition
ISAF	Internationale Schutztruppe
KNOJ	Volksverteidigungskorps Jugoslawiens
KOZ	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, die slowenische Variante der sowjetischen Kolchose
KPJ	Kommunistische Partei Jugoslawiens
KPS (KP)	Kommunistische Partei Sloweniens
NDH	Unabhängiger Staat Kroatien
NOB	Nationaler Befreiungskampf
OF	Befreiungsfront
OZNA	Abteilung für Volksschutz
PIF	Antiimperialistische Front
SDV	Nationaler Sicherheitsdienst
SKOJ	Kommunistische Jugendorganisation
SNOO	Slowenisches Nationales Befreiungskomitee
SNOS	Slowenischer Volksbefreiungsrat
SZDL	Sozialistische Union des arbeitenden Volkes
UDBA	Verwaltung für nationale Sicherheit
UDV	Verwaltung der Staatssicherheit
VOS	Sicherheits- und Nachrichtendienst Sloweniens



TSCHECHISCHE REPUBLIK: VON MONOLITHISCHER TOTALITÄRER HERRSCHAFT ZUM DEMOKRATISCHEN MACHTKAMPF

Hynek Fajmon

Tschechische Republik - Česká Republika

Fläche: 78 866 km²

Bevölkerung: 10 209 600 (2007)

Hauptstadt: Prag

Amtssprache: Tschechisch

Währung: Tschechische Krone (CZK)

Staatsform: Parlamentarische Republik

EU-Beitritt: 1.5.2004

I. EINLEITUNG

Die Geschichte der Tschechoslowakei ist eng verbunden mit dem totalitären kommunistischen Regime in der Zeit von 1948 bis 1989. Die in Moskau geplante und in den Ländern mit sozialistischem Regierungssystem, d. h. im sogenannten Ostblock, umgesetzte kommunistische Ideologie wurde in der Tschechoslowakei zu einem Symbol der totalitären Einparteiensherrschaft. Diese setzte den geforderten Gehorsam mit harten und unmenschlichen Strafen gegen die Bürger durch, die das Regime ablehnten. Die Tschechoslowakei wurde zu einem Symbol der vollständigen Verstaatlichung der Volkswirtschaft, begleitet von einem Verbot des privaten Unternehmertums, der Kontrolle der Medien und der Zerstörung menschlicher Werte sowie der demagogischen Verzerrung der Geschichte und der Ereignisse jener Zeit.

Der Übergang von diesem undemokratischen Regime zu einem demokratischen Staatssystem war in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens kompliziert, wobei die gesetzgebende Versammlung dabei keine Ausnahme bildete. In der Tschechoslowakei lag die entscheidende Verantwortung für zukünftige Entwicklungen oft in den Händen der Legislative, die diese Aufgabe in der Zeit von 1990 bis 1992 sehr ehrenhaft erfüllte. In Zeiten, in denen die Regierung nicht sehr aktiv und entscheidungsfreudig war, wurden die entscheidenden Kämpfe um den zukünftigen Inhalt der wirtschaftlichen und politischen Reformen in der Bundesversammlung ausgefochten. Trotz der Tatsache, dass diese Bundesversammlung aufgrund einer ungünstigen inneren Struktur in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkt war, hatte sie dennoch einen entscheidenden Einfluss auf die weitere Entwicklung des Landes, den kein anderes tschechisches Parlament nach ihr hatte.

II. DAS ALTE REGIME

Das totalitäre Regime wurde nach dem Modell des sowjetischen Kommunismus in der Tschechoslowakei eingeführt und war durch folgende Grundzüge gekennzeichnet:

- > die verfassungsmäßig garantierte führende Rolle der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei,
- > die vollständige Verstaatlichung der Wirtschaft,
- > das Verbot privater Unternehmen,
- > die Steuerung der Wirtschaft durch Fünfjahrespläne,
- > die erheblich eingeschränkten Möglichkeiten für Auslandsreisen, insbesondere in das so genannte „kapitalistische Ausland“,
- > die Steuerung der Medien im Interesse des Regimes und eine Blockierung alternativer Informationsquellen,
- > die vollständige Unterordnung der Außenpolitik des Staates unter die Interessen der UdSSR.

Formal gesehen enthielt jedoch das kommunistische tschechoslowakische Regime alle verfassungsmäßigen und rechtlichen Elemente einer zivilisierten Gesellschaft. Der Staat hatte eine niedergeschriebene Verfassung, nach der der Präsident der Republik das Staatsoberhaupt war und in der das aus zwei Republiken bestehende föderative System festgelegt war. Auf Bundesebene gab es einen föderalen Präsidenten, eine föderale Regierung und ein aus zwei Kammern bestehendes Parlament (die Bundesversammlung). Daneben gab es auf nationaler Ebene das tschechische

Parlament (den Tschechischen Nationalrat) und die tschechische Regierung und ebenso das slowakische Parlament (den Slowakischen Nationalrat) und die slowakische Regierung. Diese Institutionen waren zuständig für die Formulierung der Rechtsvorschriften, die auf dem Territorium des Staates in Form von Gesetzen eingeführt wurden. Die Macht der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) wurde gemäß dem bereits Verfassungsartikel über ihre führende Rolle ausgeübt.

In der Praxis fanden alle fünf Jahre Wahlen zu den Volksvertretungen statt, die jedoch in keiner Weise als freie Wahlen zu bezeichnen waren. Die Wähler hatten lediglich die Wahl zwischen einer der folgenden drei Möglichkeiten:

- > in das Wahllokal zu gehen und dort den vorbereiteten einzigen Wahlschein mit den Kandidaten der unter Führung der KSČ stehenden Nationalen Front in die Wahlurne zu werfen,
- > in das Wahllokal zu gehen und dort den vorbereiteten Wahlschein nicht in die Wahlurne zu werfen,
- > überhaupt nicht zur Wahl zu gehen.

Ein Bürger, der die zweite oder dritte Möglichkeit nutzte, musste jedoch mit Sanktionen des Regimes gegen ihn oder seine Familie rechnen. Da sie solche Sanktionen fürchteten, gingen die allermeisten Bürger zur Wahl und wählten mit dem vorbereiteten Wahlschein.

Für die Zukunft sollte sich das föderative Staatssystem als kritischer Faktor erweisen. Die Föderation war das Ergebnis eines politischen Übereinkommens aus dem Jahr 1968. Die oben beschriebene Struktur der Regierungsorgane war, selbst innerhalb des totalitären Systems, recht kompliziert, und die Lebensfähigkeit dieses Systems wurde durch die in der Verfassung verankerte führende Rolle der KSČ garantiert.

Nach der Wiedererrichtung der Demokratie wurde die Schwerfälligkeit der Entscheidungsprozesse sofort zum größten konstitutionellen Problem der neuen Regierung. Das Hauptproblem lag dabei in dem aus zwei Kammern bestehenden föderalen Parlament. Die Volkskammer hatte 200 Abgeordnete und die Kammer der Nationen 150, davon 75 Abgeordnete für die Tschechische Republik und 75 für die Slowakische Republik. Zur Verabschiedung eines Gesetzes war eine einfache Mehrheit in jeder Kammer erforderlich und außerdem die einfache Mehrheit in beiden nationalen Abteilungen der Kammer der Nationen (um eine Dominanz der Mehrheit zu verhindern). Für Verfassungsgesetze wurden noch mehr Stimmen benötigt, so dass dafür die Zustimmung von fast drei Vierteln aller Abgeordneten erforderlich war. Daher kamen solche Gesetze nur sehr schwer

durch das Parlament. Im Grunde genommen handelte es sich hier um ein Dreikammernparlament, ein Erbe, das sich für die kommenden Entwicklungen als sehr unglücklich erwies.

III. DAS NEUE DEMOKRATISCHE SYSTEM

Das Jahr 1989 brachte einen grundlegenden Regimewechsel in der Tschechoslowakei. Allerdings gab es kaum Veränderungen in der Struktur der obersten Verfassungsorgane. Was die Verfassung betrifft, wirkte sich der Regimewechsel lediglich in der Aufhebung von Artikel 4 der Verfassung aus, der die führende Rolle der KSČ garantierte. Die Institutionen Präsident, föderales Parlament, föderale Regierung sowie nationale Parlamente und nationale Regierungen blieben innerhalb des 1968 geschaffenen Verfassungsrahmens unverändert. Dies hatte erhebliche Auswirkungen auf die weiteren politischen Entwicklungen in der Tschechoslowakei, von denen die wichtigste die Beibehaltung der Mindestanzahl von Stimmen für die Beschlussfähigkeit im föderalen Parlament war. Aufgrund des neuen politischen Kräfteverhältnisses wurde dadurch die Arbeit des föderalen Parlaments praktisch blockiert, was innerhalb von drei Jahren zur Teilung der Tschechoslowakei in zwei souveräne Staaten führte.

Das noch aus der Ära des totalitären Regimes stammende System eines föderalen und zweier nationaler Parlamente wurde während der Samtenen Revolution durch den freiwilligen Rücktritt der am stärksten kompromittierten Personen und ihre Ersetzung durch Vertreter der führenden Organisationen der Samtenen Revolution wiederhergestellt. Diese Organisationen waren das Bürgerforum (OF) und seine slowakische Entsprechung, Bürger gegen Gewalt (VPN). Das geschah bereits im Januar 1990. Der Austausch von Personen in den obersten verfassungsgebenden Organen der Tschechoslowakei erfolgte während der Samtenen Revolution zunächst auf föderaler Ebene und kurz danach auch in den nationalen Regierungen. Die Auswechslung der Mitglieder dieser Organe war das Ergebnis eines Übereinkommens zwischen den Vertretern des alten Regimes und den Führungen von OF und VPN.

Das totalitäre System in der Tschechoslowakei basierte auf der in der Verfassung verankerten führenden Rolle der KSČ. Bis 1989 waren von den etwa 15 Millionen Einwohnern des Landes mehr als 1,5 Millionen Mitglieder dieser Partei. Die Kommunistische Partei war nach dem Territorialprinzip organisiert und in fast jeder Stadt und jedem Stadtbezirk, aber auch in den

Betrieben und an den Arbeitsplätzen vertreten. Demzufolge gab es an jeder Schule, in jedem Büro und an jedem Arbeitsplatz lokale KSČ-Organisationen. Fast alle höheren staatlichen Posten waren mit Mitgliedern dieser Partei besetzt. Neben der KSČ gab es in der Tschechoslowakei noch weitere politische Parteien, wie die Tschechoslowakische Sozialistische Partei oder die Tschechoslowakische Volkspartei, die allerdings der KSČ in jeder Hinsicht untergeordnet waren und keinerlei Einfluss auf das grundlegende Funktionieren des Regimes hatten. Die politische Opposition wurde verfolgt und ihre Führer wurden eingekerkert.

Der Wechsel des Regierungssystems in der Tschechoslowakei erfolgte vor allem unter aktiver Beteiligung von zwei Gruppen. Die erste bestand aus Studenten und Gymnasiasten, die zweite war eine Bürgerbewegung, die ihrer Unzufriedenheit Ausdruck verlieh und von Regimegegnern, auch Dissidenten genannt, angeführt wurde. Die Dachorganisation der Revolution war das Bürgerforum. Eine der Hauptforderungen der Revolution von 1989 waren freie Wahlen, denn für die Bürger repräsentierten freie Wahlen die Hoffnung auf eine Veränderung der Lage. Sie folgten damit dem Beispiel der polnischen und ungarischen Bürger sowie anderer mitteleuropäischer Völker, die dies ebenfalls forderten.

Die Forderung nach freien Wahlen bedeutete eine grundlegende Neustrukturierung des gesamten politischen Systems der Tschechoslowakei. Die ersten freien Wahlen fanden im Juni 1990, d. h. siebeneinhalb Monate nach dem Sturz des kommunistischen Regimes, statt. Damit musste die erste nichtkommunistische Regierung der Tschechoslowakei in sehr kurzer Zeit die Frage des Wahlsystems und der Registrierung von Parteien zu den Wahlen lösen sowie einen fairen Wahlkampf und einen korrekten Wahlvorgang sicherstellen. Die politischen Parteien und Organisationen mussten die Aufstellung von Kandidaten, die Gewinnung von Mitgliedern, die Durchführung eines Wahlkampfes, die Erarbeitung von Wahlprogrammen und letztendlich die Bildung einer demokratischen Regierung bewältigen. Alle diese Aufgaben waren in der Tschechoslowakei etwas Neues, mit dem die Bürger keine Erfahrungen hatten. Dennoch wurde diese Situation recht gut bewältigt.

Die erste und in der damaligen Zeit wichtigste öffentliche Frage war, wie mit der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und den anderen politischen Parteien und Organisationen des totalitären Regimes verfahren werden sollte. Grundsätzlich gab es zwei Meinungen zur Lösung dieses Problems. Nach radikaler Auffassung war es nötig, zumindest die KSČ vollständig aufzulösen und ihre Teilnahme an den freien Wahlen nicht zuzulassen. Auf der anderen Seite des Spektrums

meinten moderate Stimmen, eine Teilnahme der KSČ an den Wahlen wäre kein Problem, da sie in jedem Fall die Wahlen verlieren würde. Die Diskussion zwischen diesen beiden Seiten zog sich über einige Monate hin und hat bis heute Nachwirkungen auf das politische Klima in der Tschechischen Republik. Letztendlich wurde dieser Streit wie folgt gelöst:

- > Die in der Verfassung verankerte führende Rolle der KSČ wurde aufgehoben,
- > es wurde ein Gesetz erlassen, das die Organisation politischer Parteien an Arbeitsplätzen und in öffentlichen Institutionen verbot,
- > die Träger des alten Regimes wurden aus der öffentlichen Verwaltung, der Polizei, den Gerichten und anderen staatlichen Institutionen entlassen,
- > es wurde das Überprüfungsgesetz erlassen,
- > alle politischen Parteien mussten sich neu registrieren lassen und sich zu den demokratischen Grundsätzen bekennen.

Im Ergebnis dieser Maßnahmen wurde der Einfluss der KSČ in der Gesellschaft radikal beschnitten, so dass sich die Partei in der gesellschaftlichen Isolation befand. Die anderen politischen Parteien, die während der Zeit des alten Regimes aktiv gewesen waren, wurden intern neu strukturiert und an das demokratische System angepasst. Während sich die Tschechoslowakische Volkspartei, die sich zu einer klassischen christlich-demokratischen Partei wandelte, sehr gut in die neue Situation einfügte, gelang es der Tschechoslowakischen Sozialistischen Partei trotz ihres erheblichen Potenzials nicht, das Interesse der Wähler zu wecken, so dass sie bei den ersten freien Wahlen keinen Sitz im Parlament erringen konnte.

Neben den Parteien des alten Regimes entstanden auch neue politische Formationen. Im Gegensatz zur KSČ waren das Bürgerforum und die politische Organisation Bürger gegen Gewalt nicht sehr gut organisierte Bewegungen mit einer unklaren Mitgliederbasis und einer sich erst allmählich herausbildenden Organisationsstruktur. Trotz dieser Nachteile stellten diese beiden Organisationen die stärksten politischen Kräfte dar, da sie von dem weitaus größten Teil der Bevölkerung unterstützt wurden, was sich auch bei den ersten freien Wahlen sehr deutlich zeigte. Neben diesen Organisationen entstanden noch weitere Parteien, die die neuen Möglichkeiten nutzen und die politische Bühne betreten wollten.

Mit dem Zusammenbruch des totalitären Regimes in der Tschechoslowakei wurde die Errichtung eines neuen Fundaments für das politische System erforderlich. Der wichtigste Grundsatz für das neue



politische System war der freie Wettbewerb zwischen den politischen Parteien in freien Wahlen zum Parlament. Das bedeutete die strenge Trennung aller politischen Parteien vom Staat und die genaue Festlegung der Bedingungen für ihre Registrierung mit dem Bekenntnis zur demokratischen Staatsform als Hauptvoraussetzung, sowie die Festlegung der Regeln für freie Wahlen und den Wahlkampf. Das gesamte System basierte auf der demokratischen Überzeugung, dass diejenigen, die bei Wahlen die Mehrheit der Stimmen der Bürger erhielten, das Land regieren sollten.

Die ersten freien Parlamentswahlen fanden im Juni 1990 nach dem Verhältniswahlrecht statt. Allerdings kam es zu Diskussionen bezüglich des Verhältniswahlsystems, die sich vor allem auf die Frage der Vorzugsstimmen und der unabhängigen Kandidatenlisten bezogen.

Bei der Debatte über die Vorzugsstimmen ging es darum, ob ein Wähler nur für die Kandidatenliste einer politischen Partei stimmen sollte, ohne Einfluss auf die von der Partei festgelegte Reihenfolge der Kandidaten, oder ob er seine so genannten „Vorzugsstimmen“ einzelnen Personen auf der Kandidatenliste geben und damit die Reihenfolge der Kandidaten beeinflussen kann. Diese Diskussion wurde durch einen Kompromiss gelöst, demzufolge je nach Art der Wahl 2-4 Vorzugsstimmen eingeführt wurden.

Bei der Frage der unabhängigen Kandidatenlisten ging es darum, ob auch Kandidatenlisten von politischen Vereinigungen zu Wahlen zugelassen werden sollten, die nicht einer politischen Partei oder Bewegung angeschlossen sind. Die Lösung dafür war der Beschluss, derartige Kandidatenlisten bei den Wahlen zum nationalen Parlament nicht zuzulassen, während bei Kommunalwahlen diese Möglichkeit per Gesetz geschaffen wurde.

IV. DIE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE DEMOKRATISCHEN PARTEIEN

Die Führer der demokratischen Revolution in der Tschechoslowakei sahen sich sehr komplexen Problemen gegenüber. Dazu gehörten auch der Aufbau demokratischer Parteien und die Gewinnung von Mitgliedern für diese neuen Organisationen.

Dabei handelte es sich um eine außerordentlich komplizierte Aufgabe, da die Menschen demokratischen Veränderungen zwar generell positiv gegenüberstanden, ihr Wille zur direkten



Beteiligung im Rahmen von politischen Parteien jedoch recht gering war. Durch die jahrelange Diktatur der KSČ waren Parteimitglieder in den Augen der Öffentlichkeit kompromittiert. Aus diesem Grund gewann die These der sogenannten „unpolitischen Politik“ viele Anhänger unter den Bürgern. Damit war die Möglichkeit gemeint, sich als unabhängiger Politiker, d. h. nicht als Mitglied einer politischen Partei, zu engagieren. Große Unterstützung erhielt diese Art der politischen Arbeit durch Václav Havel, dem ersten nichtkommunistischen Präsidenten der Tschechoslowakei, was den Prozess der Bildung demokratischer Parteien lange Zeit erschwerte.

Somit war die Bildung politischer Parteien von Anfang an sehr schwierig, und auch noch kann dieser Prozess noch nicht als abgeschlossen bezeichnet werden. Dennoch waren buchstäblich Zehntausende Menschen, insbesondere auf kommunalpolitischer Ebene in den Städten und Gemeinden sowie in den Wahlkommissionen bei allen Arten von Wahlen erforderlich, um das Funktionieren des demokratischen Staates, zu dem die Tschechoslowakei wieder geworden war, zu gewährleisten.

Die Kommunistische Partei und die Volkspartei brachten aus der Zeit des totalitären Regimes eine etablierte Parteiorganisation mit, während die Bürgerlich-Demokratische Partei (ODS), die zu einem wichtigen Akteur im rechten politischen Spektrum wurde, ebenso wie die Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD), die sich schrittweise zur führenden linken Kraft entwickelte, auf eine solche Organisation nicht zurückgreifen konnten und 1989 buchstäblich bei null beginnen mussten. Die Bürgerlich-Demokratische Partei trat das Erbe der führenden Kraft der Revolution, des Bürgerforums, an und gewann demzufolge die große Mehrheit der Aktivisten dieser Organisation als Mitglieder. Somit hatte die ODS 1992 bereits rund 22 000 Mitglieder.

Die ČSSD konnte nicht auf diesen Vorteil bauen, aber es gelang ihr, einen großen Teil ihres Parteivermögens zurückzuerhalten, das 1948 vom kommunistischen Regime verstaatlicht worden war. Im Ergebnis dessen erreichte die ČSSD schnell eine starke wirtschaftliche Position und baute davon ausgehend schrittweise eine funktionsfähige Partei aus Reformkommunisten, Mitgliedern der ehemaligen Tschechoslowakischen Sozialistischen Partei sowie verschiedener kleinerer Organisationen auf und hatte 1996 bereits mehr als 15 000 Mitglieder. Dennoch müssen die Mitgliederzahlen dieser beiden Parteien als recht niedrig betrachtet werden, was ihre Funktionsfähigkeit bis heute beeinträchtigt.

Neben der Gewinnung von Mitgliedern und dem Aufbau von Organisationsstrukturen sahen sich die demokratischen Parteien einer weiteren großen Herausforderung gegenüber, der Aufstellung von Kandidaten für die Parlaments- und Kommunalwahlen. Das war eine äußerst komplizierte Angelegenheit, insbesondere aufgrund des Zeitdrucks. Die ersten freien Wahlen zum föderalen Parlament sowie zu den beiden nationalen Parlamenten fanden bereits siebeneinhalb Monate und die ersten freien Kommunalwahlen bereits 12 Monate nach der Revolution statt.

Was die Parlamentswahlen betrifft, so war das Problem von der Anzahl der Kandidaten etwas geringer. Das tschechoslowakische föderale Parlament hatte 350 Sitze, das tschechische Parlament 200 und das slowakische Parlament 150. Für diese insgesamt 700 Parlamentssitze hatte jede Partei die Möglichkeit, eine Kandidatenliste aufzustellen und eigene Kandidaten zu nominieren. Eine realistische Möglichkeit, ins Parlament gewählt zu werden, hatten allerdings nur 6 - 8 politische Parteien und Organisationen. Dennoch war die Aufstellung von mehreren Tausend Personen auf den Kandidatenlisten der politischen Parteien erforderlich.

Die Auswahl und Nominierung der Kandidaten spielte eine besonders große Rolle im Bürgerforum und in der Organisation Bürger gegen Gewalt, von denen erwartet wurde, dass sie die Mehrheit der Abgeordneten des neuen frei gewählten Parlaments stellen würden. Andererseits verfügten diese Gruppen über eine unterentwickelte Organisationsstruktur und Mitgliederbasis, so dass in dieser Situation eine besondere Methode der Aufstellung von Kandidaten gewählt wurde.

Innerhalb des Bürgerforums wurde eine politische Übereinkunft erzielt, wonach 50 % der Plätze auf den Kandidatenlisten mit führenden Politikern der Bewegung besetzt wurden und die restlichen 50 % mit Kandidaten, die bei Vorwahlen in Städten, Kreisen und Regionen ermittelt wurden. Dabei wurden die ungeraden Listenplätze mit führenden Kräften der Bewegung und die geraden Listenplätze mit Aktivisten aus den Städten und Gemeinden besetzt. Dank dieses Systems enthielten die Wahllisten sowohl Persönlichkeiten, die direkt an der Samtenen Revolution beteiligt waren, als auch Bürger, die auf lokaler Ebene aktiv waren. Allerdings war dieses System der Auswahl von Kandidaten nur eine kurzfristige Erscheinung. Bereits bei den nächsten Parlamentswahlen 1992 führte die stärkste politische Partei, die Bürgerlich-Demokratische Partei, parteiinterne Vorwahlen für alle Kandidaten ein, ein System das schrittweise von allen tschechischen Parteien übernommen wurde. Damit müssen sich alle Kandidaten für die Parlamentswahlen zunächst bei ihren Parteikollegen zur Wahl stellen, und nur dann, wenn sie deren Vertrauen gewinnen, können sie in die Kandidatenlisten ihrer Partei aufgenommen werden und um das Vertrauen der Wähler ringen.

Neben der Auswahl der Kandidaten musste aber auch noch die Frage des Wahlkampfes bewältigt werden. Da die letzten freien Wahlen in der Tschechoslowakei 1935 stattgefunden hatten, gab es im Lande keine Erfahrungen auf diesem Gebiet. Die führenden Politiker der neuen Parteien und Bewegungen lösten dieses Problem, indem sie Experten aus Westeuropa sowie aus den USA für verschiedene Wahlkampfveranstaltungen einluden. So wurde in kürzester Zeit die erste Generation tschechischer demokratischer Politiker und Wahlkämpfer geschult.

Wie immer in solchen Fällen zeigte sich, dass das Leben selbst der beste Lehrer ist, und so verbesserte sich mit jeder weiteren Wahl die Qualität des Wahlkampfes. Es wurde aber auch deutlich, dass nicht alles, was aus Westeuropa kam, auch in der Tschechoslowakei funktionierte. Darum wurden einige Wahlkampfmethoden, wie zum Beispiel der Wahlkampf an der Haustür, überhaupt nicht verwendet, während andere, wie große Plakatwände, Wahlplakate mit den Bildern führender Politiker sowie die Verteilung von Handzetteln in Briefkästen, sich während der ersten Wahlkämpfe als sehr effektiv erwiesen. Im Vorfeld der ersten Wahlen waren außerdem Wahlveranstaltungen unter Beteiligung von Schauspielern, Musikern und Politikern sehr erfolgreich. Diese Open-Air-Veranstaltungen zogen viele Besucher an und fanden bei den Wählern ein positives Echo. Später jedoch ging das Interesse an diesen großen Wahlveranstaltungen zurück, so dass bei den heutigen Wahlkämpfen eine Verschiebung hin zu zielgruppenbezogenen Lösungen, Internetauftritten sowie persönlichen Kontakten zwischen Politikern und Wählern zu beobachten ist.

Neben der Aufstellung von Kandidaten und der Durchführung des Wahlkampfes mussten die neuen politischen Akteure auch ihr Angebot an die Wähler in Form eines Wahlprogramms definieren. Auch in diesem Bereich besaß die Tschechoslowakei keine Erfahrungen, sodass die ersten Programmdokumente sehr allgemein und recht deklaratorisch gehalten waren. Erst bei den Parlamentswahlen 1992 erfolgte eine echte Gegenüberstellung von Programmen der demokratischen Rechten und der demokratischen Linken.

Natürlich mussten sich die Wahlprogramme hauptsächlich auf die allgemeine Situation beziehen, in der sich die Tschechoslowakei befand. Sie wurden in den einzelnen politischen Parteien und Bewegungen von einer sehr kleinen Gruppe von Politikern in Zusammenarbeit mit Experten auf den Gebieten Recht, Wirtschaft, Außenpolitik und anderer Bereiche erarbeitet. Allerdings wurde bereits bei den ersten freien Wahlen deutlich, dass das Interesse der Öffentlichkeit an einzelnen spezifischen Vorschlägen in den Wahlprogrammen recht gering ist.



Die Mehrzahl der Wähler war in der Lage und bereit, Politik in Form von einfachen Slogans wahrzunehmen, zu denen die Wahlprogramme umgeformt wurden. Im Wahlkampf 1990 lautete ein solcher Slogan des Bürgerforums „Zurück nach Europa“, was das Bekenntnis des Bürgerforums zur Rückkehr der Tschechoslowakei in die Familie der europäischen Demokratien symbolisierte, zu der sie vor dem Zweiten Weltkrieg gehört hatte. Dieser Slogan symbolisierte jedoch auch die Öffnung der Landesgrenzen für tschechoslowakische Touristen, denen das freie Reisen viele Jahrzehnte lang verwehrt gewesen war. Somit wurde die Wahlkampfparole „Zurück nach Europa“ eine der erfolgreichsten Losungen in der Geschichte der Wahlkämpfe nach 1989.

V. DAS PROBLEM DER KOALITIONSREGIERUNGEN

Wie alle anderen Attribute des demokratischen Lebens war auch die Bildung demokratischer Regierungen in der Tschechoslowakei nach 1989 ein unerforschtes Gebiet. Die erste nichtkommunistische Regierung wurde bereits kurz nach den Massenprotesten der Bürger auf den Straßen tschechoslowakischer Städte gebildet. Allerdings kann diese Regierung noch nicht als demokratisch in engsten Wortsinn betrachtet werden, da die erste wirklich demokratische Regierung aus den ersten freien Wahlen im Juni 1990 hervorging.

Nach diesen Wahlen kam es erstmals zu der Situation, in der sich die tschechoslowakische und die tschechische Politik heute noch befinden, nämlich dass keine politische Partei genügend Stimmen und Parlamentssitze erhalten hatte, um eine eigene Regierung zu bilden. Zum Erreichen einer Mehrheit im Parlament musste daher eine Koalition aus verschiedenen Parteien gebildet werden, die sich an der Regierung beteiligen und sie beim Vertrauensvotum sowie bei der Verabschiedung von Gesetzen unterstützen. Das führt zu dem Problem der Koalitionsregierung, einer Situation, in der Politiker mehrerer Parteien Kompromisspositionen aushandeln müssen, die von einer Mehrheit im Parlament unterstützt werden können. Dieses Problem ist in der tschechischen Politik bis heute aktuell.

Die eigentliche Regierungsbildung fand nach folgendem Verfahren statt: nach den Parlamentswahlen beauftragte der Präsident den Vertreter der stärksten politischen Partei mit der Regierungsbildung, der somit zum designierten Ministerpräsidenten wurde. Dieser Politiker verhandelte daraufhin

mit anderen Parteien, die er auf seine Seite ziehen musste, um eine Mehrheit im Parlament zu erhalten, die die gebildete Regierung und deren programmatische Erklärung unterstützen würde. Das eröffnete Möglichkeiten für personelle und programmatische Kompromisse. Der designierte Ministerpräsident legte dann dem Präsidenten eine Liste der Minister vor, die die Regierung bildeten. Die Regierung verfasste eine programmatische Erklärung und musste innerhalb von wenigen Tagen die Vertrauensfrage im Parlament stellen. Darüber debattierte das Parlament auf seiner nächsten Sitzung und stimmte darüber ab, ob es der Regierung sein Vertrauen schenkt. Dabei zeigte die Abstimmung, welche Abgeordneten die Regierung unterstützten und welche nicht, was die Positionen der Regierungskoalition und der Opposition deutlich voneinander abgrenzte.

Die Schwierigkeiten einer Koalitionsregierung sind im Grunde noch immer die gleichen, auch wenn ihre Erscheinungsformen variieren. Ihr Wesen liegt in der Notwendigkeit, Einigkeit durch Kompromisse zu erreichen, bei denen in der Regel alle beteiligten Parteien von ihren ursprünglichen Programmen abweichen, mit denen sie in den Wahlkampf gezogen sind. Das führt in jeder Regierungspartei zu Spannungen, die sich wiederum auf die Handlungsfähigkeit der Regierung auswirken. Darum sind bei einer Koalitionsregierung Probleme wie Streitigkeiten über die Aufgabenbereiche der einzelnen Ministerien, unterschiedliche Interpretationen getroffener Regierungsentscheidungen u. ä. an der Tagesordnung. Koalitionsstreitigkeiten im Bereich der einflussreichsten Ministerien, d. h. des Innenministeriums und des Verteidigungsministeriums, sowie im Bereich des Geheimdienstes können sich sogar negativ auf die Stabilität der Regierung auswirken.

Diese Probleme im Zusammenhang mit einer Koalitionsregierung sind eng mit den Parametern des Wahlsystems verbunden. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass in einer ethnisch, kulturell und religiös homogenen Gesellschaft das Verhältniswahlrecht unweigerlich zu einer Zersplitterung des politischen Spektrums und der Notwendigkeit der Bildung von Koalitionsregierungen führt. Dagegen führt das Mehrheitswahlrecht meist zur Herausbildung eines Systems mit zwei großen politischen Parteien, die sich in der Machtausübung abwechseln, wobei jede in der Regel eine eigene Mehrheitsregierung bilden kann. Im Hinblick auf die Funktionalität ist dieses System effektiver, und viele Kritiker der tschechischen Politik sind nach wie vor der Ansicht, dass die Tschechische Republik zum Mehrheitswahlrecht übergehen sollte.

VI. PARLAMENT, REGIERUNG UND PRÄSIDENT

Sowohl in totalitären Systemen als auch in der Demokratie findet ein ständiger Machtkampf statt. Allerdings ist die Demokratie mit Instrumenten ausgestattet, die sicherstellen, dass dieser Machtkampf in würdiger und zivilisierter Form und zum Wohl der Bürger und der Gesellschaft als Ganzes erfolgt. Dies wird durch das System der so genannten Gewaltenteilung erreicht, durch die Arbeit der freien Medien, freie Wahlen, den verfassungsmäßigen Schutz der bürgerlichen Rechte und Freiheiten sowie durch andere Systeme der Sicherung und des Ausgleichs.

Die Hauptmerkmale eines demokratischen Systems betreffen die Rolle der wichtigsten Institutionen und deren Beziehungen untereinander. Dazu gehören der Präsident, die Regierung, das Parlament, das Wahlsystem, die Rolle der Gerichte sowie viele weitere Aspekte. In den neuen Demokratien wird über diese Rollen und Beziehungen in der Regel sehr schnell während der ersten Phase nach dem Übergang zur demokratischen Staatsform entschieden. Daher sollte man sich der unterschiedlichen Ergebnisse bewusst sein, die die Festlegung dieser Rollen mit sich bringen kann.

In der Tschechoslowakei und später auch in der Tschechischen Republik war der Kampf um die Festlegung der grundlegenden Rahmenbedingungen für die Demokratie kompliziert und führte letztendlich zur Auflösung der Tschechoslowakei und zur Bildung zweier souveräner Staaten. Der politische Kampf fand in erster Linie zwischen einzelnen Institutionen sowie zwischen verschiedenen politischen Strömungen statt. Schrittweise bildete sich dennoch ein stabiles System heraus, das heute recht zuverlässig funktioniert.

Kennzeichnend für das politische Klima in der Tschechoslowakei und später in der Tschechischen Republik war der harte Kampf zwischen dem Präsidenten und dem Parlament, der in gewissem Maße aber auch recht natürlich war. Der ehemalige Dissident Václav Havel verkörperte die siegreiche revolutionäre Macht. Bereits fünf Wochen nach der Revolution wurde er vom Parlament zum Präsidenten gewählt und hatte dieses Amt – mit einer sechsmonatigen Unterbrechung – insgesamt 13 Jahre inne. In Zeiten dramatischer politischer und wirtschaftlicher Umwälzungen repräsentierte er eine natürliche Autorität, zu der die große Mehrheit der Bevölkerung aufschauen konnte.



Truppeneinmarsch in die Tschechoslowakei im August 1968.



Der Präsident der kommunistischen Tschechoslowakei, Gustáv Husák, mit den übrigen Mitgliedern der KSČ-Führung bei der Kundgebung zum 1. Mai.



Schauprozess gegen Dr. Milada Horáková.



Der Präsident der kommunistischen Tschechoslowakei Klement Gottwald.



Der tschechische Präsident Václav Havel.



Kundgebung zur Unterstützung der Wahl Václav Havels zum Präsidenten der Tschechoslowakei.



Altstädter Ring in Prag am 30. August 2004. Die tschechischen Bürger in Erwartung des EU-Beitritts der Tschechischen Republik.



NATO-Generalsekretär Javier Solana mit dem tschechischen Premierminister Miloš Zeman.

Im Gegensatz dazu besaß das Parlament in den Augen der Bürger nie diese Art von Autorität. Auch das aus freien Wahlen hervorgegangene Parlament wurde im Zuge der sich verstärkenden innenpolitischen Polarisierung sehr schnell unbeliebt. Die Öffentlichkeit war nicht an öffentliche politische Konfrontationen gewöhnt, so dass das Parlament schon bald den Ruf eines Ortes erhielt, an dem die Abgeordneten nur mit ihren Streitereien beschäftigt sind, was es für die Bürger wenig vertrauenswürdig machte.

Allerdings basierte das politische System der Tschechoslowakei bereits seit ihrer Gründung 1918 stets auf dem Prinzip der parlamentarischen Demokratie. Dieses System überlebte in stark eingeschränkter Form sogar das kommunistische Regime und wurde nach der Revolution von 1989 wiederbelebt. In diesem Zusammenhang gab es große Differenzen bezüglich der Aufgabenverteilung zwischen Parlament und Präsidenten. Erst nach der Auflösung der Tschechoslowakei und der Bildung zweier souveräner Republiken mit nachfolgender Annahme zweier neuer Verfassungen wurde dieses konfliktgeladene Verhältnis erfolgreich gelöst, indem die Rolle des Präsidenten eingeschränkt und die Bedeutung des dem Parlament gegenüber verantwortlichen Ministerpräsidenten gestärkt wurde.

In Bezug auf die Exekutive hat das Parlament in einer parlamentarischen Demokratie eine wichtige Kontrollfunktion. Die korrekte und verantwortungsvolle Erfüllung dieser Aufgabe ist seit 1990 Gegenstand ständiger Kritik seitens der Medien und der Öffentlichkeit. Nach 1990 kam es zu einem radikalen wirtschaftlichen Umbau im Land, dessen Kernpunkt die Privatisierung des riesigen staatseigenen Sektors war. In diesem Prozess wurden natürlich auch Fehler gemacht, was wiederum Auswirkungen auf die Tätigkeit der Legislative und ihre Haltung gegenüber der Regierung hatte.

In den Anfangsphasen der Demokratie war das Gleichgewicht in den Beziehungen zwischen Regierung und Parlament unausgewogen. Da die Regierung nicht ausreichend repräsentativ war, wurde ein großer Teil der Gesetzesvorlagen, von denen einige auch maßgebliche Bedeutung besaßen, im Parlament vollkommen umgeschrieben. In einigen Bereichen kam es sehr häufig vor, dass das Parlament völlig die Initiative übernahm und ein Gesetz entgegen dem Willen der Regierung beschloss. Im Laufe der Zeit entwickelte sich diese Beziehung jedoch dahingehend, dass die wesentliche Gesetzgebungsinitiative schließlich bei der Regierung lag. Auch die Stellung der Parteien änderte sich allmählich, so dass ihre einzelnen Abgeordneten nicht mehr in der Lage waren, derart umfassende gesetzgeberische Maßnahmen zu initiieren, wie das noch in der Zeit gleich nach der Revolution möglich war.



Im Zuge der Bildung von Regierungskoalition und Opposition begann sich auch schrittweise eine parlamentarische Kultur herauszukristallisieren. Innerhalb dieser übernahmen vor allem die Oppositionsparteien und ihre Abgeordneten im Parlament eine natürliche Kontrollfunktion gegenüber der Regierung. Es bildete sich eine Praxis heraus, nach der die Abgeordneten der Regierungsparteien im Parlament keine offiziellen Anfragen an „ihre“ Minister richteten. Derartige Anfragen wurden folglich nahezu ausschließlich von den Oppositionsabgeordneten gestellt. Andererseits erlangten die Abgeordneten der Regierungsparteien im Bereich der Gesetzgebung eine sehr wichtige Position und die Möglichkeit, die endgültige Fassung der Gesetze zu beeinflussen. Die Abgeordneten der Opposition hatten diese Möglichkeit im Grunde genommen nie, da ihre Änderungsanträge in den meisten Fällen von der Regierungsmehrheit abgewiesen wurden.

Allgemein gesehen waren jedoch die Beziehungen zwischen der Regierung und dem Parlament von 1990 bis heute sachgerecht. So gab es noch nie ein Misstrauensvotum gegen die Regierung, obwohl derartige Anträge bereits mehrfach gestellt worden sind. Fälle, in denen die Regierung sich während der Legislaturperiode auflöste, wurden im Parlament vernünftig und ohne große Probleme gelöst.

Auch die Beziehungen zwischen dem Parlament und dem Präsidenten nahmen nach 1989 eine recht komplizierte Entwicklung. Der erste Meilenstein war die Wahl des ersten nichtkommunistischen Präsidenten kurz nach der Samtenen Revolution 1989. Gustáv Husák, der letzte kommunistische Präsident, trat nach der Ernennung einer nichtkommunistischen Regierung freiwillig ab. Somit sah sich das alte Parlament, das zu diesem Zeitpunkt noch immer von den Kommunisten kontrolliert wurde, der Notwendigkeit gegenüber, das Amt des Präsidenten neu zu besetzen. Nach einigem Zögern und im Ergebnis von Gesprächen mit der slowakischen Schwesterbewegung Bürger gegen Gewalt nominierte das Bürgerforum Václav Havel, den Führer der Samtenen Revolution, als Präsidenten. In komplizierten Verhandlungen wurde letztendlich eine Einigung erzielt, und Havel trat schließlich im Dezember 1989 sein Amt an.

Im Anschluss an die freien Wahlen von 1990 wurden aufgrund der neuen demokratischen Legitimität erneut Präsidentenwahlen durchgeführt, bei denen Václav Havel in seinem Amt bestätigt wurde. Bereits im Frühjahr 1990 kam es jedoch zu einer Krise in den Beziehungen zwischen dem Präsidenten und dem Parlament, die durch den Antrag des Präsidenten zur Änderung der Staatsbezeichnung ausgelöst wurde. Der Präsident schlug vor, den Begriff „sozialistisch“ zu streichen und zum traditionellen Namen Tschechoslowakische Republik zurückzukehren. Dies

wurde jedoch von den slowakischen Abgeordneten abgelehnt, die schrittweise die Staatsbezeichnung Tschechische und Slowakische Föderative Republik durchsetzten.

Als Reaktion auf die Ergebnisse der Parlamentswahlen von 1992 trat Václav Havel im Juli jenes Jahres als Präsident der Tschechoslowakei zurück. Nach der Auflösung der Föderation, der Bildung zweier souveräner Staaten und der Annahme einer neuen tschechischen Verfassung entschloss sich Václav Havel, für das Amt des tschechischen Präsidenten zu kandidieren und wurde Anfang 1993 für fünf Jahre gewählt. Bei den Wahlen 1998 wurde er in diesem Amt bestätigt, das er bis zum Februar 2003 innehatte.

Seine Amtszeit als Präsident war von Auseinandersetzungen über die Abgrenzung der Aufgaben des Präsidenten gegenüber denen der Regierung und des Parlaments geprägt. Dabei bestanden in folgenden Punkten die größten Meinungsverschiedenheiten:

- > die Rolle des Präsidenten bei der Regierungsbildung (insbesondere die Nominierung des Ministerpräsidenten),
- > die Ernennung der Richter des Verfassungsgerichtes und des Vorstands der Zentralbank durch den Präsidenten.

Diese Streitigkeiten waren teilweise auf eine ungenügende Definition dieser Verfahren in der tschechischen Verfassung und teilweise auf unterschiedliche politische Vorstellungen über die Arbeitsschwerpunkte dieser Institutionen zurückzuführen.

Das Problem des mangelnden Vertrauens der Öffentlichkeit in das Parlament ist ein äußerst komplexes Phänomen, das an verschiedenen, nebeneinander verlaufenden Prozessen zu beobachten ist. Der erste ist der objektiv existierende Rückgang der Wahlbeteiligung bei der Parlamentswahl, aber allgemein auch bei den Wahlen zu allen Volksvertretungen. Dabei handelt es sich um eine sonderbare Entwicklung, wenn man bedenkt, dass die Hauptforderung der Bürger während der Samtenen Revolution die nach freien Wahlen gewesen war. Nachdem die freien Wahlen einmal eingeführt waren, nahm das Interesse an der Teilnahme daran allmählich ab, und bei jeder Parlamentswahl sank die Wahlbeteiligung.nahmen an der ersten Parlamentswahl noch 96,8 % der Wähler teil, so gingen bei den letzten Parlamentswahlen 2002 nur noch 58 % der Wahlberechtigten zur Abstimmung.



Das Vertrauen in das Parlament ist auch sehr eng mit dem komplizierten Prozess des Aufbaus demokratischer Parteien verbunden. In einer freien parlamentarischen Demokratie wird niemand gezwungen, zur Wahl zu gehen, und der Staat kann keine Strafen für die Nichtteilnahme an Wahlen verhängen, wie das in der Zeit des totalitären Regimes möglich war. Im Allgemeinen ist es die Aufgabe der Parteien, Hauptakteure bei den Wahlen zu sein und Programme vorzulegen, die so viele Wähler wie möglich an die Wahlurnen bringen. Das Problem ist allerdings, dass die Öffentlichkeit oft sehr hohe Erwartungen hat, die nicht mit der wirtschaftlichen Realität und den realistischen Möglichkeiten des Staates korrelieren.

Während der Samtenen Revolution und in den ersten Monaten danach herrschte bei den Bürgern die Erwartung, dass die Tschechoslowakei sehr schnell, in einigen wenigen Jahren, einen mit Westeuropa vergleichbaren Lebensstandard erreichen würde. Als diese Vorstellungen mit der Realität konfrontiert wurden, gab ein Großteil der Bürger den Politikern und dem Parlament insgesamt die Schuld für ihre unerfüllten Wünsche.

Die gegen das Parlament gerichtete Kritik kam und kommt noch immer vor allem von den Anhängern nichtdemokratischer politischer Strömungen sowie von Befürwortern des alten Regimes. Diese Kritik ist in der Regel sehr oberflächlich und konzentriert sich auf für die Medien interessante Themen wie Politikergehälter, die Privilegien von Politikern, z. B. kostenlose Reisen, sowie die praktische Ausübung ihrer Arbeit. Auf dieser Grundlage wird auch demagogische Kritik am parlamentarischen System im Allgemeinen geäußert. Das Ergebnis dieser – oftmals auch gerechtfertigten – Kritik ist Frustration bei den Wählern und deren Unwille, zur Wahl zu gehen. Dabei wird dann häufig die Meinung vertreten, die Politiker aller Parteien seien doch gleich und keiner verdiene die Unterstützung der Wähler.

VII. DIE WIRTSCHAFTLICHE UMGESTALTUNG

Die wichtigste aller Veränderungen, die sich in der Tschechoslowakei 1989 vollzogen, war die Abschaffung der Grundlagen des kommunistischen Regimes und die schrittweise Wiedereinführung von Demokratie und Marktwirtschaft. Im Bereich Verfassung und Recht wurde als Erstes die führende Rolle der KSČ abgeschafft und das normale Funktionieren von Parlament und Regierung wiederhergestellt. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurden das Privateigentum und das

private Unternehmertum wieder eingeführt, was mit einer umfassenden Privatisierung aller Bereiche der tschechoslowakischen Wirtschaft verbunden war. Die Außen- und Verteidigungspolitik war von einem schnellen Abzug der sowjetischen Armee sowie der Auflösung des Warschauer Pakts und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe gekennzeichnet.

Die führenden Politiker der neuen Staatsmacht waren von der absoluten Notwendigkeit von Veränderungen in der Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei überzeugt. Die Frage war jedoch, wie dies erreicht werden sollte, wobei die Meinungen der verschiedenen politischen Kräfte erheblich auseinandergingen. Einig war man sich jedoch darin, dass es galt, die Praxis der zentralen Planwirtschaft zu beenden, die Wirtschaft zu öffnen, Privatunternehmen zuzulassen und die in der kommunistischen Ära vollständig verstaatlichte Wirtschaft zu privatisieren. Die Initiative für alle Schritte der Wirtschaftsreformen ging von der Regierung aus, wobei allerdings die Bundesversammlung bzw. die Nationalräte das letzte Wort hatten.

Die neue tschechoslowakische Regierung begann zunächst mit den Reformen, bei denen ein vollständiger Konsens zwischen den Politikern der neuen Staatsmacht bestand. Daher gehörte zu den ersten Maßnahmen der neuen Regierung die Auflösung aller Planungsorgane. In der Tschechoslowakei bedeutete das die Auflösung der Staatlichen Plankommission, die für alle Beschlüsse über Art und Menge der gesamten Produktion zuständig gewesen war, sowie des Föderalen Preisamtes, das die Preise für alle Arten von Waren und Dienstleistungen festgelegt hatte. Auf internationalem Gebiet resultierten die Veränderungen in der Wirtschaftspolitik der früheren kommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas in der Auflösung der totalitären Organisation namens Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, die die Wirtschaftspolitik aller Länder des Ostblocks koordiniert hatte.

Übereinstimmung herrschte auch in der Absicht, nach 40 Jahren erstmals wieder privatunternehmerische Aktivitäten zuzulassen. Im Zuge dessen entstanden in der Tschechoslowakei Anfang 1990 wieder die ersten privaten Läden, denen andere Privatunternehmen folgten. Gleichzeitig rief die Regierung ein Programm zur Privatisierung der tschechoslowakischen Wirtschaft ins Leben. Neben der UdSSR war die Tschechoslowakei das Land in Europa, dessen Wirtschaft am umfassendsten verstaatlicht worden war und in dem ein Privatsektor praktisch nicht existierte. Ziel der neuen Regierung war es, dieses Verhältnis in der Eigentumsstruktur der tschechoslowakischen Wirtschaft grundlegend zu wandeln, denn sie war vom positiven Einfluss der Privatwirtschaft auf die Entwicklung der Wirtschaft überzeugt.



Die Privatisierung erfolgte nach vier verschiedenen Methoden. Die erste Methode wurde „kleine Privatisierung“ genannt. Dabei wurden kleine, bis dahin im Besitz staatseigener Unternehmen befindliche Läden und Firmen in öffentlichen Auktionen verkauft. Die „kleine Privatisierung“ fand insbesondere im Handels- und Dienstleistungsbereich statt und wurde im Großen und Ganzen sehr schnell und erfolgreich durchgeführt. Dabei wurden innerhalb der circa zwei Jahre, in denen diese Methode Anwendung fand, mehrere Tausend Kleinbetriebe privatisiert.

Die zweite Privatisierungsmethode beinhaltete die Rückgabe von verstaatlichtem Eigentum an die ursprünglichen Besitzer. Dabei wurden Unternehmen, die nach dem 25. Dezember 1948 (der Errichtung des totalitären Regimes in der Tschechoslowakei) verstaatlicht worden waren, den ursprünglichen Eigentümern oder deren Nachkommen zurückgegeben. Unter dieses Gesetz fielen mehrere Tausend Firmen, die bis dahin als Staatseigentum geführt worden waren. Auch dabei handelte es sich um eine sehr schnelle Methode, mit der zudem eine Gruppe von Personen entstand, die im Besitz von Immobilien und Betriebsstätten war und in kurzer Zeit in der freien Marktwirtschaft bestehen konnte.

Bei der dritten Methode der Privatisierung, „Coupon-Privatisierung“ genannt, ging es vor allem um große Industrie-, Handels-, Bank- und Agrarunternehmen. Die Regierung stellte ein Verzeichnis von mehreren Hundert Staatsunternehmen zusammen, wandelte diese in Aktiengesellschaften um und verteilte an die Bürger gegen eine sehr niedrige Registrierungsgebühr von 1000 CZK (ca. 40 USD) so genannte „Coupon-Hefte“. Damit konnten Bürger dann Anteile der staatlichen Aktiengesellschaften erwerben, die auf mehreren öffentlichen Auktionen versteigert wurden. Im Ergebnis dieses Verfahrens wurden die staatseigenen Unternehmen in Aktiengesellschaften mit vielen Kleinaktionären umgewandelt. Gleichzeitig wurde eine Börse gegründet und das so genannte RM-System eingeführt, wo diese neuen Aktien gehandelt werden konnten, sodass schließlich ein klassischer Wertpapiermarkt entstand.

Die vierte und im Grunde letzte Privatisierungsmethode war der direkte Verkauf von Unternehmen, der durch die Regierung in Form von verschiedenen Ausschreibungen organisiert wurde. Das erfolgreichste Beispiel einer solchen Privatisierung war der Verkauf von Škoda, des einzigen tschechoslowakischen Automobilherstellers, an die deutsche Volkswagen-Gruppe. Die Methode des direkten Verkaufs wurde allerdings auch für einige Hundert kleinerer Unternehmen angewandt, die in vielen Fällen an ausländische Eigentümer gingen, da in der Tschechoslowakei nicht genügend einheimisches Kapital vorhanden war.

Neben der Privatisierung wurde in der Tschechoslowakei auch eine umfassende Liberalisierung und Deregulierung der Wirtschaft durchgeführt. Dabei erwies sich die Preisliberalisierung als der wichtigste Schritt für die weitere Entwicklung. In der kommunistischen Tschechoslowakei erfolgte eine vollständige Preisregulierung durch das Föderale Preisamt, was bedeutete, dass ein Produzent dort nicht das Recht hatte, den Preis für sein Erzeugnis selbst festzulegen. Dieses Prinzip wurde abgeschafft und durch ein liberales System ersetzt, in dem der Hersteller den Preis seines Produkts oder seiner Dienstleistung auf der Grundlage seiner eigenen Einschätzung der Marktsituation bestimmt. Mit einigen Ausnahmen, wie den Bereichen Wohnungswirtschaft, Wasserversorgung, Strom- und Gasversorgung der Bürger, wurden die Preise völlig freigegeben. Aufgrund der Tatsache, dass die Preise während der kommunistischen Ära künstlich niedrig gehalten worden waren, stieg das Preisniveau nach der Freigabe der Preise anfänglich um etwa 60 %. Mit der Zeit stabilisierten sich jedoch die Preise und die Inflationsrate sank auf etwa 10 % jährlich, um etwa 10 Jahre nach dem Machtwechsel 5 % im Jahr zu erreichen.

VIII. DIE AUFARBEITUNG DES ERBES DER VERGANGENHEIT

In den ersten Jahren nach der Revolution machte die gesetzgebende Versammlung eine zumindest teilweise Aufarbeitung der Vergangenheit möglich. Generell kann gesagt werden, dass kein anderes Parlament eine so große Bereitschaft zeigte, Schritte zur Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit zu unternehmen, wie die Bundesversammlung in den Jahren 1990 - 1992. Die Aufarbeitung des Erbes eines totalitären Regimes ist ein langer Prozess, der in der Tschechoslowakei 1989 begann und bis heute nicht abgeschlossen ist. Rückblickend scheinen die folgenden Maßnahmen der neuen Regierung positive Ergebnisse gebracht zu haben:

> Die Rückgabe von Eigentum war ein auf mehreren Gesetzen basierender Prozess, mit dem Personen, die durch das kommunistische Regime enteignet worden waren, ihr Eigentum zurückerhielten. Die Restitution erstreckte sich sowohl auf Grundstücke als auch auf Immobilien und Firmen. Dank dieses Verfahrens wurden schnell Eigentümer gefunden, die sich sofort intensiv um die Immobilien und Grundstücke kümmerten und so die Grundlage für die Wiedereinführung der Marktwirtschaft legten.

- > Die Überprüfung von Personen war ein gesetzlich geregeltes Verfahren, wonach ehemalige Geheimdienstmitarbeiter, Personen, die mit dieser Institution zusammengearbeitet hatten sowie hohe Beamte des ehemaligen Regimes keine wichtigen Positionen in der öffentlichen Verwaltung einnehmen durften. Das entsprechende Gesetz stellte sicher, dass die öffentliche Verwaltung schrittweise von Spitzenfunktionären des alten Regimes gesäubert wurde. Allerdings bezieht sich das Überprüfungsgesetz nicht auf Wahlfunktionen, was es möglich macht, dass heute noch ehemalige Spitzel des Staatssicherheitsdienstes Abgeordnete des tschechischen Parlaments sind.
- > Die Auflösung der Institutionen und die Aufgabe der Symbole des alten Regimes erwies sich ebenfalls als sehr effektiv. Dabei erhielten im Prinzip alle Institutionen wieder ihre traditionellen Namen aus der Zeit vor dem Beginn der kommunistischen Herrschaft. So wurden die Oberhäupter von Städten und Gemeinden wieder als Bürgermeister bezeichnet, der Begriff „sozialistisch“ wurde aus dem Staatsnamen entfernt und auch die Feiertage und die Inhalte der Lehrbücher in allen Schularten wurden nach und nach geändert.
- > Im Rahmen der außergerichtlichen Rehabilitierung wurden Unrechtsurteile aus der Zeit der kommunistischen Ära juristisch aufgehoben. Diese Aufhebung von Urteilen war mit einer finanziellen Entschädigung für die Haftzeit verbunden. Nach und nach wurden alle Kategorien von Personen, die unter dem totalitären Regime gelitten hatten, entschädigt.

IX. DIE FRIEDLICHE AUFLÖSUNG DER TSCHECHOSLOWAKEI

Die Tschechische Republik hat ihre Entstehung den Slowaken zu verdanken. Das erscheint auf den ersten Blick paradox, entspricht aber den Tatsachen. Schon bald nach dem November 1989 wurde deutlich, dass die Tschechoslowakei für die slowakische politische Elite zu beengend war. Alles begann im Frühjahr 1990, als der Antrag von Präsident Václav Havel zur Entfernung des Begriffes „sozialistisch“ aus dem Namen des Staates in der damaligen Bundesversammlung debattiert wurde. Der Präsident wollte den Staatsnamen in „Tschechoslowakische Republik“ ändern, was jedoch für die slowakischen Abgeordneten nicht akzeptabel war, so dass nach langen Diskussionen die neue, etwas ungelene Staatsbezeichnung „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ angenommen wurde. Mit den Auseinandersetzungen über die Staatsbezeichnung begann der Prozess der Auflösung der Tschechoslowakei, die aufgrund der damals herrschenden politischen Situation meines Erachtens unvermeidlich war.



Treibende Kraft bei der Auflösung der Tschechoslowakei war die slowakische politische Führung. Diese gab den realen Interessen der slowakischen Wähler nach, die von der Zeit zwischen 1968 und 1989 keinesfalls so abgestoßen waren wie die tschechischen Wähler. Die unterschiedliche Wahrnehmung dieser historischen Ära in den beiden Teilen der Föderation war der Hauptgrund für die Trennung. Während die tschechische Gesellschaft dies als eine der schlimmsten Perioden in ihrer modernen Geschichte empfand, erlebte die slowakische Gesellschaft in dieser Zeit einen echten Fortschritt. Die Modernisierung der Slowakei war das Ergebnis des 1968 erfolgten Zusammenschlusses zur Tschechoslowakei und des darauf folgenden massiven Transfers von Mitteln von der Tschechischen Republik in die Slowakei. Außerdem profitierte die Slowakei von ihrer geographischen Lage innerhalb des Warschauer Paktes. So wurden die großen Rüstungsbetriebe dort errichtet, um bei einer angenommenen militärischen Konfrontation an der Grenze zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland nicht verwundbar zu sein.

Die unterschiedliche Wahrnehmung der gemeinsamen Geschichte war ein wichtiger Faktor für die letztendliche Auflösung der Tschechoslowakei. Dies lässt sich am besten auch daran ablesen, welche Personen in beiden Ländern als die wichtigsten Persönlichkeiten der modernen tschechoslowakischen Geschichte betrachtet werden. Während für die Tschechen Tomáš G. Masaryk, der Gründer der Tschechoslowakei, die wichtigste Persönlichkeit des 20. Jahrhunderts darstellt, ist es für die Slowaken Alexander Dubček, der Mann, der den föderalen Zusammenschluss der Tschechoslowakei erreichte. Das ist auch die Quelle für die unterschiedliche Sichtweise auf den Staat, denn die Tschechen haben die Tschechoslowakei immer als ihren Staat betrachtet, mit dem sie sich voll und ganz identifizierten, während die Slowaken dieses Gefühl nicht teilten. Für sie stand immer die Slowakei an erster Stelle, und die Tschechoslowakei war eine Art übergreifender Schutzschirm.

Die verschiedenen Einstellungen gegenüber dem Staat zeigten sich auch im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen vom Juni 1990. Das Bürgerforum gab damals in der gesamten Tschechischen Republik die Wahlparole „Zurück nach Europa“ aus. Die wichtigste politische Kraft der Slowakei, Bürger gegen Gewalt, hingegen trat mit einem anderen Slogan auf: „Guten Tag, Slowakei“. Die Schwerpunkte des Wahlkampfes in beiden Landesteilen zeigten deutlich, dass die tschechischen und die slowakischen führenden Politiker unterschiedliche Ziele hatten. Kurz darauf kam es davon ausgehend zum Zerfall der Tschechoslowakei.

Die Auflösung der Tschechoslowakei erfolgte durch eine Vereinbarung zwischen den politischen Vertretern der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik innerhalb von nur sechs Monaten. Der 1. Januar 1993 wurde als Datum für die Trennung festgelegt. Beide neu entstandenen Republiken wurden zu Rechtsnachfolgern der Tschechoslowakei, was für beide Staaten von großer Bedeutung war. Für die Slowakei war die Rechtsnachfolge der Tschechoslowakei ein Schutz gegen mögliche Forderungen vonseiten Ungarns, und die Tschechische Republik schützte diese Regelung gegen mögliche Forderungen Deutschlands. Die politischen Repräsentanten der neu entstandenen Staaten kamen überein, sich in Fragen ihrer gemeinsamen Geschichte gegenüber Drittländern gegenseitig zu unterstützen. Diese Vereinbarung ist bis heute in Kraft und hat sich in beiden Ländern positiv ausgewirkt.

Die Tschechische Republik betrat die politische Weltbühne am 1. Januar 1993 und ist dort vom ersten Tag an sehr aktiv gewesen. Die mit der Notwendigkeit der Neuverhandlung aller internationalen Verträge verbundenen Probleme konnten in recht kurzer Zeit gelöst werden. Die wichtigsten Abkommen waren dabei die neuen Verträge mit Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft. Bereits kurz nach ihrer Gründung gewann die Tschechische Republik das Vertrauen der internationalen Staatengemeinschaft, was u. a. in der Tatsache zum Ausdruck kam, dass sie 1994 zum nichtständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrates gewählt wurde.

Mit ihrer Entstehung am 1. Januar 1993 begann die Tschechische Republik auf eine Integration in die internationalen Organisationen des demokratischen Westeuropas hinzuwirken. Der erste Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel war die Mitgliedschaft in der NATO 1999 und der letzte Schritt der Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union im Jahr 2004.

Die Slowakische Republik befand sich bezüglich ihrer außenpolitischen Orientierung in einer etwas komplizierteren Situation. Die von Ministerpräsident Mečiar geführten Regierungen entfernten die Slowakei weiter von den demokratischen Institutionen Westeuropas, wodurch die Integration der Slowakei in die OECD und die NATO eine längere Zeit in Anspruch nahm. Die Slowakei wurde im Jahr 2000 Mitglied der OECD und 2004 Mitglied der NATO. 2004 trat die Slowakei dann ebenfalls der EU bei, so dass jetzt beide Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei Mitglied der Familie demokratischer europäischer Staaten sind.



***Milada Horáková**, tschechoslowakische Politikerin, wurde 1950 von den Kommunisten der Konspiration und des Landesverrats beschuldigt und hingerichtet. Sie studierte Jura an der Karlsuniversität in Prag. Gleich nach ihrem Examen, 1926, war sie der Tschechoslowakischen Nationalsozialistischen Partei beigetreten. 1940 wurde sie von der Gestapo inhaftiert und erstmals zum Tode verurteilt. Nach 1945 wurde sie zur Abgeordneten des Parlaments gewählt und 1949 als angebliche Anführerin einer Verschwörung gegen das kommunistische Regime verhaftet. Ihr Prozess wurde von sowjetischen Beratern inszeniert. Am 27. Juni 1950 wurde sie im Pankrác-Gefängnis gehängt.*

***Václav Havel**, Schriftsteller, Dramatiker und ehemaliger Präsident der Tschechoslowakei und der Tschechischen Republik. Sein Engagement im Zusammenhang mit der 1977 veröffentlichten Petition gegen die Menschenrechtsverletzungen, Charta 77, brachte ihm internationalen Ruhm als Führer der Opposition in der Tschechoslowakei ein und führte zu seiner Verhaftung. 1989 wurde er zur führenden Persönlichkeit der sogenannten Samtenen Revolution.*

Verzeichnis der Abkürzungen

KSČ	Komunistická strana Československa Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
OF	Občanské fórum Bürgerforum
VPN	Verejnosť proti násiliu Bürger gegen Gewalt
ODS	Občanská demokratická strana Demokratische Bürgerpartei
ČSSD	Česká strana sociálně demokratická Tschechische Sozialdemokratische Partei



UNGARN: EIN JAHRHUNDERT SCHWIERIGER WANDLUNGEN

György Schöpflin

Republik Ungarn – Magyar Köztársaság

Fläche: 93 030 km²

Bevölkerung: 10 037 800 (2007)

Hauptstadt: Budapest

Amtssprache: Ungarisch

Währung: Forint (HUF)

Staatsform: Parlamentarische Republik

EU-Beitritt: 1.5.2004

I. EINLEITUNG

Der Kommunismus hat in Ungarn tiefe Spuren hinterlassen. Das heutige politische Geschehen kann deshalb nicht ohne Kenntnis des vorangegangenen Systems und der verschiedenen Mentalitäten, die von diesem geprägt wurden, verstanden werden. Um es auf einen kurzen Nenner zu bringen: Das heutige Ungarn ist Austragungsort eines kalten Krieges zwischen diesen unterschiedlichen Mentalitäten, Wertesystemen und ontologischen Vorstellungen. Im Bereich der Politik stellt sich dieser Konflikt als ein Aufeinandertreffen zweier Strömungen dar, die Wirklichkeiten beschreiben, welche nichts miteinander gemein haben. Zu diesem Konflikt kommen als weitere Faktoren noch die formellen und informellen Gepflogenheiten der internationalen Staatengemeinschaft und die Grundprinzipien demokratischen Handelns hinzu. Zusätzliche Komplexität erlangt das Gesamtbild durch das Dilemma der späten Modernisierer (Ungarn hatte 1945 noch einen recht großen Bauernstand), die Spannungen zwischen den heimischen und den von anderen Kulturen übernommenen Werten sowie die Auseinandersetzung mit den Methoden, Bedeutungen und Zielen der Moderne. Sollte die ungarische Moderne überwiegend,



wenn nicht ausschließlich, an den wirklichen oder vermeintlichen universalistischen Kriterien des Westens gemessen oder primär auf der Grundlage der eigenen partikularistischen, nationalen Ressourcen definiert werden? Der Kommunismus stellt sich in diesem Zusammenhang lediglich als ein weiterer Versuch dar, eine fremdartige universalistische Moderne aufzudiktieren. Dies geschah mit ausgesprochener Brutalität, der sich das ungarische Volk aktiv und passiv widersetzte. Aus diesem Widerstand wurden wiederum eigene Wertvorstellungen geboren, die ebenfalls Teil des komplexen Gesinnungsgemenges wurden, mit dem Ungarn 1989 den Zusammenbruch des Kommunismus erlebte.

Das besondere Merkmal der Zeit nach 1989 ist die Widerspiegelung dieser beiden Sichtweisen im parteipolitischen Geschehen. Der partikularistische Ansatz wird vom Mitte-Rechts-Spektrum, der Universalismus von der Linken repräsentiert. Das Ergebnis ist eine ungemein starke Polarisierung, in der beide Seiten derart von der eigenen Rechtmäßigkeit überzeugt sind, dass sie unverhandelbare Positionen einnehmen. Da das kommunistische Erbe zwangsläufig einen Teil des politischen Selbstverständnisses der Linken ausmacht, argumentiert die konservative Mitte, dass es in Ungarn gar keinen wirklichen Systemwechsel gegeben habe.

Das kommunistische Wertesystem mag heute als demokratischer Sozialismus firmieren (wobei die Tatsache, dass der Westen diese Umbenennung akzeptierte, große Schwierigkeiten auslöste), beeinflusst jedoch in Wirklichkeit noch immer die Denk- und Handlungsweise der ungarischen Linken. Die Hauptmerkmale dieses Wertesystems sind der – bis hin zu kompletter Ablehnung reichende - Unwille zu akzeptieren, dass in einer Demokratie politische Macht nicht zum Vorteil einer Parteilite, sondern zum Wohl des Volkes ausgeübt werden muss, dass die formellen und informellen Regeln der Machtausübung einen Sinn haben und nicht dazu da sind, unterlaufen zu werden, dass Korruption und Vetternwirtschaft in einer modernen Demokratie nicht hinnehmbar sind und dass die Linke nicht die Deutungshoheit über Sinn und Bedeutung der Demokratie hat.

Gleichzeitig läuft die Linke Gefahr, ihrer eigenen Propaganda zum Opfer zu fallen, den Unterschied zwischen Wort und Wirklichkeit nicht zu begreifen. Die speziellen Denkschablonen, die sich während der Zeit des Einparteiensystems entwickelt haben, bestehen noch heute fort. Der Unterschied ist lediglich, dass der marxistisch-leninistische Sprachgebrauch durch die Sprache des Marktes und der Globalisierung ersetzt wurde. Es ist auf eine ganz eigene schreckliche Weise faszinierend mit anzusehen, wie Menschen in die Falle einer bestimmten Metasprache geraten können und dadurch ihre Fähigkeit zu eigenständigem Denken verlieren. Um jedoch zu verstehen, wie es dazu kam, müssen wir die Geschichte in die frühen Jahre des 20. Jahrhunderts zurückverfolgen.

II. DIE ERSTE HÄLFTE DES JAHRHUNDERTS

Ungarns Geschichte im 20. Jahrhundert war sowohl von Zäsuren und Entwurzelungen als auch von Kontinuitäten und Restaurationsprozessen gekennzeichnet. Mehr als alles andere jedoch stand in diesem Jahrhundert das Gefühl des Verlusts der Handlungsfähigkeit und der Kampf um deren Wiedererlangung im Vordergrund. Dieser Kampf ist immer noch nicht vorüber.

Der Verlust der Handlungsfähigkeit hat zu einer tiefen Spaltung in der Frage geführt, wie diese Handlungsfähigkeit zurückgewonnen werden sollte – durch uneingeschränkte Nachahmung des Westens, das Markenzeichen des Erfolgs, oder durch das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und Ressourcen. Diese Spaltung, die ihren Ursprung in der Zeit nach 1867 hat, spiegelt sich im parteipolitischen Geschehen wieder. Die Linke plädiert für die uneingeschränkte Übernahme kultureller Werte aus dem Ausland. Die Rechte besteht darauf, dass sich eine ungarische Moderne durch ihre eigenen Qualitäten und Merkmale auszeichnen muss.

Kurzum, das 20. Jahrhundert begann mit beachtlichen Erfolgen und dem Selbstvertrauen, das mit solchen Erfolgen einhergeht. Ungarn galt als Vorbild. Es hatte eine mission civilisatrice im mittleren Donauland, und Budapest war seine Vorzeigehauptstadt, die weit und breit bewundert wurde. Das Land, obgleich Teil des österreichischen Habsburgerreiches, war ein völlig autonomes Königreich. Lediglich die Außenbeziehungen, Verteidigungsbelange und gewisse finanzielle Angelegenheiten wurden von Wien aus wahrgenommen. Dem könnte man noch die Hausmacht des Kaisers (in Ungarn die des Königs) hinzufügen: die Machtbefugnisse, die der Regent innehatte.

Die Entwicklung einer eigenen ungarischen Moderne war also in vollem Gange, und ihre kulturelle Anziehungskraft war offensichtlich. Auch die Ausprägung einer wirtschaftlichen Moderne, ein zentraler Bestandteil des Modernisierungsprojekts, nahm klare Formen an. Im Bereich der politischen Moderne jedoch, der Einbeziehung der Gesellschaft in die politischen Prozesse, steckte das Projekt in Schwierigkeiten.

Das Projekt wies drei sich gegenseitig bedingende Schwachstellen auf. Dies waren im Wesentlichen: Demokratie, Gesellschaftsschicht und ethnische Herkunft. Das Problem der Demokratie, die Verteilung der Macht, wurde bereits durch die Abkommen von 1867 vorgezeichnet, als sich der König gezwungen sah, sich mit der ungarischen Führungselite zu arrangieren, ohne die das Land nur durch Unterdrückung zu regieren gewesen wäre. Die Abkommen festigten die Macht des unteren Adels, der wiederum diese Macht dazu nutzte, eine Modernisierung von oben anzustrengen

(von großem Einfluss waren hierbei französische Vorbilder). Das Gros der Bevölkerung war nicht nur von dieser Modernisierung ausgeschlossen - allein schon Wesen und Charakter der Modernisierung erlaubten es nicht, sie einzubeziehen. Jegliche ernstzunehmende Ausweitung des politischen Mitspracherechts, insbesondere auf die „ungebildeten“ Bauernmassen, hätte die Macht der Modernisierer aufgeweicht und die Entwicklung des Landes womöglich in eine völlig unerwünschte Richtung gelenkt; darüber war man sich im Klaren.

Noch problematischer stellte sich die Lage im Hinblick auf den nicht-ungarischen Teil der Bevölkerung dar, der ungefähr fünfzig Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte. Diese fünfzig Prozent bildeten keinen homogenen Bevölkerungsteil, weder in Bezug auf ihre ethnische Herkunft noch im Hinblick auf ihre Fähigkeiten zur Entwicklung eigener konkurrierender Leitbilder für eine Moderne. Die Rumänen und Serben, deren Mutterstaaten an ungarisches Territorium angrenzten und die sich von den Ungarn nicht nur durch ihre orthodoxe Religion unterschieden, sondern überdies die nötige Bevölkerungsstärke aufwiesen, um eigene Modernisierungsvarianten entgegenzuhalten, konnten den Assimilierungsbestrebungen deshalb recht erfolgreich trotzen. Tatsächlich hatte sich in beiden Bevölkerungsgruppen eine eigene Mittelschicht gebildet, die auch aktiv an der Entwicklung einer eigenständigen Identität Anteil hatte.

Die Deutschen, Slowaken und Ruthenen waren hierzu nicht in der Lage und deshalb auch viel eher bereit, sozialen Aufstieg als identitätsstiftende Entwicklung zu betrachten. Dies geschah normalerweise durch Migration (über eine tatsächliche oder symbolische Reise) in die Stadt oder nach Amerika. In der ungarischen Mehrheit, der herrschenden Elite, war jedoch ständig die Furcht gegenwärtig, dass im Falle einer Ausdehnung des Wahlrechts auf die gesamte Bevölkerung diese es dazu benutzen würde, das Land aufzuteilen. Man sollte sich daran erinnern, dass in der Zeit vor 1914 die Gleichung „Sprache ist gleich Nation ist gleich Staat“ im normativen Sinne ein unantastbarer Grundsatz war (vgl. Elsass-Lothringen, dessen Bewohner nie gefragt wurden, ob sie wirklich Deutsche sein wollten. Dies wurde als gegeben vorausgesetzt).

Das war der politische und soziologische Hintergrund der Ereignisse von 1918 - 1920. Sie müssen als eine Katastrophe für das ungarische Projekt angesehen werden – eine Katastrophe, von der sich Ungarn bis heute nicht gänzlich erholt hat. Kurz gesagt, gingen zwei Vorgänge Hand in Hand: ein Gebietsverlust und der Versuch, eine Demokratie zu errichten, die sich auf das allgemeine Wahlrecht stützt. Die Niederlage der Mittelmächte brachte die Elite in Verruf und bot der nicht-adeligen Mittelklasse die Möglichkeit, ein demokratisches System zu errichten, von dem man hoffte,



dass es für die nicht-ungarischen Bevölkerungsteile genügend Anreize böte, sich für den Verbleib in Ungarn zu entscheiden. Das erwies sich als hoffnungslos naives Unterfangen, da die nicht-ungarischen Bevölkerungsteile viel bessere Alternativen hatten oder zumindest über Alternativen verfügten, die sie selbst für besser hielten. Besonders naiv war der Glaube der Verfechter der Demokratie von 1918, dass der Westen ihre demokratischen Ziele respektieren und das ungarische Territorium unangetastet lassen würde. Das Gegenteil war der Fall: Vor allem Frankreich war im Hinblick auf die ungarische Bevölkerung und ihr Territorium bereit, seinen tschechischen, rumänischen und serbischen Verbündeten zu geben, was immer sie verlangten.

Die Radikalisierung der neuen Elite hatte zur Folge, dass den Alliierten mit der Ausrufung der Ungarischen Räterepublik im Jahre 1919 ein perfekter Vorwand geliefert wurde, militärisch in Ungarn zu intervenieren, wobei sich die zukünftigen Mitglieder der kleinen „Entente“ nach Herzenslust an ungarischem Territorium bedienen konnten; allerdings nur fast, denn der stillschweigenden Hoffnung, das gesamte ungarische Hoheitsgebiet unter sich aufzuteilen, wurde nicht stattgegeben. Diese Aufteilung Ungarns widersprach gänzlich dem oben erwähnten Grundsatz, wonach „Sprache gleich Nation gleich Staat“ ist, denn die neuen Gebietsverhältnisse hinterließen rund 3 Millionen Menschen, die eindeutig ungarischer Abstammung waren, als Staatsangehörige in den Nachfolgestaaten. Dies war sicherlich kein einvernehmlicher Vorgang.

Der Gebiets- und Bevölkerungsverlust wurde von nun an eng mit dem Experiment der Demokratie in Verbindung gebracht, was die Grundidee der Demokratie als solche in Verruf brachte und den vor 1914 herrschenden Eliten erneut Gelegenheit bot, die Macht zu ergreifen. Sie nutzen diese Gelegenheit und errichteten ein System, das so weitestmöglich am vorangegangenen Regime angelehnt war. Dies ging bis zur Wiedereinführung der monarchischen Regierungsform, obgleich man sich auf die Person des Monarchen nicht einigen konnte. Als Regent wurde der dienstälteste Offizier, Admiral Miklós Horthy, eingesetzt.

Der Konservatismus der neuen Ordnung war unvermeidbar. Gesellschaftlicher Wandel, insbesondere die Teilhabe der Gesellschaft am politischen Leben, wurde mit dem Desaster von Trianon in Verbindung gebracht, wo der Vertrag, der die Aufteilung verbriefte, als Teil des Pariser Friedensabkommens unterzeichnet worden war. Die „alte neue“ Ordnung war restriktiv, quasiautoritär und beseelt von dem Gedanken, die alte Ordnung wiederherzustellen und die verlorenen Gebiete und Bevölkerungsteile zurückzugewinnen, obgleich die Elite uneins war, ob alle Gebietsteile wieder eingegliedert werden sollten oder nur solche mit ungarischer Bevölkerungsmehrheit.



Das System währte bis 1944. Es war stabil, man könnte sogar sagen statisch, hatte außer Gebietsrevisionen kaum ein Konzept für den Wandel und war von den 30^{er} Jahren des 20. Jahrhunderts an zunehmend anfällig für Wendebestrebungen von unten. Das zentrale, ja alles beherrschende Problem war die Bauernschaft, die ungefähr drei Millionen Menschen und damit nur unwesentlich weniger als die Hälfte der ungarischen Gesamtbevölkerung umfasste. Die Aufgabe, aus Bauern Bürger zu machen, war beileibe kein rein ungarisches Problem. In vielerlei Hinsicht war es das Kernproblem Europas im 19. und 20. Jahrhundert. Das Horthy-Regime bildete jedoch insofern eine Ausnahme, als es keinen Lösungsansatz für diese Aufgabe hatte und darin auch kein besonderes Problem sah. Die wirtschaftliche Entwicklung ging nur schleppend voran, und die Industrialisierung erwies sich nicht als wirkungsvolles Mittel, um die Bauernklasse zu integrieren. Die Wirtschaftskrise von 1929 ließ die Preise für Agrarprodukte in den Keller fallen, was die wirtschaftliche und politische Ausgrenzung großer Teile der Bauernschaft zur Folge hatte (die Wahlen in ländlichen Gebieten waren eingeschränkt und öffentlich, d. h. nicht geheim). Angesichts der Tatsache, dass die radikale Linke durch die Ereignisse von 1919 gänzlich in Verruf gekommen war, musste der Angriff auf die vorherrschenden Verhältnisse unweigerlich von der radikalen Rechten kommen. Diese wusste zur großen Beunruhigung des Horthy-Regimes eine beträchtliche Anhängerschaft zu mobilisieren, konnte jedoch vom Regime sowohl mittels Unterdrückung als auch durch Integration in Schach gehalten werden.

Mit dem Untergang der Tschechoslowakei im Jahre 1938 konnte Ungarn die Gebiete ungarischer Volkszugehörigkeit in der Slowakei und in Ruthenien wieder zurückgewinnen. Zwei Jahre danach erhielt es auch den nördlichen Teil Transsylvaniens zurück und 1941 dann von Serbien die Bačka-Region. Der Preis, der hierfür gezahlt werden musste, war eine Allianz zunächst mit dem faschistischen Italien und später dann mit Nazideutschland, das als Aufkäufer des ungarischen Getreideüberschusses schon begonnen hatte, Ungarn in sein Wirtschaftssystem einzuverleiben. Mit dem Kriegseintritt gegen die Sowjetunion 1941 wurde das Land noch enger an die Achsenmächte gebunden, obwohl die Allianz zwischen dem konservativen Horthy und dem rechtsradikalen Hitler nie eine Liebesheirat war. Sie bescherte Europa die paradoxe Situation, dass in seiner von Nazideutschland kontrollierten Mitte - in Ungarn - rechtmäßig eine sozialdemokratische Partei agierte und mit Abgeordneten im Parlament vertreten war. All dies änderte sich 1944, als Nazideutschland Ungarn besetzte und dort ein Marionettenregime installierte, nazi-kritische Persönlichkeiten verhaftete und mit der groß angelegten Deportation von Juden begann, die bis dahin vom Horthy-Regime geschützt worden waren, aber nun ihrem Tod in Auschwitz entgegengingen.

Im Herbst 1944 erreichte die Rote Armee Ungarn, nahm nach einer verheerenden Belagerung Budapest ein und vertrieb schließlich am 4. April 1944 die letzten Reste der Wehrmacht und die ungarischen Nationalsozialisten, die Pfeilkreuzler. Im Herbst 1944 wurde unter sowjetischer Aufsicht eine neue, vorläufige Regierung eingesetzt. Im Ergebnis der durch die Rote Armee verursachten Verwüstungen, der weit reichenden Zerstörungen und des allgemeinen Chaos konnte die neue Ordnung jedoch erst im späteren Verlauf des Jahres 1945 Fuß fassen und ihre Autorität festigen.

Um zu dem im ersten Absatz dieses Abschnitts dargelegten Argument zurückzukehren, lässt sich zusammenfassend sagen, dass Ungarn in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die folgenden Phasen durchlief: zuerst den Zusammenbruch von 1918 - 1920, die Auflösung eines funktionierenden Modells der Moderne; dann das linksextremistische Experiment von 1919, das ebenfalls scheiterte; die Restauration des Neo-K.-u.-k.-Systems, das voll und ganz auf die Erhaltung des Status Quo ausgerichtet war und sämtliche Experimente mit der Moderne vermied; die Herausforderung durch den Rechtsradikalismus, den Krieg und das erneute Scheitern, das mit furchtbaren Verwüstungen einherging und auf das eine kurze und nicht sonderlich erfolgreiche demokratische Regierung folgte, die von den Kommunisten schließlich gewaltsam an den Rand gedrängt wurden, um ihr eigenes radikales Experiment durchzusetzen. Das Jahr 1956 war Zeuge der gescheiterten Revolution. Das Kádár-Regime der 60^{er} Jahre entschied sich dann für Kontinuität und Konservatismus, bis es schließlich ebenfalls auseinanderfiel. All diese Umwälzungsbestrebungen waren von oben nach unten gerichtet. Das Volk spielte nur eine untergeordnete Rolle, gewissermaßen die Rolle von Statisten, so dass der demokratische Wandel 1989 durch schwere Beeinträchtigungen belastet war. Bevor wir uns jedoch mit dieser Phase befassen, ist eine eingehende Betrachtung der zweiten Hälfte des Jahrhunderts notwendig.

III. DER PLATZ DES KOMMUNISMUS IM EUROPÄISCHEN GEDANKENGERÜST

Obwohl die Nachfolger der Kommunisten es nicht zugeben wollen, gibt es einen Punkt, an dem sich der Kommunismus mit dem Faschismus deckt. Dieser Punkt ist erreicht, wenn in einer Gesellschaft die leidvolle Entwicklung von einer vorwiegend kollektiven hin zu einer individuellen Identität - mit anderen Worten, die Entwicklung einer Moderne - einsetzt. Die Anomie, der mit Entwurzelung einhergehende Bedeutungsverlust, weckte im Einzelnen den Wunsch nach einer neuen, gemeinsamen Identität anstelle der verloren gegangenen eigenen. Wie Hannah Arendt

aufzeigte, vermochten sowohl der Kommunismus als auch der Faschismus genau dies zu bieten und deshalb für eine gewisse Zeit auch eine gewisse Authentizität zu vermitteln.

Diese Feststellung wirft die Frage auf, ob die Entwicklung von einer gemeinsamen hin zu einer individuellen Identität ein allgemeines, überall auf der Welt anzutreffendes Merkmal ist, oder ob es in seiner Art ausschließlich europäisch ist, da im europäischen Zusammenhang für die Ausbildung der individuellen Identität als dominante Form nur drei Generationen notwendig waren. Die Lage in Russland stellt sich in dieser Beziehung weniger eindeutig dar. Dort geben sich maßgebliche Bevölkerungsteile mit einer weitgehend kollektiven, den Einzelnen beherrschenden Identität zufrieden. In Mittel- und Südosteuropa ist das Gegenteil der Fall, ganz besonders in Ungarn. Eine umfassende Erörterung der Gründe für die Spannungen zwischen kollektiven und individuellen Identitäten würde uns jedoch zu weit wegführen von unserem eigentlichen Thema, der Geschichte des Kommunismus in Ungarn. Ein flüchtiger Blick auf einige mögliche Begründungen erscheint in diesem Zusammenhang jedoch angebracht.

Deepak Lal vertritt die Auffassung, dass im Westen die Kirche durch das Verbot der seitlichen Erbfolge und die Verankerung der Kirche als letztbegünstigte Erbin das anhaltende Wachstum des Kircheneigentums sicherstellte, da ungefähr zwei Fünftel aller Ehen ohne Nachkommenschaft endeten. Die unbeabsichtigte Folge hiervon waren die Auflösung der Großfamilie und des Familienbesitzes und die Entstehung der Kleinfamilie als übliche europäische Gesellschaftsform.

Als zweiter Punkt ist zu erwähnen, dass die landwirtschaftlichen Bedingungen in Europa eher die sesshafte Bewirtschaftung als die Viehhaltung begünstigten. Noch wichtiger ist in diesem Zusammenhang, dass im Mittelalter die Landknappheit die Errichtung eines vielschichtigen Systems zur Verteilung von Land und Macht notwendig machte, eines Systems, das wir heute als Feudalismus kennen und das dem Einzelnen einen eindeutigen Platz in der feudalen Herrschaftsordnung zuwies. Andere Entwicklungsformen, wie die Entstehung der Stadt als ein Ort, an dem sich neben speziellen Wissens- und Technologieformen Vielschichtigkeit und Komplexität entwickeln konnten, mündeten in ein dynamisches Zusammenspiel, das im 18. Jahrhundert in der Behauptung gipfelte, dass die westliche, europäische Persönlichkeit vom rational denkenden und kalkulierenden Individuum verkörpert werde. Es sei lediglich erforderlich, die noch immer sehr großen bäuerlichen Gesellschaften in Europa in Bürgergesellschaften umzuformen. Eben das glaubten die Kommunisten zu tun. Mit Gewaltmärschen durch die Geschichte übersprangen sie indes eine große Anzahl von Zwischenschritten und schenken dem Willen der betroffenen Völker keine Beachtung.



Als die Kommunisten jedoch in Russland und schließlich in Mittel- und Südosteuropa die Macht ergriffen hatten, erwiesen sich rein kollektive Lösungen aufgrund der fortgeschrittenen Ausprägung des Selbstbewusstseins des Einzelnen als undurchführbar und konnten deshalb auf gesellschaftsweiter Ebene nur mit Hilfe von Einschüchterung, Unterdrückung und Gewalt durchgesetzt werden. Der kommunistische Terror war die Folge. Obwohl die den Einzelnen umfassenden, kollektiven Gesellschaftsmodelle des Kommunismus nicht vollständig fehlschlügen, ließen sie doch eine verzerrte und gespaltene Gesellschaft entstehen, die in Ungarn noch heute in vielen Dingen zu erkennen ist. Dies trifft sowohl auf die kollektiven als auch auf die individuellen Identitäten zu, ob sie nun von außen aufgezwungen oder auf der Grundlage der fremdartigen Idee der Moderne, die der Kommunismus darstellte, von innen heraus entwickelt wurden.

IV. DIE URSPRÜNGE DES KOMMUNISMUS IN UNGARN

Der Kern des ungarischen Kommunismus wird von einem merkwürdigen Widerspruch beherrscht. In der Zeit von 1919 bis 1989 gab es nur wenige Länder, in denen sich der Kommunismus so wenig erfolgreich zeigte wie in Ungarn. Wenn man jedoch einmal von den formalen Bestandteilen des Kommunismus absieht - vom Sprachgebrauch, von der Ideologie und von einigen Institutionen - war er von bemerkenswerter Beständigkeit. Es hat den Anschein, als ließen sich die Überbleibsel vergangener Regierungssysteme nur schwer ausmerzen. Schließlich gab es keinen anderen Nachfolgestaat Österreich-Ungarns, in dem sich der Übergang vom alten Regime so schwierig gestaltete. Ein verlorener Krieg und die sozialen Umwälzungen nach 1945 waren nötig, um dies zu erreichen. Ein gewisses Maß an Nostalgie, Brauchtum und Gesinnung bestehen immer noch fort. Sollte sich dies als zutreffend erweisen, ist es ein Grund zu Beunruhigung, würde es doch bedeuten, dass sich die Überreste kommunistischer Gewohnheiten nur durch einen grundlegenden Umsturz beseitigen lassen.

Diese Behauptung ließe sich dahingehend auslegen, dass die ungarische Gesellschaft nur von der Vergangenheit angetrieben wird, in falschem Sinne traditionell und auf negative Art und Weise konservativ ist. Eine bessere Erklärung lautet jedoch, dass die von außen aufgezwungenen Regierungsformen, mit denen Ungarn leben musste (die Veränderungen durch die Habsburger und durch den Kommunismus), eine reale Dimension annahmen und gerade durch den ihnen entgegengebrachten Widerstand tiefe Wurzeln schlagen konnten. Es gilt als allgemein anerkannte



Tatsache, dass wir manche Eigenschaften, denen wir uns widersetzen, selbst annehmen, oder wie Nietzsche es ausdrückte: Wer gegen Drachen kämpft, wird leicht selbst zum Drachen.

Ungarns erste Berührung mit dem Kommunismus erfolgte schon sehr früh, nämlich 1919, unmittelbar im Anschluss an einen verlorenen Krieg, der auch noch mit einem großen Gebietsverlust endete. Die Ungarische Räterepublik dauerte 133 Tage, bis sie von rumänischen Interventionstruppen gestürzt wurde. Diese Niederlage ging an den ungarischen Kommunisten nicht spurlos vorüber. Sie wurden gleichermaßen vorsichtig wie auch radikal. Sowohl die intellektuelle als auch die gesellschaftliche Grundlage des ungarischen Kommunismus war begrenzt. Angeführt wurden die Kommunisten von ehemaligen Kriegsgefangenen. Viele von ihnen hatten mit der bolschewistischen Roten Armee in Russland gekämpft und erhielten Zulauf von linken Sozialisten und radikalen Kriegsgegnern. Die gesellschaftliche Basis war so, wie in einem kaum industrialisierten Land zu erwarten: einige Arbeiter, landlose Bauern und andere gesellschaftliche Randfiguren. Ernst zu nehmende Unterstützung verschafften den Kommunisten jedoch ihre Versuche, verlorene Gebiete zurückzuerobern. Mit alliierter Unterstützung waren weite Teile ehemals ungarischen Hoheitsgebiets schnell von tschechischen, rumänischen und serbischen Truppen besetzt worden. Sobald die Bolschewiken sich zur Aufgabe ihrer Versuche gezwungen sahen, das historische Ungarn in einer kommunistischen Spielart neu zu errichten, (eine Aussicht, die den Alliierten Furcht einflößte), schwand auch ihre Unterstützung in Ungarn.

In der Zeit ihrer Machtausübung suchten sie weit reichende Gleichstellungsmaßnahmen durchzusetzen. Diese waren durch und durch unpopulär, insbesondere das Beharren auf der Kollektivierung von Grund und Boden, die die ländliche Bevölkerung in Aufruhr versetzte. Die Stadtbevölkerung wiederum wurde durch die Beschlagnahmungen und Verwüstungen des Roten Terrors nicht weniger abgeschreckt. Damit wurde die gesellschaftliche Basis, die sich die Kommunisten hätten zunutze machen können, effektiv zerstört. In der Zeit zwischen den beiden Kriegen blieben die Kommunisten eine Randerscheinung, die sich aus ihrer Illegalität und Wirkungslosigkeit nicht befreien konnte. Außerdem haftete an ihnen der Makel der Niederlage (in der internationalen Geschichte des Kommunismus war es ein einmaliger Fall, dass eine an der Macht befindliche Partei gewaltsam gestürzt wurde).

Die grundlegende Lehre, die die ungarischen Kommunisten aus dieser Erfahrung zogen, war, dass man der Gesellschaft nicht trauen konnte, da diese in eigenen, falschen Vorstellungen befangen war - Vorstellungen, die so rückständig und reaktionär waren, dass sie niemals die Strahlkraft der von

der Partei verbreiteten Wahrheiten verstehen würde. In diesem Glauben wurden sie naturgemäß vom Leninismus bestätigt, der mit seiner Lehre von der Vorreiterrolle der Partei weitgehend ebendiese Position einnahm. In der ungarischen Linken bestand und besteht diese besondere Eigenheit des ungarischen Kommunismus noch immer fort. Die Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als Volk, als Wähler und als Bürger wird im Grunde als ein fremdes und grenzenlos manipulierbares Element wahrgenommen, das man am besten ignorieren und missachten sollte.

Hier ergibt sich der Schluss, dass der Kommunismus über kein sinnvolles Konzept des gesellschaftlichen Wandels verfügt und keine Erklärung dafür hat, warum die Gesellschaft zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten unterschiedlich reagiert hat. Noch wichtiger ist die Tatsache, dass die Kommunisten nicht einmal die Folgen der Umwälzungen verstanden, die sie selbst zu verantworten hatten, wie zum Beispiel die halsbrecherische Industrialisierung oder die Zerstörung der bäuerlichen Lebensweise. Der wesentlichste Punkt ist jedoch ihre absolute Unfähigkeit, das hartnäckige Fortbestehen und das Neuaufleben nationaler Gefühle zu verstehen. Die Kommunisten glaubten fest an die uneingeschränkte Richtigkeit ihrer Ideen und sahen das Proletariat, das sie als Avantgarde zu repräsentieren meinten, als transzendentalen Handlungsträger der Geschichte. Als offizielle Erklärung wurde bekanntlich „fehlgeleitetes Bewusstsein“ angegeben, eine Art verbale Hintertür. Damit wurde die bürgerliche Klasse beschuldigt, sie wolle der Arbeiterklasse mit allerlei listigen Umtrieben weismachen, dass deren proletarisches Bewusstsein durch ihre nationale Identität in den Hintergrund gerückt werde. Dies erklärt aber noch nicht, warum diese nationalen Gefühle nach Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft immer noch vorhanden waren.

V. DIE ÜBERNAHME

Als die Rote Armee 1944 in Ungarn einmarschierte, betrug die Gesamtzahl der Parteimitglieder noch nicht einmal tausend Personen. Der Polizeichef von Budapest hatte in den 30^{er} Jahren sogar damit geprahlt, über die Identität jedes einzelnen Kommunisten persönlich Bescheid zu wissen. Zu diesem Grüppchen hinzuzurechnen sind noch einige tausend von 1919 übrig gebliebene Sympathisanten und, was noch wichtiger ist, Personen, die durch den Zweiten Weltkrieg radikalisiert worden waren. In diesem Zusammenhang muss auch der Verlust der Autorität, des Ansehens und der Macht der nach 1919 regierenden Klasse gesehen werden. Sie hatte es weitgehend vermieden, die für die Modernisierung des Landes notwendigen Reformen vorzunehmen, verfügte jedoch



über politische Fähigkeiten. Eine weitere bedeutende Quelle des Rückhalts für die radikale Linke kam von dem keinesfalls zu vernachlässigenden Lager, das die radikale Rechte während der Kriege und in der Zeit dazwischen unterstützt hatte. Nicht wenige Personen aus diesem Lager wechselten zur radikalen Linken über. Der entscheidende Faktor war hier nicht, dass diese Personengruppe rechtsextrem war, sondern dass sie radikal war und sich wenig darum scherte, ob der radikale Wandel von der extremen Rechten oder der radikalen Linken bewirkt wurde. Die Kommunisten nahmen diesen Personenkreis dankbar in ihren Reihen auf.

Die ungarische kommunistische Partei hatte jedoch mit verschiedenen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Makel von 1919 wurde schon erwähnt. Ebenfalls zu erwähnen ist ihre Bedeutungslosigkeit bis zum Augenblick der Niederlage, die vor dem Hintergrund der Furcht vor der Sowjetunion und dann von 1944 bis 1945 in Zusammenhang mit dem unsäglichen Vorgehen der Roten Armee zu betrachten ist, die sich mit Plünderungen und Vergewaltigungen ihren Weg durch das Land bahnte. Das NKWD folgte in ihren Fußstapfen. Der Kommunismus in Ungarn hatte deshalb mit einem großen Mangel an Vertrauen zu kämpfen. Die kommunistische Führung begriff dies jedoch nicht und war daher geschockt von den Ergebnissen der verhältnismäßig freien Wahlen vom November 1945, in denen sie noch nicht einmal 17 Prozent der Stimmen erhielt. Die Wahlen waren nicht wirklich frei, da ein erheblicher Teil der Wählerschaft im Auftrag der Kommunisten auf eine schwarze Liste gesetzt worden war. Außerdem kam es zu vereinzelt Einschüchterungen. Die Anwesenheit der Roten Armee und die Machtspiele der Alliierten Kontrollkommission, die von den Russen kontrolliert wurde, waren in diesem Zusammenhang ebenfalls wenig hilfreich.

Eine nähere Betrachtung des Wahlausgangs macht deutlich, dass die ungarischen Wähler sich trotz der Zustimmung, die sicherlich für einen Wandel vorhanden war, nicht die Art von Umbruch herbeisehnten, auf den die Kommunisten drängten. Die Kleinbauernpartei errang sogar eine absolute Mehrheit (54 Prozent), während die Sozialdemokraten 17 Prozent und die extremistische Nationale Bauernpartei 7 Prozent erzielten. Wenn man davon ausgeht, dass sich ein Teil der kleinbäuerlichen Wählerschaft, insbesondere aus den Reihen der landlosen Bauern, einen grundlegenden Wandel herbeisehnte, kommt man auf einen Anteil von etwas weniger als die Hälfte der ungarischen Gesellschaft, die eine Art radikalen Umbruch wünschte, und es war dieser Radikalismus, der von den Kommunisten für ihre eigenen Zwecke benutzt und missbraucht wurde. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ihnen der Anschein einer demokratischen Mehrheit zwar gefiel, sie sich aber auch über das Fehlen einer solchen Mehrheit keine Gedanken gemacht hätten, solange sie nur das Machtmonopol erlangen konnten.

Man kann darüber streiten, ob die Kommunisten unmittelbar nach ihrer Rückkehr in die ungarische Politik im Jahre 1945 auf die Erringung der absoluten Macht aus waren oder ob ihr Machthunger im Zuge der Ereignisse entsprechend anwuchs. Unbestritten ist jedoch, dass sie von Anfang an sämtliche Machtbefugnisse, die sich ihnen boten - auf welche Art und Weise auch immer -, an sich rissen. Sie bestanden auf der Kontrolle der Geheimpolizei, durchsetzten mit ihren Leuten die Ministerien, platzierten ihre Agenten in allen gesellschaftlichen Einrichtungen und verboten solche, in denen ihnen dies nicht möglich war. Zusammen mit ihren sowjetischen Herren und Meistern verhafteten sie auch widerspenstige Politiker oder trieben sie ins Exil. Zudem kam ihnen die Unerfahrenheit ihrer Widersacher zugute.

Das Schalten und Walten der Kommunisten war von Anfang an gekennzeichnet von Missachtung bzw. Verdrehung der Gesetze, der Verbreitung eines von Furcht geprägten Klimas in der vom Kriege traumatisierten Gesellschaft und von der damit verbundenen Unsicherheit und rücksichtslosen Anwendung von Gewalt. Zum Zeitpunkt der zweiten Wahlen im Jahr 1947 glaubten die Kommunisten, eine Mehrheit für sich erringen zu können. Schließlich waren die Kleinbauern so gut wie ausgeschaltet (den Ausschlag gab letztlich eine angebliche Verschwörung durch eine recht nebulöse Gruppe unter der Bezeichnung Ungarische Gemeinschaft). Die anderen Parteien wurden von innen heraus unterwandert. Dennoch konnten die Kommunisten trotz massiver Wahlfälschungen nur 22 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, während die verschiedenen rechtsextremen und konservativen Gruppen gut abschnitten. Entscheidend war jedoch, dass die beherrschende, wenn nicht Monopolstellung, die die Kommunisten in den staatlichen Gremien und Institutionen erlangt hatten, dem Parlament nur noch eine untergeordnete Rolle übrig ließ.

Von diesem Zeitpunkt an, ab dem zweiten Halbjahr 1947, sollten die Kommunisten nicht nur ihre Vorherrschaft ausbauen, sondern eine ständig fortschreitende Konsolidierung ihres Machtmonopols betreiben. Die Sozialdemokraten wurden 1948 zum Zusammenschluss gezwungen. 1949 wurde schließlich in der Verfassung festgelegt, dass keine anderen organisatorischen oder ideologischen Auffassungen erlaubt sein sollten. Warum auch? Stalins Version des Kommunismus war ja (angeblich) vollkommen.

VI. STALINISMUS

Wie für ganz Osteuropa war der Stalinismus auch für Ungarn die zentrale, prägende Erfahrung der Nachkriegszeit. Er war der Maßstab, an dem alle späteren Ereignisse gemessen werden müssen. Das



Verständnis des Stalinismus muss deshalb alle Ebenen und all seine Erscheinungsformen umfassen. Sein außergewöhnlicher Charakter ist zuallererst seiner atemberaubend großen politischen Reichweite geschuldet. Es finden sich kaum geschichtliche Parallelen für das Experiment, das von der Sowjetunion in einem komplett fremdartigen und kulturell eher heterogenen Einflussbereich in solch einer kurzen Zeitspanne durchgeführt wurde. Es ist diese Konzentration in Zeit und Ablauf, die der ungarischen Erfahrung des Stalinismus ihre zweite bemerkenswerte Besonderheit verlieh. Die dritte Besonderheit war die Breite, Tiefe und Intensität, mit der dieser Prozess ablief. Von allen Institutionen und Organisationen, allen kommunalen Betätigungsformen und allen Einzelpersonen wurde erwartet, dass sie sich an eine Reihe vorgegebener Regeln halten oder die Konsequenzen für ihr Zuwiderhandeln tragen. In diesem Sinne stellte der Stalinismus den Versuch einer totalitären Kontrolle dar, obwohl er selbst auf seinem Höhepunkt nirgendwo mit Erfolg die Motive und das Handeln eines jeden Einzelnen komplett durchdringen konnte. Der Stalinismus war nur insofern erfolgreich, als er in der Lage war, von der Mehrheit die Anpassung an eine Reihe von Verhaltensmustern zu erzwingen.

Der Stalinismus entfaltete seine Wirkung auf verschiedenen Ebenen – im ideologischen, institutionellen und strukturellen Bereich, im Bereich der Machtausübung, in seiner Wirkung auf gesellschaftliche Gruppen und auf die Gesellschaft als Ganzes. Sein zentraler Bestandteil war eine These, die sich aus der Stalinschen Abwandlung des Marxismus-Leninismus herleitete und die Vollkommenheit und Perfektion dieser Ideologie als die Verfeinerung aller menschlichen Weisheit in ihrer ultimativen Form proklamierte. Damit bewegten sich die Völker auf eine säkulare Utopie hin. Sie sei vollkommen, weil sie in all ihren Bereichen und all ihren Erscheinungsformen rational sei. Der Vorteil dieser These war, dass sie jede Diskussion über Alternativen, anders geartete Strategien und Politikmaßnahmen und deren Umsetzung automatisch ausschloss. Schließlich widerspricht es jeglicher Logik, sich der Vollkommenheit zu widersetzen.

Die Folge war, dass Widerspruch und Debatte als antagonistische, feindliche Aktivitäten und Denkweisen angesehen wurden und mit Strafmaßnahmen geahndet werden konnten. Die Auswirkungen dieser Vollkommenheitsideologie sind sehr weitreichend, und die Art und Weise, wie sie umgesetzt wurde, sollte ihrer Ausdehnung auf so viele Bereiche wie irgend möglich dienen. Wenn der Marxismus-Leninismus vollkommen ist, dann ist seine Fähigkeit zur Problemlösung nicht nur auf den politischen oder wirtschaftlichen Bereich beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf technologische und naturwissenschaftliche Fragestellungen und auf alle anderen, wie auch

immer gearteten menschlichen Wissensbereiche. Andererseits konnte ein Wissensgebiet, das vom Stalinismus als reaktionär oder nicht vorhanden erklärt wurde, schlicht unbeachtet gelassen werden. In diesem Sinne war es durchaus logisch zu sagen, dass es einen marxistisch-leninistischen Weg geben könnte, eine Brücke zu bauen, einen Blinddarm zu entfernen oder einen Fisch zu fangen. Hierbei geht es, mit anderen Worten, um einen politischen Reduktionismus von epochalen Ausmaßen.

Keine Tätigkeit, wie unpolitisch sie auch erscheinen mag, kann sich dem Zuständigkeitsbereich dieser Ideologie entziehen, denn für den Marxismus-Leninismus ist nach seiner eigenen Definition alles politisch und kann nur aus einem politischen Blickwinkel heraus interpretiert und verstanden werden. Aus diesem Glaubenssatz leitet sich auch die Unmöglichkeit politischer Neutralität ab. Weder das Individuum noch die Gruppe können sich dieser Dialektik entziehen und sozusagen erklären: „Wir sind weder für noch gegen das System, wir sind unpolitisch.“ Das von der Ideologie getriebene System musste auf der offenen und stetigen Unterstützung jedes Einzelnen bestehen, da er oder sie sonst als potenzieller Zweifler gelten musste. Wie kann man an der Vollkommenheit zweifeln?

Die Vollkommenheitsideologie entwickelte sich daher logischerweise zur Verkörperung der Allwissenheit. Der Definition folgend, konnte kein Problem existieren, für das es keine Lösung gab. Sollten aus der Ideologie hergeleitete Lösungen fehlschlagen, dann war der Fehler nicht der Ideologie zuzuschreiben, sondern ihren Gegnern, den Verfechtern anderer Ideologien. Folgerichtig schloss das System jegliche Möglichkeit der Fehlbarkeit aus. Wenn etwas schief lief, was des Öfteren geschah, trug irgendjemand die Verantwortung. Unfall, Zufall oder Fehler, die in bestem Glauben und Gewissen gemacht wurden, konnte es nicht geben. Jegliches Tun und Handeln hatte ein politisches Ziel und wurde in „fortschrittlich“ und „reaktionär“ eingeteilt. Ebenso konnte es keine von der Ideologie unabhängige Kritik geben. Kritik musste in den Gebotskanon der Ideologie integriert werden. Nur erlaubter Kritik oder vielmehr durch die Obrigkeit selbst verfügbarer Kritik konnte Ausdruck gegeben werden.

Die politische Struktur, die durch diese ideologischen Maßstäbe geschaffen wurde, war streng hierarchisch, diszipliniert und reglementiert. In ihrem Zentrum stand Stalin selbst. Sein Wille stellte die ultimative politische (und auch für andere Bereiche geltende) Handlungsmaxime dar. Rákosi, der Parteichef, das Politbüro der Partei, das Zentralkomitee und seine Mitglieder – sie alle waren von Stalin abhängig. Die ungarische Partei, die stets auf Geheiß von oben handelte, kontrollierte alle staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und durchsetzte sie mit der neuen Ideologie. Wie in allen osteuropäischen Ländern (mit Ausnahme Jugoslawiens) bestanden



über die strategisch in Ungarn angesiedelten sowjetischen Berater parallele Kontrollstrukturen. Besonders ausgeprägt und aktiv waren sie in den der Zwangsausübung dienenden Instrumenten - der Geheimpolizei und dem Militär. Auf diese Weise wurde Ungarn sowohl formal als auch inhaltlich eine Identität aufgezwungen. Auch die vom System beanspruchte bemerkenswerte Machtfülle muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Obwohl es eine Übertreibung wäre zu sagen, dass Stalin nur einen Knopf hätte drücken müssen, um in allen osteuropäischen Staaten zur selben Zeit eine identische Antwort zu bekommen, so war doch die Verbreitung sowjetischer Maßstäbe und der Grad an Homogenität, der diesem Einflussbereich oktroyiert wurde, durchaus sehr weit reichend. Zur damaligen Zeit war dem äußeren Anschein nach komplette Identität hergestellt. Erst später zeichnete sich ab, dass die Anpassung an äußere Umstände nicht automatisch auch den Inhalt umwandelte, obwohl die inhaltliche Ebene nicht gänzlich unberührt blieb.

Die grundlegende These des stalinistischen Experiments – die Vollkommenheitsideologie – hatte also die Errichtung eines umfassenden Systems zum Ziel, aus dem sowohl Rückinformation als auch Selbstbeschränkung als nachteilig und schädlich verbannt wurden. Dies war eine systemimmanente Eigenschaft, denn offensichtlich kann es keine Rückinformation und keinen Meinungsaustausch zwischen Regierung und Regierten geben, wenn Erstere Vergangenheit und Zukunft schon für sich vereinnahmt hat. In Wahrheit schafft Regieren ohne Rückinformation jedoch riesige, unlösbare Probleme für die Regierenden, da es Spannungen zwischen den Zielsetzungen des Staates und den Wünschen und Sehnsüchten des Volkes aufkommen lässt. Letztere können für eine Weile übergangen werden. Auf längere Sicht jedoch wird die Arbeitsweise des Systems verfälscht, insbesondere weil das System keine Wahrnehmungsmechanismen besitzt, die diese Veränderungen als etwas anderes als feindliche Verschwörungen interpretieren könnten. Die moralischen Grundsätze der Gesellschaft wurden teilweise zerstört und teilweise verzerrt, aber sie wandelten sich niemals vollkommen so, wie dies von den Stalinisten erwartet wurde.

Aus ähnlichen Gründen liegt der Vollkommenheit auch die Selbstbeschränkung fern. Für eine Regierung gibt es kein logisches Argument, Schranken ihrer Macht zu akzeptieren, wenn alles, was sie tut, ohnehin frei von Fehlern ist. Unglücklicherweise lässt sich diese These auf eine stillschweigende frühere Annahme zurückführen, wonach Menschen fehlerfrei sind oder zur Fehlerfreiheit erzogen werden können. Das ist erwiesenermaßen nicht der Fall und hat Auswirkungen im Hinblick auf Machtmissbrauch und auf die Strategien, mit denen der Einzelne seine Ohnmacht zu kompensieren versucht. Dies bestärkte jedoch die Kommunisten nur in ihrer Geringschätzung, die sie gegenüber

dem Volk an den Tag legten. Die Anwendung von Massenterror war daher eine logische Folge dieser stillschweigenden Prämisse. Er war das unauslöschliche Markenzeichen des Kommunismus und hatte entscheidende Konsequenzen für die langfristige Funktionsfähigkeit des Systems.

VII. DER TERROR

Wenn man von der Annahme ausgeht, dass es eine allwissende Regierung gab, die über eine fehlerfreie Welt- und Gesellschaftsanschauung verfügte, dann war das Überstülpen dieses Systems über alle Gesellschaftsbereiche eine absolut logische Konsequenz. Da das Volk zu rückständig war, diese Perfektion zu begreifen, musste ihm das System mit Zwang auferlegt werden.

Verschiedene neue Institutionen nach sowjetischem Vorbild dienten dazu, die Gesellschaft zum Gehorsam zu erziehen. Das am besten bekannte Beispiel waren die Schauprozesse, die zuerst gegen Nichtkommunisten und Kommunistengegner eingesetzt wurden, später dann auch gegen potentielle Abweichler, d. h. gegen Personen, die möglicherweise die Partei verraten könnten, weil sie über Erfahrungen verfügten, die sich nicht mit denen von Stalins Musterschülern deckten. Die Form dieser Prozesse wurde ebenfalls aus der sowjetischen Praxis übernommen – Gerichtssaal, Staatsanwalt, Verteidigung, Richter, mehrere Beschuldigte und Schuldeingeständnisse. Letztere sind erwähnenswert, denn im Gegensatz zu westlichen Gerichtsverfahren wurde von der Anklage kein Versuch der Beweisführung unternommen. Die Wahrheitsfindung fand in Form des Schuldeingeständnisses durch den Angeklagten statt. Das Schuldeingeständnis wiederum wurde durch Folter erlangt. Die Anklageschrift wurde sorgfältig ausgearbeitet, und die Angeklagten wurden so lange gefoltert, bis sie bereit waren, die Anklageschrift Wort für Wort abzulesen. Die Anklagepunkte spiegelten die Sorgen und Bedenken der Partei zum jeweiligen Zeitpunkt wider. Dementsprechend lautete 1949 die Anklage im Prozess gegen László Rajk auf Unterstützung des Titoismus und des westlichen Imperialismus. Später kam noch der Zionismus hinzu, obwohl er mehr ein Merkmal der tschechischen als der ungarischen Schauprozesse war. Die Schuld war vorbestimmt und das Urteil auch.

Der Schauprozess sollte als Inszenierung der Allwissenheit der Partei verstanden werden, als Beweis, dass sie schon immer alles wusste und alles aufdecken würde und dass sie die uneingeschränkte Fähigkeit hat, sich schädlicher Elemente zu entledigen. Um als „schädliches“ Element angesehen



Graf István TISZA



Graf Mihály KÁROLYI



István BETHLEN



Mátyás RÁKOSI



Béla KUN



Miklós HORTHY



János KÁDÁR



József ANTALL



Armut in den 1920er Jahren



Der Anführer der ungarischen Nazis, Ferenc SZÁLASI, vor der zerstörten Kettenbrücke.



Die geschlagene ungarische Armee in Russland.



Budapest nach der Belagerung 1945.



Zerstörter sowjetischer Panzer nach 1956.



Die Wiederbestattung Imre NAGYs 1989.



T-Shirt von 2008.



zu werden, bedurfte es keines bewussten oder vorsätzlichen Tuns. Die Einsicht des Beschuldigten war nicht notwendig, lediglich sein Schuldeingeständnis. Juristisch ausgedrückt, wurde kein Versuch unternommen, den Vorsatz bzw. das Schuldbewusstsein (*mens rea*) des Beschuldigten zum Zeitpunkt der vermeintlichen Tat festzustellen, sondern lediglich die von der Partei vorab festgelegte Schuld. Der Schauprozess fand in aller Öffentlichkeit statt, um dem Volk (und dem Rest der Welt) zu demonstrieren, dass es zum Kommunismus keine Alternative gab und dass allein der Gedanke daran schon schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen konnte.

Der Rajk-Prozess erregte die größte Aufmerksamkeit. Rajk war kein Verräter, im Gegenteil, er war ein engagierter und humorloser Streiter für den Kommunismus. Als Innenminister kannte er keine Gnade, wenn es um die Vernichtung nicht-kommunistischer Organisationen und Einzelpersonen ging. Er war jedoch jahrelang als Kommunist im ungarischen Untergrund gewesen und hatte keine Moskau-Erfahrung. Dies machte ihn zu einem ausgezeichneten Strohhalm in der Anti-Titoismus-Kampagne von 1949. Begleitet wurde der Rajk-Prozess noch von anderen Nebenprozessen, die einer größeren Zahl von Parteifunktionären galten, einschließlich János Kádár, der nach 1956 die Parteiführung übernahm.

Die Prozesse wurden von der Säuberung begleitet, dem zweiten neuen Phänomen. Sie hatte verschiedene Ziele. Die Partei, die sich nun Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei nannte, schloss viele Sozialdemokraten aus, die lediglich im Zuge des Zusammenschlusses von 1948 zu Kommunisten geworden waren. Danach wurden unbedeutende Faschisten, die 1945 noch begeistert in die eigenen Reihen aufgenommen worden waren, abserviert. Jede Person mit Westererfahrung galt als unzuverlässig, insbesondere die Veteranen des spanischen Bürgerkriegs, und auch diejenigen, die den Kern der Untergrundbewegung der Partei gebildet hatten, wurden als verdächtig eingestuft und fielen der Säuberung zum Opfer.

Als Nächstes kam die Ober- und die Mittelschicht an die Reihe. Sie umfasste ungefähr 100 000 Personen, die Masseneuteignungen unterzogen und aufs Land verbannt wurden. Ihren Besitz erhielten verlässliche Kadermitglieder. Hierauf folgte die fortwährende Säuberung der untersten sozialen Schichten. Sie schloss bestimmte Gruppen der Arbeiterklasse ein, die als unzuverlässig galten wie zum Beispiel die Drucker, die einen Hang zur Sozialdemokratie hatten. Schließlich umfassten sie auch die Großbauern (*Kulaken*), die Klassenfeinde auf dem Lande (die höchst effizienten Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse waren). Durch die erzwungene Kollektivierung wurden Tausende Bauern als billige Arbeitskräfte für die neuen Industriezweige in die Städte getrieben. In den 28 Monaten, die auf den 1. Januar 1950 folgten, wurden Strafen gegen

ungefähr 850 000 Personen verhängt, von denen die meisten von der Polizei mit Geldstrafen belegt wurden. In den dreieinviertel Jahren nach 1950 waren bei den Gerichten 650 000 Fälle anhängig; 387 000 Personen wurden verurteilt. In den vier Jahren von 1952 bis 1955 schließlich wurde gegen 1 136 434 Personen polizeilich ermittelt, von denen 516 708 bzw. 45 Prozent auch verurteilt wurden. Ein erheblicher Teil der Betroffenen waren Bauern, die dem Verstaatlichungswahn zum Opfer fielen. Es müssen aber auch Arbeiter betroffen gewesen sein, die wegen „Sabotage“ verurteilt wurden, d. h. weil sie unrealistische Arbeitsvorgaben nicht erfüllen konnten.

VIII. IM VORFELD DES JAHRES 1956

Stalin starb am 5. März 1953. Dieses Ereignis kann als Wendepunkt angesehen werden, da die Nachfolger Stalins auch auf persönlicher Ebene seine Vorstellung von Kommunismus als destruktiv und gefährlich einschätzten. Sie waren sich jedoch nicht recht im Klaren darüber, wohin die Entwicklung des Kommunismus gehen sollte. Die Entwicklung mündete in den „Neuen Kurs“, der einige moderate Änderungen akzeptierte, wie zum Beispiel die Entscheidung, das halbbrecherische Tempo, mit dem die Industrialisierung vorangetrieben wurde, etwas zu drosseln. Auch wurden politische Gefangene freigelassen. So wie der Stalinismus Osteuropa im Allgemeinen und Ungarn im Besonderen aufgezwungen worden war, so geschah dies auch mit dem Neuen Kurs. In beiden Fällen kümmerte sich Moskau wenig um die gewollten und ungewollten Auswirkungen seiner Kurskorrektur – wie es von einem Imperium wohl auch nicht anders zu erwarten ist. Während jedoch das System in der Sowjetunion robust genug war, um die Umwälzungen abzufangen, traf dies auf die Satellitenstaaten in wesentlich geringerem Maße zu.

Kurz gesagt, führte der Kreml als Erster den Neuen Kurs ein, der die überhasteten stalinistischen Industrialisierungsprojekte mit einem Fragezeichen versah. Gefährlicher für Rákosi war jedoch Chruschtschows Aussöhnung mit Tito 1955. Chruschtschows übereilte Initiative hatte unberechenbare Auswirkungen auf die Legitimation der in allen osteuropäischen Staaten nach sowjetischen Stil eingerichteten Systeme. Die Logik war furchtbar einfach. Wenn es einen jugoslawischen Weg zum Sozialismus geben konnte, der nicht mehr als revisionistisch angesehen wurde oder mit dem Wertekanon unvereinbar war, warum konnte es dann nicht auch einen ungarischen Weg geben? So lange man die offizielle Ideologie ernst nahm, war hierauf keine logische Antwort möglich.



Die tatsächlich von Tito eingerichteten Institutionen – die Selbstverwaltung in der Industrie – waren von geringerer Bedeutung als die Tatsache, dass der Kreml 1948/1949 Titos historische Entscheidung akzeptierte, im Amt zu bleiben und darauf zu bestehen, sich als Kommunist zu bezeichnen, was Stalins Kommunismus-Monopol in Frage stellte. Das war die Legitimierung einer kommunistischen Alternative zu Stalin, die von Chruschtschow, wissentlich oder unwissentlich, mit der Belgrader Erklärung eingeleitet wurde. Der langjährige Anspruch der Sowjetunion, Zentrum des internationalen Kommunismus zu sein und das alleinige Recht zu haben, sowohl zu bestimmen, was dem reinen Kommunismus entspricht und was nicht, als auch Maßnahmen zu ergreifen, um unerwünschte Auswüchse zu unterdrücken, wurde gewissermaßen aufgegeben. Nach eigenen Wegen zum Kommunismus zu suchen erschien den ungarischen Reformern nun als eine akzeptable Möglichkeit. Ein Punkt sollte dabei jedoch bedacht werden. Bei den hier erwähnten Reformern handelte es sich um Intellektuelle aus der Mitte des Systems. Sie glaubten zu diesem Zeitpunkt immer noch daran, dass ein kommunistisches System funktionsfähig sei und dass die Verwerfungen, die durch seine Umsetzung in den politischen Systemen auftraten, eine Folge von Stalins Fehleinschätzungen oder Rákosis Größenwahn waren oder dass sie der ungenügenden Beachtung der unterschiedlichen lokalen Gegebenheiten geschuldet waren, die keinen Einfluss auf die generelle ideologische Linie hatten.

Dies versetzte die osteuropäischen Führer in eine sehr schwierige Lage. Sie wollten keinen Wandel. Sie verdankten dem stalinistischen System ihre Macht und waren der Meinung, dass es so, wie es war, in jeder Hinsicht zu vertreten war und keiner Reform bedurfte. Es war aber praktisch unmöglich geworden, das System im Sinne der Ideologie zu verteidigen. Es musste mit anderen Argumenten gerechtfertigt werden, z. B. mit machtpolitischen Erwägungen, der Gefahr von außen oder mit dem pragmatischen Argument, dass die Situation noch nicht reif sei für einen Wechsel. Dieser Konflikt bereitete den Boden für den Reformkommunismus, der, grob gerechnet, von 1953 bis 1968 andauerte. Obwohl sein Ende noch in weiter Ferne lag, zeichnete sich bereits damals ab, dass das Versäumnis, die Situation anstatt als bloße Propaganda (z. B. „Unser System ist das beste, weil es das beste ist.“) als wirklichkeitsrelevante Herausforderung anzusehen, den Marxismus-Leninismus auf lange Sicht als inhaltsleer entlarven musste. Der Konflikt aus Anlass des Titoismus war der erste Schritt in diese Richtung.

Es gab jedoch noch einen weiteren, letzten Aspekt der Aussöhnung Chruschtschows mit Tito, der Rákosi und seinen Mitstalinisten große Probleme bereiten sollte. Fast ausnahmslos hatten sie sich ungemein aktiv an der Verunglimpfung Titos in den Jahren 1948/1949 beteiligt und waren alle an den Planungen beteiligt gewesen, in Jugoslawien einzumarschieren. Rákosi wurde in diesem

Zusammenhang besonders angegriffen. Tatsächlich verlangte Tito die Absetzung Rákosis als Preis für die Aussöhnung. Doch obwohl es für diese Führer höchst peinlich gewesen sein mag zu erfahren, dass Tito kein Gefolgsmann der imperialistisch-zionistisch-trotzkistischen Verschwörung war – wie sie noch wenige Jahre zuvor herumposaunt hatten –, sondern ein getreuer Kommunist, konnte diese Blamage abgeschüttelt und (wenn Sie mich fragen) Beria angelastet werden.

Weit mehr schlägt jedoch zu Buche, dass einheimische Kommunisten als Titoisten exekutiert worden waren. Wenn Tito kein Feind war, dann hätten die zum Tode Verurteilten ebenfalls nicht als solche eingestuft werden dürfen. Hinter vorgehaltener Hand wurde daher gefragt, wie es dazu kommen konnte, dass Rajk und die anderen Opfer der Säuberung hingerichtet wurden, obwohl sie keine Straftat begangen hatten. Und wie stand es mit denen, die für ihre Hinrichtung verantwortlich waren? Welche Verantwortung sollten sie tragen? Einige Jahre zuvor hatte Rákosi noch geprahlt, es sei seiner persönlichen Wachsamkeit zu verdanken gewesen, dass Rajk entlarvt werden konnte. Das Problem war nur, dass es, wie sich herausstellte, nichts zu entlarven gab. Wie sollte man die Schuldeingeständnisse dieser Personen in den öffentlichen Gerichtsverhandlungen werten? Auf welche Weise wurden diese erlangt, und was war aus dem ganzen Rechtssystem geworden? In den Ländern, in denen die Entstalinisierung für öffentlichen Aufruhr sorgte, wurde der Kampf um die Rehabilitierung der Verurteilten Mitte der fünfziger Jahre zu einem zentralen Element des politischen Konflikts.

Weder für sich alleine noch in ihrer Gesamtheit hätten die bisher erwähnten Faktoren ausgereicht, um irgendeinen der osteuropäischen Staaten aus dem Gleichgewicht zu bringen, obwohl in Ungarn schon ein Gärungsprozess im Gang war, als Chruschtschow zu seinem letzten Coup ansetzte, seiner Geheimrede. Am 26. Februar 1956 bezichtigte Chruschtschow auf einer geheimen außerordentlichen Sitzung des 20. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, von der ausländische Delegierte ausgeschlossen waren, Stalin, ein mörderischer Despot gewesen zu sein. Er beschuldigte den ehemals weisen Vater der Menschheit, ein Tyrann gewesen zu sein, der Tausende guter Kommunisten in den Tod geschickt und der Sowjetunion und dem geistigen Erbe Lenins unsäglichen Schaden zugefügt habe. Chruschtschows Motive müssen, wie auch bei der Belgrader Erklärung, zuallererst mit Blick auf den Machtkampf innerhalb der sowjetischen Führung verstanden werden. Als er sich im Präsidium und im Zentralkomitee in die Enge getrieben sah, verlagerte er den Konflikt in den Parteitag, und obwohl dieser der Geheimhaltung unterlag, gab er dem Konflikt so ein breiteres öffentliches Forum. Nach nur sehr kurzer Zeit erfuhr die Öffentlichkeit die Nachricht und die Einzelheiten der Geheimrede.



Ihre Wirkung auf das politische Klima in Osteuropa unterschied sich deutlich von der eher selbstgefälligen Reaktion in der Sowjetunion. Sie verbreitete Unsicherheit in den Kadern und veranlasste die Intellektuellen insbesondere in Ungarn (und Polen), erneut Fragen zu stellen, doch waren die Auswirkungen auch in der Tschechoslowakei und in der DDR zu spüren. Sie brachte die sozialistische Agenda und die Frage, was Stalin mit ihr gemacht hatte, mit größerer Dringlichkeit denn je erneut auf die Tagesordnung. Die Grundlage, auf der örtliche Methoden und Vorgehensweisen kritisiert werden konnten, war nun ungleich stabiler.

Im Gegensatz hierzu waren die Stalinisten und auch die Konservativen innerhalb der Parteielite, die nicht unbedingt mit allen Grundsätzen des Stalinismus einverstanden waren, sich aber nach einem ruhigen Leben sehnten, bestürzt. Für sie war es schon schlimm genug, dass die Hauptquelle ihrer ideologischen Inspiration erst drei Jahre zuvor verstorben war, nun stellte sich auch noch heraus, dass es ein folgenschwerer Fehler gewesen war, ihre Hoffnungen überhaupt in ihn zu setzen. Für den Augenblick jedenfalls erschien die Verurteilung Stalins als politische Zeitenwende. Jeder Einzelne, der eine Machtposition einnahm, sah sich mit der Frage konfrontiert, mit welchem Recht er diese Macht ausübte und worin die Ideologie denn wirklich bestand, in deren Dienst er oder sie stand. Die Legitimation des Systems, wie sie von den Machthabern verstanden wurde, stand auf dem Spiel. In den Ländern, in denen dieser Prozess der Hinterfragung schon weiter fortgeschritten war, war das ein schwerer Schlag, mit dem fertig zu werden die örtlichen Stalinisten große Mühe hatten. Aber selbst dort, wo das System noch relativ stabil war, musste die Führung auf eine neue Welle der Kritik und der Hinterfragung reagieren. Die Moral der Regierungsparteien war schwer angeschlagen.

Zwei lokale Faktoren verschlimmerten die Situation in Ungarn zusätzlich. Der erste war die Rehabilitierung Béla Kuns im Jahre 1956. Kun galt jetzt als ein stets loyaler Kommunist, was nun auch eine erneute Überprüfung des Schicksals der Ungarischen Räterepublik von 1919 möglich machte. Dies war jedoch für die öffentliche Meinung Ungarns weniger von Bedeutung als vielmehr ein Ereignis, zu dem es im Jahr zuvor gekommen war: der österreichische Staatsvertrag und die Anerkennung der österreichischen Neutralität durch die Sowjetunion.

Dieses Ereignis hatte großen Einfluss auf einige Geistesströmungen in Ungarn, da Österreich Ungarn nicht nur geografisch sehr nah war, sondern seine kulturelle Nähe es auch zu einem sehr reizvollen Vorbild machte, dem man nacheifern konnte. Wenn das Konzept der Neutralität für Österreich akzeptabel war, warum dann nicht auch für Ungarn? Und wenn Österreich neutral war, warum war es dann nötig, dass die Sowjetunion weiterhin vier Divisionen auf ungarischem Boden

stationiert hielt? Schließlich war die ursprüngliche Rechtfertigung für ihre Stationierung doch die Aufrechterhaltung der sowjetischen Kommunikationswege mit Österreich gewesen. Auf diese Fragen wurden außer oberflächlichen Abwiegungen keine Antworten gegeben. Sie sollten jedoch im Oktober 1956 erneut aufkommen.

Die Eintracht der Parteiführung wurde durch diese Ereignisse von 1953 bis 1956 auf eine schwere Probe gestellt, und zum Ende dieser Periode begann sie offensichtlich auseinanderzufallen - nicht zuletzt auch deshalb, weil die ungarische Partei mit den ungeschickten Interventionen des Kremls in die Zusammensetzung ihrer Führung zurechtkommen musste. Am 13. und 14. Juni wurde eine große hochrangige Delegation der ungarischen Führung nach Moskau einbestellt. Sie umfasste auch Rákosi und Imre Nagy. Im Kreml wurde ihnen von Beria eine Gardinenpredigt gehalten. Er wies sie an, unverzüglich einen gemeinschaftlichen Führungsstil anzunehmen. Außerdem ordnete er Rákosi in sehr anzüglicher Art und Weise an, von der allgemeinen Mobilmachungspolitik, die Ungarn an den Rand des Ruins versetzt habe, abzulassen. Nagy wurde Premierminister und verlas wenig später vor dem Zentralkomitee eine heftige Anklageschrift gegen Rákosi und seine Kollegen (die sich zu diesem Zeitpunkt im Saal aufhielten), in der er diesen nicht parteikonformes Verhalten vorwarf. Das war der Beginn einer tiefen Spaltung in der ungarischen Partei und sollte wesentlich zum Ausbruch der Revolution im Jahr 1956 beitragen.

Nagy sollte jedoch seine Reformen nie in geeigneter Art und Weise in Gang bringen. Er war nicht imstande, seine Rede vor dem Zentralkomitee veröffentlichen zu lassen, während Rákosi mit Unterstützung des Kremls zum Gegenangriff überging. Es wurden einige Veränderungen eingeführt, unter anderem die Verstaatlichungen gestoppt, das Tempo der Industrialisierung heruntergeschraubt und nach und nach politische Gefangene freigelassen. Nagy versuchte, über die Regierungsbürokratie einen Wechsel herbeizuführen, musste aber feststellen, dass die Partei vieles von dem, was er veranlasst hatte, wieder rückgängig machte. Dieses Tauziehen hielt bis in die Anfangsmonate des Jahres 1955 an, als Nagy einen leichten Herzinfarkt erlitt, Malenkov, sein Förderer in Moskau, stürzte, und Rákosi ihn aus dem Amt drängen ließ.

Einige Monate später wurde Nagy aus der Partei ausgeschlossen und fiel in Ungnade. Der Schaden war jedoch bereits angerichtet. Ein ausreichend großer Teil der Intelligenzia war schon in Aufruhr versetzt, und das Selbstvertrauen des Apparates so tief erschüttert, dass die Lage immer unbeständiger wurde. In dieser Situation schlug Chruschtschows Geheimrede wie eine Bombe ein. Rákosi war immer noch bemüht, der Gesellschaft, die immer weniger bereit war, sich zu fügen,

den Stalinismus wieder aufzunötigen. Nach dem 20. Parteitag schließlich wurde seine Position praktisch unhaltbar. Er verlor sowohl seine Autorität als auch die Kontrolle über den Parteiapparat.

Die Intellektuellen hatten sich schon lange zuvor gegen ihn gestellt. Ihr Druckmittel war die Rehabilitierung Rajks. Nachdem Rákosi im Mai 1956 widerwillig eingestehen musste, dass Rajk am Ende womöglich doch unschuldig gewesen sein mochte, wurden öffentlich Forderungen nach seinem Rücktritt laut. Er hielt sich jedoch weiter an der Macht. Erst am 18. Juli, als eine Polarisierung der Meinungen stattgefunden hatte, wurde Rákosi seines Amtes enthoben, und selbst dann bedurfte es der Anwesenheit des undurchsichtigen Kremlvermittlers Mikojan, um seinen endgültigen Abgang sicherzustellen. Aber wieder kam die Personalpolitik ins Spiel. Der Kreml wählte Ernő Gerő zum Nachfolger, der sich jedoch als komplette Fehlbesetzung erwies. Er war ein Mann vom Schläge Rákosis, hatte aber nicht dessen Machtinstinkt und verschlimmerte deshalb lediglich die ohnehin schon brenzlige Situation, in der er weiter polarisierte. Die Risse in der Führung führten jedoch nicht zwangsläufig zum Umsturz, obgleich sie eine extrem unangenehme Situation heraufbeschworen.

Die Spaltung der ungarischen Führung ging viel weiter zurück und hatte viel tiefere Wurzeln. Die Ablösung Rákosis durch Gerő kam zu spät, um die Entwicklung noch aufhalten zu können, da die Moral der Führungsebene der Partei schon zu bröckeln begonnen hatte. In den entscheidenden Monaten von Juli bis Oktober 1956 gab es keinen in der Führung, der die Partei – Parteiapparat und Parteimitglieder - zuverlässig hinter sich vereinen, ihr unter den veränderten Gegebenheiten neuen Sinn geben und sie auf ein neues gemeinsames Ziel hätte einstimmen können. Die Lage wurde noch dadurch verschlimmert, dass die Partei die Unterstützung ihrer intellektuellen Anhängerschaft zu verlieren begann. Letztere begann zu begreifen, dass sich Veränderungen abzeichneten, die derart tiefgreifend waren, dass sie die Gestaltungsfähigkeit der Partei überstiegen und dass diese Veränderungen, was noch viel erschreckender war, interessanter sein könnten als all das, was die Partei zu bieten in der Lage war.

Zu viele Intellektuelle hatten dagegen schon im Umfeld einer Reihe lose miteinander verknüpfter Ideen, die unter dem so erstaunlichen wie irreführenden Begriff „nationaler Kommunismus“ zusammengefasst werden konnten, eine neue Aufgabe und Bestimmung für sich entdeckt. Die Debatten des Petöfi-Kreises und die im Irodalmi Ujság und anderswo verbreiteten Gedanken hätten Ungarn sehr weit von dem System sowjetischer Prägung entfernt, das ihm 1949 übergestülpt worden war. Die nicht nachlassende Kritik während des Sommers von 1956 und der intellektuelle Bankrott der Führung erschütterten die Parteilite in ihren Grundfesten. Die Situation war bedrohlich nahe am Überkochen.



Zwei Geschehnisse brachten schließlich das Fass zum Überlaufen. Am 6. Oktober fand die nachträgliche feierlichen Beisetzung László Rajks statt. Das war ein durch und durch von politischer Symbolik erfüllter Moment. Rajk, der nüchterne Innenminister der unmittelbaren Nachkriegsjahre, wurde plötzlich zum Symbol der Demokratie und Opfer des stalinistischen Terrors. Um die Bedeutung dieser Tatsache zu ermessen, sollte man sich das Datum der Neubeisetzung vergegenwärtigen. Das war ein Jubiläum, das in der Gefühlswelt der Ungarn eng mit der Bedeutung von Revolution und Befreiung verbunden war. Am 6. Oktober 1849 waren die Anführer der Revolution von 1848, die Märtyrer von Arad, von den Österreichern, den tyrannischen Fremdherrschern jener Zeit, hingerichtet worden. Niemandem konnte die Bedeutung dieser Symbolik entgehen. Eine Menschenmenge von 150 000 bis 300 000 Personen kam zu demselben Schluss. Das sollte die Generalprobe sein, der Moment, in dem Tausende einzelner Individuen begriffen, dass sie nicht allein waren und in dem sie ihre Angst vor dem System verloren; der Moment, in dem die Möglichkeit, das Regime von unten zu verändern, erneut auf die Tagesordnung zurückkehrte.

Am 23. Oktober ging eine noch größere Menschenmenge auf die Straße. Diesmal hatte sie ein ausdrücklich politisches Ziel, nämlich die Bekundung ihrer Verbundenheit mit den zeitgleich in Polen ablaufenden Ereignissen. Ihre Forderung nach Demokratie und politischen Freiheiten stand im Gegensatz zu ihrem Stillschweigen vom 6. Oktober. Die Revolution hatte begonnen.

IX. DIE REVOLUTION VON 1956: SCHEITERN UND ERFOLG

Es ist außerordentlich schwierig, Revolutionen folgerichtig nachzuvollziehen. Wir haben eine Vorstellung davon, was eine Revolution ist. Alle vergleichenden Studien über Revolutionen scheinen jedoch bei dem Versuch, gemeinsame Strukturmerkmale zu entdecken, an ihre Grenzen zu stoßen. Es herrscht Einigkeit, dass Revolutionen mit Regimewechsel, Umbruch, neuen Formen von Legitimation und Legalität und verhältnismäßig schnellem Wandel verbunden sind. Unklar ist jedoch, wann eine Revolution als abgeschlossen betrachtet werden kann.

Muss also eine Revolution erfolgreich sein, um als solche zu gelten? Auch auf die französische Revolution folgte schließlich eine Restauration, einschließlich Wiederherstellung der Monarchie.



Sie brachte jedoch die Saat einer sehr tief greifenden republikanischen Tradition aus, die sich nicht mehr rückgängig machen ließ. Dies gilt in gewisser Hinsicht auch für die Akzeptanz der Rolle der Massen in der Politik. Das wurde sich sogar im Jahr 2005 deutlich. Im Fall der russischen Revolution ging die Restauration noch langsamer vonstatten.

Man kann deshalb sagen, dass eine Revolution, die mehr als nur ein Staatsstreich ist, Folgendes beinhalten muss:

- > einen tief greifenden und spontanen Wandel;
- > eine politische Agenda und ein politisches Erbe;
- > (einige) unumkehrbare Auswirkungen;
- > eine Mobilisierung der Massen.

Die ungarischen Ereignisse von 1956 sind umso interessanter, als eine große Anzahl nicht-ungarischer Beobachter ihnen den Status einer Revolution abspricht und sie stattdessen einen Aufstand nennt – etwas, das sie im Hinblick auf die französische Revolution niemals tun würden. „Der französische Aufstand von 1789“ klingt doch sehr eigentümlich. Warum dies auf die Ereignisse von 1956 zutreffen soll, ist auf den ersten Blick nicht nachzuvollziehen, kann aber am Zusammenwirken mehrerer Faktoren verständlich gemacht werden.

Da ist zum einen (ein Faktor, der niemals unterschätzt werden sollte) die Ignoranz; die Unfähigkeit bzw. der mangelnde Wille, den Unterschied zwischen einer Revolution und einem Aufstand näher zu prüfen. Ein weiterer Faktor ist die Verleugnung. Sie speist sich aus dem westlichen Denken, insbesondere der Linken, wonach Revolutionen etwas Positives und Fortschrittliches sind und im Einklang mit moralischen Grundsätzen stehen. Die ungarische Revolution richtete sich jedoch gegen eine linke Regierung und wurde deshalb von weiten – wenn auch nicht von allen – Teilen der Linken als unbequeme Ausnahmeerscheinung angesehen. A. J. P. Taylors Schlussfolgerung, dass man die Wahl zwischen „klerikalem Faschismus“ und einer sowjetischen Invasion gehabt hätte, war deshalb nicht ungewöhnlich. Dann gibt es noch den (nicht minder banalen) Syllogismus von David Irving, der die Auffassung vertritt, der Kommunismus sei eine jüdische Erfindung gewesen und 1956 ein antikommunistisches Ereignis; deshalb habe 1956 auch ein antisemitischer Aufstand stattgefunden. Dies ist so einfältig wie falsch. Schließlich könnten auch die noch vorhandenen Schuldgefühle, Mittel- und Südosteuropa an die Sowjetunion preisgegeben zu haben, eine Rolle gespielt haben. Die westliche Linke war stets zu solchen Gedankengängen bereit, wie auch ihre Abneigung gegen Solidarność im Jahr 1981 zeigte.

Letztendlich muss gesagt werden, dass die Ereignisse von 1956 vernachlässigt werden, weil sie nicht in vorgefertigte Denkmuster passen. Sie waren sowohl rechts- als auch linksgerichtet und in ihren Auswirkungen sowohl national als auch europäisch bzw. könnten so beschrieben werden. Sie warfen unausgesprochene Fragen zur nationalen Befreiung in Europa auf, und das zu einer Zeit, als die Entkolonialisierung außerhalb Europas bereits in der Luft lag. Sie waren sowohl demokratisch als auch egalitär. Außerdem dürften sie sowohl der Sowjetunion als auch den Vereinigten Staaten sehr ungelegen gekommen sein, brachten sie doch die in Jalta vereinbarte Aufteilung durcheinander und nahmen die „Roll-back“-Rhetorik der Vereinigten Staaten beim Wort. Ein kapitaler Fehler, wie wir wissen. Außerdem schien die ungarische Revolution von 1956 keine greifbaren Auswirkungen zu haben. Der Kalte Krieg ging unvermindert weiter, die Russen wurden als roh und brutal und die Ungarn als Helden (oder als unverantwortlich - suchen Sie sich etwas aus) dargestellt, ganz zu schweigen davon, dass Ungarn als ehemaliger letzter Verbündeter Hitlers einen Ruf zurückzugewinnen hatte. Wie dem auch sei, der Westen kam seinen Pflichten nach, indem er 200 000 Flüchtlinge aufnahm.

In Ungarn wurde das Jahr 1956 selbstverständlich immer als Revolution oder als Gegenrevolution wahrgenommen. Auch mit dem Begriff „Gegenrevolution“ werden die revolutionären Qualitäten der Ereignisse gewürdigt. Dies war auch ein zentraler Faktor beim Zusammenbruch des Kádár-Regimes im Jahre 1989, als die kommunistische Obrigkeit am 28. Januar 1989 eingestand, dass es sich 1956 nicht um eine Gegenrevolution, sondern um einen Volksaufstand gehandelt hatte.

Warum kann man auch nach 50 Jahren noch sagen, dass die Ereignisse von 1956 revolutionäre Bedeutung haben?

Die damaligen Ereignisse gingen mit großer Geschwindigkeit und Dynamik vonstatten. Was heute noch undenkbar schien, war übermorgen schon Normalität. Die Perspektiven verschoben sich mit unglaublicher Geschwindigkeit. Außerdem waren die Entwicklungen von großer Spontaneität geprägt. Keiner hatte die Revolution vorbereitet. Es gab keinen Plan, und der Gang der Ereignisse war so rasant, dass die Akteure die Auswirkungen ihres Tuns nicht wahrnahmen. Die Revolution fegte das alte Regime vollständig hinweg. Falls eine Tabula rasa überhaupt möglich ist, kam ihr Ungarn 1956 sehr nahe. Die Kommunisten verloren jegliche Legitimität und fanden kein Mittel, diese zurückzuerlangen, als eine neuerliche gewaltsame Machtergreifung.

Das Programm der Revolution war radikal und innovativ. Bill Lomex hebt in diesem Zusammenhang die Arbeiterräte als das Kernstück des Vorhabens hervor, doch sie waren nur der Anfang. Von der



Revolution wurden zahlreiche neue Einrichtungen ins Leben gerufen, deren zentrales Merkmal eine ausgeprägte öffentliche Teilhabe war. Dies war nach dem kompletten Ausschluss der Bevölkerung von jeglicher politischer Betätigung in der Zeit des Stalinismus keine Überraschung. Zu diesen Einrichtungen zählten Straßendemonstrationen, Selbstverwaltung (territorial wie auch in Bezug auf die Arbeit), die Anhörung und Einbeziehung aller, die dies wünschten, und die Rückkehr zu einem Mehrparteiensystem, d. h. zur repräsentativen Demokratie. Wie die direkten und repräsentativen Demokratieformen in der Praxis funktioniert hätten, wie sie miteinander harmoniert hätten – wir wissen es nicht, weil sich nie die Möglichkeit bot, sie in die Tat umzusetzen (ich bin hier auch skeptisch).

Während der Revolution nahm der nationale, soziale und bürgerliche Zusammenhalt erstaunliche Ausmaße an. Klassenunterschiede waren (für kurze Zeit) vergessen, ebenso wie die Gegensätze zwischen Stadt und Land und zwischen Alt und Jung, um nur zwei Beispiele zu nennen. Diesen Entwicklungen lag eine bemerkenswerte Vorstellung sozialer Eintracht zugrunde, eine Vorstellung, die jedoch nicht von Dauer sein konnte. Man beachte, dass ähnliche Faktoren auch den Ereignissen von 1968 in der Tschechoslowakei und von 1980 bis 1981 in Polen zugrunde lagen. Die Bedeutung von 1956 für Europa bestand darin, dass der Welt vor Augen geführt wurde, dass der Kommunismus nicht das war, was er zu sein vorgab. Er beruhte nicht auf gegenseitigem Einverständnis und war nicht demokratisch, sondern auf Gewalt gegründet. Gleichzeitig konnte er aber gestürzt werden. Das war eine Botschaft, die zu verstehen und zu akzeptieren man in Europa Schwierigkeiten hatte. Viele waren der Meinung, der Kommunismus würde für alle Zeiten bestehen, und konnten sich sogar 1989 nur schwer mit dem Gedanken abfinden, dass er von der internationalen Bühne verschwinden könnte.

X. DIE KÁDÁR-JAHRE

Was nach 1956 geschah, kann man durchaus als die dritte und letzte kommunistische Machtübernahme Ungarns bezeichnen (nach 1919 und 1945-49). Sie wurde mit Terror und der Androhung von Terror erreicht. Gleichzeitig ließ sich jedoch die Revolution nicht einfach so beiseite wischen. Sie hatte tief greifende Auswirkungen, und zwar sowohl für die Regierenden als auch für die Regierten. Diese These wird im Zusammenhang mit dem Zeitraum nach 1956 selten genannt, obwohl sie doch ein zentrales Element der kommunistischen Herrschaft ist. Auch fehlgeschlagene Revolutionen haben grundsätzlich Auswirkungen, und keine Restauration entfaltet ihre Wirkung jemals in vollem Maße. Für das frühe Kádár-Regime war es unmöglich,

die Blütezeit des Stalinismus der 50^{er} Jahre wiederaufleben zu lassen. Überdies hatte die Revolution (oder Gegenrevolution, wie das Kádár-Regime sie zu nennen pflegte) der Regierungspartei einen vernichtenden Schlag versetzt und den Kommunisten deutlich klargemacht, dass ihre Lehren und Methoden ausgerechnet von der Arbeiterklasse, in deren Namen und zu deren Nutzen sie eigentlich regieren sollten, von Grund auf verabscheut wurden.

Die fehlgeschlagene Revolution verursachte eine Art Anomie, einen Verlust der Daseinsberechtigung der Regierenden und ein gespaltenes Bewusstsein, machte sie doch deutlich, dass die Argumentation der Kommunisten keinen Anklang fand. Sie brachte die Erkenntnis, dass Terror als reiner Selbstzweck, wie er unter Rákosi praktiziert worden war, keiner rationalen Zielausrichtung dient, sondern kontraproduktiv ist. Der Terror mochte es ermöglicht haben, den offenen Widerstand zu unterdrücken, er löste jedoch Groll und Lethargie aus. Anders formuliert, erkannte das Regime Anfang der 60^{er} Jahre, dass eine Art Konsens, d. h. eine neue Maxime für die Machtausübung, nötig war.

Die Faktoren, die Kádárs neuem Denkansatz zugrunde lagen, liefen daher darauf hinaus, dass die Akzeptanz der Mehrheit ausreichte, um die kommunistische Herrschaft aufrechtzuerhalten, und ihre aktive Unterstützung nicht unbedingt erforderlich war. Gleichzeitig baute das Regime einen festen Kern aus zuverlässigen Unterstützern auf, die sich aktiv mit dem Kommunismus der späten Chruschtschow-Jahre identifizierten. Wie stets sollte an dieser Stelle auch die Bedeutung der Entwicklungen in der Sowjetunion erwähnt werden. Chruschtschow war sich im Klaren darüber, dass die rigorose Durchsetzung sowjetischer Normen in den osteuropäischen Satellitenstaaten nicht funktionierte und dass Letzteren deshalb etwas Freiraum gegeben werden musste, um eigene Alternativen zu entwickeln, obgleich dies innerhalb klar definierter Grenzen zu geschehen hatte. Wie eng diese Grenzen gesetzt wurden, wurde erst im Jahre 1968 deutlich, als die tschechoslowakische Partei mit ihrem radikalen (wenn auch zum Scheitern verurteilten) Experiment einer Einparteiendemokratie die Grenzen des Zulässigen überschritt. In den frühen 60^{er} Jahren ahnte dies aber noch niemand, nicht einmal der Kreml selbst.

Die Freiheit, über die Kádár verfügte, bestand darin, einem eingeschüchternen Volk ein einseitiges Angebot machen zu können: Als Gegenleistung dafür, dass sich das Volk aus dem politischen Leben heraushielt, würde die Staatsgewalt sich nicht in das tägliche Leben der Menschen einmischen. Die Menschen erhielten in unbedeutenden Fragen eine Wahlmöglichkeit und bekamen im Gegenzug für ihr politisches Stillhalten ein gewisses Maß an wirtschaftlichem Wohlstand gewährt. Die willkürliche Machtfülle der Partei wurde in einigen Bereichen gelockert und politische



Irrtümer nicht mehr unweigerlich als feindliche Verschwörung ausgelegt. Auch wurde ein geringes Maß an Konsumdenken und -verhalten toleriert und die Kontrolle der Partei über die Wirtschaft über einen Neuen Wirtschaftsmechanismus flexibler gehandhabt.

Diesem Angebot lag der Ansatz zugrunde, dass die Partei aus Furcht vor einem Wiederaufflammen revolutionärer Ziele die alleinige politische Handlungsgewalt behalten würde, dass die Ereignisse von 1956 aus dem öffentlichen Bewusstsein getilgt würden (man gebrauchte die beschönigende Floskel „die unglückseligen Ereignisse von 56“) und dass jegliche Pressefreiheit und jede Hinterfragung der Rolle der Partei oder der Beziehungen zwischen Ungarn und Moskau ausgeschlossen waren. Auf seine Weise funktionierte dieses System eine gewisse Zeit ganz gut. Es ersetzte politische Legitimität durch politische Stabilität – Wirklichkeit durch den bloßen Anschein – und funktionierte so lange, wie alle Beteiligten bereit waren, es zu akzeptieren. Die gesellschaftliche Folge war die im ursprünglichen Denkansatz teilweise bereits beabsichtigte Entstehung einer recht großen Gesellschaftsschicht, die ein begründetes Interesse am Fortbestand des Systems hatte, zumindest sofern die ihnen aus dem System erwachsenden Vergünstigungen gewährleistet wären.

In dieser Hinsicht baute die Entpolitisierung durch das Regime eine entpolitisierte Barriere auf, deren Niederreißung das gesamte System in Gefahr gebracht hätte. Da Veränderung stets destabilisierend wirkt und unvorhergesehene Folgen nach sich zieht, tendierte das auf Stabilität ausgerichtete Kádár-System zum Konservatismus und entwickelte mit der Zeit sogar eine gewisse Trägheit, die die Handlungsspielräume mehr und mehr einengte. Mit dem Auftauchen Gorbatschows auf der politischen Bühne veränderte sich jedoch die Gesellschaft und mit ihr die Welt rings um Ungarn sehr maßgeblich. Seine Perestroika wurden von den greisen Führern der späten Kádár-Jahre als sehr ungeliebte Entwicklung empfunden.

XI. DER ZUSAMMENBRUCH DES KOMMUNISMUS

Überdies waren diese Führer nicht in der Lage, ihre Legitimität wiederherzustellen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil sie noch nicht einmal das Problem erkannten. Auch hätte der Versuch, der Partei ideologisch eine neue Grundlage zu geben, genau die Hürden eingerissen, die 30 Jahre zuvor

aus Furcht vor einer Destabilisierung des Regimes errichtet worden waren. Seit die sowjetische Führung einen Erneuerungsprozess eingeleitet hatte, stand die Verbindung zu Moskau ebenfalls auf tönernen Füßen, denn der so genannte Sowjetvorwand, dass „man ja nur zu gerne Reformen einleiten würde, die sowjetischen Genossen dies aber nicht gutheißen würden“, hatte nun zwangsläufig ausgedient.

Gescheiterte Revolution scheitern somit nie vollständig, sondern ziehen unweigerlich nicht gewollte Folgen nach sich. Im Falle Ungarns, spiegelten sie sich in einer Gesellschaft im Dornröschenschlaf wieder, die tatsächlich Gefallen an ihrer Lethargie gefunden hatte. Aus diesem Blickwinkel hatte und hat 1956 späte Auswirkungen, die in den Jahren nach dem Ende des Kommunismus sowohl die Regierenden als auch die Regierten prägten. Die spezielle Art und Weise, in der der Kommunismus von der Bildfläche verschwand (was mehr einem leisen Abschied als irgendeinem dramatischen Ereignis glich), ging im Gegensatz zur Tschechoslowakei oder Estland nahezu ohne irgendeine öffentliche Beteiligung vonstatten. Die Wiederbeisetzung von Imre Nagy am 16. Januar 1989, die einem öffentlichen Ereignis noch am nächsten kam, wurde sorgfältig überwacht, beaufsichtigt und in Szene gesetzt.

Es gab eine politisch eher unerfahrene oppositionelle Elite und eine Gesellschaft, die sehr wenig von Regierung und Machtausübung verstand. Ich vermute, dass viele Beobachter der damaligen Zeit glaubten, dass das Ende des Kommunismus als politisches System und als Legitimierungsmechanismus mit einer radikalen Veränderung einhergehen würde, durch die diejenigen, denen die politische Macht verwehrt gewesen war, diese nun ausüben könnten. Bei dieser Einschätzung wurde die viel größere politische Erfahrung der Nutznießer des vorangegangenen Systems außer Acht gelassen, die entschlossen waren, ihre Privilegien zu verteidigen, staatlichen Besitz an sich zu reißen und ihre Netzwerke und Ressourcen aufrechtzuerhalten. Auch waren sie in keiner Weise gewillt, irgendwelche Formen demokratischer Selbstbeschränkung oder irgendwelche ethischen Grundsätze für ihr Handeln hinzunehmen. Sie akzeptierten nur das Allermindeste, nämlich die Ergebnisse der Wahlen, das Verfassungsgericht und - bis zu einem gewissen Punkt - die Missbilligung auf europäischer Ebene.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet, kann man verstehen, weshalb die Ereignisse von 1956 umstritten sind und warum sowohl die Rechte als auch die Linke sie für sich zu vereinnahmen suchen. Die Linke würde sich gern auf sie berufen, um ihre heutige Legitimität als Erbe der sozialistischen Revolution zu festigen. Die Rechte wiederum betrachtet die damaligen Ereignisse als eine demokratische, nationalstaatliche und antikommunistische Revolution. Obwohl



die Revolution von 1956 mit Gewalt niedergeschlagen wurde und einzig in diesem Sinne als Fehlschlag angesehen werden kann, lebt sie doch in verschiedenen komplexen, indirekten und manchmal auch verfälschten Formen fort.

Das System bewies bemerkenswertes Beharrungsvermögen, und es blieb bis zu seinem Auseinanderbrechen im Jahre 1989 weitgehend unverändert. Es verhalf der ungarischen Gesellschaft zu einem passablen Lebensstil und zu Stabilität und konnte die große Bevölkerungsmehrheit in seine Funktionsabläufe einbinden. Die staatlichen Zwangsmittel wurden nur in bestimmtem Rahmen angewandt, obwohl die Geheimpolizei sehr rührig war. Wer sich vom politischen Leben fernhielt, wurde im Großen und Ganzen in Ruhe gelassen, obgleich die Androhung staatlicher Gewalt ständig präsent war.

Logischerweise begann das System von 1988 an zu bröckeln und ließ eine Gesellschaft zurück, die sich an eine Stabilität gewöhnt hatte, die eher den Anschein von Stillstand hatte, politisch sehr unerfahren war, keine wirkliche Kenntnis von den Gesetzen des Marktes und nur eine sehr vage Vorstellung davon hatte, wie Demokratie und Freiheit zusammenhängen. Die Erinnerung an 1956 wurde deshalb zum zentralen Bezugspunkt von solcher Symbolkraft, dass sich um sie herum der Widerstand gegen das kommunistische System formierte. Dieser Widerstand schloss auch die Reformkommunisten ein. Hierzu ist ausdrücklich zu betonen, dass es sich dabei um symbolischen Widerstand handelte. Das Trauma der Gewalt und des Schreckens war 1989 noch in lebhafter Erinnerung und erwies sich als massives Hemmnis der Aktionsbereitschaft. Es herrschte eine Art ängstliche Entschlossenheit vor, es nicht zu einer Revolution wie 1956 kommen zu lassen. Wie so oft im Kampf um Symbole, hatte dies auch zur Folge, dass sich der Zusammenhalt auflöste, sobald die anfänglichen Ziele erreicht waren und die Ereignisse von 1956 schließlich zu Spannungen zwischen links und rechts führten.

Die Schwächen, die das System aufwies, brachten es jedoch mit sich, dass es auf längere Sicht keinen Bestand haben konnte. Seine Stabilität hing in erster Linie vom Machterhalt Kádárs ab. Als sein Alter ein ernstzunehmender Faktor wurde (er war Jahrgang 1912), trat das Problem der Nachfolge auf den Plan. Zweitens gab es, wie schon erwähnt, den sowjetischen Faktor. Solange der Kreml ein Gefangener seines eigenen Konservatismus blieb, solange waren Kádár und der Kádárismus sicher. Mit dem Aufstieg Gorbatschows, der eingesehen hatte, dass ein Wandel in der Sowjetunion unumgänglich war, stellten sich jedoch auch hinter Kádárs Position Fragezeichen. Der dritte Faktor war die Ausrichtung des Systems auf Stabilität, die nach einiger Zeit in Stagnation überging, da

das System im Grunde keine konkrete Vorstellung von Wandel hatte und praktisch auch nicht haben konnte. Als Viertes ist die Abhängigkeit Ungarns vom Ausland zu erwähnen, die sich unweigerlich aus Ungarns Abhängigkeit vom Außenhandel ergab. Daher hatte die Ölkrise so traumatische Auswirkungen. In den 80^{er} Jahren wurde deutlich, dass im internationalen Vergleich selbst eine intelligent geführte zentral verwaltete Wirtschaft weniger erfolgreich war als eine Marktwirtschaft (siehe Südkorea). Als fünfter Punkt ist der sich anbahnende Generationenwechsel zu nennen. Die jüngeren Altersgruppen waren nicht mehr von den Erinnerungen an 1956 und die Zeit danach traumatisiert. Ein weiterer, sechster Faktor war der Niedergang des Systems, der mit einer zunehmenden Anziehungskraft des Westens einherging. Mit Webers Worten könnte man sagen, das System war nicht mehr mustergültig und deshalb auch nicht länger bindend. Einfach ausgedrückt, untergrub der Kádárismus sich nach und nach selbst, indem er eine ständig zunehmende Komplexität erzeugte, aber die zu ihrer Steuerung nötigen politischen Instrumente abschaffte. Die Folge war der Regimewechsel von 1989.

Im Grunde steckte die Führungsspitze des Kádár-Systems in einer politischen und ideologischen Falle, aus der sie nur entkommen konnte, indem sie ihren eigenen Abgang inszenierte. Stabilität war kein Rechtfertigungsgrund mehr, denn sie wurde nun als Selbstverständlichkeit angesehen. Der Kommunismus als Ideologie hatte abgewirtschaftet, und nur wenige nahmen ihn noch ernst. Auch die Unterstützung aus der Sowjetunion versiegte. Als die Elite in den späten 80^{er} Jahren spürte, dass ein Wechsel in der Luft lag, strebte sie schließlich den privaten Erwerb von Staatbesitz an.

Die Bedeutung von 1989 war und ist noch immer umstritten. War es eine Revolution, ein Regimewechsel oder lediglich eine Veränderung innerhalb des Regimes? Wer auf eine „Ausmistung der Augiasställe“ hoffte, sollte enttäuscht werden. Die graduelle Veränderung des Regimes machte den Fortbestand kommunistischer Macht (Netzwerke, Geld, Gebäude, Organisationen usw.) möglich, die sich als eine Art Neokommunismus in offiziell demokratischem Gewand präsentierte. Die Demokratie war jedoch unvollendet, da sie sich lediglich auf die Zustimmung zur Regierungsführung und nicht auf die Aufrechterhaltung einer angemessenen demokratischen Infrastruktur erstreckte. Das war der Stand der Dinge im Jahr 2008.



DIE AUTOREN

Włodzimierz Bernacki,

Politikwissenschaftler, Dozent an der Jagiellonen-Universität Krakau und an der Staatlichen Osteuropäischen Hochschule Przemyśl

Evgenii Dainov,

Professor für Politik an der Neuen Bulgarischen Universität Sofia, Bürgerrechtler, Autor und Musiker

Hynek Fajmon,

Historiker, Mitglied des Europäischen Parlaments

Damjan Hančič,

Dr. phil., Studienzentrum für nationale Versöhnung, Slowenien

Blaž Ivanc,

Dr. phil., Rechtsanwalt, Juradozent an der Universität Ljubljana

Mart Laar,

Historiker, ehemaliger Ministerpräsident Estlands

Vytautas Landsbergis,

Mitglied des Europäischen Parlaments, ehemaliger Staatspräsident Litauens

Slavomir Michálak,

Dr. phil., CSc., Institut für Geschichte der Slowakischen Akademie der Wissenschaften

Renato Podbersič,

MA, Historiker, Studienzentrum für nationale Versöhnung, Slowenien, und Assistent an der Universität Nova Gorica

Virgil Leon Tarau,

Dozent, Doktor, Abteilung Zeitgeschichte und auswärtige Beziehungen –
Fakultät für Geschichte und Philosophie – Babes-Bolyai-Universität, Cluj-Napoca

György Schöpflin,

Mitglied des Europäischen Parlaments (Fidesz – Ungarischer Bürgerbund),
ehemaliger Jean-Monnet-Professor für Politik am University College London

Antonijs Zunda,

Professor für Geschichte, Geschichtsberater des lettischen Staatspräsidenten

REDAKTIONSLEITUNG

Ludger Kühnhardt,

Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn



EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Veröffentlicht von: EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
Presse- und Kommunikationsdienst
Publikationsteam

Herausgeber: Pedro López de Pablo

Verantwortlich: Greet Gysen

Koordinatorin: Marilena Deriu (Revision: Daniela Bührig)

Adresse: Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60 – B-1047 Brüssel

Internet: <http://www.eppgroup.eu>

E-mail: epp-publications@europarl.europa.eu

Copyright: © EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

OR: EN, Mai 2009